

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

24. Sitzung vom 25. und 26. Juni 2012 (1. Sitzungstag vom 25. Juni 2012)

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft	
		Rednerinnen bzw Redner:	
2. Mitteilung des Einlaufs	S. 3	GRin Ing Isabella Leeb	S. 65
		GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 67
3. 01914-2012/0001-GFW; MA 5, P 1: Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien 2011 Berichterstatlerin VBgmin Mag Renate Brauner	S. 3	GR Mag Gerald Ebinger	S. 71
		GRin Mag Sybille Straubinger	S. 74
		GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 76
		GRin Uta Meyer	S. 77
		GRin Katharina Schinner	S. 78
		GRin Henriette Frank	S. 80
		Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny	S. 80
Allgemeine Beratung des Rechnungsabschlusses 2011 Rednerin bzw Redner:		Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenchutz und Personal	
StR Mag Manfred Juraczka	S. 9	Rednerinnen bzw Redner:	
GR David Ellensohn	S. 11	GRin Mag Barbara Feldmann	S. 83
GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 16	GR Senol Akkilic	S. 85
GR Dr Wolfgang Aigner	S. 19	GR Mag Wolfgang Jung	S. 88
GR Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 21	GRin Silvia Rubik	S. 92
GR Dkfm Dr Fritz Aichinger	S. 24	GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 95
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 25	GRin Mag Martina Wurzer	S. 96
StR DDr Eduard Schock	S. 28	GRin Angela Schütz	S. 98
GR Dipl-Ing Martin Margulies (tatsächliche Berichtigung)	S. 30	GR Christian Hursky	S. 99
GR Johann Herzog (zur Geschäfts- ordnung)	S. 31	GRin Birgit Hebein	S. 101
GR Friedrich Strobl	S. 31	Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 101
GR Johann Herzog	S. 33		
GRin Dr Monika Vana	S. 36	Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport	
Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke		Rednerinnen bzw Redner:	
Rednerinnen bzw Redner:		GRin Ing Isabella Leeb	S. 104
GR Mag Alexander Neuhuber	S. 38	GRin Mag Martina Wurzer	S. 108
GRin Dr Monika Vana	S. 41	GR Dominik Nepp	S. 109
GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 44	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 113
GRin Mag Nicole Berger-Krotsch	S. 49	GR Mag Jürgen Wutzlhofer	S. 115
GR Univ-Prof Dr Herbert Eisenstein	S. 51	GRin Mag Ines Anger-Koch	S. 118
GRin Nurten Yilmaz	S. 54	GR Dietrich Kops	S. 119
GR Mag Wolfgang Jung	S. 55	GRin Kathrin Gaal	S. 120
GR Gerhard Haslinger	S. 57	GR Mag Dietbert Kowarik	S. 121
GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 58	Amtsf StR Christian Oxonitsch	S. 123
GR Mag Wolfgang Jung	S. 60		
VBgmin Mag Renate Brauner	S. 61	4. Ordnungsruf an GR Dipl-Ing Martin Margulies	S. 28

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Wiener Gemeinderats!

Ich bitte, diese Zwiesgespräche etwas einzustellen und darf die 24. Sitzung eröffnen.

Entschuldigt für den gesamten Tag sind GR Mag Maresch, GRin Prof Dr Vitouch, GRin Schrödl, der ich, ich glaube, auch in Ihrem Namen sprechen zu dürfen, zum Ableben eines sehr nahen Familienangehörigen unser sehr herzliches Beileid zum Ausdruck bringe.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, ist es mir auch eine große Freude, auf unserer Galerie Schüler der HAK im 10. Bezirk, Pernerstorfergasse herzlich bei uns begrüßen zu dürfen. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Ich gebe weiters bekannt, dass gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung an schriftlichen Anträgen drei des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien eingelangt sind. Von den GRen Mag Dietbert Kowarik, Rudolf Stark, Univ-Prof Dr Eisenstein wurde ein Ersuchen an das Kontrollamt gemäß § 73 Abs 6a der Wiener Stadtverfassung betreffend Prüfung der Vergabepaxis der Fernwärme Wien und der Wiener Stadtwerke Holding an Rohrleitungsbaufirmen eingebracht. Dieses Prüfersuchen wurde an das Kontrollamt weitergeleitet

Die Postnummer 1 der Tagesordnung betrifft den Rechnungsabschluss der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2011. Für die Beratung und Erledigung des Rechnungsabschlusses schlage ich folgende Vorgangsweise vor: Nach einem einleitenden Referat von Frau VBgmin Mag Renate Brauner folgen die allgemeine Beratung des Rechnungsabschlusses und im Anschluss daran die Debatte über die Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Voraussichtlich am Dienstag dieser Woche wird nach dem Schlusswort der Berichterstatterin über die Anträge zum Rechnungsabschluss und zum Inventar abgestimmt werden.

Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? - Dies ist nicht der Fall.

Ich bitte daher die Berichterstatterin, Frau VBgmin Mag Renate Brauner, die Verhandlung über die Postnummer 1, den Rechnungsabschluss 2011, einzuleiten.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Herzlichen Dank.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen von meiner Seite.

Ich darf Ihnen heute, wie vom Herrn Vorsitzenden angekündigt, im Namen der Wiener Stadtregierung den Rechnungsabschluss für das Jahr 2011 vorlegen. Wir werden in der Debatte in den nächsten Tagen grundsätzlich darüber sprechen, wie die Stadt Wien ihre Mittel eingesetzt hat, welche Strategien sie dabei verfolgt hat und wie sich diese Schwerpunkte auch auf die kommenden Jahre auswirken werden. Ich freue mich auf eine intensive Debatte und hoffe einmal mehr auf einen Austausch sachlicher Argumente.

Die heutige Debatte gehört, sehr geehrte Damen und

Herren, wie auch die Debatte zum Budgetvoranschlag zu den zentralen Punkten im Laufe der Politik des Jahres. Ich denke, das ist nicht nur für mich als verantwortliche Finanz- und Wirtschaftsstadträtin so, sondern für uns alle. Der Rechnungsabschluss 2011 ist der 353 Seiten starke Beleg in Schwarz auf Weiß für die Umsetzung von Ideen, Plänen, Zielen, für die Umsetzung von Schwerpunkten. Diese Schwerpunkte sind auch ganz deutlich sichtbar. Sie sind zukunftsorientiert, sie sind die Handschrift der Wiener Stadtregierung, der das Wohl der Wienerinnen und Wiener am Herzen liegt. Die Schwerpunkte werden dort gesetzt, wo sie den Menschen zugute kommen, wo es Bedarf gibt, wo sie diese wunderbare wachsende Stadt Wien nötig hat.

Bei der Infrastruktur: Dabei ist der Ausbau der U-Bahn ganz zentral, denn sie ist die Lebensader der Stadt und Wirtschaftsmotor für ganze Grätzl.

Im Bereich Gesundheit und Soziales: Gerade in schwierigen Zeiten müssen sich die Menschen bei ihren elementaren Bedürfnissen und Sorgen auf die Stadt verlassen können.

Beim Gratiskindergarten, der größten Entlastung des Mittelstandes, der in Wien gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten gratis bleibt, und - ich werde das immer wieder sagen - den wir auch in Zeiten, in denen die Stadt wächst, weiter ausbauen.

Bei den Bereichen Qualifikation und Ausbildung, gerade weil heute junge Leute hier bei uns am Anfang der Diskussion dabei sind. Da sind zentrale Projekte, von der Hilfe am Arbeitsmarkt bis zur Ausbildungsgarantie, etwas, was für Sie alle ganz besonders wichtig ist. Denn diese Programme sorgen dafür, dass die Wirtschaft und die jungen Menschen, wie sie hier oben sitzen, auch Perspektiven für die Zukunft haben.

Bei dieser deutlichen Schwerpunktsetzung, sehr geehrte Damen und Herren, ist aber ebenso klar, dass auch gespart werden muss, und zwar intelligent gespart. Sparen und Investieren, das ist das Gebot der Stunde. Wir in Wien haben diesen Kurs ja schon längere Zeit eingeschlagen, denn gerade als die Wirtschaft eingebrochen ist und private Investitionen ausgeblieben sind, hat Wien eingegriffen. Wir haben mit Wachstumsinitiativen gegen die Krise gesteuert und so gut es möglich war, Arbeitsplätze gesichert. Mit dem Wiener Weg, diesem Weg, den wir in Wien eingeschlagen haben, nämlich in Wachstum zu investieren, stehen wir nun nicht mehr alleine da. Weltweit melden sich immer mehr Ökonomen und Ökonomen zu Wort, die klar belegen, dass ein ausschließlich radikaler Sparkurs die Krise nicht löst, sondern im Gegenteil verschärft und ein Ende der weltweiten Wirtschaftskrise nur durch kluge Investitionen in Wachstum erreicht werden kann. Vor allem die Auswirkungen der Krise, die hohe Arbeitslosigkeit in Teilen Europas, sind nur durch Investitionen und da mit Wachstum zu bekämpfen. Und genau diesen Kurs setzen wir in Wien um durch Investitionen in Schwerpunkte und für Wachstum und beides mit einem konsequenten Konsolidierungskurs. Schon jetzt fahren wir die neue Verschuldung Jahr für Jahr zurück und unser Ziel ist, die

schwarze Null für das Jahr 2016 zu schreiben. Dass wir auf diesem Weg erfolgreich unterwegs sind, zeigt, dass wir den neuen innerösterreichischen Stabilitätspakt mit diesem Rechnungsabschluss punktgenau einhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Sie den vorliegenden Rechnungsabschluss mit seinen 353 Seiten in dieser roten Mappe genau durchlesen, dann werden Sie dieses Leitthema, Sparen und Investieren, auch genau erkennen können. Ich darf Ihnen darüber hinaus noch ein paar Grundsätze, auf denen die Arbeit basiert und denen wir uns als Stadt Wien und als rot-grüne Landesregierung verpflichtet fühlen, in Erinnerung rufen:

Erstens: Die Sicherung der Daseinsvorsorge. In Wien werden öffentliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht privatisiert, um kurzfristig Profit zu machen. In Wien bleiben die Einrichtungen der Daseinsvorsorge vom Gesundheitswesen bis zur Wasserversorgung und bis hin zur Bestattung in öffentlicher Hand. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten müssen die Versorgung garantiert und die Qualität der Leistung gehalten werden.

Zweitens: Eine seriöse Finanzierung von Projekten, keine Ankündigungsluftschlösser. Ja, Wien investiert, aber Wien investiert in Schwerpunkte. Es wird mit uns keine Projekte geben, die nicht seriös ausfinanziert sind. Wir stellen sicher, dass die Aufgaben der Stadt und die Ankündigung der Wiener Stadtregierung auch wirklich in die Tat umgesetzt werden können. Sie können das haargenau mit dem heute präsentierten Rechnungsabschluss nachvollziehen: Der Gratiskindergarten wurde erweitert, die Öffis wurden ausgebaut, neue Wohnungen wurden errichtet. Wir haben unsere Versprechungen gehalten.

Drittens: Bleibende nachhaltige Werte werden geschaffen. Die Wienerinnen und Wiener haben durch diese Investitionen in Wachstumsbereiche bleibende Werte geschaffen. Die Wiener und Wienerinnen können auf die ausgebaute U-Bahn durch die Stadt stolz sein und wie wir wissen, sind sie es auch.

Sie können stolz sein auf die Häuser und Wohnungen, die entstanden sind, aber natürlich auch darauf, dass ihre Kinder eine pädagogisch wertvolle Ausbildung erhalten, von der sie lange profitieren werden.

Viertens: Intelligentes Sparen. Die Konsolidierung bis 2016 ist beschlossene Sache und sie ist auch notwendig. Genauso notwendig ist es aber, dass die Sparmaßnahmen in einer Art und Weise getroffen werden, dass Investitionen trotzdem weiter möglich sind. Es müssen strukturelle Sparmaßnahmen getätigt werden und wir müssen gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten noch genauer darauf schauen, dass wir effizienter werden. Sparen nach der Rasenmähermethode hat nichts mit Politik zu tun. Wir in Wien wollen weiter gestalten und wir setzen unsere Schwerpunkte nicht danach, wie es uns der Rechenschieber vorschreibt, sondern so, dass wir auf die Menschen und ihre Bedürfnisse Rücksicht nehmen.

Diesen Grundsätzen, sehr geehrte Damen und Herren, fühlen wir uns in Wien verpflichtet. Danach

handelt die Stadt, danach arbeitet die Stadt und in diesem Sinne drehen wir auch jeden Euro zwei Mal um, wenn es darum geht, intelligent zu sparen, aber in Wachstum zu investieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, Wien hat sich seit Ausbruch der Krise redlich bemüht, deren Auswirkungen zu bekämpfen. Doch ich möchte an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich machen: Es waren nicht die Menschen, die über ihre Verhältnisse gelebt haben und dadurch die Finanzkrise verursacht haben. Es war auch nicht die öffentliche Hand, die Schulden angehäuft hat. Ich erinnere daran, Wien hat bis vor dem Ausbruch der Krise Geld zurückbezahlt und zwar nicht ein paar Cent, sondern 600 Millionen EUR. Die Ursache der Krise ist ein außer Rand und Band geratenes Finanzsystem, das das Eingreifen der öffentlichen Haushalte und damit Neuverschuldung erst notwendig gemacht hat. Dass diese Maßnahmen erfolgreich sind, zeigen die Zahlen. Österreich, Wien sind bisher gut durch die Krise gekommen. Österreich hat die geringste Arbeitslosenrate in der EU. Der Wiener Wirtschaftsstandort ist nach wie vor beliebt bei Unternehmungen. 2011, in einem immer noch wirtschaftlich ganz schwierigen Jahr, über das wir jetzt sprechen, hatten wir einen Rekord bei internationalen Ansiedlungen, die uns über 1 900 Arbeitsplätze gebracht haben. Wenn wir unseren Blick in andere Regionen Europas richten, etwa nach Spanien, wo eine Arbeitslosigkeit von über 46 Prozent bei den 15- bis 24-Jährigen herrscht, dann sehen wir, wie wichtig unsere Bemühungen sind. Ich denke, das ist etwas, das uns allen, und da können wir nicht sagen, das ist weit weg von uns, wirklich Sorgen bereiten sollte. 50 Prozent junge Menschen ohne Ausbildung, ohne Zukunftschance, ist nicht nur ein wirtschaftliches Problem, ein soziales Problem, ein politisches Problem, ein gesellschaftliches Problem, das ist eine Katastrophe für Europa. Und ich denke, ein Jugendarbeitslosigkeitspaket, ein Paket der Europäischen Union im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit und zwar in einer ordentlichen Dimension, ist zumindest genauso wichtig wie ein Bankenpaket und das fordere ich auch von dieser Stelle. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Dass es uns gelingt, intelligentes Sparen und notwendige Investitionen zu verbinden, zeigt dieser Rechnungsabschluss. Trotz der äußerst schwierigen Rahmenbedingungen, die die weltweite Wirtschaftskrise vorgibt, ist es 2011 gelungen, die Fremdmittelneuaufnahmen wieder um 345 Millionen zu reduzieren ohne Berücksichtigung der Wohnbauanleihe, der natürlich entsprechende Forderungen gegenüberstehen. Obwohl Wien seinen Haushalt trotz Bekämpfung der Auswirkungen der Finanzkrise in Ordnung hält und auch in Zukunft in Ordnung halten wird, müssen wir, wenn wir über die Bekämpfung der Krise reden, deren Ursachen verfolgen, denn im Moment zahlen jene die Zeche, die nicht am Ausbruch der Krise schuld sind. Denn jetzt geht es um Gerechtigkeit. Jene, die die Krise verursacht haben, sollen auch zur Bekämpfung der Auswirkungen beitragen. Aber was

hören wir von jenen, die dazu beigetragen haben, dass dieses System fast zusammenbricht? Sie wollen dieses System weiter erhalten. Sie wollen weiterhin Profite zu Lasten der breiten Masse machen. Dass damit keine Probleme gelöst werden, liegt auf der Hand.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist einfach, sich einem Wirtschaftsnobelpreisträger anzuschließen, vor allem wenn er so deutliche Worte findet, Sie haben sicher auch die vielen Interviews von Stiglitz gelesen, der erst kürzlich den rigiden Sparkurs, ausschließlichen Sparkurs der konservativen Mehrheit der Europäischen Union mit dem Wort „Voodoo-Ökonomie“ kritisiert hat. Auch er ist der Meinung, dass man sich den zugrundeliegenden Problemen stellen muss und da heißt es, Wachstum zu fördern. Sparen allein - allein, darauf liegt die Betonung - genügt nicht. Wir müssen in Wachstum investieren. Deswegen sage ich, europäische Lösungen wie etwa die Finanztransaktionssteuer sind gefordert. Das Spekulieren auf den Finanzmärkten soll möglichst uninteressant werden. Das wäre eine echte Bekämpfung der Ursachen der Krise. Und ich unterstütze die Initiativen der Regierung, besonders unseres Bundeskanzlers, hier europaweit endlich etwas zu erreichen, denn es geht um sehr viel. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Es geht um Gerechtigkeit. Bei häufigen schnellen Transaktionen und großen Summen, die auf den Finanzmärkten verschoben werden, kommt es zu Riesengewinnen innerhalb kürzester Zeit. Dieses Spekulantentum hat die Krise mitverursacht. Und es ist nur gerecht, wenn jene einen Beitrag zur Bekämpfung der Auswirkungen der Krise leisten.

Aber es muss auch ein gerechtes Steuersystem geben. Jene, die vor der Krise und mittlerweile jetzt schon wieder von einem völlig irreführenden Finanzsystem profitiert haben, müssen ihren Beitrag leisten. Doch leider versuchen einige dieser Geister - Stiglitz ist hier sehr radikal, er bezeichnet sie als „Zombies“ - noch immer, uns das Leben mit ihren alten Methoden schwer zu machen und selber davon zu profitieren.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn die Reichen immer reicher werden - die Anzahl der Dollarmillionäre hat weltweit auch im letzten Jahr zugenommen -, und wenn die Millionärsdichte in Österreich neuesten Studien zufolge besonders hoch ist - 301 Haushalte mit einem Vermögen von jeweils mehr als 100 Millionen EUR gibt es bei uns, wir sind damit weltweit auf Platz 3 -, auf der anderen Seite aber die öffentliche Hand immer mehr Schlechtverdienende unterstützen muss und die öffentliche Hand durch Investitionen Arbeitsplätze sichert und die Auswirkungen der Krise mit viel Steuergeld von allen bekämpfen muss, dann stimmt dieses System nicht. Deswegen: Bekämpfen wir nicht nur die Symptome der Krise, sondern bekämpfen wir endlich die Ursache und das gemeinsam und das europaweit, denn es geht um die Zukunft und es geht um Gerechtigkeit! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen und Kolleginnen! Solange die Auswirkungen der Krise noch spürbar sind, gilt es, Investitionen zu tätigen, um die

Wirtschaft am Laufenden zu halten und damit Arbeitsplätze zu sichern und die Lebensqualität in Wien für jeden und jede Einzelne so hoch wie möglich zu halten. Aber die Bemühungen um einen ausgeglichenen Haushalt, um weiterhin auf so soliden Beinen stehen zu können, müssen genauso streng verfolgt werden. Gleichzeitig mit dem notwendigen Investitionskurs wurde daher im letzten Jahr auch der Pfad der Konsolidierung des Wiener Haushaltes begonnen, der bis 2016 ein Nulldefizit vorsieht. Diese ehrgeizigen Ziele sind nicht mit ein, zwei Einzellösungen - wir beschließen zwei Dinge - realisierbar. Es bedarf eines Bündels vieler intelligenter Maßnahmen in allen Ressorts. Aber ich kann allen Wienern und Wienerinnen die Angst nehmen. Die hohe Qualität der Leistungen wird bestehen bleiben. Die Stadt bewegt sich weiter, sie wird ausgebaut, sie wächst.

Nun, was bedeutet dann strukturelles Sparen? Wir werden in Zukunft noch viele Beispiele hören, aber einige darf ich Ihnen jetzt schon ganz konkret sagen. Allen voran das neue Wiener Spitalskonzept und strukturelle Reformen im Gesundheitswesen. Meilensteine, wenn es um Effizienz und Modernisierung geht. Sie tragen wesentlich zur Dämpfung der Kostensteigerung im Gesundheitsbereich bei, ein Bereich, der weiter wächst und wo die Stadt auch künftig die hohen Standards in der Versorgung halten wird.

Zweites Beispiel: Die permanente Verwaltungsreform ist im Magistrat der Stadt Wien gelebte Praxis. Die frei werdenden Ressourcen durch das papierlose Büro, zum Beispiel im Rechnungsamt, können in zukunftsweisenden Bereichen wie Kinderbetreuungseinrichtungen eingesetzt werden. Auch die kostenneutrale Reform der MA 68 ist ein wunderbares Beispiel für Strukturreform. Feuerwachen wurden zusammengelegt, die Einsatzbereitschaft bleibt dabei gleich perfekt. Gleichzeitig schuf die Feuerwehr etwas vollkommen Neues und Wichtiges, Modernes, eine Feuerweherschule. Und auch hier wurde kein neues Gebäude errichtet, sondern ein altes adaptiert. Die Standortfrage spielt auch bei der Reform des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds eine Rolle. Dort wurden durch eine Strukturvereinfachung die Zusammenlegung aller Standorte durchgeführt und damit Kosten gespart, die wiederum den Kundinnen und Kunden durch mehr Hilfe zugute kamen. Auch die Zusammenlegung der Organe der Parkraumüberwachung ist ein Beispiel dafür, wie man trotz neuer Aufgaben eine wachsende Stadt effizient und modern führen kann.

Und natürlich schauen wir uns auch die Mittelvergabe ganz genau an. Ein strenger Budgetvollzug ist für einen konsequenten Konsolidierungskurs nötig und es gilt dabei, auch Doppelgleisigkeiten zu beseitigen. Wie Sie wissen, ist unter anderem eine Evaluierung der Wirtschaftsförderungen bereits in Durchführung begriffen. Nicht zuletzt, und das ist ein wichtiger Bereich, muss man auch nach neuen Formen der Finanzierung suchen.

Neben dem bewährten Weg der PPP-Modelle hat die Stadt Wien mit dem Konjunkturpaket noch alternative

Finanzierungsmöglichkeiten geschaffen, die zur Budgetentlastung beitragen. Das beste Beispiel dafür ist die Wohnbauanleihe und die Wohnbauinitiative, wo die Stadt Wien ihre äußerst günstigen Kreditkonditionen an Bauträger weitergegeben hat, um den Wohnbau in der Stadt weiter voranzutreiben.

Aber auch ein Beispiel möchte ich abschließend nennen, das auf den ersten Blick nichts mit Verwaltungsreform zu tun hat, nämlich der große Erfolg bei den 60-Euro-Jugendtickets für die Öffis, den wir erzielen konnten. Denn hier haben wir nicht nur ein sensationelles Angebot für die jungen Menschen geschaffen, die jetzt um 60 EUR im gesamten Verkehrsverbund Ost-Region das ganze Jahr über fahren können. Es ist auch eine unglaubliche Verwaltungsvereinfachung für das Ministerium, für die Verkehrsbetriebe, für die Lehrer und Lehrerinnen und nicht zuletzt für die Eltern.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie diese Beispiele zeigen, nimmt Wien die Konsolidierung des Haushaltes sehr ernst und das ist auch der Grund, warum Wien nach wie vor auf soliden, wirtschaftlichen Beinen steht. Während der Bund 2011 eine Pro-Kopf-Verschuldung von 23 009 EUR aufweist, erreicht die Pro-Kopf-Verschuldung in Wien in absoluten Zahlen einen Wert von 2 350 EUR, ein Verhältnis von 1 zu 10. Nach den letztverfügbaren Rechnungsabschlussdaten aller Länder und ihrer Gemeinden, das ist das Jahr 2010, hat Wien nach Tirol den geringsten Pro-Kopf-Schuldenstand aller Länder inklusive Gemeinden. Der Vergleich mit dem Bund macht generell deutlich, die Schulden aller Länder und Gemeinden gemeinsam betragen zusammengerechnet nur 10 Prozent der Gesamtschulden. Wien macht die Hausaufgaben mit Punkt und Beistrich und mit Augenmaß und im Sinne der Wiener und Wienerinnen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Genauso im Sinne der Wiener und Wienerinnen haben wir die Schwerpunkte gewählt, in die die Stadt investiert und man kann das auch sehr deutlich sehen. Die Investitionen des Kernbereichs der Stadt und der städtischen Unternehmen lag 2011 bei nach wie vor hohen 2,575 Milliarden EUR. Vor allem die Ausgaben für das Bau- und Baunebengewerbe - wir wissen, das ist wegen der Arbeitsplätze so wichtig - ist ein wichtiger Posten, der mit 1,852 Milliarden EUR zu Buche schlägt, ein Plus von 11,74 Prozent gegenüber dem Voranschlag. Was bedeuten diese Zahlen? Sie stehen für eine Stadt, die sich in schwierigen Zeiten um die Unternehmerinnen und Unternehmer und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kümmert, die die schwache Auftragslage kompensiert, damit die MitarbeiterInnen ihre Jobs behalten können, und die sich um Firmen kümmert, damit der Standort in Wien bestehen bleibt. Insgesamt löst die Stadt mit nachfragewirksamen Ausgaben von 4,392 Milliarden EUR entsprechende Effekte hinsichtlich der Wertschöpfung aus. Große Stadtentwicklungsgebiete wie Aspern, St Marx und der neue Hauptbahnhof sind wichtig für die Bauwirtschaft. Genauso wichtig, aber das kann man gar nicht oft genug

betonen, ist der U-Bahn-Bau. Die U-Bahn ist ein Wirtschaftsmotor für ganz Wien, besonders natürlich für die Grätzeln, in die die U-Bahn fährt. Der Ausbau sichert Tausende von Arbeitsplätzen in Wien und in der Wiener Umgebung. Der Ausbau der U-Bahn derzeit in Richtung Aspern und durch die U1 auch in Richtung Süden sowie von verschiedenen Bus- und Straßenbahnlinien wie auch die Taktverdichtungen auf gut ausgelasteten Strecken zu Spitzenzeiten sind ein wichtiger Beitrag, um die Wiener und Wienerinnen, aber auch die mehr als 250 000 Pendler und Pendlerinnen zum Umstieg vom Auto auf die öffentlichen Verkehrsmittel zu bewegen. Der kontinuierliche Ausbau der Öffis, eine der absoluten Schwerpunkte des rot-grünen Regierungsprogrammes, aber auch die neuen Tarife der Wiener Linien, allem voran die günstige Jahreskarte, werden dazu beitragen, dass noch mehr Menschen umsteigen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ja, es folgt eine noch bessere Nachricht, denn ja, die Projekte kosten Geld, aber 60 000 neue Jahreskartenbesitzer und -besitzerinnen für die Wiener Linien allein seit Anfang 2012 bestätigen, diese Entscheidungen waren richtig, diese Entscheidungen sind ein Erfolg. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich betone das deswegen, meine Damen und Herren, weil das keine Selbstverständlichkeit ist. In anderen Städten wird gekürzt, zurückgenommen, der Ausbau gestoppt, bei uns ist es anders. Jawohl, es gibt Städte, es gibt Bereiche, die mit großem Getöse Einsparungen vorlegen. Wohnungen werden nicht gebaut, sondern die Wohnbaugelder zweckentfremdet für völlig andere Dinge verwendet. Pflegewohnhäuser werden nicht errichtet und damit dieser Bereich nicht modernisiert, die alten Leute im Stich gelassen. Schulen werden nicht renoviert. Das Öffi-Netz wird nicht erweitert. Wir, sehr geehrte Damen und Herren, gehen andere Wege. Wir sparen strukturell, aber nicht mit kurzfristigen Maßnahmen, die zu Lasten der Wirtschaft und der Arbeitsplätze und der Zukunft der jungen Menschen einer ganzen Region gehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir investieren mit unseren Schwerpunkten konsequent für die Menschen und lassen dabei auch nicht nach. Dazu gehört auch die einzigartige ergänzende Arbeitsmarktpolitik, die der WAFF mit seinen zahlreichen Programmen leistet. 30 000 Wiener und Wienerinnen haben diese Angebote in Anspruch genommen: Die überbetriebliche Lehre, das Nachholen von Bildungsabschlüssen, Weiterbildung und Qualifizierungsangebote. Wer die Gelder, mit denen der WAFF finanziert wird, immer wieder in Frage stellt, der soll einmal mit den 30 000 Menschen reden, die Unterstützung auf ihrem beruflichen Weg bekommen haben oder mit den 4 000 jungen Leuten in unseren überbetrieblichen Ausbildungen, die sonst ohne Ausbildung auf der Straße stehen würden und keinen Grundstein für ein erfolgreiches Leben hätten, so wie sie es durch diese Ausbildung bekommen. Denn wir alle wissen, eine gute Ausbildung ist absolut das Allerwichtigste für die Zukunft und da werden wir gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten nicht nachlassen, hier die jungen Menschen zu unterstützen. *(Beifall bei SPÖ*

und GRÜNEN.)

Die Wiener und Wienerinnen, sehr geehrte Damen und Herren, können sich darauf verlassen, dass wir sie nicht im Stich lassen.

Zu den besonders wichtigen Leistungen gehören jene des Gesundheits- und Sozialwesens. 2011 haben die Ausgaben über 3 Milliarden EUR betragen. Und wir sind stolz auf diesen Schwerpunkt des Budgets, denn er bedeutet, dass wir ein engmaschiges soziales Netz haben, das jeden auffängt, wenn Hilfe am nötigsten ist und die Menschen aktiviert, wo es möglich ist. Wir werden hier ganz sicher nicht kaputtsparen und wir werden ganz sicher nicht privatisieren, sondern wir halten diesen Bereich, der ständig wächst, mit strukturellen Reformen modern und effizient und für die Menschen leistbar.

Das Jahr 2011 war der Beginn der Umsetzung des Wiener Spitalskonzeptes 2030 und stand im Zeichen der Arbeit an einer umfassenden Gesundheitsreform mit dem Ziel einer gemeinsamen Planung, gemeinsamen Steuerung, gemeinsamen Finanzierungsverantwortung. Das ist der Schlüssel für die Zukunft dieses Bereiches und daher sind die Arbeiten an einer umfassenden Gesundheitsreform im Rahmen der Steuerungsgruppe, wo unsere StRin Wehsely als Ländervertreterin dabei ist, so zentral, denn hier werden Strukturen modernisiert. So modernisiert wie der Plan des Wiener Krankenanstaltenverbundes, der Ende 2010 gestartet ist und wo wir auch in diesem Rechnungsabschluss, wenn wir hinter die Zahlen blicken, viele Dinge sehen, wie dieses Spitalskonzept schon umgesetzt wird, mit dem Teilneubau des Kaiser-Franz-Josef-Spitals, wo Ver- und Entsorgungsbereiche zentralisiert werden, oder auch die Apothekenpartnerschaft Süd, wo die Dachgleiche schon 2011 gefeiert wurde. Das sind nämlich die Dinge, die hinter diesen Zahlen stehen und die für die Wiener und Wienerinnen so wichtig sind. Der Südzubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung, die auf der einen Seite Ein- und Zwei-Bett-Zimmer im Haupthaus ermöglicht und gleichzeitig mehr Infrastruktur bringt, nicht zuletzt auch einen neuen Hubschrauberlandeplatz. Wir erinnern uns an einen sehr lauten Knall. Vor etwa einem Jahr im Mai wurden die Abbrucharbeiten der alten ÖBB-Werkstätten auf dem Gelände des Krankenhauses Nord mit einer Sprengung des 43 m hohen Schlots zum Abschluss gebracht. Damit ging der Bau des Krankenhauses Nord in die nächste Phase und ich kann Ihnen sagen, es verläuft alles nach Plan.

Ähnliche Strukturreformen des Gesundheitswesens basieren auch in der Weiterführung des Geriatriekonzeptes, bis 2015 zehn neue Pflegewohnhäuser. Und was steht wieder hinter diesen Zahlen des Rechnungsabschlusses? Da stehen 256 Bewohner und Bewohnerinnen, die in Meidling eingezogen sind in modernste, wohnliche, menschliche, freundliche Einzel- und Doppelzimmer mit Loggias. Da steht das Pflegewohnheim Baumgarten, das begonnen wurde. In Liesing wurde Dachgleiche gefeiert. Simmering wurde mittlerweile schon besiedelt. Und es gibt einen Architekturwettbewerb für das neue Pflegewohnhaus

Rudolfsheim-Fünfhaus. Das sind die Dinge, die hinter diesen Zahlen stehen. Das sind die Dinge, die den Menschen nutzen und das sind die Dinge, die wir mit diesem Geld sinnvoll gemacht haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Denn, sehr geehrte Damen und Herren, Wien trifft mit seinen Finanzierungsentscheidungen ganz bewusst politische Entscheidungen. Deswegen ist ein ganz zentraler Schwerpunkt der Zukunftsbereich Bildung und Kinderbetreuung.

Im Jahr 2011 standen, und das ist mir persönlich auch sehr wichtig, für pädagogisch wertvolle, moderne Kinderbetreuung in der Stadt Wien 600 Millionen EUR zur Verfügung, um fast 8 Prozent mehr als im Voranschlag. Wir reagieren damit auf die wachsende Stadt, auf die Bedürfnisse der Wiener und Wienerinnen. Der Gratiskindergarten, der 2009 eingeführt wurde, ist ein Erfolgsprojekt. Er steigert die Beschäftigung, er trägt zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei, er erhöht die Bildungschancen der Kleinsten von Beginn an. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist diese Entlastung des Mittelstandes - alle reden vom Mittelstand, wir haben ganz konkret viel getan, um den Mittelstand wirklich zu entlasten. Und deswegen wieder einmal, und Sie werden es noch oft von mir hören: In Wien bleibt der Gratiskindergarten! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Im Gegenteil, wir bauen weiter aus und das von einem an sich schon sehr hohen Niveau. Es wurde mit diesen 600 Millionen EUR nicht nur der Betrieb von 3 919 Kindergarten- und Hortgruppen in Wien finanziert, sondern eben auch ein intensiver Ausbau. Mit Ende 2011 hat Wien 89 000 Kinderbetreuungs- und Hortplätze und damit haben wirklich jene Familien die Möglichkeit, ihre Kinder betreuen zu lassen, die es brauchen. Allein in den letzten beiden Jahren haben wir über 6 500 neue Kinderbetreuungsplätze geschaffen und damit waren, sind und bleiben wir Spitzenreiter in den Bundesländern. Das merkt man am Versorgungsgrad und das merkt man auch daran, dass wir bei den Null- bis Dreijährigen mit einem Versorgungsgrad von 30 Prozent bald das Barcelona-Ziel erreicht haben und wir werden das Barcelona-Ziel von 33 Prozent erreichen.

Genauso investieren wir in die Schulen, arbeiten an 142 Schulen. 55 Millionen hat die Stadt investiert und auch hier ist schon viel passiert. Wenn ich mir anschau die Schule Galileigasse am Alsergrund, Hasenleiten in Simmering, Friedrichsplatz in Rudolfsheim-Fünfhaus. Ich versuche Ihnen immer Beispiele zu geben, damit man sieht, was hinter diesen Maßnahmen steht und wie sinnvoll dieses Geld eingesetzt wurde, viel Geld, jawohl. Insgesamt bringen die Stadt und die Bezirke bis 2017 570 Millionen EUR für die Sanierung von 242 Schulen auf. Das ist gut für die Schulen, das ist gut für die Schüler und Schülerinnen, das ist auch gut für die Lehrer und Lehrerinnen, für die Bewohner des Bezirkes und letztendlich auch für die Bauwirtschaft, weil damit viele, viele Arbeitsplätze gesichert werden.

Apropos Bauwirtschaft. Im Wohnbereich ist im vergangenen Jahr sehr viel weitergegangen, denn Wien wächst und wir reagieren darauf, indem wir weiterhin und

konsequent leistbaren Wohnraum schaffen. Der einzigartige Wiener Weg wird auch in diesem für die Menschen so zentralen Bereich gegangen, indem die über 220 000 Gemeindewohnungen selbst in der beispiellosen Wirtschaftskrise seit 2009 nicht an Private verkauft wurden, sondern im Gegenteil zahlreiche weitere geförderte Wohnungen errichtet wurden. Das macht Wien unter anderem zur lebenswertesten Stadt der Welt. Wien ist eine Metropole, in der es mitten in der Stadt leistbaren Wohnraum für Durchschnittsverdiener gibt und nicht eine Situation wie in London oder Paris, wo Menschen, auch gut verdienende Menschen, längst weit außerhalb wohnen müssen. Wir leisten mit dem geförderten Wohnbau einen maßgeblichen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, sowohl im Neubau als auch in der Sanierung. In die Sanierung, und damit in die nachhaltige Steigerung der Wohn- und Lebensqualität, wurden 2011 wieder starke 201,7 Millionen investiert. Das sind langfristig auch wichtige Investitionen in den Klimaschutz und in die Steigerung der Energieeffizienz. Diese Investitionen gehen aber auch direkt in die Wirtschaft und schaffen und sichern damit Arbeitsplätze. Allein im letzten Jahr wurden 6 800 geförderte Wohneinheiten fertiggestellt. Wien hat, um in wirtschaftlich schwierigen Zeiten weiterhin für eine rege Bautätigkeit im Bereich des leistbaren Wohnens sorgen zu können, fast eine halbe Milliarde Euro an günstigen Darlehen aufgenommen und dieses Geld direkt an Wohnbauträger weitergegeben. Ja, ja, es schlägt sich im Schuldenstand der Stadt als Durchlaufposten nieder. Aber mit dieser Wohnbauinitiative wurde eine innovative einmalige Wohnbaufinanzierung geschaffen, die die Errichtung von zusätzlich 6 250 qualitativollen und erschwinglichen Wohnungen ermöglicht. Das kommt den zukünftigen Bewohnern und Bewohnerinnen zugute, indem die Mieten an jene des geförderten Wohnbaus angelehnt sind. Das kurbelt Gesamtinvestitionen im Konjunkturmotor Bau- und Baunebengewerbe an und damit sichern und schaffen wir 6 000 Arbeitsplätze. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Dass Wien sich für einen offensiven Weg trotz oder gerade in der Krise entschieden hat, beweist die Vielzahl an Maßnahmen in allen Ressorts. In Wien werden keine Parks geschlossen, sondern neue errichtet. Und die umweltfreundliche Infrastruktur wird nicht verkauft, sondern verbessert. Ja, sehr geehrte Damen und Herren, es hat Tariferhöhungen gegeben, nicht leichtfertig und auf Basis des Valorisierungsgesetzes. Aber im Unterschied zu anderen Städten fließt jeder Cent dieses Geldes in die Verbesserung der Infrastruktur für die Müllentsorgung, für die saubere, sichere Stadt mit ihrem weltberühmten, guten Wasser. Während dort, wo privatisiert wurde, die Kunden zahlen müssen und die Infrastruktur verlottert, wird bei uns in die Verbesserung investiert, und damit in die Umwelt und damit für die Menschen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Die Stadt entwickelt sich weiter. Sie wächst und das ist eine große Herausforderung für die Planung. Und sie tut dies erfolgreich. Neue Stadtteile entstehen und die

Infrastruktur wächst mit, erfolgreich und nachhaltig. Es ist keine Selbstverständlichkeit, wenn mitten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten neue Projekte gestartet werden wie zum Beispiel das BürgerInnensolarkraftwerk. Ein Beweis dafür, dass die rot-grünen Projekte zügig und erfolgreich umgesetzt werden und dass sie vor allem bei den Wienern und Wienerinnen sehr, sehr gut ankommen.

Es ist auch keine Selbstverständlichkeit, was sich im Bereich der Kultur tut: Museen, Festivals, Galerien, eine lebendige, junge, innovative, kreative Szene. Und, sehr geehrte Damen und Herren, das ist der Unterschied: Nicht für einige wenige Reiche, sondern für alle. Wien ist Kulturstadt für Jung, für Alt, für Zuwanderer und Alteingesessene, für hier Lebende, für Touristen, für Männer und für Frauen, wie im Übrigen in allen Bereichen der Stadt, wenn Sie mir in diesem Zusammenhang die Bemerkung erlauben, auf Geschlechtergerechtigkeit geachtet wird. Das ist fast schon eine Selbstverständlichkeit, aber so wichtig, dass ich es extra erwähnen möchte.

Sehr geehrte Damen und Herren! All diese Maßnahmen, vom Gratiskindergarten über Investitionen in die Infrastruktur bis zu Bildungsinitiativen erfolgen alle natürlich vor einem klaren, wirtschaftspolitischen Hintergrund. Die Wiener Wirtschaftspolitik, besonders die KMUs und generell die Wiener Wirtschaft zu unterstützen und damit die Arbeitsplätze zu unterstützen, ist mein Ziel bei allen Maßnahmen der Stadt. Die Sicherung von Arbeitsplätzen und das Ankurbeln der Wiener Wirtschaft habe ich an einigen Beispielen aufgezeigt. Dies ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten meine absolute Priorität als Wirtschaftsstadträtin, denn der Wirtschaftsstandort Wien muss langfristig gesichert werden. Es gilt, den kleinen und mittleren Unternehmen bestmöglich unter die Arme zu greifen. Genauso wie es wichtig ist, internationale Topunternehmen anzusiedeln, um Leuchtturmprojekte zu bekommen und weitere Betriebe anzuziehen. Und das ist erfolgreich. 126 internationale Unternehmungen haben sich allein 2011 in Wien angesiedelt.

Da erlauben Sie mir auch hier eine sehr klare Bemerkung. Dass Unternehmen nach Wien kommen, aber auch dass Wiener Unternehmen generell erfolgreich sind, verlangt eine internationale, weltoffene Einstellung dieser Stadt. Wien ist immer mehr, und das pflegen wir auch und fördern wir, eine Drehscheibe zwischen Ost und West. Wien hat von der EU-Erweiterung profitiert. Wien lebt vom Historischen und aktuellen Interkulturellen und von Sprachkompetenzen. Unsere Weltoffenheit, unsere Internationalität, unser Respekt und ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen sind nicht nur Grundlage für unser positives Leben für uns alle, sondern ist auch eine wirtschaftspolitische Überlebensfrage. Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Ignoranz und Innovationsfeindlichkeit schaden nicht nur den Menschen, uns allen, die in dieser wunderbaren Stadt leben. Sie sind auch wirtschaftsfeindlich, vernichten Arbeitsplätze und schaden damit Wien, sehr geehrte Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir gehen den Weg eines internationalen Standortes, der jedem Wiener und jeder Wienerin nutzt. Das belegen auch die Wirtschaftszahlen, die Ansiedlungszahlen.

Die vorher erwähnten 126 internationalen Unternehmungen, die in diesem schwierigen Jahr 2011 nach Wien gekommen sind, haben fast 2 000 Arbeitsplätze nach Wien gebracht. Natürlich setzen wir sehr viel daran, auf Basis dieses wichtigen internationalen und offenen Klimas sie noch zusätzlich zu unterstützen mit einer maßgeschneiderten Wirtschaftsförderung, Ansiedlungsförderung, Technologieförderung und unserem neuen Projekt, dem Expert-Center sowie hochqualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, auf die die Betriebe zurückgreifen können. Ganz wichtig ist für die Unternehmungen die top ausgebaute Infrastruktur, vom Flughafen über den öffentlichen Nahverkehr bis zum Hafen, der sich, wie wir vor einigen Tagen präsentieren konnten, sehr positiv entwickelt.

Aber es liegt auch an der Rechtssicherheit, die es im Umgang mit Ämtern und Behörden gibt, für uns eine Selbstverständlichkeit, aber nicht überall ist das so. Und an der Sicherheit, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von internationalen Unternehmungen empfinden, wenn sie durch die Stadt gehen. Natürlich spielen auch das kulturelle Angebot eine wichtige Rolle, die Freizeitmöglichkeiten, die Naherholungsangebote, kurz die Lebensqualität, die wir Wiener und Wienerinnen schätzen, aber eben auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von internationalen Unternehmungen. Wir versuchen ganz gezielt, große Projekte in Wien mit privaten Partnern und Partnerinnen zu entwickeln, um hier eine Dynamik in verschiedenen Clustern voranzutreiben.

Ich darf in Erinnerung rufen, weil auch das ist nicht immer so präsent, was denn da alles passiert: Der Wirtschaftspark Breitensee in Penzing, STAR22 in der Donaustadt, Neu Marx im 3. Bezirk, die Seestadt Aspern. All das unterstützen wir mit unserer Wirtschaftsförderung, die, wie Sie wissen, sich auf drei Ebenen bewegt: direkte finanzielle pekuniäre Unterstützung, Beratung und Immobilienmanagement. All das sind herausragende Projekte, die zeigen, wie sich Wien entwickelt und sein Potenzial nutzt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf zum Schluss kommen, denn ich denke, ich habe ausführlich erläutert und auch versucht, mit Beispielen zu belegen, was die Grundsätze und die Schwerpunktsetzung hinter jenen Zahlen sind, die wir in diesem Rechnungsabschluss aufgeschlüsselt haben: Intelligente und strukturell sparen, aber gleichzeitig in Wachstum und in die Zukunft zu investieren. Das ist das generelle Motto. Jeder Wiener/jede Wienerin kann sich all diese Projekte des Jahres 2011 konkret anschauen und erkennen, dass maßvoll und verantwortungsvoll gewirtschaftet wurde und die Investitionen zur Gänze der wunderbaren Stadt Wien und ihren Bewohnern und Bewohnerinnen dienen. Fahren Sie durch Wien, Sie werden es sehen: Die rege Bautätigkeit, die zehntausende Arbeitsplätze sichert. Die Modernisierung

von Spitälern und die Errichtung von Pflegeheimen, die allen zugute kommen. Die Qualifizierungsprojekte für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Die Ausbildungsgarantie für die Jugendlichen, die Zukunftsperspektiven schafft. Der Ausbau der Öffis, der uns allen das Leben in dieser Stadt erleichtert. Und neue und leistbare Wohnungen in neuen Stadtteilen, die der wachsenden Stadt Rechnung tragen.

Wien, sehr geehrte Damen und Herren, steht wirtschaftlich auf grundsoliden Beinen. Deshalb kann ich den Wienern und Wienerinnen versichern: Die Stadt ist in schwierigen Zeiten zu den Menschen gestanden und sie wird dies auch zukünftig tun! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Arbeit vieler Monate steckt in dieser roten Mappe. *(Die Rednerin zeigt eine rote Mappe.)* Aber sie würde nicht gelingen, wenn es nicht jeden Tag des Jahres alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt gäbe, die mit großer Sorgfalt ihrer Arbeit nachkommen. Ich möchte diesen allen unseren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen gerade jetzt, weil manchmal in der Öffentlichkeit sehr kritisch darüber geschrieben wird, ein großes Dankeschön sagen. Und ich möchte an dieser Stelle auch dem Team unserer Finanz rund um Finanzdirektor Richard Neidinger stellvertretend für alle ein herzliches Dankeschön sagen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Aber mein letzter Satz, sehr geehrte Damen und Herren, gilt den Wichtigsten, den Wienern und Wienerinnen. Sie prägen diese Stadt. Wir dürfen mit dem Vertrauen der Wiener und Wienerinnen ausgestattet die Rahmenbedingungen schaffen und wir greifen dort ein, wo es gerade jetzt nötig ist. Das Wichtigste aber sind die Ideen, die Kreativität, der Fleiß und die Arbeit der Wiener und Wienerinnen selbst, die diese Stadt so einzigartig machen. Dafür ein großes Dankeschön! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Ich danke für die etwas mehr als 40 Minuten dauernde Einleitung und eröffne nun die Debatte, wobei ich darauf hinweisen möchte, dass wir in der Präsidialkonferenz vereinbart haben, dass die Erstredner - und ich sage jetzt bewusst, Erstredner und nicht Erstrednerin, weil es nur Männer sind - jeder Partei maximal 25 Minuten zur Verfügung haben und alle übrigen Redner inklusive Kollegen Aigner 20 Minuten für die Generaldebatte zur Verfügung haben. Als erster Redner ist Herr StR Mag Juraczka zum Wort gemeldet und ich erteile es ihm.

StR Mag Manfred **Juraczka**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie, dass ich nur ganz kurz auf Ihr Koreferat oder Kobericht zur europäischen Wirtschaftskrise eingehe, das Ihnen, so zumindest mein subjektiver Eindruck, ja mehr Spaß gemacht hat als der Bericht über die Finanzen der Stadt, weil keine direkte Zuständigkeit vorhanden ist und gute Tipps natürlich viel

leichter kommen als harte Arbeit.

Sie wissen aber schon, Frau Vizebürgermeisterin, dass es in der Tat natürlich nicht nur eine Krise des Finanzmarktes ist, sondern sehr wohl auch eine Krise der überbordenden Haushalte. Der Haushalte, die Maastricht-Kriterien als belanglose Empfehlung, aber nicht als Grundlage ihrer Budgetpolitik verstanden haben. Und in weiterer Folge auch eine Krise der Wohlfahrtsstaaten, die mit der Gießkanne agiert haben und nicht zielgerichtet Hilfe zur Selbsthilfe geleistet haben. Das heißt, es ist sehr wohl wichtig, Sparsamkeit gerade in Zeiten wie diesen oberste Priorität zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn ein Budget in Zahlen gegossene Politik ist, und das wird ja immer wieder wohl nicht ganz zu Unrecht behauptet, dann ist es ein Rechnungsabschluss umso mehr. Nicht nur, weil die Schwerpunkte, die gesetzt wurden, die politische Richtung vorgeben, sondern weil es eben auch um die sparsame Verwendung der Mittel geht, die beim Rechnungsabschluss sehr schön zum Vorschein kommen, und weil es vor allem um die Fähigkeit der Regierenden geht, kurzfristig auf wirtschaftliche Entwicklungen einzugehen. Erlauben Sie mir die Feststellung, dass eine Landesregierung, die von sich aus beispielsweise mit einem Valorisierungsgesetz darauf verzichtet, kurzfristig Lenkungseffekte wahrnehmen zu können, auch hier jeden Kredit verwirkt hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

2012, hieß es so schön, wäre das erste Budget, das auch ganz maßgeblich grüne Handschrift trägt. Für 2011 hat man sich ja von Seiten des grünen Koalitionspartners nur zum Teil mitverantwortlich gefühlt. Das nehme ich zur Kenntnis, denke aber, dass im Rechnungsabschluss 2011 dann sehr wohl auch die politische Arbeit dieser rot-grünen Koalition sehr gut zur Debatte steht und sehr gut nachvollziehbar ist. Erlauben Sie mir die Feststellung, dass dieser Rechnungsabschluss dieser rot-grünen Landesregierung wohl kein gutes Zeugnis ausstellt.

Der Frau Finanzstadträtin ist immer ein ganz wesentliches Anliegen die antizyklische Budgetgestaltung. So weit so gut, ist man geneigt zu sagen.

Nur, werte Frau Vizebürgermeisterin, das Schuldenmachen haben Sie jetzt zur Genüge bewiesen. Nur die großen Überschüsse in den wirtschaftlich so guten Zeiten, die ja auch Grundlage einer antizyklischen Politik wären, die liegen schon weit zurück und zeigen wohl nicht, dass es so läuft, wie Sie hier Ihre Vorstellung kund tun, wenn wir vom Schuldenmachen reden. Wien hat, Gott sei Dank, im Vergleich zu anderen europäischen Städten noch, sage ich ganz bewusst, eine relativ moderate Verschuldung. Was mich aber ganz massiv irritiert und was mich in große Sorge versetzt, ist die Geschwindigkeit, mit der der Schuldenberg ansteigt. Beim Abschluss 2008 waren es noch 1,46 Milliarden, Ende 2011, also 3 Jahre später, sind es über 4 Milliarden. Das ist ein Anstieg von 174 Prozent in 3 Jahren und da haben wir Teile des Wiener Magistrats,

Wiener Wohnen, mit 2,6 Milliarden noch gar nicht eingerechnet, wie Sie wissen.

Ich komme noch einmal darauf zurück, was die Frau Vizebürgermeisterin immer sagt: Antizyklisch wird agiert in Wien. Gut, Schulden machen wir, das liegt schwarz auf weiß vor uns. Aber wie sieht's da mit der Arbeitslosigkeit aus? Bruno Kreisky, auf den Sie sich ja, glaube ich, hier in Ihrer Wirtschaftspolitik bei dieser Antizyklik ein bisschen berufen, hat immer davon gesprochen, ihm sind ein paar Milliarden Schulden lieber als hunderttausend Arbeitslose mehr. Tatsache ist nur, dass Wien bei den Arbeitslosenzahlen auch im Bundesländervergleich ganz großes Schlusslicht ist, aber gemeinsam mit Kärnten leider auch, was die Wachstumswahlen betrifft. Das Arbeitsmarktbudget stagniert seit 2009 bei 58 Millionen EUR. Gebührenlawinen, sehr geehrte Frau Finanzstadträtin, sind definitiv nicht wirtschaftsfördernd. Ich glaube, dass es auch sehr oft die falschen Schwerpunkte sind, die in diesem Budget 2011 und in weiterer Folge im Rechnungsabschluss 2011 an den Tag treten.

Schauen wir uns doch die Wirtschaftsförderung an, was hier unternommen wird im Vergleich zu dem, was man an Eigenwerbung, an Lobhudelei für diese Stadt ausgibt. Oder frei nach dem Motto: Selbst wenn die Wirtschaftslage und die Arbeitslosigkeit eine gewaltige ist, wir erklären bei Inseraten, wie klass es uns geht, und damit haben wir alle Probleme gelöst.

Es gibt auch keine Spargesinnung in dieser Stadt. Lassen Sie mich nur kurz und ich gestehe, zum wiederholten Male, die Planungsfehler und die Kostenexplosionen bei so gut wie jedem Großprojekt dieser Stadt ansprechen: Zentralfeuerwache noch immer nicht fertiggestellt und ich nehme an, die Kosten wachsen noch immer. Bei über 300 Prozent mehr als veranschlagt stehen wir derzeit und ich bin gespannt, wo wir bei der Fertigstellung stehen werden. Eine Verdoppelung des Wiener Beitrages bei der Errichtung des Hauptbahnhofes. Auch hier eine ganz schwierige Situation. Oder die berühmten Skandale der Wiener Sozialdemokratie und des grünen Beiwagerls: Kunsthalle, Stadthalle. Auch hier wird mit dem Geld der Wienerinnen und Wiener nicht so umgegangen, wie man es sich gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten erwarten dürfte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir von Sparpotenzial sprechen, auch hier wieder die Harmonisierung der Pensionssysteme im öffentlichen Dienst. Wenn Sie so gerne von Ihrem Vokabular Gerechtigkeit sprechen: Frau Stadträtin, ist es gerecht, dass es in dieser Stadt öffentlich Bedienstete zweierlei Maße gibt? Die Bundesbediensteten, die ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung dieses Pensionssystems geleistet haben, und die Wiener öffentlich Bediensteten, die das aus reiner Klientelpolitik nicht zu tun haben. Ich glaube, nein. Ich glaube, auch hier braucht es Spargesinnung. Ist es verantwortungsvoll, wenn wir nach wie vor ein Durchschnittsfrühpensionierungsalter von 53 Jahren im öffentlichen Dienst in dieser Stadt haben? Ich glaube, die Frage braucht man gar nicht zu stellen, die Antwort liegt auf der Hand.

Und wenn Sie davon sprechen, dass Gerechtigkeit und der soziale Friede so wichtig sind, dann sag ich, ja, in der Tat, ich bekenne mich vorbehaltlos zu einem sozialen Netz, das notwendig ist, um den Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. Wenn ich mir aber ansehe, dass bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung von 180 000 Beziehern in Österreich mittlerweile fast 130 000 in dieser Stadt zu Hause sind, dann stellt sich die Frage: Wie verfehlt ist auch die Sozialpolitik in Wien? Wie verfehlt wird hier mit den öffentlichen Mitteln umgegangen? Wird hier nicht genügend geprüft? Macht Wien arm? Viele Fragen, die sich bei dieser Thematik auftun.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Thema kommen, das diese Stadt ja in den letzten Wochen und Monaten nicht unwesentlich prägte, die Verkehrspolitik. Wir haben 2011 eine Parkometerrücklage von 130,5 Millionen EUR stehen. Mittlerweile, und da sind wir jetzt bei der grünen Handschrift, die sehr wohl ablesbar ist, werden gerade mal 2 Millionen für Stellplatzschaffung, für Garagenbau ausgegeben, ein Minus von 90 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, weil 2010 waren es immerhin noch 20 Millionen. Und wenn wir uns darüber im Klaren sind, dass wir Stellplätze brauchen und es vielleicht aber sinnvoller ist, sie unter die Erde zu verlegen, weil davon auszugehen ist, dass es parkplatz- oder parksuchenden Verkehr gibt, dann ist auch das eine verkehrspolitische Bankrotterklärung. Hoch interessant vielleicht auch die Ausgaben des Jahres 2011 aus der Parkometerrücklage, aus Park and ride: Es sind satte null Euro! Sie sagen ja selbst, nein sie ist leider nicht mehr da, aber es ist in letzter Zeit wiederholt gesagt worden, 350 000 Pendler haben wir in dieser Stadt und derzeit 9 000 Park-and-ride-Plätze. Was tun wir? Wir bauen keine Park-and-ride-Plätze, weil, wie der Kollege Maresch mir erst unlängst in einem Gespräch erklärt hat, das einfach zu teuer ist und es uns eigentlich ganz offensichtlich relativ gleichgültig ist, wie diese Arbeitskräfte, die wir in Wien am Arbeitsmarkt auch durchaus gerne sehen, in diese Stadt kommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich verhehle nicht, Frau Vizebürgermeisterin, dass es mich freut, dass Sie in Ihren Ausführungen vom U-Bahn-Bau und von der U-Bahn als Wirtschaftsader sprechen. Gott sei Dank tun Sie das. Ich frage mich nur, um auf die Park-and-ride-Thematik zurückzukommen, warum wir die große Chance beim Ausbau der U1 nach Favoriten verirken, nicht nur bis zur Therme Oberlaa die U-Bahn auszubauen, sondern einige Hundert Meter weiter Park-and-ride-Plätze zu installieren, um hier große Pendlerschübe, die aus dem Süden in die Stadt drängen, rechtzeitig abzufangen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wien, und da stimmte ich sogar mit der Vizebürgermeisterin überein, hat auf Grund seiner geopolitischen Lage alle Chancen, ein zentraler Standort, ein starkes wirtschaftliches Herz im Zentrum dieses unseres Europas zu werden. Es mangelt aber aus unserer Sicht an den richtigen Schwerpunkten, den starken politischen Akzenten und nicht zuletzt am Mut, um diese große Chance auch zu nutzen. Wien braucht echte

Standortpolitik und aktive Arbeitsmarktpolitik! Eine Arbeitslosenrate von 9,2 Prozent, Schlusslicht im Bundesländervergleich, ist hier wirklich ein Armutszeichen. Wien braucht aber auch aktive Integrationspolitik, die sich auch am Arbeitsmarkt orientiert und jungen Menschen, denen diese Hoffnung derzeit vielleicht noch fehlt, Hoffnung und Chancen aufzeigt. Wir können, wir sollten und wir wollen es uns nicht leisten, auf viele bislang unerkannte Talente auch in diesem Bereich zu verzichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wien ist wunderschön. Machen wir es endlich auch genauso erfolgreich! Dazu brauchen wir eine mutige Politik, wenig Arbeitslose und ein ausgeglichenes Budget. Alle drei Dinge sind mit diesem Rechnungsabschluss derzeit leider noch meilenweit entfernt. Vielen herzlichen Dank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Kollege Ellensohn. Ich erteile es ihm.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Rechnungsabschluss ist auch immer die Möglichkeit - es heißt ja auch Rechnungsabschluss -, nicht nur einen Blick nach vorne, sondern einen Blick auf das abgelaufene Jahr zu machen. Was ist gut gelaufen? Was kann man besser machen? Was lernen wir daraus für die Zukunft? Ich werde meine Rede dazu nützen, genau das ein klein wenig zu tun, aber nicht nur darüber zu reden, wo wir als Stadt Wien stehen, sondern wo wir stehen, die wir hier sind, nämlich die Politiker und Politikerinnen auf Grund vieler Vorfälle der letzten Monate, des letzten Jahres, und am Abschluss einen kleinen Ausblick zu geben, wie man das zukünftig besser machen kann.

Nachdem ich jetzt, sagen wir einmal, die Details in der Rede des ÖVP-Stadtrats vermisst habe, dass ich ganz genau auf alle Zahlen eingehen könnte, weil so viele waren es nicht, fange ich einfach mit den Erfolgen an, auf die in der Rede der Volkspartei vergessen wurde. Renate Brauner hat die guten Ergebnisse des vergangenen Jahres ausgeführt. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir jetzt, auch wenn sich nicht alle von den Konservativen und von rechts außen darüber freuen, um 365 EUR eine Jahreskarte anbieten, um 1 EUR pro Tag mit den öffentlichen Linien in Wien fahren können. Das ist ein Riesenerfolg, der nicht einmal in allen anderen Städten, die kleiner sind, möglich ist. Bei dem Riesennetz der Wiener Linien und bei dem riesigen Angebot ist das ein Riesenerfolg. Das zeigt sich auch daran, dass wir 60 000 Menschen haben, die heuer zusätzlich eine Jahreskarte gekauft haben. So einen Boom des öffentlichen Verkehrs hat tatsächlich in ganz Österreich nur Wien. Darauf sind wir alle gemeinsam stolz. *(Beifall bei den GRÜNEN und von GR Dr Kurt Stürzenbecher.)*

Wir haben im Bereich des öffentlichen Verkehrs das Jugendticket, das wir uns sehr lange gewünscht und jetzt mit zwei Bundesländern umgesetzt haben, die dazugehören, nämlich Niederösterreich, Burgenland und

Wien. Das sind immer schwierige Verhandlungen. Da kann man nur allen gratulieren, die diese Verhandlungen zu einem positiven Abschluss gebracht haben. Aber dass sich ein Jugendlicher um 60 EUR das ganze Jahr nach Niederösterreich, ins Burgenland oder in Wien bewegen kann, ist echt ganz fabelhaft und erleichtert auch ganz vielen Eltern von kleineren Kindern die mühsame Abrechnung mit den Einzelfahrscheinen und macht halt den 14- und 15-Jährigen einen Bewegungsspielraum, der vielleicht manchen Eltern manchmal Sorgen macht. Aber es ist im öffentlichen Verkehr viel weitergebracht worden. 60 EUR für das Jugendticket ist ein großartiger Erfolg, nicht nur für Wien, sondern glücklicherweise ausnahmsweise auch eine gute Zusammenarbeit mit den Bundesländern in der Nähe. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Wir haben Radwege ausgebaut. Wir haben eine neue Bim gemacht. Wir haben einzelne Bims verstärkt. Wir haben vor, das auch weiterhin zu tun. Ich weiß, dass das bei vielen auf Widerstand stößt. Aber gerade von der Volkspartei, die sich die Frankfurter Oberbürgermeisterin eingeladen hat, würde ich mir wünschen, wenn sie irgendwann, so wie die deutsche Bürgermeisterin, die diese Woche noch in Amt und Würden ist und dann abtritt, dazulernen würde. Weil sie hat, als sie angetreten ist, eine CDU hinter sich gehabt, die ähnlich wie Sie jetzt aufgestellt war, mit einer rückwärtsgewandten Verkehrspolitik, wo man geglaubt hat, das Wichtigste von allem ist, dass alle jeden Tag noch mehr Kilometer mit dem Auto fahren. Dann hat sie dazugelernt und schön langsam ihre Fraktion dazu gebracht. Es wäre günstig, wenn die erste Reihe bei der ÖVP, die jetzt frei ist, das dazulernen und dann versuchen würde, in der Fraktion den Fortschritt herbeizuführen. Wir haben keine Pferdekutsche mehr, zumindest nicht mehr sehr viele in Wien. Irgendwann werden wir auch ein bisschen weniger mit dem Auto in die Innenstadt fahren und es werden alle dafür dankbar sein, dass es so ist, weil es weniger Lärm, bessere Luft und intelligentere Verkehrspolitik bedeutet. Ich bin mir auch ganz sicher, dass Sie dazulernen, die Frage ist nur die Geschwindigkeit. Je schneller, desto besser. Sie sind herzlich eingeladen!

Wir haben ein BürgerInnenkraftwerk. Das hätte eigentlich Applaus von sehr vielen Seiten verdient, weil tatsächlich nicht die Stadt sagt, sie zahlt das, sondern das Eigenengagement. Wer möchte mittun? Wer von den Bürgerinnen und Bürgern in Wien kann sich leisten mitzutun? Wer zahlt dort ein? Es sind lauter Private. Es waren Hunderte. Es war ein Run, dass wir ein zweites, drittes, wahrscheinlich viertes brauchen. Es ist nur mehr die Frage, ob man das darf. Man darf auf den Märkten mit allem Möglichen spekulieren, aber hier ist die Frage, ob man das so machen darf oder nicht. Geld in sinnvolle Projekte in der Stadt zu investieren, nämlich in erneuerbare Energie, scheint finanztechnisch eine Spur komplizierter zu sein, als mit irgendwelchen Hedgefonds das Geld von den Leuten hinauszuschmeißen. Aber wir sind guter Dinge, dass wir das BürgerInnenkraftwerk weiterentwickeln, dass wir die Nachbarschaftsgärten weiterentwickeln, dass wir mit Projekten, die

zukunftsorientiert sind, tatsächlich weiterkommen.

Wir haben auch, und das gibt es immer noch nur in diesem Bundesland, die erhöhte Kindermindestsicherung durchgesetzt. Gegen die Stimmen der Freiheitlichen Partei, gegen die Stimmen der Österreichischen Volkspartei geben wir den ärmsten Familien in dieser Stadt 15 bis 20 Millionen EUR mehr pro Jahr, als sie nach dem Vorschlag der Bundesregierung hätten. Das ist Armutsbekämpfung genau dort, wo es notwendig ist, bei den Familien, dort, wo Kinder sind, bei den AlleinerzieherInnen, bei denen, die noch zwei Eltern haben, die aufpassen. Die FPÖ und die ÖVP waren dagegen. Beide Parteien haben dagegen gestimmt, was auch immer sie gerne mit dem Geld gemacht hätten. Keine Ahnung, wem sie das geben wollten. *(GRin Ing Isabella Leeb: Es gab dazu einen Antrag!)* Sehr schade, aber wir werden es trotzdem weiterhin so machen. Wir werden die Armutsbekämpfung weiterhin ernst nehmen und werden das auch weiterhin so fortsetzen.

Es geht jedes Mal um das Gleiche, nämlich nach vorne zu schauen, was man für die Zukunft ändern kann. Der Lueger-Ring sorgt für riesige Aufregung in der Volkspartei, dass man ein kleines Stück einer Straße in Wien umbenennt. *(GR Mag Alexander Neuhuber: Das hat mit der Rechnungsabschlussdebatte nichts zu tun!)* Das hat alles mit der Politik des vergangenen Jahres zu tun, Herr Neuhuber. Das ist eine Rechnungsabschlussdebatte und das ist eine Zusammenfassung auch der Leistungen dieser rot-grünen Stadtregierung des vergangenen Jahres. *(GRin Ingrid Korosec: Das ist ein Armutszeugnis!)*

Beim Glücksspiel ist es natürlich bitter für Freiheitliche, ÖVP und das hier nicht anwesende BZÖ, weil da versiegen Geldquellen, wie man im heutigen „profil“ wieder lesen kann. Damit haben sich einige aus dem Umfeld der Freiheitlichen Partei und der Volkspartei eine goldene Nase verdient, kann man heute im „profil“ aktuell nachlesen. Und zwar war das eine Studie mit 9 Seiten für 300 000 EUR von den Casinos fürs BZÖ. Das ist kein schlechter Preis. Um einen ähnlichen Preis werden immer wieder Studien erstellt.

Frau Rauch-Kallat hat Grippemasken gekauft und der Göttergatte hat mitgeschnitten, weil er dafür eine Studie für Osteuropa gemacht hat, oder so ähnlich - das steht heute im „profil“, das ist nicht von mir *(GRin Ing Isabella Leeb: Und deswegen stimmt es?)* - und hat ein paar Hunderttausend Euro verdient. Es scheint sich hier um Notleidende zu handeln.

Bei den Maklerprovisionen gibt es wieder etwas, das der ÖVP und den Freiheitlichen nicht passt. Maklerprovisionen, begrenzt bei geförderten Wohnungen in Wien, passt Ihnen nicht. Der Maklerchef der FPÖ hat gleich hintennach hinausgeschickt, das ist ihm egal. Er empfiehlt seinen Maklern, einfach weiterhin volles Rohr zu verlangen, wie Sie es vorher gemacht haben und dann einmal zu schauen, wie man es durchprozessiert. Also, die Freiheitlichen sind eindeutig für mehr Maklerprovisionen. Das machen sogar diejenigen, die sie vertreten, ganz laut und deutlich. Zum Glück muss man nicht irgendjemanden suchen, sondern das ist offiziell die

Position.

Obergrenze bei Kautionen bei geförderten Wohnungen: Rot, Grün dafür, Schwarz, Blau dagegen, nur damit man den Unterschied auch kennt.

Spitalskonzept 2030 auf dem Weg, auch Campusmodell, Kindergärten. Kindergarten gratis, das sagt sich so leicht. Wenn man die neun Bundesländer nebeneinander hinstellt, ist es schon wieder anders, weil acht Mal die ÖVP in der Landesregierung – acht Mal kein Gratiskindergarten, ein Mal Österreichische Volkspartei nicht in der Landesregierung, nämlich in Wien - Gratiskindergarten. Der Vergleich macht Sie sicher! Wenn Sie kleine Kinder erziehen, kommen Sie in Wien besser durch als in jedem von der ÖVP mitregierten Bundesland. Deswegen ist das eine großartige Leistung für die Familien in dieser Stadt. Diese Leistung wird aufrechterhalten, auch wenn es Ihnen nicht passt und wenn Sie gerne hätten, dass man, wie in anderen Bundesländern, den Mittelstand und alle anderen wieder hinaufrechnet.

Wir gehen auch voraus mit dem Papa-Monat bei den städtischen Bediensteten.

Wir haben die Wiener Charta und hoffen bei der Wiener Charta auch auf eine rege Beteiligung von konservativen Teilen.

Das sind alles Konzepte, die nicht nur rückwärts-, sondern im Gegenteil vorwärtsgewandt sind. Was wir planen, ist eine verantwortungsvolle Zukunft! Das vermisste ich in diesem Haus bei zwei Fraktionen deutlich! Ich weiß auch, warum. Weil sie ganz andere Interessen haben. Das möchte ich im nächsten Teil beleuchten, den Anstand, den Ruf, die Reputation von allen Politikern. Das wundert auch niemanden anhand der vielen Geschichten. Wenn allerdings alle differenzieren und genau hinschauen, kommt man darauf, es ist nicht so einfach. Alle nehmen? So einfach ist es nicht. Blau, Schwarz nimm, und die feinen Herrschaften in diesem Land, die glauben, sie sind feine Herrschaften, wenn sie schöne Anzüge tragen und mit Messer und Besteck essen können und so weiter.

Diese feinen Herrschaften haben sich in der Bundesregierung, in der sie zusammengesessen sind, aufgeführt, dass einem heute fast davon schlecht wird. In der Regierung, in dem Kabinett Volkspartei/Freiheitliche, sind gesessen ein Großunternehmer, eine Schlossbesitzerin, ein Autohausprössling, eine Landadeligengattin und zwei Rechtsanwälte, lauter feine Herrschaften. Was haben die feinen Herrschaften gemacht? - Die Leute nach Strich und Faden ausgesackelt! Fast jeden Monat kommt eine neue Geschichte hoch. Jetzt sind wir Jahre danach und sind noch immer nicht fertig.

Im heutigen „profil“ wieder aktuelle Fälle, wieder Sachen, die auftauchen. Es reißt nicht ab. Die Grippemasken von Rauch-Kallat habe ich erwähnt. Die BUWOG-Wohnungen. Man muss es immer wieder in Erinnerung rufen.

Sie haben, bevor Sie in der Regierung waren, nicht gesagt, dass Sie den Leuten ihre Wohnungen verkaufen. Sie behaupten hier in Wien, vielleicht machen Sie es und

vielleicht auch nicht. Ich behaupte, wenn wir in Wien Schwarz-Blau am Ruder hätten, würden Sie die Gemeindewohnungen verkaufen. Sie haben es bei der BUWOG vorher auch nicht gesagt. Sie würden sich selbst dabei bereichern. Das haben Sie dort auch nicht gesagt. Sie haben nicht gesagt, Sie verkaufen ihnen die Wohnungen, ohne dass Sie sie fragen und dann werden Sie schauen, ob der Meischberger oder sonst jemand ein paar Millionen einstreift. Ich behaupte, das droht in Wien auch. Überall, wo Sie konnten, haben Sie öffentliches Eigentum verscherbelt. Sie werden das, wenn Sie können, aber zum Glück kommen sie da nicht dran, hier auch machen.

Die Konten in Liechtenstein und die Koffer, die von Karl-Heinz Grasser hin- und hergefahren werden, geschenkt.

Ernst Strasser: Man muss zumindest daran erinnern. Ernst Strasser, Österreichische Volkspartei, Minister, EU-Abgeordneter, sitzt in einem schummrigen Lokal. Da kommen Undercover-Journalisten und -Journalistinnen aus England und blättern ihn auf, weil er Gesetze verkauft, weil er sein Abstimmungsverhalten verkauft. Die Österreichische Volkspartei verkauft ihr Abstimmungsverhalten. Erwischt hat man nur den einen. Wie viele es sind, wissen wir nicht. Mein Verdacht, dort, wo einer ist, sind wahrscheinlich mehrere. Man weiß es nicht.

Glücksspiel, noch einmal, was da alles geflossen ist, von der Novomatic und leider auch von den Casinos, von beiden Richtung Westenthaler, KHG, Meischi, Hohegger, alles zum Nachlesen heute. Auch diese Gesetze waren offensichtlich zu kaufen.

Jetzt geht die ÖVP her und macht einen Verhaltenskodex. Dieser ist richtig amüsant zu lesen. Das muss man sich einmal vorstellen, die ÖVP demoliert den Ruf der Politik und macht dann einen Verhaltenskodex. (GR Ing Mag Bernhard Dworak: Sie sollten endlich einmal zur Sache kommen!) Das ist schon so weit anständig, wenn man sich wirklich ernsthaft darum bemüht. Jetzt muss man sich anschauen, welche Sachen da gesagt werden. Der Herr Sausgruber - er war jahrelang Landeshauptmann in Vorarlberg - und andere hochrangige ehemalige ÖVP-Politiker und -Politikerinnen sitzen dort drinnen. Jetzt, meint Herr Sausgruber, soll man Geschenke von Unternehmen nicht mehr annehmen, vor allem nicht, wenn sie mit der Arbeit und mit einer konkreten Erwartung desjenigen, der schenkt, verbunden sind. Also, wenn Ihnen eine Firma etwas schenkt und sagt, Sie sollen soundso abstimmen, dann sollen Sie das in Zukunft nicht mehr tun, sagt Sausgruber. Das ist ein Vorschlag vom Herrn Sausgruber. Ich weiß nicht, wie Sie das intern abstimmen, aber das ist ein Vorschlag vom Herrn Sausgruber.

Ich nehme einen zweiten, Dienstwagen. Der Herr Sausgruber ist der Meinung, es geht schon, wenn jemand hin und wieder mitfährt, wenn es ein kleiner Umweg ist, aber Sie sollen nicht damit in Urlaub fahren. Niemand von der Österreichischen Volkspartei soll mit dem Dienstwagen von da nach, ich weiß nicht, wohin, in

Urlaub fahren. Ein Vorschlag vom Herrn Sausgruber. Nur ein Vorschlag.

Urlaube auf Einladungen von Firmen sollen Sie nicht mehr machen, vor allem nicht, wenn es mit dem zusammenhängt, was Sie arbeiten. Alleine, dass man das vorschlagen muss, ist ungeheuerlich. Ich hoffe, Sie brauchen intern keine Zweidrittelmehrheit dafür, weil dann geht es vielleicht nicht durch.

Aber das ganz Harte kommt am Schluss, Sponsoring und Inserate. Der Herr Sausgruber sagt, und es ist offensichtlich notwendig, dass man das formuliert, wenn man in der ÖVP zu Hause ist und dort tatsächlich einen Verhaltenskodex macht, sein Vorschlag an diese Kommission, die das schreibt, ist, keine Schmiergeldzahlungen mehr zu nehmen. Das ist der Vorschlag. Das ist ein Zitat, steht in „Die Presse“. Also, der Herr Sausgruber ist der Meinung, jetzt müssen Sie mit diesen Schmiergeldzahlungen aufhören, machen Sie das nicht mehr. *(StR Mag Manfred Juraczka: Jetzt reicht es dann!)* - Das sage nicht ich, Herr Juraczka, das sagt der Herr Sausgruber. Wie geht es denn bei Ihnen zu, wenn der Landeshauptmann sagen muss, er hätte einen Tipp: „Hören wir auf mit den Schmiergeldzahlungen! Fahren wir nicht mehr mit dem Dienstwagen in Urlaub! Nehmen wir keine Geschenke von Firmen, wo wir nachher dafür abstimmen!“ Wie geht es denn in einer Partei zu, in der das notwendig ist? Unglaublich!

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Kollege Ellensohn.

GR David **Ellensohn** *(fortsetzend)*: Da gibt es noch Regeln. Ich spreche zum Thema Politik.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Kollege Ellensohn, ich würde bitten, zumindest den Bezug zum Rechnungsabschluss wieder herzustellen, weil sich jetzt eine lange Passage mit anderen Dingen befasst hat. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

GR David **Ellensohn** *(fortsetzend)*: Der Zusammenhang liegt ganz einfach auf der Hand. Es ist super. Da gibt es dann einen Applaus. Vorher sind sie alle schmähsad, wenn man ihnen ihre eigenen kleinen und großen Korruptionsfälle aufzeigt. Der Zusammenhang liegt natürlich darin, man kann mit dem Geld, das man von den Bürgern und Bürgerinnen kriegt, verantwortungsvoll umgehen *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das merkt man!)* oder man kann es in den eigenen Sack stecken. Ihre Bundesregierung, und deswegen ist es gut, dass Sie hier nichts zu sagen haben, hat genau das gemacht, die Leute ausgesackelt und in den eigenen Sack gearbeitet. Das ist hier der Zusammenhang. Wo ist der rot-grüne Skandal? - Gibt es keinen. Wo ist der grüne Skandal in Oberösterreich? - Gibt es keinen. Das ist der Unterschied. *(GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt hören Sie aber auf!)* Diesen Unterschied sieht man auch in einem Rechnungsabschluss, wenn man genau hinschaut. Wäre das Ihrer, würden ein paar Millionen fehlen, weil sie irgendjemand hätte einsacken müssen, weil irgendwelche Provisionen fließen müssen. So ist es in den anderen Bundesländern. *(StR Mag Manfred Juraczka: Jetzt beruhigen Sie sich wieder ein bisschen,*

Herr Ellensohn!) Das ist der Zusammenhang.

Der Verhaltenskodex hat aber eh eine kleine Lücke. Er gilt nämlich nicht für alle. Sausgruber sagt, für die einfachen Parteifunktionäre gilt das natürlich nicht. Der Kassier des ÖVP-Bauernbundes zum Beispiel muss sich an all diese Regeln - das ist wieder ein Zitat - nicht halten, das wäre Überschießen. Also, man muss einfach alles, was man vorher über Abgeordnete abgewickelt hat, über den Kassier des Bauernbundes machen, dann geht das schon.

Richtig wäre, wenn Sie sagen würden, das sehen Sie auch so, das geht so nicht und Sie teilen die Meinung vom Herrn Sausgruber, statt eine Freude zu haben, wenn Sie sagen, darüber wollen Sie nicht reden. Das ist es. Sie wollen nicht darüber reden.

Jetzt haben wir in diesem Haus allerdings auch schon den Fall der 90-jährigen Frau Meschar besprochen. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Der gehört aber nicht zum Rechnungsabschluss!)* - Oh ja! Wir müssen den Wienern und Wienerinnen immer erklären, und das machen Sie auch, wenn sie wählen sollen. Das gehört alles zu unserer Arbeit. Dazu gehört die Reputation von uns allen. Wichtig ist, den Wienern und Wienerinnen zu sagen, wenn sie da eine Stimme abgeben, Achtung, Schmiergeldzahlungen möglich, wenn sie hier eine Stimme abgeben und 90 Jahre alt sind, Achtung, nicht nach Hause einladen, es könnte sein, dass das eigene Konto nicht mehr zur Verfügung steht. Was hat Frau Meschar letztes Mal gewollt? Einen Heizkostenzuschuss wollte sie im Winter. Nein, die 90-jährige Frau kriegt natürlich nichts von dem ganzen Geld! *(GR Mag Wolfgang Jung: Den Heizkostenzuschuss zahlt ja Wien aus!)* Das gehört zum Rechnungsabschluss. Das gehört zum Anstand in der Politik. Deswegen bin ich der Meinung, dass ÖVP und FPÖ möglichst wenig Stimmen bekommen sollen und nicht nur in dieser Stadt, sondern in ganz Österreich Rot-Grün regieren soll, damit Schluss mit dieser Abzockerei von 90-jährigen Frauen und von BUWOG-Wohnungsverkauf und so weiter ist. Genau das gehört da her! *(Beifall bei den GRÜNEN und von GR Heinz Hufnagl. - GR Mag Wolfgang Jung: Sie benützen das Rednerpult als Psychiatercouch für Ihre Probleme!)*

Herr Jung, jetzt haben Sie so lange beim Bundesheer Zeit gehabt, nachzudenken, ob Sie irgendetwas Ernsthaftes machen wollen und dann immer nur diese schwachen Sätze da!

Zukunft: Verkehrspolitik in der Zukunft - wie schaut das aus? Demokratiepolitik in der Zukunft - wie schaut das aus? Verkehrspolitik wäre leicht, Sie lernen bei Petra Roth und wir machen das gemeinsam, machen genau das weiter, was wir jetzt machen. Wir versuchen, für die Wiener und Wienerinnen die Stadt von der Mobilität her hochzuhalten. Mobilität ist wichtig, aber sie gibt es halt nicht, wenn immer noch mehr Autos ineinander darin stecken, weder für die Menschen im Auto noch für alle anderen. Also gehen wir in dem Bereich unser Programm weiter.

Ich möchte auf das Wahlrecht eingehen. Das Wahlrecht hat etwas mit Integration, Demokratie und mit dem Zusammenleben in der Stadt zu tun. Es gibt

Anträge, die in den nächsten Stunden, in den nächsten Tagen dazu eingebracht werden. Wir diskutieren, wie gerecht das Wahlrecht ist. Ist es schon so schlimm wie in der Wirtschaftskammer, wo man mit 50 Prozent der Stimmen 80 Prozent der Mandate kriegt? Zum Glück nicht. *(GR Mag Wolfgang Jung: Nach einem Jahr wollten Sie ein neues Wahlrecht haben, hat Ihre Stadträtin gesagt!)* Es kommt ein neues Wahlrecht. Das steht im Wahlprogramm. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber das ist schon lange her! Das ist wie alle Ihre Versprechungen, heiße Luft!)* - Herr Jung, das Jahr 2012 ist noch nicht vorbei. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ihre Stadträtin hat gesagt, in einem Jahr!)*

Der Rechnungsabschluss bezieht sich auf das vergangene Jahr. Aber das Jahr 2012 ist noch nicht vorbei. Das dauert noch mehr als sechs Monate. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie hat es vor eineinhalb Jahren gesagt!)* - Herr Jung, Ihre Fraktion hat ausgemacht, dass Sie sich nicht aufregen sollen! Er hält sich nicht einmal mehr an die Vorgaben der eigenen Fraktion. Da wird es dann schwierig mit der Zusammenarbeit.

Demokratie: Wir kämpfen um ein Wahlrecht. Das ist dem Koalitionsvertrag zu entnehmen. Wir sagen, EU-BürgerInnen sollen in Wien wahlberechtigt sein. Wir werden hinter den Koalitionsvertrag nicht zurückfallen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Aber hinter den Rahmenvertrag!)* Jetzt ist die Frage für die FPÖ und die ÖVP, ob Sie da mittun wollen oder nicht. Weil da offensichtlich Unklarheiten bestehen, nur ein paar Sätze, wie das in anderen Ländern schon lange gehandhabt wird. Ich halte es tatsächlich für eine ganz entscheidende Frage, wie wir in den kommenden Jahren in der Stadt miteinander umgehen. Menschen vom Wahlrecht auszuschließen, ist Demokratieentzug pur. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das ist der einzige Punkt, der Ihnen dazu einfällt!)* Einem Nullwahlrecht für hunderttausende Menschen hängen Sie immer noch an. *(StR Mag Manfred Juraczka: Das ist alles, was Ihnen dazu einfällt!)* Deswegen nur in aller Kürze, Dänemark, 1974 - das ist schon eine Weile her -, BürgerInnen nordischer Staaten zuerst wahlberechtigt, dann alle Drittstaatsangehörigen mit dreijährigem, legalen Aufenthalt. Schweden seit 1975, alle, die drei Jahre in Schweden leben, über 18, aktiv und passiv, Provinzlandtage heißt das dort, wahlberechtigt. Finnland seit 1976, seit 1991 Ausweitung auf alle AusländerInnen, für Drittstaatsangehörige gilt eine Zweijahresfrist. Irland seit 1974, alle, die sechs Monate in Irland leben, passiv wahlberechtigt. Niederlande seit 1985, alle, die fünf Jahre im Land leben, aktiv und passiv auf kommunaler Ebene wahlberechtigt. Luxemburg seit 2005, aktiv bei Kommunalwahlen für Drittstaaten und fünf Jahre Aufenthaltsdauer.

Weil ich das für eine ganz zentrale Frage halte und das Wahlrecht tatsächlich eine der wichtigsten Regeln ist, wie wir unser Zusammenleben organisieren und wer dazugehört, würde ich mir doch überlegen, ob man tatsächlich weiterhin hunderttausende Leute einfach vom Wahlrecht ausschließt, die da wohnen, die da ihre Steuern zahlen. Sie haben genau das bei der politischen Akademie gehört. Dort hat das Frau Roth genau so

gesagt, sie versteht nicht, warum Menschen, die Krankenkassenbeiträge zahlen - das war, glaube ich, ihre Formulierung - nicht mitstimmen sollen. Das versteht sie nicht. Ich verstehe es auch nicht. *(GR Armin Blind: Das hat mit einer ganzen Menge zu tun!)* Viele andere verstehen es auch nicht. Sie lassen in Ihren Fraktionen Leute mitarbeiten, die keinen österreichischen Pass haben, Sie lassen in Ihren Fraktionen auch Leute kandidieren, die keinen österreichischen Pass haben, Sie haben BezirksrätInnen, die keinen österreichischen Pass haben und verwehren denen, die sich engagieren, die in der Bezirksvertretung sitzen, die da arbeiten, die da Kinder erziehen, die zu Ihrer Fraktion gehören, das Wahlrecht im Landtag. Das verstehe ich nicht. Die Erklärung dafür habe ich noch nicht gehört. Von der FPÖ kenne ich die Erklärung. Aber die Erklärung von der Volkspartei kenne ich nicht. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das ist wirklich nicht notwendig!)* Das Einzige, was ich weiß, ist, dass das konservative Parteien, quer durch Europa, anders sehen.

Es ist ein bisschen schade, dass wir in einer Stadt, wo alle Parteien irgendwie behaupten, urban zu sein, tatsächlich einem Wahlrecht anhängen, das im vorigen Jahrhundert schon schlecht war, aber auf jeden Fall uralt ist. Ich lade alle, die Interesse an einem fairen Wahlrecht haben, ein, nicht Menschen davon auszuschließen. Nullwahlrecht für hunderttausende Menschen ist allemal ungerader als jede Verzerrung, die ein Wahlrecht beinhaltet. *(StR Mag Manfred Juraczka: Das ist alles, was Ihnen zum Wahlrecht einfällt!)*

Ende dieses Jahres wird es ein neues Wahlrecht geben. Genau das steht im Koalitionsvertrag. *(StR Mag Manfred Juraczka: Notariatsakt, Herr Kollege!)* Hinter den Koalitionsvertrag werden wir nicht zurückfallen, nur weil die ÖVP und die FPÖ hier offensichtlich leider immer noch im gemeinsamen Boot sitzen. *(StR Mag Manfred Juraczka: Notariatsakt, Herr Kollege!)* Meine Hoffnung habe ich noch nicht ganz aufgegeben. *(StR Mag Manfred Juraczka: Notariatsakt, Herr Kollege!)* Im Moment schaut es so aus, dass es eine zentrale Frage für das weitere Zusammenleben in der Stadt ist. Ich will, dass möglichst viele Menschen mit uns gemeinsam die Stadt gestalten. Diese werden dann auch anders ernst genommen. Leute auszuschließen, ist genau das Gegenteil. Das ist Trennen. Das ist nicht ein Zusammenleben.

Die Wiener Charta ist ein Beitrag fürs Zusammenleben. Dieses neue Wahlrecht ist ein Beitrag zum Zusammenleben. Wer ein Interesse daran hat, dass wir in der Stadt alle gemeinsam an der Zukunft arbeiten, wird da bei uns sein. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Auszugrenzen ist eine Spezialität der GRÜNEN!)* Wer weiterhin teilen will, ist halt bei den Blauen, die auch davon profitieren. Wo sich da die Volkspartei aufstellt, muss sie selbst wissen. Wir, Rot-Grün, arbeiten daran weiter, dass wir in dieser Stadt nicht nur gut zusammenleben, sondern dass wir uns gegenseitig faire Chancen geben und dass wir auch im ökologischen Bereich - das habe ich bei der Verkehrspolitik angesprochen - sehr viel weiterkommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, freut es mich ganz besonders, dass vom Bundesgymnasium Bruck an der Leitha junge Menschen unter uns sind und uns zuhören. Ich begrüße euch ganz herzlich und ich danke auch den Organisatoren, dass Sie in unsere Stadt gekommen sind. - Herzlich willkommen! (Allgemeiner Beifall. - GR Mag Wolfgang Jung: Und das trotz Ellensohn!)

Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Gudenus. Ich erteile es ihm. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS nimmt eine Tafel über das „Wiener Finanzdebakel“ zum Rednerpult und stellt diese vor sich hin. - GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Maria Taferl dürfen wir wieder ansehen! Ich habe geglaubt, ihr wollt mit Haider nichts mehr zu tun haben!)

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (Klub der Wiener Freiheitlichen): Damit Sie es wissen und täglich sehen. Sie vergessen es anscheinend.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Galerie! Werte Schüler!

Die Schüler kennen es. Wenn es in der Benotung darum geht, ein Thema zu verfehlen, dann bekommt man oftmals ein Nicht genügend wegen Themenverfehlung. Wenn ein Klubobmann einer Regierungspartei minutenlang über Vorarlberg spricht, wenn ein Klubobmann einer Wiener Regierungspartei fast stundenlang über eine Zeit zwischen 2000 und 2005 spricht, dann frage ich mich. Wahrscheinlich ist er zur falschen Zeit am falschen Ort. Das trifft auf den Herrn Ellensohn zu. (Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)

Aber dann ist das doch die klassische Themenverfehlung, wofür viele Schüler zu Recht eine schlechtere Note bekommen. Also, wir können ihnen heute adjustieren, Herr Ellensohn, ein glattes, fettes Nicht genügend. (Beifall bei der FPÖ. - GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie haben es einfach nicht verstanden!)

Es ist überhaupt, Herr Margulies, ein Armutszeugnis, für einen Regierungspolitiker (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie sind ein PISA-Opfer! Armes PISA-Opfer!), seine Rede, die über den Rechnungsabschluss 2011 handeln soll, nur mit Anschütten, mit rückwärts gewandter Argumentation zu verbringen, anstatt sich einmal einzugestehen (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Der Graf ist aktuell! Das war alles aktuell!), dass man bei vielen Themen und Problemen dieser Stadt einfach nur scheitert. Das ist ein Eingeständnis des systematischen Scheiterns, Herr Ellensohn! Geben Sie es doch endlich zu! (Beifall bei der FPÖ.)

Schwarz-Blau war 2005 vorbei. Jetzt haben wir 2012. Können Sie Zeit reisen? Ich verstehe das nicht! (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Jetzt kommen alle Verbrecher ans Tageslicht! Das hat eine Zeit lang gedauert! Eine Bagage wart ihr!) Reden Sie einmal über die wichtigen Sachen! (GR Dipl-Ing Martin Margulies: Wer hat eine alte Frau über den Tisch gezogen?)

Da haben Sie über die Reputation von Politikern

gesprochen. Ich weiß nicht, wenn Politiker vor einer Wahl mit zwei anderen Parteien, also drei Parteien, mit einer vom Notar beglaubigten Unterschrift hergehen und sagen, egal, welche Partei davon in die Regierung kommen oder Regierungsverhandlungen führen sollte, das Wahlrecht, das in diesem Vertrag ausgehandelt wurde, ist ein Bestandteil, der nicht wegzuverhandeln ist, und dann sagt der Herr Ellensohn, das Regierungsprogramm ist natürlich nicht für sie wegzudenken. (GR Karlheinz Hora: Was hat das mit dem Rechnungsabschluss zu tun?) Aber dass Frau Vassilakou eine Unterschrift auch im Auftrag der Bürger getätigt hat, vergessen Sie! Sie verraten Ihre eigenen Wähler! Schämen Sie sich endlich! (Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)

Das ist die Reputation der Politiker. Dafür sorgen Sie, Herr Ellensohn! Dafür sorgen Sie!

Aber ich will mich gar nicht so lang mit Regierungspolitikern, die eigentlich nur mitgeschliffen werden, aufhalten. Kommen wir zurück zur eigentlichen Sache, nämlich zum Rechnungsabschluss und zu den vielen Skandalen und Vergehen der SPÖ. Da wurde wortreich, mit vielen Ausschmückungen erklärt, wie schön es ist, die Schulden in den letzten fünf Jahren verdreifacht zu haben, die letzten Jahre immer mehr Leute in die Armut zu treiben, immer mehr Sozialhilfeempfänger produziert zu haben. Das ist alles wunderschön! Das habt ihr alles toll gemacht, die SPÖ bis vor eineinhalb Jahren alleine und jetzt mit dem grünen Beiwager! Das ist alles wunderschön! (GR Kurt Wagner: Das ist lächerlich!)

Ich bewundere die Frau Stadträtin. Ich weiß nicht, wo man das lernt. Vielleicht gibt es Seminare dafür, dass man mit wunderschönen ausschmückenden Worten eigentlich eine Misere beschreibt und dabei nicht rot anläuft. Wo gibt es so ein Seminar, Frau Stadträtin? Das wäre interessant. Aber wahrscheinlich ist Ihre ganze Fraktion dort sowieso Stammgast. Faktum ist, Rekordschulden, Rekordarbeitslosigkeit, Rekordgebührenerhöhungen. Das ist das rot-grüne Programm. Das ist auch der Rechnungsabschluss 2011. Das lässt sich nicht wegleugnen! (Beifall bei der FPÖ.)

Heute, morgen und die nächsten Tage ist wieder einmal der Zeitpunkt, auch hier einen Offenbarungseid zu leisten und ganz klar zu sehen, das ist eine reine Bankrotterklärung, die hier abgegeben wird. Wenn man zum Beispiel das „Format“ als Argument hinzuzieht, schreibt es vor ein paar Wochen vom Wiener Finanzdebakel. Das „Format“, eine Zeitung, die sicherlich nicht der FPÖ nahe steht, schreibt vom Wiener Finanzdebakel: „Die Stadt Wien hat 4 Milliarden EUR Schulden. Warnungen des Rechnungshofs wurden ignoriert und das Risikomanagement fehlt.“ Aber diese rot-grüne Misswirtschaft auf dem Rücken der Bürger hat auch Gesichter und Namen, nämlich Häupl, Brauner und Vassilakou. Das ist nämlich das Dreigestirn der Belastungen und das Bermudadreieck, in dem die Steuermillionen tagtäglich verschwinden. Wir sagen, 18 Jahre Häupl, 5 Jahre Finanzstadträtin Brauner und eineinhalb Jahre Verkehrsstadträtin Vassilakou, die

Leute haben die Nase voll, es reicht! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist wirklich unglaublich. Da haben die Roten bereits im Jahr 2010 die Schulden der Stadt um unfassbare 80 Prozent in die Höhe getrieben, um vor allem im Wahljahr ihr eigenes Klientel zu bedienen. Aber Rot-Grün hat noch etwas draufgesetzt im Jahr 2011. 4,027 Milliarden EUR Schulden sind es jetzt hochhoffiziell, für die die Bürger natürlich auch haften müssen. Fast ein Drittel in einem Jahr oder, konkret, um mehr als 900 Millionen EUR mehr. Das heißt also, dass der Einkauf der GRÜNEN, damit sie mit der SPÖ in die Regierung gehen, den Bürger noch einmal um 30 Prozent mehr gekostet hat als der Schuldenstand im Jahr davor.

Da hat die Frau Brauner von Ausländerfeindlichkeit gesprochen, die keinen Platz in Wien haben sollte. Wenn man sich die Zahlen der Privatinsolvenzen anschaut, wo 60 bis 70 Prozent der Betroffenen Zuwanderer sind, wenn man sich die Arbeitslosenstatistik anschaut, wo natürlich vor allem Zuwanderer betroffen sind, wenn man sich die Statistik der Schulabbrecher und all jener, die Opfer des Schulsystems geworden sind, anschaut, wenn man sich, leider auch, die Kriminalitätsstatistik anschaut, dann frage ich mich, wer hier ausländerfeindlich ist. Weil die Zuwanderer sind Opfer Ihres sozialistischen Systems geworden. Das ist die echte Ausländerfeindlichkeit, wenn wir 70 Prozent Privatinsolvenzen in Wien oder einen Arbeitslosenrekord vor allem unter Zuwanderern verzeichnen müssen. Das ist die echte Ausländerfeindlichkeit! Wir wollen diese Ausländerfeindlichkeit hier in Wien nicht weiter dulden! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber kommen wir zurück zum Schuldenstand. 4 Milliarden EUR sind noch lange nicht die ganze traurige Wahrheit. Das ist eine rot-grüne Katastrophenbilanz, die aber schön gerechnet ist. Da wird auch einiges versteckt. 2,6 Milliarden EUR Schulden allein bei Wiener Wohnen. 350 Millionen EUR Schulden im KAV. Also, wenn man einen ehrlichen Strich darunter zieht, haben wir in Wien 7 Milliarden EUR Schulden. Das sind mehr als 4 000 EUR pro Bürger, man sagt ja, vom Baby bis zum Greis. Also, die Suppe können die Bürger auslöffeln.

Die Suppe können die Menschen auch auslöffeln, wenn es diese Woche und bis nächste Woche darum geht, einen ESM-Vertrag durchzuboxen, der undemokratisch ist und im Endeffekt auch eine Abgabe der Souveränität bedeutet. Das kostet den einzelnen Bürger in Österreich 24 000 EUR, nämlich jeden Österreicher und jede Österreicherin. Wie auch in Wien üblich, dürfen die Menschen nicht mitentscheiden. Es ist dem Herrn Bundeskanzler Faymann vollkommen egal, was er vor der Wahl im Jahre 2008 inseriert und ganz devot der größten Tageszeitung in einem Brief mitgeteilt hat, dass man bei großen, schwerwiegenden Änderungen der Verfassung, was EU-Recht betrifft, natürlich das Volk einbinden und Volksabstimmungen durchführen will. Das ist ihm jetzt wieder vollkommen egal. Da geht es eben auch um die Reputation von Politikern, wenn der Bundeskanzler im Endeffekt über die größte Tageszeitung die Menschen anlügt, und eine

Lüge ist es gewesen, oder wenn der Herr Ellensohn behauptet, die Unterschrift von Frau Vassilakou vor der Wahl ist nichts wert. Das ist für die Reputation der Politiker nicht gerade zuträglich. Vor allem dem Herrn Faymann sind anscheinend die Bilderberger wichtiger als die demokratischen Institutionen seiner eigenen Heimat. Da fährt er als Privatmann zu den Bilderbergern hinüber und, komisch, kaum ist er zurück, will er auf Biegen und Brechen den ESM-Vertrag in kürzester Zeit durchboxen. Das ist das Demokratieverständnis der SPÖ. Da ist nicht der Gemeinderat in Wien oder der Landtag wichtig. Da ist nicht der Nationalrat auf Bundesebene wichtig, schon gar nicht die Einbindung der Bürger mit einer Volksabstimmung. Nein, da zählt das, was die Bilderberger irgendwo in Übersee sagen. Das ist wirklich schäbig, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dieser ESM-Vertrag, der natürlich früher oder später auch Auswirkungen aufs Wiener Budget hat, soll überfallsartig durchgedrückt werden. Das gleicht einem Staatsstreich! Das ist eine blanke Verhöhnung der Demokratie! Da werden die Grundfeste unseres demokratischen Gefüges ausgehebelt und auch das österreichische Parlament entmündigt. All das wird von der SPÖ und von den GRÜNEN mitgetragen, gefördert und beschleunigt. Diese unheilige Allianz von Rot, Schwarz und Grün - das sind nichts anderes als EU-Knechte - schafft mit dieser Einführung des ESM im Endeffekt ein Ermächtigungsgesetz für eine neue gemeinsame europäische Wirtschaftsregierung. Das bedeutet nichts anderes, als die Abtretung der Budgethoheit des österreichischen Parlaments. Aber das ist Ihnen auch vollkommen egal, weil Ihnen anscheinend Demokratie und Souveränität vollkommen egal sind, weil Ihnen im Endeffekt die nationalen Parlamente und die nationalen Volksvertretungen egal sind. Im Endeffekt führt das zu einem europäischen Finanzausgleich, in dem die stärkeren Volkswirtschaften, wie auch, zwar klein, aber doch, Österreich, für die Skandale und Misereen und die Unfähigkeiten der anderen die Zeche zu bezahlen haben.

Wir Freiheitliche sind die einzige Partei hier im Haus und in Österreich, die diesen Wahnsinn ablehnen! Wir wissen uns mit dem Bürger auf dem richtigen Weg, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich darf diesbezüglich einen Beschlussantrag einbringen, dass sofort alle Verhandlungen und Voraussetzungen, dass dieser ESM-Vertrag geschlossen wird, sistiert werden und wir einmal offen darüber nachdenken, welche Folgen das für die Menschen in diesem Land, aber vor allem in ganz Europa, hätte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir stehen mit unserer Meinung und mit unserer Haltung nicht allein da. Zum Beispiel sagt Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn: „Mit dem ESM hat sich Deutschland auf die schiefe Bahn der Sozialisierung der Staatsschulden der Südländer begeben.“ - Er sagt weiter: „Es wird eine gewaltige Bad Bank geschaffen, durch die Deutschland erhebliche, vom Handeln

ausländischer Regierungen abhängige Vermögensrisiken übernimmt." Oder der Bund der Steuerzahler sagt, ich zitiere: „Der ESM ist die Fortsetzung der bisherigen Schuldenpolitik mit unbegrenzten Kreditmitteln. Statt temporärer Rettungsschirme ist nun eine Kreditmaschine für die Ewigkeit geplant. Die Installation des ESM läuft auf einen gewollten Sturz der Nationalstaaten und auf einen offenen Staatsstreich hinaus." Wer ist denn jemand, der einen Staatsstreich forciert und begeht? Das sind Putschisten. Putschisten sind das, die so etwas beschließen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein kalter Putsch, wo im Endeffekt die Österreicher nichts mehr zu sagen haben werden! Das lehnen wir entschieden und strikt ab! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber das Thema Schulden ist anscheinend ein Thema, das der SPÖ besonders wichtig ist. Man ergötzt sich teilweise schon am weiteren Schuldenmachen. Allein heuer werden in Wien schon wieder mehr als 400 Millionen EUR Schulden gemacht. Damit hat Frau Finanzstadträtin Brauner seit ihrem Amtsantritt im Jahre 2007 den Rekord und die Leistung vollbracht, den Schuldenstand der Stadt Wien verdreifacht zu haben. Das wird in Wirklichkeit dramatische Auswirkungen haben. Diese liegen auch auf der Hand, wenn wir in Wien schon jetzt 300 000 oder mehr Menschen haben, die im ach so sozialen Wien, wo die SPÖ seit Jahrzehnten im Endeffekt unangefochten, zumindest ohne ernst zu nehmenden Koalitionspartner, herrscht, in Armut leben. 300 000 Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben! Oder die Anzahl der Sozialhilfeempfänger hat sich innerhalb von 8 Jahren verdreifacht, von 30 000 auf 130 000. Die Kinderarmut hat sich in Wien verdoppelt. Ende Mai waren 104 000 Wienerinnen und Wiener arbeitslos. Das sind 13 Prozent Arbeitslosigkeit. Da können Sie noch so viele Arbeitslose in irgendwelchen Kursen verstecken. 13 Prozent Arbeitslosigkeit, von der SPÖ und von den GRÜNEN verursacht!

Da werden die Wienerinnen und Wiener gleichzeitig mit einer völlig unsozialen Gebührenlawine belastet, die den Menschen kaum noch Luft zum Atmen lässt. Die Menschen haben überhaupt keine Möglichkeit mehr, einen Haushalt aufzubauen, eine Familie zu gründen. Im Schnitt wird ein durchschnittlicher Wiener Haushalt, eine Durchschnittsfamilie mit 550 EUR mehr belastet. Das ist die traurige Bilanz nach eineinhalb Jahren Rot-Grün. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie sich nicht schämen! Sie schauen jetzt auch alle verschmitzt weg in Ihre Handys, in Ihre Unterlagen. Das ist die Realität. Sie belasten die Bürger mit 550 EUR mehr pro Jahr. Das ist genau der Weg, den die FPÖ nicht will. Wir werden dafür sorgen, dass 2015 dieser schlechte Weg der Gebührenbelastung der Wienerinnen und Wiener endlich abgestellt wird! Dafür sorgen wir gemeinsam mit den Wählern! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dann sagt die Frau Stadträtin, es gibt in Wien keine Spekulationen. Spekulationen in Wien sind unerwünscht und es gibt sie auch nicht, erst unlängst im „WirtschaftsBlatt“. Da gibt es aber den Rechnungshof,

der genau das Gegenteil feststellt. Da wurden allein 2010 233 Millionen EUR vernichtet. 2011 sind noch einmal 35 Millionen EUR dazugekommen. Der Rechnungshof sagt ganz klar, es gibt in Wien kein Risikomanagement, und das, obwohl mehr als 40 Prozent der Schulden in Schweizer Franken vorhanden sind, es gibt keine Finanzierungsstrategie. Der Rechnungshof spricht insgesamt beim Wiener Rechnungsabschluss und beim Budget von einer Intransparenz. Der Gemeinderat und alle, die bei der Finanzpolitik mitentscheiden, können sich gar nicht als ordentlicher Geschäftsmann gerieren, weil keine Transparenz besteht. Man weiß nicht, wie die genaue Finanzlage in Wien ist, weil alles versteckt und verschleiert wird. All das stellt der Rechnungshof fest. Der Rechnungshof hat auch festgestellt, hätte die Stadt die konkreten Empfehlungen seitens des Rechnungshofes umgesetzt, dann hätten die Schweizer-Franken-Verluste vermieden werden können. Aber das ist anscheinend der Stadtregierung und der Frau Brauner vollkommen egal. Da wird spekuliert. Sie behauptet zwar, es wird nicht spekuliert, aber das ist Spekulation in Reinkultur. Ich sage, in New York und in London sitzen die Spekulanten in den Hedgefonds und in den Investmentbanken. Hier in Wien sitzen die Oberspekulanten auf der Regierungsbank! Auch das ist eine Politik, die nicht verantwortungsvoll ist! *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Oder wenn es darum geht, das Wiener Volksvermögen, das den Menschen aus der Tasche gezogen wird, mit den Gebührenerhöhungen zu verprassen, das Geld, das in dunkelrote Kanäle fließt, gibt es einen Spruch, der leider zutreffend ist: „Das gesamte Wiener Volksvermögen versiegt in roten Futtertrögen.“ Also nur ein kleiner, kurzer Auszug der Skandale, wo in den letzten Jahren hunderte Millionen Steuergeld verschleudert wurden. Natürlich sind das alles nur Zufälle. Dahinter gibt es kein System. Also, bitte, überhaupt nicht. Ein Schelm, der so etwas denkt! Alles nur Zufälle!

Beispiel Wilhelminenspital: Dort werden nun zufällig Gebäude abgerissen, die, wie die Spitalsküche, erst im Jahr 2003 um 15 Millionen EUR gebaut wurden. Oder erst heuer zwei neu eröffnete Stationen.

Oder im Semmelweis-Areal in Währinger Bestlage wird nur zufällig, natürlich, eh klar, reiner Zufall, um einen Bettelpreis an ein SPÖ-nahes Unternehmen verhökert, und zwar um etwa 10 Prozent des eigentlichen Wertes.

Oder Otto-Wagner-Spital: Dort bekommt die stadtnahe Gesiba, zufällig natürlich, eh klar, reiner Zufall, den Zuschlag für ein 600-Wohnungen-Projekt. Oder beim Kaiserin-Elisabeth-Spital zufällig den Zuschlag für ein Pflegeheim.

Bei der Fernwärme Wien fliegen, zufällig natürlich, Mitarbeiter auf, die jahrelang unter den Augen ihrer Chefs Aufträge frisiert haben, Preisabsprachen zu Lasten der Gebührenzahler geduldet haben und dafür Schmiergeld eingesackelt haben. Reiner Zufall, natürlich. Schaden: 5 Millionen EUR.

Oder auch die ganzen Machenschaften rund um das

Media Quarter Marx. Das sind alles reine Zufälle. Geldflüsse von Aliyev. Das ist alles nur Zufall. Komische Firmenkonstruktionen mit Leuten, die eigentlich nicht geeignet sind. Alles nur Zufall!

Also, wenn das alles nur Zufälle sind, muss ich ehrlich sagen, an so viele Zufälle glaube ich nun auch wieder nicht. Das ist ein sozialistisches System des Machtmissbrauchs, das mitgetragen wird von diesen GRÜNEN hier, die sich aufspielen als die Obermoralaposteln! Das ist es! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich will jetzt gar nicht so viel vom Parkpickerl reden, das auch eine reine Abzocke ist. Es hat keinen Lenkungseffekt. Das wissen die Menschen auch. Da geht es nicht darum, die Verkehrsströme irgendwie zu lenken oder die Menschen dazu zu bewegen, da und dort zu parken oder auch nicht. Das ist und bleibt eine reine Abzocke, eine kalte Enteignung. Wir werden alles unternehmen, rechtlich und politisch, um dieses Parkpickerl und die Ausweitung zu Fall zu bringen, mit den Bürgern gemeinsam, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auch bis zum Verfassungsgerichtshof werden wir gehen.

Ich komme schon zum Schluss. In einer Stadt, wo falsche Menschlichkeit herrscht, wo strukturelle Ausländerfeindlichkeit seitens der Stadtregierung herrscht, weil im Endeffekt die Ausländer die Opfer des Systems sind, wo Unmengen von Steuergeldern verschleudert werden für Scheinasylanten, für Mindestsicherungsbezieher, die es nicht verdienen, für Leute, die die Grundversorgung beziehen, obwohl sie es nicht verdienen, gehört einmal politisch aufgeräumt, weil hier versiegen jährlich hunderte Millionen Euro an Steuergeldern. Das System und der Plan sind ganz klar. Sie wollen diese Menschen anziehen, weil Wien ist für die ganze Welt schon als Sozialmagnet bekannt. Alle kommen zu uns, weil sie ab dem ersten Tag Sozialleistungen bekommen. Ihr Ziel ist das Ausländerwahlrecht. Sie wollen, dass die Menschen am liebsten gleich am ersten Tag, oder schon, wenn sie in Ankara ins Flugzeug steigen, in Wien wählen können. Das ist Ihr Ziel. Weil Ihnen die Österreicher in Scharen davonlaufen, brauchen Sie jetzt die Ausländer, die Sie wählen! Aber diese Rechnung wird nicht aufgehen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir werden auch hier alle rechtlichen und politischen Mittel bemühen, um dieses Ausländerwahlrecht zu Fall zu bringen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden diesem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. Dieser Rechnungsabschluss ist gegen die Wienerinnen und Wiener. Und wir sind die einzige Partei, die für die Wienerinnen und Wiener kämpft! *(Lang anhaltender Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist GR Dr Aigner. Sie haben 20 Minuten.

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr

geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine Damen und Herren!

Ich möchte am Beginn meiner Ausführungen Bezug nehmen auf die Wortmeldung und auf das Einleitungsreferat der Frau Vizebürgermeisterin. Etwas, was sehr auffällig war, ist diese immer noch vorhandene Staatsgläubigkeit. Man hat das Gefühl, dass für alles, was in Wien passiert, nur die Stadt Wien hauptverantwortlich ist. In Wirklichkeit ist es doch eigentlich so, dass der Wohlstand in erster Linie von den Unternehmen und von den Arbeitnehmern erwirtschaftet wird und dass die Aufgabe einer Stadt oder eines Staates ist, die Rahmenbedingungen für diese Leistung und für dieses Wirtschaften zu schaffen. Auf diese Leistungen, die in den Unternehmen stattfinden, haben Sie überhaupt keinen Bezug genommen, und das in einer Zeit, wo doch die Staaten generell, weltweit gesehen, an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit kommen.

Wir haben im Prinzip mit dem Konsolidieren überhaupt noch nicht begonnen. Man hat es sich vorgenommen, bis ins Jahr 2016 auf ein ausgeglichenes Budget zu kommen und schon hat man Angst vor dem sogenannten Kaputtsparen. Dabei ist von Sparen doch überhaupt keine Rede, wenn man unter Sparen nur das versteht, dass man weniger neue Schulden macht. Das ist doch nicht Sparen, sondern das ist im Endeffekt bestenfalls ein Konsolidieren, hat aber mit Sparen und gar mit Kaputtsparen überhaupt nichts zu tun. Das ist, glaube ich, ein grundsätzlich falscher Ansatz.

Dass auf den Finanzmärkten viel falsch gelaufen ist, ist, glaube ich, außer Streit zu stellen. Aber zu behaupten, die Krise ist ausschließlich von den Finanzmärkten verursacht, da muss man entgegenhalten, jemand, der keine Schulden hat, jemand, der sich nicht um hunderte Milliarden refinanzieren muss, ist nicht abhängig von den Finanzmärkten. Die Macht der Finanzmärkte kommt daher, dass die Staaten ständig Geld brauchen, dass sie sich nur mehr mit Schulden refinanzieren können, dass man neue Schulden aufnehmen muss, um alte zurückzuzahlen. Das ist eigentlich diese Unabhängigkeit, von der man endlich wegkommen soll. Ausgeglichene Haushalte haben nichts mit Kaputtsparen zu tun, sondern sind Voraussetzung dafür, dass man nicht zukünftige Generationen belastet und dass man genau in die Abhängigkeit von den Finanzmärkten nicht hineinkommt. Damit kann man nicht schnell genug beginnen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es hat auch die Stadt Wien hier im Endeffekt ihre Aufgaben und ihre Hausaufgaben zu machen. Das, womit Sie begonnen haben, ist eben nicht mit dem Zurückfahren der Verschuldung und vielleicht dem Hinterfragen von vielen Leistungen, die durchaus hinterfragungswürdig sind, sondern begonnen haben Sie damit, dass Sie die Wienerinnen und Wiener einer Gebührenlawine ausgesetzt haben, dass Sie die Einnahmen erhöht haben, dass Sie eine Einnahmenautomatik geschaffen haben, die jeden Sparzwang letztendlich ad absurdum führt. Weil wenn

ich weiß, wenn alles teurer wird, kriege ich auch mehr Geld, dann ist natürlich gar kein Anreiz da. Es haben Ihnen die Valorisierung und das Valorisierungsgesetz allein gar nicht gereicht, Sie haben noch weit über den Index hinaus letztendlich die Gebühren angehoben. Da sind Sie auf einem Plafond angekommen. Wenn Sie sich gerade auch die Dienstgeberabgabe, die eine rein lohnbezogene Steuer ist, anschauen, ist das etwas, was Arbeitsplätze gefährdet und letztendlich keine Arbeitsplätze sichert und schafft.

Das ist eigentlich etwas, was man Ihnen zum Vorwurf machen muss, dass Sie immer noch diesem falschen alten Konzept des Schuldenmachens anhängen. Es ist auch wirklich traurig, dass jetzt in Europa wieder mehr Menschen Wahlen gewinnen, die wieder mit den alten Hüten von früher, die nur zu einem Schuldenberg geführt haben, hausieren gehen. Dafür, dass reine Investitionen, wenn sie nicht sinnvoll sind, auch zu nichts führen, ist auch Spanien ein gutes Beispiel. Dort sind zig Milliarden aus allen möglichen Strukturfonds im wahrsten Sinne des Wortes verbaut worden, und trotzdem hohe Arbeitslosigkeit, Bauruinen, Schulden und so weiter. Also da hat man auf einmal beides, man hat die Schulden und die Arbeitslosen. Das, glaube ich, ist keine Zukunftsperspektive. Deswegen hören Sie auf, so zu tun! Ein gutes Haushalten hat mit konservativ oder progressiv nichts zu tun. Wer gut Haushaltet, lebt einfach vernünftig, und Politik sollte doch in erster Linie von der Vernunft getrieben sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Herr Klubobmann Ellensohn hat sich sehr ausführlich mit allen möglichen Verhaltenskodizes beschäftigt. Allerdings hat er überhaupt keine Hinweise gegeben, was sich eigentlich an der Verschwendung, die in Wien bis vor Kurzem von den GRÜNEN massiv kritisiert worden ist, ändern soll. Wir stellen hingegen fest, dass, wenn es darum geht, grüne Parteigänger unterzubringen, sozusagen der Griff in den ohnehin sehr leeren Topf nach wie vor ungeniert getätigt wird. Wir haben aus den Zeitungen erfahren, dass der Kollege Van der Bellen jetzt doch sein Wiener Mandat annimmt. Das wäre doch eine gute Gelegenheit, die Funktion des Uni-Beauftragten, die in einer Platitudensammlung gegipfelt hat, einfach einzusparen und zu sagen, Van der Bellen kommt in den Gemeinderat, der Uni-Beauftragte und das Büro können eingestellt werden.

Wir haben tolle Mitarbeiter in Wien. Es wird ihnen auch bei jeder Gelegenheit gedankt und zu Recht gedankt. Dann frage ich mich, warum man dann in so vielen Bereichen noch zusätzliche Berater und Agenturen braucht. Das kann doch der Sachverstand, den man ohnehin im Rathaus hat, genauso machen. Wozu brauche ich eine Fahrradagentur? Wozu brauche ich einen Fußgängerbeauftragten? Und, und, und. Der Sachverstand ist da. Das ist im Prinzip das Gleiche, was auch in anderen politischen Ebenen ist, dass man nicht auf die eigenen Leute zurückgreift, sondern dass man externe Berater, Konsultanten heranzieht und damit natürlich Parteigänger versorgen kann. Das ist bei den GRÜNEN offenkundig genauso wie bei allen, dass man sozusagen Green Jobs schafft. Das ist eigentlich etwas,

das zu hinterfragen ist.

Die Stadt Wien hat natürlich auch bei Großprojekten ihre Flops zu verantworten. Natürlich, wer etwas angeht, riskiert auch das Scheitern. Das ist auch ganz wichtig. Besser man macht etwas, und man macht es vielleicht einmal gut und einmal schlecht, als man macht gar nichts. Aber es heißt ja nicht, dass man sich nicht doch verbessern kann.

Denken Sie gerade an die Pleite der Gasometer-City, auch etwas, das toll hervorgehoben wurde, wo man jetzt eigentlich immer noch mehr Geld hineinstecken muss, um das völlige Scheitern hintanzuhalten. Da hat das überhaupt nicht funktioniert. *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Daran ist die Stadt Wien nicht schuld!)*

Bei St Marx wird jetzt offenkundig der ORF genötigt, gezwungen, dort hinzugehen, dass ein weiteres Projekt sozusagen aus den Startlöchern herauskommt.

Auch bei der Seestadt Aspern holpert es an allen Ecken und Enden.

Es wurde von der Internationalität gesprochen. Wenn man sich anschaut, was die Bundesländer Wien und Niederösterreich beim Vienna Airport sozusagen auf sich geladen haben, muss man sagen, das passt hinten und vorne nicht zusammen. Da wird eigentlich mit Steuergeld fahrlässig umgegangen. Da hat man eigentlich von den GRÜNEN, die das bis vor Kurzem auch kritisiert haben, überhaupt nichts gehört.

Gehen Sie weiter. Die Inseratenlawine prasselt nach wie vor uneingeschränkt auf die Bürgerinnen und Bürgern nieder. Denken Sie an diese „Tschuldigen“-Kampagne. Das ist teilweise wirklich schon absurd! Die Radfahrer fahren auf dem Gehsteig, aufgehetzt von den GRÜNEN. Weil Sie signalisieren den Leuten, für die Radfahrer gibt es keine Regeln. Sie fahren, wie sie wollen. Man wäre mittlerweile als Fußgänger, der überfahren wird, fast schon froh, wenn sich einer noch entschuldigen würde. Das passiert aber überhaupt nicht, sondern man nimmt sich ein Recht heraus.

Oder der Charta-Prozess: Überall das Flipchart und der Moderator, der das moderiert. Letzte Woche stehen im überfüllten Stadionbad innen die Flipcharts, dort wird moderiert und außen habe ich die Schlägerei im Gedränge. Auch da sieht man, etwas kostet einen Haufen Geld, herauskommt außer Banalitäten wahrscheinlich nicht viel. Es geht nur darum, das gute Benehmen wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Da muss man schon sagen, das sind aufwändige Prozesse, die sehr viel Geld kosten, wo letztendlich natürlich sehr viele eingebunden werden und eingebunden werden können. Im Prinzip ist das etwas, das sehr zu hinterfragen ist.

Der Gratiskindergarten ist eine tolle Einrichtung. Ich darf nur daran erinnern, dass das jahrelang die ÖVP für ein Jahr gefordert hat. Ich weiß noch, was wir uns wegen eines Gratiskindergartenjahres haben anhören können. Das ist wortreich verteidigt worden, warum das eine schlechte Idee ist. Also, es ist gut, dass der Kindergarten gratis ist. Aber da war Niederösterreich viel früher da. *(GR Karlheinz Hora: Aber das ist heute noch immer ein Halbtageskindergarten!)* Das einzige Jahr ist jahrelang von der SPÖ massiv abgelehnt und nicht realisiert

worden. Das ist ähnlich wie mit der Nacht-U-Bahn. Diese hat auch nicht die SPÖ erfunden, sondern das hat damals die Junge ÖVP gefordert. Es ist gut, dass es gemacht wurde, aber lassen Sie die geistige Urheberschaft dann bitte dort, wo sie herkommt. (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Die Volksbefragung hat das ergeben!*) Das ist nicht von der SPÖ erfunden, sondern das ist jahrelang von der SPÖ blockiert und nicht gemacht worden! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Man hat dann immer Angst, dass das öffentliche Eigentum verscherbelt wird. Sie werden übermorgen wieder einen Akt beschließen, wo öffentliches Eigentum wirklich verscherbelt wird. Hochwertiger Baugrund, ohne Ausschreibung, zu einem Preis, der wirklich sehr günstig ist. Es werden die Wohnungen dort, im Semmelweis-Areal, nicht günstig sein. Diese werden sehr teuer sein. Dazwischen macht jemand einen Schnitt. Wenn man sich das ganze Firmengeflecht anschaut, dann kann man sich ungefähr vorstellen, wer da aller mitschneidet, also dieses ganze Imperium, das die SPÖ in jahrzehntelanger Alleinregierung um sich aufgebaut hat, mit Firmengeflechten, mit Vereinen.

Die Vereine sind überhaupt nicht erwähnt worden. Der einzige Verein, wo es eine Kürzung gegeben hat, war der Verein Stadtfeste. Auch da ist nichts eingespart worden, weil das Geld, das vorher die ÖVP bekommen hat, kriegen halt jetzt die GRÜNEN, damit sie den öffentlichen Raum privatisieren und sich dort irgendwie ausdehnen können. Bei den Vereinen geschieht überhaupt nichts. Es sind massiv lange Listen, wo einfach gezahlt wird. Wenn man sich ein bisschen anschaut, wer in den Vereinen sitzt, versickert dort massiv Geld und man hält sich letztendlich auch eine Fülle von Abhängigkeiten, die man dann bei Zeiten entsprechend ausnützen kann.

Das heißt, ohne die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger einzuschränken, kann sehr viel in der Struktur gespart werden. Das würde ich unter intelligentem Sparen verstehen. Da sind Sie bis dato noch wirklich jeden Vorschlag schuldig geblieben. Aus diesem Grund haben Sie dafür Verständnis, dass ich dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen werde. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ums Wort gebeten hat Herr GR Dipl.-Ing Schicker. - Sie haben wieder 25 Minuten.

GR Dipl.-Ing Rudi **Schicker** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Vizebürgermeisterin! Herr Vorsitzender!

Ich habe sehr gut zugehört, was jetzt die Opposition zum Wiener Budget und zur Wiener Finanz- und Wirtschaftspolitik gesagt hat. Ich bin hier komplett gegenteiliger Meinung, das wird Sie nicht wundern. Aber das ist auch begründbar: Der Erfolg der Wiener Finanz- und Budgetpolitik lässt sich ja in Zahlen messen.

Wenn Sie den Vergleich anstellen, wie andere Bundesländer, wie andere Gemeinden zusammengenommen ihren Schuldenstand haben und wie wir unseren Schuldenstand pro Kopf haben, so zeigt

sich, dass Wien gemeinsam mit Tirol die niedrigsten Schulden aller österreichischen Bundesländer und Gemeinden zusammen hat! Es zeigt sich auch, dass, gemessen am Prozentsatz des Bruttoregionalproduktes, Wien eindeutig auch vor Tirol die niedrigsten Schulden aufweist. Und den Bund brauchen wir gar nicht heranzuziehen, denn da ist der Schuldenstand zehn Mal so hoch wie das, was die Stadt Wien an Schulden hat.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nur der guten Ordnung halber habe ich hier diese Zahlen erwähnt. Denn SozialdemokratInnen messen den Erfolg von Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht daran, wie die Zahlen im Verhältnis pro Kopf mit irgendwelchen Schuldenständen sind (*GR Mag Wolfgang Jung: Das tun sie in Griechenland auch nicht!*), sondern sie messen ihre Politik und sie messen die Wirtschaftspolitik in ihrer Stadt danach, wie es gelingt, bei allen Stürmen und Wirrnissen der weltweiten Wirtschaftskrise Beschäftigung zu sichern, Arbeitsplätze zu erhalten, die Wirtschaft - Herr Kollege Aigner, die Wirtschaft! - zu unterstützen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und Jugendbeschäftigung und -ausbildung auch zu erhalten.

Dazu, Herr Kollege Aigner, hätten wir eigentlich wunderbar gern den Beitrag der Wirtschaft benötigt! Denn wir alle wissen, dass gerade in der Wiener Wirtschaft Ausbildungsplätze für Lehrlinge nur mehr funktionieren, wenn es auch Förderungen dafür gibt, und dass nicht einmal dann ausreichend Arbeitsplätze für Lehrlinge zur Verfügung gestellt werden. Da können Sie, Herr Kollege Aigner, gerne mit uns gehen! Da können Sie gerne mit uns ziehen, Absolventen aus Hauptschulen, Absolventen aus der Neuen Mittelschule dann auch entsprechend unterzubringen. Hier ist die Rolle des Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds, und die Frau Vizebürgermeisterin hat ja darauf hingewiesen, dass hier 30 000 Menschen in überbetrieblicher Lehre, im Nachholen des Lehrabschlusses, im Nachholen des Hauptschulabschlusses und auch in Fragen der Berufsreifeprüfung und der Wiederinstallation im beruflichen Leben unternommen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir machen da nicht hohes Aufsehen darum. Wir sagen aber auch, dass die Wirtschaft allein die Bewältigung der Krisensituation offenbar nicht schafft und es notwendig ist, dass wir in dieser Stadt auch die Unterstützung für die Wirtschaft bieten, die Unterstützung für die Schülerinnen und Schüler, für die Lehrlinge und für die Studenten geben müssen, damit die Wirtschaftskraft in dieser Stadt auch entsprechend erhalten bleibt, um Arbeitsplätze, um Beschäftigung, um den Wohlstand in dieser Stadt sichern zu können.

Dass dazu auch Produktionsbetriebe notwendig sind, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Ich denke hier an den automotiven Cluster, der im Norden Wiens besteht, mit Siemens Verkehrstechnik und mit allen anderen Unternehmen, die auf diesem Gebiet sehr gut unterwegs sind, wie Bombardier und so weiter. Weltweite Exportmöglichkeiten, weltweite Exportchancen gerade auf diesem Sektor sind ganz entscheidend für unsere

Stadt, denn nur mit der Verankerung in der weltweiten Wirtschaft können wir in einer Stadt, die zugegebenermaßen hohe Löhne zahlen kann, die zugegebenermaßen einen hohen Lebensstandard sichern kann, in dieser Stadt bestehen.

Es geht nicht, dass wir hier nur Niedriglohnbranchen hätten oder ansiedeln. Es geht nicht, dass wir niedrige Dienstleistungen in dieser Stadt allein zur Verfügung haben, sondern es geht auch darum, dass wir Produktionsunternehmen, Hightech-Unternehmen und eine breite ökonomische Basis in dieser Stadt absichern. Deswegen werden von der Wirtschaftsagentur die Innovationskraft und die Kreativität der Unternehmen in Wien gefördert. Deswegen wird Forschung unterstützt. Deswegen wird auch Grundlagenforschung unterstützt, denn ohne diese ist es wohl kaum möglich, in den Topproduktionen mithalten zu können und entsprechend auch Wien international zu positionieren. Wien ist daher nicht ein reines Verwaltungszentrum und eine reine Transaktionsstelle von Banken, Wien ist breiter aufgestellt. Das ist sinnvoll, und dabei soll es auch bleiben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Schwerpunkt unserer Politik dabei im vergangenen Jahr - und das gilt auch für das heurige Jahr - ist der Ausbau der Infrastruktur, ist der Ausbau der Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, ist der kostenfreie Kindergartenzugang und ist vor allem Qualifikation und Ausbildung! Wenn Sie durch die Stadt fahren, so werden Sie viele Baukräne sehen. Sie werden feststellen, dass in dieser Stadt - im großen Unterschied zu anderen Metropolen Europas, im großen Unterschied zu vielen Staaten, wo Sparen einfach bedeutet, nichts mehr zu machen -, dass in dieser Stadt gespart wird und zusätzlich investiert wird. Und zwar sinnvoll investiert wird - nicht, Herr Aigner, in Autobahnen, die irgendwo hinführen, wo nichts ist und wo man von nirgends herkommt, sondern einfach in Aktivitäten, die wir auch brauchen!

Aktivitäten, die wir hier in dieser Stadt brauchen, beginnen beim Hauptbahnhof. Sie gehen weiter beim Wohnbau mit der Wohnbauoffensive: Die 6 800 Wohneinheiten, die im vergangenen Jahr gefördert wurden, sind dringend notwendig! Es gebietet einfach, dass wir in dieser Zeit auch in der Lage sind, Investitionen aufrechtzuerhalten, die im Speziellen für unsere Bevölkerung, für die Bewohner Wiens sinnvoll sind und zusätzlich auch einen sehr hohen Anteil an Beschäftigung schaffen.

Wenn Sie, Herr Aigner, herausgehoben haben, dass es in unserer Stadt Projekte gegeben hat, die weniger erfolgreich waren: Jawohl - aber im Gasometer betreibt die Stadt Wien kein Einkaufszentrum, und dieses ist nicht erfolgreich! Die Wohnungen sind erfolgreich, es ist dort das Musikzentrum sehr erfolgreich, und alle Einrichtungen, die rundherum geschaffen wurden, sind auch auf gutem Weg.

Wir haben, ebenfalls in St Marx, dem ORF ein Angebot gestellt. Die Stadt Wien hat den ORF nicht gezwungen, wie Sie behaupten, nach St Marx zu gehen,

sondern es ist ein Offert. Wenn Sie sich anschauen, wie der Roland-Rainer-Bau auf dem Küniglberg aussieht, dann werden Sie feststellen, dass dieses Offert sehr, sehr gut gemeint war und dass es für den ORF auch sehr wesentlich gewesen wäre, es schnell anzunehmen. Die Chance gibt es ja noch! Das Offert der Stadt Wien ist noch offen, und möglicherweise kehrt Einsicht auch bei den Stiftungsräten ein. Die Unterstützung für das Management beim ORF ist dann da, und die Übersiedlung nach St Marx kann noch stattfinden.

Nur generell: Wenn wir davon sprechen, dass Wirtschaft funktionieren muss, dass Beschäftigung funktionieren muss in einer Stadt, dann hängt das sehr stark damit zusammen, dass das Zusammenspiel zwischen dem, was die Unternehmen tagtäglich leisten, und dem, was die Rahmenbedingungen sind, auch tatsächlich zusammenstimmt. Dazu zählt einfach Folgendes, und das haben sowohl Herr Juraczka als auch Herr Gudenus und Herr Aigner abgestritten: Da geht es darum, dass man bei allen Ideen, allen Vorstellungen, wie man Stabilität herstellen kann, nicht nur spart, sondern auch die entsprechenden Incentives für die Schaffung von Prosperität und Wachstum gibt. Das ist ganz entscheidend! Schuldenabbau ohne Wachstum führt zur Verarmung und zum Zerfall der Gesellschaft. Genau dem würden Sie Vorschub leisten, meine Herren von der Opposition, wenn wir Ihre Politik nachvollziehen würden. Intelligent sparen und wachstumsorientiert investieren, das schafft Beschäftigung!

Zu diesem intelligenten Sparen gehören unter anderem natürlich die permanente Reform der Verwaltung, das permanente Anpassen an geänderte Verhältnisse. Sie werden sehen, dass in dieser Stadt der Magistrat vielfach und permanent neu gestaltet, neu geschichtet wird, dass durch Auslagerungen im 100-Prozent-Eigentum der Stadt auch gewisse Erleichterungen im ökonomischen Sinne geschaffen werden und die Vorteile, die neue Formen der gesellschaftlichen Organisation für Aktivitäten der Stadt bieten, auch tatsächlich genutzt werden. Das ist Wien: Nicht privatisieren, nicht verschleudern, sondern schlicht und ergreifend schauen, dass auf die Verhältnisse immer Rücksicht genommen wird und eine permanente Anpassung der Verwaltungsreform auch stattfindet!

Dazu ein paar Punkte, Herr Kollege Gudenus, zu den Rechenspielen, die Sie anstellen. Erstens einmal: Wenn ich eine Tafel herstelle, wo jeder die Zahlen ablesen kann - wie richtig oder falsch sie sind, sei dahin gestellt -, dann sollte man zumindest richtig dividieren können. Wenn Sie Steigerungen der Kosten und Steigerungen des Schuldenstandes errechnen, dann haben sie leider mit Ihren Tafeln, die Sie zeigen, überhaupt nichts zu tun. Zumindest mit der eigenen Information sollte man so umgehen, dass sie konzis ist, dass sie in sich stimmig ist. Ich glaube, das ist auch für einen Juristen zulässig und ist nicht nur eine Anforderung, die ich mir als Techniker stelle.

Sehr geehrte Damen und Herren! Auch die Information, dass wir angeblich beim

Krankenanstaltenverbund in hohe Schuldenstände hineinlaufen, ist nicht richtig: Diese hohen Schuldenstände, die Sie da hervorgezaubert haben, gibt es in der Form nicht! Denn der Krankenanstaltenverbund investiert, und Investitionstätigkeit erfolgt in der Regel - auch bei Wirtschaftsunternehmen - nicht aus dem Eigenkapital heraus, sondern da wird bei allen Unternehmen - und ich kenne keine anderen - immer auf Fremdmittel zurückgegriffen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Also doch Schulden!)* Genau das passiert beim Krankenanstaltenverbund auch. 250 Millionen für eine neues Spital aufzunehmen *(GR Mag Wolfgang Jung: „Fremdmittel“ ist gleich Schulden!)*, 250 Millionen für den Ausbau der Geriatriezentren in Wien zu verwenden, das ist gute und absichernde und seriöse, nachhaltige Politik!

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben in dieser Stadt auch in der Verkehrspolitik im vergangenen Jahr genau das getan, was das Koalitionsabkommen auch angekündigt hat. Wir haben in der Verkehrspolitik zum Beispiel hervorragende Incentives für die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel gegeben. Und das funktioniert, wie die Zahlen der Neubenutzer von Jahreskarten zeigen! Wir sorgen für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, und deswegen gibt es auch Investitionsmittel, die nicht nur für den Tiefbau da sind, sondern die auch für das rollende Material und für andere Investitionen, die notwendig sind, um einen hervorragenden öffentlichen Verkehr zu garantieren, da sind.

Wir führen auch intelligente Änderungen durch. Denken Sie daran, dass zum Beispiel der kostenfreie Zugang zu Kindergärten nicht nur bedeutet, dass sich Familien, die bei der Wohnstandsgründung sind, die höhere Kosten haben - durch das Schaffen einer eigenen neuen Wohnung zum Beispiel -, mit diesem kostenfreien Zugang zu Kindergärten sehr viel Geld ersparen können; wir schaffen damit aber auch wiederum die notwendigen Bauinvestitionen. Denn wir haben notwendigerweise auch mehr Platz schaffen müssen für die Kinder, die jetzt zusätzlich in den Kindergarten kommen.

Wir haben mehr Personal, wir haben mehr Ausbildungsmöglichkeiten auch für die Kinder und ermöglichen das im Unterschied zu Niederösterreich - Herr Aigner, auch diese Mär könnten Sie endlich aufhören zu erzählen, denn in Niederösterreich gibt es nur einen Halbtageskindergarten! In vielen anderen Bundesländern wird zugesperrt, und die Kinder müssen zum Essen nach Hause gehen. Das alles gibt es in Wien nicht. In Wien gibt es den echten Ganztageskindergarten kostenfrei, wo sie gerade einmal das Essen zahlen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Herr Gudenus! Die Angriffe, die Sie richten im Zusammenhang mit dem Stabilitätspakt - wenn ich das in Vergleich setze mit den Debattenbeiträgen der anderen beiden Redner der Oppositionsparteien, so kommt für mich da schon heraus: So ganz ist sich die Opposition da nicht sicher, was sie eigentlich fordern soll. Auf der einen Seite wird gefordert: Unbedingte Stabilität, so schnell wie möglich alle Schulden weg! Auf der anderen

Seite heißt es: Dieser Stabilitätspakt, das, was hier europaweit geschaffen wird, ist der Ruin für alle!

Dann versteigt man sich auch noch dazu zu sagen, dass Politiker in diesem Europa, in diesem vereinten Europa oder in dieser Republik - ich gehe ja fast davon aus, Sie haben diese Republik gemeint -, dass Politiker, aktuelle Politiker hier Putschisten sind. Herr Kollege Gudenus, schauen wir einmal nach Griechenland - dort gab es 1967 einen Putsch -, dann wissen Sie, wie Putschisten ausschauen. Fahren wir einmal nach Argentinien, dann wissen Sie, wie Putschisten ausschauen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: ... auch Nadelstreif-Putschisten!)* Fahren wir doch einmal in andere Staaten, wo Putsche stattgefunden haben: Dann merken Sie, welche demokratischen Rechte dort nicht mehr bestanden haben und welche dort abgeschafft wurden *(GR Mag Wolfgang Jung: Richtig, das Parlament wird ausgeschaltet!)*, wie ganz bewusst in Kauf genommen wurde, Demokratie abzuschaffen. *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das machen sie ja! - GR Mag Wolfgang Jung: Genau das ist es: Das Parlament wird ausgeschaltet!)*

Und dann schauen Sie sich einmal Österreich an! Dann vergleichen Sie das einmal mit Österreich. *(GR Mag Wolfgang Jung: Jetzt noch!)* Und dann vergleichen Sie das einmal damit, welche Möglichkeiten Sie als Oppositionspartei in diesem Staat haben *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber nach dem ESM schaut es anders aus!)*, in dieser Republik und in dieser Stadt. Das ist komplett konträr! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Das ist alles nach dem ESM nichts mehr wert!)* Und wenn Sie diese Unterschiede nicht kennen zwischen einem demokratischen Staat und Politikern, die sich der Demokratie verpflichtet fühlen, und Putschisten, dann richtet Sie das selber! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich habe da auch vernommen, dass Sie ganz gerne in die Ferne schweifen - dort gibt es im Übrigen auch eine Menge Putschisten, in dieser Region -, dass Sie offenbar gerne mit den Bermudas etwas zu tun haben. Ich würde sagen: Lassen wir es nicht beim Dreieck! In diesem Bermuda-Dreieck verschwinden tatsächlich viele Sachen, Flugzeuge vor allem, Schifferin und so. Sie haben behauptet, da verschwindet Geld. Das mag schon möglich sein! Das mag schon möglich sein, ich hätte nur ganz gerne auch das Bermuda-Dreieck oder das -Vieleck, könnte man ja schon sagen, Ihrer eigenen Partei einmal angeschaut.

Es hat Kollege Ellensohn ja schon darauf hingewiesen, dass das „profil“ - durchaus ein Magazin, das mit der SPÖ nicht wirklich freundlich umgeht - durchaus in der Lage ist, auch Dinge aufzuzeigen. Wenn da jetzt herauskommt, dass es offenbar System hat in den Reihen Ihrer Partei, dass man Stiftungen gründet und Stiftungen dann ausnützt für die eigenen politischen Zwecke *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Die AVZ?)*, dann denke ich mir, ist ein ganz enormer *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Reden Sie von der AVZ?)*, dann ist ein ganz enormer Aufklärungsbedarf! *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Dann reden Sie von 1,6 Milliarden EUR!)*

Sagen Sie mir doch, warum der Herr Wansch, gerade der Herr Wansch, bei uns im Kontrollausschuss sitzt, wo der Herr Wansch doch beteiligt war an dem großen wirtschaftlichen Erfolg, der geleistet wurde in Seibersdorf. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: 2 Prozent ...*) Damals war er dort Vorsitzender der Rechtsabteilung, und das hat offensichtlich dazu geführt, dass er gemeinsam mit dem Herrn Graf und gemeinsam mit dem Herrn Krünes dort von einem 30-Millionen-EUR-plus-Ergebnis (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: 1,6 Milliarden - AVZ!*), bevor sie dort eingestiegen sind, auf 36 Millionen minus war und eine der renommiertesten Forschungseinrichtungen Österreichs auf einmal ruiniert war! Das ist wirtschaftliche Leistung von FPÖ-Mitgliedern, von FPÖ-Funktionären und von Menschen, die die FPÖ in politische Mandate und Funktionen schickt. Herr Kollege Gudenus, das sind Fakten! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. - GR Mag Johann Gudenus, MAIS: ... AVZ-Fakten!*)

Wenn ich dann noch lese, dass damit auch Anschläge in Südtirol finanziert wurden - so wie es das „profil“ heute sagt -, dann muss ich sagen: Wo sitzen die Putschisten? Wo sitzen die Putschisten? Offenbar auch in den Reihen der FPÖ, in den Reihen der Olympia, wo sowohl der Herr Burger als auch der Herr Graf als auch der Herr Wansch Mitglied sind!

Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich allzu sehr vom Rechnungsabschluss 2011 abweiche, möchte ich doch abschließend darauf hinweisen, dass wir hier in dieser Stadt, mit dieser hervorragenden Verwaltung, die imstande ist, das Budget immer auf gleich zu halten, sehr gute Erfolge auch haben und Erfolge haben werden, das Stabilitätspaket auch umzusetzen, dass wir in der Lage sein werden, bis 2016 hier auch entsprechend Einsparungen vorzunehmen, und dass Wien die Krise bisher beherrscht und als Stadt international hoch geachtet ist. Auch die Wiener wissen das zu schätzen, vor allem jene, die die Möglichkeit haben, ihren Urlaub im Ausland zu verbringen.

Dafür gebührt euch ein großes Dankeschön! Und ich denke, dass wir keinen Wechsel hin zu einer anderen Regierungszusammensetzung, zu einer anderen Regierungsbeteiligung benötigen. Denn die Sozialdemokratie und die bisherige Wiener Stadtregierung weiß, wie man für die Menschen arbeitet, wie man den Ausgleich zwischen Arm und Reich organisieren kann. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Und dabei soll es auch bleiben, Frau Kappel! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Dkfm Aichinger. Ich darf anmerken, dass ab jetzt die Redezeit bei allen Rednern nur noch 20 Minuten beträgt. - Bitte.

GR Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Rechnungsabschluss der Stadt Wien zeigt, glaube ich, deutlich, dass Wien derzeit nicht über genügend frei verfügbare finanzielle Mittel verfügt, um

langfristig standortpolitisch und wirtschaftspolitisch neue Akzente setzen zu können. Die Neuverschuldung der Stadt, meine Damen und Herren, hat Ausmaße angenommen, die dem Standort nachhaltig schaden. Der Bewegungsspielraum für zukünftige Investitionen ist fast verloren gegangen.

Meine Damen und Herren! Im Rechnungsabschluss 2011 zeigt sich eben, dass die Stadtregierung jede Möglichkeit verloren hat. Wien hat über 4 Milliarden EUR Schulden; wenn wir Wiener Wohnen dazuzählen, wissen wir, dass es ungefähr 6,5 Milliarden EUR sind. Gleichzeitig hat aber die Stadt auch jeglichen Versuch, zu sparen und Investitionsmittel zu schaffen, nicht geschafft beziehungsweise hat Rot-Grün das in vielen Bereichen nicht geschafft. Meine Damen und Herren, das Resultat daraus ist: Wien spart nicht, und Wien investiert nicht!

Ich werde Ihnen das anhand Ihrer Zahlen aus diesem berühmten roten Buch ein bisschen beweisen. Wie gesagt, die Schulden sind in der letzten Zeit von 1,4 Milliarden im Jahr 2008 auf 4 Milliarden EUR angestiegen, und Wiener Wohnen ist, wie gesagt, mit 2,6 Milliarden noch dazuzurechnen. 2011 war die Arbeitslosigkeit in Wien bei 9,2 Prozent und hat in Österreich - meine Damen und Herren, das möchte ich hier schon betonen: in Österreich - den letzten Platz unter allen Bundesländern erreicht! Wir sollten uns hier schon in Österreich vergleichen.

Wie schaut es mit den finanziellen Mitteln aus, um hier gegenzusteuern beziehungsweise hier etwas zu unternehmen? Seit 2009, meine Damen und Herren, stagniert das Arbeitsmarktbudget bei 58 Millionen EUR im Jahr. Genauso wurde dieser Betrag von zirka 58 Millionen auch für Schulsanierungen aufgewendet.

Dem steht aber die Ausgabenpolitik gegenüber, die Sie hier haben. Das Budget des Presse- und Informationsdienstes der Stadt stieg in den letzten Jahren kontinuierlich und liegt 2011 bereits über 50 Millionen EUR. Wenn man die Gelder für Öffentlichkeitsarbeit der einzelnen Ressorts dazurechnet, die Gelder der Wiener Stadtwerke und der Wien Holding dazukommen, dann ergibt das einen dreistelligen Millionenbetrag. Das bedeutet, Sie investieren für Eigenwerbung gleich viel Geld wie für den Arbeitsmarkt und für die Schulen in Wien. Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist keine Politik, wie wir Wiener sie uns vorstellen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Schulden zu machen, ohne gleichzeitig auf die Effizienz der eigenen Verwaltung zu achten, ist verantwortungslos - Rot-Grün hat das getan! Sie haben Schulden aufgenommen und damit den Spielraum eingeschränkt. Sie haben nicht darauf geachtet, dass Mittel aus der Verwaltung freigemacht werden. Sehr deutlich zeigt das der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, meine Damen und Herren, bei den Maßnahmen zur Begrenzung des Aktivitätsaufwandes. Wien hat beim selbst gesteckten Ziel, über 588 Millionen EUR, dieses Ziel verfehlt. Die Personalausgaben und korrespondierenden Sachausgaben waren im Jahr 2010 eben um 588 Millionen geringer.

In Wien besteht kein Wille zum Sparen. Keine Übergangsfristen bei den Beamtenpensionen! Erst 2042, meine Damen und Herren, soll das Ende der Privilegien des Beamtenpensionsrechtes in Wien besiegelt werden. Das kommt bei den Bundesländern bereits 2028. Diese Kosten allein betragen 350 Millionen! Und es ist kein Ansatz vorhanden, dass es in dieser Stadtregierung zu einer Reform kommt. Selbst bei der Reform des Wiener Nebengebührenkataloges legt sich die Stadtregierung quer - selbst dort, wo Verwaltungskosten effizienter gestaltet werden könnten ohne Einbußen für die Bediensteten!

Meine Damen und Herren! Die Erhöhung des Pensionsantrittsalters in Wien bleibt eine Dauerbaustelle. Derzeit gehen die Wiener Beamten mit durchschnittlich 57 Jahren in den Ruhestand, das ist in keinem anderen Bundesland und auch nicht beim Bund so der Fall. Hochgerechnet, meine Damen und Herren: Im Jahre 2012 könnte es sein, dass 700 vorzeitige Versetzungen in den Ruhestand passieren; das kostet allein für das Jahr 200 Millionen EUR. Dazugerechnet die 588 Millionen, die ich Ihnen vorhin beim Sachaufwand vorgerechnet habe, bedeutet das über 700 Millionen EUR, die effizient woanders eingesetzt werden könnten.

Schulden machen und gleichzeitig Privilegien sichern sind keine zukunftsorientierte Politik! Rot-Grün setzt 2011 ein klares Zeichen: In Wien wird lieber in das bestehende Frühpensionsprivilegiensystem investiert als in Bildung und Wirtschaft.

Doch anstatt Reformen durchzuführen, setzt die rot-grüne Stadtregierung bei der Geldbeschaffung und Neuverschuldung auf Gebührenerhöhung. Meine Damen und Herren, wir wissen, wie viele Gebühren in der letzten Zeit erhöht wurden. Es wurden erhöht: die Wassergebühr, die Müllgebühr, die Marktgebühr - ich brauche Ihnen die Prozentsätze nicht dazuzusagen -, die Abwassergebühr, die Hundeabgabe, die Tourismusabgabe, die Parkscheine, die U-Bahn-Steuer, die Abschleppgebühren. All das wurde erhöht.

Meine Damen und Herren! Der Rechnungshof hat schon 2005 bis 2007 errechnet, dass Sie bei den Gebühren um 400 Millionen EUR mehr eingenommen haben, als notwendig gewesen wäre. Wir wissen aber: Gebühren, heißt es, sollen kostendeckend sein und auch die Investitionen decken. 2011 haben Sie allein bei den Müllgebühren 34 Millionen an Überschüssen erzielt, und beim Wasser waren es 58 Millionen. Das heißt, Sie haben hier über 90 Millionen EUR mehr eingenommen, aber weniger investiert, obwohl uns vor allem wegen der vielen Rohrgebrechen bei der Wasserversorgung bewusst ist, dass dort mehr investiert gehört, um die Versorgung weiter in gutem Zustand aufrechtzuerhalten.

Meine Damen und Herren! Die Wiener Stadtregierung hat aber vor allem auch bei der Wirtschaftsförderung gespart: gegenüber dem Vorjahr, dem Rechnungsabschluss 2010, um 31 Millionen, nämlich von 137 Millionen auf nur noch 106 Millionen EUR. Sie haben bei anderen Investitionen ebenfalls gespart, auch das ist hier im roten Buch nachzulesen.

Bei den Investitionen im engeren Sinne: 325 Millionen weniger ausgegeben, nämlich von 1,9 Milliarden auf 1,6 Milliarden. Bei den nachfragewirksamen Investitionen ging es um 485 Millionen zurück, nämlich von 4,8 Milliarden auf 4,3 Milliarden EUR. Auch die Bauinvestitionen sind im Jahre 2011 um 57 Millionen EUR zurückgegangen. Wo sind daher die Investitionen, um das Wachstum in dieser Stadt zu beflügeln beziehungsweise Wachstum zu schaffen, das wir alle brauchen, um wirklich in die Lage zu kommen, Schulden mehr abdecken zu können? Das heißt auch hier wieder: Wien spart nicht, meine Damen und Herren, und Wien investiert nicht!

Wenn wir Beschäftigungswachstum wollen, beziehungsweise wenn wir hier die Arbeitslosenzahlen verbessern wollen, dann müssen wir ganz einfach investieren. Es kann nur zwei Methoden geben, meine Damen und Herren: Entweder die Stadt investiert oder Private tun es. Wenn die Stadt investiert, geht das meistens nur mit Schulden. Es wäre daher viel besser, Rahmenbedingungen zu schaffen, wo die Privaten investieren und wo es ganz einfach gelingt, hier den Arbeitsmarkt zu entlasten, weitere Investitionen zu fördern und anzukurbeln. Wir brauchen daher eine effiziente und zielgerechte Wirtschaftsförderung, wir brauchen aber auch Erleichterungen für Jungunternehmer und einfache Genehmigungsverfahren, um wirklich zu sehen, wie weiter in Wien investiert wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ganz wesentlich ist natürlich auch das Qualitätsniveau unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - hier muss investiert werden! Es kann nicht so sein, dass diese Mittel derzeit zu wenig zur Verfügung stehen, sondern wir müssen schauen, dass am Arbeitsmarkt alle jene Damen und Herren, die in den Arbeitsprozess eingegliedert werden, die bestmögliche Ausbildung haben. Es ist besser, vorher zu investieren, statt nachher zu reparieren, meine Damen und Herren! Hier braucht es neue Konzepte, hier braucht es neue Anreize, das ist ganz wichtig. Die Zukunft des Standortes Wien darf nicht weiterhin durch den Schuldenstand der Gemeinde Wien belastet werden. - Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner ums Wort gebeten hat Herr GR Dipl-Ing Margulies. Ich erteile ihm das Wort.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin!

In einem möchte ich zunächst einmal den Kollegen und Kolleginnen von der Opposition durchaus nicht alles absprechen: Nein, es ist nicht alles ganz super in Wien! Das wissen die Kollegen von der SPÖ, das wissen wir. *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Das ist schon ein Anfang!)* Aber so, wie Sie, die Freiheitlichen und die ÖVP, Wien zu Tode sudern, da glaubt man tatsächlich, man lebt in einer komplett anderen Stadt. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das hat sich aber von Ihnen anders angehört vor drei Jahren! - Weitere Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)*

Es ist traurig, es ist wirklich traurig, wenn die

inhaltliche Auseinandersetzung auf Unwahrheiten und Unkenntnis basiert. Ich habe daher beschlossen, eine Vorlesung zu machen, tatsächlich eine ... (GR Mag Wolfgang Jung: Professor Margulies!) Nein, eine Vorlesung des roten Rechnungsabschlussbuches! Es reicht ja, wenn man es liest, um einmal über Schuldenstände, aber auch über Vermögen zu sprechen. (GR Mag Wolfgang Jung: Na ja, das Vermögen und Ihre Bewertung ...) Nein, reden wir über die Aktiva der Stadt Wien! Es werden immer nur die Schulden erwähnt: Wir haben 4 Milliarden an Schulden. Ich rede einmal über die Aktiva der Stadt Wien.

Aktien und sonstige Beteiligungen: 727 Millionen EUR. Ausleihungen, Weitergegebenes, also wo wir als Stadt Geld bekommen (GR Mag Wolfgang Jung: Hoffentlich!): 4,47 Milliarden EUR. (GR Mag Wolfgang Jung: Von wem?) Unterschiedlich: Darlehensübernahme in der Wohnbauförderung, Siedlungswasserwirtschaft, Bezugsvorschüsse, Darlehen und Betriebskredite, zinsfreie Darlehen, Landesdarlehen anstelle von Kapitalmarktdarlehen, Darlehen im Rahmen der Wohnbauförderung. - Wertpapiere: 576 Millionen EUR. Forderungen, vergleichbar mit Verbindlichkeiten (GR Mag Wolfgang Jung: ... können wir verkaufen?): 1,4 Milliarden EUR. Guthaben bei Banken: 1,9 Milliarden EUR. (GR Johann Herzog: Es war schon einmal mehr, nicht?) Also in Summe: Aktiva in einer Größenordnung von 9 Milliarden EUR.

Diesen Aktiva stehen tatsächlich Schulden gegenüber - ja, so ist es! (Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.) Sie sagen immer, man soll sich ansehen: Wie agiert die Wirtschaft? Ich halte prinzipiell die Vergleichbarkeit öffentlicher Haushalte mit der Wirtschaft nur für sehr bedingt machbar, weil tatsächlich die Aufgaben gänzlich unterschiedliche sind. Aber was nicht geht, ist das Rosinenpicken! Sozusagen das Rosinenpicken, alles, was Schulden et cetera bei den öffentlichen Haushalten betrifft, als böse hinzustellen und die Forderungen und das Vermögen der Stadt zu verschweigen - und demgegenüber (GR Mag Alexander Neuhuber: Aber hat sich das Vermögen auch verdreifacht?) im Privatbereich so zu tun, als wäre alles happy. (GR Mag Alexander Neuhuber: Na, hat sich das Vermögen auch verdreifacht?) Und wir sehen, wie viel Konkurse es bedauerlicherweise in einer Situation gibt, wo die Weltwirtschaft angespannt ist, wo in Österreich die Wirtschaftslage angespannt ist und wo sich selbstverständlich Wien nicht abkoppeln kann.

Mir geht auch diese Rederei am Nerv: Wer ist der Beste in der Arbeitslosenstatistik oder nicht? (GR Mag Wolfgang Jung: Ach so?) Wir wissen, Wien ist ein Zentralraum. Wir wissen - Sie sagen das selber in der Argumentation -, wir haben 350 000 Einpendler, oder 250 000, die täglich nach Wien kommen und hier Arbeitsplätze finden. Und dann regen Sie sich auf, dass in Wien die Arbeitslosigkeit so hoch ist! (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Es gibt zentralörtliche Aufgaben, die nimmt Wien wahr. Und natürlich ist die Situation von Wien nicht vergleichbar mit der Situation von Gigritzpatzchen - ist so! Gott sei Dank haben wir in Wien Städte. (GR Dipl-Ing

Roman Stiftner: Vergleichen wir mit Linz!)

Sie reden darüber, dass Wien nicht lebenswert ist, und gleichzeitig kommt: Nein, alles ist schrecklich in Wien, alles wird teurer, niemand hat Interesse an Wien - und gleichzeitig wächst Wien jährlich um 18 000 bis 20 000 Personen. Vor allem Inlandsnachzug, Inlandsmigration! Das heißt, nicht Menschen aus dem Ausland strömen massiv nach Österreich, sondern Menschen, die zuerst in Oberösterreich gewohnt haben, in Niederösterreich gewohnt haben, in der Steiermark gewohnt haben, im Burgenland gewohnt haben, in Vorarlberg gewohnt haben, die kommen nach Wien, weil Wien lebenswert ist! (Zwischenruf von GRin Anica Matzka-Dojder.) Unter anderem deshalb, weil Wien einen öffentlichen Verkehr finanziert, der es ermöglicht, flächendeckend und günstig um 365 EUR mit der Jahreskarte zu fahren. Sie können davon träumen in jedem einzelnen anderen Bundesland und selbst in jeder einzelnen Stadt, auch nur annähernd ein so gutes Verkehrsnetz von öffentlichen Verkehrsmitteln zu finden wie in Wien. Aber Sie jammern Wien zu Tode! Sie werfen Wien vor, dass in einer Zeit - nein, ich vergesse die Schulbefragungen.

Der Anteil Wiens an den Gebühren und Leistungen bewegt sich einnahmenseitig bei dem gesamten Budget - Sie wissen jetzt, 12 Milliarden sind Darlehenseinnahmen, Rücklagen, alles dabei - bei knapp 1,4 Milliarden EUR, die Wien überhaupt nur selbst bestimmen kann. Die eigenen Steuern firmieren zwar im roten Bücherl schön unter „Eigene Steuern“, aber das wissen Sie: Von den rund 800 000 fremdbestimmt durch den Bund bleiben über die Gebühren, bleiben über die Einnahmen für Leistungen. Was ist denn passiert von 2008 bis jetzt mit den Ertragsanteilen des Bundes? Sind sie auch nur annähernd im Sinne der verpflichtenden Ausgaben der Stadt Wien gestiegen? Nein! Sie liegen jetzt, 3 Jahre später, knappe 100 Millionen über den Ertragsanteilen von 2008 vor der Krise. Um das jetzt umzurechnen: Das würde bedeuten - jährlich, hätte es die Krise nicht gegeben - um 300 bis 400 Millionen EUR mehr an Ertragsanteilen!

Die Krise war da. Was bewirkt eine Krise in solchen Zentralorten wie Wien? Bewirkt denn die Krise, dass in Wien automatisch die Ausgaben geringer werden? Ich frage Sie - Sie sind ja alle studiert im Bereich Volkswirtschaft und kennen sich alle so gut aus -: Bewirkt eine Krise, dass automatisch die Kosten der Stadt sinken? Nein, genau das Gegenteil! Sie wissen es ja selber, weil es insbesondere im Sozialbereich Aufgabe einer Stadt ist, für die Sozialhilfe - jetzt Mindestsicherung - zu sorgen. Und selbstverständlich, wenn die Krise da ist und die Anzahl der Arbeitslosen steigt, schlägt das dann auch auf die Mindestsicherung durch.

Wien ist aber auch verantwortlich für eine hervorragende Spitalsleistung, Gesundheitsleistung. Wien deckt doch - das wissen auch Sie so gut wie wir - das Umfeld mit ab in manchen Bereichen!

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen: Was 2008 dazugekommen ist, das ist der Gratiskindergarten. Vergleichen Sie die Kosten, die die Stadt Wien

ausgegeben hat für den Bereich Kinderbetreuung im Jahr 2007 und im Jahr 2008, mit den Kosten jetzt: Es sind saldiert knappe 200 Millionen EUR mehr. Wollen Sie einen Gratiskindergarten in Wien wie in Niederösterreich? Ich frage die Damen und Herren von der ÖVP: Soll Wien den Kindergarten in Wien so organisieren wie in Niederösterreich, mit mehr als 100 Schließtagen, mit Gratiskindergarten selbstverständlich nur am Vormittag und nicht am Nachmittag? (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Wer hat denn was gegen Kindergärten gesagt? Wir haben sie sechs Jahre gefordert!)

Also das heißt, diese 200 Millionen Mehrausgaben nehmen Sie gerne auf die Kappe, weil es Aufgabe der Stadt ist, dafür zu sorgen? (GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Ist eine intelligente Investierung!) Gut, das heißt einmal: Die ersten 200 Millionen EUR von den knappen 400 Millionen EUR Gebarungsabgang sind ja schon wieder akkordiert! Mit der gesamten Opposition, nehme ich an. Oder wollen Sie den Gratiskindergarten abschaffen? - Nein, gut!

Wollen Sie, als nächstes Beispiel ... (GR Mag Wolfgang Jung: Aber die 52 Millionen Presseförderung, plus die anderen! Die Sie auch abschaffen wollten!) Ja ... (GR Mag Wolfgang Jung: Sie haben sie gerade aufgezählt!) Kollege Jung, erlauben Sie mir, etwas später auf das zurückzukommen. Selbstverständlich komme ich auf das zurück, weil ... (GR Mag Wolfgang Jung: Ihre Brandrede habe ich noch gut in Erinnerung!) Ja, schauen Sie, nicht alles, was Presseförderung ist, ist böse. (GR Mag Wolfgang Jung: Ah!) Aber manche Sachen - ich verhehle es nicht (GR Mag Wolfgang Jung: Aha!) -, manche Sachen stören mich nach wie vor. Nur: Man soll nicht glauben, dass das Wiener Budgetwesen an der Presseförderung allein genesen wird und genesen kann. (GR Mag Wolfgang Jung: Nein, aber die Schuldengeschichten summieren sich ...)

Nein, nein, ganz kurz, nur um auch das einmal auf den Punkt zu bringen: Niemand von Ihnen glaubt allen Ernstes daran, dass man die 52 Millionen auf null stellt. Und es ist ja nicht nur Print und Werbung. Schauen Sie sich das PID-Budget an: Sie sehen einiges mehr drinnen.

Wenn wir 20 Millionen EUR kürzen, wenn wir das zusammenbringen, bringen wir mehr zusammen, als die ganze Bundesregierung und alle anderen acht Landtage jemals geschafft haben! (GR Mag Wolfgang Jung: Aber seit Sie drinnen sind, ist es mehr geworden!) Nur, um das auf den Punkt zu bringen (GR Mag Wolfgang Jung: Es ist mehr geworden, nicht weniger!): Im Verhältnis die höchste Werbeausgabe gibt es, glaube ich, in Kärnten, und dann folgt schon Niederösterreich, oder es ist umgekehrt. Nur, um das auch einmal klar und deutlich zu sagen! (GR Mag Wolfgang Jung: Wir reden aber von Wien!)

Es gibt Sachen, die leistet sich ein freiheitlicher Landeshauptmann, ein früherer freiheitlicher. Ich kann mich noch erinnern, wie die Leute bittstellerisch gekommen sind, um 100 EUR in Empfang zu nehmen, weil sie arm waren. Ich hoffe, dass wir davon weit

entfernt sind.

Und das, was der Lhptm Pröll an Werbung macht, geht echt auf keine Kuhhaut! Haben Sie sich schon einmal „Niederösterreich heute“ im Fernsehen angeschaut? Kennt das irgendwer im Vergleich zu „Wien heute“? (GR Mag Wolfgang Jung: Das reicht ja schon!) Nein, „Wien heute“ ist ein Hort der Liberalität gegen „Niederösterreich heute“! (GR Karlheinz Hora: Das ist „Pröll heute“ ... - Weitere Zwischenrufe.) Es gibt kein „Niederösterreich heute“, wo nicht der Lhptm Pröll mindestens fünf Mal im Bild ist. Ich glaube, wenn er es nicht schafft, fünf Mal im Bild und drei O-Töne, muss ein Redakteur gehen.

Diese Zustände haben wir in Wien nicht! Diese Zustände wollen wir in Wien nicht - das ist das ganz Entscheidende -, und wir werden alles dazu tun, dass es nicht so weit kommt. Aber genießen muss man sich, wenn man in die ÖVP-dominierten Bundesländer schaut, insbesondere, wenn man sich die ORF-Programme der ÖVP-dominierten Bundesländer ansieht.

Ich möchte aber wieder aufs Budget und aufs Schlechtreden zurückkommen. Wir waren ja schon bei den 4 Milliarden Schulden. Es ist auch an Ihnen nicht spurlos vorbeigegangen, dass wir uns tatsächlich in einer Wirtschaftskrise befinden, denke ich einmal. Es ist auch nicht spurlos vorbeigegangen, dass viele Staaten - nicht nur Österreich, sondern viele andere Staaten in Europa -, die davor eigentlich ein ausgeglichenes Budget hatten, nach der Wirtschaftskrise kein ausgeglichenes Budget mehr haben. (GR Mag Wolfgang Jung: Nein, so viele mit ausgeglichenen Budgets ...)

Warum haben sie diese ausgeglichenen Budgets nicht? Weil in der Zwischenzeit schon sehr viele Banken gerettet werden mussten! (GR Mag Wolfgang Jung: Wo sind die vielen Staaten gewesen mit den ausgeglichenen Budgets? Zählen Sie mir sie auf!) Also im Verhältnis zu jetzt war ein ausgeglichenes - Entschuldigung, Österreich hatte mit 2 Prozent Abgang de facto ein ausgeglichenes Budget! (GR Mag Wolfgang Jung: Mit steigenden Schulden! - GR Johann Herzog: In der schwarz-blauen Regierung!)

Aber geh, es hat ja sogar Wien - bitte, schauen wir es uns doch an: Wien hat das Defizit, das es hatte ... Wien hat Schulden abgebaut vor der Budgetkrise! (GR Mag Wolfgang Jung: Aber trotzdem Schulden aufgenommen! Das ist ja kein ausgeglichenes Budget!) Entschuldigung, Wien hat sogar Überschüsse gehabt! (GR Mag Wolfgang Jung: Ja, aber vorher Schulden, und die Schulden sind da! - Weitere Zwischenrufe.) Noch einmal, um es auf den Punkt - ich könnte jetzt noch einmal mit der Vorlesung beginnen. (Ruf bei der SPÖ: Sinnlos!) Ja, es ist sinnlos, das stimmt.

Aber es stehen ja auch die Forderungen und die Vermögenswerte gegenüber! (GR Mag Wolfgang Jung: Ja, das Rathaus zum Beispiel! Kann ich das verkaufen?) Wenn ich ein Spital baue und dafür einen Kredit aufnehme, habe ich Schulden. Ist das böse? (GR Mag Wolfgang Jung: Glauben Sie, das Spital kauft Ihnen wer ab?) Wenn ich Wohnungen baue, wenn ich mir selbst ein Haus kaufen würde, mache ich Schulden. Habe ich

deshalb Schulden, oder bin ich eigentlich reich? (GR Mag Wolfgang Jung: *Das kauft Ihnen wer ab! Aber das Krankenhaus nicht! Und das AKH schon gar niemand! - Weitere Zwischenrufe.*)

Schauen Sie, das ist Ihr Problem, dass Ihr volkswirtschaftliches Verständnis tatsächlich gegen null tendiert! (GR Mag Wolfgang Jung: *Ja, ja, und Sie haben ein sehr selektives!*) Ich habe Ihnen vorhin nur das Geldvermögen vorgelesen, und selbst da waren wir, glaube ich, auf 9 Milliarden EUR. Herr Jung, lesen Sie einfach das rote Buch! Dazu kommt das gesamte Inventar, das dann sonst noch vorhanden ist.

Ich möchte noch zu einem anderen Punkt zurückkommen, der heute auch angesprochen wurde, das ist nämlich die Frage des Anstandes in der Politik. Da kommen dann tatsächlich gänzlich unqualifizierte Angriffe gegen meinen künftigen Kollegen auch hier im Haus, Alexander Van der Bellen. (GR Mag Wolfgang Jung: *Der „Basiswappler“!*) Anstatt zu erkennen, dass es mit der Einführung des Universitätsbeauftragten tatsächlich eine dramatische Verbesserung der Situation in der Kooperation zwischen Bund und Wien gegeben hat (GR Mag Wolfgang Jung: *Wo?*) und endlich versucht wird, auch eine abgestimmte Standortpolitik im Universitätsbereich zu machen, wird nur um des Sagers willen alles ignoriert. Es ist bedauerlich, wie wissenschaftsfeindlich und wie kulturfeindlich Sie sind! (GR Mag Wolfgang Jung: *Geh, jetzt müssen Sie verteidigen, dass man ihn eingesetzt hat als Aufpasser! Von dem wollen Sie ablenken!*)

Die einzige Kultur, die Ihnen lieber ist, die dokumentiert ein Herr Wansch, die dokumentiert ein Herr Graf. Die ist klar, die dokumentiert ein Herr Wansch und ein Herr Graf: Heim ins Reich statt reich ins Heim! Das ist das, was Ihnen in Wirklichkeit einfällt und wie Sie alte Frauen über den Tisch ziehen. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: *Gehen S' „heim ins Reich“, wenn Sie wollen!*)

Das Schöne ist, Herr Jung, dass es immer wieder leicht und locker gelingt, Sie zu Zwischenrufen zu überreden. Da können Sie in der Fraktion noch so viel Geld aussetzen, das gelingt uns nicht. Es macht Ihnen wahrscheinlich Spaß, ständig Grüne mit Zwischenrufen zu torpedieren. Mir sind Sie mittlerweile egal. (GR Johann Herzog: *Ihr macht es auch nicht anders!*)

Ich hoffe, Ihnen mit dieser Kurzvorlesung gezeigt zu haben, dass eine Stadt wie Wien anders zu bewerten ist als ein privates Unternehmen, dass aber vor allem Wien in den letzten Jahren mit Gratiskindergarten, Senkung Tarif, Ausbau Mindestsicherung, Ausbau Wirtschaftsförderung, Ausbau Arbeitsmarktförderung (GR Mag Wolfgang Jung: *Steigerung der Schulden!*) massiv der Krise entgegengesteuert hat (GR Mag Wolfgang Jung: *Anstieg der Arbeitslosigkeit!*) und wir uns nicht, so wie Sie es am liebsten hätten - nein, wir müssen uns nicht dafür schämen, in Wien zu leben! - Danke sehr. (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Herr StR DDr Schock. Ich erteile ihm das Wort.

StR DDr Eduard **Schock**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Wenn man sich den Kollegen Margulies anhört, dann hat man den Eindruck, er hat in den letzten eineinhalb Jahren einen unglaublichen Persönlichkeitswandel gemacht. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Eine Metamorphose!*) Er hat am Einstieg seiner Rede uns in der Opposition als Suderanten bezeichnet. Aber, Herr Kollege Margulies, wenn ich mir Ihre Reden von vor eineinhalb, zwei Jahren anschau, was Sie kritisiert haben: Sie haben ja nur gesudert, Sie waren der Obersuderant! Und jetzt sind Sie plötzlich wie ausgewechselt. Wie ausgewechselt, wie ein ganz anderer! (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: *Staatstragend!*)

Da fragt man sich schon: Was war eigentlich? Hat der Herr Margulies vielleicht ein Persönlichkeitsseminar in „Positiv denken“ besucht? Ein Optimismusseminar, wie toll nicht alles ist? Oder sitzt er vielleicht jetzt in der Regierung? Sitzt er vielleicht endlich am Futtertrog der Macht? Sitzt er endlich an den Pfründen? - Das ist es, Herr Margulies! (Beifall bei der FPÖ.)

Sie haben jetzt einfach Ihre rosaroten Brillen auf. Ihre rosaroten Brillen, um alle Ihre grünen Freunderln zu versorgen, um alle grünen Freunderln in dieser Regierung versorgen zu können! Das sind ja auch - das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen - diese Green Jobs, von denen der Herr Margulies früher - früher! - immer gesprochen hat. Green Jobs: Grüne Jobs für grüne Parteifunktionäre! Für grüne Funktionäre, wo die GRÜNEN 70 EUR Stundenlohn einheimen, meine Damen und Herren. 70 EUR Stundenlohn, wo ein durchschnittlicher Österreicher 11 EUR pro Stunde verdient - 70 EUR Stundenlohn!

Das passt ja genau in diese Budgetdebatte, wenn man sich anschaut, was hier die GRÜNEN in einem Jahr alles eingeheimst haben: 2,3 Millionen EUR in die grüne Tasche für grüne Parteifunktionäre! Wenn das fünf Jahre dauert, Herr Margulies (GR Dipl-Ing Martin Margulies: *Können wir damit bitte aufhören?*), dann sind das 11,5 Millionen EUR. (GR Dipl-Ing Martin Margulies: *Kollege Vorsitzender! Könnten Sie bitte sagen, dass das aufhören soll?*) Dann haben Sie in nur 5 Jahren, Herr Kollege Margulies, über 11 Millionen EUR an Dotationen, an Posten für grüne Freunderln eingeheimst. Über 11 Millionen EUR! Das ist die Wahrheit, die Sie nicht gern hören, Herr Margulies. Und wir brauchen uns nur anzuschauen, für welche: 170 000 EUR für die Frau Pilz, die hinter Ihnen sitzt; 170 000 EUR für die Frau Pilz! 200 000 EUR (GR Dipl-Ing Martin Margulies: *Haben Sie einen Vollklescher?*) für den Herrn Van der Bellen! 450 000 EUR für Kulturfunktionäre ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (unterbrechend): Herr Kollege Dr Schock, ich darf Sie kurz unterbrechen. - Herr Kollege Margulies! (GR Dipl-Ing Martin Margulies: *Ja, zu einer tatsächlichen Berichtigung melde ich mich!*) Ja, aber für den Ausdruck oder für die Frage „Haben Sie einen Vollklescher?“ erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf. (Beifall bei der FPÖ. - Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)

Wenn Sie etwas berichtigen wollen, dann melden Sie sich bitte zur tatsächlichen Berichtigung oder zur abermaligen Wortmeldung. Sie haben noch 4,08 Minuten. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Nein, tatsächliche Berichtigung!)*

Sie können fortfahren.

StR DDr Eduard **Schock** *(fortsetzend)*: Das ist die Wahrheit, die Sie eben nicht gern hören, Herr Kollege Margulies: 12 000 EUR im Monat für die Frau Pilz sind pro Jahr 170 000 EUR. Für den Herrn Van der Bellen 200 000 EUR. Und zuletzt haben wir ja beschlossen: 450 000 EUR für eure grünen Kulturfunktionäre, für die Familie Akkilic und so weiter. Das ist die Wahrheit, die Sie nicht gern hören. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Die Antwort ist trotzdem Ja!)* Das ist Ihr erstes rot-grünes Budget, wo Sie die Verantwortung tragen: Postenschacher, Freunderlwirtschaften - das hören Sie nicht gern, Herr Margulies! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber schauen wir uns einmal an, was Sie sich selbst als Ziel gesetzt haben, damit wir nicht immer - wie der Herr Ellensohn - in der Vergangenheit, zwölf Jahre zurück, im Jahr 2000 herumstöbern müssen. Schauen wir uns einmal Ihr Regierungsübereinkommen an, was da drinsteht: Aufträge für die Wirtschaft, Arbeitsplätze für die Menschen.

Und was ist die Realität? Frau Stadträtin, um 325 Millionen EUR - diese Zahl ist ja vom Kollegen Aichinger bereits erwähnt worden - haben Sie gekürzt: 325 Millionen EUR weniger Investitionen! Überall: bei der Wirtschaftsförderung minus 10, bei der Wirtschaftsförderung insgesamt minus 27, beim U-Bahn-Bau minus 41, bei der Wohnbauförderung minus 98 Millionen EUR, meine Damen und Herren, wo es mit diesem Budget nicht mehr möglich ist, leistbare Wohnungen zu bauen für junge Menschen, für sozial Schwache, wo man sich dann auf lauter Ersatzaktionen ausredet, die nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben sind, weil Sie ja diese sozialen Standards niemals sicherstellen können.

Und dann, meine Damen und Herren, gibt es eine Stadträtin, eine Finanzstadträtin - und wir haben das ja heute wieder eindrucksvoll gehört -, die herauskommt und uns das Gegenteil erzählt. Die uns das Gegenteil erzählt und eigentlich alle hier für dumm verkaufen will! Lassen Sie mich das nur an zwei kleinen Beispielen aufzählen, Frau Stadträtin.

Erstens: die Verwaltungsreform. Was Sie hier so bejubeln: weniger Planposten. Schaut man sich das an, wo gibt es tatsächlich weniger Planposten?, dann ist das in den Spitälern, Frau Stadträtin, wo ohnehin jede Krankenschwester ganz dringend gebraucht wird. Und schaut man es sich noch genauer an, dann haben wir in den Spitälern, weil Sie eben nicht mehr kürzen können, einfach Leiharbeitskräfte eingestellt, Leasingpersonal. Also keine sozialen Standards mehr, aber die Posten sind da, weil es nicht anders geht - also überhaupt keine Einsparung!

Das war nur das erste Beispiel, das zweite Beispiel ist der ausgelagerte Bereich. Da sagt uns die Frau Stadträtin immer, hier wird über eine Milliarde investiert.

Aber schaut man sich dann genau an, was die Stadtwerke selber dazu sagen: Der Finanzvorstand der Stadtwerke, Herr Krajcsir, hat in seiner Bilanzpressekonferenz selbst gesagt, Frau Stadträtin, dass die Investitionen der Stadtwerke im Vorjahr gesunken sind, nämlich die Realinvestitionen, die tatsächlich in die Wirtschaft fließen, wo Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aber - und das hat er als seriöser Finanzmensch auch klargestellt - die Stadtwerke haben sich im Vorjahr beteiligt in großem Ausmaß: mit 366 Millionen EUR an Kraftwerken in Deutschland, an den Verbund-Wasserkraftwerken. Sogar in Polen haben wir uns beteiligt. Das sind natürlich Finanzinvestitionen, sie zählen daher formal dazu - aber Herr Krajcsir hat das als seriöser Finanzmann dazugesagt, und Sie erwähnen das mit keinem Wort! Sie kommen hier heraus und müssten das als Ökonomin ja besser wissen. Sie lesen hier aus Ihrem Märchenbücherl vor und versuchen eigentlich, uns alle hier hinters Licht zu führen.

Frau Stadträtin! Ich meine daher - Sie haben das ja einmal studiert -, als studierte Ökonomin müssten Sie das besser wissen so wie eben der Finanzvorstand der Stadtwerke. Ihre Aufgabe wäre es, hier vor uns hinzutreten und das zu erklären - was es wiegt, das hat's! -, so wie der Herr Krajcsir. Ich fordere Sie daher auf: Hören Sie auf, uns hier immer aus Ihrem Märchenbücherl vorzulesen! Sagen Sie dem Gemeinderat endlich einmal die Wahrheit, und hören Sie vor allem auf, uns alle jedes Mal für dumm zu verkaufen, Frau Stadträtin! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber die Finanzstadträtin hat ja auch ein ganz besonderes Kunststück zusammengebracht, nämlich im Vorjahr alle Budgetindikatoren gleichzeitig zu verschlechtern. Das ist ja schon eine Kunst! Sie haben bei den Investitionen gekürzt - weniger Ausgaben -, Sie haben irrsinnig viele neue Belastungen beschlossen - also mehr Einnahmen -, und es ist trotzdem nicht gelungen, den Schuldenstand wenigstens stabil zu halten. Es sind die Schulden weiter massiv angewachsen, und das ist eigentlich ein Kunststück.

Wenn man sich die Schulden anschaut, dann halten wir im heurigen Jahr bei 4,8 Milliarden EUR. Wenn man alles zusammenzählt, den Krankenanstaltenverbund, die Spekulationsverluste, die im Vorjahr wieder angestiegen sind auf 268 Millionen EUR, dann halten wir im heurigen Jahr, Ende 2012, bereits bei 4,8 Milliarden EUR. Frau Brauner, das muss Ihnen doch selbst auffallen! Sie haben vor 5 Jahren mit 1,4 Milliarden EUR das Amt angetreten: Zeigen Sie mir einen Finanzstadtrat, eine Finanzstadträtin in Österreich oder irgendwo auf der Welt, wo es gelungen ist, in einer einzigen Amtsperiode die Schulden zu verdreifachen, eben von 1,4 Milliarden auf 4,8 Milliarden EUR!

Frau Stadträtin! Ich meine daher, Sie haben am falschen Platz gespart. Sie haben in einer ungeheuren Lawine die Menschen belastet, und Sie haben trotzdem dieses Kunststück zustande gebracht, in Ihrer eigenen Amtsperiode, in nur fünf Jahren, die Schulden zu verdreifachen!

Ich meine daher, die Frau Brauner passt eigentlich ganz genau zu Rot-Grün, zu dieser neuen Stadtregerung. Sie ist in Wahrheit ein würdiges Aushängeschild für diese Regierung. Dieser Rechnungsabschluss, meine Damen und Herren, ist der Beweis: Diese StRin Brauner ist in ihrem Job gescheitert, und Rot-Grün ist damit genau an der Finanzpolitik gescheitert, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Wirtschaftszahlen - und das hören die GRÜNEN ja auch nicht gern - in dem Arbeitsübereinkommen - da brauchen wir nicht über das Jahr 2000 zu sprechen -, das Sie vor eineinhalb Jahren hier unterschrieben haben: Arbeitsplätze schaffen, eine Arbeitslosenanzwaltschaft und so weiter. Mir ist das schon klar, Herr Margulies, dass Sie sagen: „Ich rede nicht mehr gern über die Arbeitslosenzahlen, ich kann das schon nicht mehr hören.“ Natürlich ist Ihnen das unangenehm, weil wir eben genau unter Rot-Grün österreichweit zum Schlusslicht geworden sind!

Wir sind von anderen überholt worden, von den Burgenländern, von Kärnten. Unter Ihrer Mitregierung sind wir das Schlusslicht geworden und haben heute 13 Prozent Arbeitslosigkeit, Herr Margulies, und dann kommen Sie heraus und reden alles schön. 13 Prozent: Wenn man nämlich die Umgeschulten beim AMS mit einbezieht, dann haben wir im 1. Quartal - und das sind die letzten Daten - 13 Prozent Arbeitslosigkeit in Wien!

Frau Stadträtin! Ihr Anspruch war, hier Arbeitsplätze zu schaffen. Das war der eigene Anspruch, und wir haben jetzt 13 Prozent Arbeitslosigkeit. Dann kommt der Herr Margulies heraus und sagt verständlicherweise, er will eigentlich über die Arbeitslosigkeitszahlen nicht mehr reden. Aber dann kommen Sie heraus und halten hier eine Rede, die eigentlich auf einen Parteitag passen würde, wo man alles schönredet, aber stecken vor dieser Realität völlig den Kopf in den Sand!

Ich meine daher, Sie sind an Ihrem eigenen Anspruch gescheitert, meine Damen und Herren! Wenn es zutrifft, was ja immer wieder formuliert wird, dass ein Budget die in Zahlen gegossene Regierungspolitik ist, wenn das zutrifft, wenn das tatsächlich auf ein Budget zutrifft, meine Damen und Herren, dann trifft das genau auf dieses Budget 2011 zu. Denn das ist nämlich das Dokument des Scheiterns Ihrer Politik, das Dokument des Scheiterns von Rot-Grün, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es hat wegen dieser Politik sogar die Arbeiterkammer jetzt einen Aufschrei gemacht, die Arbeiterkammer, die das ja immer sehr genau verfolgt: die Lebenshaltungskosten, wie gut geht's den Menschen in Wien? Die Arbeiterkammer kritisiert die hohen Preise. Und schaut man sich an, was die rote Arbeiterkammer kritisiert, dann ist es genau dort, wo Sie politisch Verantwortung tragen, wo Sie verantwortlich sind, wo Sie eigentlich bestimmen könnten: die Strompreise, die Gaspreise, die Mietenpreise vor allem - alles Dinge, wo wir hier zuständig sind in Wien, wo Sie verantwortlich sind.

Wir können uns ja alle erinnern, Herr Margulies, wir

können uns alle erinnern: Beim Gemeindebau - das war einer Ihrer ersten Schritte - war die Erhöhung plus 5,5 Prozent. Kanal und Müll: plus 6, Fernwärme: plus 8, Gas: plus 16 Prozent. Wasser: plus 33, Hundesteuer: plus 65, U-Bahn-Steuer: plus 178 Prozent.

Das ist die rot-grüne Belastungslawine, und rechnet man sich - wie es die Arbeiterkammer getan hat - durch, was das einen durchschnittlichen Wiener Haushalt kostet und welche monatliche Belastung er hat, dann kommt man auf 46 EUR pro Monat. - Ihr Anspruch, mit dem Sie hier vor eineinhalb Jahren angetreten sind, war aber, die Menschen zu entlasten und vor allem die sozial Schwachen zu schützen!

Herr Margulies! Frau Stadträtin! Das Ergebnis ist jetzt aber, dass gerade die Schwächsten dadurch belastet werden! Hinsichtlich Lebenshaltungskosten beziehungsweise Haushaltsbudget sind natürlich diese 46 EUR für einen reichen Haushalt, den vor allem Herr Margulies immer im Visier hat und bekämpft, überhaupt nichts. Diese 46 EUR kann sich ein reicher Haushalt mit links leisten. Die gleichen 46 EUR, für die Sie politisch verantwortlich sind, sind jedoch für einen armen Haushalt gerade nicht mehr leistbar. Dieser kommt dadurch unter die Armutsgrenze und rutscht ins Nichts ab. Sogar die Arbeiterkammer musste deswegen jetzt einen Aufschrei machen.

Herr Margulies! Es ist Ihr Erfolg in der Regierung, dass Sie gerade die Schwächsten belasten, also das Gegenteil von dem tun, was Sie immer versprochen haben und was Sie auch heute in Ihren Sonntagsreden immer wieder erzählen, was Sie im Gemeinderat und bei Ihren Versammlungen erzählen. Ihr Anspruch war, etwas für die sozial Schwachen zu tun, doch sie tun genau das Gegenteil! Und das gilt genauso für die rote Fraktion: Der rote Bundeskanzler hat überall in Österreich „soziale Gerechtigkeit“ plakatieren lassen. Das war der Plakatslogan. Das Ergebnis ist jedoch Ungerechtigkeit, meine Damen und Herren, wohin man schaut.

Ich meine daher: Wenn es jemals ein Budget beziehungsweise einen Rechnungsabschluss gegeben hat, der das Scheitern einer Regierung so klar dokumentiert hat, dann ist das genau dieses Budget 2011. Dieses zeigt gnadenlos Ihr Scheitern, das Scheitern der rot-grünen Koalition auf, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu einer tatsächlicher Berichtigung hat sich GR Dipl.-Ing Margulies gemeldet. - Bitte schön.

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Ich erlaube mir jetzt, einige kurze tatsächliche Berichtigungen des Vorredners vorzunehmen, der sich seine Pinocchio-Nase wahrscheinlich an der Eingangstür da vorn angestoßen hat.

Als eine Mischung aus Pinocchio und Münchhausen hat er tatsächlich versucht zu sagen, dass 2,3 Millionen EUR ins Säckel grüner Parteifunktionäre geflossen sind. - Das ist eine impertinente Unterstellung, die genau so wahr ist wie alles andere, was er gesagt hat! Er zählt keine Funktionäre auf, er blödelte vor sich hin und plappert irgendeine Summe.

Beginnen wir mit Frau Pilz: Frau Pilz hat sich für einen Job beworben, den vorher selbstverständlich ein Mann für genau dasselbe Geld ausfüllen durfte. Niemand wäre aber auf die Idee gekommen zu sagen, da fließt Geld in die Tasche des Patientenanwalts! – Entschuldigung! Der Patientenanwalt arbeitet. Und was tut Kollegin Pilz? Sofort mit Antritt der Patientenanwaltschaft legt sie ihr Gemeinderatsmandat zurück. Sie hat keine Doppelfunktion so wie viele Ihrer Kollegen und Kolleginnen! (GR Mag Wolfgang Jung: Ein Beispiel!)

Sie sprechen davon, dass Kollege Van der Bellen 210 000 EUR erhalten hat. – Das ist nachweislich falsch! Kollege Van der Bellen hat für seine Tätigkeit als Universitätsbeauftragter nachweislich niemals einen Cent erhalten. Kollege Pinocchio! Kollege Münchenhausen in der Bank der Freiheitlichen! Ich weiß nicht, wie oft ich Ihnen das noch sagen muss! (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Green Jobs!)

Und dann wird etwas ganz Perfides getan. – Man kann zur „Wienwoche“ und zu den 450 000, die öffentlich und transparent vergeben werden, stehen, wie man will. Aber das, was Sie wollen, ist, dass sich kein auch nur irgendwie Verwandter im Kulturbereich bewerben kann! – Soll ich Ihnen sagen – nur damit Sie es wissen, und das dürfen Sie auch erzählen! –, was dem Bruder von Kollegen Akkilic übrig bleibt? – 2 000 EUR!

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (unterbrechend): Ich darf um einen Schlusssatz bitten!

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (fortsetzend): 2 000 EUR bekommt er für eine Tätigkeit im Bereich der Kultur. Sie wollen Kulturschaffende aushungern! Sie erzählen eine Unwahrheit nach der anderen. (GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Green Jobs!)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (unterbrechend): Bitte um einen Schlusssatz. Die drei Minuten sind vorbei!

GR Dipl.-Ing Martin **Margulies** (fortsetzend): Damit sollte in diesem Haus tatsächlich einmal Schluss sein. Und ich ersuche, beim nächsten Mal die Präsidiale damit zu befassen, dass die FPÖ nicht ständig Lügen erzählt. – Danke. (Beifall bei den GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Tut mir leid, das war der Schlusssatz. Wenn drei Minuten für eine tatsächliche Berichtigung vorgesehen sind, dann sind es auch drei Minuten. (GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Aber das reicht nicht aus!) Dann muss man eine neue Wortmeldung abgeben, Kollege Margulies! (Beifall von GR Mag Wolfgang Jung.)

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr GR Herzog gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

GR Johann **Herzog** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Herr Vorsitzender! Ich hätte gerne von Ihnen eine Reaktion gehört beziehungsweise möchte wissen, was Sie davon denken, dass GR Margulies hier – wie ich sagen möchte – mit wüsten Beschimpfungen agiert. (Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Martin Margulies.) Selbstverständlich! Die Bezeichnungen Pinocchio und Lügner sind gefallen. Ich habe aber von Ihnen bisher noch keine Reaktion gehört! Ich würde bitten, dass Sie

dazu eine Erklärung abgeben. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich werde mir das wörtliche Protokoll ansehen. Ich habe nicht verstanden, dass jemand, ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete, direkt angesprochen wurde. (GR Mag Wolfgang Jung: Sie lügen!) Kollege Jung! Für den Ausdruck, dass Sie mir aus der Bank vorwerfen, ich ... (GR Mag Wolfgang Jung: Ich habe nichts vorgeworfen, sondern zitiert, dass gesagt wurde: „Sie lügen!“) Das habe ich nicht gehört. (GR Mag Wolfgang Jung: Das ist selektive Wahrnehmung!) Nein, das ist keine selektive Wahrnehmung! Es ist sehr laut. Sie haben Zwischenrufe während der Rede gemacht. Daher werde ich mir das Protokoll ansehen.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Strobl.

GR Friedrich **Strobl** (Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Vorsitzender! Frau Vizebürgermeisterin!

Ich gebe mir jetzt nicht der Illusion hin, dass ich die Opposition davon überzeugen kann, dem Rechnungsabschluss zuzustimmen, ich möchte allerdings – das ist mir wirklich ein persönliches Anliegen – auf einige Wortmeldungen eingehen, vor allem auf die Aussagen des Kollegen Schock, und zwar nicht nur, was seine Wortmeldungen betrifft, sondern auch hinsichtlich seiner Presseaussendungen von vergangener Woche.

Ich habe mir das sehr genau angeschaut: Sie haben eine Presseaussendung gemacht, in der Sie alles Mögliche kritisieren, in der Sie aber auch Vorschläge machen, und Sie haben das zum Teil auch heute in Ihren Ausführungen wiederholt. – Ich habe mir gedacht: Jetzt rechne ich mir einmal aus, was die Maßnahmen, die Sie hier angekündigt haben beziehungsweise vorschlagen, tatsächlich kosten. Sie werden das nachvollziehen können, zum Teil haben Sie es jetzt ja wiederholt.

Da haben Sie einmal 325 Millionen bei den Investitionen, 27 Millionen bei der Wirtschaftsförderung, 41 Millionen beim U-Bahn-Bau, 98 Millionen Wohnbauförderung, 485 Millionen bei den nachfragewirksamen Ausgaben und 57 Millionen bei bauwirksamen Ausgaben ausgerechnet, und Sie haben dann gesagt, dass es auch noch andere Vorschläge geben muss. Sie haben gesagt, dass das Schulsanierungspaket verdoppelt werden muss: Das macht 22,8 Millionen aus. Außerdem haben Sie gesagt, dass die Bezirksmittel ebenfalls erhöht werden müssen: Das würde rund 54 Millionen ausmachen. Die mit 76,2 Millionen veranschlagte Wirtschaftsförderung soll laut Ihnen verdoppelt werden. Bei den Müllgebühren würden Sie eine Einnahmenreduzierung von 36,5 Millionen und bei den Wassergebühren eine Einnahmenreduzierung um 30 Prozent, also von 54,6 Millionen, vornehmen, und bei den Kanalgebühren sollte es laut Ihren Ausführungen einen Einnahmefall von 30,5 Millionen EUR geben.

Wenn Sie das jetzt alles zusammenrechnen, dann kommen Sie auf eine Summe von 1,3 Milliarden EUR. Eine Aussendung von Herrn Dr Schock kostet die Stadt Wien also 1,3 Milliarden EUR! So schaut es nämlich aus!

Das ist Ihre Wirtschaftskompetenz! Und gleichzeitig beklagen Sie sich über Verschuldung.

Sie verlangen, dass wir gleichzeitig sparen und mehr investieren sollen. – Das gibt's aber nicht! Das gibt es auf der ganzen Welt nicht! Das lässt sich nicht einmal mit einer freiheitlichen Mathematik unterlegen oder argumentieren. Das ist ganz einfach keine seriöse Politik, und von seriöser Wirtschaftspolitik sind Sie überhaupt weit weg! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es ist ja wirklich entlarvend! In dieser Aussendung steht nämlich auch wortwörtlich – ich zitiere: „Aber auch der Wiener Wirtschaft müsse man nicht nur auf die Beine helfen, sondern sie auch zum Laufen, ja zum Sprinten bringen.“ – Auch das ist entlarvend, denn wenn man sich im Sport ein bisschen auskennt, dann weiß man, dass ein Sprinter zwar zehn Sekunden schnell laufen kann, ihm dann aber dermaßen die Luft ausgeht, dass er von allen anderen überholt wird. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das ist der Zweck!)*

Wir brauchen keine Sprinter! Sie haben diese Sprinterqualitäten, die Sie hier vorschlagen, schon einmal in Österreich unter Beweis gestellt, als Sie in der Bundesregierung waren. Da haben Sie Sprintermaßnahmen, nämlich Einmaleffekte, gesetzt. Sie haben alles verkauft und verscherbelt. *(GRin Marianne Klicka: Und in die eigene Tasche gewirtschaftet!)* Und Sie haben noch dazu zum Teil in die eigene Tasche gewirtschaftet. – Das ist eine Politik, die wir hier ganz sicher nicht mitmachen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mir vorgenommen, mich sehr kurz zu fassen.

Ich habe mir auch noch ein anderes Rechenbeispiel angeschaut: Herr Klubobmann Gudenus hat sich mit einem Taferl hierher gestellt: Verschuldung 2008 1,4 Milliarden und 2011 4 Milliarden. – Ich glaube, das war Ihre Rechnung. Gleichzeitig stellt Herr Kollege Schock in der gleichen Aussendung, die ich schon vorhin zitiert habe, die Rechnung auf und bringt das Beispiel, dass 100 Millionen EUR für kommunale Investitionen 2 000 Arbeitsplätze schaffen. Auch das steht in Ihrer Aussendung. – Stellen wir jetzt einmal die Rechnung an: Zwischen den 4 Milliarden und den 1,4 Milliarden besteht eine Differenz von 2,6 Milliarden. Würden wir diese wegnehmen, dann hätten wir in dieser Stadt laut Ihrer Berechnung um 52 000 Arbeitsplätze weniger! *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: So schaut es aus!)*

Die Tatsachen sehen ganz anders aus: Wenn Sie sich anschauen, wie viele Beschäftigte es 2011 in dieser Stadt gegeben hat, und das mit den Jahren davor vergleichen, dann werden Sie feststellen, dass es 2011 um 14 000 Arbeitsplätze mehr in dieser Stadt gibt. Das ist rot-grüne Politik, die sich sehen lassen kann, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Herr Klubobmann! Sie haben auch über den Rechnungshof und über das Interview im „WirtschaftsBlatt“ gesprochen und daraus zitiert. Dabei haben Sie aber etwas vergessen beziehungsweise, wie ich glaube, ganz bewusst nicht gesagt. Wenn Sie aber schon darüber reden, dann sollten Sie doch auch

darüber reden, dass der Rechnungshof erstens in seinem Bericht 2009/2010 festgestellt hat, dass die Konditionen der Stadt Wien im Inland wie im Ausland ausgesprochen günstig sind, und dass der Rechnungshof zweitens errechnet hat, dass im Zeitraum von 2001 bis 2008 aus der Gegenüberstellung Frankenfinanzierung versus Eurofinanzierung der Stadt Wien ein Vorteil von 240 Millionen EUR entstanden ist. – Wenn Sie also schon zitieren, dann zitieren Sie bitte komplett!

Jedenfalls weise ich es auf das Schärfste zurück, dass Sie Jahr für Jahr immer wieder hier sagen, dass die Stadt Wien spekuliert. – Wir spekulieren nicht! Ich sage es jetzt noch einmal: Wir müssen nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt zurückzahlen, sondern wir können uns den Zeitpunkt aussuchen, wann wir zurückzahlen, und daher würden die Schulden erst in dem Moment anfallen, wenn wir nach Ihren Vorschlägen den Verlust jetzt realisieren würden. Auch das sollten Sie eigentlich wissen! Herr Klubobmann Schicker hat es schon gesagt: Selbst bei einer juristischen Ausbildung kann man diese grundsätzlichen mathematischen Kenntnisse haben! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Lassen Sie mich ganz zum Schluss doch noch auf ein paar positive Punkte hinweisen, weil das auch wichtig ist und weil mir das auch ein persönliches Anliegen ist: Mit unserer Politik haben wir beispielsweise erreicht, dass die Langzeitarbeitslosenquote in Wien 0,37 Prozent beträgt. Das ist österreichweit der niedrigste Wert. Seit Beginn der elektronischen statistischen Erfassung im Jahr 1987 gab es in Wien niemals weniger Langzeitarbeitslose. Es sind genau 282. Ende der 90er Jahre waren es hingegen über 20 000. Daran zeigt sich: Man kann sehr wohl etwas bewegen, und wir bewegen sehr wohl auch etwas!

Profitiert von unserer Arbeitsmarktpolitik, etwa vom WAFF, und von unserer Wirtschaftspolitik haben vor allem auch die jungen Leute in unserer Stadt: Die Zahl der unter 20-jährigen Arbeitslosen hat sich im Jahresvergleich um 9 Prozent verringert. Auch das ist eine Zahl, die sich sehen lassen kann!

Gestatten Sie mir, jetzt noch zwei Sätze zur Wirtschaftsagentur zu sagen: Vor Kurzem hat diese das 30-jährige Jubiläum gefeiert, und ich könnte Ihnen jetzt alle möglichen Förderungen aufzählen, die es gibt, oder auch darauf hinweisen, welche Unterstützungen es für die Menschen in unserer Stadt beim WAFF gibt. Ich werde das jetzt aber nicht tun, damit werden sich meine KollegInnen ohnedies noch beschäftigen, wie ich annehme.

Es ist aber wichtig, dass man sich genau anschaut, was beispielsweise durch die Wirtschaftsagentur beziehungsweise mit den Wirtschaftsförderungen der Stadt Wien bewirkt wird. Es gibt dazu eine Studie, und man kann sehen, dass jene Betriebe, die gefördert wurden, ein Beschäftigungswachstum von 60 Prozent haben, dass es dort eine höhere Wertsteigerung gibt, die jährlich 14 Prozent ausmacht, und dass im Krisenjahr 2010 dort, wo wir intensiv mit Wirtschaftsförderung gearbeitet haben, durchschnittlich um 19 Prozent mehr

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgenommen wurden. – Sie sehen also: Die Wirtschaftspolitik in dieser Stadt funktioniert!

Es wurde heute schon mehrmals erwähnt: Nicht umsonst gibt es im Jahr 2011 mehr internationale Betriebsansiedelungen in Wien als je zuvor, nicht umsonst haben wir jedes Jahr bei den Gründungen eine neue Rekordzahl anzubieten. Nicht umsonst sind wir im Tourismus in den letzten Jahren Monat für Monat von einem Rekordergebnis zum anderen gelaufen. Und nicht umsonst ist Wien nach wie vor die beliebteste Kongressstadt der Welt. – All das sind Punkte, im Hinblick auf welche sogar Sie einsehen müssen, dass das sehr, sehr positiv ist und dass das für eine Stadt ein gutes Zeugnis ist!

Herr Gudenus hat seine Rede heute damit begonnen, dass er die Note Nicht genügend verliehen hat. – Ich sage, das, was wir erreicht haben, ist Sehr gut beziehungsweise Ausgezeichnet! Sehr gut ist da zu wenig, für die Benotung für die Stadt Wien müssten wir noch etwas Neues erfinden! (*GR Mag Wolfgang Jung: Ursuper! – GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Sie wollen die Noten doch abschaffen!*)

Das ist wirklich ein ausgezeichnetes Ergebnis, und ich kann Ihnen sagen, die Wienerinnen und Wiener können sich darauf verlassen, dass wir diese Politik auch fortsetzen werden. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Herzog. – Ich erteile es ihm.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Ich darf auch kurz auf meine Vorredner eingehen.

Die Frau Vizebürgermeister hat davon gesprochen, dass Sparen allein nicht genügt, sondern dass auch Wachstum notwendig ist. – Herr Strobl hat das wieder in Zweifel gezogen, wie man sieht, denn er hat allfällige Investitionsvorschläge des Kollegen Schock sofort als unfinanzierbar und zu teuer bezeichnet. – Ihr werdet euch also einigen müssen, was eigentlich Ziel und Zweck sein soll! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Schicker! Im Hinblick auf Ihre Ausführungen möchte ich jetzt, wenn auch nicht übermäßig ernst, kurz auf die Putschisten eingehen. – Mein Gott, Putsch ist ein Begriff, den man formulieren kann. Ich möchte dazu aber sagen: Es verhält sich sicherlich so, dass die Vorgänge rund um den ESM und Ähnliches einen massiven Eingriff in die Demokratieverhältnisse der Mitgliedstaaten der Eurozone bedeuten. In diesem Zusammenhang wird die Demokratie in einem unglaublichen Ausmaß an den Rand gedrängt. Die demokratischen Institutionen der Mitgliedstaaten werden eigentlich in die Bedeutungslosigkeit geschickt, und das wird mehr oder weniger still und heimlich betrieben, ohne dass die Bevölkerung wirklich dazu befragt wird.

Niemand wird gefragt in Bezug auf ESM. Volksabstimmungen zu wesentlichen Dingen, wie sie vom Bundeskanzler versprochen wurden, finden nicht statt. Informationen werden im Großen und Ganzen nur gefiltert gebracht, da man über all die unglaublichen

Vorgänge, die sich abspielen, nichts Näheres wissen soll. Daher kann man eigentlich sagen: Wenn niemand gefragt wird, wenn eine Verfassung ausgehebelt und geändert wird, dann sind wir ja nicht weit weg von Ägypten! In Ägypten geschieht gerade genau dasselbe: Dort wurden die Verfassung ausgesetzt und das Parlament entmachtet. Und das Gleiche geschieht jetzt von Brüssel aus! Ich behaupte nicht, dass die Putschisten in Wien sitzen. Nennen wir das jetzt halt nicht Putsch, sondern sagen wir, dass es ein Staatsstreich auf Europaebene ist, mit dem den Einzelstaaten ihre Kompetenzen und demokratische Struktur genommen und diese in die Bedeutungslosigkeit geschickt werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Kollege Schicker hat dann noch zu der Verschuldung in Schweizer Franken gesagt, dass der Kursverlust etwas Neuere ist und dass noch vor einiger Zeit 240 Millionen an Gewinn lukriert wurden. – Nun gut: Jetzt sind wir bald mit 300 Millionen im Minus. Und die Rückzahlung kommt natürlich irgendwann, wenn sie auch einstweilen noch nicht fällig ist. Auch das ist klar. Es wird natürlich irgendwann eine Verlustrechnung aufgestellt werden, und die Verluste werden auf alle Fälle immer mehr steigen. Auf Grund der Situation, in der wir jetzt sind, ist es sehr unwahrscheinlich, dass der Schweizer Franken billiger wird. Ganz im Gegenteil! Die Schweizer Nationalbank hat eine Grenze bei 1,20 eingezogen, die in etwa unter größten Mühen für die Schweizer Volkswirtschaft eingehalten wird, weil ungeheure Geldmittel aufgewendet werden müssen, um die Schweiz sozusagen als Fluchtpunkt beziehungsweise als Fluchtwährungsland von einem Massenansturm in einem solchen Ausmaß fernzuhalten, dass ein Export in der Schweiz nicht mehr möglich wird.

Daher ist die Wahrscheinlichkeit, dass es für Wien besser wird, sehr negativ zu bewerten. Und ich frage mich, was die Frau Vizebürgermeisterin als Finanzstadträtin tun würde, wenn die Schweiz, was gar nicht so unwahrscheinlich ist, aus irgendeinem Grund oder weil sie einfach überfordert ist, nicht mehr im Stande ist, den Schweizer Franken auf einem Niveau zu halten, das sie jetzt gerade verteidigt. Das kann heute oder in ein bis zwei Jahren passieren. Wir wissen es nicht. Und dann stehen wir plötzlich mit einem Schuldenberg da, der ein Vielfaches der 240 Millionen ausmachen wird, die jetzt von Herrn Strobl als so positiv dargestellt wurden.

Wenn man schon sagt, dass Sparen allein nicht genügt, dann darf ich darauf hinweisen, dass die FPÖ eine Reihe von Vorschlägen entwickelt hat, wie man durch Umschichtung der Ausgaben auch zu neuen Verhältnissen kommen könnte. Derartige Maßnahmen können natürlich nicht in Form von Einzelposten das Budget retten, Herr Margulies, das wissen wir auch, aber zusammengefasst ergibt das ein Gesamtpaket, das deutliche Möglichkeiten einer Budgetkonsolidierung beinhaltet.

Dazu gehört etwa das Halbieren der Eigenwerbung, die von der Wiener SPÖ via Rathaus betrieben wird, die aber nicht nur vom Rathaus aus erfolgt, sondern von

sämtlichen Stadträten betrieben wird. Eine weitere Maßnahme wäre die Reform der Vergabep Praxis, zum Beispiel die Bekämpfung von Kartellabsprachen. Es ist uns ja vor 3 oder 4 Jahren gelungen, nachzuweisen, dass eine klare Absprache von damals 50 Unternehmern stattgefunden hat – damals waren es die Installateure – und Preise festgelegt wurden. Es hat eine Verurteilung nach dem Wettbewerbsrecht gegeben, wie dann eine allfällige strafrechtliche Beurteilung war, weiß ich leider nicht mehr. Wir haben dann noch 2010 ... (*GR Godwin Schuster: Ist es der Sekretärin gelungen, das nach außen zu tragen?*) Nein! Das war mehr! Ein Unternehmer hat nicht mitgespielt!

Aber unabhängig davon muss man feststellen, dass das ja kein Einzelfall sein wird! Und warum greift man diesbezüglich nicht durch und stellt Dinge ab, die offensichtlich bekannt sind, aber nicht zugegeben werden?

Weiters sollte es eine Beschränkung beziehungsweise Durchforstung der Förderungen geben. Es werden massive Ausgaben in Höhe von 250 Millionen EUR für Dinge vorgenommen, die sehr wohl zu hinterfragen sind. So werden etwa all diese ideologischen Vereine gestützt, ohne dass wirkliche Abrechnungen vorliegen. All das muss abgestellt werden, das brächte viel Geld!

Auch der Stopp für die Grundversorgung von Scheinasylanten wäre ein wesentlicher Punkt, wo man ansetzen könnte.

Auch die Teilprivatisierung des Flughafens Wien bis zu einer Sperrminorität wäre ein wesentlicher Punkt, der Geld brächte, und, und, und.

Selbstverständlich würde eine Verwaltungsreform die Dinge verschieben, und es könnte dafür Sorge getragen werden, dass eine kostengünstige Verwaltung möglich gemacht wird.

Eine weitere Möglichkeit bestünde in der Festlegung von Einkommensobergrenzen im stadtnahen Bereich in der Höhe eines Bürgermeistergehaltes. Das ist natürlich auch kein Eckhaus, das weiß ich schon, Herr Margulies, aber das wäre auch eine entsprechende Maßnahme.

Ein weiterer Vorschlag ist die Schaffung einer Neuorganisation der Wiener Stadtwerke als Komplettanbieter. Das würde massive Erleichterungen für die Kunden bringen, aber wahrscheinlich auch ganz generell kostensparend wirken.

Eine weitere Maßnahme fällt in den buchhalterischen Bereich, wäre aber von großer Bedeutung, nämlich die Einführung von doppischer Buchhaltung und Kostenrechnung anstelle von Kameralistik. Im Rahmen des vorletzten Städtetages hat eine Bürgermeisterin aus dem Rheinland – ich weiß nicht, ob es Essen war – festgestellt, dass diese Umstellung der Stadt ungemeine Vorteile gebracht hat. Die Kostenwahrheit sei deutlich hervorgekommen, und es war möglich, massiv einzusparen.

Zum Investitionsprogramm hat Kollege Schock schon einiges gesagt, ich möchte jetzt noch etwas in Bezug auf die Wohnbauförderung sagen: Die Wohnbauförderung wurde ganz offensichtlich deutlich gekürzt, nämlich um

98 Millionen. Das wird ein bisschen bestritten. Allerdings muss man dazusagen, dass in diesen Gesamtsummen Wohnbauanleihen in der Höhe von 175 Millionen enthalten sind, und diese Wohnbauanleihen wurden im Grunde genommen aufgelegt und nicht gekauft, wobei die Gemeinde Wien das aus dem Depot herausnehmen musste. Das ist mehr eine Kapitalmarktstütze und hat mit Wohnbauförderung als solcher überhaupt nichts zu tun.

Außerdem gibt es natürlich noch eine Darlehensaufnahme im Rahmen der Wohnbauinitiative 2011. Es sind dies auch immerhin 299 Millionen. Bei dieser Darlehensaufnahme hat Wien von der Tatsache profitiert, dass Darlehen billiger für Wien ausgeschüttet werden als zum Beispiel für Bauträger wie Genossenschaften. Damit hat Wien eine Art Bankenfunktion übernommen.

Unsere Hauptforderung ist – und ich meine, dass man doch einmal österreichweit zu dem Punkt kommen sollte, dass man dazu deutlich Ja sagt – die Forderung nach der Wiedereinführung einer Zweckbindung der Wohnbauförderung. Ich glaube nämlich, dass es sich schon so sehr herumgesprochen hat, dass Missbrauch mit der Wohnbauförderung für alle möglichen Zwecke betrieben werden kann, dass wir gezwungen sind, eine Änderung vorzunehmen.

Auch Kollege Margulies hat schon festgestellt, dass 20 000 Zuwanderer pro Jahr nach Wien kommen. Er sieht darin österreichische Zuwanderung. Ich glaube das aber nicht ganz! Im Jahr 2011 sind um 30 Prozent mehr aus dem Ausland gekommen, 35 000 Personen, und davon ist sicherlich der größte Teil in Wien gelandet, das möchten wir auch nur feststellen.

Wien ist natürlich eine lebenswerte Stadt, gar keine Frage! Aber die Mercer-Studie, die seit Jahren durch die Gegend geistert, muss man schon ein bisschen auf den Boden bringen! Man muss einfach feststellen, dass die Mercer-Studie sich auf leitende Manager aus dem Ausland bezieht, die hier ein schönes Leben haben und die die Wohnqualität und die Lebensqualität in unserer Stadt schätzen. – Das freut mich für sie, und das ist auch ein wichtiger Punkt, in welchem die Stadt etwas tun kann, dass die Leute zu uns kommen! Aber ob eine solche Studie die 120 000 bis 130 000 Sozialhilfeempfänger in ähnlichen Jubel ausbrechen lässt, glaube ich weniger!

Man muss auch feststellen, dass Wien zum Beispiel als Wirtschaftsstandort zurückfällt. So gibt es zum Beispiel von Cushman & Wakefield eine Studie namens „European Cities Monitor“, in der festgestellt wird, dass Wien seit 1990 vom Rang 20 auf Rang 23 abgerutscht ist, während sich eine vergleichbare Stadt wie München vom 12. auf den 9. Rang vorgearbeitet hat. – Das heißt, es gibt schlechte Noten für den Wirtschaftsstandort.

Einer der verschiedenen Gründe dafür ist, dass Wien bei der Verfügbarkeit von qualifiziertem Personal schwach ist. Diesbezüglich liegen wir auf dem 28. Platz, und betreffend Wirtschaftsfreundlichkeit und kommunale Steuerpolitik liegen wir auf dem 33. Platz, also auf dem viertletzten Rang. Und wenn man auf die U-Bahn-Steuer schaut, dann kann man sich auch nicht weiter wundern.

Betreffend Kaufkraft kann man auch ganz klar sagen, dass sich Wien im Vergleich zu Zürich deutlich verschlechtert hat. Wien liegt kaufkraftmäßig auf dem 24. Platz, München auf dem 20. Platz. Das ist eine Studie der Schweizer UBS-Bank.

Soweit zu den Zahlen des Budgets, um auch dazu ein bisschen etwas zu sagen, was die Dinge wieder zurückrückt. – Ich möchte jetzt aber auch noch zwei, drei andere Themen kurz aufgreifen und hoffe, dass sich das zeitlich ausgeht. – Ein Punkt ist zum Beispiel die an und für sich ganz tolle Einführung eines Top-Jugend-Tickets als Jahresnetzkarte für Jugendliche um 60 EUR ab Herbst. Es ist dies eine lobenswerte Aktion, die den Schülern und Lehrlingen der Ostregion fraglos viel helfen wird. Es beruht dies auf einer Absprache der drei östlichen Landeshauptleute, basiert aber, wenn ich recht informiert bin, budgetmäßig auf Kosten des Bundes. Dort tut man sich natürlich ein bisschen leichter.

Das ist aber nicht das Einzige: So gut die Sache ist, so ist zugleich aber auch hervorzuheben, dass die allgemeine Jahresnetzkarte auf 365 EUR und nicht auf die von den GRÜNEN versprochenen 100 EUR herabgesetzt wurde. Aber immerhin ist es weniger geworden. Eine zutiefst unsoziale Vorgangsweise ist aber, dass eine große Bevölkerungsgruppe, die es am nötigsten braucht und teilweise sozial schwach ist, nicht berücksichtigt wurde, nämlich die Senioren. Die Seniorenjahresnetzkarte ist in keiner Weise verbilligt worden. Der Preis für diese ist gleich geblieben. Ich meine, wenn man alles um 25 Prozent kürzen kann, dann kann man natürlich auch den Preis der Jahresnetzkarte für Senioren kürzen!

In diesem Sinne bringen wir einen entsprechenden Antrag ein. Dieser besagt, dass die zuständige Stadträtin für Senioren und Seniorinnen in dieser Stadt eine deutliche Preisherabsetzung der Jahresnetzkarte der Wiener Linien wie bei allen anderen Bevölkerungsgruppen durchsetzen soll. – Ich denke, unabhängig vom Antrag, an 25 Prozent. (*Beifall bei der FPÖ.* – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Was kostet das ungefähr?) 25 Prozent weniger sind ungefähr 55 EUR pro Karte.

Die zweite Frage, die ich ansprechen möchte, haben wir schon das letzte Mal diskutiert. Wir haben rund um die Aberkennung des Namens Dr-Karl-Lueger-Ring eine Debatte geführt, in der festgestellt wurde, dass seitens der Stadt Wien eine Vorgangsweise gewählt wurde, bei welcher mit den Maßstäben und Werten von heute auf die Zeit von gestern zurückgegriffen wird. Es ist aber offensichtlich der Wunsch der Kulturpolitik in Wien, dass man hier alles wieder aufleben lässt und aufbereitet, Persönlichkeiten aus der Vergangenheit und von einer gewissen Glorie wegzerrt und sozusagen aufzeigt, was sie sonst noch gemacht haben.

Angesichts dieser Maßstäbe ist festzustellen, dass der Antisemitismus in der Person Luegers natürlich vorhanden war. Man muss allerdings dazusagen, dass das zeitgeistig war. Es gibt reihenweise andere Persönlichkeiten, auf welche das auch zutrifft. Wir werden diesbezüglich der Reihe nach entsprechende

Anträge einbringen, weil wir gerne bei der Aktion des Herrn Kulturstadtrats mitmachen, der offensichtlich eine Aufarbeitung der eigenen Geschichte in den Mittelpunkt des Interesses stellt. Wir werden daher mit diversesten Personen anfangen, die sich ebenfalls antisemitisch betätigt haben, von Karl Marx, der selbst jüdischer Herkunft war, angefangen bis zu Pernerstorfer und anderen. Es gibt zahlreiche Beispiele, die belegen, dass es so gewesen ist.

Ganz besonders trifft das, wie wir vergangenes Jahr schon gesehen haben, auf Prof Julius Tandler zu, der ein großartiger Gesundheitspolitiker in der Stadt Wien war, der großartige Neuerungen eingeführt und wichtig für die Reform des gesamten Gesundheitswesens bis zum Jahr 1934 gewirkt hat. Er hat ein modernes Gesundheits- und Sozialsystem in Wien überhaupt erst möglich gemacht hat. All das ist unbestritten.

Dessen ungeachtet ist die dunkle Seite des Herrn Tandler, zeitgeistig gesehen, ebenfalls hervorzuheben. Es ist auch festzustellen, dass er Eugeniker war, aber nicht nur das. Das hat es öfters gegeben, diesbezüglich gab es Gesetze in Amerika, in Schweden und anderswo, es wurden beispielsweise Heiratsverbote ausgesprochen, um die Verbreitung von Erbkrankheiten zu verhindern. Das war damals Zeitgeist. Aber Tandler ist noch viel weiter gegangen: Er hat die Auslöschung unwerten Lebens verlangt und hat das in einem Artikel, den ich schon einmal vorgelesen habe, 1924 ganz massiv hervorgehoben. Ich meine, das sollte man ebenfalls bedenken! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Er hat gesagt: „Welchen Aufwand übrigens die Staaten für vollkommen lebensunwertes Leben leisten müssen, ist zum Beispiel daraus zu ersehen, dass die 30 000 Vollidioten Deutschlands diesen Staat 2 Milliarden Friedensmark kosten. Bei der Kenntnis solcher Zahlen gewinnt das Problem der Vernichtung lebensunwerten Lebens an Aktualität und Bedeutung. Gewiss: Es sind ethische, es sind humanitäre oder fälschlich humanitäre Gründe, welche dagegen sprechen, aber schließlich und endlich wird auch diese Idee, dass man lebensunwertes Leben opfern müsse, um lebenswertes zu erhalten, immer mehr und mehr ins Volksbewusstsein dringen.“

Damit hatte er recht! Die Nationalsozialisten haben genau das verwirklicht, und in diesem Sinn ist Tandler natürlich ein Wegbereiter der Massenvernichtungspolitik, wie sie in der Euthanasie stattgefunden hat. – Dieses Faktums wird man sich natürlich im Zusammenhang mit der Person Tandlers erinnern müssen. Daher stellen wir den Antrag, dass der zuständige Stadtrat ersucht wird, dafür Sorge zu tragen, dass neben den Straßenschildern des Julius-Tandler-Platzes im 9. Wiener Bezirk Gedenktafeln angebracht werden, auf welchen auch auf die verhängnisvolle Rolle Julius Tandlers als Vorreiter der NS-Politik betreffend die Auslöschung des damals so bezeichneten „lebensunwerten Lebens“ hingewiesen wird. – In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

So. Dann haben wir noch ein Thema, das ich ganz kurz – ich habe eh nicht mehr viel Zeit – ansprechen will,

nämlich die Sache EMS. Die diesbezügliche Debatte ist in Österreich spät, aber doch in Gang gekommen. In der Bundesrepublik wird das schon lange diskutiert, und es wird in den Zeitungen nicht nur cursorisch darüber berichtet, sondern es wurde schon massiv festgestellt, was man in diesem Zusammenhang zu erwarten hat.

Ich habe schon gesagt: Das bedeutet einen Abbau demokratischer Verhältnisse in den Mitgliedstaaten oder – besser gesagt – deren Reduzierung auf Bedeutungslosigkeit. Sie bestehen natürlich weiter, werden aber nichts mehr zu reden haben. Wenn daher die GRÜNEN gemeinsam mit der Regierung im Rahmen eines Unterausschusses ein Siebenergremium einsetzen, dann ist das zwar eine schöne Geste, das wird aber keine echte Bedeutung haben, denn der ESM kann – natürlich zumeist mit Einstimmigkeit – einvernehmliche Beschlüsse fassen. Aber es gibt auch Sonderregelungen, durch welche es ermöglicht wird, mit 85-Prozent-Mehrheiten eine Sofortaktion zu Lasten der Finanzen der Staaten zu betreiben. Ich habe jetzt nicht die Zeit, das vorzulesen, aber es wird sich schon einmal ergeben. Und das wird selbstverständlich, wie alles, was niedergeschrieben wird, auch einmal geschehen.

Daher ist es nicht so wichtig, ob die Republik Österreich, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich oder sonst jemand ein Gremium hat, das für die Beschlussfassung da ist, denn im Großen und Ganzen ist der ESM exempt und steht über den Gesetzen. Seine Mitglieder sind, wie wir schon wissen, immun, und auch alles andere ist eigentlich unglaublich. Es ist dies eine Fortsetzung der Entdemokratisierung, wie sie heute in der Europäischen Union üblich ist.

Im „Handelsblatt“ vom 21. Juni, also vor ganz kurzer Zeit, war ein großer Artikel über mehr Demokratie in Europa. Darin wird festgestellt, dass die Strukturen der Europäischen Union von einem Mangel an Mitspracherechten gekennzeichnet sind. – Das wissen wir! – Sämtliche Institutionen mit Ausnahme des Parlaments, das auch ziemlich flügelarm sei, seien keine gewählten Gremien, sondern entsandte oder beschiedene. Hinsichtlich der Maßnahmen – siehe ESM, Rettungsschirm für diverse Südstaaten – wird festgestellt: „Selbst wenn diese neuen Maßnahmen zur Rettung des Euros erfolgreich sein sollten: Verlierer ist und bleibt auf jeden Fall das Demokratieprinzip. Die Haftungs- und Gestaltungsmechanismen des ESM überlagern in jedem Falle die demokratischen Rechte der nationalen Parlamente. Erneut droht ein Schritt zu uneingeschränkter Dominanz supranational-exekutivischer Gestaltungshoheit – ein Tatbestand, der unter demokratiestaatlichen Aspekten kaum noch vertretbar erscheint.“

Wir haben in Österreich Höchstgerichte, die sich dazu trotz entsprechender Vorstöße nicht geäußert haben. Gott sei Dank gibt es in ganz Europa ein Gericht, nämlich den Bundesgerichtshof, von welchem das aufgegriffen und das Budgetrecht des Parlaments massiv verteidigt wurde. Die Grünen in Deutschland haben jetzt genau deswegen einen Antrag gestellt und damit auch Erfolg gehabt. Sie haben also früher erreicht,

dass nicht nur ein Siebener-, sondern ein Neunergremium zum gleichen Zwecke wie bei uns nicht eingeführt wurde, und es wird jetzt ein Urteil des Bundesgerichtshofs ergehen.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (*unterbrechend*): Ich darf Sie bitten, zum Schlusssatz zu kommen.

GR Johann **Herzog** (*fortsetzend*): Ich bin beim letzten Satz.

Es wird ein Urteil ergehen, von dem man ausgehen kann, dass es nicht im Sinne der Regierungen erfolgen wird. Vielleicht besteht da noch eine Chance, gegen gewisse Entwicklungen vorzubeugen und Rechtstaatlichkeit und Demokratie in Europa zu retten! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich möchte nur sagen, dass ich mir die Rede von Herrn GR Herzog genau ansehen werde. Ich werde mir auch Ihre Behauptungen betreffend Julius Tandler ansehen, überprüfen, ob ich alles richtig verstanden habe und mir danach ein Urteil bilden.

Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Vana. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Monika **Vana** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe mich bei der Generaldebatte jetzt auch zu Wort gemeldet, weil ich die arbeitsmarktpolitische Diskussion ein wenig vertiefen möchte.

Herr Schock hat uns vorgeworfen, dass wir nicht mehr gern über die Arbeitslosenzahlen reden. – Mitnichten! Aber wir sudern nicht nur, wie Sie uns vorgeworfen haben, sondern wir handeln.

Ich finde es auch bedauerlich, dass so wenige Frauen bei der Generaldebatte reden. Das zeigt auch die Bedeutung des Gender Budgeting und all der Gleichstellungsmaßnahmen, die auch Frau Vizebürgermeisterin Brauner heute in ihrer Rede angesprochen hat.

Es bleibt durch meine jetzige Rede auch ein bisschen mehr Zeit, uns in der Spezialdebatte, die wir gleich danach führen werden, ganz auf das Thema Europa zu konzentrieren, und wir werden auch einen gemeinsamen rot-grünen Antrag zur Haushaltskonsolidierung in Zeiten der ökonomischen Krise einbringen.

Nun zum Arbeitsmarkt: Wien kürzt auch in Zeiten der Sparvorhaben und der Sparpakete arbeitsmarktpolitische Mittel nicht. Das ist schon einmal ein Erfolg dieser Stadt, der sich sehen lassen kann! Ganz Europa kürzt arbeitsmarktpolitische Mittel in Folge des sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspakts, der ja eigentlich ein Instabilitäts- und Rezessionspakt ist, wie insbesondere an den Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt ersichtlich ist. Wien tut das nicht. Dem WAFF stehen jährlich 58 Millionen Schilling für aktive Maßnahmen zur Verfügung. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Ich meine natürlich Euro! Das war jetzt der super Freud'sche Versprecher! Da ist der Wunsch manchmal die Mutter des Gedankens, denn ich war ja immer so eurokritisch.

Selbstverständlich stehen 58 Millionen EUR für aktive

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik zur Verfügung. Wir setzen auf Green Jobs, wir setzen auf Voll- und Vollzeitbeschäftigung, und das ist wichtig. Wie Frau VBgmin Brauner schon gesagt hat, setzt Wien auch in Zeiten des europaweiten Sparens auf Wachstum und Beschäftigung, denn Wachstums- und Beschäftigungsförderung sind Voraussetzungen für eine sinnvolle, nachhaltige und sozial verträgliche Haushaltskonsolidierung. Das ist in den Leitlinien des Regierungsübereinkommens des rot-grünen Wien und in dessen praktischer Politik enthalten.

Und das ist auch sehr notwendig. Frau VBgmin Brauner hat es angesprochen: Es gibt so viele Arbeitslose wie noch nie europaweit. Österreich steht relativ gut da, Wien noch besser. Wir sind relativ gut im Vergleich zu anderen Bundesländern, was die Krisenbewältigung betrifft. Das ist wahrscheinlich oder ganz sicher auch eine der Folgen der aktiven Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik und der Maßnahmen des WAFF, der ein österreichweit und eigentlich europaweit einzigartiges Instrumentarium kommunaler Arbeitsmarktpolitik ist.

Europaweit ist die Situation allerdings wirklich alarmierend, und deshalb brauchen wir so dringend den schon erwähnten Wachstums- und Beschäftigungspakt. Wir haben in Wien erst kürzlich den territorialen Beschäftigungspakt geschlossen, was ein guter auch formal-struktureller Ansatzpunkt ist.

Wir verzeichnen jetzt den höchsten Stand an Arbeitslosigkeit in Europa seit 1997. EU-weit sind 25 Millionen Menschen arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit beträgt über 10 Prozent, und vor allem die Jugendarbeitslosigkeit ist alarmierend. Frau VBgmin Brauner hat es schon angesprochen. Jugendliche sind besonders von der europäischen – wie ich fast sagen möchte – Austeritätspolitik betroffen. Sie sind die großen Verlierer und Verliererinnen dieser Krise. Meine Damen und Herren! Es gibt 5,5 Millionen arbeitslose Jugendliche in Europa! In Griechenland und Spanien beträgt die Jugendarbeitslosigkeit über 50 Prozent! Über 50 Prozent: Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen! Über die Hälfte aller Jugendlichen sind in Griechenland und Spanien arbeitslos, in Partnerländern der Europäischen Union, hinsichtlich welcher wir verpflichtet sind, solidarisch zu sein. Deshalb werde ich auch unsere Vorstellungen in unserem Antrag für ein nachhaltiges Wirtschaften und ein solidarisches Europa darlegen.

Es sprechen bereits nicht nur Ökonomen und Ökonomeninnen, sondern es spricht auch die Internationale Arbeitsorganisation von einer dramatischen Situation und warnt vor sozialen Spannungen. – Ich zitiere den Vizechef der Internationalen Arbeitsorganisation: „Wir laufen Gefahr, eine ganze Generation zu verlieren. Das ist eine Zeitbombe mit einem großen zerstörerischen Potenzial, das zu sozialen Unruhen in Europa führen kann und führen wird.“

Diese Ansicht teilen wir, meine Damen und Herren, und genau deshalb kann man dem rot-grünen Wien nicht vorwerfen, dass wir nicht gegensteuern und einen

anderen Weg gehen als die EU mit ihrem einseitigen ausgabenseitigen Kaputtsparen – wie ich fast sagen möchte – mancher Länder. Wir in Wien gehen anders vor, und deshalb werden wir in der nächsten Runde, in der Europarunde, einen entsprechenden Antrag stellen.

Zum WAFF habe ich schon gesprochen.

Herr Kollege Schock! Sie sagen immer, dass wir den Arbeitsmarkt schönreden. – Da haben Sie mir aber bei meinen letzten Reden auch während der Regierungsbeteiligung nicht zugehört! Gerade die GRÜNEN sind es – wie natürlich auch unsere sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen –, die sich sehr wohl dessen bewusst sind, dass wir große Probleme auf dem Wiener Arbeitsmarkt haben, und zwar nicht nur konjunkturelle Probleme, wie wir seit Jahren sagen, sondern sehr wohl auch strukturelle.

Es gibt aber natürlich auch konjunkturelle Probleme, die zum Teil krisenbedingt sind. Die Arbeitslosigkeit steigt, auch in Wien. Exakt gesprochen sind derzeit 103 986 Personen beim AMS arbeitslos gemeldet. Das heißt, über 100 000 Personen brauchen in Wien arbeitsmarktpolitische Betreuung, und zwar auch Personen in Schulungen. Wir waren immer dagegen, dass arbeitsmarktpolitische Kosmetik betrieben wird und nur die offiziell arbeitslos gemeldeten Personen als Zielgruppe für aktive Arbeitsmarktpolitik genannt werden. Vielmehr geht es selbstverständlich um alle Arbeit suchenden und arbeitsmarktpolitische Betreuung benötigende Personen, und das sind jetzt weit über 100 000 Personen.

Ja. Wir haben strukturelle Probleme auf dem Wiener Arbeitsmarkt. Beschäftigung, die die Existenz nicht sichert, ist im Steigen begriffen. Vor allem für Frauen wird Teilzeitarbeit oder auch prekäre Beschäftigung zunehmend zum Normalarbeitsverhältnis. Wir haben seit 2009 steigende Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitbeschäftigungslosigkeit. Wir haben Reallohnverluste. All das gilt natürlich für ganz Österreich, aber wir schauen jetzt insbesondere auf Wien. Und es gibt auch eine ungerechte Verteilung von Arbeit und Arbeitszeit zwischen den Geschlechtern.

Genau das, meine Damen und Herren von der Opposition, schauen wir uns an, genau damit befasst sich das rot-grüne Wien, nämlich damit, diesen strukturellen Problemen ernsthaft gegenzusteuern. Wir setzen auf existenzsichernde Beschäftigung, auf Vollzeitbeschäftigung bei Frauen und auf – wie ich vorher im Zusammenhang mit dem WAFF erwähnt habe – aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Es reicht uns nicht, mit unseren Strategien nur die Quantität von Beschäftigung oder die Quantität von Arbeitsplätzen zu steigern, sondern wir schauen ganz bewusst auch auf die Qualität der Arbeitsplätze, die wir schaffen wollen, zum Beispiel bei unserer gemeinsamen Green-Jobs-Strategie, die wir derzeit entwickeln.

Das heißt auch – ich verhehle es nicht –, dass Arbeitsmarktstatistiken ein bisschen besser und sinnvoller abgebildet werden sollen. Ich habe schon erwähnt, dass die Zählmethode der EU, also die Eurostat-Methode, nicht gerade geeglückt ist. Mit dieser

werden Arbeitslosenzahlen sehr stark hinuntergedrückt. Daher müssen wir wirklich neue arbeitsmarktpolitische Indikatoren entwickeln. Das tut teilweise auch die OECD – im Gegensatz zur Europäischen Kommission –, indem sie etwa auch das Wachstum neu definiert, und zwar nicht nur als reines BIP-Wachstum, sondern auch gemäß Verteilungsindikatoren, Umweltindikatoren und entsprechend der Einkommensentwicklung, der Geschlechterperspektive und so weiter. Auch das müssen wir in unsere arbeitsmarktpolitischen Indikatoren integrieren.

Wir haben also klare rot-grüne Ziele in unserer Arbeitsmarktpolitik: Es geht um Arbeit mit existenzsichernden Einkommen und nicht um statistische Kosmetik. Der Leitgedanke ist ein Arbeitsmarkt für alle, niemand soll zurückgelassen werden. Der Mensch ist für uns keine Humanressource. Budgetmittel der Arbeitsmarktpolitik müssen in Hinblick auf langfristige Integration in den Arbeitsmarkt eingesetzt werden, für Höherqualifizierung oder Vermittlung auf existenzsichernde und stabile Arbeitsplätze. Das bedeutet – und das ist uns wichtig –, dass sich Qualifizierungsmaßnahmen nicht nur an den Qualifikationserfordernissen der Betriebe, sondern insbesondere und eigentlich in erster Linie an den Fähigkeiten und Bedürfnissen der betroffenen Menschen, der betroffenen Arbeitnehmer und Arbeiternehmerinnen zu orientieren haben.

Ich verhehle nicht, dass wir dazu auch ein paar positive Impulse aus dem Bund bräuchten, und ich sage hier auch immer wieder, dass wir mehr Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik in der Bundespolitik bräuchten. Das fehlt, weil die blau-schwarze Bundesregierung damals einen regelrechten Kahlschlag bei der Arbeitsmarktpolitik betrieben hat. Daher fehlen hier seit Jahren die Mittel.

Wir bräuchten daher längst fällige Reformen, welche arbeitslosen, Arbeit suchenden und arbeitenden Menschen in diesem Land zugute kommen würden, wie einen gesetzlichen Mindestlohn und die Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf ein Niveau, das europaweit kompatibel ist. Österreich hat eine der niedrigsten Nettoersatzraten beim Arbeitslosengeld. Weiters brauchen wir – das wäre für Frauen ganz wichtig – gerade bei der Notstandshilfe endlich die Entkoppelung vom Partnereinkommen, damit Frauen auch existenzsichernde Sozialleistungen wie die Notstandshilfe, die eigentlich keine Sozialleistung, sondern eine Versicherungsleistung ist, für welche Menschen einbezahlt haben, auf jeden Fall bekommen, anstatt dass sie darauf keinen Anspruch haben, nur weil der Partner mehr verdient. – Ich meine, das ist wirklich eine strukturelle Ungerechtigkeit!

Meine Damen und Herren! Die Krise ist noch lange nicht vorbei. Die Krise ist für uns erst vorbei, wenn die Arbeitslosigkeit nachhaltig zurückgeht. Wir haben in Österreich derzeit immer noch um 50 000 Arbeitslose mehr als vor der Krise. Ich glaube aber, dass Wien, wie ich schon sagte, sehr gut gerüstet ist, um die Herausforderungen, vor die wir durch diese Krise gestellt werden, sozial verträglich zu bewältigen.

Mit dem WAFF haben wir ein, wie ich schon sagte, europaweit einzigartiges Instrument. Rot-Grün ist ein Gegenmodell zur blinden Sparwut und zum Sozialabbau in Europa. Wir setzen auf aktive Arbeitsmarktpolitik und starke öffentliche Dienste in Wien und in Europa. – Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zur allgemeinen Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 2011 liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke. Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Neuhuber. Ich erteile es ihm.

GR Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Frau Berichterstatterin! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zuerst auch auf einige Aussagen von Vorrednern eingehen.

Ich komme zuallererst zu Kollegen Ellensohn. – Herr Kollege Ellensohn! Wir sind von Ihnen ja schon einiges an Anschüttungen gewohnt, und wir sind eh demütig und lassen manches über uns ergehen. Aber heute ist wieder einmal ein Tag, das muss ich schon sagen, an dem es – zumindest mir persönlich – zu viel geworden ist. Diese dauernden Pauschalverurteilungen auch in unsere Richtung sind nicht mehr erträglich. Ich sage Ihnen das ganz offen. Ich habe ein reines Gewissen als Unternehmer, ich habe ein reines Gewissen als Politiker, und ich weigere mich und lehne es ab, ununterbrochen von Ihnen in einen Topf mit irgendjemandem geschmissen zu werden! *(GR David Ellensohn: Okay!)* Das ist eine unabhängige Fraktion. Das sind unabhängige Mandatäre, und mir kommt bei Kollegen Strasser und seinem Video genauso das Würgen wie Ihnen! Das sage ich! Ich stehe nicht an, das zu sagen! *(Beifall bei der ÖVP und von GR Dipl.-Ing Martin Margulies.)*

Ich will von Ihnen nicht pauschal in derartige Töpfe geschmissen werden! Ich bitte Sie daher, diesbezüglich etwas sensibler vorzugehen und nicht alle Personen über einen Kamm zu scheren! Es gibt in jeder Partei weißere und schwärzere Schafe.

Im Zusammenhang mit dem Thema Reputation von Politikern werden wir im Zusammenhang mit dem Notariatsakt noch darüber reden können, ob das, was Sie tun, wirklich der Reputation von Politikern besonders zuträglich ist.

Kollege Margulies! Nein: Natürlich ist nicht alles schlecht in Wien! Das sagen wir ja gar nicht! Es gehört zum Ritual, dass die Opposition kritisiert. Das soll sie auch tun. Es ist auch schon darauf hingewiesen worden, wie ihr früher geredet habt! – Wir wollen also nicht alles schlechtreden. Das wäre ja Blödsinn! Wien funktioniert ja nicht in allen Punkten schlecht, und wir alle leben gern hier.

Es kommt aber immer darauf an, wie man in den Wald hineinruft. So schallt es dann nämlich zurück. Und es kommt auch immer darauf an, wie die Regierung ein Budget oder einen Rechnungsabschluss präsentiert. Und das, was wir hier erleben, ist in der Tat eine ziemliche

hymnische Darstellung, meine Damen und Herren! Genau dieses extreme über den grünen Klee Loben, diese Hymne, die auf die positiven Seiten gesungen wird, halten wir doch für etwas übertrieben, vor allem, wenn man dann die nackten Fakten und Zahlen anschaut.

Thema Aktiva: Ja natürlich, Wien ist Gott sei Dank eine relativ vermögende Stadt, das können wir auch aus dem Buch herauslesen. Allerdings haben sich die Passiva, die Schulden, binnen weniger Jahre verdreifacht, während die Aktiva leider nicht in diesem Ausmaß gestiegen sind. Und bei jeder vernünftig wirtschaftenden Familie und bei jedem vernünftig wirtschaftenden Betrieb würden, wenn sich in einem kleinen Zeitraum die Schulden, Fremdmittel oder wie auch immer wir es letzten Endes nennen, verdreifachen, die Alarmglocken anschlagen, und wenn nicht beim Controlling im Betrieb selbst, dann 100-prozentig bei der finanzierenden Bank. – Da muss man die Kirche im Dorf lassen, darüber kann man nicht einfach hinweggehen und zur Tagesordnung übergehen.

Zu Frau StRin Brauner: Wir haben die Auslöser der Krise auch schon mehrfach diskutiert. Wenn wir das wirklich historisch wirtschaftlich diskutieren wollen, dann muss man feststellen: Auslöser der Krise war nicht der Finanzmarkt, sondern das geht ein bisschen weiter zurück. In Wirklichkeit war es die Politik unter Bill Clinton in Amerika, speziell der Wunsch nach vermehrtem Eigentum in Form von Wohnungen oder Häusern für die Amerikanerinnen und Amerikaner. Damit verbunden war die Zurverfügungstellung von billigem Geld durch die Federal Reserve Bank, um diese Wünsche zu ermöglichen. Damit wurden die Schleusen bei den Banken geöffnet.

Am Anfang standen also politischer Wille und ein Consumer-Wunsch, und durch die Überfinanzierung und die Produkte, die daraus entstanden sind, die Asset Backed Securities, die gebündelt wurden, entstand die Finanzkrise. Es waren jedoch nicht die Finanzinstitute und die Banken allein. Ich bin der Letzte, der diese verteidigt, ich meine sehr wohl, dass man hinsichtlich der Derivatseite bereits jetzt schon viel mehr tun können hätte. Aber es ist eine historisch nicht korrekte Darstellung, wenn man sagt, dass es nur die Finanzmärkte waren. Das trifft nicht zu. In erster Linie war es die Krise des amerikanischen Häusermarktes, die natürlich, wie gesagt, durch derivative Produkte verstärkt wurde, nämlich durch faule und schlechten Kredite, die gebündelt wurden. Und dann haben europäische Sparkassen auf einmal derartige Produkte gekauft, ohne eigentlich zu wissen, was sie eingekauft haben. Das waren dann die Überfinanzierungen, die zu 80, 100 beziehungsweise 120 Prozent über das Normalmaß hinausgingen, und diese wurden zu Produkten gebündelt und verkauft. Dort lag das Problem. – Das war jetzt nur ein kurzer historischer Ausritt.

Zur Frage, ob man jetzt in Europa sparen oder investieren soll. – In Wirklichkeit ist wahrscheinlich der goldene Mittelweg richtig. Nur Sparen allein mag vielleicht auch kritisch beurteilt werden. Gerade die

spanischen Nobelpreisträger, Stiglitz oder natürlich auch Roubini, der sich immer äußert, sehen das, wohl verstanden, wie uns allen klar ist, durch eine amerikanische Brille. Da mögen auch noch andere Gründe dahinter sein, wie auch immer.

Investieren: Ja. Die Frage ist nur, in welchem Ausmaß und was das den betroffenen Ländern hilft: Was hilft das Griechenland und der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands? – Dort liegt ja der Hase im Pfeffer, dass nämlich Teile dieser südosteuropäischen Länder nicht wettbewerbsfähig sind. Was hilft es denen, wenn man ihnen eben noch, wie heute schon dargestellt, eine Autobahn, einen Flughafen, einen Jachthafen oder sonst etwas baut? Hilft das dem dortigen Mittelstand in seiner Wettbewerbsfähigkeit? Kaufen deshalb dann letzten Endes auch Chinesen griechische Produkte? Das ist das große Problem!

Sie finden in mir sofort einen großen Freund des Themas Investieren. Aber dann müssen wir uns auch darüber einigen, wo. Wenn wir einen Weg finden, wie wir den europäischen Mittelstand – Klein- und Mittelbetriebe – und nicht nur Großprojekte, die niemand braucht oder nur wenige brauchen, unterstützen, dann hätten wir vielleicht schneller einen Konsens gefunden, als wir gedacht hätten.

Jetzt komme ich noch zu ein paar Punkten des Rechnungsabschlusses. Es wurde heute in der Generaldebatte schon sehr viel gesagt, und ich möchte wieder einmal auch bei den Einsparungen mit gutem Beispiel voran gehen und nicht meine ganze Redezeit verbrauchen. Dennoch möchte ich ein paar Punkte noch einmal zusammenfassen.

Ein Symptom beziehungsweise ein Bild der Wirtschaftspolitik dieser Wiener Stadtregierung habe ich vor Kurzem erlebt: Stellen Sie sich vor, meine Damen und Herren, dass in einer wichtigen europäischen Stadt ein ganz wichtiges Instrument, nämlich das Wirtschaftsinstrument dieser Stadt, 30-jähriges Jubiläum hat und das Stadtoberhaupt dieser wichtigen Stadt nicht einmal hingeh! – Jetzt könnte man sagen: Welche Gründe auch immer dafür maßgeblichen waren, dass er an diesem Abend Wichtigeres zu tun hatte. Aber können Sie sich vorstellen, dass es das in Europa, in einer europäischen Hauptstadt, gibt? – Normalerweise würde man sagen, das gibt es nicht, das geht nicht! Aber Wien ist anders: Das 30-Jahre-Jubiläum der Wirtschaftsagentur Wien war dem Herrn Bürgermeister nicht wichtig genug, dort selbst zu erscheinen.

Das ist ein gutes Sinnbild für die Wirtschaftspolitik dieser Stadtregierung und der SPÖ-Wien! Nach 15 Jahren Häupl gibt es um 32 Prozent Arbeitslose mehr als zu seinem Amtsantritt und um ungefähr 1,5 Prozent weniger Jobs. Der Herr Bürgermeister und die Wiener SPÖ haben sich schlicht und einfach aus der Wirtschaftspolitik abgemeldet. Das Einzige, was sie noch machen können, ist Schuldenpolitik.

Das Grundproblem Nummer 1 ist der Schuldenstand, das habe ich vorher schon gesagt, und das muss ein Alarmzeichen für uns alle sein. Wir können noch so oft Pro-Kopf-Vergleiche anstellen, Bundesländer hinauf und

hinunter rechnen, hinterfragen, wie viele Schulden Wien pro Fahrrad hat, oder das in sonst irgendeiner Weise darstellen. Aber die 1,46 Milliarden EUR auf über 4 Milliarden EUR innerhalb von 3 Jahren oder 174 Prozent ohne Wiener Wohnen, meine Damen und Herren, und ein Maastricht-Defizit, das immerhin bei 541 Millionen EUR lag, sind etwas, was einen redlichen und ordentlichen Kaufmann beunruhigen muss!

Noch dazu wird der Schuldendienst ab dem Jahr 2012 enorm steigen – über 500 Millionen per anno –, das heißt, wir haben logischerweise weniger Handlungsspielraum. Die Frau Vizebürgermeisterin greift auch immer wieder gerne, so wie beim letzten Budget, Beispiele aus dem Leben. Sie hat gemeint, dass es einem Haushalt, der 30 000 im Jahr verdient und 10 000 Schulden hat – so war, glaube ich, damals das Beispiel –, eigentlich ganz gut geht. Ich möchte dieses Beispiel jetzt auch aufgreifen und sagen, ein Haushalt oder auch eine kleine Firma, die sich immer mehr verschuldet und die immer mehr Geld aufwenden muss, um diese Schulden überhaupt noch bedienen zu können, der wird irgendwann einmal die Luft ausgehen, meine Damen und Herren. Und das ist etwas, was uns in Bezug auf diesen Rechnungsabschluss und auf die Zukunft sehr wohl zu denken geben sollte. Noch dazu, wo wir einnahmenseitig auf Grund der Belastungswelle der letzten Jahre bei den Gebühren so gut wie keinen weiteren Handlungsspielraum mehr haben.

Was – und das stimmt mich ebenfalls sehr bedenklich – rapide sinkt, das ist, wie wir heute schon gehört haben, die Wirtschaftsförderung. Seit dem Rechnungsabschluss 2008 – ich nenne die nackten Zahlen – von 145 Millionen auf 137 Millionen, 106 Millionen, 76 Millionen, also gegenüber 2008 eine Halbierung in der Wirtschaftsförderung.

Apropos Wirtschaftsförderung. Da fällt mir gerade ein: Wo bleibt die Evaluierung der Wirtschaftsagentur Wien? Das wäre ein eigenes Thema, das will ich mir jetzt sparen.

Aber das Einzige, wo nicht gespart wird, sondern was steigt, sind die Ausgaben beim Presse- und Informationsdienst. Und das ist schon auch wieder so ein schönes Bild, das man sich immer wieder vor Augen führen muss. Wir halbieren auf der einen Seite die Wirtschaftsförderung innerhalb von nur drei Jahren, auf der anderen Seite werden innerhalb weniger Jahre die Ausgaben beim PID verdoppelt. Und selbst jetzt wird dort nicht gespart, sondern es gibt eine leichte Steigerung. Wenn das kein Bild ist über das, wo die SPÖ-Wien und einstweilen natürlich auch die GRÜNEN ihre Präferenzen in der Politik in Wien setzen, was ist es dann?

Grundproblem Nummer 2 – das ist heute auch schon im positiven wie auch im negativen Sinne beleuchtet worden –: der Arbeitsmarkt. Ich will es nur noch mal kurz zusammenfassen und auf einen Nenner bringen. Seit 2002 hat Wien die höchste Arbeitslosenrate aller Bundesländer. Da könnte man sagen, zehn Jahre ist quasi nichts geschehen. 2010 in etwa hatten alle anderen Bundesländer ihre Arbeitslosenquote gesenkt. Die Ausnahme ist Wien – da reden wir gar nicht über die

Musterschüler wie etwa Oberösterreich; aber selbst Kärnten ist, was diese Zahlen betrifft, inzwischen schon besser –, und das Arbeitsmarktbudget grundelt irgendwo bei 58 Millionen dahin, ohne zusätzliche Impulse.

Weil ich vorher gesagt habe, es fehlt die Evaluierung der Wirtschaftsagentur, fällt mir ein, die Evaluierung des WAFF ist auch noch ausständig. Wo bleibt sie? Was aber natürlich nicht ausbleibt, sind Personalbesetzungen. Da könnte man jetzt auch etwas böse sagen, das Einzige, was die Vizebürgermeisterin auch beim WAFF interessiert, sind Personalangelegenheiten.

Grundproblem 3: keine neuen Impulse für Wachstum. Wo sind die großen Würfe bei der Betriebsansiedelung? Es wird zwar immer mit Zahlen herumgeworfen, was die Agentur Wien alles angesiedelt hat, aber wo sind einmal wieder die großen Würfe? Wo ist ein internationaler großer Konzern, der sich hier angesiedelt hat? Wo sind die großen Würfe bei der Wirtschafts- und Unternehmerförderung? Wo sind die neuen Ausbildungsöffnungen? Wo sind die neuen Arbeitszeitmodelle? Wo ist der Wurf in der Verwaltungsreform? Ein papierloses Büro, meine Damen und Herren, macht noch keine Verwaltungsreform aus. Wo ist der Bürokratieabbau? Das ist noch immer etwas, was Unternehmer in jeder Umfrage als eines der größten Hemmnisse in Wien einfordern.

Also so gut kann es dort nicht stehen. Lauter offene Baustellen, wohin man auch greift. Keine neuen Impulse und Ideen. Die Bauinvestitionen gehen hingegen zurück, die Investitionsquote ebenfalls. Es ist bestenfalls, meine Damen und Herren, ein Verwalten der Misere, aber kein Gestalten, und durch Rot-Grün hat sich wenig bis gar nichts daran geändert. Der einzige Impuls, zugegeben, ist die Umschichtung bei der Verwendung der Mittel aus der Parkraumbewirtschaftung.

Grundproblem 4 – ein Fremdwort generell für die Sozialdemokratie in Wien –: Thema Einsparungen. Potenzial und Ideen gäbe es ja genug dazu. Denken Sie nur an die vielen Rechnungshofberichte, die etwa Doppelgleisigkeiten bei WAFF und AMS, bei der Personalpensionsreform aufgezeigt hätten. Das IHS sagt, dass im Gesundheitswesen noch immer 100 Millionen per anno eingespart werden könnten. Im Subventions- und Förderungsbereich sind von meinen Vorrednern heute schon Beispiele gekommen – das möchte ich jetzt nicht noch einmal aufwärmen – und natürlich bei den kleinen und größeren Skandalchen, die fast jeden Tag in dieser Stadt geschehen, ob Stadthallenbad, Feuerwache, Schlink, Kunsthalle, AKH, das OKTO-Fernsehen und, und, und.

Wir werden übrigens, weil Kollege Ellensohn heute so lange über die BUWOG gesprochen hat, demnächst einmal ein Thema in Wien aufgreifen, wo man sehen kann, welche Beschlüsse Rot-Grün in Wien fasst und wie mit Grund und Boden, die der Stadt Wien gehören, umgegangen wird. Da werden wir demnächst auch einmal etwas Nettos debattieren können. Aber, wie gesagt, dazu später.

Das bringt mich noch – ich glaube, bei Ellensohn war es das Thema, das er heute eigentlich angerissen hat –

zum Thema Wahlrechtsreform. Ich bin nach vielen Jahren in diesem Haus ohnehin einer, den kaum mehr etwas wundern kann, aber das hat mich heute schon gewundert, Kollege Ellensohn, dass Sie über die Wahlrechtsreform plaudern und über das Wahlrecht in Wien auch für EU-Bürger – okay, gut, das ist ein Thema, über das man debattieren kann, keine Frage –, aber dass Sie auf den Hauptpunkt der Verpflichtungserklärung, die drei Parteien, drei Oppositionsparteien in diesem Haus 2010 unterschrieben haben, nicht einmal in einem Seitensatz oder einem Nebensatz eingehen, das, muss ich sagen, wundert einen dann schon sehr.

Ich weiß nicht, ob Ihnen Kollegin Vassilakou vielleicht diese Verpflichtungserklärung vorenthalten hat, aber ich nehme an, Sie werden sie kennen. Die hat Mag Maria Vassilakou am 4. Mai 2010 unterschrieben, ebenso wie die beiden Obleute der anderen Oppositionsparteien. In dieser Verpflichtungserklärung – denn sie heißt ja eben Verpflichtungserklärung – verpflichtet sie sich, nach dem Prinzip, jede Stimme ist gleich viel wert, eine gemeinsame Initiative mit den anderen im Wiener Gemeinderat vertretenden Parteien zur Änderung der Wiener Gemeinderatswahlordnung anzustreben. Nach der Wahl zum Wiener Gemeinderat 2010 soll, unabhängig von einer etwaigen Stadtregierungsbeteiligung, durch Einbringen und durch Beschluss eines entsprechenden Initiativantrages die gegenständliche Wahlrechtsreform beschlossen werden. Das ist der zentrale Punkt dieser Wahlrechtsreform, denn sonst wäre das auch nicht Inhalt dieses Notariatsaktes gewesen.

Dazu haben wir heute von Ihnen nichts gehört, aber wir wollen Ihnen ein bisschen weiterhelfen, und deshalb bringe ich heute mit meinen Kollegen Aichinger und Ulm auch gleich einen Beschluss- und Resolutionsantrag ein, der sich genau an den Text des Notariatsaktes hält, und ich bin sicher, Sie werden dem dann, nachdem das ja die Frau Vassilakou unterschrieben hat, gerne zustimmen können. Wenn nicht, stellt sich die Frage nach der Reputation und was die notariell beglaubigte Unterschrift einer grünen Parteichefin eigentlich wert ist.

Das wird ein spannender Antrag, und ich bin mir sicher, zu diesem Thema werden wir noch des Öfteren reden, genauso wie zum Rechnungsabschluss der Stadt Wien, den wir natürlich aus den bereits von mir erwähnten Gründen ablehnen. – Danke, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Kollege Neuhuber, der Antrag erfüllt nicht die in der Geschäftsordnung vorgesehenen Erfordernisse. Ich darf bitten, dass die ÖVP sich das vielleicht noch einmal ansieht. Möglicherweise haben Sie mir die falsche Kopie gegeben.

Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Vana. Ich erteile es ihr.

GRin Dr Monika **Vana** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe mit meinem Kollegen Martin Margulies

getauscht und ziehe das Europathema jetzt vor, auch um dem Europathema ein entsprechendes Gewicht in dieser Geschäftsgruppe zu verleihen und weil wir einen gemeinsamen rot-grünen Antrag zu dem Thema einbringen. Es ist ja der Europaausschuss tatsächlich im Moment der einzige Ausschuss, der noch keine eigene Debatte während der Rechnungsabschluss- oder Budgetwoche hat. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir, auch angesichts der steigenden Bedeutung des Europathemas in diesem Haus, dieser Bedeutung Rechnung tragen sollten und hier eine Lösung bezüglich der Redezeiten in Zukunft gefunden werden sollte.

Ich denke, mit dem Europaausschuss sind wir auf einer guten Schiene. Wir haben erst unlängst eine neue Struktur hier in diesem Haus geschaffen, eine eigene Magistratsabteilung für Europa und Internationales, und wir haben auch eine Magistratsdirektion umbenannt in Europa und Internationales. Ich denke, diese Struktur wirkt sehr unterstützend für den Europaausschuss und funktioniert ganz gut. Wir haben den Europabericht einstimmig verabschiedet mit den Vorwörtern von allen Klubs.

Ich denke, die Subsidiaritätskontrolle, die eine sehr wichtige ist, weil sie Ländern, Regionen und auch Städten in dem Fall eine stärkere Mitgestaltung – vielleicht nicht Mitgestaltung, das wäre zu euphorisch gesagt –, eine Mitsprache bei der Formulierung von Europarecht gibt, spielt sich schön langsam ein. Wir haben auch mehr Termine für den Europaausschuss für das kommende Halbjahr angesetzt, um hier auch wirklich immer zeitgerecht diese Aufgabe der Subsidiaritätskontrolle vornehmen zu können.

Wir haben das Rederecht für österreichische Europaparlamentarier und Europaparlamentarierinnen geschaffen. Da ist uns, denke ich, wirklich ein großer Wurf gelungen. Es ist europaweit einzigartig und wird auch europaweit wahrgenommen im Europäischen Parlament. Auch in den europäischen Medien hat man das als sehr, sehr wichtigen Schritt dazu gesehen, dass Kommunalpolitik wirklich Europapolitik ist und umgekehrt. Das kann man nicht oft genug sagen. Wir werden daher im Ausschuss zukünftig die internationale Komponente, die jetzt noch ein bisschen zu kurz kommt – es ist vor allem ein Europaausschuss, aber er heißt ja Europa und Internationales – noch verstärken. Also ich denke, da sind wir sehr gut auf Schiene.

Zur aktuellen Europapolitik, zu der wir heute einen rot-grünen Antrag auf – ich habe es vorher schon erwähnt – Haushaltskonsolidierung in Zeiten ökonomischer Krisen einbringen. Es ist ja, das gestehe ich, nicht wahnsinnig viel Grund für Optimismus angesichts des morgen stattfindenden EU-Gipfels. Ich habe im Vorfeld der letzten EU-Gipfel gesagt, jeder EU-Gipfel gefährdet den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt Europas mehr. Ich bin fast geneigt, das dieses Mal wieder zu sagen, es gibt aber zwei doch leicht positive Ansätze, die es sich lohnt zu erwähnen.

Das eine ist die Einigung von zumindest zehn Ländern auf die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die so wichtig wäre und für die

Gewerkschaften, GRÜNE, Sozialdemokraten und andere sehr, sehr lange gekämpft haben. Die traurige Nachricht: Die EU 27 haben sie auf lange Zeit auf Eis geschoben. Aber die gute Nachricht: Auch auf Druck von Frankreich kommt jetzt doch eine Einigung von zehn Ländern zustande – Österreich ist da selbstverständlich dabei –, eine Finanztransaktionssteuer im Ausmaß von – nicht gerade groß, das gebe ich zu, aber es ist zumindest einmal ein Anfang – 0,1 bis 0,01 Prozent auf den Großteil des Wertpapierhandels einzuführen. Und ich denke, das ist ein richtiger Schritt.

Richtig und begrüßenswert ist auch, dass jetzt ernsthaft in Europa – auch vor allem auf Druck Frankreichs – über einen Wachstumspakt als Gegengewicht zum Fiskalpakt und zum Europäischen Stabilitätsmechanismus diskutiert wird. Allerdings zeigt der Wachstumspakt auch sehr, sehr starke Mängel aus grüner Sicht, und ich denke, dem schließen sich meine sozialdemokratischen Freundinnen und Freunde an. Er enthält keinerlei Beschäftigungsperspektive – also Green Jobs oder Jobschaffung haben in diesem Wachstumspakt, der hauptsächlich ein Investitionspakt für große Infrastrukturbetriebe ist, keinen Platz gefunden –, und es fehlt auch die Nachhaltigkeitsperspektive im Sinne von – ich habe das eingangs schon erwähnt – nachhaltigem Wachstum. Wie definieren wir Wachstum überhaupt? Ist Wachstum ausschließlich das veraltete Modell des BIP-Wachstums oder definieren wir es endlich neu als sinnvoll nachhaltiges Wachstum, im Sinn von grünem Wachstum? Das wäre ein wichtiger Schritt.

Insgesamt kann ich nur wiederholen: Wir müssen endlich aus der Krise herausinvestieren, statt in Rezession und Massenarbeitslosigkeit weiter hineinzunvestieren, und da zeigt dieser morgige bevorstehende Gipfel nicht sehr viele positive Perspektiven beziehungsweise habe ich nicht sehr viel Grund für Optimismus, denn die bisherige Politik des gescheiterten Krisenmanagements wird eigentlich nahtlos fortgesetzt mit dem, was der Gipfel weiter vor hat, was vor allem Deutschland weiter vor hat. Die Kosten der Krise sollen weiter nicht die Krisenverursacher, sondern die breite Masse der Bevölkerung tragen. Ich denke, wir können feststellen, dass die neoliberalen Kräfte mühelos diese Krise überdauern haben und weiterhin die Ursachen der Krise, also Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung, als Lösung der Krise verkaufen.

Dass wir keine Schuldenkrise haben, das, denke ich, wissen wir aus vielen Debatten, die in den letzten Wochen und Monaten europaweit stattgefunden haben, unter anderem auch am Städtetag, wo es ein Hauptreferat zu dem Thema gegeben hat, dass wir keine Schuldenkrise haben, sondern eine Sozialkrise, eine Verteilungskrise, eine Bankenkrise und eigentlich eine tiefe Krise des Neoliberalismus, eine Systemkrise, aber sicher keine Schuldenkrise. Denn die Ursache der öffentlichen Verschuldung sind, wie wir heute auch schon einige Male gehört haben von diesem RednerInnenpult, die Bankenrettungspakete und die durch die Krise notwendig gewordenen

Konjunkturrettungspakete in Europa.

Aber statt die Brandursachen zu bekämpfen, wird mit dem Fiskalpakt, mit sogenannten Stabilitäts- und Wachstumspakts, mit dem sogenannten Europäischen Stabilitätsmechanismus, der auch ein Destabilisierungsmechanismus ist, weiter Öl ins Feuer gegossen. Wir erleben damit eigentlich einen der größten Rückschritte in Europa seit 20 Jahren, und das ist, denke ich, sehr, sehr bitter, gerade für EuropabefürworterInnen, wie ich es bin.

Ja zu Europa, Nein zur EU!, habe ich früher gesagt. Jetzt sage ich: Ja zu Europa, nämlich Ja zu mehr Europa, aber Ja zu einem anderen Europa! Ja, die Wege aus der Krise müssen uns über ein Mehr an Europa führen, ein Mehr an sozialem Europa, ein Mehr an demokratischem Europa, ein Mehr an ökologischem Europa. Das bedeutet auch ein anderes Europa, und es bedeutet, für einen klaren Kurs- und Paradigmenwechsel in der Europäischen Union zu kämpfen, damit dieser neoliberale Kurs, der die Krise verursacht hat, nicht mehr weitergeführt wird.

Insbesondere braucht es eine europäische Demokratie, eine radikale Demokratisierung Europas, denn das, was jetzt mit dem Fiskalpakt passiert, dass er vollkommen am Europäischen Parlament vorbeigeht, das Europarecht eigentlich vollkommen außen vorlässt und ein bilateraler völkerrechtlicher Vertrag ist ohne Möglichkeiten auf europäischer Ebene, diesen mitzugestalten, ist wirklich ein Rückschritt für alle EuropapolitikerInnen. Das desavouiert eigentlich auch die Ziele, die sich Europa selber gesetzt hat, zum Beispiel mit der Europa-2020-Strategie, wo endlich einmal Armutsbekämpfung, Senkung der Zahl der SchulabbrecherInnen, Frauenbeschäftigung als klare Ziele vorgegeben wären. Diese Ziele sind jetzt durch diesen Fiskalpakt eigentlich desavouiert dadurch, dass man für die Umsetzung dieser Ziele national und auch in den Städten zum Teil überhaupt kein Geld mehr hat. Das heißt, das ist ein Kurs, den wir nicht mittragen.

Ich sage auch ehrlich, ich kann die Euphorie oder den Jubel, der in Europa nach der Griechenlandwahl ein bisschen ausgebrochen ist, nicht ganz teilen. Ich finde, das Wahlergebnis ist kein Grund zum Jubeln (*Beifall von GR Mag Wolfgang Jung*), und ich teile die Euphorie über die neue Koalition und dass damit Europa oder der Euro jetzt gerettet sei, nicht. Ich denke, es ist kein Sieg der Demokratie gewesen. Die Mehrheit der Griechen und Griechinnen hat sich gegen die Sparauflagen der EU-Troika entschieden und hat klar gesagt: Wir wollen uns nicht kaputt sparen lassen! Wir wollen einen anderen Kurs! Griechenland ist im Ausnahmezustand – Sie wissen das –, die Bevölkerung leidet unter Rezession, Massenarbeitslosigkeit, scharfen Einschnitten ins Sozialsystem, einem regelrechten Kahlschlag der öffentlichen Dienste, einem Kollaps des Gesundheitssystems.

Das muss man sich einmal vor Augen führen: In einem Land der Europäischen Union gehen spätestens Mitte Juli die Arzneimittel aus! Ich meine, das kann ja wirklich nicht sein! Wir GRÜNEN haben im

Europaparlament einen Brief an Kommissionspräsident Barroso überreicht, hier einen Notfallplan für das griechische Gesundheitssystem vorzusehen.

Ich denke, die Gefahr für Europa wäre nicht ein ökonomischer Kurswechsel oder eine Änderung des Memorandums gewesen, das die Troika mit Griechenland geschlossen hat, sondern die Gefahr für Europa ist genau die Fortsetzung dieses bisherigen Kurses, der Griechenland in diesen Ausnahmezustand gebracht hat und eigentlich ein Kurs ist, der in den Abgrund fährt.

Wir denken, es braucht für Griechenland zum Teil genau jene Vorschläge, die Griechenland jetzt gemacht hat, nämlich das Memorandum auszudehnen, die Zeitschiene zur Erfüllung der Auflagen der EU mindestens zwei Jahre auszudehnen und sie auch substantiell zu verändern, also zum Beispiel das Arbeitslosengeld wieder zu erhöhen, die Mindestlöhne, die dramatisch gekürzt wurden, wieder zu erhöhen, die Mindestpensionen wieder zu erhöhen, die ebenfalls dramatisch gekürzt wurden, die Beamtenentlassungen, die geplant sind – zum Teil Tausende von Beamten, habe ich gelesen – nicht vorzunehmen. Denn – gerade in einer Stadt wie Wien muss man das diskutieren – wie kann ich denn glauben, dass ich fast ein Drittel meiner Beamten des öffentlichen Dienstes entlasse und dann auch nur ansatzweise die so wichtigen Leistungen des öffentlichen Dienstes wie Gesundheitsversorgung und so weiter aufrechterhalten kann. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist die Frage, ob sie diese Leistung erbringen!*) Das kann ja niemand glauben. Also das ist wahrlich ein Kaputtsparen dieses Landes. Die Mehrwertsteuer ist auch erhöht worden. Sie soll jetzt auch gesenkt werden laut den Vorschlägen.

Ich denke, intelligente Auflagen, auch für Griechenland, wären zum Beispiel Stopp aller Rüstungsausgaben, generelle Korruptionsbekämpfung und eine Umstellung des Steuersystems. Das alles ist nicht neu, wir haben das schon öfter hier von dieser Stelle aus diskutiert, aber ich denke, es wäre gerade jetzt, angesichts dieser positiven Stimmung, die da jetzt plötzlich herrscht – hu, hu, jetzt wird alles gut nach der Griechenlandwahl – anzugehen. Mitnichten wird alles gut.

Es braucht – davon sind wir GRÜNEN überzeugt – einen Kurs- und Paradigmenwechsel der EU. Weg vom Kaputtsparen von Griechenland. Und dann kommt Spanien. Irland, Portugal, Italien stehen ja auch schon da. Spanien hat wenigstens noch einen Aufschub seiner Auflagen bekommen, und wir hoffen, dass das Griechenland auch bekommt.

Es braucht einen Wachstums- und Beschäftigungspakt, und dafür braucht es einen Mix von Maßnahmen. Wir haben einige davon auch in dem rot-grünen Antrag, den wir heute stellen. Das eine ist nachhaltige Entwicklung, nachhaltiges Wachstum.

Es braucht Eurobonds unserer Meinung nach. Wir werden jetzt vielleicht beim EU-Gipfel einen Einstieg in Eurobonds light haben, Euro Bills. Das ist einmal ein erster Schritt, aber ich denke, die tatsächliche Einführung

von Eurobonds, also von Eurostaatsanleihen, wäre ganz, ganz wichtig als präventives Mittel gegen Spekulation gegen einzelne Staaten. Die EU muss auch für Staaten die Möglichkeit vorsehen, wie Private in Ausgleich gehen zu können, damit künftig auch Banken und Spekulanten das Risiko einer Insolvenz mittragen, nicht nur die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen.

Es braucht – da sind wir auch auf einem guten Weg, da könnte etwas herauskommen beim morgigen Gipfel – eine Aufstockung des Stammkapitals der Europäischen Investitionsbank. Ich denke, das ist ein wichtiger Schritt, um Wachstum und damit indirekt auch Beschäftigung in den Ländern anzukurbeln.

Aber es braucht auch – und davon ist wieder einmal keine Rede – die Schließung von Steueroasen, einheitliche Unternehmensbesteuerung in Europa, progressive Steuern statt Flat Tax, dann endlich die qualifizierte Mehrheit statt Einstimmigkeit im Ministerrat, um Steuerpolitik auch wirklich einmal offensiv machen zu können.

Es braucht eine echte Regulierung der Finanzmärkte – das haben wir auch in unserem rot-grünen Antrag heute vorgesehen –, eine wirksame europäische Finanzmarktaufsicht, strenge Regeln für internationale Spekulanten, Kontrolle hochspekulativer Transaktionen, Hedge Fonds gehören stärker an die Kandare genommen. Es braucht Genehmigungspflichten, und ein Schrumpfen des Bankensektors wäre ökonomisch eigentlich auch durchaus tragbar und sinnvoll.

Es gibt einen positiven Schritt, der jetzt gerade im Europaparlament und auch im Rat verhandelt wird, den wir sehr unterstützen, das ist eine neue Richtlinie betreffend Märkte für Finanzinstrumente, wo es um mehr Transparenz am Finanzmarkt geht, auch um eine klare Definition, was ist Marktmissbrauch und was ist kriminell am Finanzmarkt. Das ist ein wichtiger Schritt, und wir hoffen, dass diese Richtlinie bald kommt.

Einer der wichtigsten Bausteine für einen solchen Wachstums- und Beschäftigungspakt in einem solchen Kurswechsel ist natürlich – man kann es nicht oft genug sagen – die Sozialunion und die europäische Demokratie. Vorschläge für die Bildung einer Sozialunion liegen seit Jahren vor, Vorschläge von vielen, vielen Akteuren der europäischen Politik – Europäischer Gewerkschaftsbund, Armutskonferenz und so weiter –, nämlich europaweite Mindestlöhne, Absicherung starker und gut ausgebauter Dienste, wirklich europaweit verbindliche soziale Mindeststandards und eine Beschäftigungspolitik, die in ihren verbindlichen Kriterien den verbindlichen Kriterien der Wirtschafts- und Währungsunion etwas entgegenhalten kann, also wirklich verbindliche Ziele, die dann auch umgesetzt werden müssen.

Die Demokratisierung habe ich schon erwähnt. Die GRÜNEN kämpfen für einen neuen Europäischen Konvent, um diese europäische Demokratie – Stichwort europaweite Volksabstimmungen – auch zu schaffen, und ich denke, das, was wir heute mit unserem rot-grünen Antrag vorlegen, ist ein wirklicher Gegenentwurf, ein pro-europäischer Gegenentwurf zu der Spar- und

Austeritätspolitik der EU, ist eine wirkliche Alternative für Europa, ist ein Gegenentwurf zum Antieuropäismus der Rechten und ihrem gnadenlosen Populismus und ihrem kleinkarierten Nationalismus, ist aber auch ein Gegenentwurf – ich sage es ganz ehrlich – zu dem, was Stephan Schulmeister so nett den „neoliberalen Smog in den Köpfen der Eliten“ nennt. Denn der herrscht nach wie vor vor, und dieses Modell, das auch von der Europäischen Volkspartei im Europaparlament mitgetragen wird, das ist nicht unsere Vision von Europa.

Wir sagen, der Neoliberalismus ist gescheitert. Ich denke, das kann man feststellen. Der sozialen Verantwortung, der gerechten Verteilung demokratischer Mitbestimmung und auch mehr direkter Demokratie gehören die Zukunft in Europa. Dafür kämpfen wir, wir GRÜNE gemeinsam mit den Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen im Europäischen Parlament.

Etwas Gutes ist uns da erst kürzlich gelungen mit dem „Two Pack“, wo wir es geschafft haben, dass das Europaparlament beschließt, dass Bildungs- und Gesundheitsausgaben ausgenommen werden sollen von den Kriterien zur Erfüllung des Fiskalpaktes, des Wachstums- und Beschäftigungspaktes. Ich denke, das ist sehr, sehr wichtig. Wir GRÜNE fordern das seit Jahren, dass von der Erfüllung der sogenannten Maastrichter Konvergenzkriterien Investitionen in Beschäftigung, in Bildung, in den Arbeitsmarkt und in Gesundheit quasi ausgenommen werden sollen. Das ist ein wichtiger Schritt.

Ein guter Schritt ist, denke ich, auch vor zwei Wochen im österreichischen Nationalrat gelungen, indem wir gemeinsam die künftige Mitsprache des Parlaments beim Europäischen Stabilitätsmechanismus verstärkt haben. Das ist europaweit einzigartig. Das österreichische Parlament wird in Hinkunft von allen europäischen Ländern die weitestgehenden Mitspracherechte beim ESM haben (*Widerspruch bei der FPÖ. - GR Johann Herzog: Wobei denn?*), nämlich Mitsprache bei den Hilfszahlungen, bei der Aufstockung des Stammkapitals des Rettungsschirmes. (*GR Johann Herzog: Das ist ja nicht wahr!*) Das ist ein ganz, ganz wichtiger Schritt, denn wir GRÜNE sagen, den Europäischen Stabilitätsmechanismus darf es nicht geben ohne ernsthaften Einstieg in Finanztransaktionssteuer, Eurobond-Investitionsprogramm und eine europäische Demokratie.

Meine Damen und Herren! Wir von Rot-Grün kämpfen gemeinsam für ein anderes Europa, damit die Menschen wieder das Gefühl bekommen, die EU ist nicht der verlängerte Arm der Globalisierung, sondern ein Instrument, diese Globalisierung auch direkt-demokratisch zu gestalten. Wir wollen und wir werden mit diesem pro-europäischen Gegenentwurf den Vormarsch der Rechten in Europa stoppen, die Europa zerstören wollen unter dem Deckmantel der direkten Demokratie.

Damit darf ich unseren Antrag, den ich gemeinsam mit meinen Kollegen Martin Margulies, Fritz Strobl, Franz Ekkamp, Nicole Berger-Krotsch, Nurten Yilmaz und GenossInnen von der SPÖ zur Haushaltskonsolidierung

in Zeiten einer ökonomischen Krise einbringe, formal überreichen und sage herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, habe ich nun die tatsächliche Berichtigung von Herrn GR Margulies vor mir, wo ja von den Freiheitlichen ein Ordnungsruf verlangt wurde, weil er gesagt hätte, es wurde gelogen, also es ging um das Wort Lüge.

Ich darf zitieren: „In einer Mischung aus Pinocchio und Münchhausen hat er tatsächlich versucht zu sagen, es gibt 2,3 Millionen EUR, die in Säcke grüner Parteifunktionäre geflossen sind. Eine impertinente Unterstellung, die genauso wahr ist, wie alles andere, was er gesagt hat.“

Ich kann damit nicht feststellen, dass der Ausdruck Lüge gefallen ist, und erteile daher Kollegen Margulies auch keinen Ordnungsruf. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das war eine ganz andere Stelle!*)

Ich habe mir das durchgelesen. Wir können das nachher gerne diskutieren. (*GR Mag Wolfgang Jung: Dann fragen Sie den Margulies!*) Es ist nirgends in der Rede das Wort Lüge gefallen.

Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Dr Kappel. Ich erteile es ihr. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ja unglaublich!*) Das einzige Unglaubliche sind manche Zwischenrufe von Ihnen, Herr Kollege. (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN. - GR Mag Wolfgang Jung: Ich werde es Ihnen vorspielen! Wir haben es aufgenommen auf Video! - Erstaunte Ah- und Oh-Rufe bei der SPÖ und den GRÜNEN. - VBgmin Mag Renate Brauner: Na dann! Gibt es jetzt schon eine Überwachungskamera der FPÖ?*)

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Darf ich beginnen? (*Rufe und Gegenrufe zwischen SPÖ und FPÖ.*) Darf ich beginnen?

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Ich habe auch ein Taferl mit, das kennen Sie schon. (*Die Rednerin stellt eine Graphik vor sich auf das Rednerpult.*) Schade, dass Herr Klubobmann Schicker nicht da ist. Ich wollte ihn nämlich fragen, ob ich es aufstellen darf, denn er hat, glaube ich, ein besonderes Sensorium für mich. Er hat heute meinen Namen genannt, eigentlich auf einen Zwischenruf der Frau Kollegin Henriette Frank hin. Verwechselt wird er uns nicht haben, Henriette, aber vielleicht denkt er manchmal an mich, und deshalb wollte ich ihn fragen, ob ihm das recht ist.

Ich stelle das Taferl also auf und komme zurück auf den Boden der Wiener Wirtschafts- und Finanzpolitik, wenngleich ich sagen muss, dass die Ausführungen der Kollegin Vana sehr interessant waren und ich hier auch gleich einen Kritikpunkt bei der Frau Berichterstatterin anbringe, dass ich es nämlich für wichtig erachten würde, dass der Europaausschuss mit all den Europathemen eine eigene Spezialdebatte hätten, weil ich einfach glaube, dass dieses Thema so wichtig ist und von einer so hohen Bedeutung auch für Wien, für die Gemeinde ist.

Wir haben auch einen entsprechenden Ausschuss eingerichtet in dieser Periode, und ich halte dieses Thema für so wichtig, dass es nicht mit Wirtschaft und Finanzen in der Spezialdebatte vermengt werden, sondern einen eigenen Spezialdebattenpunkt darstellen sollte in der nächsten Periode, also vielleicht schon für den nächsten Rechnungsabschluss. Da könnten wir dann trefflich darüber reden, und ich würde das wirklich begrüßen.

Mein Thema ist jetzt aber nicht das Europathema, wenngleich ich auch Mitglied des Europaausschusses bin und grundsätzlich sagen möchte, dass das Bekenntnis zu Europa natürlich auch von unserer Seite gegeben ist. Wir wünschen uns aber ein Europa, das mehr Subsidiarität hat, und ein Europa, in dem die Nationalstaaten ein entsprechendes Gewicht haben. Aber grundsätzlich – und das betone ich immer wieder zum Thema Europa – Kollege Jung wird das ausführen in der Folge – sind wir genauso Europäer und stehen zu diesem Europa wie alle anderen Fraktionen hier in diesem Haus.

Damit komme ich auf Wien zurück. Oder nein, vielleicht noch kurz zu einem Thema, das Sie mir vielleicht gar nicht zugemutet hätten, nämlich zur Finanztransaktionssteuer. Dazu würde ich gerne noch ein Wort sagen. Die Finanztransaktionssteuer wird jetzt so viel diskutiert, und das ist wirklich ein Thema, mit dem ich mich intensiv auseinandergesetzt habe und zu dem ich sagen muss: Ja, ich bin auch dafür, dass eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird, gerade deshalb, weil diese Finanztransaktionssteuer einen Lenkungseffekt erzielen wird, insbesondere im Bereich des internationalen High-Speed-Handels. Nur wenn High-Speed-Handel besteuert wird, wird er abnehmen, wird er sich verändern und reguliert werden. Die Einführung der Finanztransaktionssteuer ist wahrscheinlich der sicherste Mechanismus, den High-Speed-Handel zu reduzieren.

Deshalb bin ich für die Einführung der Finanztransaktionssteuer! Aber ich möchte, wenn wir schon darüber sprechen, gleich dazusagen, dass es doch wichtig ist, dann festzustellen, welcher Anteil der Finanztransaktionssteuer – nämlich von den aus Österreich getätigten Finanztransaktionen – nach Österreich zurückfließt in unser nationales Budget. Damit dann, Frau Berichterstatterin, die Ertragsanteile, die Herr Margulies heute schon erwähnt hat und die nur wenig steigen laut Rechnungsabschluss, damit diese Ertragsanteile des Bundes an die Gemeinde Wien, aber auch an die anderen Gebietskörperschaften hinkünftig wieder steigen können.

Und jetzt wieder zurück zu Wien, eigentlich zu dem Kernthema der heutigen Spezialdebatte zum Rechnungsabschluss 2011, zu Wirtschaft und Finanzen. Herr Margulies hat heute gesagt – das hat mir eigentlich ganz gut gefallen ... leider war er jetzt nicht mein Vorredner, aber er hat es in der Generaldebatte ausgesprochen –: Es ist nicht alles gut in Wien, und er fühlt sich als Vertreter der rot-grünen Stadtregierung oder der rot-grünen Mehrheitsfraktionen vor allem

verantwortlich für die Wienerinnen und Wiener.

Ich sage, es ist vieles gut in Wien – das darf ich gerade als Oppositionspolitikerin sagen –, ja, es ist vieles gut in Wien. Wir sind genauso Wiener wie Sie das sind, wir vertreten zwischenzeitlich mehr als 25 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung in Wien, und uns liegt diese Stadt genauso am Herzen, wie Sie Ihnen am Herzen liegt. Das ist mir wichtig zu betonen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und dann haben Sie uns heute eine Vorlesung aus dem Roten Buch des Rechnungsabschlusses gegeben. Ehrlich gesagt, ich habe mir mehr Zahlen erwartet, aber ich verstehe natürlich, dass es nicht so leicht ist, unter diesen Umständen Zahlen zu bringen, weil die wesentlichen Kennzahlen der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht so toll sind. Ich werde dann darauf noch näher eingehen. Sie haben eine Zahl genannt, die 9 Milliarden Aktiva Geldvermögen. Das ist gut, und das freut mich sehr, aber – Kollege Neuhuber hat es schon gesagt – leider wächst der Aktivbestand weniger stark als der Passivbestand, und die Schulden nehmen überhand.

Deshalb muss gesagt werden, was von Ihnen nicht gesagt wird, denn Sie berichten aus dem Roten Buch des Rechnungsabschlusses wie aus einem schönen Märchenbuch, dass eigentlich alles so toll, so wunderbar ist in Wien! Bedauerlicherweise ist es das nicht der Fall. Faktum ist vielmehr, dass wir einem Schuldrekord gegenüberstehen, dass wir einer Belastungswave ausgesetzt sind, dass es Investitionskürzungen gibt und dass Wien im österreichischen Bundesländervergleich in vielerlei Hinsicht bedauerlicherweise das Schlusslicht ist. Darauf gehe ich in meinen Ausführungen noch näher ein.

Am Freitag gibt es die Zeugnisse an den Wiener Schulen, und ich erlaube mir – das wurde heute auch schon einmal gesagt – deshalb, Ihnen auf Basis des Roten Buches des Rechnungsabschlusses ein Zeugnis oder eine Gesamtbeurteilung zu erteilen für Ihre Performance, also für die Gesamtleistung im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik in der abgelaufenen Periode. Meine Beurteilung für Ihre Gesamtleistung im Jahr 2011 ist ein Wenig zufriedenstellend. Es gab heute schon eine Einzelbeurteilung, die Klubobmann Gudenus dem Herrn Klubobmann Ellensohn gegeben hat in einer Detailsache, und das war eine satte Fünf, wenn ich mich recht erinnere. Der Rechnungsabschluss, würde ich sagen, verdient ein Wenig zufriedenstellend, und ich möchte Ihnen auch sagen, wie ich zu dieser Leistungsbeurteilung eines Wenig zufriedenstellend komme.

Als Parameter für die Leistungsbeurteilung habe ich zum einen die Kennzahlen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik im engeren Sinne zusammengefasst, auf der anderen Seite habe ich den Bereich Arbeitsmarkt und Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit als Parameter berücksichtigt.

Wachstum – das wurde heute auch schon mehrfach angesprochen – ist etwas ganz, ganz Wichtiges. Auch den Wachstumspakt auf europäischer Ebene begrüße ich, aber auch hier gilt es, die Finanzierung

sicherzustellen. Wachstum ist wichtig, nur leider liegen wir im Wachstum nicht so gut. Lassen Sie mich nun auf den ersten Bereich eingehen auf Basis des Roten Buches des Rechnungsabschlusses. Der erste Punkt bei den Kennzahlen im engeren Sinn ist für mich der Schuldenrekord. Bitte schauen Sie auf dieses Tafel, die Zahlen sind richtig, das sind Ihre Zahlen aus dem Roten Buch. Wien hat einen ungebremsten Anstieg im Bereich der Verschuldung. Der Schuldenstand ist im Jahr 2011 – auch das wurde heute schon mehrfach gesagt – auf 4,027 Milliarden angestiegen. Wenn man die 341 Millionen an Zuwendungen an den Krankenanstaltenverbund dazurechnet, sind wir bei knapp 3,68 Milliarden EUR. Das ist eine enorme Verschuldung!

Und diese Verschuldung geht weiter. Wir kennen aus dem Budget für 2012 die Zahlen bis zum Jahresende, und die sagen, die Verschuldung wird bis zum Jahresende auf knapp 4,4 Milliarden EUR ansteigen. Die Krankenanstaltenzuwendungen werden gleich bleiben. Das heißt, wir werden mit Jahresende bei knapp 4,8 Milliarden Verschuldung liegen, und wenn wir in das Jahr 2013 blicken, ist uns wahrscheinlich heute allen schon bewusst, dass wir die 5-Milliarden-EUR-Grenze erreichen werden. Das wissen wir heute schon, und da können wir nicht so tun, als ob uns das nicht berührt. Die Verschuldung geht – das sieht man hier auf diesem Tafel – ganz klar nach oben.

Wenn Sie heute sagen, dass Wien nach Tirol die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer hat, sage ich Ihnen, ja, das stimmt, aber Wien hat leider den höchsten Schuldenanstieg in Prozent aller Bundesländer. Das ist auch ein Faktum, das ist ein bedauerliches Faktum, und deshalb führe ich es hier heute an.

Der zweite Punkt im Bereich der Kennzahlen sind die Zinsen auf die Finanzschuld – das wurde heute noch nicht gesagt –, und diese Zinsen auf die Finanzschuld haben sich innerhalb ein Jahres fast verdoppelt. Die Zinsen sind von 19,8 Millionen EUR auf 37,3 Millionen EUR angestiegen. Der Schweizer-Franken-Anteil ist zwar nicht angestiegen, weil die Gesamtschuld zugenommen hat. Der Schweizer-Franken-Anteil hält sich derzeit konstant bei 1,6 Milliarden, das sind rund 40 Prozent der Gesamtschuld. Sie haben gesagt, Sie können das jederzeit zurückzahlen, das hat auch der Herr Finanzdirektor in seinem Interview gesagt. Ja, Sie können das vielleicht jederzeit zurückzahlen, aber Sie wissen genau, wenn Sie einen Kredit glattstellen, werden die Konditionen neu verhandelt, und wenn die Konditionen neu verhandelt werden, wird alles teurer werden. Das heißt, die Zinsenlast wird ins Unermessliche steigen. Und wenn Sie die nächste Anleihe, die 2016 fällig ist, zurückzahlen wollen zur vereinbarten Zeit, werden Sie dasselbe Procedere über sich ergehen lassen müssen.

Das heißt Folgendes: Es wird immer teurer und die Zinsen werden weiter steigen, genauso wie die Schulden weiter steigen werden. Das Ausmaß der Verbindlichkeiten, die letztlich aus dieser Schweizer-

Franken-Schuld entstehen und dann zu zahlen sind, kann heute noch gar nicht abgeschätzt werden. Kollege Herzog hat das heute völlig richtig gesagt. Die kann nämlich niemand abschätzen, niemand auf der ganzen Welt kann das abschätzen.

Der nächste wichtige Punkt, der angeführt werden muss, ist die Neuverschuldung. Die Neuverschuldung liegt auch nicht gut, denn bei der relativen Neuverschuldung sind Sie mit knapp 1 Milliarde EUR Neuverschuldung innerhalb eines Jahres führend unter allen Bundesländern in Österreich. Gemessen zum Vorjahr ist das eine Zunahme von 29 Prozent. Innerhalb von 5 Jahren, also von Ende 2007 bis jetzt, ist die Neuverschuldung um das knapp 2,5-Fache angestiegen.

Zusätzlich steigt auch die Neuverschuldung im Bereich der Krankenanstalten. Das sind zwar nur – nur unter Anführungszeichen – knapp 35 Millionen EUR im Jahr, wobei die Zuwendungen für den Betriebskostenschuss aktuell bei 947 Millionen liegen. Ich höre gerne, dass es eine Spitalsreform geben soll, denn hier ist ein Bereich, wo einzusparen ist ... nur würden wir auch gerne wissen, was denn die konkreten Parameter sind und wo die Einsparungsmöglichkeiten liegen. Was wir jetzt sehen, das sind ein ungebremstes Schuldenwachstum und eine ungebremste Betriebskostenzuschusssteigerung im Bereich der Krankenanstalten. Das muss hier angeführt werden bei den Kennzahlen.

Das gilt ebenso für die Verschuldung der ausgegliederten Unternehmen. Hier geht es mit Wien Energie noch halbwegs gut, weil Sie die Preise für Energie ständig erhöhen. Schlechter steht es um die Wiener Linien. Die Wiener Linien haben im letzten Jahr einen Fehlbetrag von 120 Millionen EUR ausgewiesen. Das ist ein Plus von 10 Millionen EUR im Vergleich zur Vorperiode.

Und weil das heute auch angesprochen wurde: Super, dass die Wiener Linien jetzt eine günstige Jahreskarte anbieten – ich habe mir auch eine gekauft um 365 EUR, ich fahre gerne öffentlich –, aber eines dürfen wir nicht vergessen: Alle, die im Finanzausschuss sind, wissen, dass wir im Jänner dieses Jahres 20 Millionen EUR aus dem allgemeinen Budget genommen haben, um genau das zu finanzieren. Das heißt, wir nehmen es aus einer Tasche heraus und geben es in die andere hinein. Gut, die günstige Jahreskarte kommt bei den BürgerInnen an, aber jeder Bürger zahlt das wieder auf Grund der gesamten Gebührenerhöhungen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Mein nächster Punkt im Bereich der Finanzkennzahlen sind die kommunalen Investitionen. Die sind gegenüber der Vorperiode um 325 Millionen EUR gesunken. Ebenso weisen die bauwirksamen Investitionen ein Minus von 57 Millionen auf und die nachfachfragewirksamen Investitionen ein solches von 485 Millionen EUR. Gerade die nachfachfragewirksamen Ausgaben sind so wichtig für das Beschäftigungswachstum, und hier passiert nichts, hier investieren Sie sogar noch weniger als in der Vorperiode.

Auf die Wirtschaftsförderung wurde heute schon

eingegangen. Das ist mein nächster Punkt, denn im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben, sinkt auch die Wirtschaftsförderung. Die Wirtschaftsförderung für Klein- und Mittelbetriebe nimmt um 10 Millionen EUR ab. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen Rechnungshofbericht verweisen, den ich schon einmal angeführt habe, aus dem hervorgeht, dass die Wirtschaftsförderung ineffizient und intransparent ist, dass es viele Doppelförderungen gibt und dass die Wirtschaftsförderung evaluiert werden sollte.

Auf meine Nachfrage im letzten Finanzausschuss, welche Bereiche die Evaluierung umfasse – es war der Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur anwesend –, kam die Antwort, dass eigentlich nicht wesentliche Dinge evaluiert würden, von denen ich mir vorstelle, dass sie zu evaluieren sind – wie zum Beispiel die Einrichtung einer Förderdatenbank oder das Vermeiden von Doppelgleisigkeiten –, wurden nicht evaluiert. Lediglich, wann Förderungen auslaufen und wann neue beginnen. Meiner Meinung nach ist das keine echte Evaluierung, das ist wirklich viel zu wenig! Wir fordern Sie deshalb auf, dass im umfassenden Sinne evaluiert wird, nämlich auch, was die Einrichtung einer Datenbank betrifft, aber dazu komme ich auch noch später.

Aber nicht nur die Wirtschaftsförderung insgesamt ist zurückgegangen, auch im U-Bahn-Ausbau schlägt sich in der Vorperiode ein Minus von 41 Millionen EUR zu Buche. Ebenso in der Wohnbauförderung mit minus 98 Millionen EUR. Gerade das ist – und das wurde heute auch schon ausgeführt – kein Ruhmesblatt und bedauerlich für all jene BürgerInnen, die dringend eine öffentlich geförderte Wohnung brauchen. Ich bin auch schon mehrfach von Bürgern darauf angesprochen worden, und es versteht eigentlich niemand, warum Sie das tun.

Angesprochen habe ich noch nicht im Bereich der Kennzahlen, aber tue ich jetzt, die noch nie dagewesene Belastungslawine, die wir bereits in so vielen Sitzungen kritisiert haben, nämlich diese 150 Millionen EUR, die da auf die Bürger eingeprescht sind im vergangenen Jahr. Das ist wirklich keine Maßnahme zur Entlastung des Mittelstandes, wie Sie das heute angesprochen haben, Frau VBgmin Brauner, sondern das ist eine massive Belastung des Mittelstandes. Jede durchschnittliche Wiener Familie wird mit 548 EUR im Jahr zusätzlich belastet. Das ist das Gegenteil einer Entlastung des Mittelstandes, und deshalb fordern wir Sie jetzt noch einmal auf, das zurückzunehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube, das Versagen, das Wenig zufriedenstellend für diesen ersten Kennzahlenbereich, habe ich mit den Schulden, der Neuverschuldung, den gesamten Investitionskürzungen ausreichend begründet. Sie haben Schulden gemacht und gleichzeitig weniger investiert. Das ist eine wirklich schlechte Kombination. Deshalb wird das auch in der nächsten Periode von den Wählern abgestraft werden.

Zweiter Punkt, der aber auch noch wesentlich ist, weil gerade die Kollegen von der rot-grünen Seite heute so viel darüber gesprochen haben, sind der Arbeitsmarkt, das Wirtschaftswachstum und die

Wettbewerbsfähigkeit. Und auch hier will ich wieder im quantitativen Bereich bleiben, denn wir können viel über Qualität reden und darüber, wie schön alles ist. Wien ist auch wunderbar, es ist alles wunderbar hier, nur die Zahlen in diesen quantitativen Bereichen sprechen eine andere Sprache.

Und die Sprache ist folgende: Wien hat das geringste Wirtschaftswachstum aller österreichischen Bundesländer, sagt das WIFO – das sage nicht ich, das sagt das WIFO –, nämlich mit einem Zuwachs von 2,4 Prozent im letzten Jahr. Das ist der geringste Zuwachs aller österreichischen Bundesländer. Oberösterreich zum Beispiel lag bei 4,5 Prozent und die Steiermark bei 4,4 Prozent. Wien ist also mit 2,4 Prozent eindeutig das schwächste Bundesland.

Wien hat die höchste Arbeitslosigkeit aller österreichischen Bundesländer, sagt auch wieder das WIFO. Im 1. Quartal 2012 plus 5,9 Prozent. Wenn ich im Vergleich dazu Oberösterreich nehmen darf mit plus 0,8 Prozent, selbst Kärnten, das Sie heute schon so viel gescholten haben, verzeichnet ein Plus von 1,5 Prozent. *(GR Mag Thomas Reindl: 23 Milliarden Haftungen! Haben Sie die auch berücksichtigt?)* Ja, das haben wir hier auch, das brauchen wir jetzt nicht anzuführen. Darauf komme ich noch zurück. Nur in Wien hat sich die Arbeitslosenquote im 1. Quartal 2012 gegenüber 2011 um 0,4 Prozentpunkte verschlechtert. Als einziges Bundesland in ganz Österreich! Also tun Sie bitte nicht so, als ob hier alles so toll wäre und wir auf einer Insel der Seligen lebten. Leider sind die Kennzahlen der Gemeinde Wien, deren Bürger auch wir vertreten und mit deren Bürgern wir eine Koalition eingegangen sind, sowohl im Wachstumsbereich als auch im Arbeitsmarktbereich die schlechtesten aller Bundesländer in Österreich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wien hat auch den am wenigsten funktionierenden Lehrstellenmarkt aller österreichischen Bundesländer. Auf eine offene Lehrstelle in Wien kommen bereits zwei Lehrstellensuchende.

Wien hat die höchste Insolvenzquote aller österreichischen Bundesländer. Laut Creditreform liegt die Insolvenzquote, das heißt, das Verhältnis der Anzahl an Insolvenzen je 1 000 Unternehmen, in Wien bei 23,4 Prozent. Das ist der schlechteste Wert in ganz Österreich. Den zweitschlechtesten möchte ich auch anführen, den hat die Steiermark, die bei 17,4 Prozent liegt. - 17,4 zu 23,4, das ist doch ein enormer Unterschied, und das zeigt, dass auch hier Wien eindeutig das Schlusslicht abgibt.

Die Wiener Unternehmungen haben daneben bedauerlicherweise auch die geringste Exportquote im Vergleich zu Unternehmungen in anderen österreichischen Bundesländern. 20,4 Prozent in Wien; im Vergleich dazu hat Oberösterreich 74,8 Prozent, selbst Kärnten hat 44,9 Prozent.

Wien hat – und das ist eine weitere bedauerliche Zahl, die ich Ihnen jetzt sage – die höchste Zahl an armutsgefährdeten Haushalten. Wien hat 129 000 armutsgefährdete Haushalte, Mindestsicherungsbezieher – das ist bedauerlicherweise

mein Ernst –, das ist eine Zunahme von 21 Prozent innerhalb eines Jahres. Und welches Bundesland ist das zweitplatzierte Bundesland im Bereich der Mindestsicherungsempfänger und armutsgefährdeten Haushalte? ... Es ist Niederösterreich. Aber Niederösterreich hat 9 153 Mindestsicherungsbezieher, armutsgefährdete Haushalte und ist einwohnermäßig ungefähr ähnlich groß wie Wien. Einwohnermäßig ähnlich hat Niederösterreich 9 153 Mindestsicherungsempfänger, Wien 129 000. Das zeigt, dass Sie auch im Bereich der Sozialpolitik kläglich versagt haben; nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern gerade im Bereich der Sozialpolitik. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und noch eine Kennzahl zu den armutsgefährdeten Haushalten. Nicht nur innerhalb von Österreich ist Wien das Bundesland mit den meisten armen Menschen, sondern laut einer Statistik auch europaweit. Wien ist die Großstadt in Europa mit den drittmeisten Haushalten mit niedrigem Einkommen. Das Einkommen wird hier gemessen am Anteil der Haushalte mit Einkommen unter der Hälfte des nationalen Durchschnitts. Schlechter als Wien sind nur Rotterdam und Amsterdam. Wien hat das drittniedrigste Einkommen im europäischen Städtevergleich, und das muss uns zu denken geben. Wien ist nicht nur national schlecht aufgestellt, sondern auch auf europäischer Ebene. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Thomas Reindl: Wenn hier alles so schlecht ist, dann können Sie ja auswandern!)*

Ich wandere deshalb nicht aus, weil ich, genauso wie Sie, eine Wienerin bin und diese Stadt liebe, so wie das auch meine Kollegen tun, und weil wir diese Politik hier verändern wollen. Deshalb wandere ich nicht aus, sondern bleibe bis 2015 hier, wenn wir wieder die Wahlen gewinnen werden. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GR Kurt Wagner.)*

Wettbewerbsfähigkeit – auch das wurde heute schon kurz angesprochen. Ein Indikator insbesondere für die zwei Bereiche, die ich schon genannt habe, nämlich für den Arbeitsmarkt und die Wachstumspolitik. Im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit ist Wien bedauerlicherweise auch schlecht aufgestellt, das zeigt das WIFO im Rahmen der 10-Jahres-Trendprognosen auf. Im Trend liegt Wien dabei immer schlechter als die anderen österreichischen Bundesländer, nämlich um 0,5 Prozentpunkte im 10-Jahres-Verlauf schlechter als alle anderen österreichischen Bundesländer.

Ein ähnliches Bild zeichnet die Cushman & Wakefield-Studie zur Standortattraktivität, aus der StR Herzog heute schon zitiert hat. *(GR Prof Harry Kopietz: Stadtrat?)* Er ist Zweiter Präsident des Landtages. Verzeih! Auch in der Cushman & Wakefield-Studie mit dem Titel European Cities Monitor – auch das wurde heute schon zitiert – fällt Wien zurück. Insbesondere bei der Wirtschaftsfreundlichkeit fällt Wien zurück; da rangiert Wien auf Platz 33 von 36. Das ist bei Gott kein Ruhmesblatt für unsere Gemeinde!

Daneben gibt es den UBS-Kaufkraft-Report. Auch da ist Wien zurückgefallen. Und auch der World Competitiveness Report 2012 des schweizerischen IMD

zeigt auf, dass Österreich insgesamt in der Wettbewerbsfähigkeit immer weiter zurückfällt, nämlich aktuell auf den 21. Rang von insgesamt 59 Rängen. Die Hauptgründe dafür sind mangelnde Effizienz in Regierung und Verwaltung.

Uns trifft das nicht, wir sind die Opposition, wir wollen das verbessern, aber Sie trifft das, meine Damen und Herren, insbesondere von Rot, denn Sie sind nicht nur in Wien in der Regierung, sondern Sie sind auch im Bund in der Regierung, und Sie sollten tunlichst daran arbeiten, dass sich das verbessert und dass Österreich wieder ein wettbewerbsfähiges Land wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es sind von unserer Seite heute schon einige konstruktive Vorschläge gemacht worden, wie man dieses Budget wieder in Ordnung bringen könnte. So hat auch StR Schock einige Vorschläge diesbezüglich gemacht. Ich kann auch noch weitere Punkte dazu anführen, die wir in der Vergangenheit schon als Anträge hier eingebracht haben.

Wir brauchen ein neues Finanzmanagement für die Stadt, ein Risikomanagement mit einer Schulden- und Veranlagungspolitik. – Ein Punkt, den auch der Rechnungshof schon kritisiert hat, das interessiert Sie aber offenbar nicht.

Wir brauchen eine verstärkte Kontrolle bei Bauprojekten mit Öffentlichkeitscharakter. – Die Gesiba-Zuschläge für die Spitäler sind heute bereits erwähnt worden.

Wir brauchen eine Reform der Vergabep Praxis und ein Durchforsten der Förderungen. Ich erwähnte heute schon den Rechnungshofbericht dazu. Förderungen sind intransparent und ineffizient.

Wir brauchen eine umfassende Verwaltungsreform. Da wird uns leider das papierlose Büro, Frau Vizebürgermeisterin, nicht ausreichen. Wir brauchen da viel, viel mehr, wir brauchen wirklich strukturelle Reformen im Bereich der Verwaltung.

Wir brauchen daneben Einkommensobergrenzen im stadtnahen Bereich, wir brauchen die Stadtwerke neu geordnet und die Schaffung einer Wiener Gesundheitsholding.

Wir sind gerne bereit, all diese Punkte mit der rot-grünen Stadtregierung zu diskutieren. Wir stellen unser Know-how zur Verfügung. Wir würden uns freuen, wenn wir mit Ihnen in einen Dialog eintreten könnten, weil wir der Meinung sind, dass nur durch strukturelle Reformen, zu denen wir alle beitragen sollten, dieses Wiener Rechnungswesen, dieses Rote Buch der Rechnungslegung für die nächsten Perioden genesen wird.

Wenn Sie nicht der Meinung sind, dass Sie das mit uns umsetzen möchten, haben Sie ja immer noch die Chance, dass Sie sich in der nächsten Periode unter den ESM begeben. Hier wird man Ihnen sicherlich den einen oder anderen Kredit gewähren zu günstigen Konditionen, wie Sie sie vorher nur vom Schweizer Franken kannten. Der Rettungsschirm wird Ihnen dann beistehen, wenn Sie auf Bundesebene Österreich in dieses ESM-Abenteuer gestürzt haben, das Sie ja auch noch

mittragen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Berger-Krotsch. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Nicole **Berger-Krotsch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eingangs dachte ich, dass die Diskussion in der Spezialdebatte ganz gut begonnen hat, Kollege Neuhuber, mit dem Eingeständnis, dass nicht alles, was in Wien passiert ist, schlecht ist, dass Wien gut ist, dann aber kam die Wortmeldung zu dem Event 30 Jahre Wirtschaftsagentur und zu den Terminen unseres Herrn Bürgermeisters. Da würde mir ein Sprichwort einfallen: Der Schelm spricht, wie er denkt. Denn wenn wir jetzt alle Termine der Stadt hernehmen, wo Ihre Fraktion nicht da ist oder wo Sie persönlich nicht da sind, und annehmen, dass das gleichbedeutend ist, dass Sie das nicht interessiert, was in dieser Stadt passiert – na, ja. Wahnsinn!

Zur Kollegin Kappel. Auch Sie haben eingangs gesagt, wir alle sind WienerInnen, Sie sind gern Wienerin, Wien ist gut. Da dachte ich mir, wow, ein Sinnenswandel. Sie sind die Einzige, die das heute von Ihrer Fraktion sehr eindeutig proklamiert hat. Aber wenn ich mich dann daran erinnere, was vor dem Wochenende für bunte Blätter der FPÖ an die Haushalte geflattert sind, dann denke ich mir wieder genau das Gegenteil, nämlich dass Sie nicht für alle WienerInnen sind, sondern dass Sie die WienerInnen auseinanderdividieren wollen.

Nun zum Rechnungsabschluss 2011, den wir diskutieren. Ich finde es auch immer wieder bemerkenswert – oder soll ich sagen, immer noch bemerkenswert –, dass eigentlich in fast allen Redebeiträgen der Opposition die Krise an sich, aber auch die harten Auswirkungen auf Wien kaum bis gar nicht seriös thematisiert werden. Wir haben, auch mit dem gemeinsamen Antrag, die europäische Ebene eingebracht, dafür danke ich Kollegin Vana sehr. Es wurde auch von der Opposition die europäische Ebene sehr intensiv diskutiert. Das ist wichtig und gut, aber was ist mit Wien? Was sind die Auswirkungen auf Wien? Warum behandeln Sie Wien immer wie ein gallisches Dorf aus dem Comic? Warum muss es immer auch mit Polemik sein, und warum setzen wir uns nicht mit den harten Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auseinander, wie es Wien getroffen hat, wie es die Wienerinnen und Wiener getroffen hat?

Kollege Juraczka, ich habe Ihnen auch sehr genau zugehört, denn Sie haben da auch vieles ausgelassen in Ihrer Wortmeldung, was die Auswirkungen betrifft. Wir haben 2011 wie in den Jahren zuvor, wie 2009, 2010, ein niedriges Wirtschaftswachstum und natürlich daraus resultierend auch eine hohe Arbeitslosigkeit zu verspüren. Von Seiten der Opposition wurde uns vorgeworfen, wir verschönern hier einiges, was das Thema Arbeitsplätze, Arbeitsmarkt betrifft. Dazu wurde ja, glaube ich, von Kollegen Strobl und auch von Kollegin

Vana sehr intensiv und sehr eindeutig festgehalten, was hier alles passiert und was gemacht wird, um Arbeitsplätze zu sichern. Ich möchte darauf auch noch ein bisschen näher eingehen in weiterer Folge, aber trotzdem hier eingangs auch noch einmal festhalten, dass es einfach nicht wegzudiskutieren ist, dass es nach wie vor zu geringen Einnahmen aus Steuern und Ertragsanteilen kommt und es gleichzeitig höhere Ausgaben gibt, die die öffentliche Hand eben tätigen muss.

Ja, wir kennen alle die konservative Umdeutung der Krise, wir haben sie vielfach schon gehört, auch von Seiten der Opposition, aber hier ist noch einmal festzuhalten: Nein, diese Krise ist nicht eine Krise der öffentlichen Haushalte. VBgmin Renate Brauner hat es sehr eindeutig und sehr eindrucksvoll in ihrer Rede heute hier am frühen Morgen auch festgehalten, dass in keiner anderen Krise die Verursacher so klar auszumachen waren wie in dieser Finanzkrise der letzten Jahre. Es waren die Finanzhäuser, die mit den hochriskanten Produkten die Märkte überschwemmten, es waren die Banken, die hier bereitwillig mitzockten, und es waren die neoliberalen PolitikerInnen, die diesem Treiben tatenlos zusahen beziehungsweise ja auch die Finanzmärkte liberalisiert haben und auch die Bürgerinnen und Bürger ermutigt haben, in das Finanzcasino einzusteigen, anstatt dass sie durch schärfere Kontrollen und größeren KonsumentInnenschutz geschützt worden wären.

Verteilungsgerechtigkeit ist wichtiger denn je. Renate Brauner und auch Kollegin Vana haben es hier sehr eindrucksvoll gesagt. Es braucht Einigkeit auf europäischer Ebene, und es ist wichtig, hier an einem Strang zu ziehen. Der gemeinsame Antrag ist, glaube ich, ein sehr wichtiger Impuls, der hier von Wien aus weitergetragen wird nach Europa, auf die europäische Ebene. Die Stadt Wien ist hier Verbündete, ist treibender Motor, und darauf bin ich stolz. Es ist sehr wichtig, auch auf europäischer Ebene gemeinsam und geschlossen weiter für Verteilungsgerechtigkeit zu kämpfen.

Das Thema Schulden ist heute auch wieder mehrmals gefallen, und wenn es die Opposition mehrmals erwähnt, einseitig erwähnt, dann darf auch hier ich noch einmal klarstellen, dass die öffentlichen Schulden die Folgen der Krise sind und nicht die Ursachen der Krise. Das heißt, es dürfte Ihnen entgangen sein, dass Wien im Jahr 2011 weniger Schulden gemacht hat. Die Neuverschuldung konnte im Jahr 2011 um 345 Millionen EUR reduziert werden. Das wurde von Seiten der Opposition noch gar nicht festgehalten und hat anscheinend auf Ihrem Taferl von der FPÖ keinen Platz gefunden.

Überhaupt wissen wir, wir alle, die wir hier sitzen, dass Wien ja schon in den Jahren vor der Krise durch ein solides Finanz- und Schuldenmanagement mehr als 600 Millionen EUR zurückgezahlt hat. Daraus resultiert – das haben wir heute auch schon mehrmals diskutiert –, dass Wien 2011 die geringste Pro-Kopf-Verschuldung aller Länder und Gemeinden hatte. Das alles sollte irgendwie an den Rand, zur Seite gedrängt werden von der

Opposition, aber es wird, wie gesagt, von Seiten der SPÖ und der GRÜNEN dargelegt. Wir steuern gut gegen die Krise mit unserer Finanz- und Wirtschaftsstadträtin Brauner als Kapitänin am Ruder. Wir werden es auch weiterhin tun. Wir investieren aus der Krise heraus und sparen uns nicht in die nächste Krise hinein.

Es sei auch noch einmal hier festgehalten: Solange es die Auswirkungen zu spüren gibt hier in Wien, werden wir weiterhin Investitionen tätigen, die Wirtschaft am Laufen halten und Arbeitsplätze sichern. Dafür stehen wir, dafür kämpfen wir, dafür setzen wir uns sehr engagiert weiterhin ein. Denn Wien investiert in bleibende Werte und sichert Arbeitsplätze. Das ist der Wiener Weg. Wir lassen niemanden alleine! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Das Thema Arbeitsplätze. Es wurde von Seiten des Kollegen Schock proklamiert, dass es uns unangenehm ist, über das Thema zu sprechen, aber es wurden schon sehr viele Fakten von Kollegen Strobl, von Kollegin Vana hier festgehalten. Wir sichern Arbeitsplätze. Wir haben mit dem Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds eine einzigartige städtische arbeitsmarktpolitische Einrichtung, um die uns viele Länder, zumindest auch die Bundesländer in Österreich, beneiden.

Ich danke auch Kollegin Vana für die sehr eindrucksvolle und genaue Darstellung des Arbeitsmarktes und der Programme des WAFF. Ich möchte hier nur kurz ein paar Fakten hinzufügen. Das Arbeitskräftepotenzial in Wien, das heißt, die Zahl der Beschäftigten und Arbeitslosen zusammengefasst, ist 2011 deutlich angewachsen. Damit verbunden gab es eben auch einen kräftigen Anstieg der Zahl der Beschäftigten. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die Zahl der Arbeitslosen steigt auch dramatisch!)* 2011 gab es 777 173 Beschäftigte, das sind um 12 865 mehr als im Jahr 2010.

In Richtung des Kollegen Jung, der sich eingeschaltet hat: Die steigende Arbeitslosigkeit ist natürlich einerseits auf dieses stark steigende Beschäftigungspotenzial zurückzuführen und nicht auf den Verlust von Arbeitsplätzen. Das ist das eine. Und was mich besonders freut, ist, dass Frauen und Junge vermehrt auf den Arbeitsmarkt drängen. Man sieht, dass unsere Maßnahmen in Sachen Vereinbarkeit – ich sage nur, Gratiskindergarten – und die vielen Maßnahmen für die Jugend greifen. Es ist schön, das zu sehen. Und was auch immer wieder unter den Tisch fällt in dieser Frage, ist, dass rund 250 000 PendlerInnen von außerhalb Wiens, aus den Bundesländern auf den Wiener Arbeitsmarkt strömen. Das wird ja auch immer wieder an den Rand gedrängt und nicht beachtet.

Kollegin Kappel hat gemeint, wir verschönern hier vieles, aber so ist es nicht, das haben Kollegin Vana und auch Kollege Strobl schon festgehalten. Es ist so, dass trotz der steigenden Beschäftigung das Wirtschaftswachstum 2011 natürlich zu gering war, um eben dieses steigende Potenzial an Arbeitskräften aufzunehmen. Natürlich sehen wir das, und das ergibt dann natürlich auch ein Plus bei den Arbeitslosen. Das sehen wir, und wir arbeiten mit unseren Programmen

und unseren Maßnahmenpaketen sehr engagiert dagegen.

Zum Arbeitsmarkt speziell. Der WAFF wurde wieder mit 58 Millionen EUR dotiert. Es sind Maßnahmen, die auch ein großen Herzensanliegen unserer Vizebürgermeisterin, unserer Fraktion und auch der GRÜNEN sind, wie zum Beispiel die überbetriebliche Lehre, das Nachholen von Abschlüssen und Weiterbildungsangebote. Wir haben hier, wie gesagt, wieder 58 Millionen EUR dotiert letztes Jahr. Ausbildung und Qualifikation sind die Kernstücke der Wiener Arbeitsmarktpolitik. Es ist wichtig, eine gute Qualifikation zu haben, sich weiterzubilden, um eben hier einen größeren Schutz auch vor Arbeitslosigkeit in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu haben.

Sehr kurz ist hier auch der Wiener Qualifikationsplan angesprochen worden, und ich möchte auch noch einmal kurz darauf zu sprechen kommen. Wir wollen hier gebündelt, intensiv und koordiniert mit allen wichtigen PlayerInnen auf die verschärften Maßnahmen am Arbeitsplatz reagieren. Die Wiener Ausbildungsgarantie war sozusagen der Startpunkt. Wir wollen das jetzt erweitern und alle Einheiten, Organisationen und Institutionen gemeinsam auf die Senkung der Geringqualifiziertenquote einschwören. Da sind die Partner unter anderem der WAFF, das AMS, die MA 13, die MA 17, Bildungseinrichtungen, die Wirtschaftskammer, die Industriellenvereinigung und die Wiener ArbeitnehmerInnen- und ArbeitnehmervertreterInnen. Es gilt, bis 2015 den Anteil der Geringqualifizierten in Wien zu senken. Das ist ein großes Vorhaben, dem wir uns sehr intensiv und koordiniert widmen wollen.

Noch kurz zu den einzelnen Punkten, die der WAFF im letzten Jahr sehr gut, bravours und engagiert gemacht hat. Es gab eine steigende Inanspruchnahme des Beratungszentrums für Berufs- und Weiterbildung, und zwar einerseits eine Inanspruchnahme der Beratung an sich bei der beruflichen Veränderung, aber eben auch der Programme zu Unterstützung von Frauen und Wiedereinsteigerinnen, die mir als Frauensprecherin ein ganz besonderes Anliegen sind. Es sind auch zirka 58 Prozent der Kundinnen und Kunden des WAFF Frauen. Es gibt einerseits eine große Nachfrage auf Grund der Steigerung der Bekanntheit des WAFF, aber auch auf Grund der Zufriedenheit der Teilnehmerinnen. Ich möchte daher an dieser Stelle allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des WAFF ein großes Danke für ihre engagierte Arbeit aussprechen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Der stark angewachsene KundInnenandrang 2011 ist natürlich vorwiegend auch auf die verschärften Bedingungen am Arbeitsmarkt zurückzuführen. Es ist wichtig, den Menschen mitzugeben, wie bedeutsam es ist, sich zu qualifizieren, sich weiterzubilden, die berufliche Position zu verbessern oder zumindest abzusichern. Wir sind da sehr gut unterwegs, wir sind da für die Wienerinnen und Wiener, um sie hier eben auch weiterhin gut zu betreuen.

Noch ganz kurz zur Wiener Ausbildungsgarantie, ein,

wie gesagt, Herzensanliegen unserer Vizebürgermeisterin, unserer Stadtregierung. Rund 4 000 junge Menschen erhalten in überbetrieblichen Lehrwerkstätten eine gute Ausbildung. Renate Brauner und Moni Vana haben heute schon einen Blick auf Spanien geworfen, wo es eine Arbeitslosigkeit von über 46 Prozent bei den 15- bis 24-Jährigen gibt. Das ist für alle ein Wahnsinn. Wenn wir hier nach Wien blicken, sehen wir, dass unsere Bemühungen richtig sind.

Mit der Einrichtung der Koordinationsstelle Jugend – Bildung – Beschäftigung wurde ebenfalls wieder die koordinierte Kooperation vieler PlayerInnen wie Schule, außerschulische Jugendarbeit erleichtert.

Die Kümmer-Nummer war ein großer Erfolg. Sie wurde jetzt auch vom WAFF übernommen und weiterentwickelt.

Was mich auch besonders stolz macht, ist, dass viele Projekte, die in Wien im Bereich Übergang von der Schule in den Beruf gut funktionieren und funktioniert haben, übernommen wurden, vom Bund ausgebaut wurden und dass das Jugend-Coaching seit heuer im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und KonsumentInnenchutz vom Bundessozialamt durchgeführt wird und in allen Wiener Pflichtschulen und in einem großen Teil der weiterbildenden Schulen Beratung und Krisenmanagement für Jugendliche, die am Ende der Schulpflicht nicht wissen, wie es weitergehen soll, durchführen wird.

Wien war hier Motor, Wien ist Motor, Wien nimmt sich der Wienerinnen und Wiener an, schaut, dass die WienerInnen, die gut ausgebildet sind, sich weiterqualifizieren. Eine gute Arbeit, die der WAFF leistet. Daher noch einmal ein großes Dankeschön von meiner Seite.

Die Investitionen sind dem Kollegen Schock, der Kollegin Kappel zu wenig thematisiert worden, oder sie sind ihnen generell zu wenig. Ich möchte hier noch ganz kurz auf die genauen Zahlen kommen. Die Investitionen des Kernbereichs der Stadt und der städtischen Unternehmen lagen 2011 auf dem sehr hohen Wert von 2,75 Milliarden EUR. Vor allem die Ausgaben im Bau- und Baunebengewerbe sind hier ein wichtiger Posten. Renate Brauner hat sehr richtig erwähnt, dass die großen Stadtentwicklungsgebiete wie Aspern, Neu Marx, der neue Hauptbahnhof wichtig für die Bauwirtschaft sind, ebenso auch der U-Bahn-Ausbau.

Kollegin Nurten Yilmaz wird hier noch auf die Wiener Linien im Speziellen eingehen. Die sind ja nicht nur Wirtschaftsmotor in jenen Grätzeln und Gebieten, wo die U-Bahn hinführt, sondern wir sichern damit auch tausende Arbeitsplätze im Baugewerbe.

Ansonsten ein paar Highlights noch aus den Wiener Stadtwerken. Kollegen Schock haben sie gefehlt. Die Wiener Stadtwerke sind der bedeutendste Infrastrukturdienstleister Wiens und denken mit den vielen Maßnahmen, die passieren, in die Zukunft. Sie sind Garant für die Daseinsvorsorge für alle WienerInnen. Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, Investitionen in erneuerbare Energien, im Bereich Elektromobilität,

Fotovoltaikoffensive und vieles, vieles mehr sind wirklich Beispiele für zukunftsweisende Politik für die Menschen in dieser Stadt. An dieser Stelle daher auch ein herzliches Dankeschön an alle MitarbeiterInnen bei den Wiener Stadtwerken. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Gender Budgeting ist auch ganz kurz erwähnt worden. Es ist auch für mich ein sehr wichtiger Punkt, dass seit 2005 alle Ansätze des Budgets sozusagen einem Gendercheck unterzogen werden. In einem eigenen Kapitel wird alles ganz genau erläutert. Wir sind auch europaweit Vorbild. Einige Beispiele: die Verfolgung der gender-spezifischen Ziele im Frauengesundheitsbereich, die Umsetzung des Frauengesundheitsprogramms oder auch die Umgestaltung von Parkanlagen mit besonderer Nutzungsmöglichkeit für alle Geschlechter und Altersgruppen.

Die Liste ließe sich hier noch lange weiterführen, aber in der Kürze möchte ich meine Ausführungen mit einem Dank schließen an alle MitarbeiterInnen der Stadt, vor allem auch jenen, die an der Erstellung des Rechnungsabschlusses beteiligt waren, ein großes Dankeschön, aber auch allen Wienerinnen und Wienern, die durch ihre Arbeits- und Wirtschaftsleistung die Zukunft und auch die Weiterentwicklung der Stadt vorantreiben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Eisenstein. Ich erteile es ihm.

GR Univ-Prof Dr Herbert **Eisenstein** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Zwischenruf von GR Heinz Vettermann.)*

Nein, ich habe dasselbe Taferl mitgebracht, weil ihr das nämlich nicht gerne seht und deswegen verwende ich das auch. *(Beifall bei der FPÖ.)* Die Zahlen, die da draufstehen, stimmen natürlich. Ich habe das gleiche Taferl mitgebracht, und die Taferl widersprechen einander nicht. Hat sich das jetzt geklärt?

Der Rechnungsabschluss 2011, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist kein Rechnungsabschluss, dem wir zustimmen können, weder in finanzpolitischer noch in wirtschaftspolitischer – die beiden bedingen einander ja – Hinsicht.

Zu den Budgetzahlen selber, die jetzt die rot-grüne Misere ganz deutlich zeigen. Sie wurden heute schon mehrfach genannt, ich kann es Ihnen aber nicht ersparen, sie noch einmal zu sagen. Schulden über 4 Milliarden EUR, eine Zunahme von 1 Milliarde seit dem Jahr 2010. Das ist aber noch nicht die Spitze des Berges. Heuer, im Jahr 2012, werden wir mindestens 4,4 Milliarden EUR Schulden haben. Wenn wir den KAV einrechnen – die Spitäler nehmen ja jetzt eigene Fremdmittel auf –, dann liegen wir jetzt schon fast bei 4,4 Milliarden EUR, und wir werden am Ende es heurigen Jahres 2012 bei knapp 4,8 Milliarden liegen. Ein Schuldenrekord, den uns Rot-Grün hier präsentiert, und die Lage wird, wie wir sehen, seit fünf Jahren immer dramatischer. Seit 2007 gibt es immerhin eine Verdreifachung der Schuldenlast: plus 242 Prozent in

dieser unserer Stadt!

Dazu kommen die Kursverluste der Schweizer-Franken-Kredite. Im Rechnungsabschluss 2011 sind das gegenüber 2010 noch einmal 35 Millionen EUR mehr. Natürlich sind das Buchverluste, das weiß ich schon, trotzdem sind es Verluste, trotzdem, Kollege Strobl, müssen wir sie irgendwann einmal zurückzahlen, und zwar nicht erst in 200 Jahren, sondern in einer absehbaren Zeit. Ich weiß schon, worauf Sie hinauswollen, Sie wissen auch, worauf ich hinauswill, nämlich dass wir es doch in einer Zeit, die wir vielleicht sogar noch erleben werden, zurückzahlen müssen.

Einen Weg aus der Schuldenkrise bieten uns die Regierungsparteien nicht, der ist nicht zu sehen. Die Regierungsparteien glauben, auf Grund der Schuldenexplosion immer weniger Investitionen tätigen zu müssen oder zu sollen, weil ja die Eigenmittel der Gemeinde geringer sind und der Handlungsspielraum schon eingeschränkt ist.

Dass die Investitionen sinken – meine Vorrednerin, Frau Berger-Krotsch, hat eine Zahl genannt, die die ausgegliederten Bereiche einschließt, meine Zahl schließt diese nicht ein; also der engere Handlungsspielraum der Gemeinde Wien war bei 1,66 Milliarden EUR, das ist immerhin noch ein Minus von 325 Millionen gegenüber 2010 –, dass diese Investitionen sinken, ist, wie wir wissen, eine falsche Reaktion, weil dadurch Wirtschaft und Arbeitsmarkt ganz negativ betroffen sind.

Was im Übrigen nicht negativ betroffen ist, sind ideologisch linke Vereine, die großzügig weiter Subventionen lukrieren können. Aber gegenüber dem Vorjahr haben wir eine Verminderung der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben um etwa 10 Millionen EUR, wir haben eine Verminderung der Wirtschaftsförderung um 27 Millionen, wir haben weniger Investitionen im U-Bahn-Bau um 41 Millionen, und – ganz dramatisch – wir haben eine besonders starke Kürzung der Wohnbauförderung um 98 Millionen.

Also der Versuch, das Budget mittels Kürzungen zu finanzieren, ist nicht gelungen. Es gelingt auch so nicht, vielmehr – ich sage es noch einmal – leidet die Wirtschaft darunter und bleiben die Arbeitsplätze auf der Strecke.

Bemerkenswert ist, dass Wien einen Schuldenrekord hat, Wirtschaft und Arbeitsmarkt einem Ruin entgegengehen, wenn Sie so weitermachen, aber dass eine enorme Belastungswelle auf die Wienerinnen und Wiener niederprasselt. Allein im Jahr 2011 waren es 15 neue Belastungen, einschließlich des heurigen Jahres bis zum 1.1.2013 werden es 41 neue Belastungen sein, sofern nicht jemandem noch irgendetwas einfällt, das diese Zahl noch toppt, die die Wienerinnen und Wiener verkraften müssen.

Der Gaspreis ist mehrfach erhöht worden; um 9,8 und um 5,3 Prozent im Jahr 2011. Das ist ein schönes Spiel. Der Gaspreis wird üblicherweise zwei Mal im Jahr erhöht, einmal so im Jänner oder Februar gesenkt, dann wieder zwei Mal erhöht, dann wieder gesenkt, und die Stadtregierung glaubt, das durchschaut niemand.

Die Fernwärme wurde um mehr als 8 Prozent erhöht. Die Kategoriemietzinse sind gestiegen, ebenso die Gebühren für Büchereien, die Pflegegebühren, die Rettungsgebühren, die Ambulatoriumsbeiträge, die Kehr tarife und die Friedhofsgebühren. Ich habe auch eine lange Liste, Frau Berger-Krotsch, nur halt eine andere Liste als Sie und etwas anderes betreffend.

Im heurigen Jahr ist die Belastung noch weiter angestiegen. Das ist zwar jetzt nicht Sache des Rechnungsabschlusses 2011, das werden wir dann ausführlich im nächsten Jahr diskutieren. Sie alle erinnern sich an die unselige Erhöhung der Wassergebühr und der Gebühr für die Wasserzähler um 33 Prozent. Kanal, Müll, Kurzparkscheine, Hundeabgabe – um 65 Prozent gestiegen –, U-Bahn-Steuer, Bädertarife – die Tageskarte in den Bädern kostet jetzt immerhin um 25 Prozent mehr als vorher, auch wurscht offensichtlich –, die Parkpickerlausweiterung ab Oktober kostet auch Geld, sie kostet zuerst einmal Geld, bevor überhaupt irgendwas eingespielt werden kann.

Oder die Tarifänderung bei den Wiener Linien. Ja, die Jahres- und die Monatskarten sind billiger geworden. Gott sei Dank. Sie haben zwar nicht das Niveau erreicht, das uns vor der Wahl versprochen worden ist, aber sie sind billiger geworden. Stattdessen muss halt jetzt die Allgemeinheit dafür aufkommen. Die Wiener Linien haben ja schon 2011 einen Jahresfehlbetrag von 120 Millionen EUR, und ich wage zu bezweifeln, ob sich der im Jahr 2012 dann senken wird.

Wasser- und Müllgebühren haben inzwischen den Charakter von Steuern angenommen. Seit vielen Jahren ist es so, dass Überschüsse erzielt werden beim Wasser. Im Jahr 2011 waren es beim Müll 34 Millionen, beim Wasser 58 Millionen, und diese Werte werden sich 2012 auch noch steigern auf insgesamt 135 Millionen. Hier lukriert die Gemeinde Geld von den Wienerinnen und Wienern. Der Kostendeckungsgrad bei diesen Mitteln der Grundversorgung liegt bei weit über 100 Prozent. Ein Gleiches gilt natürlich für die Kanalgebühren, aber der Kanalbereich ist ja schon ausgegliedert.

Der langen Rede kurzer Sinn: Keine vertretbare Budgetpolitik, keine vertretbare Gebührenpolitik, die ich in diesem Budget sehe.

Natürlich stehen den Belastungen auch Mehrausgaben gegenüber, denn wenn man schon belastet, kann man ja auch mehr Geld ausgeben, Mehrausgaben etwa in der Öffentlichkeitsarbeit großzügigerweise. Der Presse- und Informationsdienst ist mit seinem Geld nicht ausgekommen. 50 Millionen EUR Budget sind offensichtlich nicht genug, eine Überziehung um 3 Millionen war notwendig. Dazu kommen ausufernde Werbebudgets der einzelnen Ressorts und der ausgegliederten Bereiche von insgesamt wohl zirka 80 Millionen.

Auch das Personal der Gemeinde Wien kostet Geld. Ich vergönne es jedem, jeder Person, jeder Dame, jedem Herrn, einen Job bei der Gemeinde Wien oder bei einem der Betriebe zu haben. Der Personalstand Wiens ist zwar gesunken – das wird uns auch immer wieder als Erfolg verkauft –, wir wissen aber auch, wo er

hauptsächlich gesunken ist. Hauptsächlich wurde nämlich in den Spitälern gekürzt, wofür halt dann Leiharbeitskräfte eingestellt werden müssen. Das heißt, wir verschieben die Personalkosten in den Sachaufwand und haben damit Kosten eingespart, aber halt nur scheinbar. Im Magistrat selber gibt es ja ein paar Dienstposten mehr, bei Wiener Wohnen auch.

Und dazu gibt es ja immer unerwartete Mehrausgaben – ich nehme an, es war auf Grund der Misere um den Skylink, dass man ihn in Check-in 3 umbenannt hat –, und es gibt auch viele, viele unnötige Ausgaben. Und jetzt nehme ich das zum Anlass, weil das heute wieder meiner Fraktion vorgeworfen wurde: Ob der Herr Universitätsbeauftragte persönlich Geld bekommt für seine Tätigkeit oder sein Büro, ist vollkommen unerheblich. *(GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Nein! Das ist überhaupt nicht unerheblich!)* Doch! Es ist vollkommen gleichgültig, es kostet 210 000 EUR, ein Geld, das wir uns leicht sparen könnten. *(Beifall bei der FPÖ. – GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: Sie haben keine Ahnung! Das ist nicht unerheblich!)* Aber für mich als Steuerzahler ist es vollkommen wurscht, ob ich es dem Van der Bellen in die Hand drücke oder einer Sekretärin. Das ist mir vollkommen egal, ich will es nur nicht bezahlen. Das versteht der Kollege Margulies nicht. Kollege Margulies versteht das nicht, er zahlt so gerne. Macht nix, macht nix, macht nix. Ich erkläre es dann nachher noch einmal.

Über die Bezirke ist heute noch nicht gesprochen worden. Die Verschuldung der Bezirke aufzuhalten, ist auch nicht gelungen. Die Verschuldung der Bezirke nimmt immer dramatischere Ausmaße an. Unter Einrechnung der inneren Darlehen liegen wir 2011 bereits bei knapp 58,9 Millionen EUR, das sind um 8,7 Millionen EUR mehr als im Vorjahr. In einzelnen Bezirken ist es zwar gelungen, die Schulden geringfügig zu senken, in anderen Bezirken sind die Schulden mehr oder weniger dramatisch gestiegen. An der Spitze liegt – und ich weiß, wovon ich rede – mein Bezirk, der 11. Bezirk, der vom 3. Platz auf den 1. Platz vorgerückt ist – ein zweifelhaftes Vergnügen – und jetzt 8,37 Millionen EUR Schulden hat; gefolgt übrigens vom 13. und vom 9. Bezirk. 18 Bezirke sind verschuldet, nur 5 Bezirke haben Rücklagen.

Das zeigt, dass die Bezirke offensichtlich auch keinen Handlungsspielraum mehr haben, und mit schuld daran – unter Anführungszeichen – sind ganz sicher die Schuldsanierungen, wo die Bezirke den Eigenfinanzierungsanteil von 60 Prozent kaum noch verkraften können. Die 5 Millionen EUR, die der Gemeinderat heuer – und meine Partei hat ja immer darauf gedrängt, dass das geschieht, obwohl wir eigentlich mehr wollten – den Bezirken zugesprochen hat, sind leider nur ein Tropfen auf einen heißen Stein und haben die Verschuldung nicht wirklich gestoppt. Was wir tun müssten, wäre, mehr Geld für die Bezirke bereitzustellen.

Damit bin ich auch schon bei einigen Vorschlägen, Forderungen – es sind aus meiner Fraktion heute schon einige genannt worden von Herrn Präsidenten Herzog,

von Herrn StR Schock –, die nämlich zur Konsolidierung des Budgets und zur Ankurbelung der Konjunktur beitragen könnten.

Was wir dringend brauchen in Wien, meine Damen und Herren, ist ein Wiener Finanzplan zur Budgetsanierung. Wir müssen aufhören mit der Verschuldung, wir müssen auch aufhören mit den Belastungen, und wir müssen aufhören, die Investitionen weiter sinken zu lassen. Das alles in einen Plan einfließen zu lassen, wäre die Aufgabe einer Stadtregierung.

Wien hat sich ja im Zuge des Stabilitätspaktes aus 2011 verpflichtet, eine mittelfristige Finanzplanung vorzulegen. Ich möchte aber doch dringend fordern, dass das nicht nur dem Koordinationskomitee bekannt wird, sondern dass das auch dem Gemeinderat vorgelegt wird und auch die großen ausgegliederten Bereiche wie Fonds Soziales Wien, Wiener Wohnen oder den WAFF umfassen soll. Insgesamt ein Maßnahmenkatalog, der zeigt, wie die Finanzlücken geschlossen werden sollen.

Viele andere Vorschläge sind heute bereits gemacht worden: Abstellen von Missbrauch bei öffentlichen Bauprojekten, Durchforstung von Förderungen, wo wir sehr, sehr viel Geld einsparen könnten, Beschränkung der Wiener Mindestsicherung auf österreichische Staatsbürger, keine weitere Grundversorgung für Wirtschaftsflüchtlinge und Kriminelle. Hier würden wir schon viel, viel Geld hereinbringen, zusammen mit Einkommensobergrenzen im stadtnahen Bereich, wobei das Gehalt des Herrn Bürgermeisters die Referenzhöhe darstellen könnte. Auch wenn wir Stadtwerke-Neu schafften im Sinne eines Komplettanbieters – ich glaube, das ist heute auch schon genannt worden – für Dienstleistungen wie Strom, Gas, Fernwärme, Wasser, Kanal könnte man viel Geld lukrieren. .

Diese vielen Einsparungen würden es dann auch möglich machen, Sonderinvestitionsprogramme für Schulen, für Spitäler, für den Wohnbau zu schaffen, ein Hilfspaket für die Wirtschaft anzubieten und Ähnliches. Letztlich – das ist ganz wichtig – könnte man damit den/die Steuerzahler/Steuerzahlerin entlasten und für eine Reduktion bei Mieten und bei den Preisen für Strom, Gas, Wasser, Müll, Kanal sorgen. Die Wienerinnen und Wiener müssen wieder mehr Geld in ihren Börseln haben, dann sind sie die besten Garanten dafür, dass die Konjunktur auch wieder belebt wird.

Rot-Grün in Wien – ich bin eh schon am Schluss angelangt, die Zeit läuft, ich habe ohnehin viel gestrichen – hat Wien zum Schlusslicht in der österreichischen Wirtschaft gemacht. Ich rede jetzt nicht vom Vergleich mit anderen Städten – ich bin überzeugt davon, dass Wien besser dasteht als Minsk oder Tirana, das meine ich jetzt nicht –, aber innerhalb der österreichischen Wirtschaft ist Wien das Schlusslicht, auch am österreichischen Arbeitsmarkt, auch bei den Lehrstellen, aber wir in Wien sind Spitze bei den Arbeitslosen und Insolvenzen.

Niemand von der Stadtregierung, auch der Herr Bürgermeister nicht, kann so tun, als wäre er nicht daran beteiligt, als würde ihn das nichts angehen. Beherzigen

Sie unsere Vorschläge, meine Damen und Herren! Reißen Sie das Ruder herum! Es ist nicht fünf vor zwölf, es ist schon zwölf. Sagen Sie sich von diesen Belastungen los!

Solange das alles nicht geschieht, werden wir einem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Yilmaz. Ich erteile es ihr.

GRin Nurten **Yilmaz** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Verehrte Damen und Herren!

Bruno Kreisky hat einmal gesagt, die Dummen haben das Glück, aber was macht der Dumme mit seinem Glück? Er macht nichts daraus. An diesem Spruch sieht man wieder, dass er in vielem recht gehabt hat, denn in Wien ist es gerade umgekehrt.

Dass die Millionenstadt relativ unbeschadet durch die größte Wirtschaftskrise der Zweiten Republik gekommen ist, ist kein Glück, sondern das Ergebnis kluger Weichenstellungen. Die Stadt hat in aktive Arbeitsmarktpolitik und in die Wirtschaftsförderung investiert, zum Beispiel durch die Wirtschaftsagentur Wien. Hunderttausend Unternehmen gibt es in Wien, vom Ein-Personen-Betrieb bis zum internationalen Konzern. Die Wirtschaftsagentur Wien ist für alle da, und sie schafft auch Rahmenbedingungen für erfolgreiches Wirtschaften. Konkret konzentriert sie sich auf drei Bereiche, auf der einen Seite Förderung von Unternehmen, auf der anderen Seite Immobilienbereitstellung und Stadtentwicklung sowie ein umfangreiches Service- und Beratungsangebot. Sie gibt auch den entscheidenden Impuls, damit Unternehmen entstehen können und wachsen können. 2011 geschah dies mit 30 Millionen EUR.

Aus Anlass des 30. Geburtstages der Wirtschaftsagentur Wien wurde eine Studie über die Wirkung dieser Förderungen in Auftrag gegeben. Es zeigt sich, dass die Zahl der Beschäftigten in geförderten Betrieben jährlich um rund 60 Prozent stärker wächst als bei nicht geförderten Unternehmen. Ebenso ist die Wertsteigerung eines geförderten Unternehmens über das Jahr durchschnittlich um 14 Prozent höher. Die Studie zeigt auch, dass die geförderten Unternehmen gerade im Krisenjahr 2010 mehr MitarbeiterInnen aufgenommen haben und ihren Beitrag dazu geleistet haben, dass Wien heute als besonders krisenresistent gilt. Dieser Ruf wiederum ist ein wichtiges Argument für internationale Unternehmen, sehr geehrte Damen und Herren.

Auch in diesem Punkt überlässt die Wirtschaftsagentur nichts dem Zufall oder dem Glück. Bei der internationalen Betriebsansiedlung arbeitet sie eng mit der Bundesansiedlungsagentur zusammen. Seit 2004 haben beide Einrichtungen gemeinsam in Wien rund 800 Betriebe angesiedelt. Die meisten kommen aus Deutschland, aus der Schweiz und aus den USA. In Summe wurden dadurch rund 7 500 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das ist intelligent investiert.

Unsere VBgmin Renate Brauner hat ja das Motto der Wiener Budgetpolitik auf den Punkt gebracht: Sparen und investieren, und das auf eine intelligente Art und Weise. Diese Handelanleitung durchzieht das Wiener Budget wie ein roter Faden. Der Rechnungsabschluss 2011 bestätigt die alte Weisheit, das Budget ist in Zahlen gegossene Politik, und diese Politik ist sozial, zukunftsorientiert, innovativ und nachhaltig.

Sehr geehrte Damen und Herren! In Intelligenz investieren ist klug und verantwortungsvoll, um nicht zu sagen, intelligent. Die Stadt tut dies einerseits im Schul- und Bildungswesen, aber auch dort, wo die Erwachsenen gute Ideen haben, bei Innovation und Forschung, denn hier liegt die Zukunft unserer Stadt. Sowohl in der Produktion als auch in Dienstleistungen, in allen Branchen ist Innovation notwendig, um im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu sein.

Der Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation hat sich zu einem wesentlichen Förderschwerpunkt der Wirtschaftsagentur Wien entwickelt. 2001 hat die Wirtschaftsagentur Wien das Tochterunternehmen ZIT gegründet, diese Technologieagentur Wien für technologie- und forschungsaffine Unternehmen und für die Medienwirtschaft. Seit ihrer Gründung hat ZIT insgesamt 933 Projekte unterstützt. Dadurch wurden Gesamtinvestitionen von über mehr als 500 Millionen EUR am Standort ausgelöst und die wirken, zum Beispiel auf dem Weg zu Smart City, zur intelligenten Stadt.

Laut einer Studie des amerikanischen Klimastrategen Boyd Cohen nimmt Wien vor Weltstädten wie New York und Hongkong im weltweiten Smart-City-Ranking den 1. Platz ein. Anhand verschiedener Indikatoren wie Innovation und Nachhaltigkeit hat Cohen dieses Ranking erstellt, und ZIT fördert diese Entwicklung kräftig.

Sehr geehrte Damen und Herren! Adolf Loos, Arnold Schönberg, Amadeus Mozart, das sind Wiener, die heute zur sogenannten Kreativszene gehören würden. Anders als damals hätten sie heute Unterstützung durch die Stadt, konkret durch die Wirtschaftsagentur-Tochterunternehmen Departure, die Kreativagentur der Stadt Wien. Mit ihrer Gründung hat Wien auf das Potenzial der Kreativwirtschaft für die Stadtentwicklung reagiert. Seit ihrer Gründung 2003 hat Departure rund 360 Projekte aus der Kreativszene gefördert. Umgerechnet bedeutet diese Zahl zirka 1 500 neue Arbeitsplätze in dieser Stadt und Investitionen von rund 80 Millionen EUR.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wien ist beliebt. Das zeigen uns auch wieder die Zahlen in der Tourismusbranche. 11,5 Millionen Nächtigungen mit einem Umsatz von fast 500 Millionen EUR hat es im Vorjahr in der Hauptstadt gegeben. So viele wie noch nie! Das hat mit Lebensqualität in unserer Stadt zu tun. Wien liegt seit drei Jahren auf Platz 1 im internationalen Städtevergleich. Das liegt zum einen am Angebot, das die Stadt ihren Gästen bietet, es liegt aber auch zu einem großen, beträchtlichen Teil daran, dass sich kluge Köpfe Gedanken gemacht haben, wie Wien sich darstellen soll und wie es sich strategisch platzieren soll. Die Strategiergruppe von Wien Tourismus zum Beispiel

hat das gemacht.

Das Tourismuskonzept 2015, erarbeitet von allen Beteiligten, und zwar von Hoteliers bis Flughafenvertretern, ist eine gescheite Leitlinie für erfolgreichen Tourismus. Walzerkurse in Barcelona, 3D-Projektionen in Warschau oder eine Gemäldegalerie in der Pariser U-Bahn – das sind die kreativen Mittel, mit denen Wien Tourismus um die Wien-Gäste wirbt. Wien Tourismus ist eine wirkungsvolle, wenn Sie so wollen, Gastturbine. Sie bringt durch ihre Arbeit Beschäftigung, Einnahmen und nicht zuletzt auch Steuern. Und jeder zufriedene Gast ist zu Hause ein Botschafter Wiens. Auch hier eine intelligente Investition aus dem Budget.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Beispiel intelligenten Investierens sind die Wiener Linien. Wir sehen, die Wienerinnen und Wiener steigen auf die Öffis um. 875 Millionen Fahrgäste haben die Wiener Linien 2011 gezählt. Das sind um 37 Millionen mehr als im Jahr davor. Der Öffi-Anteil an den zurückgelegten Wegen der WienerInnen liegt 2011 bei 37 Prozent. Die Wiener Linien haben damit ihren Vorsprung gegenüber dem Autoverkehr weiter ausgebaut. 29 Prozent der Wege erledigen die Wienerinnen und Wiener mit dem Auto.

Warum ist diese Entwicklung gut? Weil Klimaschutz ein permanentes Ziel ist und weil es zeigt, dass die WienerInnen das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln gerne annehmen. Die Wiener Verkehrsbetriebe zeigen damit auch, dass man Wirtschaftlichkeit mit Investitionen gut verbinden kann, nach dem Motto des intelligenten Sparens und Investierens.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich könnte Ihnen jetzt noch einiges aus der Verkehrspolitik – Renovierungen, Investitionen, Verlängerung der U1, Renovierung der U6 – erzählen, nur mit der Zeit versagt meine Stimme. Ich bin leicht angeschlagen, deswegen möchte ich es dabei belassen. Sie können es dann in meiner Aussendung nachlesen. Nur eines noch zur Frau Kollegin Kappel. Ich danke für Ihr freundliches Angebot, der rot-grünen Regierung bei Reformen und Verwaltungsreform Ihre Expertise zu Verfügung zu stellen. Ich würde der rot-grünen Regierung vorschlagen, dass wir solange warten, bis aus diversen Ausschüssen, die Ihre Regierungszeit betreffen, einmal die Ergebnisse vorliegen, dann werden wir darauf zurückkommen. Wenn wir wissen, wie das jetzt ist mit Stiftungen, Privatinvestitionen, Verkäufen, Privatisierungen, dann werden wir auf Ihr Angebot zurückkommen. Okay? *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren!

Die Kollegin Vana hat vorhin eine Analyse der europäischen Situation mit Schwergewicht Griechenland gegeben, über den Ist-Zustand, die man in vielen Bereichen teilen kann. Sie hat dann gesagt, Ja zu Europa, Ja zu einem anderen Europa. Bis dorthin kann man zustimmen.

Anders wird es bei der Beurteilung dessen, wie man die Situation verändern und verbessern kann. Und was wir nicht glauben, ist, dass man mit noch mehr Krediten und noch mehr Schulden die Schulden sanieren kann. Das ist ein Wunschtraum, aber das spielen s' halt nicht! Außer man versucht es so, wie es die amerikanische FED auf Kosten der Europäer macht, indem man Banknoten um Banknoten druckt.

Frau Kollegin Vana war auch die Einzige, die wirklich auch auf den Bereich Europa eingegangen ist. Das zeigt, wenn man hier den Europaausschuss nimmt, der eigentlich auch zu diesem Thema gehört, wie ungern die Koalitionsparteien in der Bundesregierung, nämlich ÖVP und SPÖ und wahrscheinlich jetzt in Zukunft auch die GRÜNEN als Mitmacher, über diese Thematik reden, weil Europa in einem katastrophalen Zustand ist.

Wir haben einen Europaausschuss, der unter den Tisch gekehrt wird. Er kriegt gar keinen eigenen Debattenpunkt. Und das ist nichts Neues. Es ist ganz interessant in dem Zusammenhang, wenn man ein bisschen zurückschaut, ein Jahr vielleicht, und in die alten Protokolle hineinschaut. Ich lese da aus einem Protokoll des Gemeinderates vom 27.6.2011 vor, also vor einem Jahr: „Zum Ressort der Frau Stadträtin gehört auch der Bereich Europa.“, habe ich damals gesagt. „Er wird hier in der Tagesordnung nicht einmal erwähnt.“ – Wie heute. Es hat sich nichts geändert, Herr Klubobmann Schicker, der ja so großes Europainteresse gezeigt hat, wenn ich mich an eine seiner Aussendungen erinnere. Das sollte er sich wieder einmal anschauen.

Also der Ausschuss wurde in der Tagesordnung nicht einmal erwähnt, und ich sagte dann weiter: „Ich hoffe, dass dieser Ausschuss für europäische und internationale Fragen damit nicht abgewertet wird.“ – Dieses Eindrucks kann man sich nicht erwehren.

Und was sagt der Herr Kollege Hora im vorigen Jahr? „Der war doch voriges Jahr noch nicht!“ Ich frage dann: „Was ist, Herr Kollege?“, und der Kollege Hora sagt wieder: „Der war voriges Jahr noch nicht! Und das ist der Rechnungsabschluss 2010! Sie sollten lesen können!“ – Können Sie jetzt lesen, Herr Kollege Hora? Er ist noch immer nicht. Es gibt ihn noch immer nicht, weil er Ihnen im Magen liegt, weil Sie ihn eigentlich nicht wollen, weil Sie vor diesen Europathemen Angst haben, weil die Bevölkerung Ihnen dafür die Quittung geben wird und bereits gibt in den Umfragen. Das ist es!

Er war voriges Jahr noch nicht, aber es gibt ihn. Nur der Kollege Hora, der hat halt leider nichts zu sagen. Er wäre ja anderer Meinung, aber man hat ihm ja schon einmal, als er seine Meinung geäußert, gesagt: „Ich kann mich an keinen Parteitag erinnern, an dem er gewählt wurde.“ – Das war sein Wiener Boss im Originalton.

„Ich hoffe,“ – geht es dann weiter im Text – „dass er in Zukunft dahin gehend aufscheinen wird“ – nämlich der Ausschuss – „und dass er auch einen eigenen Punkt in der Behandlung wert sein wird. Ein überwältigendes Interesse der SPÖ, das Thema Europa zu diskutieren, habe ich bisher noch nicht bemerkt.“ – Es ist auch noch immer nicht zu bemerken.

Unser Klub hat einen Einwand zur heutigen

Tagesordnung gemacht und darauf hingewiesen, dass man wieder darauf vergessen hat, und dann hat man gesagt, na, ja, vielleicht im nächsten Jahr. Eine Never Endig Story. Soweit das große Interesse der SPÖ an Europa!

Es ist eben wichtig, nachzulesen, was Politiker in der Vergangenheit gesagt haben, und deswegen weiter im Text: „Sehr wohl möchte ich aber eingehen auf die Auswirkungen der österreichischen Europapolitik, unter anderem auch auf die für Wien direkt oder indirekt budgetwirksamen Einflüsse. Diese sind teilweise sehr massiv.“ – Dabei haben wir noch gar nicht gewusst, wie schlimm es jetzt in einem Jahr sein wird, und wie schlimm es, wenn wir es nächstes Jahr womöglich an diesem Ort und zu dieser Zeit diskutieren werden müssen, in den Auswirkungen für Österreich und für Wien vor allem im nächsten Jahr sein wird.

Ich habe damals gesagt: „Sogar der Herr Bürgermeister hat in seiner heute Vormittag bereits angesprochenen Rede am Parteitag noch vorsichtig, aber kritisch gesprochen und gesagt: „Heute sind wir in Europa weitgehend entmündigt.“ – Heute sind wir in Europa weitgehend entmündigt! Und der Kollege Hora hat sich wieder gemeldet und hat gesagt: „Das hat er nicht gesagt!“ Ich habe ihm darauf versichert: „Wörtlich, Sie können es nachschauen. Das ist im Internet zu finden, Herr Kollege Hora!“

Aber man kann nicht einfach alles weglegen, sagen, das war nicht so, das ist nicht so. Sie täten es ja am liebsten. So wie mit den Schulden. Die sind da, und die Probleme sind da, und Sie können denen nicht entkommen, indem Sie den Kopf in den Sand, in die Akten oder unter die Bank stecken. Der Herr Kollege ist da halt etwas vorlaut gewesen. Er sollte lieber bei der Verkehrspolitik und den grünen Radlern bleiben, aber da kennt er sich ja auch nicht aus, wie ihm der Bürgermeister ausgerichtet hat.

„In Europa sind wir weitgehend entmündigt.“, erkennt plötzlich die Führung der SPÖ. „Auch der Kanzler hat beim ‚Pressegespräch‘ festgestellt: ‚Wir müssen den Bürgern die Wahrheit sagen.‘“ Die Wahrheit sagen? Auf einmal? Heißt das, wir haben vorher nicht die Wahrheit gehört?

Und es ist schon interessant, wenn Sie sich in dem Zusammenhang die letzte Parlamentsdebatte dazu vor Augen führen. Es kommt einer nämlich in den Gemeinderat, der uns nicht die Wahrheit sagen will, der Herr Van der Bellen. Der hat nämlich in dieser Debatte der Frau Finanzministerin wortwörtlich vorgehalten, dass man nicht immer die Wahrheit sagen kann, weil das verantwortungslos sein kann, als sie die italienischen Schulden angesprochen hat. Ein Parlamentarier, meine Damen und Herren, stellen Sie sich das vor, noch dazu einer aus einer Oppositionspartei sagt einem Regierungsmitglied, es darf den Abgeordneten, den Volksvertretern nicht die Wahrheit sagen. Bitte, schämen Sie sich für den Herrn, meine Damen und Herren von den GRÜNEN! Schämen Sie sich für ihn! Der hat da nichts zu suchen bei uns. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Manchmal darf man in bestimmten Funktionen nicht

die Wahrheit sagen, sagt der selbsternannte Basiswappler, wie er sich genannt hat. Das ist, glaube ich, ziemlich einmalig in der Geschichte eines Parlaments, dass solche Unterwerfungsgesten – wahrscheinlich als Vorleistung für eine zukünftige Dreierkoalition in der Regierung – von ihm geleistet werden. Es ist aber traurig, so etwas von einem Parlamentarier zu erleben.

Dann weiter im Text: „Vor ein paar Wochen war noch die Rede davon, dass alles in Ordnung ist.“ – Das war vor einem Jahr. – „Vor einem Monat war noch klar, dass Griechenland gerettet ist.“ – Zum x-ten Mal in der Zwischenzeit, und jetzt auf einmal kommen Sie stückweise mit der Wahrheit heraus. Sie haben noch immer nicht die ganze Wahrheit gesprochen, wir haben jetzt noch nicht die ganze Wahrheit erfahren über diese Katastrophe, die hier auf uns zukommt. Deswegen sagte der Bürgermeister auch, es wurde am letzten Städtetag beschlossen, einen Rettungsschirm nach Griechenlandmuster für die Städte zu beschließen. – Ich hoffe, der wird nicht so ausfallen wie der für Griechenland, denn so schlecht geht es unseren Städten doch noch nicht.

Dann ging es darum, woher das Geld kommen soll. „Wir wissen ganz genau“ – habe ich damals gesagt, und da war ein großer Protest und alle haben gesagt, das wird nicht so sein –, „dass wir dieses Geld nie wieder sehen werden.“ Die Frau Finanzministerin, wenn Sie sich erinnern, hat damals gesagt: „Es ist eigentlich ein Geschäft für uns. Hunderte Millionen haben wir schon zurückbekommen.“ Ja, was haben wir denn zurückgekriegt? Die Millionen haben Sie uns von den Milliarden abgezogen, die wir ihnen gezahlt und geschickt haben. Und das bezeichnet eine österreichische Ministerin als Geschäft.

Mittlerweile traut sie sich das ja nicht mehr zu sagen. Warum? Man liefert uns die Wahrheit immer nur stückweise, nur dann, wenn es gar nicht mehr anders geht, nur dann, wenn man nicht mehr verleugnen kann, was in Wirklichkeit da draußen rund um uns in Europa läuft und was hier passiert. Egal, was wir machen, es kostet Geld und wird nicht nur uns, sondern auch unsere Kinder und Enkelkinder noch belasten. Zahlen werden nicht nur wir, zahlen werden, wie ich gesagt habe, unsere Kinder und Enkelkinder. Die werden dafür länger blechen als für die Friedensverträge von Saint Germain nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg. Das ist die Realität, die uns die vielgeliebte EU oder einige darin aufs Auge drücken wollen.

Was noch? Dann kommt noch die Frechheit dazu. Weil Deutschland und Österreich und einige wenige Staaten, die Niederlande, Finnland, verdienen, heißt das, die sind ja furchtbar. Die haben so günstige Lohnbedingungen, dass sie alles günstiger produzieren, und wir müssen das dann kaufen. Die verdienen ja an uns. Das ist es, was die Griechen lächerlicherweise immer wieder ins Feld führen: Die Deutschen verdienen zu viel an dem Ganzen. Wenn sie nichts verdienen würden, wären sie gar nicht in der Lage und wir genauso wenig, das Defizit der anderen so lange mitzubezahlen.

Wir werden in dieser Woche noch Gelegenheit haben, ausführlich vor allem über den ESM, einen wirklichen Knebelungsvertrag für Österreich und für die europäischen Staaten, zu reden. Deswegen will ich auf das nicht weiter eingehen, aber es ist doch wirklich ungeheuerlich, derartige Vorwürfe zu machen: Die sind fleißig, die arbeiten. Die sollen weniger arbeiten, die sollen weniger verdienen, dann sind wir wieder konkurrenzfähig. – So absurde Ideen haben mittlerweile in die Europadebatte Eingang gefunden. Das ist doch eigentlich nicht zu glauben, meine Damen und Herren. Geldverbrennung am laufenden Band, wenn wir unser Geld dorthin schicken.

Ich kann mich erinnern, ich war einmal in Taiwan und habe fassungslos zugesehen, wie man in einem Tempel Opfer-Papiergeld kaufen konnte zu Millionenwerten, und das haben sie dann ins Feuer geworfen, um die Götter günstig zu stimmen. Das ist es, was wir mit Griechenland betreiben. Geldverbrennung im höchsten Ausmaß für die Götter am Olymp. Die werden uns deswegen trotzdem nicht günstig gestimmt sein, meine Damen und Herren. Und dann kommen die Eurobond-Vorschläge und ESM und so weiter.

Wer sind denn die Herren, die uns das dauernd vorhalten und die das betreiben? Der Herr Van Rompuy, Ex-Ministerpräsident von Belgien, eines fast gescheiterten Staates, der seinen Staat in die Pleite geführt hat. Dann hat er abgedankt, und jetzt sitzt er vorne oben in der EU.

Der Nächste, der Herr Barroso, ex-portugiesischer Regierungschef. Das sind die, die dauernd um Geld bei uns ankommen. Das ist die Realität.

Der Herr Hollande, den Sie so groß gelobt haben, in Frankreich, der Frankreich jetzt noch weiter in die Krise hineinführt und der nichts anderes zu tun hat, als gleich als Erstes wieder Geld zu fordern.

Und letztlich natürlich der Herr Juncker, überhaupt anscheinend das Vorbild für Herrn Van der Bellen, denn der hat das noch früher gesagt, dass man den Europäern nicht die Wahrheit sagen darf. Sie kennen wahrscheinlich oder sicher seinen berühmten Ausspruch: „Wenn wir irgendwo nicht durchkommen, dann lassen wir es, dann probieren es nach einer gewissen Zeit wieder und wieder und wieder, bis die Europäer das gefressen haben, was wir wollen.“ Das sind die Herren, die an der Spitze dieser EU verhandeln und unsere Zukunft sichern sollen. Das ist eine Chuzpe, was hier passiert, meine Damen und Herren!

Wenn Sie darüber nachdenken und sich ein bisschen dafür interessieren, dann wird Ihnen das noch mehr auffallen, wenn es – darüber werden wir noch deutlicher reden in dieser Woche – um den ESM geht, den sogenannten Rettungsschirm, der in Wirklichkeit eine Katastrophe ist. Schauen Sie sich einmal den Vertrag an – er ist nicht so dick, dass man ihn nicht lesen könnte –, und Sie werden sehen, welche Ungeheuerlichkeiten dieser Vertrag birgt.

Hier gibt es einen Gouverneursrat, nicht gewählt, nicht demokratisch legitimiert, der jederzeit den 700-Millionen-Schirm erhöhen kann, und wir haben als Staat

Österreich dem innerhalb von einer Woche nachzukommen, der unglaubliche Privilegien besitzt, nicht klagbar ist, aber alle klagen kann, der überall Einblick nehmen kann, aber bei ihm darf nicht Einblick genommen werden, der praktisch unbegrenzt die Mittel erhöhen und auf diese Art und Weise auch die Eurobonds indirekt oder direkt einführen kann auf Dauer gesehen.

Was heißt Eurobonds? – Das heißt Schuldenvergemeinschaftung. Das mit der Solidarität hört sich ja toll an, aber sagen Sie einmal dem Sparer in Österreich, dass er weniger Geld für sein Sparguthaben bekommt und mehr Steuern zahlen muss, damit die Griechen dann weniger zahlen. Sagen Sie das dem Bürger! Reden Sie nicht alleine von Solidarität. Sie können schon sagen, wir wollen solidarisch sein, aber dann fragen Sie auch die Österreicher, ob sie solidarisch sein wollen. Und Sie werden sich wundern, welche Antwort Sie dann bekommen werden auf diese Frage, meine Damen und Herren.

Die Frau Kollegin Vana hat damit geendet, die Rechten wollen unter dem Deckmantel der Mitsprache der Bevölkerung die Demokratie zerstören. Ist Mitsprache der Bevölkerung so etwas Schlimmes? Demokratie – das Recht geht vom Volk aus. Demos ist das Volk, und das wollen Sie anscheinend nicht. Vor dem Volk haben Sie Angst. Und Sie haben recht, wenn Sie Angst haben vorm Volk. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Haslinger. Ich erteile es ihm.

GR Gerhard **Haslinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Frau Vorsitzende! Frau Stadträtin! Geschätzte Damen und Herren!

Der Rechnungsabschluss 2011 zeigt uns deutlich, dass der professionelle Umgang mit Budgetmitteln anders aussehen sollte. Die Diskussion darüber zeigt uns aber auch sehr deutlich heute, dass die Frau Stadträtin eine besondere Begabung dafür hat, die Bevölkerung mit Falschinformationen zu versorgen, denn jeder, der heute über Internet oder auf der Galerie diesen Beratungen gefolgt ist, hat Folgendes beim Bericht der Frau Stadträtin zum Rechnungsabschluss 2011 vernommen. Auszugsweise: Auch die kostenneutrale Reform der MA 68 ist ein wunderbares Beispiel für Strukturreform. Feuerwachen wurden zusammengelegt, die Einsatzbereitschaft bleibt dabei gleich perfekt. Gleichzeitig schuf die Feuerwehr etwas vollkommen Neues, Wichtiges und Modernes, eine Feuerweherschule. Hier wurde kein neues Gebäude errichtet, sondern ein altes adaptiert.

Aha! Also 2011 hat die MA 68, die Berufsfeuerwehr Wien, eine Feuerweherschule errichtet. Wo wäre die? Welches Gebäude wurde adaptiert? *(Zwischenruf von VBgmin Mag Renate Brauer.)* Okay. Also es gibt keine Feuerweherschule. Sie ist vielleicht neben dem Luftschloss, von dem die Frau Stadträtin heute auch schon gesprochen hat, errichtet, aber für uns nicht zugänglich.

Aber warum braucht man diese Feuerweherschule? Diese Feuerweherschule braucht man, um die Schließung

von Gruppenwachen der Berufsfeuerwehr Wien zu rechtfertigen. Warum schließt man eigentlich Gruppenwachen, ohne eine Feuerweherschule zu haben, und macht sie so schnell zu? Was ist da der Grund? Es kann die Feuerweherschule nicht die Begründung sein, denn sonst müsste man warten, bis man eine hat. Dann könnte man sie schließen und dann wäre auch die Rechtfertigung dafür eine ganz einfache.

Auch die Art und Weise, wie die Schließung vonstatten gegangen ist, ist ja sehr bemerkenswert. Denn nicht einmal der Einsatzleitdirektor der Wiener Feuerwehr wusste am Tag der Schließung, am 12. April 2012, dass er Stunden später drei Gruppenwachen beziehungsweise zwei Gruppenwachen – es wurden Neubau und Brigittenau geschlossen – weniger zur Verfügung hat. Das ist der, der die Einsätze koordinieren muss. Nicht einmal der wusste es.

Man hatte aber, als man zu den Gruppenwachen hingefahren ist, dann schon die neuen Schilder von einem Sicherheitskompetenzzentrum der „Helfer Wiens“ mit. Es ist eigenartig, warum man so schnell und vor allem so überhastet agierte. Das muss einen anderen Grund haben. Wahrscheinlich wird es mit dem Personal zu tun haben. Man möchte oder man muss Personal einsparen. Die europäischen Arbeitszeitrichtlinien werden irgendwann einmal schlagend. Die Feuerwehr macht 24-Stunden-Dienst, das darf in Zukunft nicht sein, und man muss irgendwie darauf reagieren. Also man spart Personal ein, indem man Gruppenwachen schließt. Die Feuerweherschule ist daher ganz einfach eine Falschinformation an die Bevölkerung. Sollte ich unrecht haben, erwarte ich Ihre Entgegnung oder Richtigstellung.

Kostenneutrale Reform der MA 68? Das ist eigentlich auch eine Ansage, die so nicht stimmt. Die Sanierung der Hauptfeuerwache Am Hof kostet, glaube ich, 50 Millionen EUR. Von sparsam und Spargedanken ist man da weit entfernt.

Man spricht auch davon, dass es keine Verschlechterungen durch diese Zusammenlegung oder die Auflassung der Gruppenwachen gibt. Die Stadt erweitert sich, es werden immer mehr Gebäude geschaffen, die Bevölkerung wird mehr, aber die Eintreffzeiten der Feuerwehr verlängert man. Anstatt sie dort, wo eigentlich mehr passieren könnte, zu verkürzen, verlängert man die Eintreffzeiten, und gemäß Ausrückzeiten werden sie von fünf auf acht Minuten erhöht.

Jetzt zeigt die „Kronen Zeitung“ von 4. Mai, was innerhalb von drei Minuten mehr bei einem Brand entstehen kann. Aus einem kleinen Feuerchen auf einer Bettbank kann ein Zimmerbrand entstehen. Und so ist es auch schon, wie ich erfahren habe, in Neubau passiert. Bei einem Geschäftsbrand konnte der Entstehungsbrand von der zuständigen Gruppenwache, die es ja nicht einmal mehr gibt, weil es ja die Feuerweherschule gibt, nicht rechtzeitig bekämpft werden, und so ist das Geschäft abgebrannt. Das weiß man. Darüber wird man aber natürlich nichts lesen und schon gar nichts hören irgendwo, denn da schweigt man besser darüber.

Aber nicht alle bei der Wiener Feuerwehr sehen das

so, und sie werden uns das auch in Zukunft mitteilen, wie man hier mit der Sicherheit in Wien umgeht und wie man die Bevölkerung falsch informiert.

Falschinformationen sind ja Programm bei der SPÖ. Die Gruppenwachen können keine Kleinbrände löschen oder keine Brände löschen. Jetzt hat im Mai am Messegelände die Baustelle des WU-Campus gebrannt. Und wer, glauben Sie, waren die Ersten dort? Die Gruppenwache Kaisermühlen war als Erste dort am Einsatzort und hat auf Grund des Ausmaßes sofort Alarmstufe 2 geben müssen, weil es sich wirklich um einen großen Brand gehandelt hat.

Also die waren jetzt nicht nur vorgesehen für stecken gebliebene Personen im Lift oder für beschädigte Fahrzeuge nach Verkehrsunfällen, wie es ja der Bevölkerung im Bezirk vorgegaukelt wurde. Da hieß es, die dürfen ja gar nichts löschen, die können das nicht, Feuer kennen sie nur vom Hörensagen, die sind nur für technische Einsätze zuständig. Und da sind auch die Feuerwehrbeamten ziemlich entsetzt, warum man dem nämlich von der Feuerwehr selbst nicht widersprochen hat, weil es nämlich eine Herabqualifizierung ihrer Leistung ist.

Und jetzt gibt es das Sicherheitskompetenzzentrum mit zwei SPÖ-nahen Vereinen, die „Helfer Wiens“ und der ASB. Wir im Bezirk haben Unterschriften gesammelt, wir haben die Bevölkerung auch aufgeklärt, und wir haben nicht erzählt, wie Sie es mir in einer Anfragebeantwortung vorgehalten haben, dass die alten Muatterln verbrennen werden, wir haben hier seriöse Aufklärungsarbeit geleistet und haben 2 005 Unterschriften sammeln können. Es sind nicht alles Bezirksbewohnerinnen und Bezirksbewohner, sondern es sind auch Menschen, die im Bezirk arbeiten. Allein die Leute vom TGM im 20. Bezirk, wo es nahezu jeden zweiten Tage zu einem Fehlalarm durch Unachtsamkeit oder durch mutwillige Auslösungen kommt, waren nicht sehr begeistert, dass die Feuerwehr nicht mehr im Bezirk ist.

Gut, dann ich will jetzt die Gelegenheit nützen und darf Ihnen, Frau Stadträtin, die 2 005 Unterschriften übergeben. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das zum Thema, weil ich ja wahrnehmen konnte, dass die Frau Stadträtin heute sehr oft den Kopf geschüttelt hat, wenn meine fraktionellen Vorrednerinnen und Vorredner das Wort ergriffen haben. Ich weiß nicht, ob sie bei mir auch den Kopf geschüttelt hat, aber ich bin gerne bereit, Zeit dafür aufzuwenden, damit Sie mir zeigen, wo die Feuerweherschule ist und wo sich das Gebäude befindet. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dipl-Ing Margulies. Ich erteile es ihm.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Damen und Herren!

In aller Kürze zur Geschäftsgruppe ein paar Punkte. Es wird ja doch zwischendurch – ganz selten, sage ich leider dazu – versucht, seriös zu argumentieren, aber selbst dann muss man sich anschauen, wie tatsächlich die Zahlen sind, wie insbesondere die Zinsbelastung, nur als ein Beispiel, in Wien aussieht.

Wir haben Aufwandszinsen im Jahr 2011 in der Größenordnung von 37 Millionen EUR, und wir haben Ertragszinsen und zinsähnliche Dividenden in der Größenordnung von 93 Millionen EUR. Das heißt, wenn man sich schon das Finanzergebnis der Stadt Wien ansieht und der Meinung ist, das Finanzergebnis der Stadt Wien ist letzklassig und wird immer schlimmer, schlimmer und schlimmer, dann sollten wir doch in Summe irgendwie erkennen, dass das Finanzergebnis der Stadt Wien ein Plus von knapp 56 Millionen EUR bietet. Ich finde, das kann man einfach akzeptieren und kann es so stehen lassen, ohne alles immer schlechtreden zu wollen.

Ein weiterer Punkt, der mir ganz wichtig ist in Bezug auf die Wiener Stadtwerke. Sie haben den Bericht doch auch bekommen, Kollege Schock und Frau Kollegin Kappel. Sie haben ihn bekommen, Sie haben nachgelesen, wie hoch die Erlöse bei der Wien Energie beim Strom sind, Sie haben nachgelesen, wie hoch die Erlöse beim Gas sind – 1,6 Milliarden EUR beim Strom, 0,4 Milliarden EUR beim Gas –, und Sie haben sich auch angesehen, wie hoch der Überschuss der Wiener Stadtwerke im Gesamten oder von Wien Energie ist. Oder haben Sie das nicht?

Denn mit Ihren Einsparungsvorschlägen, minus 10 Prozent beim Strom, minus 20 Prozent beim Gaspreis, kosten Sie die Wiener Stadtwerke, insbesondere die Wien Energie 240 Millionen EUR jährlich, und das bei einem jetzigen Überschuss von 70 Millionen EUR. Das heißt, Sie wollen beinhart allein die Wien Energie jährlich mit 150 Millionen EUR ins Minus schicken. Das ist Ihre Politik.

Ich habe dann in einem Nebensatz vom Kollegen Eisenstein vernommen: Aber Sie werden sehen, wie wir noch Geld machen können mit einer Umstrukturierung der Wiener Stadtwerke. Und das kann, bezugnehmend auf die Regierungsperiode, nur lauten: Zuerst schlechtmachen – schauen wir uns doch die ÖBB an –, dann filetieren und dann privatisieren. Und wir wissen, wohin das Geld fließt: ins Sackerl von der FPÖ, ins Sackerl von manch anderen korrupten Politikern. Und nach dieser für mich unglaublich glaubwürdigen Distanzierung vom Kollegen Neuhuber sage ich jetzt echt nicht ÖVP, denn es gibt anständige Menschen in der ÖVP, die sich tatsächlich von diesen Praktiken distanzieren.

Von der FPÖ habe ich das noch nicht gehört. Es ist ja kein Wunder, es kommt ja jeden Tag ein neuer Fall aufs Tapet. Da geht es nicht um die Alten, um eine Frau Meschar bei einem Herrn Graf, bei einem Herrn Wansch (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung*), sondern – ich habe das heute schon einmal gesagt – Sie haben umgestellt, aber nicht für die armen Leute: Heim ins Reich, statt reich ins Heim! Das ist die Devise, nach der Sie politisch agieren, und das ist wirklich schäbig. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Das ist ja wirklich ungeheuerlich! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Kollege Graf, ah, nicht Graf, Entschuldigung! Kollege Jung! (*Zahlreiche Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Sie haben

sich jetzt schon so verteidigt, dass ich geglaubt habe, Sie sind schon der Kollege Graf. Manchmal kommen Sie mir so vor. (*Anhaltende Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Es tut mir wirklich leid. Das ist so echt eine persönliche Geschichte. Ich habe mit der Frau Meschar absolut nichts am Hut gehabt, ich habe mit diesen ganzen Stiftungen nichts am Hut gehabt, aber ich finde es einfach schäbig. Das ist der Ausdruck, den man dafür verwenden kann auf gut Wienerisch. So was tut man nicht! (*GR Mag Wolfgang Jung: Da redet einer!*)

Wir haben mitbekommen, dass Abfertigungsritter aus Seibersdorf nicht zurücktreten müssen. Das haben wir mitbekommen. Wir haben auch viel anderes schon erlebt bei der FPÖ, aber das hat tatsächlich auch in der öffentlichen Meinung Reaktionen hervorgerufen. Denn so geht es ja nicht nur mir. Wäre das nur ich, würden mich alle auslachen. Das Schöne ist: Die breite Öffentlichkeit findet so ein Verhalten schäbig, und zwar zu Recht. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Und in Wirklichkeit sollte der Graf zurücktreten, aber nicht nur aus der Stiftung, sondern auch als Nationalratspräsident und als Parlamentarier.

Es sollte der Kollege Wansch zurücktreten, weil so etwas tut man einfach nicht. Aber was soll es, sie bleiben uns erhalten. Und mit jedem Tag, den diese Kollegen und Kolleginnen der FPÖ erhalten bleiben, mit jedem Tag stärken sie das demokratische Österreich, weil mit ihnen dann einfach niemand etwas zu tun haben will und das freut mich.

Ich komme noch einmal ganz kurz zurück auf die Finanzen ... (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Aufregung bei GR Mag Dietbert Kowarik.*) Schauen Sie, Sie können sich gerne zum Wort melden, dann können wir das weiter diskutieren. Ich komme nur einmal kurz zurück auf die Finanzen in Wien. Insbesondere Sie stellen sich immer wieder mit Taferln hin und sprechen über die Schuldenexplosionen der Länder und Gemeinden. Jetzt hat der Rechnungshof nicht nur Wien untersucht, sondern alle Bundesländer und hat einmal festgestellt, das Defizit in Niederösterreich im Land ohne Gemeinden ist von 1,8 Milliarden auf, ich glaube, 4,2 Milliarden EUR explodiert. Es war Niederösterreich trotzdem nicht so böse und auch nicht die anderen Bundesländern. Nein, es war und ist Wirtschaftskrise. Die Steuereinnahmen sind dramatisch weggebrochen. Arbeitsplätze sind bedauerlicherweise dramatisch weggebrochen. Das Einzige, was das kommunistische Hetzblatt „Der Trend“ in seiner neuen Ausgabe schreibt, ist: „Bei den 50 reichsten Österreichern und ihren Familien konzentriert sich knapp ein Zehntel des privaten Gesamtvermögens des Landes.“ Bei 50 Personen und Familien. Und eine Seite weiter schreibt er: „Der durchschnittliche Anstieg des Reichtums ist 10 Prozent pro Jahr.“ Also wir nehmen zur Kenntnis, wir haben Krise. Unter dieser Krise leiden nicht nur Kommunen und Bundesländer und Nationalstaaten, sondern auch die Bevölkerung. Die Einzigen, die nicht darunter leiden, sind die Reichen und Superreichen.

Und jetzt schauen wir uns ganz beinhart ... Ich meine, Sie reden immer davon, dass der ESM so

schrecklich ist. Ich mache diesen Schwenk ganz gerne, weil ich tatsächlich nicht zu den großen Befürwortern des Europäischen Stabilitätsmechanismus in der Art und Weise, wie er gegenwärtig gemacht wird, zähle. Ich zähle auf die Solidarität Europas und ich halte es für notwendig, um insbesondere die ganz verschiedenen nationalstaatlichen und nationalen Ressentiments nicht wieder hochkochen zu lassen. Das brauchen wir nicht in Europa, ganz sicher nicht, dass die Faschisten, die es in Belgien gibt, die es in Frankreich gibt, die es auch in Griechenland gibt, wieder Fuß fassen. Das brauchen wir nicht, auch in Österreich nicht. Das brauchen wir ganz sicher nicht. Das heißt, wir brauchen mehr Solidarität. Aber ein europäischer Krisenschirm muss wirklich von den Krisenverursachern bezahlt werden und das ist nicht nur die Finanztransaktionssteuer, sondern der zentrale Punkt, der die Krise verursacht, ist nach wie vor die Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Und da müssen wir etwas ändern. Ein Weg dahin ist die Vermögenssteuer. Nur als ein Beispiel: Ich würde liebend gerne, ich sag's Ihnen, wie es ist, die Möglichkeit und die Macht besitzen, eine Vermögenssteuer einzuführen. *(GRin Mag Dr Barbara Kappel: Dann führen Sie es doch ein!)* Es gibt leider in Österreich mit Ausnahme der GRÜNEN wirklich quer durch und Teilen der Sozialdemokratie noch keine breite Übereinkunft, dass die Vermögenssteuer eingeführt wird. Und es braucht eine Mehrheit.

Ich kenne eine Partei, die sich ständig dem kleinen Mann und der kleinen Frau anbietet und sagt, wir sind für Sie da. Aber wenn es um die Vermögenssteuer geht, dann hört man von der FPÖ: Nein, das kommt nicht in Frage. Wir können doch nicht die Reichen belasten. Die haben das alle verdient. In Wirklichkeit haben sie es ererbt, et cetera. Selbst wenn man sich diese Liste hier anschaut – ja, es gibt einige in dieser Liste der 100 Reichsten, die haben es sich verdient, die gibt's. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Siehst es!)* Die haben entweder gute Ideen gehabt oder sie haben wirklich viel gearbeitet. Und dann gibt's - schauen Sie sich diese Liste durch, ich will jetzt keine Werbung machen, Sie kommen drauf, der größere Teil hat es geerbt, hunderte Millionen geerbt und nie Steuern dafür bezahlt! Das ist das Problem und das ist das, warum in Österreich dann die Armen draufzahlen und die Reichen sich in den Villen sonnen und nichts von der Krise mitbekommen. Und das ist auch ursächlich dafür verantwortlich, dass dann plötzlich den Ländern und den Gemeinden das Geld ausgeht.

In diesem Sinne sparen Sie sich die Krokodilstränen. Wenn Sie wirklich der Meinung sind, dass man in Wien gemeinsam für die Wiener Bevölkerung was machen soll, dann schicken Sie erstens nicht die Wiener Stadtwerke in Konkurs, momentan ein profitables Unternehmen. Aber wenn es nach Ihren Vorstellungen geht, jährlich 150 Millionen EUR minus. Na ja, das ist Wirtschaftskompetenz, kann man da nur sagen, aber nichtsdestotrotz. Ansonsten setzen Sie sich dafür ein, dass tatsächlich ein gerechteres Steuersystem kommt, dass diejenigen, die mehr haben, auch mehr beitragen und diejenigen, die es benötigen, auch entlastet werden.

(GR Mag Dietbert Kowarik: Leistung soll belohnt werden!) Leistung soll belohnt werden, ich gebe Ihnen vollkommen recht. Die Leistung der Kindergärtnerin soll belohnt werden. Die Leistung der Krankenpflegerin soll belohnt werden. Es soll nicht die Leistung der Kuponschneider belohnt werden und es soll nicht die Leistung der Stiftungsvorstände Martin Graf und Wansch belohnt werden, weil die zocken arme Muatterln ab und werden damit reich. Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Dietbert Kowarik: Was Gescheiteres fällt Ihnen nicht ein, Herr Kollege? Erklären Sie uns die Vermögenssteuer! Kommen Sie heraus und erklären Sie es!)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bevor wir zu Zwiesgesprächen kommen und versuchen, dann irgendwo jemanden tatsächlich als Professor hier zu haben, der was erklären soll, muss er nicht, hat sich der Kollege Jung zum Wort gemeldet und zwar zum zweiten Mal. Ich weise darauf hin, dass seine Redezeit zwei Minuten beträgt.

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich fürchte, die würden nicht ausreichen, um die Liste, die ich Ihnen jetzt anfangen werde vorzulesen, durchzubringen. Aber wir haben ja noch Zeit, das bei Gelegenheiten dann wieder weiter zu wiederholen.

Sie spielen sich da als die großen Saubermänner auf, Herr Kollege. Sie regen sich beim Kollegen Martin Graf über Sachen auf, wo es kein Gerichtsurteil gibt, wo sie rein auf Behauptungen und Vermutungen basieren. Aber ich kann Ihnen Sachen vorlesen, die auf Gerichtsurteilen basieren und das sind solche mit der Partei, mit der Sie in Koalition sitzen, Herr Kollege! Und wenn Sie wollen, können wir Ihnen die jede Sitzung jedes Mal, genauso wie Sie es hier machen, vorlesen.

Ich fange einmal an: 1985, die älteren Sozialisten erinnern sich noch, da gab es einen gewissen Karl Sekanina, Gewerkschafter, Bautenminister, muss wegen Grundstücksmanipulation zurücktreten. 1985 bis 1992, das hat sich hingezogen, war der Fall Udo Proksch. Anfangs noch ein Verdacht, geendet hat es mit Anklage und Beweis wegen Mordes. Das war der Chef, der den Club 45 den Sozialdemokraten zur Verfügung gestellt hat, wo auch der heutige Bundespräsident und viele andere, vielleicht auch der eine oder andere von Ihnen, drinnen verkehrt hat, meine Damen und Herren. Und da war er ein guter Freund, der Udo Proksch. *(Aufregung bei GR Kurt Wagner.)* Ja ja, regen wir uns nur auf. 1986 der Herr Dr Vranitzky bei seinem Wechsel als Vorstandsmitglied der CA zur Länderbank 800 000 Schilling Abfertigung. Mittlerweile hat er ja auch diese tollen Telefonate mit Millionen und so weiter eingeführt. 3 Millionen Abfindung, Anspruch war eine Pension von 200 000 Schilling pro Monat, und so weiter. Trotz Kritik des Rechnungshofes beharrt er auf diesen Zahlungen. Ich mache demnächst weiter. Danke schön, Herr Vorsitzender

Ich ersuche nur, dass endlich einmal die Geschichte Ordnungsruf geregelt wird, denn auch der muss man

nachgehen. Ich habe schon in der letzten Sitzung bei der Frau Kollegin Pilz einen Ordnungsruf verlangt. Sie hat versprochen, das zu klären. Ich habe sie in der Sitzung wieder darauf aufmerksam gemacht. Es ist wieder nichts passiert und ich musste heute Früh nachstoßen. Und, Herr Vorsitzender ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Sie haben damit Ihre Redezeit voll ausgeschöpft. (*GR Dipl.-Ing. Martin Margulies: 2008! Noch nicht fertig! – Beifall bei der FPÖ.*) Also wenn ich zuvor darauf aufmerksam gemacht wurde, wir sollen doch beim Thema bleiben, das war Themenverfehlung pur. Darauf möchte ich schon sehr eindeutig hinweisen. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Und zum Zweiten: Kollege Jung, Sie wissen ganz genau, weil ich mit Ihnen persönlich gesprochen habe, dass ich auf die Wortmeldung der Kollegin Wehsely in der letzten Sitzung eingehen werde, wenn ich ab 15 Uhr meinen Vorsitz führe. Zu entsprechender Zeit werde ich das dann auch machen, nämlich wenn dieser Bereich abgeschlossen ist. Ich habe extra die Unterlage vor mir liegen.

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet außer die Frau VBgmin Mag Brauner und ich erteile ihr dieses Wort.

VBgmin Mag Renate **Brauner**: Vielen Dank, Herr Vorsitzender!

Ja, sehr geehrte Damen und Herren, ich sagte zu Beginn meiner Einleitung, ich freue mich auf den Austausch sachlicher Argumente. Nun, ganz ungetrübt ist diese Freude nicht. Es waren nicht nur sachliche Argumente, sage ich jetzt einmal sehr zurückhaltend. Aber ich werde versuchen, mich mit dem, was an inhaltlichen Argumenten gekommen ist, auseinanderzusetzen. Aber ich werde auch zu dem Niveau manch anderer Bemerkungen hier selbstverständlich Stellung nehmen. Ich darf beginnen.

Kollege Juraczka ist im Moment leider nicht da, aber diese Diskussion hat sich durch einige Wortmeldungen von Damen und Herren der ÖVP gezogen. Es ist um die Frage gegangen: Wieso haben wir denn diese Krise und worauf ist sie zurückzuführen? Es wurde hier unter anderem die Verschuldung der Stadt Wien kritisiert und wie sie denn zustande käme. Es hat der Kollege Margulies schon sehr deutlich gemacht, wie wir auf der einen Seite mit geringeren ... und das ist ja mathematisch nachweisbar und zwei und zwei bleibt vier oder in dem Fall eher vier weniger zwei bleibt zwei; da kann man nicht herumdeuteln, wenn man - und da blicke ich in diese Richtung, weil da gehe ich davon aus, dass Sie das auch sind - an einer seriösen Auseinandersetzung interessiert ist. In dieser Ecke habe ich das schon längst aufgegeben. Aber dass wir weniger Einnahmen haben und gleichzeitig höhere Ausgaben durch die Krise, ist, denke ich, mehr als eindeutig. Es wurde hier, ich habe es mir genau aufgeschrieben, gesagt, ja ja, das stimmt schon, wir sagen immer, die Stadt Wien wirtschaftet gut, aber die Überschüsse in wirtschaftlich guten Zeiten sind schon lange her.

Ja, das stimmt, sehr geehrte Damen und Herren, aber weil die wirtschaftlich guten Zeiten auch schon lange her sind. Und das lässt sich hier auch ganz genau

nachweisen. Was ich Ihnen hier zeige, ist nicht erst das Ergebnis unserer Stabilitätsvereinbarungen mit dem Bund, sondern das ist das, was ich schon beim Budgetvoranschlag von vor zwei Jahren hergezeigt habe. Und hier lässt sich ganz genau nachweisen, hier ist sozusagen unsere Nulllinie, und da vor der Krise. Hier ist das Jahr 2008, da hat Wien immer Überschüsse produziert, immer. Und erst dieses große Hinabsacken ab dem V, über das ich immer spreche, ist ganz eindeutig hier im Jahr 2009, im Jahr 2010. Da lässt sich ganz deutlich nachvollziehen, wo die Einnahmen eingebrochen sind, wo wir Konjunkturpakete schnüren mussten, wo wir uns verstärkt an arbeitsmarktpolitischen Initiativen beteiligt haben, und das ist ganz, ganz eindeutig. Das ist etwas, was wir jetzt im Stabilitätspakt auch vereinbart haben. Aber auch unabhängig vom Stabilitätspakt haben wir, weil gerade für jemanden, der Politik gestalten möchte, und dazu sitzen wir ja alle da, müssen wir auch perspektivisch unsere Haushalte in Ordnung bringen. Da brauche ich keinen Stabilitätspakt dazu oder, wie es Kollege Sausgruber so schön gesagt hat, Schuldenabbau braucht man nicht in die Verfassung schreiben, man tut's einfach. Das gefällt mir sehr gut, wie mir überhaupt sehr viel, was Kollege Sausgruber in seiner Politik gemacht hat, sehr gut gefallen hat und wir auch immer sehr gut zusammengearbeitet haben. Aber das lässt sich hier eindeutig nachweisen und dieser Aufstieg, das V, ist der Versuch und das klare Ziel, das ich ja bei meiner Einleitung auch formuliert habe, 2016 genau hier wieder die schwarze Null zu schreiben und wieder in die Situation zurückzukommen, die, und auch das wurde angesprochen, eine antizyklische Wirtschaftspolitik bedeutet: Dann, wenn es notwendig ist, Geld in die Hand nehmen, dann, wenn die Wirtschaft schlechter ist, Geld in die Hand nehmen, um zu investieren, und dann, wenn wieder Einnahmen da sind, diese nicht verprassen, sondern sie dazu verwenden, um Schulden wieder zurückzuzahlen. Aber wir haben noch keine Zeit, wo wir Überschüsse produzieren. Es geht der Wirtschaft noch nicht so gut. Wir müssen noch weitere Maßnahmen setzen und deswegen befinden wir uns jetzt in einer schwierigen Phase, wo wir genau diesen Konsolidierungskurs beginnen müssen. Das zeigt sich an der immer geringer werdenden Neuverschuldung, aber auf der anderen Seite sind Investitionen noch notwendig.

Und ich bin schon ein bisschen enttäuscht, wenn ich von der Wirtschaftspartei ÖVP so viele schlechte Worte über den Standort Wien höre, denn das ist ja nun wirklich nicht im Interesse der Unternehmer und Unternehmerinnen und vor allem nicht im Interesse gerade der Klein- und Mittelbetriebe. Mit denen sitzen wir ja in einem Boot, weil die können nämlich genauso wenig wie die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen etwas für diese Wirtschaftskrise. Die kleinen Unternehmer, die jeden Tag um fünf aufstehen, damit sie die Buchhaltung noch machen können - alles selber im Betrieb -, die es schwer genug haben, die können gar nichts für diese Krise, die leiden zumindest genauso unter dieser Krise wie die Klein- und Mittelunternehmen und insofern sitzen wir alle in einem Boot. Und ich denke, wir sollten bei

allen unterschiedlichen Einschätzungen, und es ist klar, dass es die gibt, sonst wären wir nicht zwei unterschiedliche Parteien, in dieser Frage doch auch an einem Strang ziehen. Genauso wie in der Frage der Arbeitslosigkeit.

Ja natürlich hat Wien als Metropole eine besondere Rolle und eine besondere Situation. 250 000 Menschen, die nicht in dieser Stadt leben, bekommen in dieser Stadt Arbeit und dazu bekennen wir uns auch. Wir bekennen uns zu der überregionalen Bedeutung einer Metropole. Wien ist Wirtschaftsmotor für die gesamte Ostregion. Aber dann sich das dauernd noch vorwerfen lassen zu müssen, sehr geehrte Damen und Herren, ist zumindest nicht fair und ich finde, dass das in einer ernsthaften sachlichen Auseinandersetzung keinen Platz haben sollte.

Wenn die Schwerpunkte kritisiert wurden, die sich die Stadt vorgenommen hat, dass das die falschen sind - ja dann bitte, sagen Sie mir, was hätten wir denn nicht machen sollen? Hätten wir den Gratiskindergarten wieder abschaffen sollen, wie es manche gemacht haben? Hätten wir nicht die Klein- und Mittelunternehmen fördern sollen? Hätten wir den U-Bahn-Ausbau stoppen sollen, eine der teuersten Investitionen in der Stadt, keine Frage, das ist völlig richtig? U-Bahn-Ausbau ist teuer, jawohl, aber um einen Spruch ein bisschen abzuwandeln, es ist teuer, aber es wirkt. Denn die U-Bahn ist der Wirtschaftsmotor in der eigenen Investition, indem sie Tausende von Arbeitsplätzen auch weit über Wien hinaus sichert – sogar bis nach Vorarlberg, das haben wir in der Statistik, kriegen Leute durch die U-Bahn Arbeit. Aber der Großteil ist natürlich in der Ostregion beziehungsweise bis in die Steiermark sind Baufirmen unterwegs.

Hätten wir nicht die Spitalsreform beginnen sollen, die natürlich, wie immer, wenn man neue Strukturen schafft, am Anfang auch Investitionen braucht? Denn wenn ich alte teure Strukturen, die vielleicht idyllisch sind – und wenn man sich das Pavillonsystem der Wiener Spitäler anschaut, so finde ich es auch romantisch, wenn man in den Garten rausschaut, aber wenn man als Patient im Winter durch den Garten zum Röntgen geführt werden muss, dann ist das schon nicht mehr ganz so romantisch. Und wenn wir Kilometer von Straßen finanzieren müssen, so groß wie der gesamte 8. Bezirk, und Geld für die Schneeräumung ausgeben müssen, viel Geld, bevor wir noch einen Patienten gesehen haben, geschweige denn ihn gesund gemacht haben, so ist das schon überhaupt gar nicht mehr romantisch. Aber natürlich muss man zuerst einmal investieren, um neue, moderne, bessere und im Endeffekt auch günstigere Strukturen zu schaffen.

Aber das wissen Sie doch alles und deswegen enttäuscht mich diese Diskussion ein wenig, denn ich glaube, wir hätten auf anderen Ebenen doch einiges, was wir wirklich miteinander diskutieren könnten.

Etwas, was wir seit Jahren diskutieren und wo ich mich einfach nur wiederholen kann, abgesehen von den Phantasiezahlen, die hier erwähnt wurden, ich weiß gar nicht mehr, von wem, wie viel angeblich die Stadt Wien

in Öffentlichkeitsarbeit steckt - also diese Zahlen sind immer so an den Haaren herbeigezogen und so abstrus, dass ich gar nicht näher drauf eingehen möchte. Aber ein Vorwurf, der immer wieder kommt, ist die ganze Frage des Personalaufwandes und dass wir hier angeblich unsere Ziele nicht erreicht hätten. Zumindest alle, die in meinem Ausschuss sitzen, wissen, dass das nicht stimmt. Wir haben das mit den Damen und Herren des Rechnungshofes auch diskutiert. Wir haben ganz klar erläutert, dass hier, na sagen wir mal höflich, Äpfel und Birnen durcheinander geworfen worden sind. Man braucht sich ja nur anzuschauen, in jedem Rechnungsabschluss steht die Anzahl unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen drinnen. Wenn wir 500 Millionen oder was die Zahl da war mehr ausgegeben hätten an Personal, dann müssten die ja irgendwo stehen, außer es hat irgendeiner auf einmal einen Einkommensgewinn von drei Millionen Prozent. Aber das wäre auch aufgefallen, glaube ich. Insofern ist das eine absurde Diskussion und wirklich eine Diskussion wider besseren Wissens. Genauso wie wider besseren Wissens unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen immer wieder verglichen werden mit anderen Ländern beziehungsweise mit dem Bund. Sie wissen ganz genau, wir sind Land und Kommune. Sie wissen ganz genau, 95 Prozent unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind im Dienstleistungsbereich tätig und nicht im engeren Sinn in der Verwaltung, sind Kanalräumer, Krankenschwestern, Feuerwehrleute. Und einer Krankenschwester, die in Frühpension geht, weil sie ein kaputtes Kreuz hat, das dann vorzuwerfen und zu sagen, sie ist eine - das haben Sie nicht gesagt, das möchte ich jetzt auch deutlich machen, aber man liest es immer wieder - Obezahlerin, obwohl sie sich nicht mehr rühren kann, nicht mehr bewegen kann, weil sie eben einen ganz schweren Beruf hat, das finde ich nicht fair und da möchte ich mich auch ganz klar vor unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen stellen! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Und einen letzten Satz noch. Ich glaube, es war Kollege Aichinger, der Förderung für Jungunternehmungen gefordert hat. Gerne können wir da auch noch weiter darüber diskutieren, was wir noch besser machen können.

Ich darf auch in Erinnerung rufen, Sie wissen es und alle anderen sollten es auch wissen, dass bei der Evaluierung der Wirtschaftsförderung die Wirtschaftskammer ja auch mit dabei ist, weil wir sehr daran interessiert sind, hier zusammenzuarbeiten. Aber gerade bei den Jungunternehmern und Jungunternehmerinnen gibt es sehr gut funktionierende Förderungen, wenn ich an unsere Start-up-Förderung denke, wenn ich an Mingo denke, „Move in and grow“, wo wir jetzt dazu übergehen, fachlich zu fördern. Es gibt das erste „Move in and grow“ für Kreative, es gibt jetzt das erste auch für Medienbereiche, weil die spezielle Bedürfnisse haben. Also ich denke, dass wir da schon wirklich recht gut unterwegs sind und gerne bin ich da zu einer weiterführenden Diskussion auf einer sachlichen Ebene bereit.

Ich war ja schon ganz erfreut, wie Kollege Neuhuber

zu seinem Diskussionsbeitrag angesetzt hat, weil das, was hier zur Frage der Auslöser der Krise diskutiert wurde, ja, das ist sachlich richtig. Er hat gemeint, am Anfang der Wirtschaftskrise stand die Situation, wir wissen es alle, des Häusermarktes in den Vereinigten Staaten. Ja, das stimmt. Aber da muss man schon auch schauen, wer denn diejenigen waren, die dort den ohnehin schon überschuldeten Haushalten die Kredite für diese Häuser eingeredet haben und wer dann danach diese Krise mit völlig abstrusen und immer abstruser werdenden Finanzprodukten über die ganze Welt verstreut hat. Also ich glaube, dass man die internationale Spekulation nicht freisprechen kann, dass sie der wirkliche reale Auslöser der Krise ist, die die Realwirtschaft, und da sind wir uns ja einig, zumindest genauso trifft wie den Steuerzahler im Allgemeinen. Ich glaube, es war Kollege Neuhuber, der sagt, wir brauchen einen Mittelweg zwischen Sparen und Investieren - jawohl, das sind ein wenig andere Worte, als ich sie gewählt habe. Ich sage, wir brauchen beides, Sparen und Investieren. Aber da sind wir ja sicher nicht so weit auseinander. Ich will mich da jetzt nicht verbreitern, was man alles in Griechenland machen könnte, obwohl diese Diskussion eine spannende wäre, denn so aussichtslos sehe ich diese Investitionsmöglichkeiten nicht, weil dort zum Beispiel in Ausbildung und Qualifikation zu investieren oder in den Ausbau von Sonnenenergie, denke ich, ist sehr wohl eine Zukunftsmöglichkeit. Aber das ist jetzt nicht meine direkte Aufgabe. Ich wollte nur zum Ausdruck bringen, dass wir gerne bereit sind, diese sachlichen Diskussionen zu führen.

Deswegen hatte ich auch gehofft, dass es so weitergeht. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, wenn dann der Höhepunkt der Kritik an der Wirtschaftspolitik der Stadt ist, dass unser Bürgermeister bei einer Festveranstaltung nicht war, weil ein anderer wichtiger Termin länger gedauert hat, dann kann ich Ihnen nur sagen: Sie werfen mir immer vor, ich mache Selbstlob. Na besseres Lob gibt es ja gar nicht! Wenn das die Kritik an der Wirtschaftspolitik der Stadt ist, dass unser Bürgermeister einmal nicht bei einer Veranstaltung dabei war, dann kann ich nur sagen: Danke, ich fühle mich in meinem Weg, den ich gegangen bin und den wir alle miteinander gehen, bestätigt. So schlecht kann er nicht sein, wenn das alles ist, was übrig geblieben ist! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Und noch einmal zurück zu dem Versuch, wieder zur sachlichen Ebene zurückzukommen: Es wurde gemeint, wenn man die Stadt mit einem kleinen Unternehmen vergleicht, dann würde dieser Anstieg der Schulden dem Unternehmen Sorgen machen. Na ja, da muss man halt auch wieder einmal genauer hinschauen. Zum einen habe ich, glaube ich, und auch einige andere Redner haben sehr deutlich erläutert, warum es zu dieser Schuldenentwicklung kommt. Und zum Zweiten muss man ja sehen, dass diesen Schulden Werte gegenüberstehen. Um wieder jetzt beim Haushalt oder beim kleinen Unternehmen zu sein: Um das Geld ist ja nicht der Unternehmenschef oder der Haushaltsvorstand oder die -vorständin auf Urlaub gefahren oder haben es

verprasst, sondern da wurden ja bleibende Werte geschaffen. Das Geld ist ja investiert. Die U-Bahn ist ja da und gehört allen Wienern und Wienerinnen. Durch die Investitionen im Krankenanstaltenverbund sind ja moderne Einrichtungen da und dem stehen ja auch Werte gegenüber. Insofern finde ich den Vergleich mit dem Unternehmen schon ganz gut und glaube, dass wir als dieses Unternehmen gut dastehen würden und dass wir hier wirklich bei dem bleiben können, was ich zu Beginn gesagt habe: Wien steht gut und auf soliden Beinen. Deswegen denke ich, dass der Weg, den wir eingeschlagen haben, der kein leichter ist, das behauptet niemand, und dass es Probleme zu lösen gibt, bestreitet gar niemand und schon gar nicht ich, weil ich versuche, sie zu lösen, aber ich glaube, dass wir wirklich auf guten Beinen stehen und einen richtigen Weg eingeschlagen haben.

Schon viel schwerer zu einer sachlichen Diskussion kann ich auf die Beiträge der Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei eingehen, denn da war wenig, und das ist jetzt schon von mir sehr optimistisch interpretiert, Sachliches zu hören. Ich bin mir nie sicher, ob es wirklich Ahnungslosigkeit ist oder ob es bewusst so gesagt wird. Aber wenn zum Beispiel gesagt wird, na ja die Schulden müssen wir auch irgendwann einmal zurückzahlen und dann werden wir schlechtere Konditionen haben - entschuldigen Sie, schon einmal was von rollierenden Krediten gehört? Schon irgendwann einmal sich darüber Gedanken gemacht, dass wir hier ein System haben, das eben nicht mit den Privaten vergleichbar ist, dass wir uns eben nicht zu schlechteren Konditionen entsprechend refinanzieren? Es wurde auch schon erwähnt, welche geringe Zinsbelastung die Stadt hat, weil wir eben gute Schuldner sind, weil wir eine gute Bonität haben und weil wir genau deswegen auch eine geringe Zinsbelastung haben, und zwar eine Zinsbelastung in der Größenordnung von knapp über 30 Millionen und zwar alles vom Wasserwirtschaftsfonds bis hin zu den sehr langfristigen und damit üblicherweise teuren Finanzierungen für die Wohnbauinitiative. Das heißt, das ist, denke ich, entweder wider besseren Wissens oder einfach weil es halt so gut klingt ein Vorwurf, der immer wieder kommt, dass hier Verluste gemacht werden, und der nur dann realisiert werden würde, wenn man Ihren Vorschlägen folgen würde. Genau deswegen tun wir das auch nicht, sondern bleiben bei unserem Prinzip und werden deswegen die Vorteile, die es aus dieser Finanzierung gegeben hat, nutzen und werden uns weiter dagegen verwehren, dass hier wider besseren Wissens Verluste behauptet werden, die nicht stimmen und in dieser Form wirklich nicht richtig sind.

Genauso wie es falsch ist, und auch hier weiß ich nicht, ob Sie es nicht wissen oder ob Sie es nicht wissen wollen, wenn hier behauptet wird, die Schulden des Krankenanstaltenverbundes würden zu dem, was die Stadt hier ausweist, noch dazukommen. Auch das ist falsch. Selbstverständlich sind diese Zahlen in dem Budget im Rechnungsabschluss in diesem Fall der Stadt Wien drinnen, der Maastricht-Abgang des Krankenanstaltenverbundes ist drinnen. Also auch das,

sehr geehrte Damen und Herren, ist einfach nicht richtig.

Genauso wenig stimmt es - und ich komme auch gar nicht nach mit dem Korrigieren und habe mir nur die wichtigsten Punkte oder die Punkte, die mich am meisten geärgert haben, das gebe ich gerne zu, hier aufgeschrieben -, wenn behauptet wurde, in meinem Ausschuss ist vom Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur gesagt worden, bei der Evaluierung passiert nichts anderes, als zu schauen, wann irgendwelche Finanzierungen auslaufen. Das stimmt überhaupt nicht. Er hat nur gesagt, dass man sich jetzt nicht erwarten darf, dass es fundamentale grundsätzliche Alles-wird-neu-Änderungen geben wird, sondern dass man hier auch gemeinsam mit der Kammer schaut, weil die natürlich große Expertisen hat, wo kommen die Förderungen wirklich richtig an, wo kann man nachjustieren und erreichen wir wirklich genau das Ziel, das wir haben. Das ist das, was er gesagt hat. Das, was hier behauptet wurde, stimmt überhaupt nicht.

Genauso wenig wie es stimmt, dass wir hier mit dem Beschluss, den wir gefasst haben, um den Wiener Linien zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, irgendwelche Verluste abdecken. Wir haben diesen Beschluss sehr deutlich gefasst, um bei einer Wiener Firma, die sonst Arbeitsplätze verloren hätte, eine Bestellung, die notwendig ist, vorzuziehen. Alle Parteien haben dann auch zugestimmt, weil allen Parteien hier in diesem Hause offensichtlich Arbeitsplätze, konkret bei der Firma Bombardier, am Herzen liegen, nur Sie haben es nicht getan, weil Ihnen offensichtlich die Arbeitsplätze und die Menschen wurscht sind. Uns sind sie nicht wurscht. Wir werden weiter solche Maßnahmen setzen, weil wir sie für richtig halten.

Ich denke, dieses Schlechtreden, das sich durch alle Ihre Wortmeldungen durchgezogen hat, meine Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei, ist wirklich bedauerlich und traurig, denn Sie widersprechen sich auch selber. Ganz abgesehen davon, dass man eine Millionenstadt wie Wien nicht mit anderen vergleichen kann, aber darauf will ich jetzt gar nicht eingehen, das würde zu weit führen. Aber sie widersprechen sich, um nur ein Beispiel zu nennen, auch selber. Sie reden immer noch von der Sozialhilfe. Die Bedarfsorientierte Mindestsicherungsreform ist an Ihnen scheinbar vorbeigegangen, wurscht. Sie behaupten auf der einen Seite, wir würden die in Ihrer Diktion Sozialhilfebezieher nach Wien locken. Es hat sich sogar einer der Herren dazu verstiegen zu sagen: Am liebsten wäre es euch, wenn sie schon in der Türkei den Antrag stellen. Na, das nenne ich aber auch ganz schön ein Vorurteil und einen rassistischen Unterton, der da durchschlägt, und das ist noch eine höfliche Formulierung. Also einerseits kritisieren Sie, dass wir hier zu viele Leute nach Wien locken würden. Andererseits sagen Sie, es geht den Wienern und Wienerinnen so schlecht und deswegen gibt es eine so hohe Inanspruchnahme der, in Ihrer Diktion, Sozialhilfe, in Wirklichkeit Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Das ist völlig widersprüchlich, was Sie hier sagen.

Die Wahrheit ist, dass wir in Wien all denjenigen, die

Hilfe und Unterstützung brauchen, zur Seite stehen und dass wir in Wien sicher eine höhere Take-up-Rate haben als in Orten, vor allem in kleineren, wo manche Menschen Scheu haben, entsprechende Anträge für soziale Unterstützung zu stellen, und dass es in Wien jeder und jede, die es notwendig haben, auch bekommen. Ich sage Ihnen, das ist gut so, auch wenn das Geld kostet. Wir lassen die Leute hier nicht im Stich, wir unterstützen sie und dafür stehen wir und dafür werden wir auch weiterhin stehen, sehr geehrte Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wenn Sie mit solchen Argumente kommen, dann drängt sich mir der Verdacht auf, dass es eben nicht um eine ernsthafte Auseinandersetzung geht, sondern um Diffamieren und Schlechtreden. Da waren wirklich schon einige sehr, sehr niveaulose Bemerkungen, die heute gekommen sind: Behauptete Verluste, die die Stadt hätte, wo ich, glaube ich, vorhin schon bewiesen habe, dass sie nicht stimmen. Kein einziger inhaltlich kreativer, positiver Vorschlag, der von Ihrer Seite gekommen ist und - und das finde ich extrem bedauerlich - auch Pauschal diffamierungen, einerseits das schon beschriebene vorherige Zitat mit den Sozialhilfebezieher, auf der anderen Seite Angriffe auf Kollegen und Kolleginnen der Grünen Fraktion, die wirklich nur unter dem Deckmantel der Immunität Diffamierungen sind und die ich wirklich nicht in Ordnung finde. Ich finde, so etwas sollte in diesem Haus auch wirklich keinen Platz haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es tut mir leid, wenn es in Ihren Reihen einen oder mehrere gibt, dem die Wiener Feuerweherschule entgangen ist und dass diese Feuerweherschule in Floridsdorf in der Hauptfeuerwache ist, wo jetzt schon unser Brandhaus entstehen wird. Ich weiß nicht, was man noch machen kann. Ich meine, ich kann schon davon ausgehen, dass ein durchschnittlicher Abgeordneter lesen kann. Es ist in den Zeitungen gestanden, es ist eine Medieninformation gewesen. Wenn das an Ihnen vorbeigeht, tut mir das leid. Aber da würde ich vielleicht doch einmal einen kleinen Hauch an Selbstkritik anraten und schauen, ob es nicht an einem selber liegt, denn mehr, als wir zu diesem Thema auch an öffentlicher Kommunikation gemacht haben, ist ja wohl nicht mehr möglich. Aber es gibt natürlich eine andere Interpretation, meine Damen und Herren, nämlich dass es einfach Ihr Stil ist, hier möglichst so laut zu schreien und so viel Wirbel zu machen, dass Sie von Ihren eigenen Skandalen ablenken, von den Skandalen, die noch heute aus Ihrer Regierungsbeteiligung bei Untersuchungskommissionen und beim Staatsanwalt gelandet sind. Und dass Sie davon ablenken, dass Sie, wie wir ja in den Zeitungen lesen müssen, den moralischen Tiefpunkt erreicht haben, indem alte Frauen, wie die Zeitungen schreiben, ausgenommen werden. Und das, sehr geehrte Damen und Herren, das ist erbärmlich! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es wird Ihnen nicht gelingen *(StR DDr Eduard Schock: Das ist einer Berichterstatterin unwürdig!)*, die anderen Parteien auf dieses Niveau runterzuziehen. *(StR*

DDr Eduard Schock: Sie sind nicht die Generalsekretärin der SPÖ!) Es wird Ihnen nicht gelingen, die anderen Parteien auf dieses Niveau runterzuziehen. (*StR DDr Eduard Schock: Das ist einer Berichterstatteerin unwürdig!*) Es wird Ihnen auch nicht gelingen, uns von dem guten Wiener Weg abzubringen (*StR DDr Eduard Schock: Eine Schande für dieses Haus!*), ein Weg, der die Augen nicht vor Problemen verschließt, aber der im Gegensatz zu Ihnen konkrete Antworten und Lösungsvorschläge und Perspektiven zeigt wie zum Beispiel beim Thema Arbeitsmarkt, wo wir überhaupt nicht die Augen vor den Problemen verschließen. Unser Problem ist, und das sage ich immer wieder, das berühmte Wiener Phänomen, auf der einen Seite so viele Arbeitsplätze wie nie zuvor, gleichzeitig aber steigende Arbeitslosigkeit. Die Antwort darauf habe ich gegeben und den Auftrag habe ich erteilt, einen Wiener Qualifikationsplan. Denn nur Qualifikation und Ausbildung kann die Antwort sein, um dieses Wiener Phänomen zu beseitigen. Und da schließen wir nicht die Augen davor und kreischen nicht und machen keinen Skandal daraus, sondern wir versuchen, die Probleme zu lösen. Dieser Wiener Qualifikationsplan kann eine Lösung sein und wird eine Lösung sein. Genauso wie wir eine Lösung für das Problem der Teilzeit finden müssen, und auch da ist Qualifikation ein Schlüssel, weil warum haben wir denn so einen hohen Anteil an Menschen in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung? Die Dauerleistungsbezieher und –bezieherinnen sind sogar zurückgegangen. Die, die sich explosionsartig verändern, sind die Menschen, die zu wenig verdienen, um das Existenzminimum zu erreichen, entweder weil sie von Anfang an so wenig verdienen oder weil sie spätestens in der Arbeitslose dann so wenig haben, und das sind sehr viele Frauen, die in Teilzeit sind. Deswegen müssen wir Wege mit einem ganz speziellen Schwerpunkt auch im Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds finden, um hier den Frauen zu helfen - und es sind überwiegend Frauen -, aus der Teilzeit rauszukommen. Das heißt, Sie sehen, wir verschließen die Augen nicht vor Problemen und wir reden sie nicht schön, sondern wir versuchen, sie zu lösen. Und die 30 000 Menschen, denen wir im vergangenen Jahr im Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds geholfen haben und die 4 000 Jugendlichen, für die wir Plätze in Ausbildung geschaffen haben, können sich auch in Zukunft darauf verlassen. In deren Interesse bitte ich Sie, diesem Rechnungsabschluss zuzustimmen. Danke schön. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke, Frau Vizebürgermeisterin, für dieses Statement zu diesem Bereich.

Bevor wir nun zur Spezialdebatte Kultur und Wissenschaft kommen, möchte ich jenen Bereich noch einmal ansprechen, von dem ich leider bei Eröffnung der Gemeinderatssitzung nichts wusste und daher nun auf diesen eingehe. Ich habe das sowohl mit der FPÖ als auch mit der Kollegin Mag Tanja Wehsely besprochen und zwar: Die Frau Mag Wehsely hat als Folgebeitragswortmeldung zur Wortmeldung des Kollegen

Rösch in einigen Sätzen einige Formulierungen verwendet, die ich jetzt vorlesen möchte. Sie hat gesagt: „Kollege Rösch, trotzdem ist es schade, dass Sie einerseits Ja sagen und sagen, es ist wichtig, dass wir das machen und gemeinsam machen, aber gleichzeitig in eine beinahe, möchte ich fast sagen, paranoide Vorstellung verfallen der Intransparenz, der Beschummelung, der Nichtzurverfügungstellung von Unterlagen, und so weiter, und so fort. Ich verstehe es gar nicht.“ Dieser Ausdruck „Ich möchte fast sagen, paranoide Vorstellung.“ hat die FPÖ dazu veranlasst, dass wir uns das Protokoll ansehen und ich möchte in der Tat sagen, würde nicht „möchte ich fast sagen“, dabeistehen, würde ich einen Ordnungsruf erteilen. In diesem konkreten Fall möchte ich die Frau Kollegin Wehsely und künftig auch alle anderen ersuchen, von einer Wortwahl, die mögliche Krankheitsbilder auch mit hineinrückt in die Wortmeldung, wirklich Abstand zu nehmen. Ich weiß genau, Kollege Rösch ist weder paranoid noch sonst etwas. Aber dieses könnte man aus diesem intendieren. Ich bitte daher, nachdem wir ja doch einige Zeit an Diskussion noch vor uns haben, von derart inkriminierenden Worten Abstand zu nehmen. Das wollte ich zu diesem sagen.

Und nun kommen wir zur Beratung der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft. Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb und ich erteile es ihr. Die hierfür vorgesehene Redezeit ist mit maximal 25 Minuten beschränkt.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich glaube, ich werde Sie nicht 25 Minuten lang – ja, ich weiß nicht, wie ich das jetzt sagen soll, ich werde meine Redezeit nicht ausschöpfen, sagen wir es einmal so. An den Beginn meiner Rede möchte heute einen Dank stellen. Das ist durchaus ernst gemeint. Ich weiß auch nicht, wem wir das zu verdanken haben, dass der Kulturbericht nicht erst heute in diesem Haus aufgelegt ist, sondern schon am Freitag an die Klubs gegangen ist. Herr Stadtrat, vielen Dank! Das hat uns zumindest die Gelegenheit gegeben, schon das Wochenende zu nützen hineinzuschauen, wiewohl wir ja dort auch nichts vorgefunden haben, was jetzt besonders überraschend war.

Was mich heute nur ein wenig überrascht hat, sehr geehrter Herr Stadtrat, war Ihre Aussendung, die Sie bezüglich Rechnungsabschluss schon am Vormittag gemacht haben. Das hat mich insofern überrascht, weil sie sehr kurz ist, weil sie sehr wenig Inhalt hat und weil ich mir denke, wenn man so wenig vorzuweisen hat, sollte man lieber gar keine Aussendung machen.

Wenn Sie von einem eindrucksvollen Rechnungsabschluss im Kulturbereich sprechen und wenn Sie da als eindrucksvolle Errungenschaften der Kulturpolitik in Wien des vergangenen Jahres den Umbau des Jüdischen Museums, die Theaterreihe „Pimp my integration“, erfolgreiche Festivals der Stadt, die ja auch nicht neu sind, sondern eigentlich schon seit

Jahrzehnten stattfinden, anführen, dann den Ankauf des Nachlasses von Loos, mit der begonnenen Sanierung des Friedhofswärterhäuschens am Jüdischen Friedhof Währing fortsetzen, dann, glaube ich, sagt das schon einiges aus, was kulturell in dieser Stadt passiert oder eher nicht passiert. Aber gut, es wird Sie nicht überraschen, dass wir dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen.

Ich möchte auch nicht sagen, dass es ein Jahr der Pleiten, des Pechs und der Pannen war. Es war ein Jahr, wie es immer war. Es war ein Jahr, das noch immer vom Thema Kunsthalle überlagert ist, auch wenn der Herr Kollege Woller auf mich einmal ziemlich sauer war, weil er gemeint, na ja wir haben ja jetzt umstrukturiert. Das Ganze ist nur leidlich spät passiert. Monatelang hat man geschwiegen, monatelang hat man zugeschaut, monatelang ist nichts passiert, auch nicht, als die Staatsanwaltschaft eingeschaltet wurde, auch nicht, als das Kontrollamt tätig wurde. Es ist erst dann was passiert, als meiner Meinung nach der Herr Kulturstadtrat das Gefühl gehabt hat, dass er selbst oder sein Ruf und seine Reputation leiden könnten. Der Schaden, der dem Kunststandort Wien durch das viel zu späte Agieren in der Kunsthalle entstanden ist, ist massiv und auch nicht mit Geld wiedergutzumachen. Da wurden dann schlussendlich in einer Pressekonferenz Transparenz versprochen, Umstrukturierungen. Das hat bis jetzt auch funktioniert, muss man ganz offen zugeben.

Was nicht funktioniert hat, und das finde ich wirklich eigentlich fast - bedauerlich ist das falsche Wort. Es wurden Prüfberichte von der Stadt angeschafft, von der Stadt heißt, bezahlt vom Steuerzahler, und diese Prüfberichte werden jetzt nicht veröffentlicht. Das finde ich ein bisschen ungeschickt. Das finde ich deswegen ein bisschen ungeschickt, sich da jetzt hinter dem Datenschutz zu verschanzen, denn das ist ja kein Privatgutachten, das der Herr Woller oder der Herr Mailath oder der Herr Lobo oder sonst irgendwer aus dem Kulturausschuss bestellt hat, sondern das ist ein Prüfbericht, den der Steuerzahler finanziert. Und der Steuerzahler hat sehr wohl ein Recht zu wissen und zu erfahren, was da drinnensteht, weil dann erst werden wir wissen, ob die Lösung, die Sie getroffen haben, diese berühmte Drittlösung, eine gute war oder wie groß der Schaden für die Wienerinnen und Wiener am Ende des Tages wirklich sein wird. Wir werden daher heute einen Antrag stellen und ich tue das hiermit, und zwar stellt der Rathausklub der ÖVP-Wien den Beschlussantrag:

„Der zuständige Stadtrat für Kultur und Wissenschaft wird ersucht, sämtliche durch die öffentliche Hand finanzierte Untersuchungsberichte rund um die Vorfälle der Kunsthalle Wien nicht nur den zuständigen Behörden zur Verfügung zu stellen, sondern diese für alle Bürgerinnen und Bürger auch zur Einsicht zu veröffentlichen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Interessanterweise ist es ja so, dass nicht einmal Ihr Koalitionspartner diesen Bericht bis dato zu Gesicht

bekommen hat. Dazu will ich mich nicht näher äußern. Das ist ein Thema, das Sie sich untereinander auszumachen haben. Aber Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, haben heute die einmalige Chance, diesem Antrag zuzustimmen. Dann wissen auch Sie, was in diesem Antrag drinnensteht.

Dann bin ich beim nächsten Thema, ein Thema, das wir auch alle Jahre wieder haben, das uns alle Jahre wieder verfolgt: Subventionsbericht. Ich weiß schon, Sie werden sagen, es gibt ihn, das ist der Kulturbericht. Das ist aber nicht das, was wir meinen. Was wir wollen und was wir meinen, ist, dass für den eigentlichen Subventionsgeber, und ja, das sind nicht Sie und das sind nicht Sie und das sind wir schon gar nicht, das sind wir alle, alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, dass für die transparent gemacht wird, welche Subventionen die Stadt ressortübergreifend insgesamt ausgibt. Damit wäre nämlich deutlich ersichtlich, welche Summen tatsächlich ausgegeben werden, wer davon besonders profitiert und welche Mehrfachförderungen auch ausbezahlt werden. Plötzlich könnten jede Wienerin und jeder Wiener sehen, wohin das Geld fließt. Deswegen bringen wir heuer wieder den Antrag auf den jährlichen Subventionsbericht ein. Sie werden uns zwar auch in diesem Jahr die Antwort auf die Frage schuldig bleiben, warum es andere Bundesländer und Kommunen wie beispielsweise Salzburg oder Linz schaffen, einen derartigen Subventionsbericht vorzulegen. Wien schafft es nicht. Sie weigern sich permanent, konstant und seit Jahren. Ich weiß nicht, wo das Problem liegt. Wenn ich Geld zu vergeben habe, öffentliches Geld, dann müssen die Fakten auf den Tisch. Der ÖVP-Klub im Rathaus stellt daher den Beschlussantrag:

„Die Stadt Wien möge einen jährlichen Bericht vorlegen, der alle Subventionen der Gemeinde Wien auflistet und öffentlich einsehbar macht.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nachdem es so einen Bericht nicht gibt und nachdem er nicht existiert, bleiben halt noch offensichtliche Einsparungspotenziale, die wir dann allerdings auch nutzen sollten, wie beispielsweise jene 210 000 EUR, die wir ja jetzt dann nicht brauchen werden, wenn der Herr Van der Bellen nach eineinhalbjähriger Nachdenkpause doch sein Mandat annimmt und in den Gemeinderat kommt. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob wir mit diesem nächsten Antrag Erfolg haben werden, weil wie man der „Presse“ heute entnimmt, wird die Funktion des Herrn Van der Bellen, die er jetzt inne hat, des Wissenschaft- und Universitätsbeauftragten, selbstverständlich aufrecht bleiben. Das ist eine wahnsinnig wichtige Funktion. Sie werden uns zugestehen, dass wir als Opposition da besonders feinfühlig sind. Ich meine, das ist für uns, möchte ich fast sagen, ein aufgelegter Elfmeter gewesen, den wir natürlich sehr gerne immer wieder versuchen, ins Netz zu bringen, um bei einem aktuellen Thema zu bleiben. Aber wenn sich selbst an den Unis die Begeisterung in Grenzen hält, dann sollte Sie das schon zum Nachdenken bringen.

Wie gesagt, das ist ein Artikel in der heutigen

„Presse“, wo selbst universitätsnahe Personen zugeben, dass von der Position inhaltlich und gestalterisch wenig bis nichts zu bieten ist. Was hat er bis jetzt gemacht? Er hat den Baufortschritt am neuen WU-Campus bewundert. Er hat vor der Uni Wien das neue Straßenschild montiert. Er untersuchte, ob in U-Bahnen die Stationen auf Wissenschaft und Forschung hinweisen. Er relativierte das Nein zu Studiengebühren, das ihm die GRÜNEN bis heute anhängen. Wir erfahren ein paar Zeilen, ein paar Absätze weiter, dass die Nachbesetzung dieses Postens Parteichefin Vassilakou gemeinsam mit Bgm Häupl ausmachen wird. Als gesichert gilt, dass der Posten wieder mit einem Grünen besetzt wird, sagen zumindest die GRÜNEN. Die Auswahl an Personen ist begrenzt. Im Rennen sind dem Vernehmen nach Kurt Grünewald, Wissenschaftssprecher der GRÜNEN, und interessant ist der zweite Name, der gefallen ist - ich habe ihn heute nur einmal ganz kurz im Saal gesehen -, Christoph Chorherr. Vielleicht gelingt es, dass man binnen kürzester Zeit den zweiten Mandatar auf einen schönen Versorgungsposten hievt. Könnte ja sein, wir lassen uns überraschen. Wir stellen allerdings heute den Beschlussantrag:

„Da nunmehr nach der eineinhalbjährigen Tätigkeit des Wissenschaftsbeauftragten klar ersichtlich ist, dass die Kosten für diese Funktion keinen Mehrwert für die Stadt Wien gebracht haben, ersuchen wir den amtsführenden Stadtrat für Kultur und Wissenschaft im Hinblick auf die Verpflichtung, die öffentlichen Steuermittel sorgsam und sparsam einzusetzen, dem Wissenschaftsbeauftragten der Stadt Wien die für diese Tätigkeit bislang verwendeten Mittel wieder zu streichen und stattdessen die Aufgaben wieder durch den zuständigen Stadtrat erledigen zu lassen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ (Beifall bei der ÖVP.)

Es gäbe noch viele Dinge, die man ansprechen kann. Ich sage nur Vereinigte Bühnen, wo neuerdings auch der Broadway aus Steuergeldern gesponsert wird, auch interessant.

Das Volkstheater, das eigentlich für mich heldenhaft mit wenig Geld agiert und mit wenig Perspektive Großartiges hervorbringt. Viele Probleme dort sind weder angesprochen noch gelöst. Von der Theaterreform will ich gar nicht reden.

Musikschulwesen, auch interessant. Das Einzige, was uns dazu einfällt, ist, dass wir ein totes Pferd, einen toten Standort weiterreiten, jetzt halt aus einem anderen Budget.

Wien Museum, da wird sich mein Kollege Dworak noch darum kümmern.

Kunst im öffentlichen Raum haben wir heuer zugestimmt, weil wir einfach der Neustrukturierung eine Chance geben wollen und nicht als Verhinderer dastehen wollen. Schauen wir einmal, ob es besser wird.

Stadtgestaltung, Altstadterhaltung, Bezirksmuseen, und so weiter, und so fort.

Abschließend kann ich nur sagen, es war ein weiteres visionsloses Jahr, wie Ihre Aussendung schon gezeigt hat. Selbst eines der obersten Koalitionsziele,

mehr Migranten in Führungspositionen zu holen, ist schwierig geworden. Stichwort: Shermin Langhoff. Das war eigentlich eine sehr peinliche Geschichte, angefangen von der Bestellung der neuen Intendanz der Wiener Festwochen.

Ich betone, es geht mir nicht um die Personen. Ich halte die für höchst qualifiziert. Aber das Schauspiel, das sie um eine angeblich transparente Vergabe der Intendanz abgezogen haben, war ein unwürdiges. Da haben wir in dem Gremium schon darüber gesprochen. Aber dass die Shermin Langhoff dann auch noch abspringt, ja peinlicher geht's ja wirklich nicht mehr. Berlin ist scheinbar zwar arm, aber doch sexier. Da hilft wohl auch der Heilige Mercer nicht mehr. Am Rande sei nur noch einmal das unglückliche Schauspiel um die Bestellung erwähnt. Da hat man binnen kürzester Zeit hunderte Seiten von Bewerbungen durchgeschaut. Komischerweise hat ein buntes Wochenmagazin schon vorab gewusst, wer es werden wird.

Ja, zum Koalitionspartner will ich nicht allzu viele Worte verlieren. Der hat sich erstmals heuer natürlich auch eingebracht. Es gibt jetzt ein grünes Festival. Zu dem kann man thematisch inhaltlich nichts sagen, weil es erst stattfinden wird. Bemerkenswert ist es halt trotzdem, dass man eigens einen Verein gründen muss, um ein Festival abzuwickeln. Es scheint halt schon so, dass die GRÜNEN sehr schnell gelernt haben, ihren Günstlinge, wie soll ich sagen, auch etwas zukommen zu lassen. Ansonsten lassen Sie sich nicht einmal von Ihrem grünen Koalitionspartner aus der Ruhe bringen, Entscheidungsschwäche. Und wissen Sie, was mir ein bisschen weh tut? Manchmal fehlt mir bei Ihnen auch die Begeisterung für das Amt, das Sie ausführen und das dieses Ressort auch verdient hätte.

Wir werden dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Werner-Lobo und ich erteile es ihm.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich gehe zuerst ganz kurz auf die unmittelbaren konkreten Vorwürfe meiner Vorrednerin ein. Die Tatsache, dass wir der Meinung sind, dass der Universitätsbeauftragte gute Arbeit leistet und dass diese Aufgabe weitergeführt werden muss, brauche ich wohl nicht weiter zu erläutern. Nur deswegen, weil gewisse Dinge nicht in der Presse stehen, heißt nicht, dass es nicht passiert. Ich erinnere jetzt nur mal beispielhaft an eine sehr, sehr unverzichtbare Arbeit, die Alexander Van der Bellen als Universitätsbeauftragter geleistet hat, nämlich die Vermittlung zwischen Universitäten und jenen Institutionen, zum Beispiel der MA 35, die für Zuwanderung zuständig sind. Wir wissen, und das ist nicht die Schuld der Wiener Regierung, sondern es ist die Schuld der Bundesregierung und vor allem der ÖVP-Innenministerin, dass es in diesem Land sehr, sehr schwierig für qualifizierte Wissenschaftler und

Wissenschaftlerinnen ist, hier ihre Lehraufträge wahrzunehmen, hier sich international zu vernetzen. Und all das liegt wirklich im Argen. Und eine der wichtigsten Aufgaben von Universitäten ist, international zu sein und internationale Qualität zu bieten, und hier hat Alexander Van der Bellen, glaube ich, in sehr, sehr verdienstvoller Weise versucht, etwas gutzumachen, was Ihre Kollegen in der Bundesregierung verbocken, nämlich die Zerstörung des internationalen Rufs von Wien als Wissenschaftsstadt. Das hat er im Bereich der Zuwanderung gemacht, das hat er im Bereich anderer Hürden gemacht und das hat er in dem Bereich gemacht, wo er versucht hat, Wiener Universitäten untereinander mit Wiener Institutionen und auch mit internationalen Institutionen zu vernetzen. Ich glaube, das ist eine sehr, sehr wichtige Aufgabe und deswegen sind wir selbstverständlich der Meinung und wir freuen uns sehr, dass Alexander Van der Bellen jetzt das Mandat angenommen hat. Ich finde es übrigens auch bemerkenswert, und man sollte es schon noch mal erwähnen, denn das hört man leider viel zu selten, dass ein Politiker selbst sagt, ja, ich habe erkannt, das war ein Makel und diesen Makel möchte ich wiedergutmachen. Ich würde mir das öfter wünschen, dass Politiker und Politikerinnen die Größe haben (*GR Mag Wolfgang Jung: Und das dürfen wir glauben. So plötzlich!*), auch Dinge dann neu und anders zu machen und einzugestehen, dass man ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Wenn ich etwas sage, dann halte ich es auch!*) Ja, das ist doch großartig. Ich weiß, das könnten Ihnen nie passieren, das ist traurig, aber ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Der Ellensohn hat uns erklärt, wie unabkömmlich er im Parlament ist und jetzt ist alles anders!*) Ich freue mich, dass Alexander Van der Bellen die Größe hat, das zu tun. Ich freue mich sehr, dass wir ihn bald hier im Gemeinderat begrüßen dürfen. Und ich bin mir ganz sicher, dass sehr, sehr bald eine qualifizierte Nachfolgerin oder ein qualifizierter Nachfolger gefunden wird. (*GR Mag Wolfgang Jung: Sie haben es erklärt, aber das stimmt nicht ganz!*) Ich freue mich auch immer, dass der Herr Jung sich da unbedingt bemüht fühlt jedes Mal, wenn ich da hersteig, muss er irgendwas dazwischen... Es ist eh, machen Sie halt.

Ich mache nur ganz kurz. Isabella. Ich habe mich bekanntermaßen sehr über die Nominierung von Shermin Langhoff als zweite Intendantin der Wiener Festwochen gefreut. Es ist tatsächlich so, man kann ja eine Person hier nicht anketten, um einen Job zu machen. Also wenn sich Shermin Langhoff aus privaten Gründen und weil sie in Berlin ein tolles Jobangebot hatte und weil sie lieber in Berlin bleibt so entscheidet, kann man sie ja nicht daran hindern. Also wenn ... (*GRin Mag Isabella Leeb: Wenn sie nicht kommt!*) Es gibt auf der Welt ... Shermin Langhoff, ich kenn' sie zufällig persönlich. Sie hat eine Familie in Berlin, wo die Familie auch gerne in Berlin bleiben möchte. (*GR Ing Mag Bernhard Dworak: Das hätte sie sich vorher überlegen sollen!*) Ich meine, ich weiß nicht, was man alles als ein Problem konstruieren kann.

„Wienwoche“. Zum hunderttausendsten Mal und ich sag' es auch gern noch zweihunderttausend Mal: Die

„Wienwoche“ ist kein grünes Kulturfestival. Erstens einmal ist es nicht einmal ein Festival und es sind auch keine grünen Menschen, die hier bedient werden, sondern es wurde ein Verein mit dem Zweck gegründet, es ganz anders zu machen, als Sie das machen, nämlich Ihre Vereine mit öffentlichen Kultursubventionen mit Geld zu bedienen und ihnen Geld zufließen zu lassen, damit sie dann dort Parteiveranstaltungen machen, so wie heuer auch am Stadtfest gesehen, wo Sie dann Unterschriften für Ihre Volksbefragungen sammeln, wo Sie mit Kultur mit öffentlichen Mitteln öffentliche Mittel missbrauchen, um hier Parteiagitation zu machen. (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Das werden Sie erklären müssen!*) So etwas ist für die GRÜNEN undenkbar und deswegen haben wir eine Struktur geschaffen (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Das werden Sie erklären müssen!*), wo erstmals aus diesen Parteipöfeln Geld herausgenommen wird, auf transparentestem Wege weitervergeben wird und wo jener Verein, der hiezu gegründet wurde, selbst auch nicht der ökonomische Nutznießer ist. Ich erkläre es Ihnen gern noch tausend Mal, ist auch nachvollziehbar. Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, wenigstens einen Teil dieser Parteiagitation unter Missbrauch von öffentlichen Kulturmitteln einzuschränken, was das Stadtfest betrifft.

Uns ist es auch gelungen, andere Einsparungen dort zu setzen, wo wir der Meinung sind, dass wir Mittel für Neues freimachen wollen. Wir haben eine erhebliche Reduktion bei den Vereinigten Bühnen erreicht und wir haben vor allem etwas erreicht, was, glaube ich, schon nicht immer ganz selbstverständlich war in dieser Stadt. Also was ich jetzt nicht machen kann, ist, all jene guten, hervorragenden Kulturinstitutionen zu erwähnen, die wir im letzten Jahr gefördert haben, denen wir geholfen haben, die hier ganz, ganz hervorragende Arbeit leisten. Sie sehen es eh im Kunst- und Kulturbericht.

Ich habe jetzt noch verbleibende 19 Minuten, mit denen ich bei Weitem nicht auskomme, was in dieser Stadt alles an kulturellen Aktivitäten passiert, zum Teil seit Langem, zum Teil seit Kurzem. Das braucht keinen internationalen Vergleich zu scheuen und es ist wirklich, wirklich, wirklich entlarvend, sich hier herzustellen und das einfach alles schlechtzureden. Das heißt nicht, dass alles perfekt ist. Aber so wie du das macht, hier wirklich stante pede sich einer Weltkulturstadt wie Wien, in einer lebendigen Kulturstadt ... Offenbar schaust du dir tatsächlich zu wenige Sachen an, liebe Isabella, weil ich bin fast jeden Tag unterwegs. Der Kollege Woller ist fast jeden Tag unterwegs. Und viele von uns sind sehr, sehr häufig unterwegs und sehen, was in dieser Stadt an kultureller Vielfalt von allen Kultursparten in allen Genres passiert. Und es ist ein so großartiges vielfältiges Angebot. Wenn du dir das nicht anschaust, ist das dein Problem. Aber dann tu dich nicht hinstellen und so tun, als ob es das nicht gäbe (*Aufregung bei GRin Ing Isabella Leeb.*) und du redest das alles schlecht. Gut.

Ich werde mich jetzt jedenfalls nur auf jene Dinge beschränken, auch hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit, aber auf ein paar Dinge, die mir wichtig sind, wo ich glaube, dass Rot-Grün dazu beitragen

konnte, dass das in dieser Stadt neu Einzug hält.

Eine der wesentlichen Frage, du hast es ja angesprochen und ich finde es tatsächlich als eine der wesentlichsten Fragen, ist die Frage der Transparenz und der Nachvollziehbarkeit, zum Beispiel im Bereich von Postenbesetzungen. „Wienwoche“ setzt hier tatsächlich Standards in ganz besonderem Ausmaß. Mit der „Wienwoche“ haben wir in besonderem Ausmaß Standards gesetzt mit einer öffentlichen Ausschreibung, mit Hearings, mit Findungskommissionen und mit öffentlichen Sitzungen, wo die Projektauswahl getroffen wurde, wo sich dann wirklich ein paar Leute von Ihnen nicht zu blöd und nicht zu schade sind, dass sie sich dann herstellen und behaupten, dass hier an irgendwelche grünen Freunde und Familienmitglieder Jobs vergeben werden.

Dort haben sich Leute ... (*Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb*) Ich weiß. Das werfe ich auch nicht dir vor. Es ist nur dermaßen tief und untergriffig! Ich wundere mich nur immer - wir sitzen schon den ganzen Tag da -, wie viel Applaus wirklich die miesesten, untergriffigsten, hetzerischsten FPÖ-Reden auch von dieser Seite des Saales (*in Richtung ÖVP weisend*) bekommen. Ich denke mir wirklich immer: Wie sehr habt ihr euch schon angenähert! - Das schockiert mich. Aber das sei nur nebenbei gesagt.

Die „Wienwoche“ hüpfert jedenfalls vor, wie man das machen kann mit der Transparenz. Und nicht nur die „Wienwoche“, sondern die wichtigsten letzten Ausschreibungen, Postenbesetzungen sind unumstritten - übrigens auch von Ihrer Seite her - nach allen Regeln der Kunst, nach Qualität, nach Transparenzkriterien erfolgt. Also zum Beispiel die Nachfolge von Kathi Zechner im Musical-Sektor, wo auch Sie - danke dafür! - gesagt haben, dass das Bewerbungsverfahren, das Bestellungsverfahren sehr korrekt war und dass Christian Struppeck mit Sicherheit ein sehr, sehr vielversprechender neuer Leiter des Musical-Sektors der Vereinigten Bühnen ist. Und dasselbe gilt auch für die jüngste Stellenbesetzung, nämlich die Nachfolge von Gerald Matt in der Kunsthalle, wo auch Nikolaus Schaffhausen, glaube ich, allseits, sowohl medial als auch sogar von Oppositionsparteien, begrüßt wurde als eine sehr, sehr kompetente, vielversprechende Person.

Das ist, glaube ich, etwas, was Rot-Grün tatsächlich geschafft hat: Erstens einmal, dass diese wichtigen Stellenbesetzungen im Kulturbereich nach immer transparenter werdenden Kriterien, nach immer nachvollziehbarer werdenden Kriterien, nach Kriterien der Kompetenz, der Internationalität gemacht werden und dass hier hervorragende Leute gesucht werden, die auch unumstritten sind und denen man wirklich nicht vorwerfen kann, irgendwelche Freunderln von irgendwem zu sein. - Das ist ein wichtiger Punkt.

Und, ja, ich freue mich natürlich auch sehr, dass es auch in den Strukturfragen, wie etwa der Kunsthalle, jetzt gelungen ist, eine Umstrukturierung zu schaffen, wo wir jetzt endlich darüber reden können, die Kunsthalle als internationales Kulturhaus, als internationale Kunsthalle wieder vorzeigbar zu machen, wo wir nicht mehr über

Fragen reden müssen wie jene, mit denen wir uns im letzten Jahr leider herumschlagen mussten, sondern wo wir endlich darüber reden können, welche Art von Kunst und wie international diese Kunst hier passieren wird. Und ich glaube, mit Nikolaus Schaffhausen ist das Ganze auf einem sehr guten Weg. Und auch mit der inhaltlichen Strukturierung, mit der Gründung einer GmbH, mit einem Aufsichtsrat und all dem, was ich hier nicht wiederholen muss, ist das alles auf einem guten Weg und auf einem vielversprechenden Weg. Und da ist nicht wenig gelungen, also das ist sehr, sehr viel Arbeit gewesen. Das können Sie nicht nur mir glauben, sondern Sie können auch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der MA 7 und aus dem Büro des Stadtrates fragen. Es war sehr viel Arbeit und es ist jetzt auf einem sehr, sehr guten Weg, um hier die Zukunft zu sichern.

Eine andere Sache, die wir uns in der Koalition vorgenommen haben, die wir auf den Weg gebracht haben, ist die Digitalisierung der Programmkinos.

Ein anderes neues, schönes Projekt, das wir eingebracht haben, ist auch die Initiative „Eine Stadt. Ein Film.“ - die sehr, sehr gut angekommen ist, die sowohl in den Medien als auch durch das Publikum sehr gut rezipiert worden ist: in 15 Wiener Programmkinos haben insgesamt 3 100 Besucher und Besucherinnen einen Film besucht -, um damit gleichzeitig mehrere Fliegen mit einem Schlag zu erwischen, nämlich die Programmkinos attraktiv zu machen, aber gleichzeitig auch den österreichischen Film bekannt zu machen. Das ist eine sehr erfolgreiche Geschichte gewesen, die wir auch in Zukunft weiterführen möchten.

Ich muss jetzt schauen, dass ich mich etwas beschränke, denn alles kann ich nicht vorlesen.

Eine Sache, die hier sehr emotional diskutiert wurde, auf die ich sehr, sehr stolz bin, dass wir das endlich geschafft haben, ist tatsächlich der aktive Umgang mit der Vergangenheit, den sich die rot-grüne Koalition auf die Fahnen geschrieben hat, dem wir uns stellen und wo wir mit der Umbenennung des Lueger-Ringes in Universitätsring jetzt einen, glaube ich, sehr, sehr wichtigen auch symbolischen Schritt gesetzt haben. Das ist, wie bekannt, eine Forderung, die die GRÜNEN seit 20 Jahren erheben, und ich glaube, dass wir mit diesem aktiven Bekenntnis, uns der Vergangenheit zu stellen, was wir auch in vielen anderen Projekten tun, auf einem guten Weg sind, und das werden wir auch weiterhin so machen. - Ich weiß, dass Ihnen von der FPÖ das nicht gefällt, weil Sie sich an der Vergangenheit festkrallen. (*GR Dr Wolfgang Aigner: Der Che Guevara und der Karl Marx, die sind unantastbar!*) - Ich kenne keinen Che-Guevara-Ring und keinen Karl-Marx-Ring. Aber wenn Sie einen kennen, dann führen Sie mich einmal hin. (*Ruf bei der FPÖ: Der Renner ist auch sakrosankt! – Weiterer Zwischenruf bei der FPÖ.*)

Nein, ich kenne kein Che-Guevara-Denkmal und keinen Che-Guevara-Ring an einer prominenten Stelle in Wien. Und mir ist auch nicht bewusst, dass der Name Dr Karl Lueger in dieser Stadt restlos ausgelöscht wurde. Wir haben nicht vor, den Namen Dr Karl Lueger in dieser

Stadt restlos auszulöschen (*Ruf bei der FPÖ: Wie großzügig!* – *GR Mag Dietbert Kowarik: Danke, Herr Kollege!*), und wir haben auch nicht vor, den Namen Che Guevara in dieser Stadt restlos auszulöschen, sondern wir wollen eine aktive Auseinandersetzung ... (*Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) – Sehen Sie, da wird es gleich laut! Sie krallen sich an der Vergangenheit fest. (*GR Mag Dietbert Kowarik: Sie krallen sich an der Vergangenheit fest! Sie haben keine Ahnung ...*) Aber ich will diese Diskussion eigentlich nicht mehr haben. Deswegen werde ich das jetzt einfach übergehen. (*GR Johann Herzog: Wer hat das Ganze ... Nicht wir!*) Es ist nur immer wieder bemerkenswert, wie sehr Sie sich an der Vergangenheit festkrallen.

Ich werde darüber hinweggehen und weiter in die Zukunft schreiten, Ihre Zwischenrufe ignorierend, nämlich zu einem wichtigen, wenn nicht meinem wichtigsten Thema - auch das ist etwas, was Ihnen wahrscheinlich gar nicht taugt; umso mehr denke ich mir, dass wir auf dem richtigen Weg sind –, dem Kernprojekt, dem rot-grünen Kernprojekt, das wir uns für diese Koalitionsperiode vorgenommen haben, nämlich endlich die Tatsache, dass Wien eine Zuwanderungsstadt ist, auch im Kulturleben nicht nur wahrzunehmen, sondern auf die Bühne zu bringen und zu thematisieren. Erstens einmal, indem wir die Zuwanderungsgeschichten, die Konflikte, die damit verbunden sind, ebenso wie die Vielfalt, die kulturelle Vielfalt, die damit verbunden ist, zeigen, indem wir sagen, wir wollen, dass das auf die Bühne kommt, wir wollen, dass das in allen Genres gezeigt werden kann, und – zweitens - auch indem wir der Tatsache Rechnung tragen, dass es eine große Anzahl von Menschen gibt, die sehr, sehr hoch qualifiziert sind, Künstler und Künstlerinnen, Kulturmanager und Kulturmanagerinnen, die auf Grund von Diskriminierung, auf Grund von Barrieren, die diese Gesellschaft leider immer noch setzt, nicht dorthin kommen oder nicht so leicht dorthin kommen, wo sie eigentlich hingehören. Und deswegen werden wir auch in Zukunft sehr hart daran arbeiten, solche Dinge wie Migrant Mainstreaming und auch die interkulturellen, transkulturellen und postmigrantischen Themen hier auf die Bühne zu bringen und zu betreiben und zu fördern.

Hier war eines der allererfolgreichsten Projekte des letzten Jahres jenes Projekt, das heute schon erwähnt wurde – du hast es nur kurz angesprochen, ohne darauf einzugehen –, nämlich „Pimp my integration“. Es war der Versuch, vor allem in der Garage X, aber auch anderswo, sich diesen Fragen, dieser Kernfrage zu stellen: Wie geht man damit um, dass eine Stadt wie Wien Zuwanderungsstadt ist und dass das im Kulturleben noch nicht so sichtbar ist, wie es eigentlich in der Realität ist? Wie bringt man das auf die Bühne? Worum geht es da? Wo herrscht hier Nachholbedarf? Was heißt es, dass in gewissen Kulturgenres, wie Musik, Tanz und so weiter, Interkulturalität mehr spürbar ist als zum Beispiel im Sprechtheater? Warum sehen wir noch wenige türkische Hamlets oder afrikanische Hamlets oder was auch immer? Warum sehen wir viel zu wenig jene Themen, die junge Zuwanderer und Zuwanderinnen

hier kulturell leben? Was können wir da tun?

Hier haben wir eine Reihe von ganz, ganz großartigen Produktionen in der Garage X gesehen, sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland, verschränkt mit Diskursformaten, was hoch spannend war. Es wurde in der breiten Öffentlichkeit sehr, sehr gut rezipiert, und man hat dort auch Leute gesehen, die man sonst selten in den Stadttheatern sieht. Und das alles ist auf einem so extrem guten Weg, dass ich mir sicher bin, dass wir diesen Weg weiterverfolgen werden. Auch in Hinkunft ist sehr viel geplant in die Richtung, dass wir postmigrantische Kunst, dass wir interkulturelle Aktivitäten und dass wir im Migrant Mainstreaming hier mehr zeigen.

An dieser Stelle möchte ich auch den Dank aussprechen an die Leute, die das kuratiert haben: Ali Abdullah, Harald Posch, Carolin Vikoler und Aslı Kışlal, die diese Reihe „Pimp my integration“ kuratiert haben.

An dieser Stelle fällt mir ein: Letztes Jahr habe ich ein Theaterstück erzählt, bei dem Aslı Kışlal damals Regie geführt hat, nämlich „Insel X“. Ich werde es so halten: Ich werde es zur Tradition machen, bei jeder Rechnungsabschlussrede ein Theaterstück kurz nachzuerzählen (*Ironische Heiterkeit und Beifall von GR Mag Wolfgang Jung.*), denn allein schon der Applaus von Herrn Jung ist es ja wert. (*GR Mag Wolfgang Jung: Aber wenn es möglich ist, auf Deutsch, bitte!*) Ich kann es Ihnen gerne auf Portugiesisch, Französisch, Spanisch oder Englisch auch erzählen. Das wird Ihnen aber ... (*Ironische Heiterkeit und Buh!-Rufe bei der FPÖ. – GR Johann Herzog: Wie „uneitel“!*)

Vielleicht erinnern Sie sich ja noch daran, was ich letztes Mal erzählt habe. Das war übrigens das Thema bei dem Theaterstück „Insel X“ - ich weiß nicht, vielleicht erinnern Sie sich, falls Sie zugehört haben -: dass 30 Kinder auf einer Insel aufgewacht sind - auf der Bühne -, die alle von woanders hergekommen sind und nach einiger Zeit draufgekommen sind, dass - weil diese Insel in Wien war - ihre gemeinsame Sprache, in der sie sich unterhalten können, Deutsch ist. Und sie haben sich dann in dieser gemeinsamen Sprache Deutsch unterhalten, wobei eben Deutsch als die für sie integrative Sprache wahrgenommen wurde und wobei diese Kinder selbst ihre Geschichten, mit denen sie konfrontiert sind, gezeigt haben.

Ich meine, ich gehe bekanntermaßen relativ viel ins Theater und ich habe mir eigentlich vorgenommen, immer das beste Stück, das ich gesehen habe, zu erzählen, und, lustigerweise, auch heuer wieder ist das tatsächlich mit Abstand beste Stück, das ich im letzten Jahr gesehen habe, ein Jugendtheater. Es waren schon wieder Jugendliche, die Theater gespielt haben und hier auch zu einem ganz, ganz ähnlichen Thema ihre eigene Geschichte gespielt haben. Das Stück heißt „It's my life“, und die Regie hat Sandra Selimovic geführt, eine ganz, ganz großartige Künstlerin und Regisseurin. Und dieses „It's my life“ hat jetzt am Wochenende beim Jungen Theater in der Burg den ersten Preis gewonnen, weil es so großartig ist. Ich habe es noch im Dschungel gesehen. Auch hier handelt es sich darum, wie

Jugendliche in einer Zuwanderungsgesellschaft wie jener in Wien mit der Realität konfrontiert sind.

Es geht in dem Stück im Wesentlichen darum, dass eine Gruppe Kinder, Schüler und Schülerinnen, in ihrer Klasse auf die Lehrerin wartet, und die kommt nicht - und dann erfahren sie, dass diese Schule wegen ihres hohen Anteils an Kindern migrantischer Herkunft geschlossen werden soll. Und die Kinder organisieren, nach anfänglicher Freude darüber, dass heute die Schule ausfällt, selbst einen Aufstand dagegen und kämpfen darum, dass sie Bildung erhalten können. Sie kämpfen darum, dass sie wieder Unterricht erhalten. - Es werden ihre Konflikte, die sie zu Hause haben, die sie im Arbeitsumfeld haben, die sie in einem Umfeld haben, das vielen Migranten und Migrantinnen feindlich gesinnt ist, hier thematisiert.

Die Kinder spielen ihre eigene Geschichte in einer unglaublich berührenden Weise. Ich kann Ihnen dazu Folgendes sehr empfehlen: Es ist letzte Woche ein Beitrag im ORF in „Heimat, fremde Heimat“ erschienen, wo die Kinder, die hier seit einem Dreivierteljahr hart arbeiten als Schauspieler und Schauspielerinnen, erzählen, wie das auch mit dem Schulalltag vereinbar war, und wo zum Beispiel eine junge Frau, die aus Überzeugung - und nicht weil sie irgendjemand dazu zwingt, sondern aus Überzeugung - Kopftuch trägt und die Schauspielerin werden möchte, erzählt, wie sie mit diesem Stück ihre eigene Geschichte erzählen konnte, zu mehr Selbstbewusstsein gelangen konnte. Es wird geschildert, wie alle diese Kinder ihre Geschichte auf die Bühne gebracht haben, und das auch noch in erstklassiger Qualität. Nicht zuletzt deswegen haben sie jetzt am Wochenende diesen Preis gewonnen.

Ich weiß nicht, ob das Stück in nächster Zeit noch einmal zu sehen sein wird, aber wenn es zu sehen ist, dann schauen Sie sich das an, oder schauen Sie sich auf der TVthek des ORF zumindest diesen Beitrag von „Heimat, fremde Heimat“ an. Es ist wirklich aufschlussreich. Das ist das, was Theater kann, und das ist das, was Kunst kann: nicht nur erfreuen, begeistern, unterhalten oder sonst irgendwas, sondern bewegen, Menschen bewegen, und zwar sowohl die Zuschauer und Zuschauerinnen als auch die Leute, die das machen, eine Stadt bewegen, eine Gesellschaft verändern, gesellschaftliche Probleme nicht verheimlichen, nicht verschweigen, nicht unter den Teppich kehren, sondern thematisieren, auf die Bühne bringen, zeigen, sich damit auseinandersetzen und gesellschaftliche Avantgarde sein.

Das ist eigentlich auch mein Verständnis von Kulturpolitik: Dass wir das fördern sollten, dass die Kultur dazu beiträgt, eine Gesellschaft besser zu machen, sich mit gesellschaftlichen Problemen auseinanderzusetzen, wenn möglich in allerhöchster Qualität, auf allerhöchstem Niveau. Ich bin sehr, sehr froh, dass wir dazu vieles beitragen konnten und dass wir auch den ethischen Anspruch an Kultur eigentlich noch höher stellen als an eine Waschmittelfirma oder an Coca Cola oder an Pepsi Cola oder sonst irgendwen, dass wir neue ethische Standards setzen. Deswegen auch unser hoher

Anspruch an die Leiter und Leiterinnen von Kulturinstitutionen.

All das ist etwas, wozu wir zum Glück beitragen konnten, und dies, glaube ich, sehr, sehr erfolgreich. Das werden wir auch in Hinkunft so machen. Ich möchte mich in diesem Sinne auch ganz herzlich beim Kulturstadtrat, beim Koalitionspartner, bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der MA 7, bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Stadtrates bedanken für die ganz hervorragende Zusammenarbeit. Wir werden das weitermachen, und wir sind hier, glaube ich, auf einem guten Weg. – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Klaus Werner-Lobo, es tut mir schrecklich leid, aber jetzt kommt eine dieser von dir zitierten „miesen, untergriffigen freiheitlichen Reden“. Wobei ich das ja gar nicht verstehe, denn: Du hast uns zuerst eine Geschichte erzählt von 30 Kindern, die auf einer Insel zusammenkommen und feststellen, die einzige Sprache, in der sie sich dort unterhalten können, ist Deutsch. – Ja, nichts anderes wollen wir! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn sie diese Feststellung getroffen haben, sprich, sich integriert haben, dann sind sie ja herzlich willkommen. Da gibt es ja keine Unterschiede, das kann man ja nicht einmal jetzt als irgendwas ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Ein Lehrstück!)* Ich weiß nicht, vielleicht ist es bloß so: Wenn ich es sage, ist es mies und untergriffig. - Ich weiß es nicht. *(GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Die tun das freiwillig!)*

Du würdest dich ja, Kollege Werner-Lobo, mit deinen fünf oder ich weiß nicht, wie vielen Sprachen - ich habe ja nicht mehr mitzählen können vor lauter Sprachen - auch als Wissenschafts- und Universitätsbeauftragter richtiggehend anbieten! *(Beifall bei der FPÖ.)* Denn beim Kollegen Chorcherr weiß man eh nicht - ich meine, der hat zwar immer auf dem Leiberl stehen: „Radfahren macht glücklich“, aber in all den Jahren, wo ich hier bin, habe ich ihn noch nie lachen gesehen. *(Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.)* Also sehr überzeugend ist das nicht. Jetzt ist er auch nicht Radfahrbeauftragter geworden, aber vielleicht ist er glücklich, wenn er Universitätsbeauftragter wird. Was weiß man? *(GR Senol Akkilic zeigt mit dem Daumen nach unten.)* - Ach, der Herr Akkilic zeigt hinunter. Keine Kritik vertragen und selber kritisieren, das geht nicht! Das geht nicht, das muss man sich abgewöhnen, Kollege Akkilic. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Er hat etwas gesagt - ich möchte kurz noch auf deine Wortmeldung eingehen - vom Missbrauch von Steuergeldern beim Stadtfest. - Du meinst wahrscheinlich auch das Donauinsselfest! Denn du kannst ja nicht nur der Isabella vorhalten, dass beim Stadtfest Parteiwerbung gemacht wird, sondern ich nehme an, deine Wortmeldung inkludiert das Donauinsselfest, denn da gibt es auch überall die SPÖ-Standlin.

Ich würde das ja gar nicht so streng handhaben und so streng sehen. Was mich immer stört, ist, dass neben diesen Großveranstaltungen gleich die Kulturvereine gefördert werden, damit sie dann jedes Fest auf Kosten der Steuerzahler ausrichten lassen können. Das würde ich als Missbrauch betrachten. Das haben wir nicht, das habt ihr bei eurer „Wienwoche“ auch nicht - wo wir auch nicht dafür sind, weil wir noch sehr skeptisch sind, was da tatsächlich rauskommt.

Klarerweise sehen wir das auch so wie die Kollegin von der ÖVP: Dass wir jetzt eigentlich keinen Universitäts- und Wissenschaftsbeauftragten brauchen. Eigentlich haben wir nie einen gebraucht, denn wenn ich mich recht erinnere, ist unser Stadtrat zuständig für Wissenschaft und Kultur - also ist er eigentlich der Wissenschaftsbeauftragte der Stadt Wien und kann höchstens dem Kollegen Van der Bellen Ratschläge geben, Aufträge geben, wie er das umzusetzen hat.

Jetzt könnte man in einer Rechnungsabschlussdebatte natürlich über viele Dinge reden, die wir im Laufe des Jahres so besprechen, sei es jetzt über diese Geschichten mit ImPulsTanz, Tanzquartier, über die Vereinigten Bühnen, über die Wiener Symphoniker und ihre Pensionsproblematik, über das Volkstheater - wo ich, auch wenn wir aus anderen Gründen dagegen sind, durchaus der Kollegin Leeb recht geben kann, dass dort eigentlich mit viel weniger Subvention, in der Relation, als beispielsweise beim Burgtheater gutes Theater gemacht wird - oder über das ewige Thema des Museums, das ja in ökologischer Bauweise gebaut werden - als Zugeständnis an die GRÜNEN - und ein architektonisches Signal sein soll. Bis jetzt gab es noch gar kein Signal.

Das Einzige, was es gibt, ist, dass wir jetzt endlich ein Depot haben, nachdem in der Zeitung irgendwann einmal stand: Große Sorge um unsere Kunstschatze! Alles verschimmelt! - Jetzt gibt es eine Depotlösung. Das ist gut, dazu haben wir uns auch positiv geäußert. Noch immer gibt es jedoch keine architektonisch eindeutige Lösung für das Wien Museum.

Man könnte auch über die Tourismuskommission reden, weil sich das ja alles ineinander verzahnt. Du hast zuerst gesagt, man schaut sich das alles nicht an und weiß gar nicht, was alles passiert. Ich möchte grundsätzlich schon sagen, und da spreche ich auch für meine Fraktion: Natürlich freuen wir uns und wollen auch keine Kürzung in der Kultur. Wir sind froh, dass wir 237 Millionen als Kulturbudget 2011 gehabt haben. Und das ist ja nur das Budget, das Wien hergibt. Der Bund muss ja für Wien auch noch etwas hergeben. Ich glaube, dass Wien damit durchaus ein ansehnliches Geld für Kultur ausgibt, wo sich wahrscheinlich die meisten oder vielleicht sogar alle Städte der Welt verstecken können. Die Frage ist immer nur, wofür es dann im konkreten Einzelfall ausgegeben wird.

Aber - weil ich von der Tourismuskommission geredet habe -: Das ist ja auch notwendig. Das ist unser Aushängeschild! Der Hauptschlager des Verkaufs sind das imperiale Erbe und die Kultur. Und deswegen muss man auch Wert darauf legen, dass man dieses Image

auch pflegt.

Wir könnten über die Kunsthalle reden - das hat die Isabella schon gemacht -, über die Affäre Matt. Wir stimmen dem auch hundertprozentig zu, und ich frage mich auch: Interessiert dich das nicht mehr, was in diesen - laut Aussagen des Herrn Stadtrates - Regalen von Untersuchungsberichten steht über den Gerald Matt? Uns interessiert das als Opposition schon, denn wir wollen auch gerne wissen, ob er dann doch noch einen Anspruch auf 80 Prozent seines früheren Gehaltes, zusätzlich zur ASVG-Pension, hat. Das sind lauter Dinge, die nicht öffentlich breitgetreten werden. Er ist halt weg, okay, aber solange das nicht alles geklärt ist, stimmen wir dem auch nicht zu, und auch nicht der Kunst im öffentlichen Raum, auch wenn sie jetzt hundert Mal davon getrennt ist. Lassen wir das einmal publik werden, wie das in der Zukunft alles gehandhabt wird, und dann werden wir weitersehen.

Ich könnte natürlich auch über das Regierungsübereinkommen reden und darüber, was davon alles bislang nicht umgesetzt wurde. Ich habe aber jetzt etwas anderes: Ich möchte ganz kurz noch über die Homepage des Herrn StR Mailath-Pokorny sprechen. Da sind die Projekte drinnen, die umgesetzt wurden in den einzelnen Jahren. Beispielsweise für 2012 steht drinnen: „Eine Stadt. Ein Film.“ - Du hast es erwähnt, da konnte man halt in so und so vielen Kinos dann gratis den von einer Kommission ausgesuchten Film „Die unabsichtliche Entführung der Frau Elfriede Ott“ sehen. - Gut, ich will das nicht werten.

Dann stehen die Kulturlotsen drinnen. Jedes Mal stehen die KulturlotsInnen drinnen! Wie oft habe ich das schon gesagt - ich meine, das ist eigentlich ein Armutszeugnis: Da gibt es einen dicken Akt, den ich jetzt nicht hier habe, wo drinnen steht, es gibt 18 000 Multiplikatoren, Gewerkschafter, und in den Jahren 2009 bis 2011, also bis jetzt, sind 9 500 zu einer Kulturveranstaltung gebracht worden. Das heißt, nicht einmal die Hälfte der Multiplikatoren war noch in einer Kulturveranstaltung! Da muss man sich doch fragen, ob das nicht irgendwie nur eine Subvention an den Gewerkschaftsbund ist und sonst gar nichts.

Die Neupositionierung der Kammeroper steht drinnen. Da muss man sich auch fragen: Ist das jetzt wirklich eine Neupositionierung? Immerhin werden da jetzt, ihrem Gründer, dem Herrn Gabor, entsprechend, keine Eigenproduktionen mehr gemacht, sondern hauptsächlich Produktionen der Vereinigten Bühnen.

Dann stehen Dinge drinnen wie Peter Kogler am Karlsplatz. Ja, der macht eines seiner Röhrenbilder - oder es sind Röhren hinter Glas, glaube ich - im Zwischengeschoß zwischen U1 und U2. - Super, Peter Kogler ist ein super Künstler, aber ist das jetzt ein Projekt, wo man als Stadtrat sagt, pah, das hab ich jetzt gemacht!? - Und in der Passage wird der Herr Ernst Caramelle, auch ein super Künstler, ein Fresko anbringen. Da ist auch nichts dagegen zu sagen, aber ist das jetzt sozusagen das Nonplusultra?

Was die Sanierung der jüdischen Ehrengräber auf dem Zentralfriedhof betrifft, so muss man sich vorstellen:

Viele Gräber, auch zum Beispiel jenes von Arthur Schnitzler, sind erst 2007 zum Ehrengrab ernannt worden. Bis dahin hat die SPÖ ja überhaupt kein jüdisches Gefühl gehabt, sozusagen. Und wenn ich daran denke, dein Vorgänger, der Marco Schreuder, und ich und der David Lasar, wir haben uns immer stark gemacht für die Instandhaltung des jüdischen Friedhofes in Währing und für dieses Häuschen dort, und obwohl es im Regierungsübereinkommen steht, hat sich das Land immer abgeputzt. Jetzt steht es drinnen im eurem Regierungsübereinkommen, und wenn man diese Formulierung sieht, dann stellt man fest: Die jüdischen Ehrengräber, die sind jetzt einmal saniert – gut -; ein Weiteres ist die Seegasse, ein alter jüdischer Friedhof; und dann der Friedhof in Währing. - Aber es ist noch immer nichts passiert.

Und man sollte auch nicht vergessen: Man sollte nicht jetzt etwas als Projekt herausstellen, wo jahrelang die Opposition Druck gemacht hat. Ihr habt dort, der Marco hat dort Führungen gemacht durch den jüdischen Friedhof. Das ist alles verhallt im Nirwana. - Also gut.

Struppeck ist neuer Musical-Intendant. - Ja, gut! Auch gut! Gott sei Dank endlich einer, der etwas von Musical versteht. Er hat übrigens bei Peter Weck gelernt, in der Musical-Schule, die es auch nicht mehr gibt - eine gute Institution.

Dann steht drinnen: Nachlass von Max Reinhardt. - Das kann ich doch auch nicht als Projekt bezeichnen. Wenn der auf dem Markt ist, wie bei einer Auktion, und ich das haben will und wenn jemand so wichtig ist wie der Max Reinhardt, dann muss ich schauen, um Gottes, Himmels willen, dass ich das krieg! Da kann ich nicht sagen, das ist ein Projekt, sondern da muss ja ein jeder dankbar sein, wenn wir es haben.

Und: Wien bekommt den Universitätsring. - Also wenn das jetzt das Projekt für 2012 ist, na ja, dann will ich mich dazu nicht mehr weiter äußern.

2011, das ist das Jahr der Interkulturalität und Transkulturalität. - Ja, das war 2011, das Jahr der Transkulturalität. Ich weiß, du bist transkulturell mit einer brasilianischen Frau, ich bin transkulturell. Sonst, also außer diesem einen Projekt auf der Homepage des Herrn Stadtrates, Labor für Interkultur - das ist die von dir genannte Garage X - und solchen Stücken, die durchaus okay sind, mit den 30 Kindern und so, kann ich unter den ganzen Projekten von 2011 nichts in dieser Richtung finden.

Da steht drinnen: 320 Strauss-Autographen digitalisiert. – Super! Ja, ist auch notwendig – aber ...

Digitalisierung der Klein- und Mittelkinos. - Da hat die Stadt Wien mit den Betreibern, mit den Verleihern, mit dem Bund gemeinsam gearbeitet. Das haben wir auch befürwortet, das ist auch gut, aber auch nicht so sehr das Wahnsinnsprojekt.

Dann ist die Gedenkstätte für die Opfer des Freiheitskampfes renoviert worden.

Dann steht etwas ganz Lustiges drinnen: Eröffnung der 49. Viennale. - Also ist das ein Projekt, wenn ich eine Viennale eröffne? Sogar die Rede steht drinnen. In dieser Rede steht drinnen - das kann ich auch

befürworten, Herr Stadtrat -, dass man die Kultur nicht kaputt sparen lassen soll in Zeiten der Krise. - Wunderbar.

Jüdisches Museum erstrahlt in neuem Glanz. - Okay, gut. Diese Sanierung wurde uns damals als Funktionssanierung verkauft, genauso wie damals vom Ronacher. Beim Ronacher war aber bei der Funktionssanierung der Unterschied zur wirklichen Sanierung. Hier meint man Einbauten von Lift und Multimediastachen und Renovierung.

Und dann kommen schon wieder - 2011 haben wir sie auch - die Kulturlotsen! Diese ziehen sich wie ein roter Faden durch. Sozusagen das Highlight der Ära Mailath-Pokorny sind die KulturlotsInnen.

Das Kunsthaus feiert 20-jähriges Jubiläum. - Das ist aber auch kein Projekt, ehrlich gesagt, nicht wahr? Okay, da hat der Giger eine Ausstellung gemacht, es gab von Hundertwasser eine Ausstellung und von Cartier-Bresson – super.

Und das Mozarthaus feiert sein fünfjähriges Jubiläum. - Auch da muss man sagen, es ist ja eigentlich schlimm, dass man die einzige erhaltene Wohnung von Mozart erst vor fünf Jahren zugänglich gemacht hat. Aber bitte, sie ist zugänglich. 700 000 Besucher zählte man in 5 Jahren - eine gute Sache. Aber sozusagen ein Highlight, eine Vision?

Sie haben einmal gesagt, Sie suchen Streit. Aber Sie sehen ja, ich kommentiere das, bei den meisten Punkten stimmen wir zu. Also es schaut mir mehr so wie Verwalten aus. Und das ist uns eben zu wenig, und deswegen stimmen wir diesem Rechnungsabschluss nicht zu.

Aber erlauben Sie mir noch ein paar weitere Anmerkungen - ich habe ja noch immer zwölf Minuten -: Dann steht auf der Homepage noch etwas. Ganz oben steht: „Konservativ? Nein, Bio-Konservativ.“ - Jetzt habe ich mir zuerst gedacht: Vielleicht war er früher konservativ - ich meine, es gibt ja auch wertkonservative Sozialdemokraten - und jetzt, durch die neue Regierung mit den GRÜNEN, hat er sich halt bio-konservativ genannt. Dann habe ich einmal versucht, herauszufinden, was damit gemeint ist. Und dann kommt - ich darf das kurz vorlesen: „Seien es Chimären in der griechischen Mythologie, Science Fiction Romane oder Mary Shelley's Frankenstein: Die Manipulation menschlichen und tierischen Lebens ist ein uralter Plot. Nun scheint er mit Gentechnik und Entschlüsselung des Genoms Realität zu werden.“ – Ich überspringe hier einen Absatz. „Designerbabies, gedächtnisfördernde Drogen oder Genmanipulationen bergen jedenfalls die Problematik, als Mensch selbst in die Natur einzugreifen. Selbst wenn in tendenziell immer unreligiöseren, säkularen Gesellschaften die Grenzen der göttlichen Autorität immer stärker verschwimmen,“ - Vorsitzender des Bundes Sozialistischer Akademiker: göttliche Autorität! – „so ist die Selbststeuerung menschlicher Evolution dennoch heikel. Denn im Unterschied zur Natur kann man gelinde gesagt vom menschlichen Handeln nicht immer behaupten, dass es auf Grund einer in sich geschlossenen Logik, im besten Fall

„harmonisch selbstregulierend“ - jetzt kommt das Wort – „autopoietisch ...“ - Ich hoffe, ich spreche das richtig aus, denn ich habe das, das gebe ich gerne zu, heute nachgeschaut, ich wusste nicht, was es bedeutet. Das ist ein sehr philosophischer, wieder ein Grund, auf Grund dieses Textes, ... – Der Wissenschaftssprecher, Wissenschaftsbeauftragte sitzt hinter mir: Wer weiß, was autopoietisch ist?

Das ist, übrigens, der Prozess der Selbsterschaffung und Selbsterhaltung eines Systems. - Ich habe sofort an die SPÖ gedacht. (*Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.*)

Luhmann, der dieses Wort im sozialen Sinne geprägt hat, hat gesagt, soziale Systeme sind geschlossen und ausschließlich selbstinteressiert. - Da habe ich erst recht an die SPÖ gedacht. (*Neuerliche Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Schlussendlich hat sich dann herausgestellt, dass der ganze Spruch von Habermas ist, im Zusammenhang mit der Eugenik, mit der Schaffung neuen Lebens.

Es gibt ja auch Künstler, die neues Leben schaffen. Es gibt einen brasilianischen Künstler, der in Linz bei der ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Ars Electronica!*) - danke! -, bei der Ars Electronica Kurator ist oder Jury ist, der das Gen einer Qualle einem Hasen injiziert hat, sodass dieser geleuchtet hat (*GR Mag Wolfgang Jung: Das war ein Seehase!*), und sein eigenes Gen - fragen Sie mich nicht, wie man das macht - mit dem genetischen Code von Pflanzen vermischt und damit eigene Pflanzen, also neues Leben geschaffen hat - als Beispiel oder als Warnung; wie soll ich sagen?

Jetzt müsste man dann eigentlich zum Julius Tandler kommen. Aber das werde ich nicht tun. Ich werde das nicht tun. Ich habe mich jetzt lustig gemacht über das, was da steht, möchte aber doch abschließend sagen: Dem Rechnungsabschluss können wir aus den genannten Gründen nicht zustimmen. Aber wenn es heißt, dass man das Leben nicht verändern soll, so wie es auf Ihrer Homepage steht, Herr Stadtrat, dann bin ich wahrscheinlich auch bio-konservativ. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) – Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Straubinger. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag Sybille **Straubinger** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Lieber Kollege Ebinger! Ob du bio-konservativ bist, das kann ich nicht beurteilen, aber vielleicht bist du ein bisschen naiv. Denn wenn du glaubst, dass du auf der Homepage des Herrn Stadtrates sozusagen die Dokumentation des Wiener Kulturlebens und Wissenslebens des letzten Jahres findest, dann, glaube ich, ist das ein bisschen naiv. Es gab da zwei Berichte - beide solltest du schon längst haben -: den Kulturbericht mit 300 Seiten und dann noch den Wissenschaftsbericht mit 300 Seiten. Genau die sind das. Die solltest du vielleicht auch einmal herausnehmen aus deiner Lade und reinschauen (*StR David Lasar: ... macht den ganzen Tag nichts anderes!*), denn da steht nämlich ganz viel

von verschiedensten Projekten drinnen, die du vielleicht dann auch als Projekte erkennen würdest. (*GR Johann Herzog: Was bio-konservativ ist, steht da drinnen!*)

Frau Kollegin Ebinger ... - ah, Frau Kollegin Leeb, Entschuldigung, und Herr Kollege Ebinger (*Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*) - jetzt habe ich da sofort Verbindungen hergestellt; wie komme ich bloß darauf? - haben auch darüber gesprochen, dass sie sozusagen im letzten Jahr die Visionen vermissen. Ich sage Ihnen eine Vision, die es gibt: Eine Vision ist die, dass die Vielfalt, die es in Wien gibt, im Wiener Kulturleben gibt und auch im Wissenschaftsbereich gibt, auch abgebildet wird und dass die Vielfalt dieser Stadt quasi gefördert wird. Und ich glaube, das ist etwas, was hier funktioniert, was in Wien in einem hohen Ausmaß funktioniert, was so vielfältig ist, dass man gar nicht in einer Rede sozusagen alles wiedergeben kann - was ich hier auch gar nicht will. Und darum gibt es einen Kulturbericht und einen Wissenschaftsbericht, und nicht einmal die können das in all seinen Facetten wiedergeben.

Ich will aber auch dieses Bild nicht stehen lassen, das Sie hier gezeichnet haben, das die Opposition hier gezeichnet hat, denn das haben sich weder die Künstler, die Kulturschaffenden noch die Wissenschaftler und Wissenschaftstätigen in dieser Stadt verdient, das haben sich aber auch die Wiener Kulturpolitik und die Kulturförderung nicht verdient. Denn beispielsweise haben wir im Theaterbereich diese Vielfalt von einem experimentellen Theater bis hin zu einem traditionellen Theater. Wir haben die ganze Bandbreite, die abgebildet wird. Wir haben bei den Wiener Festwochen im letzten Jahr 45 Produktionen aus 24 Ländern gehabt, insgesamt 220 Vorstellungen. Wir hatten immer gute Auslastungszahlen, aber 2011 ganz besonders, nämlich mit 94,3 Prozent einen Rekord bei den Auslastungen.

Ich habe, in meiner Bank sitzend, Frau GRin Meyer, die sich ja auch noch zu Wort melden wird, einmal murmeln gehört: „Katastrophe! Alles, was ich mir angeschaut habe, eine Katastrophe!“ - Da möchte ich Ihnen jetzt schon sagen, Frau Kollegin Meyer: Es ist egal, ob Ihnen persönlich sozusagen diese Stücke gefallen haben oder nicht. Es gibt, glaube ich, einiges, was gefördert wird, was mir persönlich wahrscheinlich auch nicht gefällt. Aber das ist nicht das Kriterium, was Ihnen persönlich gefällt. Das Kriterium ist sozusagen: Ist für alle Wienerinnen und Wiener, ist für alle Geschmäcker etwas dabei? Ist für die verschiedensten Vorstellungen von Kunst und Kultur etwas dabei in dieser Stadt? Darum geht es. Und Auslastungszahlen wie jene bei den Wiener Festwochen zeigen ganz deutlich, da ist ganz viel dabei. Und auch die Medienberichterstattung mit fast 4 000, 3 800 Berichten im In- und Ausland zeigt, dass es nicht nur beim Publikum ankommt, sondern eben auch bei den Medien und in der Kritik.

Auch bei den Wiener Bühnen, bei den Off-Theatern hat sich sehr viel getan. Es gab ganz großartige und auch sehr viel beachtete Produktionen, die unter anderem auch dieses Thema des postmigrantischen Theaters zum Thema gemacht haben. Herr GR Ebinger hat, glaube ich, auch erwähnt, es fällt ihm nichts ein

außer diesem Beispiel „Pimp my integration“. Ich kann da zum Beispiel noch verweisen - wo ist er denn jetzt?; jetzt ist er weg - auf „Die Reise“ im Volkstheater oder auch auf „Into the city“ im Rahmen der Wiener Festwochen, wo genau das auch gelebt wird.

Eigentlich gar nicht erwähnt oder kaum erwähnt worden sind sozusagen auch der österreichische Film und die Filmförderung. Ich möchte das schon erwähnen, denn das ist eine Erfolgs-Story - und die passiert nicht von heute auf morgen, sondern die ist über Jahre aufgebaut worden -, wo im letzten Jahr und heuer mit „Die Fälscher“, mit „Amour“, mit „Atmen“, mit „Michael“ sozusagen international preisgekrönte Filme aus dieser Wiener Filmförderung hervorgegangen sind. Daran haben wir uns mittlerweile schon fast gewöhnt, denn es vergeht eigentlich kein Jahr mehr, wo das nicht passiert. Aber mit „Eine Stadt. Ein Film.“ sind auch noch wichtige Schritte gesetzt worden, dass dieses Filmgeschehen auch in der Stadt noch stärker verankert wird. Und die Arbeit des Filmfonds, der Vienna Film Commission, der verschiedenen Festivals, der Kinoförderung und vor allem auch die Höhe der Filmförderung im Rahmen von 11,5 Millionen EUR, das alles sind solche Puzzleteile, die Wien wirklich mittlerweile zu einer Filmstadt gemacht haben.

Die Wissenschaftsförderung ist, glaube ich, sozusagen abgesehen von Alexander Van der Bellen, hier überhaupt nicht erwähnt worden. Und, ehrlich gesagt, so sehr ich Alexander Van der Bellen schätze, aber ich möchte Wissenschaftsförderung in Wien nicht reduzieren auf Alexander Van der Bellen. Denn: Schauen Sie sich den Wissenschaftsbericht der Stadt an! Der bezieht sich nämlich nicht nur auf die Förderung der MA 7 und auf Projekte, die dort gefördert werden, vor allem im geisteswissenschaftlichen Bereich auf kleine, auf große Projektförderungen, sondern der bezieht sich auf die ganze Stadt - weil es zusätzlich Fonds und Stiftungen gibt, weil es in allen Magistratsabteilungen Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, mit der Wirtschaft auch, aber auch mit den Universitäten gibt, weil die Stadt auch Aufträge vergibt durch die verschiedenen Magistratsabteilungen, Werke angekauft werden.

Und auf dem Titelblatt des Wissenschaftsberichts sind vier Schlagworte oben. Das eine ist Fördern - das sozusagen, was ich jetzt gerade beschrieben habe -, das zweite ist Anwenden, und Kooperieren und Vermitteln sind die anderen zwei. Und Anwenden passiert zum Beispiel in der anwendungsorientierten Forschung, in der Technologieförderung bei ZIT und bei Departure - die jetzt nicht zum Kulturressort gehören, aber zu einer Wissenschaftsförderung. Es passiert auch in Form von Reflexion, die wir über das GSK-Programm, das Programm für Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften, fördern. Es passiert über ein Kooperieren, wie zum Beispiel der WWTF in seinen Calls immer ganz besonders die Kooperation und auch die Interdisziplinarität von Projekten fördert und fordert.

Und es passiert auch beim Vermitteln, zum Beispiel - um nur eines von vielen Beispielen herauszugreifen - bei

den Wiener Vorlesungen, die heuer 25 Jahre existieren, wo 1 200 Vorlesungen stattgefunden haben, mit über 5 000 Referenten und 700 000 BesucherInnen.

Wenn ich Ihnen jetzt ein paar Schlagworte sagen soll, was die Wiener Vorlesungen wollen, dann kann ich Ihnen einfach nur empfehlen: Gehen Sie öfter hin! Denn was die Wiener Vorlesungen wollen, ist: Aufklärung statt Vernebelung, Differenzierung statt Vereinfachung und Gestaltungswille statt Fatalismus. Und ich glaube, das würde einigen hier ganz sicher gut tun. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Differenzierung und Aufklärung sind auch zwei Stichworte zum Thema Umgang Wiens mit der Geschichte in den Museen der Stadt, im Stadt- und Landesarchiv, in der Wienbibliothek, in der Stadtarchäologie - überall dort passiert das.

Und, ja, es passiert auch bei der Umbenennung des Dr-Karl-Lueger-Rings. Ja, es sollen historische Straßennamen die Entwicklung einer Stadt auch dokumentieren. Und auch wenn sie problematisch sind oder waren, wie im Fall Lueger, nämlich auf jemanden hinweisen, der nicht nur Bürgermeister war, sondern der einfach den Antisemitismus als politisches Masseninstrument eingeführt hat, sollen sie in dieser Stadt nicht ausgelöscht werden. Das sage ich ja gar nicht - keiner sagt das. Aber das passiert auch nicht, denn im Fall des Dr-Karl-Lueger-Rings gibt es einfach mehrere Gründe dafür, warum sich die Stadt dafür entschieden hat:

Zum einen war es der langjährige Wunsch der Universität Wien *(GR Johann Herzog: Das ist falsch! Das ist dementiert!)*, die 2015 ihr 650-Jahre-Jubiläum begehen wird *(GR Johann Herzog: Das ist eine Behauptung!)* - nein, das ist keine Behauptung! *(Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny: Den Brief zeigen! Ein Brief ist vorhanden! - Das ist ja lächerlich! - Ruf bei der FPÖ: Der Van der Bellen hat das gesagt!)* - und die, weil Lueger, und das wissen wir auch alle, auch ein wirklich wissenschaftsfeindlicher Mensch war, ihr 650-jähriges Jubiläum nicht mit dieser Adresse feiern will.

Aber auch der Umstand, dass kaum Wohnadressen und vor allem auch öffentliche Adressen betroffen sind an diesem Platz, war mit ein Grund für diese Ausnahme.

Und schließlich die Tatsache, dass wir auch weit davon entfernt sind, dass dieser Name quasi aus dem Stadtbild verschwindet. Ich habe hier eine Auflistung, was es alles gibt an nach Lueger sozusagen benamten Denkmälern oder Straßen oder Plätzen: zwei Denkmäler im öffentlichen Raum, zwei Denkmäler im KAV, drei Gedenktafeln, eine Herme im Parlament, eine Eiche im Rathauspark, einen Hof im 15. Bezirk, einen Platz - den Lueger-Platz - und dann noch eine Brücke im 14. Bezirk. Es kann also keine Rede davon sein, dass es hier um eine Auslöschung der Erinnerung geht, aber um eine differenzierte Sichtweise jedenfalls.

Zu dem Antrag, den es betreffend den Julius-Tandler-Platz gibt - Kollege Ebinger hat ihn kurz erwähnt -, nur ein Wort. Es gibt auch - und das wissen Sie auch - eine Arbeitsgruppe, die der Herr Stadtrat eingesetzt hat, zu den Straßennamen, die nach Persönlichkeiten

benannt worden sind - und das sind über 4 000 in dieser Stadt. Diese Arbeitsgruppe hat ihren Bericht noch nicht vorgelegt. *(GR Johann Herzog: Die sind schon hilfreich bei der Auswahl von Persönlichkeiten, die zu diskutieren sind!)* Die Arbeitsgruppe wird ihren Bericht vorlegen, und dann wird man sich mit diesem Thema auch ernsthaft auseinandersetzen. Denn natürlich wird es auch noch andere geben, die sicher auch belastet sind.

Ich habe es zu Beginn schon gesagt, ich kann jetzt auch nicht diese ganze Vielfalt und die ganze Bandbreite, die Wissenschafts- und Kulturpolitik in dieser Stadt ausmacht, im Rahmen meines Beitrags zur Rechnungsabschlussdebatte widerspiegeln. Das will ich auch gar nicht. Sie können es, oder zumindest vieles davon, auf insgesamt 600 Seiten auch nachlesen. Aber was ich jetzt hier sagen kann und auch tun möchte, ist, Danke sagen, nämlich zum einen Danke an die MitarbeiterInnen in der Kulturverwaltung, aber Danke auch an die vielen Kulturschaffenden in Wien, die diese Vielfalt und dieses Kulturleben erst möglich gemacht haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Frau GRin Schinner wird einiges noch erwähnen oder hervorheben, was ich jetzt noch nicht erwähnt habe und was diese Vielfalt ausmacht. Aber da man die Wirkung von Kunst und Kultur und auch von Wissenschaft am besten ja selbst erleben sollte, möchte ich Ihnen einen Satz ans Herz legen - vor allem möchte ich ihn der FPÖ ans Herz legen, aber auch der ÖVP -, einen sehr schönen Satz, der im Wissenschaftsbericht das Kapitel über die Wiener Vorlesungen einleitet und der eigentlich auch sehr schön die Politik der Stadt charakterisiert. Dieser Satz lautet: „Damit das Denken spazieren, galoppieren und die Richtung wechseln kann.“ - Versuchen Sie es! Erleben Sie die Wiener Kulturpolitik! Ich glaube, es würde Sie und es wird ganz sicher auch die politische Debatte bereichern. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile es ihm.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Wenn ich an das Wien Museum denke und an das Depot, dann denke ich mir, sie bewegt sich doch, die Welt des Herrn Kulturstadtrates. Denn Sie wissen, wie oft bereits Kontrollamtsberichte das Wien Museum betreffend veröffentlicht wurden. Zuerst wurde das Wien Museum am Karlsplatz selber kritisiert: Es ist das Kellergeschoß nicht mehr benutzbar, und das gesamte Museum braucht eine Generalsanierung. Dann der Bericht über den Hofpavillon - zwar in einem anderen Ressort -, über die unglücklichen Zuständigkeiten zwischen den Wiener Linien und dem Wien Museum. Dort ist das Dach so schwer beschädigt, dass es hineinregnet und dass der Pavillon aus Sicherheitsgründen gesperrt werden musste. Bis heute - obwohl bereits eine Entscheidung vorliegt, wer zuständig ist - ist nichts geschehen, und der Pavillon ist weiter gesperrt. Und der Kontrollamtsbericht zur Hermesvilla - er wird Ihnen fast noch in Erinnerung sein - liest sich

nicht viel anders als jener zum Hofpavillon oder zum Wien Museum.

Meine Damen und Herren! Man lässt all diese historischen, unter Denkmalschutz stehenden, unser kulturelles Erbe betreffenden Gebäude langsam verfallen. Da der letzte Bericht des Kontrollamtes - und zwar heißt es so sperrig: „Querschnittprüfung der Maßnahmen zur Erhaltung der Standsicherheit und Gebrauchstauglichkeit von Bauwerken, Museen – Teil 4“ - das Zentraldepot des Wien Museums betrifft und genauso negativ ausfallen wird wie alle drei anderen Berichte, war bekanntlich Feuer am Dach des Herrn Kulturstadtrates. Denn der letzte Depotbericht des Kontrollamtes aus dem Jahr 2006 sprach schon von Gefahr im Verzug, und bis jetzt ist kaum etwas geschehen, um die mehr als 1,5 Millionen Kulturschätze und Kunstschätze ordentlich zu verwahren und zu schützen.

Sehr beachtlich ist nun der Schritt zur Zusammenführung aller acht Depots des Museums, der allerdings neben Einmalkosten für Einrichtung und Übersiedlung jährlich eine Million an Mehrkosten für das Stadtbudget ergeben wird. Vielleicht ist es ein Wermutstropfen, dass das Depot nun in Himberg ist - auf dem gleichen Areal nämlich, auf dem das Kunsthistorische Museum sein Depot hat -, aber dafür lassen sich generell langfristig Kosten einsparen.

Nachdem die ÖVP schon seit 2006 jährlich mehrmals des Zustand des Zentraldepots kritisiert hat, konnte nun eine - und da muss ich sagen, Hut ab! - für alle Seiten befriedigende Lösung gefunden werden.

Jetzt nämlich, nachdem der Mietvertrag unterschrieben wurde, kann man sich endlich auf das zentrale Projekt, den Neubau eines Wien Museums, konzentrieren. Mit den nun eingegrenzten Standorten Morzinplatz, Hauptbahnhof, Karlsplatz können diese Gespräche nun verdichtet werden, und einer optimalen Lösung für das neue Wien Museum steht hier nichts mehr im Weg. - Meine Kolleginnen - und zwar Isabella Leeb, Karin Holdhaus und Barbara Feldmann - und ich haben daher folgenden Beschlussantrag betreffend den Neubau des Wien Museums eingebracht:

„Der amtsführende Stadtrat für Kultur und Wissenschaft möge zum Neubau des Wien Museums nunmehr endlich folgende Maßnahmen setzen:

Festlegung des geplanten Standortes für das Wien Museum, Beauftragung zur Erstellung eines neuen, modernen Museumskonzeptes, Ausarbeitung eines realistischen Finanzierungskonzeptes, internationale Ausschreibung eines Architekturwettbewerbes mit Einsetzung einer ebenfalls internationalen Jury und internationale Ausschreibung des Bauprojektes mit Auftragsvergabe.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein Thema, das mit dem Wien Museum zusammenhängt, ist auch die Situation der Stadtarchäologie, die vor drei Jahren an das Wien Museum angedockt worden ist. Hier hat man zwar den Kostenrahmen einhalten können, die Mitarbeiter sind

gleich geblieben, aber die Zahl der Grabungen ist massiv zurückgegangen. Hier müsste man generell die Struktur hinterfragen, und vor allem das Alter der Mitarbeiter müsste man sich anschauen, um hier aktiv wieder einen positiven Impuls an die Stadtarchäologie zu geben.

Dauerthema, meine Damen und Herren, ist auch die Wiener Kinoförderung. Frau Kollegin Straubinger war so nett und hat dieses Thema bereits kurz angesprochen, aber wir gehen noch weiter und sehen hier auch die Ausgaben für das gemeindeeigene Gartenbaukino und das gemeindeeigene Stadtkino. Leider hält das Kinosterben bei den Programmkinos unvermindert an. Trotz toller Preise für den österreichischen Film gehen die Kinos langsam ein. Michael Haneke hat zuletzt mit dem Film „Amour“ heuer zum zweiten Mal in Cannes die Goldene Palme bekommen, und trotz allem schaut es auf der Seite der Abspieltheater nicht gerade rosig aus. Obwohl die Kinoförderung im letzten Jahr noch 400 000 EUR betrug, wird sie voraussichtlich heuer deutlich gekürzt werden, und es stellt sich die Frage, gerade bei der Digitalisierung des Films, ob die kleinen Programmkinos da überleben können.

Als ein negatives Beispiel der Kulturpolitik in dieser Stadt sehe ich die feindliche Übernahme der Kammeroper - wirklich feindliche Übernahme, unter Führungszeichen - durch das Theater an der Wien, bekanntlich einen Holding-Betrieb der Stadt Wien, der mit mehr als 37 Millionen EUR jährlich gefördert wird. Hier wurde ein engagierter, unabhängiger, privat geführter Opernbetrieb durch die Stadt Wien und das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur durch Reduktion beziehungsweise Streichungen von Fördermitteln an die Wand gedrängt, meine Damen und Herren, und man hat über diesen Verein, der die Mietrechte besitzt, die Mehrheit übernehmen können. Dann ist es so gekommen, wie alle vorausgesagt haben: Die Kammeroper wurde an das Theater an der Wien angekoppelt, und die Selbstständigkeit war dahin.

Meine Damen und Herren! Ob diese Art der Verstaatlichung – oder, vornehmer gesagt, Vergesellschaftung - in Wien so super ist, wage ich wirklich zu bezweifeln.

Ein weiterer negativer Punkt in der Politik des Herrn Kulturstadtrates ist die Höhe des Literaturbudgets. Nur rund 1,3 Prozent, somit nur 2,5 Millionen EUR, werden für den Bereich Literatur ausgegeben. In Zeiten, in denen wir dauernd von Lernschwächen unserer Kinder in der Stadt sprechen, wahrlich keine kulturpolitische Großtat, wo doch rund 50 Prozent – bitte, meine Damen und Herren, stellen Sie sich das vor! - dieser 2,5 Millionen EUR nur an einen Verein gehen, den Kunstverein Wien, besser bekannt als Alte Schmiede. Ich glaube, das ist etwas, was im nächsten Budget absolut geändert gehört.

Und abschließend meine Kritik an der Erhöhung der Ortstaxe: Die Ortstaxe fließt in das Budget des Kulturstadtrates ein, ist zwar nur ein Durchlaufposten, aber ist ein Beispiel, wie die Stadt Wien ihre Gebühren wieder erhöht. Bis jetzt wurden nämlich 2,8 Prozent von den Nächtigungsumsätzen im Tourismus, abzüglich Entgelte für Frühstück, Heizkosten und Bedienung,

eingehoben. Es sind rund 14 Millionen EUR, die hier jährlich an den Tourismusverband weitergereicht werden. Und jetzt hat man ein Gesetz beschlossen, dass man mit Jänner 2013 diesen Steuersatz auf 3,2 Prozent erhöhen wird und die Abzugsposten Bedienungsgeld und Heizkosten streichen wird. Seriöse Schätzungen gehen davon aus, dass allein durch diese Streichungen 400 000 EUR mehr an Einnahmen hereinkommen werden und dass sich damit die Stadt Wien ein Körbergeld, eben durch diese 400 000 EUR mehr, verschafft.

Es ist dies wieder ein Beispiel der ungerechtfertigten Tarifpolitik in dieser Stadt. Damit werden nämlich die Besucher unserer Stadt zusätzlich zur Kasse gebeten werden, oder, wenn die Tourismusunternehmen die Preise auf dem Markt nicht durchsetzen können, bleibt das an der Wiener Hotellerie hängen, und diese Zusatzbelastung wird rund 2,5 Millionen EUR betragen.

Wir sind beim Notenverteilen. So gut Geschichten erzählen wie meine Vorredner kann ich leider nicht, aber trotzdem: Für den Herrn Kulturstadtrat leider eine glatte Fünf. Wir werden daher diesem Budget nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet hat sich Frau GRin Meyer. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Uta **Meyer** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Kollege Werner-Lobo freut sich sehr über die Umbenennung des Dr-Karl-Lueger-Ringes. Aber ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, dass Sie Ihre Meinung ändern wie ein Fähnchen im Wind, denn auf Ihr Wort ist kein Verlass. Im Jahr 2008 wurde im 19. Bezirk über die Bezeichnung Skywalk diskutiert, und eine breite Umfrage hat ergeben: Weg von den Anglizismen! Eine Umbenennung in Spittelauer Steg wäre zu beantragen.

Wir Freiheitliche haben den Antrag im Bezirk eingebracht. Er wurde einstimmig – einstimmig! - angenommen. Und die Kulturabteilung der Stadt Wien teilt mit, dass sich der Unterausschuss für Verkehrsflächenbenennungen gegen eine Umbenennung des Skywalk Spittelau ausgesprochen hat, da die Umbenennungen grundsätzlich nicht vorgesehen sind.

Also ich frage mich schon: Was verstehen Sie unter grundsätzlich? Und was hat Sie bewogen, von Ihren Grundsätzen so leicht abzugehen? Ist das ein Zugeständnis, das Sie in dieser unseligen Koalition machen müssen, oder wollen Sie wirklich von den tatsächlichen Problemen ablenken?

Denn eines ist klar: Sie wollten sich mit der grundsätzlichen Ablehnung im Jahr 2008 vor weiteren Anträgen für Umbenennungen schützen. Karl Lueger, einer der herausragendsten Bürgermeister von Wien - das ist wohl unbestritten -, ist das erste Opfer dieser nicht zielführenden Kampagne, die im Übrigen sehr viel Geld kostet. Die Anrainerbeschwerden, die da laufend kommen - zu uns zumindest -, werden im Rathaus nicht einmal gehört. Aber in der Folge wird das ja kommen,

wird man sich gleich über die Umbenennung des Dr-Karl-Renner-Ringes unterhalten, und auch für den Julius-Tandler-Platz wird der Rathausregierung dem Zeitgeist entsprechend etwas einfallen.

Aber glauben Sie mir: Die Menschen interessiert das gar nicht. Sie haben ganz andere Probleme, die angepackt werden müssen in diesem Land. Seit eineinhalb Jahren regiert Rot-Grün. Für die Menschen ist das nicht sehr zumutbar. In der Zeit der Sparpakete und Belastungswellen, die auf die Wiener Bevölkerung hereinbrechen, wird eine Duftstudie für 383 000 EUR an Steuergeld in Auftrag gegeben.

Das ist ein Projekt der Stadt, ein wirkliches Projekt der Stadt. Unter der Leitung einer Philosophiedozentin forschte ein Team, um den Wiener Düften auf die Spur zu kommen. Die Ergebnisse dieser Studie wurden in der Publikation „Sensorisches Labor Wien“ festgehalten und man hat festgestellt, dass Wien nach Rosen, nach Kaffeehaus, nach Fiaker riecht, aber weiters noch die Schweinefleischkonsumenten. „Das ist für die türkischen Zuwanderer sehr unangenehm.“, Zitat aus der Studie. Die Studie sagt auch: „Eine Stadt, die nach nichts riecht, wäre unerträglich. Sie wäre flach und ihr würde das Gesicht fehlen.“ Sogar das SPÖ-freundliche Magazin „News“, der Redakteur Walter Pohl, hat recht eindeutige Worte über die Sinnhaftigkeit des Projektes gefunden. Er schreibt: „Schildbürgereien, Schnapsideen.“ Alles Weitere erspare ich Ihnen. Aber wir sagen, es ist eine wirkliche Schweineerei, solche Projekte mit Steuergeld zu finanzieren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Denken Sie an die chaotische Verkehrspolitik, die Sie dem Bürger unterjubeln wollen und die ihn täglich zur Weißglut bringt, von der Finanzgebarung der Stadt gar nicht zu reden. Die Teuerungswelle, die die Menschen trifft und sie in die Armut treibt. Die Rechnung wird der Wähler der Regierung bei der nächsten Wahl präsentieren.

Dann komme ich noch zu den Wiener Festwochen, die mir sehr am Herzen liegen, denn Brot und Spiele, das haben schon die alten Römer gesagt, sind gut und wichtig so wie eben auch die Wiener Festwochen. In diesem Jahr werden 41 Produktionen aus 23 Ländern geboten. Vielfalt ist gut, aber man sollte wirklich mehr auf Qualität schauen und nicht zum Ärgernis des Publikums diesem nicht anzuschauende Produktionen vorsetzen. Man findet ohnehin kaum Wienerisches im Programm. Es heißt ja nur „Wiener Festwochen“. Selbst Ödön von Horváths Schauspiel „Glaube, Liebe, Hoffnung“ wird vom Schweizer Marthaler, der an sich ein guter Mann ist, von ihm habe ich schon einige gute Sachen gesehen, inszeniert und das so provokant, dass das Publikum reihenweise die Vorstellung verlassen hat. Und Handkes „Die schönen Tage von Aranjuez“ war ein chaotisches Werk und nicht erträglich. Man kann doch die Wiener Festwochen nicht zur Experimentierbühne machen! Sie brauchen selbst nur die Kritiken in den Zeitungen zu lesen. Sogar der „Falter“ hat keine gute Kritik und lässt kein gutes Haar dran. Es gibt sicher auch gute Sachen, die mir auch gefallen, aber so kann man nicht umgehen mit dem Geld. Und warum muss alles, was unter

„modern“ läuft, nackt sein, blutig sein, hässlich sein und ordinär sein? Es ist einfach Trumpf. *(Heiterkeit bei den GRÜNEN.)* Das ist neu und das will man haben.

Zum Abschluss sage ich Ihnen jetzt ein Zitat von Sigmund Freud, der ja hoffentlich unumstritten ist: „Wenn das natürliche Schamgefühl abhanden kommt, ist das der erste Schritt zur Geisteskrankheit.“ Und das wollen wir doch alle nicht. *(Weitere Heiterkeit bei den GRÜNEN. - Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist die Frau GRin Schinner. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Katharina **Schinner** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Stadtrat!

Ich muss ehrlich sagen, die letzte Rede hat mich leicht überfordert. *(Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.)* Ich hoffe, ich finde jetzt wieder zu meiner Rede zurück, aber ich werde mich bemühen. Ich habe wirklich versucht ... *(GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Und Zettel?)* Ich habe Zettel, es kann nichts schief gehen. Im Notfall lese ich es runter oder erzähl es. Also wir werden eine Lösung finden. Diese Geruchsstudie, die Sie hier gebracht haben, ist vom WWTF. Also vielleicht noch einmal anschauen. Sie hat eigentlich nichts mit der Kultur zu tun. Aber vielleicht habe ich jetzt auch die genauen Übergänge hier nicht bekommen.

Ich gehe aber doch auf meine Rede zurück und auf das, was für mich wesentlich ist und habe, glaube ich, sehr aufmerksam den Rednern vor mir gelauscht und mir sind so zwei Dinge bewusst geworden, die eigentlich immer, wenn ich über Dinge nachdenke, für mich essentiell sind. Das eine ist, was ist das Beste für eine Organisation oder Institution. Und das Zweite ist für mich, dass ich mich schon immer versuche zu fragen: Wie geht es auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern? Und ich sage ganz ehrlich, jetzt könnten wir ja sagen, gut, hier in der Stadt seid ihr Mehrheitsfraktion. Da ist es vielleicht auch leichter, es so zu sehen. Aber auch in der Wirtschaftskammer, wo ich Funktionen habe, ist es mir unmöglich, das anders zu denken. Und es ist mir deswegen fast schleierhaft, wie man sich hier herstellen kann und teilweise auch so emotionslos und abschätzig und für meinen subjektiven Geschmack irgendwie frustriert hier seine Reden hält.

Somit möchte ich voll Emotion und Freude einige Punkte bringen, die mir besonders am Herzen liegen. Da ist das Wien Museum so ein erster Punkt, wo ich finde, dass heute schon viel gesagt wurde, aber wir oft dazu neigen, wenn wir darüber reden, nicht zu sehen, was alles Großartiges in diesem Haus, und das trifft jetzt nicht nur auf das Wien Museum zu, oder auch in anderen Institutionen passiert und passiert ist. Für mich ist das Wien Museum wirklich - und ich habe erst vor einem Monat dort wieder eine Führung genossen und sehe immer, mit wieviel Herzblut dort alle Mitarbeiterinnen dabei sind. Ich finde, es ist wirklich so das Wohnzimmer von uns Wienerinnen und Wienern. Dort passiert Geschichte. Wenn ich sehe, wie ihr mit jungen Leuten umgeht, wenn man am Wochenende ins Wien Museum

geht und dort sehr viele Kinderwägen stehen und dort gespielt wird und dort Menschen unterschiedlichen Alters sind. Dann sehe ich das einfach und krieg' mit, dass das ein Haus ist, wo total viel vernetzt wird und wo man einfach ganz tolle Ausstellungen der Geschichte der Stadt Wien sehen kann.

Wenn ich jetzt auch auf das eingehe, was mein Vorredner Kollege Dworak gesagt hat, so glaube ich, man kann ganz viele Faktoren in einem Museum verändern, man kann sie neu gestalten, man kann sie austauschen. Was aber in meinem Verständnis definitiv nicht dazugehört, das ist das Gebäude. Und weil dieser Fakt nun mal so ist, dass dort, wo man ist, man dann auch eine Zeit ist, bitte ich, uns doch die Zeit zu geben, um hier die beste aller Lösungen zu finden. Weil ich möchte nicht dafür stehen, dass man dann eine Lösung hat, die irgendwie nicht schlecht, aber auch nicht gut ist, sondern ich möchte, dass wir das so evaluieren, dass am Schluss wirklich die perfekte Variante herauskommt. Ich glaube, wir sind mit dem Depot einen Riesenschritt in die richtige Richtung gegangen und ich glaube, dass das Wien Museum auch 2011 mit 402 743 Besuchern hier ganz erstklassige Arbeit geleistet hat.

Ein zweiter Punkt, den ich gerne herausstreichen möchte, der mir ganz besonders am Herzen liegt, nämlich gerade auch aus dem Grund, was ich am Anfang gesagt habe, nämlich auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sehen, das ist die Kunsthalle. Ihr redet teilweise so über die Kunsthalle, als hätten wir dort irgendwie ein Feld von verbrannter Erde, wo nichts ist und wo man jetzt alles neu aufbauen muss. Die Kunsthalle ist eines der führenden europäischen Häuser, wo zeitgenössische Kunst in einem Niveau gezeigt wird, wo wir in ganz Europa beneidet werden, wo Gäste zu uns kommen, nur um diese Ausstellungen zu sehen, wo junge Künstler entdeckt wurden, die man vorher noch nirgends gesehen hat. Und das einfach wegzustreichen und nicht zu sehen, wie viele Leute dort jeden Tag hingehen, engagiert ihrer Arbeit nachgehen, sicherlich auch kein einfaches Jahr hatten, und immer nur das Schlechte zu sehen, das finde ich traurig. Deswegen möchte ich hier ganz explizit mein ausgesprochenes Kompliment den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kunsthalle Wien sagen. Wir wissen, dass sie jeden Tag phantastische Arbeit für die zeitgenössische Kunst in unserer Stadt leisten. Wir sehen das und ich bin ganz davon überzeugt, dass es jetzt mit der neuen Leitung hier auch einen total starken, total zukunftsorientierten Weg geben wird. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Und wenn ich bei der Kunsthalle bin, dann bin ich eigentlich auch bei der bildenden Kunst und dann bin ich beim MUSA, das es jetzt seit 2007 gibt, das jetzt auch einen neuen Namen hat, der diese Kontinuität seit 2007 auch widerspiegelt.

Ich glaube auch hier, wenn ich mir anschau, was in der Artothek passiert, denn seitdem es das MUSA gibt, gibt es doppelt so viele Verleihungen als damals. Diese Verleihungen verschwinden ja nicht irgendwo, sondern die hängen in den Wohnzimmern, die hängen in den Küchen, die hängen in den Vorräumen der Wienerinnen

und Wiener. Ich finde immer, wenn man in eine Wohnung kommt, wo Kunst drinnen hängt, das ist sowas Schönes auch zum Leben. Da finde ich meine ausgesprochene Wertschätzung dem Berthold Ecker gegenüber und seinem Team. Die leisten hier wirklich Arbeit auch in einem Bereich, wo man jungen Menschen zeigt, wie zeitgenössische Kunst sein kann und auch wie stolz wir drauf sein können, dass die Stadt Wien so eine tolle Kunstsammlung hat. Das ist einfach nicht selbstverständlich und im internationalen Vergleich brauchen wir hier wirklich keinen Vergleich zu scheuen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Dann möchte ich in diesem Zusammenhang auch noch die KÖR mit ins Spiel bringen, die Kunst im öffentlichen Raum. Was gibt's Netteres? In unserer Stadt, finde ich, passiert einem das jetzt mittlerweile an so vielen Plätzen, dass man geht und wirklich über Kunst drüberstolpert. Ich glaube, es ist einfach so, dass viele Menschen wenig mit Kunst zu tun haben oder auch Kinder wenig Berührungen mit zeitgenössischer, mit moderner Kunst haben. Die Kunst im öffentlichen Raum hat hier, finde ich, in den letzten Jahren unser Stadtbild wirklich ganz, ganz entscheidend bereichert. Was ich auch ganz großartig finde, ist, dass es gerade jetzt hier so viel an Vermittlungsprogrammen gibt, dass diese Kunst auch gezeigt wird, dass es Spaziergänge durch die Stadt gibt, dass es hier jetzt auch ... Wir haben einfach auch keine Angst vor Veränderung. Bei euch hat man manchmal das Gefühl, es gibt zwar immer das Reden über die Veränderung, aber gleichzeitig auch die Angst, dass es dort mit Martina Taig eine phantastische neue Geschäftsführerin gibt, die große Erfahrung mitbringt, gerade was heutzutage an dieser Schnittstelle zwischen Kunst und Wirtschaft wichtig ist, und die, glaube ich, hier wirklich auch die KÖR wegbereitend weiterentwickeln wird. Und weil es auch vorhin gesagt wurde, das muss ich da auch noch einmal sagen, wenn man sagt, Peter Kogler, die Ausstellung, was ist das schon? Da finde ich das so schade, weil wir uns selber dann einfach so unter den Teppich kehren. Peter Kogler ist international einfach bekannt und die Ausstellung war ein Wahnsinn. So viele Leute sind da tagtäglich vorbeigegangen, dass ich es echt traurig finde, wenn wir dann immer so sagen, na, was ist das schon, das Glasl ist eh halb leer, statt zu sehen, was hier alles Tolles passiert.

Abschließend habe ich mir einen Punkt mitgenommen, nämlich die Musik. Wien ist eine Weltmusikstadt und ich sehe wirklich, wie gut es uns gelingt, einerseits die großen Häuser, die großen Institutionen, die alte Musik hier zu zeigen, hier zu leben und dafür auch wirklich in ganz Europa, in der ganzen Welt bekannt zu sein, aber was nämlich auch dazugehört, damit wir auch noch – weil nämlich Weltmusikstadt zu sein bedeutet viel Freude, bedeutet aber auch viel Verantwortung. Was uns auch gelingt ist, dass wir die zeitgenössische Kunst, die Kunst, die jetzt aktuell ist, die Kunst, die jetzt von jungen Leuten gemacht wird, zeigen, dass wir die hoch halten, dass wir die sichtbar machen. Das ist ganz, ganz wichtig. Ich

hatte heute auch mit meinem Kollegen Peko Baxant ein total nettes Gespräch, wo ich es auch so schön finde, weil bei uns brennen die Leute wirklich für ihre Themen und der Peko brennt so von ganzem Herzen für die Musik. Ich hoffe, ich habe das jetzt hier auch gut wiedergegeben, weil wenn ich mir nämlich den City-Gasometer-Musik-Cluster anschau, der so ein Projekt ist, wo du dich auch so mit reingehaut hast. Das macht es nämlich wirklich aus und auf das können wir auch stolz sein.

Deswegen bitte ich Sie doch abschließend, treten Sie manchmal einen Schritt zurück und sehen Sie das große Ganze. Wir sind wirklich bereit, das zu sehen. Wir haben keine Angst vor der Veränderung. Ich freue mich wirklich über diesen Kulturbericht 2011 und ich freue mich über die vielen spannenden Projekte, die uns auch im nächsten Jahr erwarten werden. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin zum Wort gemeldet ist die Frau GRin Frank. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Henriette **Frank** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem hier der Altstadterhaltungsfonds leider nie diskutiert wird, habe ich jetzt einmal beim Rechnungsabschluss die Gelegenheit ergriffen, um ein paar Worte dazu zu sagen. Und zwar möchte ich mich zuerst schon sehr herzlich beim Herrn Dr Denscher und seinem Team bedanken, weil im Altstadterhaltungsbeirat sind die einzelnen Projekte wirklich hervorragend aufgearbeitet sowohl historisch als auch die Auswahl an sich schon und vor allem auch noch die Präsentation. Allerdings, das möchte ich auch sagen, haben wir ja beim letzten Altstadterhaltungsbeirat darüber gesprochen, dass doch zuerst die Förderung durch den Beirat genehmigt werden soll und zwar vor Baubeginn. Ich habe mir jetzt die Förderungsbedingungen des Wiener Altstadterhaltungsfonds herausgesucht und da steht einmal: Grundsätzlich ist der Förderungsantrag vor Beginn der Arbeiten zu stellen. Okay, das passiert ja auch. Aber dann sind die Arbeiten innerhalb eines Jahres ab dem Datum der Verständigung zu beginnen und so weiter. Jetzt möchte ich doch meinen, dass die Verständigung darüber ist, ob der Beirat dem jetzt zugestimmt hat oder nicht. Das heißt, es muss zuerst der Beschluss gefasst werden. Beim letzten Beirat, und das war das erste Mal in dieser Extremform, waren leider mit Ausnahme von ganz, ganz wenigen Projekten, alle bereits begonnen oder fertiggestellt. Wir konnten sie fast nur mehr abnicken.

Ich meine, wir sollten hier doch den Ausschuss beziehungsweise diesen Altstadterhaltungsfonds soweit ernst nehmen, dass wir tatsächlich die Projekte zuerst beschließen und dann erst die Förderung zusagen. Wenn es wirklich nicht mit einem Mal im Jahr geht, das kann schon durchaus so sein, dann würde doch auch nichts dagegen sprechen, wenn wir es eben ein zweites Mal machen, um so dringliche Fälle dann noch einmal extra oder halt vorrangig zu behandeln.

Gemeldet habe ich mich auch, weil es ja hier beim Rechnungsabschluss ums Geld geht und da war es so, dass der Rechnungsabschluss 2011 zeigt, dass wir gegenüber 2010 um 400 000 EUR weniger Mittel zur Verfügung haben. Jetzt mögen vielleicht 400 000 EUR beim Gesamtbudget relativ wenig sein. Aber wenn man weiß, dass der Altstadterhaltungsfond derzeit sowieso nur 5,6 Millionen zur Verfügung hat, dass wir allein in Wien 61 jüdische Friedhöfe haben, dass zunehmend mehr Kunst am Bau stattfindet, die über kurz oder lang auch zur Sanierung oder zur Wiederherstellung in den Altstadterhaltungsfonds gelangen wird, dass immer mehr und mehr Bauten in die Jahre kommen. Und wir haben auch immer mehr nicht nur die Profanbauten, sondern auch sehr, sehr viele Sakralbauten. Und 5,6 Millionen – jeder, der im denkmalpflegerischen Bereich tätig ist, weiß, dass dieser Betrag nicht ausreichen kann, um hier wirklich etwas zu bewerkstelligen, was über das, was ohnehin schon getan wird, hinausgeht.

Jetzt muss ich aber sagen, dass die Stadt Wien hier auch noch den Löwenanteil für diese ganzen Sanierungen stellt im Gegensatz zum Bund, wo sich ja das Bundesdenkmalamt oft nur mit Minimalbeträgen einklinkt. Jetzt würde ich aber auch Sie bitten, Herr Stadtrat, ich meine, die Frau Bundesministerin Schmied ist ja nicht gerade von irgendeiner Fraktion, sondern genau von Ihrer und Ihre ist da auch zuständig, dass man einfach einmal mit ihr Gespräche führt, dass auch der Denkmalschutz mit mehr Mitteln ausgestattet wird, sodass halt nicht alles nur von Wiener Seite getragen werden muss, sondern dass hier auch der Bund ein bisschen mehr dazu beiträgt. Denn wir können nicht auf der einen Seite gerade, was den Tourismus betrifft, auch mit diesen alten Bauten massiv werben, auf der anderen Seite fehlen uns aber dann auch die Mittel, dass wir das vielleicht in der von uns allen hier gewünschten Form umsetzen können.

Ich möchte jetzt einmal den Antrag einbringen, dass wir zumindest wieder auf das Niveau von 2010 mit 6 Millionen kommen, wenngleich das ja auch noch nicht übertrieben ist, aber es sind immerhin schon einmal wieder um 400 000 mehr und die Budgetverhandlungen sind jetzt im Gange. Das heißt, wir könnten hier vielleicht doch einen höheren Rahmen für den Altstadterhaltungsfonds bekommen.

Also ich möchte Sie jetzt wirklich noch einmal bitten, dass wir wirklich schauen, dass wir uns einerseits nach den Förderungsbedingungen richten, wenn wir uns selber ernst nehmen, und dass hier auch etwas mehr Mittel freigegeben werden, denn dieser Fonds leistet für Wien wirklich hervorragende Tätigkeit und es wäre schade, wenn es jetzt nur an den finanziellen Mitteln scheitern würde. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zum Wort ist jetzt auf der Rednerliste niemand mehr gemeldet. Daher hat der Herr Amtsf StR Dr Mailath-Pokorny das Wort. Bitte schön.

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte meine Schlussbemerkungen zu der

Debatte deshalb kurz halten und bitte Sie auch um Verständnis dafür, weil zur Stunde auch eine Gedenkveranstaltung für die verstorbene Galeristin Grita Insam stattfindet und ich dort noch teilnehmen möchte und auch die Stadt Wien repräsentieren will. Lassen Sie mich zu dem vorliegenden Rechnungsabschluss vielleicht nur das Folgende sagen: Die trockenen Zahlen, glaube ich, sprechen zunächst einmal schon sehr für sich. Wir haben einen Rechnungsabschluss von über 237 Millionen EUR. Das ist gegenüber dem Voranschlag eine Steigerung von fast 12 Millionen EUR oder 5,24 Prozent. Das bedeutet, dass um diesen Betrag mehr für die Kultur in Wien ausgegeben wurde, als wir veranschlagt haben, und ich meine, dass diese, wenn man so will, Ungenauigkeit der Kultur in dieser Stadt sehr zugute gekommen ist. Das muss man vor allem auch im Lichte des Umfeldes sehen. Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, wie sehr in anderen Städten, in anderen Ländern quer durch Europa auf Grund der wirtschaftlichen Situation kulturelle Ausgaben gekürzt werden, sei es nun um ein Viertel in Holland oder, wie ich gerade auch von einem Kollegen erfahren habe, dass in Lissabon die Mittel nicht um 10 Prozent gekürzt wurden, sondern auf 10 Prozent des ursprünglichen Betrages. Und diese Liste ließe sich fortsetzen, was sehr traurig ist, weil offensichtlich die Kultur derjenige Bereich ist, der oftmals bei den Kürzungen aus wirtschaftlichen Gründen zuerst dran kommt. Das ist in Wien definitiv nicht der Fall. Und dass wir auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mehr Geld für die Kultur ausgeben, ist, glaube ich, etwas ganz Richtiges, weil das, was an Geistigem, an Kreativem in dieser Stadt geschaffen wird, auch das ist, was letztendlich tatsächlich von uns übrig bleiben wird.

Wir arbeiten gemeinsam, was die Kulturlandschaft anbelangt, an einer nachhaltig vielfältigen Kulturlandschaft in dieser Stadt, an einer spannenden Kulturlandschaft und es gelingt auch gut, und es gelingt auch anerkannterweise, und es gelingt vor allem auch deshalb, weil wir sehr engagierte, sehr beherzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, sei es in der Kulturverwaltung, sei es in den einzelnen Magistratsabteilungen, der Wien Bibliothek, dem Archiv, dem Museum und alle, die da und dort mitarbeiten. Und da möchte ich mich bei allen sehr, sehr herzlich bedanken, auch bei den Kolleginnen und Kollegen in meinem eigenen Büro, die über das Jahr wieder eine sehr gute Arbeit geleistet haben und sich sehr engagiert für die Kultur in dieser Stadt eingesetzt haben.

Ich freue mich natürlich auch über eine durchaus kontroverielle Diskussion. Es wäre ja töricht anzunehmen, dass wir hier alle einer Meinung sind. Ich freue mich insbesondere, wenn Kollegen wie zum Beispiel der Kollege Ebinger meine Homepage sehr genau studieren. Das ist ja wunderbar, wenn Sie sich auch auf den Diskurs zwischen Habermas und Niklas Luhmann einlassen, wo die Autopoiesis, die ja, wie Sie richtig gesagt haben, sich auf die selbstreferentiellen Systeme bezieht. Aber auch das Wort bio-konservativ habe ja nicht ich erfunden, sondern auch das bezieht

sich auf einen Vortrag, den der Jürgen Habermas hier in Wien gehalten hat. Also ob er sich darüber freut, wenn jemand von den Freiheitlichen sich in die Tiefen der kritischen Theorie und in anderes einlässt, weiß ich nicht, aber es ist ja wunderbar. Im Sinne der Aufklärung und im Sinne der kommunikativen Theorie von Habermas ist es, glaube ich, nie zu spät. Wenn meine Homepage unter anderem auch dazu dient, die Freiheitlichen dazu zu veranlassen, das zu lesen, dann hat das ja schon einen sehr, sehr guten Zweck erfüllt. Also ich freue mich, dass der Herr Kollege Ebinger diesen Diskurs zwischen Habermas und Luhmann offensichtlich auch gelesen hat und ich freue mich auch, wenn die Freiheitlichen Sigmund Freud zitieren. Ich meine, der kann sich nicht mehr wehren.

Aber das, worauf Sie das bezogen haben, Frau Kollegin, da muss man schon sagen, die Wiener Festwochen, wenn Sie, und ich weiß nicht, bei wie vielen Produktionen Sie tatsächlich waren, aber wenn Sie dort Nackerte und Blut und ich weiß nicht, was Sie dort alles gesehen haben, dann waren Sie bei anderen Wiener Festwochen, als ich es war. Ich war bei ziemlich vielen Aufführungen der Wiener Festwochen. Und wenn Sie auch meinen, dass eine allseits erwartete und wie ich meine, sehr mutige Produktion einer Erstaufführung eines neuen Stückes von Peter Handke, der nun, ob einem das gefällt oder nicht, einer der bedeutendsten deutschsprachigen Schriftsteller und darüber hinaus überhaupt ist, und wenn Sie das so heruntermachen, dann würde ich doch bitten, auch im Sinne der Würde des Hauses, aber auch aus Respekt vor der Kunst, vielleicht können Sie sich das auch noch einmal überlegen, weil das in der Tat ein sehr, sehr engagiertes und interessantes und wie ich meine, auch hochqualitatives Theaterstück war. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen aber unabhängig davon vielleicht nur in ganz kurzen Stichworten und ohne da jetzt auf die einzelnen Kritiken einzugehen, ich glaube auch nicht, dass das notwendig ist, doch Ihre Aufmerksamkeit darauf hinlenken, welche neuen Initiativen und Projekte es in der jüngeren Vergangenheit gegeben hat, nicht nur im Bereich der Musik. Wenn da so etwas abschlägig über das Vorhaben und über die Neukonstruktion der Wiener Kammeroper gesprochen wurde, dann lasse ich Sie vielleicht doch nur ein wenig in die Küche blicken und kann eben wenig aus der Schule plaudern. In der Tat ist die Fortführung der Wiener Kammeroper ein großes Problem gewesen. Das hat verschiedene Ursachen, unter anderem auch jene, dass dort von Bundesseite weniger Geld hineingeflossen ist und bis zum Schluss gar nichts mehr, aber nicht nur, sondern da gab es auch einige Probleme in der Führung. Wir haben uns mit großem Verantwortungsbewusstsein dieses Themas angenommen, auch mit dem klaren Ziel und der klaren Perspektive, dass die Kammeroper als Kammeroper erhalten bleiben soll. Wir haben selbstverständlich auch nach einem starken Partner gesucht, der, ohne dass das den Wiener Steuerzahler mehr Geld kostet, diese

Aufgabe auch im Geiste von Hans Gabor übernehmen kann und im Geiste dessen, was die Kammeroper eigentlich ist und darstellen soll, aber auch, um etwas Neues zu machen. Und das ist uns gelungen unter Einbeziehung auch einiger Proponenten der freien Szene. Es ist uns gelungen, die Kammeroper als Haus zu erhalten. Es ist uns gelungen, die Kammeroper als Haus zu erhalten, ohne dass es mehr Geld kostet. Und es ist uns gelungen, in der Kammeroper zum ersten Mal einem neuen, jungen Ensemble eine Bühne zu bieten und tatsächlich auch eine Kooperation mit dem Theater an der Wien zu ermöglichen. Dass daneben auch noch für ein oder zwei Produktionen für die freie Szene Platz ist, das war uns von Haus aus ein wichtiges Anliegen und das ist auch gelungen. Das so nebenbei als eine feindliche Übernahme abzutun, ist, offen gestanden, sag' ich zumindest einmal, eine sehr flapsige Polemik, die aber auch zu nichts führt.

Wir haben darüber hinaus, meine Damen und Herren, die Symphoniker umstrukturiert. Wir haben den Symphonikern einen neuen Rahmen gegeben, innerhalb dem sie sich auch gut künstlerisch entwickeln können.

Ich verweise in aller Kürze darauf, dass die Vereinigten Bühnen die erfolgreichsten Jahre ihrer Geschichte 2010/2011 hinter sich bringen konnten und damit etwas geschaffen haben, was nachgerade eigentlich unmöglich ist, dass sie nämlich innerhalb von ganz wenigen Jahren um 10 Prozent weniger Subvention und Zuschüsse bekommen haben und dabei aber ein hervorragendes Programm aufrechterhalten können.

Im Bereich der Theater sind in der jüngeren Vergangenheit ganz, ganz wichtige neue Initiativen gesetzt worden. Wir haben eine ganze Menge von neuen Häusern teilweise neu strukturiert beziehungsweise auch unter neuen Bedingungen etablieren können. In einer Zeit, wo allenthalben sonst Bühnen geschlossen wurden, gibt es in Wien das Kabelwerk, gibt es den Nestroyhof, gibt es die Garage X, ist das Vindobona erhalten worden, das Odeon, Brut, Tanzquartier, Der Dschungel, das Spittelberg Theater wurde generalsaniert, nur um hier die Dinge auch zu nennen. Und es sind die Wiener Festwochen personell neu aufgestellt worden. All das dient letztendlich dazu, dass es auch im Bereich des Theaters Impulse gibt.

Was den Film angeht, so haben wir weiterhin selbstverständlich nicht nur die um ein Viertel erhöhte Filmförderung aufrechterhalten, sondern wir haben auch darüber hinaus die Kinolandschaft weiter erhalten. Wir haben uns mit der Wirtschaft und mit dem Bund zusammengetan, um ein vernünftiges Modell der Digitalisierung auf die Beine zu stellen. Wir haben darüber hinaus in den Weiten und im meist Symbolischen der Gedächtniskultur, wie ich meine, ganz, ganz wichtige Schritte gesetzt. Ja, die Umbenennung des Lueger-Ringes ist eine von vielen symbolischen Akten, die uns aus verschiedenen Gründen wichtig ist. Auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen, es geht nicht um eine Auslöschung von Namen, sondern es geht um eine Bewusstmachung von Namen, eine Bewusstmachung von Geschichte. Deshalb versuchen

wir auch, uns in einer groß angelegten Studie gemeinsam mit dem Institut für Zeitgeschichte die Straßennamen anzuschauen und mit der Geschichte so umzugehen, dass wir uns einerseits nicht darüber lustig machen oder dass wir sie nicht auslöschen, sondern dass wir auch zu ihr stehen, dass wir uns mit der Geschichte auseinandersetzen. Das halte ich für ganz, ganz besonders wichtig. Dazu gehört auch eine eigene neue Form von Denkmalkultur. Dazu gehört auch ein bewusster Umgang beispielsweise mit den jüdischen Friedhöfen. Ich konnte erst vor wenigen Tagen den 50. sanierten Grabstein auf dem jüdischen Friedhof in der Seegasse auch der Öffentlichkeit präsentieren.

Ein Weiteres, meine Damen und Herren, ist der große Bereich der bildenden Kunst. Dass hier auch so ein passant und nebenbei über ganz wichtige Vorhaben im Bereich von Kunst im öffentlichen Raum gesprochen wird und so nebenbei gesagt wird, na ja, dass der Peter Kogler und dass der Ernst Caramelle und dass am Karlsplatz das und das passiert ist - das ist immerhin, meine Damen und Herren, der größte Bahnhof in Österreich. Das ist ein ganz zentraler Umsteige- und Transitort, wo Tag für Tag 200 000 Menschen tatsächlich an Kunstwerken vorbeigehen. Das ist, glaube ich, wenn man sich auch das Engagement der Wiener Linien in diesem Zusammenhang anschaut, wie sie versuchen, ganze U-Bahn-Linien künstlerisch zu gestalten, europaweit, vielleicht sogar weltweit einmalig und einzigartig, das ist eine durchdachte, eine geplante, eine miteinander umgesetzte ganz wichtige Intervention im öffentlichen Raum mit hervorragender Kunst. Und das ist nicht etwas, wo man sagt, ja, ja das ist ja ganz nett, dass wir dort eine schöne Ausstellung haben, sondern es ist der bewusste Umgang mit dem öffentlichen Raum, der künstlerische Umgang mit dem öffentlichen Raum. Ich glaube, dass das auch tatsächlich Vorbildwirkung hat auch weit über die Stadtgrenzen hinaus.

Meine Damen und Herren, ich habe versucht, in der jüngeren Vergangenheit auch das zu tun, was man als Kulturpolitiker neben der Bereitstellung von ausreichenden finanziellen Mitteln tun kann, nämlich eine, wie ich meine und hoffe, vernünftige und richtige und erfolgreiche Besetzung der Leitungsfunktionen in den Wiener Kulturinstitutionen. Ob das nun Markus Hinterhäuser bei den Wiener Festwochen ist, ob das Nicolaus Schaffhausen als Direktor der Kunsthalle Wien ist, ob das Christian Struppeck als neuer Musical-Intendant der Vereinigten Bühnen Wien ist, ob das Gerlinde Seitner als neue Geschäftsführerin des Filmfonds ist, ob das Martina Taig als Leiterin von Kunst im öffentlichen Raum, Ursula Hühnel-Benischek als kaufmännische Leiterin der Kunsthalle Wien, Philippe Jordan als einer der aufstrebendsten und wichtigsten jüngeren Dirigenten weltweit überhaupt als neuer Chefdirigent der Wiener Symphoniker, Christian Strasser als neuer Leiter des Museumsquartiers, Johannes Neubert als Geschäftsführer der Wiener Symphoniker und viele andere mehr. Sie alle bereichern das Wiener Kulturleben. Sie alle sind neue Besetzungen für bedeutende Wiener Kultureinrichtungen. Mit diesen allen

wird das Wiener Kulturleben auch laufend erneuert und hat eine innovative Ausrichtung.

Ein Wort noch zum Wien Museum. Das Wien Museum hat, wie wir immer auch gesagt haben, zwei wesentliche Standbeine und zwei Aufgaben, die wir zu erledigen haben, beide auf Grund der Sanierungsbedürftigkeit der jeweiligen Liegenschaften. Die eine ist das Depot und die andere ist das Haus selber. Beiden Aufgaben haben wir uns mit ganzer Intensität auch im abgelaufenen Jahr gewidmet und werden das auch in Zukunft tun. Wir haben jetzt mit dem Depot eine, wie ich meine, gute und solide Lösung gefunden, was die Aufbewahrung dieses bedeutenden Wiener Kulturschatzes anbelangt. Was das Haus selber anbelangt, sind wir selbstverständlich dabei, auch durchaus entlang der Linien, wie sie in dem Antrag der ÖVP hier niedergelegt sind, vorzugehen. Es wird jetzt darum gehen, den richtigen Standort zu finden. Dazu bedarf es noch der letzten städtebaulichen, stadtplanerischen Analysen. Sobald wir das getan haben, wird die Standortentscheidung fallen und dann wird zügig mit der Umsetzung des Wien Museums begonnen. Ich glaube, dass wir in einem sehr guten, in einem sehr ambitionierten Zeitplan sind. Sie dürfen nicht vergessen, dass das alles ja nicht kostenlos ist, das alles in Zeiten sehr enger Budgets. Wir versuchen auch, sowohl das Depot als auch die künftige Neugestaltung des Wien Museums unterzubringen.

Ein allerletztes Wort noch, meine Damen und Herren, zur Literatur, weil hier so gesagt wurde, na ja, 50 Prozent des Literaturbudgets fließen in die Alte Schmiede und das muss sich ändern. Also ich würde mir nicht wünschen, dass sich das ändert. Es fließt so viel Geld in die Alte Schmiede, es könnte zugegebenermaßen mehr sein und daran werden wir auch arbeiten, vor allem deshalb, weil die Alte Schmiede ein international ganz, ganz bedeutendes Literaturquartier ist. Fast alle Literaturnobelpreisträgerinnen und Literaturnobelpreisträger aus dem unmittelbaren europäischen Umfeld haben dort zu Zeiten eine Heimat gefunden, als sie bei Weitem noch nicht so berühmt waren. Deshalb haben wir auch die Alte Schmiede baulich grundlegend saniert. Wir haben der Alten Schmiede die Möglichkeiten gegeben und eröffnet, den Literaturbetrieb, aber nicht nur, sondern auch den Musikbetrieb dort in einer Art und Weise zu führen, wie es modernen Gesichtspunkten entspricht. Ich würde doch meinen, dass die Alte Schmiede über die Jahre ein selbstverständlicher und sehr, sehr erfolgreicher Ort der Kulturvermittlung, Literaturvermittlung geworden ist.

Alles in allem glaube ich, meine Damen und Herren, dass die Kultur und die Kulturpolitik in Wien in der jüngeren Vergangenheit im abgelaufenen Jahr wieder sehr, sehr viel erreicht haben. Die kulturelle Vielfalt in dieser Stadt wurde gestärkt. Die einzelnen Kulturinstitutionen können ihre Arbeit sehr erfolgreich fortsetzen. Und ich würde Sie doch einladen, mit uns gemeinsam diesen Weg weiterzugehen und bitte Sie daher für diesen Teil des Rechnungsabschlusses um Ihre Zustimmung. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Zur Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal. Zu allererst zum Wort gemeldet ist die Frau GRin Mag Feldmann. Ich erteile ihr das Wort.

GRin Mag Barbara **Feldmann** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Wien gab 2011 für die Frauenförderung 8,1 Millionen EUR aus und das ist angesichts der wirklich unbefriedigenden Situation und der vielen notwendigen Maßnahmen in dem Bereich ein viel zu geringes Budget. Und es ist irgendwo auch Ausdruck des Stellenwerts, den man hier der Frauenpolitik zugesteht. Als Beispiel nur im Gegenzug dazu waren die Ausgaben für den PID knapp 50 Millionen EUR, also zirka 6 Mal so viel.

Eines ist vollkommen unverständlich, dass nämlich 600 000 EUR weniger ausgegeben wurden, als im Budget veranschlagt. Nicht verständlich, denn bei einer so geringen Budgetierung von vornherein und der Notwendigkeit, viele Maßnahmen umzusetzen, ist es unverständlich, warum man hier einfach Budget hat liegen lassen, ohne notwendige Maßnahmen hier in Angriff zu nehmen. Aber wir haben gleichzeitig 1,2 Millionen EUR für die Wiener Märkte ausgegeben, für Marketing, Inserate und Werbung. Da beziehe ich mich kurz auf den Antrag meiner Kollegin Isabella Leeb, die für die Streichung der Mittel für Inserate und Werbung in den einzelnen Geschäftsgruppen und die Zentralisierung des gesamten Werbebudgets im PID eintritt.

Die Beträge, die in Wien für Werbung, Inserate, Marketing und PID ausgegeben werden, sind doppelt so hoch wie die Ausgaben in der Bundesregierung. Und das ist wirklich insbesondere der wirtschaftlich schwierigen Zeiten unverständlich und ein Umdenken scheint unumgänglich.

Aber gehen wir zur Frauenbeschäftigung. Wie schaut es aus mit der Frauenbeschäftigung in Wien? Die Arbeitslosenquote allgemein, wir haben es heute schon mehrfach gehört, ist über 9 Prozent. Oberösterreich im Vergleich hat 3,6 Prozent und die Frauenarbeitslosigkeit ist etwas niedriger, aber dennoch bei 7,6 Prozent. Das ist hoch, das ist sehr hoch.

Wir haben eine Erwerbstätigenquote mit 68,8 Prozent, die das zweitschlechteste Ergebnis im Bundesländervergleich ist. Und die Armutsgefährdung in Österreich, da hat Wien die höchste mit 18,3 Prozent, was wirklich eine beachtliche Zahl ist. Noch viel tragischer ist die Armutsgefährdung von Kindern unter 19 Jahren, sie liegt bei 27 Prozent. Das heißt, in Wien waren 2011 im Schnitt 32 000 Frauen arbeitslos gemeldet und das sind knapp 35 Prozent aller in Österreich Arbeit suchenden Frauen. Das heißt, in den letzten 8 Jahren ist die Frauenarbeitslosigkeit in Wien um 19 Prozent angestiegen.

Ich möchte ein paar Ausführungen zur

Armutsgefährdung in dieser Stadt machen. Wir wissen, besonders armutsgefährdet sind Ein-Eltern-Familien mit Kindern unter 19 Jahre. Hier beträgt die Quote 35 Prozent. Es gibt in Gesamtösterreich rund 295 000 Ein-Eltern-Familien, 63 900 davon in Wien, und davon sind rund 56 000 Frauen alleinerziehende Mütter. Wir haben 72 Prozent der Armutsgefährdeten im Pensionsalter als Frauen und 50 Prozent armutsgefährdet sind alleinlebende Frauen.

Und anstatt dass hier zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes in den Wirtschaftsstandort investiert wird, kürzen Sie die Wirtschaftsförderung, die nachfragewirksamen Ausgaben, und der Rechnungsabschluss weist eine sinkende Investitionsquote aus. Aber gleichzeitig hat man vergessen zu sparen. Es haben sich nämlich die Schulden in den letzten fünf Jahren verdreifacht. Es gibt immer mehr Sozialhilfeempfänger in Wien. Die Sozialausgaben steigen rasant. Es gibt eine Rekordarbeitslosigkeit und, wie bereits gesagt, im Vergleich steigende Werbeausgaben. Zusätzlich haben sich natürlich die Kosten, in Wien zu leben, dramatisch erhöht. Das heißt, um dieses Problem in den Griff zu bekommen, um die Konjunktur in Wien wieder zu beleben und die Arbeitslosigkeit zu senken, bringe ich folgenden Beschluss- und Resolutionsantrag gemeinsam mit meinem Kollegen Dr Fritz Aichinger betreffend Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wien ein:

„Wien steht im internationalen Wettbewerb um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes. Wien ist ein wichtiger Wirtschaftsraum, aber andere Städte holen auf. Um ein Abwandern von Betrieben zu verhindern und ein Ansiedeln zu fördern, ist es notwendig, zusätzliche Wirtschaftskraft zu fördern, das heißt, wir brauchen unbedingt eine Entwicklung, eine Investition in neue Konzepte zur Standortattraktivierung. Daher wird der Bürgermeister der Stadt Wien aufgefordert, umgehend unter seinem Vorsitz alle Interessensvertreter sowie Repräsentanten aller im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wirtschaftsexperten zu einem Arbeitsgespräch zur Zukunft des Wirtschaftsstandortes zu laden. Dabei ist auf Folgendes zu achten: Die nachhaltige Entwicklung des Wirtschafts- und Arbeitsmarktstandortes, die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wien. In der Folge ist ein Maßnahmenpaket für den Wiener Wirtschaftsstandort zu erarbeiten, unter anderem mit einem One-Stop-Shop für Unternehmer, die Verbesserung von Qualifikationen und ein Konzept, das Forschung und Entwicklung für Wien beinhaltet.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Auch angesichts der großen Probleme im Bereich Gewalt und Familienprobleme ist es nicht zu verstehen, dass das Budget, das sowieso geringe Budget, um 600 000 EUR unterschritten wurde. Wir haben in Wien sehr problembehaftete Pflichtschulen, wie die letzte PISA-Studie im Bereich Gewalt zeigt. Und es gibt ein soziales Problem von jahrelang verfehlter

Integrationspolitik. Die Gewaltproblematik an Wiens Schulen und im häuslichen Bereich muss in den Griff gebracht werden.

Hier möchte ich einen Antrag einbringen betreffend einen österreichweiten einheitlichen Frauennotruf. Wir wissen, dass Gewalt gegen Frauen in allen sozialen Schichten auftritt, unabhängig von Bildungsstand, religiöser und ethnischer Zugehörigkeit, Einkommen und Alter. Die wirksame Bekämpfung von Gewalt setzt Maßnahmen voraus, die sowohl beim Täter ansetzen als auch beim Opfer. Eine jüngere Studie zur Gewalt gegen Frauen beleuchtet unter anderem das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen und die gesundheitlichen Folgen. Diese Untersuchung hat ergeben, dass jede 4. Frau im Alter von 16 bis 85 Jahren, die in einer Beziehung lebt, mehrfache körperliche und/oder sexualisierte Gewalt durch den männlichen Ex-Partner erlebt hat. Bei 64 Prozent dieser Frauen hatte die Gewalt durch den Ex-Partner körperliche Verletzungsfolgen und bei bis über 80 Prozent mehrfache psychische Folgebeschwerden. Umso notwendiger erachten wir es, dass es eine österreichweite einheitliche Frauennotrufnummer gibt, die leicht zu merken ist, weil aktuell gibt es neben der Frauen-Helpline des Bundes, also gegen Gewalt, autonome Notrufe in mehreren Bundesländern. Aber allen gemeinsam ist, dass diese Nummern eben unterschiedlich und der Mehrheit der Frauen unbekannt sind und vor allem nicht leicht zu merken sind, vor allem in Notsituationen, also besonders in Notsituationen.

Daher stellen wir den Antrag, dass die amtsführende Stadträtin für Integration und Frauenfragen aufgefordert wird, in Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen des Bundes und den anderen Bundesländern eine österreichweite einheitliche Frauennotrufnummer zu schaffen, die für alle Bundesländer gültig ist. In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es gibt in der Frauenpolitik in Wien noch viel zu tun, wie zum Beispiel die umgehende Umsetzung der vom Bund geforderten flächendeckenden Nachmittagsbetreuung an den Wiener Pflichtschulen zur Steigerung der Erwerbsquote von Frauen. (*GRin Mag Martina Wurzer: Falsches Ressort!*) Das ist alles für die Frauenpolitik wesentlich. Ich meine, es ist notwendig, sich dafür einzusetzen. Es ist notwendig, dafür ein Budget in die Hand zu nehmen. Statt Werbung für Märkte zu machen, wäre es wichtig, ein Budget in die Hand zu nehmen und vielleicht Werbung dafür zu machen, denn es betrifft Frauenpolitik und die Rahmenbedingungen. Aber das haben Sie sichtlich noch nicht verstanden, dass Frauenpolitik übergreifend ist und Rahmenbedingungen erfordert. Aber Sie sind erst kurz da, Sie werden es mit der Zeit erkennen.

Wir brauchen massive Investitionen in jene Bereiche, die Gleichstellung fördern. Die Schließung der Einkommensschere zum Beispiel durch Schaffung eines Einkommensanwaltes. Sanierung von Schulen und Kindergärten. Stagnierende Mittel für Arbeitsmarktbudgets vor allem in Hinblick auf die Frauenarbeitslosigkeit. Förderung von Unternehmen, die

Kinderbetreuung anbieten. Maßnahmen der Stadt Wien, die den Wiedereinstieg fördern, weil derzeit nur jede zweite Frau in Wien den Wiedereinstieg ins Berufsleben schafft. Und ein Investitionsprogramm für den weiteren Ausbau von Kindergärten.

Ich bringe einen Beschluss- und Resolutionsantrag ein betreffend das Thema Tagesmutter beziehungsweise Tagesvater. Die Betreuung von Kindern durch Tagesmütter und -väter stellt eine wesentliche Komponente der Form außerschulischer Kinderbetreuung dar. Es haben knapp 3 200 Väter und Mütter ihre Kinderliebe zu ihrem Beruf gemacht und ließen sich zur Tagesmutter und -vater ausbilden und betreuen neben ihren eigenen Kindern österreichweit tausende Kinder. Die Rahmenbedingungen allerdings, die die Länder bezüglich Aus- und Weiterbildung, Supervision, Betreuungsbewilligung, und so weiter vorgeben und die Finanzierung der Tagesbetreuung gestalten sich sehr unterschiedlich. Gemeinsam ist allen, dass sie von sogenannten Trägerorganisationen unterstützt werden. Als federführend gilt hier die Steiermark. Die Ausbildung in Wien allerdings gilt als ausbaufähig. So gibt es in der Steiermark 325 Unterrichtseinheiten zur Ausbildung zu einer Tagesmutter oder einem Tagesvater, in Wien jedoch nur 60 Unterrichtseinheiten. Daher stellen wir den Beschlussantrag:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich dafür aus, die Ausbildung zur Tagesmutter oder zum Tagesvater in einem ersten Schritt auf das Niveau in der Steiermark anzupassen, sprich, die Anzahl der zu absolvierenden Unterrichtseinheiten auf 325 zu erhöhen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“

Wir, die ÖVP-Wien, vertreten folgende Hauptansatzpunkte für eine moderne und urbane Frauenpolitik: Es geht um die Zukunftschancen unserer Kinder, es geht um Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft. Es braucht mehr Mut und Perspektiven und mehr Ideen im Bereich der Frauenpolitik. Es geht insgesamt um mehr Verantwortung und Vernunft. Frauen müssen zwischen verschiedenen Lebensmodellen wählen dürfen, Teilzeit, Vollzeit, Kinder, keine Kinder. Politik ist dazu da, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und diese Rahmenbedingungen sind derzeit für die Bevölkerung Wiens nicht gegeben. Daher stimmen wir dem Rechnungsabschluss nicht zu. Danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Akkilic. Ich erteile ihm das Wort.

GR Senol **Akkilic** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Frau Feldmann, es freut mich, dass ich jetzt aus Ihrem Mund gehört habe, Tagesmutter und Tagesvater. Das ist ein qualitativer Sprung, den Sie gemacht haben, dass sie Vater und Mutter in einem als für Kinderbetreuung zuständig sehen. Also halte ich mal fest, wirklich ein guter Fortschritt. Aber ich werde mich

nicht länger zur Frauenpolitik äußern, weil das meine Kollegin Martina Wurzer machen wird. Nur eines möchte ich schon hervorstreichen: Wenn in Wien Frauen mit einem Bewusstsein ausgestattet sind, dass sie zu ihrer Unabhängigkeit stehen, dann steht dahinter eine Politik, die das feministische Bewusstsein beziehungsweise die feministische Politik vorantreibt, und das ist die rot-grüne Regierung und darüber freuen wir uns auch.

Ich möchte mich aber, bevor ich meine Rede fortsetze, weil ich immer die Danksagungen vergesse, im Speziellen bei den MitarbeiterInnen der Magistratsabteilung 17 und der Magistratsabteilung 35, der Stelle zur Bekämpfung von Diskriminierungen, der Zuwandererkommission und natürlich bei den zahlreichen Vereinen und Beratungseinrichtungen dieser Stadt, die eigentlich das gute Zusammenleben in unserer Stadt möglich machen, bedanken.

Was haben wir im letzten Jahr 2011 möglich gemacht? Wir haben bei den Deutschkursen eine Veränderung vorgenommen, indem wir die Deutschkurse selektiv organisieren, wo wir sagen, ja, nicht alle Leute, die nach Wien kommen, sind auf demselben Stand des Wissens beziehungsweise auf demselben Ausbildungsstand. Daher müssen wir diesen Menschen auch nach ihren Qualifikationen entsprechende Deutschkurse anbieten. Ich glaube, das war ein guter Schritt, den wir gegangen sind, weil es war nicht möglich, ein gleichmäßiges Niveau für alle herzustellen, wenn VolksschulabsolventInnen, GrundschulabsolventInnen mit UniversitätsabsolventInnen in einem Deutschkurs zusammengesessen sind. Dafür hat sich unsere Stadträtin auch stark gemacht und hat dieses Konzept auch umgesetzt.

Der zweite Punkt, den wir gemacht haben, war die 15a-Vereinbarung mit dem Bund, wo wir die Deutschkurse qualitativ aufgebessert haben, wo nicht nur die Sprachkenntnisse den Menschen vermittelt werden, sondern auch umfassende Grundkenntnisse von Bildung, Geschichte, Mathematik und sonstigen Gegenständen auch an die Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer weitergeleitet werden.

Was haben wir noch gemacht? Wir haben ins Zentrum unserer Politik die Wiener Charta „Zukunft gemeinsam leben“ gestellt. Es ist ein sehr, sehr spannendes Projekt, das nach wie vor mit über 300 Partner- und Partnerinnenorganisationen mit 1 848 Themen, die vorgeschlagen worden sind, gut läuft. Bis jetzt sind über 300 Gespräche geführt beziehungsweise angemeldet worden.

Worum geht es? Die Wiener Charta „Zukunft gemeinsam leben“ hat uns bis jetzt gezeigt, dass sich die Anliegen der Wiener und Wienerinnen nicht auf ein Inländer-Ausländer-Thema reduzieren lassen, sondern dass es durchaus sehr viele gemeinsame Nenner und gemeinsame Punkte gibt, die wir diskutieren und besprechen müssen und dazu auch den Raum geben, dass wir feststellen, dass es unsere gemeinsamen Nenner sind. Das ist ganz, ganz wichtig, meine Damen und Herren. Es sind unter diesen 1 848 Themen 7 Felder entstanden, wo ich jetzt einmal sage, ich unterstreiche

das ganz bewusst: Verkehr wurde beinahe 600 Mal genannt, Verkehr und Verhalten im Verkehr wurde 600 Mal genannt. Auf der anderen Seite wurde die Sprache nur 95 Mal genannt. Und diese 95 lassen sich wieder in zwei Gruppen unterteilen, wo die einen sagen, ja, die deutsche Sprache ist für unsere Gesellschaft sehr wichtig, und wo die andere Hälfte sagt, die Mehrsprachigkeit ist für unsere Gesellschaft sehr wichtig. Das ist, glaube ich, für uns zukunftsweisend, weil wir ganz genau wissen, dass sich gesellschaftliche Konflikte auch in einer homogenen Gesellschaft ergeben, wo gemeinsame Sprache und wo eine angeblich gemeinsame Kultur besteht. Nehmen wir ein Land an, wo es überhaupt keine Zuwanderung gibt, wo im Gegenteil sehr viele Menschen ins Ausland gehen. Auch in diesen Ländern, wo es keine Zuwanderung gibt, gibt es gesellschaftliche Probleme trotz einer gemeinsamen Sprache, trotz einer gemeinsamen historischen Entwicklung, weil die gesellschaftlichen Bruchlinien sich nicht nach Ethnien beziehungsweise Sprachen definieren lassen, sondern nach gesellschaftlichem Status, nach sozialem Status. Also die Wiener Charta „Zukunft gemeinsam leben“ hat uns das eine nochmal gelehrt, wo wir feststellen, und ich selber war bei zwei Charta-Gesprächen dabei durchaus auch mit Menschen, die einen sogenannten Migrationshintergrund haben, und habe festgestellt, dass wir zum Thema Verkehr durchaus unterschiedlicher Meinung sein können und dass wir zum Thema Nachbarschaftsbeziehungen durchaus unterschiedlicher Meinung sein können. Ich glaube, meine Damen und Herren, diesen Prozess sollten wir wertschätzen.

Was ich in diesem einen Jahr noch festgestellt habe, ist, dass wir leider Gottes nicht feststellen können, wer innerhalb der ÖVP für Integrationspolitik auf Wiener Ebene steht. Es gibt keine für Integrationspolitik zuständige Person, zumindest mir nicht bekannt. Und ich sehe auch keine Wiener Position zur Integrationspolitik innerhalb der Wiener ÖVP, die gibt's nicht. Der Einzige, den Sie um Hilfe bitten, ist jedes Mal der arme Sebastian Kurz, der 25-Jährige. Der muss ja die gesamte Partei mittlerweile tragen, weil er die höchsten Sympathiewerte hat. Entschuldigen Sie, wo ist denn Ihr Integrationskonzept? Ich freue mich zwar, dass Teile der ÖVP beziehungsweise auch Vorfeldorganisationen der ÖVP den Charta-Prozess mittragen und auch mitmachen. Der Herr Aichinger war auch bei einer Veranstaltung im Museumsquartier dabei. Aber ein Integrationskonzept seitens der ÖVP existiert nicht, ist zumindest mir nicht bekannt. Wenn Sie eines haben, bitte ich Sie, mir dieses Papier zukommen zu lassen.

Was hat die Freiheitliche Partei für ein Konzept? Ich habe kein schriftliches Integrationskonzept der Freiheitlichen Partei gesehen. Ich glaube, das besteht aus zwei Sätzen: Deutsch lernen und sich anpassen. Und die dritte Säule der Freiheitlichen Partei ist schimpfen, schimpfen über MigrantInnen, schimpfen über Ausländer und schimpfen über den Islam, oder? „Daham statt Islam“, zum Beispiel.

Aber was machen diese Freiheitlichen im Parlament,

meine Damen und Herren? Sie wissen, dass es demnächst im Außenausschuss im Parlament um die Errichtung des Dialogzentrums geht, das vom saudischen König initiiert wurde in Zusammenarbeit mit dem spanischen Außenminister plus unserem Außenminister Spindelegger. Na, was glauben Sie, wie die Freiheitlichen in diesem Ausschuss gestimmt haben? Wenn man sich die Saga von den Freiheitlichen anschaut oder in Erinnerung ruft, würde man sagen, die Freiheitlichen haben sicher dagegen gestimmt, oder? Weil der saudische König ein Wahhabit ist, die Wahhabiten sind die Erzkonservativen. Wenn man das mit unseren ATIB-Leuten in der Dammstraße vergleicht, würde ich sagen, mir sind die ATIB-Leute viel lieber als die Wahhabiten, weil nach den Wahhabiten die Salafisten kommen.

Also, wie haben die Freiheitlichen im Ausschuss gestimmt? Sie haben für die Errichtung dieses Wahhabitenzentrums, des Dialogzentrums gestimmt. Wissen Sie, wer das Ausschussmitglied ist? Das Ausschussmitglied ist jener Herr, der mit Gudenus bei Kadyrov war. Hochinteressant! Über den Islam schimpfen, mit den ärgsten Islamisten Kooperationen eingehen, sie befürworten und dann sich hier unverschämt hinstellen und sagen, eigentlich haben wir ein großes Problem mit den Türken und mit den Islamisten. Wo sind wir? Also, die Freiheitlichen haben sich von der Integrationsdebatte abgemeldet. Das ist auch gut so. Sie sollen auch in dieser Ecke sitzen bleiben.

Integrationspolitik, meine Damen und Herren, ist viel mehr als sprachliche Geschichte ein wichtiger Teil der Integrationspolitik. Wenn man das mit den modernen Begriffen umschreiben würde, ist es die Inklusionspolitik. Inklusion bedeutet, dass wir die Menschen nicht draußen lassen sollen, sondern hineinnehmen sollen. Warum? Wenn wir die Menschen in unser System hineinlassen, dann stellen wir eine Basis her, wo die Menschen auf gleicher Augenhöhe miteinander kommunizieren können. Wenn Menschen auf gleicher Höhe miteinander kommunizieren, dann entstehen andere Synergien. Daher ist es ein sehr wesentlicher Bestandteil des 21. Jahrhunderts.

David Ellensohn hat heute Vormittag aufgezählt, dass seit den 70er Jahren in vielen Ländern das Wahlrecht für Menschen, die eine andere Herkunft haben, die eine andere Staatsbürgerschaft haben, selbstverständlich ist. Bei uns, meine Damen und Herren, in Wien, sind 13,5 Prozent der Bevölkerung, das sind über 200 000 Menschen, nicht wahlberechtigt. Sie dürfen nicht einmal bei irgendwelchen Befragungen mitmachen. Auch wenn ihre Kinder die Straßen benützen, die zur Abstimmung stehen, auch wenn ihre Kinder von jenen Garagenplätzen wie in der Geblergasse betroffen sind, dürfen sie nicht mitstimmen. Das zeigt, meine Damen und Herren, dass wir in unserer Entwicklung, in unserem Demokratiebewusstsein, wir nicht, wir haben schon vor Jahren einen Beschluss gefasst, aber die ÖVP und die Freiheitlichen ziemlich nachhinken. Ich nehme es den Freiheitlichen gar nicht so

übel, weil sie denken in diesem Kastensystem. Die Ausländer sind die niedrige Kaste, daher dürfen wir ihnen das Wahlrecht nicht geben. Aber was ist denn mit Ihnen, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei? Sie wissen ganz genau, dass Sebastian Kurz in seinen Integrationsbericht auch hingeschrieben hat, eine Form der Integration ist die politische Partizipation. Die politische Partizipation heißt nichts anderes, als wählen zu dürfen und gewählt zu werden. Das erwarten wir uns zumindest bei den EU-BürgerInnen auf Gemeindeebene. Stimmen Sie zu! Gehen Sie bei dieser Demokratiereform mit! Machen Sie den Weg dafür eben, dass die EU-BürgerInnen bei den Landtagswahlen und Gemeinderatswahlen in Wien wählen und gewählt werden dürfen, nicht nur auf Bezirksebene. *(GR Armin Blind: Landtag oder Gemeinderat?)* - Bei beiden Wahlen. *(GR Armin Blind: Landtag auch?)*

Herr Blind, das können Sie nicht verstehen, weil Sie immer wieder verdächtigen. *(GR Armin Blind: Ich verstehe es schon! Sie sind aber verfassungsrechtlich ein bisschen hinten!)* Wir leben in einer globalisierten Welt innerhalb der Europäischen Union. *(GR Armin Blind: Wahlrecht für alle!)* Ich glaube, dass einer der wesentlichsten Schritte zum Aufbrechen der nichtdemokratischen Strukturen jener ist, wo wir auf kommunaler Ebene mehr Wege möglich machen können. *(GR Armin Blind: Der Landtag ist eine kommunale Einrichtung? Sehr interessant!)*

Aber die Freiheitlichen haben sich auch schon von der Demokratiedebatte verabschiedet, auch wenn sie zig Mal schreiben, Sie wollen direkte Demokratie, Sie wollen, dass die Bevölkerung mehr spricht. Entschuldigen Sie, wer soll Ihnen denn glauben, wenn Sie 13,5 Prozent der Bevölkerung von Demokratieprozessen ausschließen, dass Sie für direkte Demokratie sind? Weil Sie sind zum Teil menschenverachtend! Sie glauben, dass Menschen, die keine Staatsbürgerschaft haben, nicht mündig sind, dass sie nicht denken können und dass sie nicht mitentscheiden können! *(GR Mag Wolfgang Jung: So ein Blödsinn!)* Verlassen Sie diesen Weg! Machen Sie die Menschen zu Subjekten! Es ist sehr wichtig, dass die Menschen zu Subjekten werden. *(GR Armin Blind: Rechte und Pflichten!)*

Heute war etwas ganz Lustiges, als Gudenus gesagt hat, es gibt so viele MigrantInnen, die arbeitslos sind, und er hat sich zum Anwalt der arbeitslosen Ausländer erklärt. Habe ich das richtig verstanden? *(GR Armin Blind? Ja!)* - Ich kenne mich bei euch nicht mehr aus. *(GR Armin Blind: Kommen Sie nachher her, ich erkläre es Ihnen dann!)* Einmal sind Sie gegen Ausländer, einmal sind Sie Anwalt der Ausländer! Erzählen Sie das einmal Ihren Wählern draußen! Sagen Sie denen einmal, dass Sie Anwalt der arbeitslosen Ausländer, Ausländerinnen sind! Machen Sie eine Presseaussendung und schreiben Sie, Gudenus steht für die arbeitslosen Ausländer und Ausländerinnen! Es ist immer je nachdem bei Ihnen. Haben wir eine Wirtschaftskrise, sind die Ausländer schuld. Und jetzt

kommen Sie hier her und sagen, Sie sind die Anwälte der Ausländer! Das geht nicht!

Ein Wort sage ich noch zum Herrn Ebinger. Er ist nicht da. Der Herr Ebinger möchte intellektuell wirken, versucht es hin und wieder mit einigen Zitaten und hat versucht, Transnationalität und Transkulturalität zu erklären, hat sich zu meinem Kollegen Klaus Werner-Lobo gedreht und hat gesagt: „Du und ich sind transnational und transkulturell. Warum? Wir sind ja beide mit Ausländern verheiratet.“ - Das ist ein Armutszeugnis! In einer Situation der globalisierten Welt gibt es sehr viele transnationale und transkulturelle Menschen, die nicht unbedingt mit irgendjemandem verheiratet sein müssen. Das ist eine Einstellung zum Leben. Das ist eine Frage der Mobilität, die ein Mensch erfüllt beziehungsweise nicht erfüllt. Nachdem die geistige Mobilität bei den Freiheitlichen nicht so stark vorhanden ist, reduzieren Sie das aufs Heiraten. Das sind keine Transkulturalität und keine Transnationalität.

Zwei Sachen möchte ich noch sagen. Die Türken essen kein Schweinefleisch. Es gibt so viele Menschen, die überhaupt kein Fleisch essen. Sie sind Vegetarier. Sie wollen weder Schweinefleisch noch Sonstiges essen. Es gibt so viele Türken, die auch Schweinefleisch essen. Also herzugehen und eine so niveaulose Debatte zu führen, da haben wir in Frankreich gesehen, wohin das geführt hat. Wo ist der Herr Sarkozy gelandet? Im Mistkübel der Geschichte. Er wollte sich retten mit den Schächtungen und was weiß ich, Halal-Fleisch und so weiter und so fort. Das sind alles Diskussionen, die nicht ziehen. Versuchen Sie einmal, das Niveau der Bevölkerung anzuheben! Wir haben in Österreich ein großes Bildungsproblem, und das mit Ihnen! Wenn Sie ein bisschen Ihr Niveau anheben können, wenn Sie ein bisschen Ihr Niveau anheben werden, dann werden wir vielleicht auch Synergieeffekte haben! *(GR Armin Blind: Sie können nicht einmal zwischen Landtag und Gemeinderat unterscheiden, Herr Kollege! Schon ein bisschen überheblich!)*

Weil es immer wieder im Rahmen der „Wienwoche“ zur Sprache kommt, möchte ich auch dazu Stellung beziehen. Die „Wienwoche“ ist ein Projekt, das von den Wiener Grünen initiiert worden ist. Es hat Strukturen. Im Rahmen dieser Strukturen hat es eine Ausschreibung gegeben. Bei dieser Ausschreibung haben mehr als hundert Menschen eingereicht. Mehr als hundert Projekte sind eingereicht worden. Nach dieser Einreichung steht dort eine Jury und wählt die Projekte aus. Eines davon ist von meinem Bruder Arif Akkilic. Das Projekt hat ein Gesamtvolumen von 8 000 EUR. Davon sind über 4 000 EUR Projektkosten und 4 000 Honorarkosten, aufgeteilt auf zwei Personen für die Arbeit von sechs Monaten. Das heißt, mein Bruder bekommt für sechs Monate 2 000 EUR. *(GR Mag Wolfgang Jung: Was heißt das? Er hat nichts gemacht in den sechs Monaten!)* - Warten Sie einmal! Das Geld ist nicht ausbezahlt. Das Geld wird ausbezahlt, wenn die Leistung beginnt, erbracht zu werden.

Was machen Sie, Herr Wansch? Er ist nicht da. Unverschämte! Sie gehen zu einer alten, 90-jährigen

Frau, erleichtern sie um eine Million Euro (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist eine Frechheit!*), gaukeln vor, Sie werden ihr Geld gut absichern (*GR Armin Blind: Herr Kollege, können Sie „erleichtern“ definieren? Sagen Sie, was „erleichtern“ ist? Was meinen Sie damit?*), und dann betreiben Sie hier Sippenhaftung, dass mein Bruder irgendein Projekt eingereicht haben soll. Was hat das mit mir zu tun? Soll mein Bruder jetzt Wien verlassen? Soll mein Bruder jetzt nirgendwo mehr um ein Projekt ansuchen? Schauen Sie sich das Projekt an! Machen Sie sich ein Urteil über dieses Projekt und sagen Sie, das zahlt sich aus, das zahlt sich nicht aus! Was hat das mit mir zu tun? Sie sagen das deshalb, weil Ihr Kopf immer so arbeitet, weil Sie immer Leute reinlegen (*GR Mag Wolfgang Jung: „Weil Sie immer Leute reinlegen“? Herr Vorsitzender, aufgewacht!*), weil Sie die gesamte österreichische Bevölkerung reinlegen und ihre Steuergelder in die eigenen Taschen machen! Angehöriger Ihrer Partei, früherer, jetziger, der Herr Martin Graf! Wieso ist er zurückgetreten, wenn er unschuldig war? Hat er Gewissensprobleme bekommen? Irgendwo liegt der Hund!

Ich fordere Sie auf, verbreiten Sie keine Unwahrheiten! Keine Nebelgranaten werfen! Ich stehe da, wenn Sie mit mir etwas abzurechnen haben, rechnen Sie offen ab! Wenn nicht, dann ziehen Sie nicht meine gesamte Familie hinein! - Danke schön, meine Damen und Herren. (*Beifall bei den GRÜNEN sowie von GRin Mag Nicole Berger-Krotsch und GR Kurt Wagner.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Frau Berichterstatterin! Meine Damen und Herren!

Herr Vorsitzender, zunächst ersuche ich Sie gleich einmal zu überprüfen, ob dieses „weil Sie immer Leute reinlegen“, auf uns gezeigt, aus Ihrer Sicht eines Ordnungsrufes würdig ist oder nicht. (*GR Kurt Wagner: Herr Kollege Jung, Sie sind immer gleich beleidigt!*) - Entschuldigen Sie bitte! Was sonst, Herr Kollege! Ist Ihnen das egal, wenn man Ihnen sagt, dass Sie die Leute reinlegen! Dabei gibt es genügend Rote - aber nicht Sie, ich sage es nicht von Ihnen -, die Leute reingelegt haben und es tun! (*GR Kurt Wagner: Das ist Ihr persönlicher Stil! Sie teilen schwerst aus und sind dann gleich beleidigt!*) Ich werde es Ihnen auch noch weiter vorlesen, wenn Sie wollen, wie viele das sind, Herr Kollege! Nein, so spielen wir nicht, mit zwei verschiedenen Sorten! Sie dürfen, die anderen haben ruhig zu sein! (*GR Kurt Wagner: Sie sind der Austeilende!*) Regen Sie sich nicht so auf!

Gehen wir wieder zurück zum Kollegen Akkilic. Es ist halt nur ein Wunder, dass ein Grüner überhaupt so viel heiße Luft produzieren darf, weil damit die CO₂-Bilanz für Österreich wirklich ruiniert wird! Was Sie, Herr Kollege, hier an Unsinn behauptet haben, ist immerhin schon einiges wert!

Sei es jetzt die Frage des Wahlrechtes, wo doch der Gemeinderat und der Landtag zwei verschiedene Institutionen sind. Aber das ist Ihnen offenbar nicht ganz

klar geworden. Dazu gibt es eine gute Broschüre von der Stadt Wien, wo der Unterschied genau erklärt ist. Ich kann Ihnen eine zukommen lassen. Sie dürfen in Österreich unter gewissen Voraussetzungen als Ausländer in einer Gemeinde wählen, nicht in Wien, weil wir Stadt und Land zugleich sind und weil wir, Herr Kollege Akkilic, im Landtag eine gesetzgebende Körperschaft sind. Das ist der große Unterschied. Wenn Sie jetzt meinen, dass man deswegen ein Kastensystem hat, weil man nicht wählen darf, ist das ein völliger Holler, Herr Kollege! Ich war fünfeneinhalb Jahre in Schweden. Ich habe klarerweise in Stockholm nicht in der Stadt, aber schon gar nicht für den Landtag oder für den Reichstag wählen dürfen, weil ich Österreicher war und weil es halt nicht geht, dass man Identitäten aufteilt. Das passiert Ihnen schon, wenn Sie anschauen, wie manche Leute verständlicherweise bei einem Fußballspiel von Galatasaray in Wien reagieren. Da sehen Sie, wo die Identitäten und wo die Loyalitäten sind. Staatsbürgerschaft verlangt Loyalität mit einem Staat. Wenn diese Staaten unterschiedliche Ansichten haben, können Sie sich nicht zerreißen. Daher muss man sich entscheiden. Wer die österreichische Staatsbürgerschaft will, kann sie nach Ablauf einer gewissen Frist und Erfüllung von Voraussetzungen bekommen. So ist es. Und wer sie nicht will, soll es bleiben lassen, aber er darf nicht jammern, Herr Kollege Akkilic! So schaut es aus! (*Beifall bei der FPÖ. - GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Verkorkst!*)

Weil Sie sich auch so fürchterlich über die Frage der Ausländer ausgelassen haben, die bei uns ohne Arbeitsplätze sind, sage ich Ihnen, Herr Minister Hundstorfer hat eigentlich sehr gut charakterisiert, was hier mit der Öffnung der Arbeitsplätze und des Arbeitsmarktes passiert. Das hat auch die Gewerkschaft ganz massiv kritisiert, nicht nur wir, Herr Kollege. Er hat gesagt, die jungen Ungarn verdrängen jetzt die alten Türken. Das ist das genaue Faktum, das hier passiert ist. Das Problem ist aber, dass die einen Arbeitslose beziehen, die wir dann aus unserer Tasche zu bezahlen haben, und die anderen sind dann zusätzlich da. Das ist ein Problem, das in der Form eigentlich niemand bestreiten kann.

Jetzt kommen wir zum eigentlichen Thema - weil der Kollege Akkilic hat da im Wesentlichen andere Ausführungen gemacht -, nämlich zum Ressort der Frau Stadträtin, das mit Integration, mit Frauen, mit Märkten, mit Personal und mit Konsumentenschutz ein sehr umfangreiches ist.

Ich beginne mit dem Bereich der Integration. Wir haben hier, Kollege Akkilic hat es positiv angesprochen, ich würde es anders nennen, ein Chaos um die Charta. Denn es ist ein Chaos, das hier ausgebrochen ist. Dabei hätten Sie lernen können, denn die Pleite um die Wiener Hausordnung müsste Ihnen eigentlich noch in Erinnerung sein. Das war damals der erste Versuch, den Zorn, den Ärger der Wiener über Entwicklungen, die nicht in Ihrem Interesse sind und die Sie eigentlich in dieser Form nicht haben wollen, aufzufangen. Der Herr Bgm Häupl hat geglaubt, es funktioniert. Es war zu

wenig. Man hat nachgedacht, ist auf eine nicht viel bessere Idee gekommen, auf die Charta. Leute sollen Themen einbringen. Sie haben also eine umfangreiche Informationswelle gestartet. Diese hat insgesamt ungefähr 1 Million EUR gekostet. Wir haben es ja für diese Zwecke. Außerdem kann man damit wieder die Medien anfüllen, damit der „Kurier“ und die anderen entsprechend schreiben, für Sie vor allem „Heute“ und ähnliche Zeitungen, der „Kurier“ vielleicht weniger.

Was ist passiert? Sie haben 1 848 Antworten bei ungefähr 1,8 Millionen Einwohnern gekriegt. Das heißt, 1 Promille. Und das waren nicht einmal so viele Leute, die geantwortet haben, denn von manchen Leuten kamen mehrere Vorschläge.

Was haben Sie mit den Vorschlägen gemacht? Da wurde einmal vorzensuriert. Da gab es die sogenannte Netiquette. Da wurde eine ganze Menge von Problemen, die die Wiener betreffen und die Ihnen nicht gefallen, herausgenommen. Dann werden Sie sich wundern, wenn die Charta wieder in die Hose geht. Das heißt, sie ist es eigentlich schon, weil Sie zentrale Probleme der Wiener wiederum nicht in die Geschichte hineinbringen. *(GR Senol Akkilic: Welche?)*

Was ist der nächste Schritt? Man wollte vor allem auch die Zuwanderer ansprechen. Ich habe es Ihnen schon einmal vorgelesen. Im Zuwanderermagazin „biber“, steht, dass von diesem 1 Promille der Wiener wiederum nur 2,1 Prozent der Zuwanderer darunter waren. Das heißt, Sie haben auch den Personenkreis, den Sie ansprechen wollten, wiederum nicht erreicht. Es ist einfach völlig danebengegangen!

Die wirklichen Probleme der Stadt wollen Sie nicht ansprechen. Warum nicht? Weil Sie genau wissen, dass das Ihrer Vorstellung von politischer Correctness nicht entspricht, wenn man manche Sachen zur Sprache bringt. Aber dafür hätten Sie weder die Hausordnung gebraucht, dafür hätten Sie weder diese Befragung gebraucht, Sie müssten nur weniger zu den „Seitenblicken“, der Herr Bürgermeister und die Stadträte und -innen vielleicht auch, und mehr unter die Leute gehen. Dann würden Sie schon hören, was läuft. Jetzt werden die Lehrer und alle möglichen Personenkreise, die abhängig sind, zwangsbeordert, um Veranstaltungen der Charta zu besuchen. Über diese Geschichte gibt es einen interessanten Artikel in der „Presse“. Darin sehen Sie, wie das läuft und was sich diese Leute, die dort hingeführt werden, denken.

Welche Probleme entstehen aus dem ganzen Bereich der Zuwanderungsproblematik, Herr Kollege? Gewalt an unseren Schulen, die in einem Ausmaß zunimmt, das wir früher nicht gekannt haben. Ich bin froh, dass meine Kinder heute nicht mehr in die Schule gehen, wenn ich von Freunden und Bekannten höre, was sich dort nach der Schule, aber leider auch des Öfteren in den Schulen abspielt, nicht so extrem in den weiterführenden Schulen, aber vor allem in den Pflichtschulen. Jeder vierte Schüler, haben wir vorige Woche lesen können, wird ein Opfer physischer Gewalt. Jeder vierte Schüler! Lassen Sie sich das einmal wirklich durch den Kopf gehen, wie sich hier das Klima bei uns

verändert hat!

Gewalt nicht nur in den Schulen, Gewalt auf den Straßen, Gewalt bei der Unterhaltung, vor allem der Jugendlichen am Wochenende. Suchen Sie am Montag in den Zeitungen nach den Messerstechereien, dann werden Sie sehen, dass sich die Gewalt auch Gruppen zuordnen lässt. Dort wird Gewalt dann zur Kriminalität, die seit Jahren steigend ist, die Menschen wütend oder hilflos macht. Das wollen Sie wieder nicht hören, Herr Kollege Akkilic, die Frage nach dem Import dieses Problems! Sie wollen das nicht hören, aber es ist ein Faktum, Herr Kollege!

Ich lese Ihnen aus einer Anfragebeantwortung des Innenministeriums vom 10.8.2011 die Antworten vor. Es ging um die Zusammensetzung der in Österreich einsitzenden Häftlinge. Gemeint sind hier Leute, die in Straftat sitzen, also rechtskräftig Verurteilte. Untersuchungshäftlinge wurden nicht mitgezählt, weil diese noch freigesprochen werden könnten. Zu diesem Zeitpunkt saßen 5 963 Menschen in Haft, also rund 6 000. Davon waren 1 221 Ausländer, die nicht sagen wollten, woher sie kamen. Sie hatten ihre Pässe verloren, vernichtet oder sonst irgendetwas, haben aber Verbrechen in Österreich begangen. Sie wären sonst nicht in Haft. Man muss ja schon einiges anstellen, damit man in Haft kommt. Weiters sind 1 099 Österreicher, die die Staatsbürgerschaft aber erst erworben haben und dann Straftaten verübten. Insgesamt waren es 4 972 Straftäter es, die nicht Österreicher waren oder die Staatsbürgerschaft erst erworben haben. Die zweite Generation ist nicht eingerechnet. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Dann reden wir über die kriminellen FPÖler!)* 82,6 Prozent der verurteilten Straftäter waren weder Österreicher noch geborene Österreicher, Herr Kollege. 82,6 Prozent! Das ist die Antwort des Innenministeriums. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Reden wir über die FPÖler!)* Sie können Fakten nicht wegleugnen! Solange Sie die Fakten leugnen, werden Sie keine Möglichkeit haben, eine Lösung für dieses Problem zu finden! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Wie viel Prozent waren FPÖler?)*

100 EUR kostet uns Österreicher ein Häftling jeden Tag. Erzählen Sie das einer Mindestpensionistin mit 700 oder 800 EUR im Monat. Ich finde das mit Recht ungeheuerlich! Das ist es, was wir Ihnen anprangern und was Ihnen auch die Leute daraufhin sagen! Sie können das verdrehen, wie Sie wollen, die Leute draußen wissen es und die Schüler, die es spüren, genauso, Herr Kollege! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie machen es sich zu leicht, Herr Kollege!)* Deswegen haben wir auch die höchste Zustimmung - schauen Sie sich die letzte Umfrage an -, gerade bei den Jugendlichen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Weil ihr kriminell seid! Minus sieben!)*

Herr Vorsitzender, ich ersuche um eine Prüfung hinsichtlich Ordnungsruf. Ich lasse mir doch von dem Herrn dort drüben nicht vorwerfen, dass ich kriminell bin! Das geht doch etwas zu weit! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Nein, aber so viele der FPÖ! Nicht immer den Vorsitzenden um Hilfe bitten!)* Man kann doch nicht wie eine Sphinx oben sitzen und diese ihren Geifer

hinausspucken lassen!

Kommen wir zum Bildungssystem, das anscheinend auch bei Ihnen versagt hat! Denn wer sich so benimmt, hat keine Bildung! Das kann ich Ihnen sagen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben das große Problem der fehlenden Kenntnis der Unterrichtssprache, den Sprachenwirrwarr und die nicht ordentlichen Deutschkenntnisse. Der Herr Bürgermeister hat uns vor zwei Jahren versprochen, mit der Einführung des Pflichtkindergartenjahres wird im Herbst - das war vor zwei Jahren - niemand mehr in die Schule kommen, der nicht ausreichend Deutsch kann. Gehen Sie heute einmal in die Schulen und fragen Sie das! Der Herr Häupl geht anscheinend nicht dorthin. Er bewegt sich bei seinen Wirten und in den „Seitenblicke“-Gesellschaften, wo sie ihn wahrscheinlich verstehen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Na hallo!)* Denn sonst könnte er so etwas nicht sagen. Er braucht nur in die Masse unserer Schulen im 15. Bezirk und so weiter hineingehen, dann wird er sehen, wie es um die Deutschkenntnisse steht. Das ist auch bestätigt. Wir haben einen unglaublich hohen Prozentsatz von Schulabgängern, die nicht ausreichend Deutsch können, die dann vorzeitig die Schulen verlassen. Das ist ein Problem. Das kann man nicht einfach weglegen! Dagegen muss man etwas tun, meine Damen und Herren! Das, was Sie tun, ist es nicht!

Zum Beispiel die Sprachförderung, wie sie von Ihnen betrieben wird, auf zig Vereine aufgeschlüsselt, statt das an einer Stelle ordentlich zu betreiben. Damit brauchen sie zig Büros, zig Verwaltungseinheiten, Räumlichkeiten und so weiter. Hier wird Geld vergeudet und nicht Geld sinnvoll eingesetzt. Aber das wollen Sie, weil sie eigentlich nicht die Sprachförderung wollen, sondern Sie wollen die dortigen Vereinsfunktionäre als Teilzeitkräfte und Hauptamtliche bezahlen, damit Sie sich eine willige Klientel beschaffen! Das ist die Realität bei Ihnen, meine Damen und Herren! So schaut es in Wirklichkeit aus! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sie haben einen Verfolgungswahn!)* Dann kann man natürlich noch ein paar Mandatäre in wichtige Funktionen als Aufpasser setzen. Wir erleben es laufend, wenn abgestimmt wird, wenn Sie dann gegen die Regeln der Wiener Stadtverfassung mitstimmen. Aber das schert Sie nicht, weil die „Mehreren“ sind Sie. Nach diesem Grundsatz wird hier gehandelt. Nach diesem Grundsatz geht es.

Ich bringe ihnen ein einziges Beispiel, wie es bei den Vereinen zugeht. Da war der Verein Orient Express. Ich zitiere Ihnen, was ich im vorigen Jahr dazu gesagt habe. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Sich selbst als Beweis zu zitieren, das ist eine abstruse Idee!)* - Darf ich es wohl, Herr Kollege? Kommen Sie einmal herunter! *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Nein, wirklich nicht! Sie können sich doch nicht selbst zitieren! Was wird denn das?)* - Weil ich Ihnen sagen will, dass sich nichts geändert hat. Regen Sie sich nicht immer aus lauter Verzweiflung so auf! Sie kriegen eh den Van der Bellen als Rückgrat herein. Da können Sie sich dann vielleicht einmal mit ihm streiten anstatt mit uns, aber das ist eine andere Sache.

Kommen wir also zu den Vereinen. Der Orient

Express selbst hat im vergangenen Jahr acht Hauptamtliche gehabt, zwei davon bequemerweise gleich im Vorstand. So macht man es, um Arbeitsplätze zu sichern. Das sind Ihre Vorstellungen. Dann hab ich auf der Homepage den Tätigkeitsbericht nachgeschaut. Dort stand vom Verein selbst: „Tätigkeitsbericht: Sorry, die Seite ist derzeit in Arbeit, wird aber so schnell wie möglich online sein.“ Das war 2003. Voriges Jahr noch immer nichts drinnen. Schwer, es dauert bei dem Verein. Dann hab ich den Tätigkeitsbericht für das nächste Jahr angeklickt. Dort stand der gleiche Satz. Darunter stand nichts mehr. Nächstes Jahr, habe ich damals gesagt, können wir das Zehnjahresjubiläum des nichterstellten Jahresberichts feiern. Jetzt ist der Verein schlauer geworden. Jetzt hat er überhaupt alles herausgenommen. Jetzt gibt es keinen Tätigkeitsbericht dieses Vereines mehr. So schauen die Vereine aus, die Sie fördern. So schaut es auch mit der Kontrolle dieser Vereine aus. Wir werden übermorgen noch Gelegenheit haben, auf einige davon genauer einzugehen.

Jetzt kommen wir zum Personal, und jetzt kommen wir auch zu den GRÜNEN, meine Damen und Herren. Da zeigt sich eine sehr interessante Entwicklung. Jetzt könnten Sie zuhören. Unsere grünen Objektivierungsfreunde, die bei jeder der sehr seltenen Anstellungen eines Freiheitlichen im Bund oder den Ländern gleich das Geheule über die unsägliche schwarz-blaue Koalition anstimmen, genau die GRÜNEN, haben alles vergessen. Sie vergessen zum Beispiel auch, dass wir mehr als ein Viertel der Bevölkerung abdecken und dass wir, genauso wie alle anderen, ein Recht haben, in öffentlichen Berufen tätig zu sein. Es ist eh nicht so. In Wirklichkeit kommt man als Freiheitlicher höchstens als Freiberufler irgendwo hinein. Sonst hat man größere Schwierigkeiten.

Wir haben uns dann die Tagesordnungen der ersten Personalaussschüsse angeschaut, nachdem Sie in die Regierung gekommen sind. Wer war darin? Fast lauter Grüne! Sie haben Ihre Mitarbeiter versorgt, die Sie im Klub nicht mehr bezahlen konnten! Sie haben Leute untergebracht! Das ist Ihre ehrliche Politik, von der Sie die ganze Zeit reden! Das ist der Fall! Sie haben auch Ihren Van der Bellen untergebracht! *(GRin Birgit Hebein: Das ist urdämlich! Wissen Sie das?)* - Schauen Sie es sich an! Schauen Sie sich die Tagesordnungen der ersten Personalaussschüsse an! Ich nenne jetzt keine Namen, aber wenn Sie wollen, können wir auch mit den Namen und den vorherigen Funktionen dieser Leute dienen. Das ist ein Faktum! Sie reden heute so und morgen schaut es aber in der Praxis ganz anders aus. Wir werden auch noch andere Fälle zu bereden haben, in denen Grüne vorkommen. Das kann ich Ihnen jetzt schon sagen!

Jetzt kommen wir zu einem Bereich, der etwas anders ist, als das, was bisher angesprochen wurde. Einzig die Frau Kollegin Feldmann hat ihn erfreulicherweise angesprochen. Es gibt hier nämlich kaum Lobbyisten für die Familien. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Haha!)* - Da lachen Sie! Ich glaube, dass Ihnen das nicht am Herzen liegt! Das ist schon möglich,

Frau Kollegin! (GRin Martina Ludwig-Faymann: Was glauben Sie denn?) Uns liegt das Thema Familie am Herzen.

Ich zitiere hier aus der „Frankfurter Allgemeinen“ den Bericht eines Kinderarztes, der Studien ausgewertet hat und dort über die dunkle Seite der Kindheit geschrieben hat. Er spricht über die Gefahren zu früher und zu langer Fremdbetreuung von Kleinstkindern. (GRin Martina Ludwig-Faymann: Wie lange waren Sie zu Hause?) Der Mediziner verweist in erster Linie auf die größte Langzeitstudie, die es dazu gibt, aus den Vereinigten Staaten aus dem Jahr 2007. Die Studienergebnisse, schreibt er, waren erschreckend. Daraus sollten Sie vielleicht auch Schlüsse auf die Gewaltprobleme bei uns in der Schule ziehen. (GRin Martina Ludwig-Faymann: Wie lange waren Sie bei Ihren Kindern?) - Regen Sie sich einmal ab, Frau Kollegin! (GRin Martina Ludwig-Faymann: Ich habe eine Frage gestellt!) - Wie gesagt, ich komme auf die Langzeitstudie zurück. Die Ergebnisse sind erschreckend. Ein Viertel der ganztagsbetreuten Vierjährigen zeigte bereits ein krankhaftes Problemverhalten. (GRin Birgit Hebein: Hören Sie auf! Das gibt es doch nicht!) - Warum soll ich aufhören? Darf ich nicht reden? Dürft nur ihr die Klappe aufmachen? (GRin Birgit Hebein: Ja, genau!) So etwas! (GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Aber hallo!) - Da ist es Hallo! Aber wenn mir jemand den Verbrecher vorwirft, dann ist es nicht Hallo! Rufen sie dann Hallo, wenn es wirklich angebracht ist, Frau Kollegin! (Beifall bei der FPÖ. - GRin Anica Matzka-Dojder: Hallo! - GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Und dann kriegen wir wieder einen Ordnungsruf, wenn wir etwas darauf sagen!)

Die Studienergebnisse sind erschreckend. (GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Qua qua qua!) Kinder im Alter bis zwölf Jahre, die sich mindestens zehn Stunden pro Woche in Krippen aufgehalten haben, legten in der Schule eine auffällig schwierige Wesensart an den Tag. (GRin Martina Ludwig-Faymann: Wie lange waren Sie zu Hause?) Je länger die Kinder in Krippen erzogen wurden, desto stärker die Verhaltensauffälligkeit. Bei manchen könnte man auch glauben, Sie sind in Krippen erzogen worden, wenn ich mir das anhöre, was sich hier abspielt! (Beifall bei der FPÖ. - GRin Mag (FH) Tanja Wehsely: Sie wissen, wovon Sie reden!)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl** (unterbrechend): Ich darf kurz alle bitten. Herr Jung, einen kurzen Moment. Im Interesse, dass wir alle die Diskussion verfolgen können, darf ich Sie bitten, gesittet zu sprechen (GR Johann Herzog: Und die anderen?) und auch alle Zwischenrufer bitten, auch gesittet zu sprechen.

GR Mag Wolfgang **Jung** (fortsetzend): Ich lese vor, was in der Studie steht, Herr Vorsitzender. Ich weiß nicht, ob der Verfasser der Studie ungesittet war. Also, legten in der Schule eine auffällig schwierige Wesensart an den Tag. Je länger sie in Krippen erzogen wurden, desto stärker die Verhaltensauffälligkeiten, Streiten, Gewalttätigkeiten, Lügen, Sachbeschädigung, Grausamkeiten. Im Alter von 15 Jahren kamen dann Straftaten dazu, wie Drogenmissbrauch und Diebstahl.

Das hört sich verdächtig nach manchen Problemen an, die wir heute in unserer Jugend haben. (GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Warum werden alle so lange betreut?) Bemerkenswert, und jetzt hören Sie bitte zu, ist, dass es dabei gar nicht auf die Qualität der Kinderkrippe ankam. (GRin Martina Ludwig-Faymann: Nehmen Sie das ernst!) Auch Kinder, die sehr gute Betreuungseinrichtungen besucht hatten, verhielten sich stark verhaltensauffällig. Das zeigt etwas ganz anderes. (GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Sonst nicht, aber bei den Freiheitlichen!) - Sie können es halt nicht vertragen, wenn Sie einmal eine Studie unter die Nase gehalten bekommen, die nicht gerade die Mercer-Studie ist, Herr Kollege! Also, nachgewiesen wurde vor allem, dass unterzweijährige Kinder nach fünf Monaten Krippenaufenthalt unter hohem Stress litten. (GRin Martina Ludwig-Faymann: Was soll denn das?) - Schreien Sie sich einmal aus! (GRin Martina Ludwig-Faymann: Seit wann beschäftigen Sie sich eigentlich mit Familienpolitik?) - Weil ich Kinder habe und weil ich mir Sorgen um die Entwicklung der Kinder in dem Staat mache, Frau Kollegin! Das erlauben Sie mir vielleicht noch! (Beifall bei der FPÖ. - GRin Martina Ludwig-Faymann: Wie lange waren Sie bei Ihren Kindern?)

Also, geht es jetzt? Geht es wieder? Oder geht es noch, muss ich Sie fragen, Frau Kollegin? (GRin Martina Ludwig-Faymann: Waren Sie zu Hause? Haben Sie sich um Ihre Kinder gekümmert?) - Nein, überhaupt nicht! (GR Dipl.-Ing Martin Margulies: Überhaupt nicht? Gott sei Dank für die Kinder!) Also, meine Kinder sind Gott sei Dank alle etwas geworden, waren keine Süchtler oder Sonstiges. Ich bin sehr zufrieden und glücklich mit ihnen. Ich habe gestern mit ihnen Geburtstag gefeiert.

Jetzt komme ich zu dem zurück, was ich Ihnen abschließend noch zum Nachdenken mitgebe. (GRin Martina Ludwig-Faymann: Wie lange waren Sie zu Hause? - GR Godwin Schuster: Wer ist der Autor dieser Studie?) - Wollen Sie bestreiten, dass meine Kinder in Ordnung sind? (GRin Martina Ludwig-Faymann: Nein!) - Dann halten Sie sich zurück! (GRin Martina Ludwig-Faymann: Wir wollten nur wissen, sie lange Sie bei Ihren Kindern zu Hause waren! - GR Godwin Schuster: Wer ist der Autor dieser Studie? Das wollte ich wissen!) - Ich habe Ihnen den Arzt, der das bringt, vorher zitiert. Sie haben nicht zugehört! (GR Godwin Schuster: Das ist aber keine Studie!) - Die „Frankfurter Allgemeine“ ist nicht irgendeine Zeitung, Herr Kollege! Das ist immerhin das angesehenste Blatt im deutschen Sprachraum.

Jetzt komme ich zu dem, was ich Ihnen abschließend sagen wollte, nämlich Worte von Astrid Lindgren, die wahrscheinlich wohl die bekannteste Kinderbuchautorin der Welt ist, auch von den Sozialdemokraten anerkannt. Sie war schließlich auch Mitglied der schwedischen Sozialdemokraten und Beraterin der schwedischen Regierung, Frau Kollegin. Sie sagt Folgendes in ihren Erinnerungen: „Vor ungefähr zehn Jahren“ - das war 1980 - „wurden in Schweden nur wenige Kinder geboren. Zu der Zeit war unser Staatsminister Ingvar Carlsson noch Zukunftsminister. Eines Tages rief er zehn sogenannte Kinderexperten an - ich war darunter -

und sagte: ‚Jeder von euch bekommt von mir für eine Studie 10 000 Kronen, wenn ihr mir sagt, wieso es kommt, dass die Leute so wenig Kinder bekommen.‘ Ich antwortete: ‚Du brauchst mir keine einzige Öre zu geben. Ich will dir mal sagen, was wir beide tiefst im Innersten wissen, dass Menschen nämlich keine Kinder haben wollen, wenn sie nicht die Möglichkeit haben, mit ihnen beisammen zu sein. Du solltest dafür sorgen, dass den Müttern und Vätern genügend Geld übrig bleibt, nachdem sie die Steuern gezahlt haben, damit sie die ersten drei, vier Jahre zu Hause bei den Kindern bleiben können. Es muss nicht die Mama sein, es kann auch der Papa sein. Aber einer sollte ständig zu Hause sein.‘ - Frau Stadträtin, Sie hätten ein weites Betätigungsfeld. *(Beifall bei der FPÖ. - GRin Anica Matzka-Dojder: Sehr fortschrittlich!)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Rubik. Ich erteile es ihr.

GRin Silvia **Rubik** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Jung, was soll ich nach Ihrem Auftritt jetzt sagen? Meine persönliche Aufmerksamkeit haben Sie sicher nicht, weil vieles von dem, was Sie gesagt haben, entspricht jeglicher Tatsache, jeglicher Realität. *(GR Armin Blind: Entbehrt, Frau Kollegin!)* Ich muss ehrlich gestehen, es ist mir fast peinlich *(GR Johann Herzog: Peinlich war Ihre Reaktion, Frau Kollegin!)*, was man sich anhören muss in einer Stadt, die gut verwaltet und gut geführt wird und wie man als Politiker und Politikerin hingestellt wird, was Sie glauben, was wir eigentlich an Schlechtem den Menschen in Wien wollen! *(GR Johann Herzog: Wie kann man sich so aufführen, wenn man nicht einer Meinung ist? Das ist ja absurd!)* Es ist peinlich, von Ihnen die ganze Zeit zu hören, was Sie uns vorhalten! Ich werde Ihnen kurz einmal einen kleinen Überblick dessen geben, was wir in der Stadt machen, was wir leisten und was wir wirklich vertreten. Nicht nur die Worte von Herrn Jung, die in einem Protokoll stehen, die wirklich jeglicher Entbehrung entsprechen. *(GR Johann Herzog: Er hat zitiert, Frau Kollegin! Man wird doch noch zitieren dürfen! Es muss ja gar nicht die eigene Meinung sein!)* Ich muss ehrlich sagen, ich bin zutiefst enttäuscht, auch wenn Sie jetzt hinausgehen, Herr Jung, das von einem Politiker der Stadt Wien und dieser Vertretung zu hören! *(GR Johann Herzog: Wenn ein amerikanischer Arzt das sagt und das veröffentlicht wird, ist es nicht unerheblich!)* Das ist nicht das, was wir als Politik sehen. Wir sind nicht Amerika. Wir sind Wien. Wir sind Wien. Ich werde Ihnen jetzt erklären, und das vielleicht so eindringlich, dass Sie es einmal mitbekommen, was in Wien alles Gutes geleistet wird. Auch wenn Sie jetzt hinausgehen, Herr Herzog, dann sind Sie der Zweite, weil der Herr Jung, glaube ich, ist schon, nein, er kommt wieder zurück, er hört es sich doch an. Vielleicht wird dann mein Kollege, Herr Hursky, auf Sie eingehen, aber ich glaube, das war jetzt einer Rede eines Rechnungsabschlusses der Stadt Wien nicht würdig, was Sie von sich gegeben haben! *(Beifall bei*

SPÖ und GRÜNEN.)

Ich will wieder zurück auf unser Thema kommen. Wir sind beim Rechnungsabschluss. Beim Rechnungsabschluss kann man auch ohne Neid, ganz offen und ehrlich gestehen, dass wir viele Dinge umgesetzt haben, dass wir viele Dinge verwirklicht haben, dass wir viele Dinge teilweise auch mit der Freiheitlichen Partei umgesetzt haben, auch wenn Sie es wieder vergessen haben. *(GRin Henriette Frank: Partei, nicht Partei!)* - Freiheitliche Partei, Entschuldigung!

Wir hatten zum Beispiel am 8. März 2011 den 100-jährigen Internationalen Frauentag, wo es ein offenes Rathaus gab, wo es Rathausführungen gab, die Wege durchs Rathaus für die Frauen, und wo man ersehen konnte, was sich in 100 Jahren in der Frauenpolitik verändert hat, wobei ich mich erinnern kann, dass auch von den Freiheitlichen Frauen dabei waren, auch aus den Bezirken, Bezirksrätinnen der Freiheitlichen, wo Sie feststellen mussten, dass 100 Jahre Veränderung doch einiges bewirkt haben, wo Sie es in der eigenen Fraktion vielleicht noch nicht ganz mitbekommen haben.

Weiters ist ein Schwerpunkt der MA 57, Frauenabteilung, es gab viele Beratungsgespräche. Es gibt das Frauentelefon. Es gibt den 24-Stunden-Notruf. Das sind zwei wichtige Anlaufstellen im Bereich der Gewalt. Es gibt auch die rollende Beratung in Form vom Wiener Frauenbus. Es ist ein fixer Bestandteil in der Servicestelle für Frauen geworden.

Daher möchte ich auch ganz kurz einige Verwunderung zum Antrag, den die ÖVP eingebracht hat, zum Ausdruck bringen, der von Frau Leeb, Herrn Ulm und Frau Anger-Koch eingebracht wurde, dass wir das Frauentelefon vereinheitlichen sollen. Ich denke mir, das ist ein gut gemeinter Rat. Aber das würde in Wien genau bedeuten, dass wir keinen Vorteil davon haben, dass die Frauen in Wien nicht wirklich davon profitieren, denn es ist der 24-Stunden-Notruf der Frauen so angelegt, dass die Beratung direkt gleich erfolgt.

Wenn wir ein Beratungssystem für ganz Österreich, für alle Bundesländer, wollen, dann ist es wieder etwas schwierig, weil dann muss man ein System finden, das einige Umstrukturierungen in Auftrag und in gewissem Maße auch in Vorbereitung schickt, wo es die erste Zeit passieren kann, dass Frauen, wenn sie in Not sind, einmal verbunden werden, dann weiß man nicht genau, zu welchem Bundesland gehören sie, dann schickt man sie telefonisch weiter *(GRin Mag Barbara Feldmann: Wohin schickt man sie weiter?)*, dann muss man schauen, in welchem Land es welche Regelungen gibt, dann muss man schauen, wie die Informationen sind, und dann kann es passieren, dass man genau Frauen, die in Not sind, die den Frauennotruf gleich und sofort brauchen, damit ein bisschen verschreckt. *(GRin Mag Barbara Feldmann: Was erzählen Sie da?)* Wenn eine Frau in Not ist, ich glaube, dass ich das sagen kann, dann ist es so, dass sie sofort Hilfe braucht, und nach dreimaligem Verbinden kann es passieren, dass sie auflegt, weil sie sich denkt, das dauert ihr zu lange, sie hat sofort das Problem und sie will nicht 100 Mal weiterverbunden und 100 Mal die gleiche Situation

erzählen müssen.

Ich denke mir, das System, das wir in Wien haben, ist momentan das bessere. Das heißt nicht, dass man darüber nicht diskutieren kann. Aber so, wie wir es in Wien haben, ist es das funktionierende und das bessere System. Ich denke mir, damit ist der Notruf für österreichweite einheitliche Frauennotrufe momentan kein Thema für uns. So, wie es bei uns funktioniert, ist das, wo wir glauben, dass wir auch den Frauen am nächsten stehen.

Dazu gibt es auch viele Studien, die belegen, warum der Frauennotruf in Wien so notwendig ist. Es gab in den letzten 15 Jahren - das hört sich viel an, aber 15 Jahre sind nicht eine wirklich lange Zeit - fast 95 000 Beratungsgespräche. Jedes 8. Gespräch davon, also 12 Prozent, war sexuelle Gewalt und 90 Prozent sind Frauen, AnruferInnen weiblichen Geschlechtes. Man soll es nicht abstreiten, und auch das ist ein Thema, 10 Prozent waren Männer. Aber 90 Prozent im Gegensatz dazu sind Frauen, die häusliche Gewalt erleiden. Ich denke mir, das ist ein Thema, das man nicht unter den Scheffel fallen lassen kann und über das man weiter diskutieren und darauf schauen muss, dass man den Opfern helfen kann.

76 Prozent der Opfer kannten die Täter. 29 Prozent der Täter von Frauen, die sexuelle Gewalt erfahren haben, stammen aus dem sozialen Umfeld. Das heißt, dass sich eine Großzahl der Täter im Freundes-, Bekannten-, Familienkreis aufhält. Es gibt nur ganz wenige Prozente, wo die Täter eigentlich diejenigen sind, die man nicht eruieren oder nachverfolgen kann. Das ist ein kleiner Teil. Meistens erfolgt Familiengewalt beziehungsweise im Freundes- oder Bekanntenkreis.

Aber jetzt zu einem ein bisschen erfreulicheren Thema. - Ist etwas, Herr Jung? (*GR Mag Wolfgang Jung: Nein!*) - Nichts? Okay! Ich frage nur, weil ich Sie gehört habe. (*GR Mag Johann Gudenus, MAIS: Prophylaktisch einmal, weil es hätte sein können!*) Es war ein leises Gemurmel und ich habe ihn nicht verstanden. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das war ein leises Gemurmel?*) Ich bin ein höflicher Mensch. Ich frage, wenn man mir etwas zuruft, worum es gegangen ist.

Zum 10. Mal gab es diesmal den Töchterttag 2011 für Mädchen zwischen 11 und 16 Jahren, die motiviert sind und auch die Möglichkeit sehen, untypische Wege eines traditionellen Berufes und einer Berufsauswahl zu treffen und nicht unbedingt Friseurin und kaufmännische Angestellte zu werden. Auch da haben wir einen großen Erfolg. Waren es vor 10 Jahren noch 350 Betriebe und zirka 200 Mädchen, haben wir jetzt, nach dem 10-maligen Ereignis dieser Veranstaltung, 3 000 Mädchen und 150 Betriebe, die daran teilnehmen, und die Zahl ist steigend, sowohl von den Mädchen als auch von den Betrieben, die sich dafür interessieren, diese Form weiterzuführen, umsetzen und zu schauen, Mädchen in eine andere Art von Berufen zu bekommen, denn dort, wo sie Fuß gefasst haben, in den verschiedensten Unternehmen, die nicht traditionell sind, sind die Mädchen eine Gruppe derer, die sehr hervorragende Arbeit leistet und von den Geschäftsleuten sehr begehrt

ist.

Das nächste Thema ist die Konferenz und die sexualisierte Gewalt. Das heißt, wir sind noch immer so weit, dass Sexualität ein Tabuthema ist. Wir sind immer noch so weit, und da hat sich leider in manchen Köpfen noch nichts verändert, dass die sexuelle Gewalt immer darin endet, dass sich Frauen zu Hause hinsetzen und die Schuld bei sich selbst suchen. Daher gab es diesmal in Wien eine Veranstaltung von 24-Stunden-Frauennotruf und den Frauenhäusern und eine Fachkonferenz. Das war eine tolle Veranstaltung und diese hat gezeigt, dass der gefährlichste Ort noch immer das Schlafzimmer ist, noch immer die häuslichen vier Wände sind. Das ist noch immer ein Thema, über das man diskutieren muss, über das man weiter diskutieren muss, ein Thema, das man nicht zu den Akten und in die Schublade legt, sondern Gewalt an Frauen ist etwas, wo man darauf schauen muss, dass man wirklich ins Reine kommt und Frauen behilflich ist, und zwar dort, wo sie es brauchen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Auch Gender Mainstreaming ist ein Thema, das zum Frauenthema dazugehört. Es gibt noch immer die diskriminierende Bildsprache. Es gibt noch immer Instrumente, die gegen die Frauen und ihre Rollenbilder verstoßen. Da muss man sichtbar machen, dass Frauen und Männer eine für sich grundunterschiedliche Sprache haben. Aber da muss man daran arbeiten, dass wir genau dieses Rollenbild zwischen Männern und Frauen auseinanderhalten und dass wir sichtbar machen, dass es ein Instrument gibt, das wir in der Stadt Wien zur Verfügung haben, damit sich das ändert und dass wir das auch in Zukunft weiterführen.

Was wir im letzten Jahr auch bevorzugt besprochen und diskutiert haben und wo ich sehr stolz darauf bin, dass es das jetzt in Wien gibt, ist der Papa-Monat. Es ist etwas, das ein Schritt in die richtige Richtung ist. Es ist ein Schritt, wo wir 2011 beschlossen haben, die Väterkarenz, den sogenannten Papa-Monat einzuführen, wo der Vater nach der Geburt des Kindes einen Monat zu Hause sein kann, die Betreuungsarbeit übernimmt und gleichzeitig sieht, wie es aussieht, wenn man sein Kind nicht nur in der Früh verabschiedet und am Abend, wenn es schon im Bett liegt, noch schnell streichelt, sondern was es auch heißt, tagsüber Betreuungsarbeit zu übernehmen. Es ist aber auch gleichzeitig ein Vorteil, nicht eine Karrierebremse für eine Frau zu sein, wenn sich Väter die Karenz mit der Mutter teilen. Denn das Kind ist nicht nur das Kind der Mutter, sondern es gehört beiden. Kinder sind glücklicherweise meistens mit Vater und Mutter bestückt, und so soll auch die Betreuung erfolgen.

Das nächste Thema, das ich habe, ist das Prostitutionsgesetz, das bei den Frauen auch ein wichtiges Thema ist, vielleicht ein kleines Tabuthema, aber man sollte auch offen und ehrlich darüber diskutieren und darüber reden. Das wurde 2011 auch sehr intensiv gemacht. Es gab viele Diskussionsrunden. Daraus entstand das Wiener Prostitutionsgesetz. Es ist ein Gesetz, von dem ich mir denke, es geht in die richtige Richtung. Es geht in die Richtung, dass, sowohl

von Opposition als auch von vielen Bewohnerinnen und Bewohnern von Wohngebieten gefordert, die Straßenprostitution dort nicht erfolgen soll.

Es geht auch in die Richtung, dass die Bewilligungsverfahren der Lokale, wo Prostituierte ihrem Gewerbe nachgehen, jetzt gewährleistet sind. Es ist auch ein Rahmen, wo man sagen kann, wenn es Laufhäuser und entsprechende Maßnahmen gibt, die wir genau verfolgen, die schriftlich festgehalten sind und auch der Exekutive mehr Spielraum geben, dass es den richtigen Weg verläuft. Es hat diese Steuerungsgruppe gegeben. Sie besteht noch immer, weil das ist nicht ein Thema, das wir jetzt beendet haben, sondern das ist ein Thema, wo weiter verhandelt, gesprochen und evaluiert wird. Die Polizei, die NGOs, die Magistratsabteilungen und die politischen Verantwortlichen begleiten den Prozess auch weiterhin. Ich denke mir, auch das ist ein Schritt, den wir voriges Jahr begonnen und umgesetzt haben und der in die richtige Richtung geht.

Jetzt mache ich einen kleinen Sprung von Frauen, Prostitution, es passt nicht ganz dazu, aber auch das gehört in unsere Geschäftsgruppe, zur Lebensmittelkontrolle. Denn auch die Lebensmittelkontrolle hat in unserem Ausschuss einen Schwerpunkt. Genau das ist das, was sich die Wienerinnen und Wiener erwarten, nämlich hochwertige Qualität, zu wissen, woher die Lebensmittel kommen, zu wissen, welcher Qualität sie entsprechen und in welchem Herkunftsland sie entstehen. So wurden voriges Jahr, allein 2011, fast 13 000 Proben untersucht, wo auch Privatpersonen die Möglichkeiten hatten, Proben einzuschicken, wenn sie nicht sicher waren, die Qualität, die sie gekauft haben, auch zu bekommen, ob sie eine Eignungskontrolle besteht, ob die Qualität bestimmt ist oder ob die Herstellung stimmt. Diese Proben wurden untersucht. Mich freut sehr, dass die MA 38 seit mehreren Jahren als nationales Referenzlabor für bestimmte Rückstände fungiert, also nicht nur zugelassene, sondern pharmakologisch wirksame Farbstoffe zur Produktion der Aquakultur bestimmt. Das ist etwas, das nicht alle Länder haben. Unsere MA 38 der Stadt Wien hat diese Bewilligung. Wir können das durchführen. Wir dürfen das durchführen. Das ist etwas, das mich sehr freut.

Weiters ist die Zusammenarbeit mit der MA 38 und der MA 59 in der Konsumenten-Helpline schon ein Schwergewicht und ein Punkt geworden, der von den Wienerinnen und Wienern sehr geschätzt wird. Es gab allein 582 Anrufe, die nur um die Themen der Lebensmittelhaltung und Lagerung gingen. Es gab auch 350 Folder in Fragen, was Hygienehaushalt, Lebensmittelkennzeichnungen und Sonstiges betrifft. Diese wurden versandt. Die Wienerinnen und Wiener sind sich sehr wohl dessen bewusst, dass es diese Hotline gibt, dass sie die Möglichkeit haben, sich dorthin zu wenden und dass sie dort anrufen und fragen können, wenn sie sich nicht sicher sind, ob das, was sie gerade eingekauft haben, auch dem entspricht, was sie zu Hause gerne hätten. Ich denke mir, das ist ein Service für die Frauen und Männer, für die Haushalte und alle

Wienerinnen und Wiener. Das ist etwas, das eigentlich bemerkenswert ist, denn das gibt es nicht überall. Das gibt es nicht in allen Städten. Wien ist wieder ein Vorzeigeprodukt dessen, dass man sagen kann, bei uns ist es alltäglich, dass sich Menschen Auswirkungen ihrer Lebensqualität in Lebensmitteln daher suchen können, dass sie fragen können, wie es aussieht und ob das, was auf dem Teller ist, auch wirklich ein Qualitätsprodukt ist.

Gerade im Hinblick auf wichtige Erledigungszeiten soll auch angemerkt werden, dass es eine Weiterentwicklung gegeben hat, dass man in den Untersuchungen, die früher 2 bis 3 Wochen gedauert haben, jetzt eine Enderledigungszeit von 48 Stunden hat. Das ist bemerkenswert. In 48 Stunden schaffen wir es, den Wienerinnen und Wienern zu sagen, das ist gut oder das ist nicht gut, wo es in anderen Städten solche Sachen gar nicht gibt.

Zum Abschluss - Sie werden es nicht glauben - mein Lieblingsthema, das Marktamt: Wir haben 2011 viele Infrastrukturmaßnahmen zusammengestellt. Wir hatten ein Jahr lang eine intensive Arbeitsgruppe. Wir haben viele Ideen in die Arbeitsgruppe eingebracht. Es waren alle Fraktionen daran beteiligt. Es gab dann ein Sanierungspaket. Dieses arbeiten wir jetzt ab. Dieses Sanierungspaket hat schon gebracht, dass wir ziemlich auf allen Märkten, die wir vorgehabt haben, zu sanieren, über die wir gesprochen haben, dass wir sie sanieren müssen, einmal Wasserkanalleitungen erneuert haben, dass wir die Stromleitungen teilweise neu und teilweise mit Trafos verbessert haben, auch die Müllplätze, die immer ein Thema in ganz Wien waren, erneuert haben, dass es neue Oberflächen gibt und dass wir in Wien die Märkte weitgehend, soweit wir sie schon fertig saniert haben, barrierefrei haben.

Der Brunnenmarkt ist ein Beispiel. Wir haben 2005 begonnen. 2010 ist er fertiggestellt. Jetzt kann man sich anschauen, wie ein Markt aussieht, wenn wir ihn sanieren. Das heißt, es gibt dort viele Maßnahmen. Wenn man sich an den Brunnenmarkt von seinerzeit erinnert und ihn mit der heutigen Zeit vergleicht, muss man sagen, nicht nur die Standbetreiber, sondern auch die Benutzer, die Wienerinnen und Wiener sind damit zufrieden.

Ich könnte weiterreden über den Kutschkermarkt, über den Sonnbergmarkt, über den Vorgartenmarkt, auch der Naschmarkt ist ein Thema. All diese Märkte, wie auch der Meiselmarkt, sind Märkte, die wir in Angriff genommen haben, die wir seinerzeit ausdiskutiert haben und bei denen wir jetzt in der Umsetzung, wenn nicht sogar schon fertig sind. Weil viele Märkte, die wir in Angriff genommen haben, sind schneller und noch früher fertig, als wir das Bauende vorgesehen haben.

Das heißt für mich unter dem Strich, auch wenn es wieder von der Opposition irgendwelche Anmerkungen geben wird, die Wiener Märkte sind nicht nur baulich fit, sie sind auch für die Zukunft gemacht und sie garantieren ein Einkaufserlebnis mit hoher Qualität.

Abschließend möchte ich allen Geschäftsgruppen, die sich in meinem Ressort, wo ich tätig sein darf,

befinden, herzlich für die Zusammenarbeit danken! Ich möchte mich auch beim Büro der Frau Stadträtin bedanken und einen schönen Sommer und alles Gute wünschen! - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Anger-Koch. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte zuerst ein bisschen auf die Ausführungen von Herrn Akkilic eingehen, wo Herr Akkilic gemeint hat, die ÖVP hat kein Konzept für die Integrationspolitik. Das glaube ich nicht, weil wir haben den auch von Ihnen angesprochenen Sebastian Kurz. Ich glaube doch, dass er in sehr kurzer Zeit, und ich werde es Ihnen kurz ausführen, eigentlich einiges erreicht hat. Und zwar war das Erste die Einführung des AMS-Migrantenindexes, zweitens das Projekt „Zusammen Österreich“. Er hat es geschafft, dass die Freiwilligen Feuerwehren ihr Migrantenerbot aufheben. Er hat Strafen für Zwangsheirat umgesetzt und dass Genitalverstümmelungen nicht geduldet werden. *(GR Senol Akkilic erhebt sich von seinem Sitzplatz.)* - Bleiben Sie bitte da, ich rede mit Ihnen! *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Platz!)* Genau! Platz! *(Heiterkeit bei der ÖVP.)* - Er hat die Rot-Weiß-Rot-Card eingeführt. *(GR Senol Akkilic begibt sich zum Platz des Schriftführers.)*

Soll ich jetzt mit Ihnen da hinten reden, oder wie? - Okay, ich gehe jetzt weiter.

Sie haben auch gesagt - das irritiert mich jetzt ein bisschen -: Integrationspolitik erfolgt nicht durch die Sprache. Ich darf Sie nur daran erinnern, dass Ihr Koalitionspartner ein Papier herausgebracht hat, in dem steht - ich darf zitieren: „Die gemeinsame Sprache in Wien ist Deutsch. Wer hier leben will, muss Deutsch können. Erst die gemeinsame Sprache ermöglicht das Verstehen der Wiener Lebensart. Deutsch ist die Voraussetzung für Integration und ein auf allen Seiten funktionierendes Zusammenleben.“

So - und Sie erklären mir jetzt, dass Deutsch nicht die Voraussetzung ist, dass man quasi integriert wird? Also, Herr Akkilic, wenn Sie nicht Deutsch könnten, würden Sie als Politiker hier gar nicht sein können, weil Sie nicht verstehen würden, was wir hier sagen. Sie könnten nicht antworten, und wir würden Sie nicht verstehen. So ist es aber! *(Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)*

Weiters möchte ich noch sagen, was mich auch ein bisschen geärgert hat. Als meine Kollegin Feldmann da heraußen gestanden ist, schreit die Frau Wurzer heraus: „Was hat bitte Betreuung mit der Geschäftsgruppe Integration und Frauen zu tun?“ Entschuldigung, haben Sie Kinder? *(GRin Mag Martina Wurzer: Was hat Kinderbetreuung ...)* Was hat Kinderbetreuung mit Integration und Frauen zu tun - hallo! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Na ja, ich weiß, Sie haben vielleicht keine Kinder, und Sie sind auch nicht alleinerziehend. Aber ich glaube,

wir haben heute schon sehr oft gehört, dass wir dieses Thema auch hier behandeln, weil genau Alleinerziehende vielleicht auch in die Armutsgrenze fallen, deswegen auch nur in Teilzeit arbeiten können. *(Zwischenruf von GRin Mag Martina Wurzer.)* Schon, aber es hängt trotzdem damit zusammen, dass man Bildungseinrichtungen braucht und Kinderbetreuung braucht, dass die Frau, die vielleicht alleinerziehend ist, ihr Kind an eine Bildungsstätte geben kann, dass es betreut wird. - Erstens. *(GRin Mag Martina Wurzer: Die Antwort ist, die Ausbildung ...)*

Zweitens: Gerade im Integrationsbereich war es der Wunsch, ein verpflichtendes Kindergartenjahr zu haben. Wissen Sie, warum? Weil die Kinder in der Schule Probleme haben, dass sie nicht Deutsch sprechen können und somit die Sprache nicht verstehen. Und wie es auch schon mein Kollege Jung gesagt hat: Wir haben sehr viele ... *(GRin Anica Matzka-Dojder: Aber da stimmen Sie dann nicht zu, wenn wir die Maßnahmen hier beschließen! Das letzte Mal haben Sie nicht zugestimmt, als es um das Sommerprojekt ging, dass die Kinder Deutsch lernen!)*

Ich glaube, das haben Sie missverstanden. Das haben Sie genau missverstanden. Ich habe in meinen Ausführungen gesagt, dass wir diesem Projekt sehr wohl zustimmen. Warum wir nicht zustimmen, ist, weil der WAT beteiligt ist und nicht andere Sportvereine. Es wurde aber mit der Frau Stadträtin geklärt, warum der Sportverein WAT zum Zug gekommen ist und nicht die anderen Sportvereine oder Dachverbände wie die Union oder der ASKÖ, und wir deswegen gesagt haben, der WAT wird sondergefördert als vierter Dachverband. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das war der Hintergrund, aber nicht das Projekt per se. Das möchte ich, bitte, schon noch einmal erwähnen. Lesen Sie es bitte im Report nach, wo das drinsteht. Ich habe es auch deswegen extra erwähnt. Okay? - Danke.

So, weiter: Wir haben ein Wirtschaftswachstumsproblem, und wie gesagt - jetzt bin ich noch einmal dort -, Herr Jung hat es ja heute schon angesprochen. Die Thematik ist auch die, dass sehr viele Jugendliche Schulabbrecher sind und die Pflichtschule nicht fertig machen, und von diesen sind fast 80 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund. Das ist natürlich eine Problematik auch für unsere Wirtschaft, weil diese Kinder und Jugendlichen sich später wahnsinnig schlecht in die Wirtschaft integrieren können. Wir haben aber auch einen Arbeitsfachkräftemangel, wo wir die brauchen würden. Das heißt, natürlich ist es wichtig, Migranten zu haben, wir müssen aber schauen, wie wir sie am besten integrieren und ... *(GRin Anica Matzka-Dojder: ... gesagt und gemeint, dass das unwichtig wäre!)*

Kommen Sie dann heraus! Sie können sich dann hierher stellen und reden. Jetzt lassen Sie mich bitte ausführen. Sie haben immer noch die Möglichkeit, sich nachzumelden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das ist einmal Fakt: Die Handwerker suchen Arbeitnehmer, sie suchen Mitarbeiter. Nur, die Problematik ist: Wenn ich jemanden anstelle, der mich nicht versteht, ist es problematisch, ihm bei einem

Dachdecker oder in einem Installationsbetrieb oder bei einem Elektriker zu erklären, was in dem Haushalt, von dem der Auftrag hereingekommen ist, auszuführen ist. Oder? Ich glaube, da sprechen wir dieselbe Sprache, und wir verstehen uns da, oder? Ich glaube, das ist ein Problem, und deswegen ist es wichtig, die Sprache zu können und auch Leistung ... (GRin Anica Matzka-Dojder: *Es hat auch da niemand gesagt, dass das unwichtig wäre!*)

Lassen Sie mich doch ausreden, und unterbrechen Sie mich nicht! Ich fange immer wieder von vorne an, und ich habe nicht so viel Zeit. - Noch einmal: Wir brauchen dementsprechend Fachkräfte. - So, Punkt.

Das Zweite, was sehr helfen würde, ist: Ich glaube, dass wir viele Migranten da haben, die arbeiten in fremden Berufen, weil sie Abschlüsse in ihren Herkunftsländern gemacht haben und diese hier nicht nostrifiziert worden sind. Das hängt aber jetzt nicht nur mit dem Bund zusammen, sondern es sind auch die Magistratsämter dafür verantwortlich - doch! -, und dieses müsste auch noch erleichtert werden. Ich glaube, dann ist es auch für die Integration viel, viel besser.

Was ich zuerst schon angesprochen habe und was Sebastian Kurz jetzt durch ein Projekt initiiert hat, ist die Ehrenamtlichkeit. Die Ehrenamtlichkeit ist genauso Integration, wo sich Menschen mit Migrationshintergrund besser einfügen können, ein besseres Miteinander. Ich führe immer wieder den Sport an, denn hier passiert Integration schon die letzten Jahre. Gerade im Fußball, da sind alle Brüder, da gibt es Zusammenhalt, Erbringung derselben Leistung. Ich denke, da sind noch mehr einzubinden in die Ehrenamtlichkeit, da kann dann viel, viel besser Integration passieren.

Das kritisiere ich auch immer wieder, dass Sie so viele Vereine haben, die Sie subventionieren, von 300 bis, ich weiß nicht, Millionenbeträgen jährlich hier investieren und im Grunde genommen kein Output erzielt wird. Seit 15 Jahren gibt es laufend neue Vereine, die laufend mehr subventioniert werden. Kaum Kontakte gibt es eigentlich mit diesen Menschen, und das Problem in Wien ist nach wie vor da. Wir hätten sonst nicht diese Problematik und hätten jetzt auch nicht die Integrationsproblematik, die wir haben. Das wissen wir alle, denn sonst hätten Sie auch nicht die Charta gestartet, und wir hätten dementsprechend auch viel bessere und schnellere Lösungen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Es ist aber so.

Trotzdem würde es mich freuen, wenn wir in diese Richtung gemeinsam gehen. Ich denke doch - jetzt ein bisschen globaler gedacht -, wir alle, die wir hier sitzen, haben diesen Job auf Zeit. Wir sind Politiker, die Stadt gehört weder Ihnen noch Ihnen noch gehört uns die Stadt, sondern wir sind alle hier Bürger dieser Stadt.

Ich denke, gerade in solchen heiklen Situationen bei der Bildung und Integration ist es wichtig, auch auf Kritik der Opposition zu hören, uns vielleicht mit einzubinden, hier Lösungsvorschläge anzunehmen und nicht immer nur zu sagen, wir kritisieren. Wir lieben diese Stadt, wir wollen genauso hier leben, und genauso wollen die Bürger und Bürgerinnen hier leben. Ich denke, hier

gemeinsam Lösungen zu finden, ist unser aller Ziel. - Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Wurzer. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Vielen Dank. - Herr Vorsitzender! Sehr geschätzte Frau Stadträtin! Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Ja, es ist keine Überraschung, und es ist auch kein Geheimnis: Rot-Grün steht für feministische Politik! Wir bekennen uns - und ich mache das mit besonders großer Freude - zur aktiven Frauenförderung und zur aktiven Frauenpolitik. Wir fördern unabhängige Fraueneinrichtungen, das ist fixer Bestandteil unserer Politik.

Dazu gehört - das ist dem Rechnungsabschluss zu entnehmen - einerseits die Förderung von Fraueneinrichtungen, die mehrjährige Finanzzusagen beinhaltet, und andererseits die Förderung durch den Kleinprojektetopf, der sehr rasche, unkomplizierte Unterstützung mit kleineren Summen ermöglicht.

Frauenvereine und Frauenprojekte leisten auf den unterschiedlichsten Ebenen sehr wichtige und notwendige Arbeit. Es geht um ein sehr breites Netz, das hier zur Verfügung gestellt wird, von Frauenvereinen und Frauenprojekten, die sich darum bemühen, gesellschaftlich-politische Zeichen zu setzen und an gesellschaftspolitischer Veränderung zu arbeiten.

Unsererseits geht es um die Anerkennung geschlechtsspezifischer Problemlagen und selbstverständlich auch ums Sehen der Notwendigkeit frauenspezifischer Lösungsansätze.

Die finanzielle Absicherung von Fraueneinrichtungen in Form von Subventionen ist ein sehr wesentlicher Bestandteil, vor allem deshalb, um kontinuierliches Arbeiten zu ermöglichen, um die Qualität zu sichern und Planbarkeit sicherzustellen.

Selbstverständlich geht es uns aber nicht nur um den Umfang, sondern besonders um die Qualität der Tätigkeiten. Genau das haben wir uns so vorgenommen, im Budgetbeschluss gesichert und, wie Sie im Rechnungsabschluss sehen können, auch konkret gemacht.

Gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten nämlich, die, wie wir ja alle wissen, verstärkt zu Lasten von Frauen ausgetragen werden und besonders zu Lasten von Frauen gehen, ist es doppelt so wichtig, Vereine zu unterstützen, Grundlagenarbeit zu subventionieren und selbstverständlich ihre zukünftige Arbeit sicherzustellen.

Rot-Grün garantiert feministische Arbeit und Sichtbarkeit in dieser Stadt. Wir fördern feministische Grundlagenarbeit in dieser Stadt, und wir fördern unabhängige emanzipatorisch-feministische Grundlagenarbeit.

Wie wichtig das ist, sehen wir nicht nur anhand der heutigen Reden. Während Frauen wie ich, Frauen wie wir und viele Frauen vor mir damit beschäftigt sind und waren, nach der gesamten Welt zu greifen, und Männer leider immer noch auslassen, nach der Hälfte der Häuser zu greifen, solange wird feministische Grundlagenarbeit in dieser Stadt gefördert und subventioniert und

sichergestellt! (*Demonstrativer Beifall von GR Mag Wolfgang Jung.*)

Ihrer Rede, Frau Feldmann, kann ich in vielen Punkten inhaltlich schon einiges abgewinnen, sachlich auch einiges abgewinnen. Aber ein Punkt hat mich sehr erschreckt, nämlich, als Sie die Leitlinien Ihrer Frauenpolitik skizziert haben und als Allererstes den Punkt genannt haben: Es geht um die Zukunftschancen unserer Kinder. Genau darum geht es bei feministischer und Frauenpolitik nicht, es geht um uns! (*GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Wollen Sie keine Kinder?*) Es geht um uns Frauen! Wir wollen alles, und zwar jetzt sofort - das sei auch Ihnen hinter die Ohren geschrieben, Herr Jung! (*Beifall bei den GRÜNEN. - Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Noch ein kleiner Tipp an alle, die mit den Reden von Herrn Jung immer wieder ihre Schwierigkeiten haben: Mein Rezept - ein bescheidenes Rezept, aber mein Rezept - ist, ich summe im Inneren immer ein Lied von Lily Allen. Falls es wer kennt: Ich darf den Titel hier nicht nennen, er beginnt mit F, das zweite Wort ist you, ein netter Titel, ein fröhlicher Titel. Das hilft, wenn man den innerlich summt bei Reden meines Kollegen Herrn Jung.

Wie wichtig ... Ich wollte genau über diese Geringschätzung, die Sie heute wieder an den Tag gelegt haben, genau darüber wollte ich nämlich reden. Die kommt meistens ja auf leiseren Sohlen daher, als Sie das heute hier gezeigt haben. (*Heiterkeit der Rednerin.*) Die kommt meistens eher latent daher, die ist leider aber auch so selbstverständlich und allgegenwärtig, dass sich kaum jemand darüber aufregt.

Häufiger kommt sie versteckt daher als so offensichtlich wie von Ihnen, Herr Kollege. Häufiger ist sie zwischen den Zeilen zu lesen, trotzdem aber unübersehbar, besonders dann, wenn es um Lohndiskriminierungen und um unverhohlenen Sexismus geht. Oft ist sie in einem Nebensatz gedankenlos dahingesagt, und leider sorgt sie in der Regel auch nicht wirklich für Widerspruch, weil sie das ausdrückt, was leider immer noch sehr tief und in sehr vielen Köpfen hockt, aller Emanzipation zum Trotz.

Das beste Beispiel haben wir ja heute erlebt, nämlich, dass die Hälfte der Bevölkerung irgendwie immer noch weniger wichtig, weniger ernst zu nehmen und weniger wert zu sein scheint. Die Frauen mögen noch so sehr auf dem Vormarsch sein, wir können uns noch so sehr ins Zeug legen, wir können noch so sehr alles wollen, gleichzeitig scheint die Misogynie, die Frauenfeindlichkeit, nicht unterzubringen zu sein. Wie kürzlich eine englische Philosophin - Nina Power heißt sie - im „Guardian“ auch beschrieben hat, scheint es angesichts der herrschenden Rezession auch wahrscheinlich überhaupt kein Zufall zu sein, dass die wieder so im Kommen ist.

Wer nicht mitlacht bei sexistischen Witzen, wird als humorlos abgestempelt. Wer kritisiert, dass regelmäßig von einem Beziehungsdelikt die Rede ist, wenn Frauen von ihren Männern oder von ihren Vätern oder von ihren Brüdern getötet werden, womit die Tat nicht nur verharmlost wird, sondern auch suggeriert wird, dass die Frau schon auch immer ein bisschen selbst an ihrem

Tod schuld sei. Solche Leute sollen dann nicht allzu spitzfindig sein.

Wer es vielsagend findet, dass nicht nur ein Vulgärbegriff des weiblichen Geschlechtsteils als Schimpfwort verwendet wird, sondern auch Ausdrücke wie „Schlampe“, „Nutte“, „Ich fick' deine Mutter.“ zum allgemeinen Sprachgebrauch gehören, die soll sich mal nicht so anstellen und sich mal wieder einkriegen. So hält sie sich, so wird sie salonfähig, so bleibt sie salonfähig, die Geringschätzung von Frauen.

Dafür aber erklären uns Männer regelmäßig die Welt, und zwar in allen Bereichen. In Medien - und da gibt es zahlreiche Studien, von der Schweiz über England über die USA - wird Männern viel mehr Platz zugestanden: Fünf Mal, mindestens fünf Mal häufiger kommen Männer zu Wort als Frauen, selbst bei Themen, die sozusagen klassisch, die definitiv uns Frauen betreffen. Bei Themen, wo es um Abtreibung geht, auch in der Bildungspolitik zum Beispiel, wo vor allem bei den Pädagoginnen sozusagen Frauen am Werk sind, auch da (*GR Mag Wolfgang Jung: Bei den Fernsehköchen!*) erklären uns immer ganz gerne Männer die Welt, erklären uns, wie es geht und wie sie es auf jeden Fall besser machen würden.

Ein letzter, ein wichtiger Punkt, der ja auch gut über die Hälfte unseres Budgets einnimmt, ist der Gewaltschutz. (*Im Saal wird das Licht gedämpft. - GR Mag Wolfgang Jung: Die Welt verdunkelt sich! Der Himmel weint!*) Über die Hälfte davon fließt in den Gewaltschutz. Wie wir hier immer wieder beteuern - und das mache ich auch heute wieder -, finden wir es nicht richtig, dass das Gewaltschutzbudget, dass der Gewaltschutz im Frauenförderungsbudget angesiedelt ist.

Es ist kein Geheimnis, das betonen wir hier immer wieder: Wir sehen Gewaltschutz nämlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich deshalb nicht allein unter dem Titel Frauenförderung und Frauenbudget finden lassen sollte. Und - da bin ich ganz einer Meinung mit Frau Kollegin Feldmann - ich würde das Budget auf jeden Fall auch erhöhen. Selbstverständlich kann das gerne um den Teil des Gewaltschutzbudgets erweitert werden. Diskussionen stehen noch an, jede Budgetverhandlung ist spannend.

Denn Gewalt an Frauen ist brisant und aktuell wie eh und je. Gerade zur Zeit wieder bekommt sexualisierte Gewalt viel Platz in Zeitungen, viel Sendezeit in TV und Radio. Die Auslöser waren Vorwürfe gegen prominente mutmaßliche Täter, und da ist und war dann sehr viel von Sextätern, von Triebtätern, von Männern, die einfach nicht anders können, die Rede. Die Solidarisierung und Bemitleidung von mutmaßlichen Tätern wird großgeschrieben, die Verhöhnung der Opfer auch.

Gewalt gegen Frauen ist alltäglich. Gewalt gegen Frauen hat sehr viele Gesichter. Körperliche, psychische, sexuelle und strukturelle Gewalt erhält das System und hat System. Gewalt an Frauen dient der Erhaltung von Macht und des Status quo, hemmt Frauen massiv in ihrer Entwicklung und hindert sie an gesellschaftlicher Teilhabe.

Häusliche Gewalt - auch das wurde hier schon erläutert - ist international und alltäglich. Der gefährlichste Ort für Frauen ist immer noch die eigene Familie. Nicht vor Angriffen von Fremden in dunklen Straßen und in dunklen Ecken müssen wir Frauen uns am meisten fürchten, sondern vor der alltäglichen Brutalität unserer Freunde, Verwandten und Geliebten. Häusliche Gewalt betrifft Frauen aller Altersstufen, aller Schichten und Kulturen.

MigrantInnen sind in Bezug auf den Schutz vor häuslicher Gewalt in Österreich besonders benachteiligt. Die rechtliche Situation von Migrantinnen in Österreich ist prekär und vergrößert sich häufig und vergrößert deren Abhängigkeit vom Ehemann dann, wenn das Aufenthaltsrecht an ihn geknüpft ist. Das finde ich besonders skandalös: Dass Frauen mit einer Anzeige gegen ihren gewalttätigen Ehemann ihr Aufenthaltsrecht gefährden, ist ein Skandal und führt das österreichische Gewaltschutzgesetz ad absurdum. Alle Frauen, unabhängig vom Einkommen, der Religionszugehörigkeit, der Herkunft, der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung und der Staatsbürgerschaft, müssen geschützt werden, wenn ihnen Gefahr droht!

Für uns, für die rot-grüne Regierung, ist die Umsetzung des Rechts auf ein Leben ohne Gewalt eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Gewalt ist nicht privat. Wir sehen es als Aufgabe der gesamten Gesellschaft, Opfer zu schützen, ihnen Auswege zu eröffnen, die Täter zur Verantwortung zu ziehen und die Ursachen zu beseitigen. Wir kämpfen für selbstbestimmte, freie und unabhängige Frauen. Kämpfen Sie mit uns für die Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen der Gesellschaft! - Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Schütz. Ich erteile es ihr.

GRin Angela **Schütz** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ja, das war Hardcore, echter Hardcore! *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Also zu meiner Vorrednerin möchte ich nur so viel sagen: Die Einstellung Frauen gegenüber finde ich frauenverachtend, und ich kann nicht einen Punkt finden, den ich teilen möchte. Ich weiß nicht, in was für Kreisen die Kollegin verkehrt, um diese Wortmeldungen, die sie da von sich gegeben hat, permanent zu hören und so eine verhärmte Position einzunehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nun zum Rechnungsabschluss. - Eine bekannte Persönlichkeit hat einmal gesagt, jede Stadt bekommt die Regierung, die sie verdient. Nun, wenn ich mir den Rechnungsabschluss der Stadt Wien so ansehe - und der ist die in Zahlen gegossene Politik der Regierungsfraktion -, dann kann ich nur sagen, oder ich bin mir sogar ganz sicher, dass die Wienerinnen und Wiener diese Regierung nicht verdient haben: Schulden, wohin man blickt!

Unsere Wiener Stadtregierung ist im Schuldenmachen und im Verteilen von Budgetmitteln in Form von Subventionen an Günstlinge ebenso kreativ

wie bei der Versorgung von Ex-Politikkollegen, Ex-Mitarbeitern und deren Angehörigen.

In wirtschaftlich schwierigen Situationen sollte die Stadt Wien investieren - aber nicht in Vereine und Liebkinder, um die grüne Partnerschaft bei Laune zu halten! Gerade in der Geschäftsgruppe für Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal könnte eine große Summe an Subventionsmitteln eingespart werden, die für wichtige Investitionen in alle WienerInnen verwendet werden könnten.

Die Subventionspolitik der Stadt Wien entpuppt sich als Schlaraffenland für Rot-Grün, hier wird von den rot-grünen Günstlingen ungeniert abkassiert. Wir investieren in Vereine, die abhängige Versorgungsposten schaffen, um eine kleine Klientel zu versorgen, die ohne Subventionen von Bund, Land und EU nicht existieren könnte. Die Mehrheit der Wienerinnen und auch der Wiener hat von diesen Investitionen nichts. Da sind wir nämlich im Unterschied zu den GRÜNEN für die Absicherung von Frauen und nicht von Fraueneinrichtungen und -vereinen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wien leistet sich für einen kleinen Teil der Wiener Bevölkerung eine Millionenunsumme an Subventionen für unterschiedlichste Vereine und Plattformen, die Kinderbetreuung und Deutschkurse wie „Mama lernt Deutsch“ sowie Migrationsberatung inklusive Rechts-, Pensions-, psychologischer, Ehe- und, man vergesse vor allem nicht, Gewaltberatung für diese Klientel anbieten.

Was mich jetzt wirklich erstaunt hat, war, dass die GRÜNEN offen zugegeben haben, dass offensichtlich diese Klientel gewaltbereiter ist als woanders und dass Gewalt dort an der Tagesordnung steht. *(Beifall bei der FPÖ.)* Genau das ist vorhin wörtlich gesagt worden! Bis jetzt sind wir für diese Aussage immer geprügelte worden, und es hat stets geheißt: Das ist überhaupt nicht wahr, die sind gar nicht gewaltbereit.

Wir subventionieren auch, weil es uns solchen Spaß macht, sehr viele Projekte im Ausland, von denen die Bevölkerung hier gar nichts hat. Viele dieser Personen tragen von sich aus nichts zur Integration bei, das kann man täglich in Tageszeitungen wie „Krone“, „Heute“ und „Österreich“ lesen, nämlich auch über die Gewalt.

Leider sind die Angaben, die in einer Einnahmen- und Ausgabenstatistik von Subventionen an die Vereine vorliegen, nicht immer eindeutig nachvollziehbar. Es erfolgen auch unterschiedliche Angaben an unterschiedliche Magistratsabteilungen, wie wir das bei „Birlikte Ögrenelim“ aufgezeigt haben. Auch subventioniert die Stadt Wien gerne Vereine, die die Aufgaben der Stadt Wien oder die des AMS oder auch anderer Organisationen übernehmen, was auch nicht der Sinn und Zweck sein sollte.

Dieser Tage haben wir auch den Frauengesundheitsbericht in der Hand gehabt, eine schöne Broschüre, die sich mit vielen Bildern hübsch anschauen lässt, sicher auch sehr viel gekostet hat in der Herstellung, ganz auf Hochglanz. Aber auch da wird sehr viel nur für einen einzigen Bereich gemacht und nichts für alle Wienerinnen, als ob wir in Wien nicht

selber genug soziale Ungerechtigkeit hätten. Nein, wir investieren fast ausschließlich in Migrationsgesundheitsprojekte, forcieren diese und fördern sie!

Gerade im Bereich der Frauengesundheit könnte man echte Integrationsarbeit leisten, wenn man das wollen würde. Stattdessen macht man streng getrennt Politik für eine Klientel und dann auch noch ein bisschen was für die Wienerinnen, statt dass man die zusammen tut.

Auch beim Personal liegt einiges im Argen, hier wird nämlich die größte Budgetkosmetik betrieben. Da spricht man von Strukturreformen und von Verwaltungsreformen - wir haben davon heute schon gehört - sowie von sinkenden Personalkosten. In der Stadt Wien wird einfach elegant ausgegliedert, damit diese Bereiche nicht mehr der Kontrolle und Einsicht der Opposition unterliegen. Und wie schaut es wirklich aus mit den sinkenden Personalkosten und der Verwaltungsreform? Wir sind weit weg von Reformen, wir sind weit weg von einem sinkenden Personalstand!

Es gibt in der Stadt Wien auch eine Besonderheit, ein - ich nenne es einmal so - Belohnungs- und Bestrafungssystem, das die Roten ganz gerne haben, nämlich den Nebengebührenkatalog. Wer sich in der Stadt Wien ruhig verhält, nicht auffällt und ein braver Genosse ist, der erhält zusätzliche Aufgaben, die vergütet werden. Wer nicht passt, dem stellt man die Rute ins Fenster (*GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Wie der Schelm denkt ...*) und sagt ihm dann, dass man für seinen Aufgabenbereich nicht garantieren kann und er daher seine Zulagen verlieren wird.

Dieses System ist nicht fair und teils veraltet. Zum Teil gibt es Zulagen - viele auch nicht pensionswirksam -, die der eigentlichen Aufgabe entsprechen, auf die der Dienstvertrag läuft. Die Zulagen machen ein Drittel des Gehaltes aus oder bis zu einem Drittel, vielleicht ein bisschen mehr, statt dass man den Leuten gleich ein entsprechend hohes fixes und vor allem pensionswirksames Gehalt zahlt. (*GR Karlheinz Hora: Wie war denn das beim Bund?*)

Wenn man sich die Pensionierungen von Amts wegen so ansieht, könnte man auch den Eindruck gewinnen, dass das Arbeiten bei der Stadt Wien depressiv macht. Viele Mitarbeiter wären eingeschränkt arbeitsfähig, und was für sie auch wichtig wäre: Sie würden damit gebraucht werden. Aber in den Magistratsabteilungen der Stadt Wien findet man immer eine Ausrede, warum der Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin im eigenen Geschäftsbereich nicht benötigt wird und daher pensioniert werden muss.

Angeblich ist der Personalstand der Stadt Wien um 705 Dienstposten gesunken. Was wir wirklich sehen, ist, dass im Magistrat 8 zusätzliche, lukrative Dienstposten geschaffen wurden, wo vor allem die GRÜNEN Spitzenreiter bei der Versorgung ihrer ehemaligen Mitarbeiter sowie ihrer nicht zum Zug gekommenen Mandatäre sind. Bei Wiener Wohnen haben Sie sogar 16 neue Dienstposten geschaffen. Wo ist dann also abgebaut worden? Wo ist der Personalstand um diese

705 Dienstposten gesunken?

Na ja, im KAV, im Krankenanstaltenverbund spricht man von einer budgetwirksamen Personalreduktion von rund 600 Mitarbeitern. Wenn man sich das genauer anschaut, dann stellt man übrigens fest - wie es auch der Rechnungshof gemacht hat -, dass diese Personen zwar abgebaut wurden, auf der anderen Seite aber über Leiharbeitsfirmen wieder eingekauft wurden. Das heißt, statt Stammpersonal gibt es Leihpersonal, und damit sind die Kosten nicht mehr in den Personalkosten enthalten, sondern die Kosten verschwinden in den Sachaufwand.

Das wird wohl als echter Wiener Schmääh bezeichnet, aber so wird in der Stadt Wien gearbeitet! Dieser Form des Sozialabbaus bei einer zunehmenden Belastung von Mitarbeitern können wir nichts abgewinnen. Das werden wir nicht unterstützen.

Das gilt auch für die Kettenverträge, mit denen die Stadt Wien keine Probleme hat. Na, da wird befristet, und dann wird eben einfach verlängert, so oft man möchte. Vielleicht sollte die rot-grüne Stadtregierung weniger lukrative Versorgungsposten - wie zum Beispiel an die Sprecherin des KAV, inklusive Krankenhaus Wien Nord - vergeben und endlich eine Strukturreform angehen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es wird Zeit, die Organisationsstrukturen des Wiener Magistrats und vor allem die Führungshierarchien zu durchforsten und zu reduzieren sowie Einkommensobergrenzen zu schaffen. Es kann nicht angehen, dass man extra für den Koalitionspartner neue Abteilungen zur Versorgung sowie Phantombereiche schafft, die mit einigen Hunderttausend Euro pro Jahr dotiert sind, damit die GRÜNEN zu allem Ja und Amen sagen.

Auf der anderen Seite wird aber beim Bürger über steigende Gebühren abkassiert, um die entstandenen Budgetlöcher zu sanieren. Diese Politik geht auf Kosten von Kleinverdienern - das haben wir heute schon gehört -, die im Monat rund 50 EUR weniger im Börsel haben und sich zum Teil auch verschulden, was wiederum die Kaufkraft schwächt und der Wiener Wirtschaft schadet.

Wir wollen, dass unsere schöne Stadt, die unter dieser Stadtregierung zum Schlusslicht in Bezug auf Beschäftigung, Lehrlingsbeschäftigung, Insolvenzen, Kaufkraft, Wettbewerb und Wirtschaftsstandort geworden ist, wieder an die Spitze kommt. Diese Form von Spekulation und Schuldenpolitik sowie die Budgetkosmetik, wie sie von Rot-Grün in Wien betrieben werden, werden wir Freiheitliche nicht unterstützen! Daher werden wir diesen Rechnungsabschluss ablehnen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Hursky. Ich erteile es ihm.

GR Christian **Hursky** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Werte Kolleginnen und werte Kollegen! Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Es ist immer schön, wenn wir in diesem umfangreichen Ressort auf die großartigen Erfolge zu sprechen kommen. Ich würde gleich einmal mit dem

Personal beginnen, weil es eigentlich auch als Letztes von der Kollegin Schütz erwähnt worden ist. Ich denke, das Personal der Stadt Wien ist das Wichtigste, es ist das Rückgrat dieser Stadt. Ich darf auf diesem Weg allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt wirklich auf das Allerherzlichste für ihre Leistungen danken, und ich glaube, dafür gebührt ihnen auf alle Fälle ein großer Applaus, denn sie sind unsere wichtigsten Leute! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Kollegin Schütz spricht auf der einen Seite vom Sinken von Personalkosten. Sinken von Personalkosten ist entweder damit verbunden, dass ich den Menschen weniger Geld zur Verfügung stelle, oder auf der anderen Seite damit verbunden, dass ich Stellen und Planposten abbaue. Ist es das, was wir wollen?

Ich glaube nicht, dass es das ist, was ist wollen. Denn sehr, sehr viele Kolleginnen und Kollegen der Stadt Wien arbeiten im Dienstleistungsbereich, und ich denke, dass es nicht in unserem Sinne ist, dass wir zum Beispiel im Krankenanstaltenverbund Personal abbauen. Nein, wir wollen dort ausreichend Krankenschwestern, Pflegerinnen und Pfleger haben, wir wollen dort ausreichend Ärztinnen und Ärzte haben. Wir wollen auch genügend Leute in der Müllabfuhr haben. Das ist, glaube ich, das Wichtigste, was wir brauchen, dass diese Stadt funktioniert: gute, motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Was wollen wir dazu leisten? Wir als Stadt Wien bilden Lehrlinge aus; ich glaube, das ist eine der ganz, ganz wichtigen und essenziellen Sachen, dass wir hier bereits um Qualität bemüht sind. Wir sorgen auch dafür, dass es entsprechende Weiterbildung im Personal gibt. Und wir sorgen dafür, dass wir für jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die es mit der Gesundheit Probleme gibt, auch künftig entsprechende Programme zur Verfügung stellen, dass wir die Kolleginnen und Kollegen möglichst lange im Betrieb halten können. Ich darf nur vorstellen, es hat vor wenigen Monaten von der MA 3 eine hervorragende Präsentation zu diesem Thema gegeben. Dafür auch herzlichen Dank an die MA 3! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Kommen wir zu einem anderen wichtigen Thema: Das ist Integration. Ich glaube, darauf kann man hinweisen, dass zum Beispiel „Start Wien“ - um es hier als Projekt zu nennen - einer der ganz, ganz großen Erfolge dieser Stadt ist. Der Integrationsstaatssekretär Kurz nimmt es ja auch wieder als Beispiel, er empfiehlt es auch anderen Bundesländern. Ich sage, ich bin sehr dankbar dafür, dass er diesen Ball aufgenommen hat und weitergibt, denn er leistet auch in diesem Bereich eine gute Arbeit. Man soll das auch einmal von dieser Stelle aus sagen: Er unterstützt unsere Wiener Politik in der Richtung sehr, sehr gut, und dafür gebührt auch ihm der entsprechende Dank.

Was haben wir bei „Start Wien“ alles drinnen? Wir haben einen Bildungspass für Menschen, die zu uns kommen. Er betrifft ja nicht nur Menschen, die aus sogenannten Drittstaaten kommen, nein, auch für Menschen, die aus Polen kommen, auch für Menschen, die zum Beispiel aus Bulgarien kommen, ist dieses

Angebot ganz, ganz wichtig. Wir erklären ihnen den Integrationsvertrag, auch eine ganz, ganz wichtige Sache, dass die Menschen wissen, worauf sie sich einlassen, wenn sie nach Österreich kommen. Wir suchen gemeinsam nach passenden Deutschkursen - das ist ja wichtig für die FPÖ -, wir geben ihnen auch entsprechend Sprachgutscheine. Ich glaube, das ist eine richtige Sache, hier einen entsprechenden Anstoß zu geben.

Man sieht ja auch, dass die anderen Parteien an der Arbeit der Stadt Wien teilhaben. Wenn wir vorige Woche das Fest für die neuen WienerInnen besucht haben, wo unsere neuen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger da waren, sind auch die Vertreterinnen und Vertreter der FPÖ dagewesen. Sie sind ja nicht nur dagewesen, damit sie ein kleines Bier trinken und feiern, nehme ich an, sondern dass sie auch an den großartigen Erfolgen, die die Stadt hier hat, teilnehmen können.

Auch an andere Feste denke ich, wie vorige Woche „Wir in Favoriten“, wo verschiedenen Vereine ausgestellt haben, ein Fest, das von der MA 17 organisiert wurde. Verschiedene Vereine haben ausgestellt, verschiedene Kulturen waren da, egal, ob es ein Schachverein war, egal, ob es ein Kegelerverein, egal, ob es ein türkischer oder anderer migrantischer Verein war, die sich dort präsentiert haben.

Ich glaube, das ist eine wichtige Sache, wo wir versuchen werden, gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Gemeinsam die Zukunft zu gestalten - der Kollege Jung hat ja die Wiener Charta angesprochen. Die Wiener Charta ist durchaus ein Erfolg. Ich habe selbst eine Charta-Gruppe gehabt, wo ich dabei war: 37 Personen, die wirklich in eineinhalb, zwei Stunden eifrigst mitgearbeitet haben, um hier etwas zu verbessern. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, unser Zug ist vorwärts gerichtet. Ich habe einmal in einem Zwischenruf gesagt, euer Zug ist 1945 stehen geblieben. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Ich muss leider feststellen, er rollt wieder, euer Zug, aber in die verkehrte Richtung! Nach dem, was ich mir heute angehört habe, rollt dieser Zug verkehrt ins finstere Mittelalter.

Zum Schluss darf ich noch auf den Antrag der ÖVP eingehen, der ganz am Anfang gekommen ist. Er betrifft die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Wien und wurde von Kollegin Feldmann eingebracht, sie hat dazu gesprochen. Ich denke mir, es ist im Grunde genommen ein wichtiger, richtiger Antrag in dieser Richtung, aber ich glaube, dass gerade die Stadt Wien hier bereits einiges getan hat und einiges tut.

Habe ich vor eineinhalb Jahren die MA 54 herausgeplückt und sie besonders gelobt für den Einkauf, darf ich diesmal die MA 63 aus dieser großen Gruppe herausplücken. Es geht nicht nur um das Wiener Dienstleistungsgesetz, das wir haben, das habe ich in der Rede zur EU schon erwähnt. „Gewerbe-Online“: Dafür hat die Stadt Wien einen internationalen Preis gewonnen, und unter zig Ländern sind wir hier als Erste herausgegangen.

Ich glaube, wir können hier sehen, dass die Stadt Wien eine lebendige Stadt ist, mit wertvollen, guten

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich bitte Sie, diesen Weg mitzugehen, diesem Rechnungsabschluss ebenfalls zuzustimmen und dieser Stadt nicht irgendwo in Finsternis und Dunkelheit zu begegnen, sondern sehen Sie die Stadt als schöne Stadt, als bunte Stadt! - Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Hebein. Ich erteile es ihr.

GRin Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Werte Frau Vorsitzende! Werte Frau Stadträtin!

Ich habe mich kurz gemeldet, weil man zwei Bereiche nicht so stehen lassen kann. Und zwar an die FPÖ gerichtet: Man muss sich vor Frauen, die stark sind, die für Gleichberechtigung kämpfen, die eine Haltung zeigen, nicht fürchten. *(GR Mag Wolfgang Jung: Eh nicht!)* Alles ist gut! Wenn die Frau Kollegin, meine Kollegin Martina, hier Stärke und Haltung zeigt, müssen Sie nicht mit Frauenverachtung reagieren. Respekt meiner Kollegin! *(GR Mag Dietbert Kowarik: Wenn so etwas Stärke ist ...)*

Das Zweite ist, wo ich mir schon denke, da ist weder Zynismus noch Verachtung angebracht: Das ist, wo wir über das Thema Gewalt sprechen. Frau GRin Schütz, Sie haben offensichtlich nicht verstanden, was meine Kollegin gemeint hat. Sie hat davon gesprochen, dass es Frauen gibt, die der Gewalt von Männern ausgesetzt sind. Die gibt es, hoffentlich werden Sie das nicht in Frage stellen. Und wenn es zusätzlich noch so ist, dass sie abhängig ist vom Aufenthaltstitel, weil der an den Mann gekoppelt ist, ist das eine zusätzliche Gefährdung für die Frau. Ich finde, das ist kein Grund, sich hier köstlich darüber zu amüsieren. - Das wäre der zweite Punkt, der mir sehr wichtig war.

Der dritte noch an Frau GRin Feldmann von der ÖVP: Natürlich haben Sie recht, wenn Sie hier stehen und darüber sprechen, dass wir viele Menschen in Wien haben, die armutsgefährdet sind. Sie haben auch recht, wenn Sie von den Alleinerzieherinnen sprechen, die besonders armutsgefährdet sind, oder auch Mehrfachfamilien.

Insofern - denn das kann man einfach nicht so stehen lassen - muss ich Sie auf den Widerspruch der ÖVP aufmerksam machen. Wenn Ihnen das ein Anliegen ist, die Armut zu bekämpfen, lade ich Sie herzlich ein, wirklich herzlich ein, uns zu unterstützen, gemeinsam für eine Umverteilungspolitik zu kämpfen, lade ich Sie herzlich ein, einer Kindermindestsicherung zuzustimmen. Aber es nützt nichts, wenn Sie hier nur davon reden, wie die Situation ist, und in dem Augenblick, wo Sie einen Beitrag leisten können, in völligen Widerspruch zu Ihrer ÖVP-Politik kommen.

Der letzte Punkt betrifft das Prostitutionsgesetz. Wir haben vor einem Jahr sehr heftig darüber diskutiert, wir haben das ganze letzte Jahr sehr emotional darüber diskutiert. Ich halte fest, dass eine Sprachlosigkeit bei den Oppositionsparteien eingetreten ist - das ist gut so!

Wir haben gemeinsam mit der Stadträtin beschlossen und uns vorgenommen, dass wir die Situation der Betroffenen verbessern. Wir haben die Situation der AnrainerInnen verbessert. Wir haben auch erhöhte

Sicherheitsmaßnahmen für die SexarbeiterInnen beziehungsweise Prostituierten getroffen. Es gibt jetzt tatsächlich Entwicklungen, die in die richtige Richtung gehen, und ich möchte diese auch festhalten, einmal in einer Diskussion, die nicht emotional verläuft.

Wir haben bei der Erstberatung bei der Polizei ein Gutscheinsystem eingeführt. Das heißt, jede Frau, die sich meldet, erhält einen Gutschein für eine NGO-Beratung. Das wird massiv angenommen! Dadurch erhalten die BeraterInnen Zugang zu den Frauen, können die Situation besser einschätzen und die Frauen besser unterstützen.

Wir haben Informationen in unterschiedlichen Sprachen. Wir fördern jetzt kleinere Betriebe durch das Genehmigungsverfahren - wir unterscheiden hier zwischen kleinen und größeren -, auch ein Beitrag, damit die Frauen sicherer arbeiten können.

Wir haben ein Steuerungsteam, wo am Tisch sitzen die Kriminalpolizei, die Polizei, NGO-VertreterInnen und Magistratsbeamte/-beamtinnen, die gemeinsam überlegen: Wie entwickelt sich die Umsetzung des Gesetzes? Was müssen wir noch tun? Was können wir noch tun? - Das ist eine gute Sache.

Grundsätzlich haben wir vor einem Jahr immer wieder diskutiert - das wird leider vergessen -, dass Prostitution gleich Menschenhandel ist. Inzwischen differenzieren wir, inzwischen sagen wir: Es gibt den Menschenhandel, hier wollen wir, dass die Kriminalpolizei mehr Ressourcen erhält. Wir wollen, dass es möglich ist, dass die Kriminalpolizei besser Vertrauen zu den Frauen aufbauen kann, die natürlich mit der Polizei nur durch Strafen konfrontiert sind.

Wir haben hier auch einige Ideen, dass Frauen, wenn sie aussagen wollen, eventuell Arbeitsmöglichkeiten erhalten - eine Palette an Überlegungen, was den Bereich Menschenhandel anlangt. Und wir haben es in der Sexarbeit zumindest geschafft, dass diese würdelosen Anmeldungen/Abmeldungen bei der Polizei, Unterbrechungen/Urlaubsanmeldungen beendet sind. Das war den Frauen wichtig. Das heißt, auch kleine Schritte sind hier passiert, die wichtig sind.

Ein Punkt ist natürlich noch offen. Das heißt, wir haben noch zu wenig genügend sichere Bereiche für die Straßenprostitution. Auch dafür werden wir uns weiter bemühen. Das halten wir für entscheidend, denn Rot-Grün hat sich dafür entschieden, Frauen nicht zu verdrängen, Frauen nicht zu kriminalisieren. Insofern kann man nach einem Jahr definitiv sagen: ein Schritt in die richtige Richtung! - Vielen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Geschäftsgruppe vor. Frau StRin Frauenberger hat das Schlusswort. - Bitte.

Amts StRin Sandra **Frauenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Herzlichen Dank für Ihre Beiträge zur Geschäftsgruppe! Einer Geschäftsgruppe, die wirklich aus sehr, sehr vielen Bereichen besteht und in der kontroversielle Auseinandersetzungen eigentlich vorprogrammiert sind.

Nur, da muss man schon auch sehen, dass es in Europa wohl keine einzige Metropole gibt, wo nicht das Thema der Zuwanderung und der Integration an der Tagesordnung und an der Spitze der öffentlichen Debatte steht. Meistens werden diese Debatten auch sehr, sehr emotional geführt. Genau aus diesem Grund geht es uns ganz stark um Versachlichung, geht es uns um Versachlichung auch von Bildern, die immer wieder geschürt werden und wo ich immer wieder merke, dass es sehr kontinuierlich den Versuch gibt, Ressentiments und Vorurteile weiter zu bedienen, weiter in unserer Debatte hier auch einzubringen, auch hier gerade mit Bildern einzubringen.

Das ist heute auch wieder passiert, indem ganz stark auf das Thema Zuwanderung, Integration und Kriminalität fokussiert wurde. Da möchte ich gerne sagen, es wird niemanden in dieser Debatte weiterbringen, wenn wir ewig und immer diese Verquickung mit Sicherheit und Kriminalität selbst herbeiführen. Ich glaube, erfolgreich wird diese Stadt dann sein, wenn sie auf die Vielfalt setzt, wenn sie sich letztendlich auch dagegen ausspricht, permanent aus der Defizitlage heraus zu diskutieren, und wenn wir dieses Thema sachlich, aber anhand von Potenzial und Vielfalt letztendlich abhandeln.

Wir bemühen uns darum, und genauso ist es auch wichtig, darzustellen, dass sich natürlich auch 2011 viel getan hat in der gesamten Ab- und Zuwanderung in unserer Stadt. Hier auch zur Versachlichung dargestellt: Die Abwanderung von Wien steigt, die Zuwanderung sinkt, das heißt, wir haben einen absolut veränderten Saldo. Und die Zuwanderung, mit der wir konfrontiert sind, die unsere große Herausforderung ist, kommt aus der Europäischen Union. Die Spitzenreiter sind da im Übrigen auch im Jahr 2011 einmal mehr die Deutschen gewesen.

Ohne Zweifel ist es so, dass wir uns auch damit auseinandergesetzt haben, gerade zur Versachlichung den Weg über die Zuwanderungskommission gewählt haben, die auch die Wanderungs- und Migrationsströme ganz genau beleuchtet hat und gemeint hat: Wir müssen uns der EU-Zuwanderung widmen. Das müssen wir auf der einen Seite strukturell und organisatorisch im Einwanderungsbereich der MA 35. Das müssen wir aber auf der anderen Seite auch in unseren integrationspolitischen Maßnahmen. Daher haben wir die von GR Hursky dargestellten Programme in „Start Wien“ im Jahr 2011 auch ausgedehnt auf die EU-BürgerInnen.

Es geht um den Wettbewerb der besten Hände und Köpfe, so wie wir ihn immer beschreiben, und dafür hat die Zuwanderungskommission gut gearbeitet. Sie wird ja auch von drei Parteien in diesem Haus getragen. Sie hat einige Maßnahmenpakete geschnürt, die wir gerade sehr, wie soll ich sagen, konstruktiv, aber auch vehement abarbeiten. Und sie wird sich gerade auch im heurigen Sommer weiter damit auseinandersetzen, welche Maßnahmen die Stadt setzen soll.

Was im Zusammenhang mit der Versachlichung und der Zuwanderungskommission vielleicht auch noch erwähnt sein soll, ist, dass wir natürlich auch immer mit

den rechtlichen Fragen des Niederlassungs- und Aufenthaltsrechtes und des Staatsbürgerschaftsrechtes konfrontiert sind. Hier fordert die Stadt den Bund auf, ein modernes Zuwanderungsgesetz zu gestalten, endlich das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz entsprechend zu novellieren, wie es damals auch zugesagt wurde.

Warum wollen wir das? Uns geht es einfach darum, dass wir ein Niederlassungs- und Aufenthaltsrecht haben, das auf der einen Seite sehr transparent und nachvollziehbar ist für alle, egal, ob sie zugewandert sind oder seit Generationen hier in dieser Stadt leben. Ein modernes Recht, das nicht nur transparent ist, sondern das auch eine Haltung einer Stadt, eines Landes zeigt, nämlich letztendlich auch eine Willkommenskultur widerspiegelt und nicht allen signalisiert - egal, ob sie schon länger hier leben, auch schon hier arbeiten und sich hier voll eingebracht haben -, dass sie bestenfalls geduldet sind. Auch das verstehe ich entsprechend unter Versachlichung.

Weiters zur Versachlichung möchte ich gerne sagen - und da werden Sie über 2 000 Wienerinnen und Wiener, ich glaube, es sind mittlerweile schon fast 3 000, um da bei den aktuellen Zahlen zu sein, über 300 PartnerInnen davon überzeugen -, dass dieses Projekt der Wiener Charta ein sehr erfolgreiches ist. Wir haben es nicht abgeschlossen, es ist ein Projekt des Jahres 2012, aber lassen Sie mich auch hier beim Rechnungsabschluss 2011 dazu sagen, dass wir uns in der Stadt natürlich sehr intensiv damit auseinandergesetzt haben: Wie kann denn das Zusammenleben in dieser Stadt gut funktionieren? Wie können auch die Wienerinnen und Wiener im Dialog einen Beitrag dazu leisten, konstruktiv dazu leisten, dass sich das Zusammenleben letztendlich wertschätzend und respektvoll gestalten kann?

Es ist daher ein ganz großes Solidaritätsprojekt, und es ist ein Projekt, an dem sich sehr, sehr viele Menschen beteiligen: 227 Gruppen, über 100 noch weitere sind angemeldet, bis zum 14. Oktober können die Wienerinnen und Wiener sich einbringen. Das tun sie auch, und am spannendsten sind die Debatten, wo Gruppen zusammenkommen, die sehr wohl sehr unterschiedliche Interessen mitbringen in der Auseinandersetzung zu den einzelnen Themen, die wir in der Charta ausgewählt haben. Das sind sowohl Gruppen, wo Debatten stattfinden zwischen den Generationen, aber es sind selbstverständlich auch Gruppen, wo Debatten stattfinden zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund und deren Bedürfnissen. Und das Schöne ist: Die liegen gar nicht so weit auseinander, weil es eben einfach um Respekt und um Wertschätzung geht.

Daher ist dieses Projekt ein sehr, sehr erfolgreiches Projekt, weil es eben auf einer ganz anderen Haltung basiert. Denn das kann man sagen in der Integrationspolitik, dass wir den Herausforderungen im Umgang mit diesem Thema gut gewachsen sind und dass wir nicht nur hier in Wien sehr konsequent arbeiten und uns gut gerüstet haben. Wir haben hier in Wien auch eine gute Expertise aufgebaut, und wir wissen, nicht nur

der Bund und die einzelnen Länder schauen auf uns, sondern wir werden auch gehört, und auf uns schaut man in ganz Europa.

Da möchte ich abschließend vielleicht noch einmal einfach dieses integrationspolitische Ziel der Stadt darstellen, wo ich glaube: Lässt man einmal die Versachlichung siegen, würden wir uns in diesem Haus wahrscheinlich auch alle auf dieses integrationspolitische Ziel einigen können, weil es einfach darum geht, dass Menschen in Wien respektvoll zusammenleben und eine gemeinsame Sprache sprechen - was aber nicht ausschließt, dass wir ganz stark auf Mehrsprachigkeit setzen -, aber diese gemeinsame Sprache sprechen, und das Ganze getragen von einer ganz, ganz klaren Haltung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. So fahren wir in der Integrationspolitik, und so werden wir sie auch in der Zukunft fortsetzen.

Eine klare Haltung haben wir auch im Bereich der Gleichstellungspolitik. Hier wurde ja heute auch schon eine Auseinandersetzung geführt, die ich vielleicht noch um eine andere Sichtweise ergänzen möchte. Zum Beispiel haben wir in dieser Stadt mittlerweile sehr, sehr viele Frauen, die von sich behaupten können, eine Quotenfrau zu sein. Dieses Wort, diese Bezeichnung wird ja auch meistens eigentlich dafür verwendet, etwas schlechtzureden, Frauen herunterzumachen, und geht nicht davon aus, worum es eigentlich wirklich geht.

Ich sage, Frauen können in dieser Stadt stolz sagen, dass sie eine Quotenfrau sind! Denn sie sind qualifiziert und haben mittlerweile die gläsernen Decken durchstoßen und sind durch die gelebte Frauenförderung, die wir in dieser Stadt haben, weitergekommen. Das ist gut so! Ohne die Quote hätten wir nicht den Fortschritt erzielen können, dass wir von 5 Prozent auf 36 Prozent weibliche Führungskräfte gekommen wären, und das mit top-top-qualifizierten Frauen.

Das verstehe ich unter einer nachhaltigen Gleichstellungspolitik. Und da möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir vor einem Jahr hier in diesem Haus auch die neue Verankerung der Gleichstellungsbeauftragten sowie das neue Gleichstellungsprogramm beschlossen haben, an dem wir sehr konsequent arbeiten und wo demnächst auch ein erster Bericht vorliegen wird.

Wenn es um Nachhaltigkeit in der Frauenförderung und in der Gleichstellungspolitik geht, dann geht es natürlich auf der einen Seite um das Fördern und das Initiieren von einzelnen konkreten Projekten und Maßnahmen. Aber es geht natürlich auch darum, hier in der Verwaltung als Stadt entsprechende Zeichen zu setzen, auch in der Wirtschaft entsprechende Zeichen zu setzen und Betriebe auch zu motivieren, Wienerinnen in ihren Qualifikationen zu fördern, in ihrer Berufstätigkeit zu fördern. Daher haben wir ja die Auftragsvergabe an die betriebliche Frauenförderung gekoppelt, und das ist, denke ich mir, ein sehr, sehr erfolgreiches Projekt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Nur, was mir heute in der Debatte aufgefallen ist, ist, dass wir natürlich, überhaupt in der jüngsten Zeit,

wiederum von einer absoluten Backlash-Auseinandersetzung überschattet werden, möchte ich fast sagen, wo zum Beispiel die Lohn- und Gehaltsschere auf einmal von Maskulinisten hinuntergespielt wird, die sich in öffentlichen Blättern auslassen und darstellen, dass es keine Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern gibt.

Nun, wir wissen, dass diese sehr wohl da sind. Wir wissen aber auch, dass wir uns zum Beispiel im vergangenen Jahr allein beim Equal Pay Day um fünf Tage verbessert haben. Ruhm werden wir erst, wenn wir den 31. Dezember als Equal Pay Day feiern. Aber worum es mir in der Darstellung geht, ist, dass zunehmend eigentlich frauenpolitische Fortschritte und frauenpolitische Errungenschaften eben vom Maskulismus wieder nach hinten gedrängt werden. Das ist eine gesellschaftspolitische Entwicklung, die natürlich ganz eng mit einer wirtschaftlichen Entwicklung im Zusammenhang steht. Genau aus dem Grund gilt es, wachsam zu sein, gilt es, frauenpolitisch wachsam zu sein und hier auch entsprechend dagegenzuhalten.

Es geht darum, dass wir natürlich den Wienerinnen ein Handwerkzeug in die Hand geben, wo jede einzelne in ihrer Berufstätigkeit, in ihrem Frausein, in ihrer Vereinbarkeitsrolle, wie auch immer, entsprechend bestehen kann. Wir haben dafür Gehaltsverhandlungstipps erarbeitet, wir haben ganz viele Gewaltschutzmaßnahmen gemacht, wir arbeiten ganz stark am Thema der Verteilungsgerechtigkeit.

Aber das allein ist auch im frauenpolitischen Sinne nicht ausreichend. Genau aus dem Grund positioniert sich die Stadt ja auch so stark für Frauen und unterstützt Frauen, setzt sich eben für die absolute Gleichstellung ein, damit wir unser frauenpolitisches Ziel, dass Frauen sicher, selbstbestimmt und unabhängig in dieser Stadt leben können, auch erreichen.

Genau aus dem Grund sind dann so Zeitreisende, wie wir sie heute hier erlebt haben, die hierher kommen und ab und an im Jetzt, im 2012er Jahr, ankommen und hier überwuzelte Weltbilder überbringen - genau aus diesem Grund sind diese Zeitreisenden sehr gefährlich! Auch das sind Angriffe: Das sind Angriffe auf bereits Erreichtes, auf bereits erreichte Gleichstellungspolitik *(GR Mag Wolfgang Jung: Zeitreisende Maskulisten!)*, und da gilt es auch, entsprechend frauenpolitisch abzuwehren.

Hier wird mit einem Frauenbild gearbeitet, hier wird ein Frauenbild heraufbeschworen, das zu einem Zeitpunkt unserer dunkelsten Vergangenheit in diesem Land gegolten hat. Das geht nicht! Das ist absolut zu bekämpfen, denn wir haben so viel erreicht, und es entspricht einfach nicht der Realität.

Das entspricht nicht der Realität von Frauen, aber es entspricht auch nicht der Realität von Männern, wenn man hier mit solchen Frauenbildern, wenn man mit solchen Gesellschaftsbildern agiert. Ich muss sagen, ich bin sehr, sehr froh, dass meine Kinder, dass die Kinder dieser Stadt in einer offenen Gesellschaft aufwachsen, in einer Gesellschaft aufwachsen, die frei nach Astrid

Lindgren lebt, wo wir unsere Kinder dazu ermutigen, dass sie sich nicht unterkriegen lassen, dass sie frech sind, dass sie wild sind und dass sie ganz einfach wunderbar sind. Das gilt es, denen, den Zeitreisenden, zu sagen, die willkommen sind zurück in der Zukunft, in der Zukunft unseres Landes, in der Zukunft unserer Stadt! *(Beifall bei SPÖ, GRÜNEN und von GRin Mag Barbara Feldmann.)*

Ich möchte hier vielleicht noch einen Aspekt erwähnen, der heute nicht erwähnt wurde, nämlich den Bereich der IKT, der Informations- und Kommunikationstechnologie in unserer Stadt. Wir haben im vergangenen Jahr wirklich eine BürgerInnenorientierung angefangen. Hier haben wir begonnen, sehr effizient in der Verwaltung daran zu arbeiten, Open Data, Open Government Data umzusetzen. Dazu ist es uns möglich gewesen, einen Wissensaustausch im Dialog mit den Wienerinnen und Wienern zu beginnen.

Was sehr, sehr stolz macht, ist, dass wir mit dieser Open-Data-, Open-Government-Data-Initiative mittlerweile zwei Preise gewonnen haben. Das erzähle ich jetzt auch nicht aus dem politischen Kontext heraus, sondern ganz im Gegenteil im politischen Kontext drinnen, denn in diesem Bereich geht es ganz, ganz massiv um Partizipation. Partizipation, BürgerInnenbeteiligung, das ist ja etwas, auf das hier in unserem Haus alle vier Parteien setzen und das wir auch sehr, sehr engagiert betreiben, weil wir wissen, dass dieser demokratische Austausch, dass diese BürgerInnenbeteiligung ganz essenziell für unsere Stadt ist.

Abschließend zum Thema Personal: Es wurde heute mehrmals gesagt, dass wir 75 000 Bedienstete in 250 unterschiedlichen Berufsfeldern haben. Sehr geehrte Damen und Herren! Diese MitarbeiterInnen übernehmen ständig neue Aufgaben, engagieren sich in dieser Stadt und bemühen sich, dass für die Wienerinnen und Wiener ein bestmögliches Service geleistet wird. Diese MitarbeiterInnen werden jedoch permanent mit Vorwürfen konfrontiert. Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass sie lange krank sind, dass sie zu früh in Pension gehen und dass sie in einem absurden und übervorteilten Gehaltssystem zu Hause sind.

Sehr geehrte Damen und Herren! In aller Kürze zu allen drei Vorwürfen: Vergleichen wir zuerst die Zahlen. – Ja: Die Durchschnittszahlen unserer Krankenstände sind im Vergleich zur Privatwirtschaft höher. Bereinigen wir allerdings die Zahlen um die Langzeitkrankenstände unter unseren Bediensteten, dann sind sie exakt gleich wie jene der Privatwirtschaft, nur mit dem großen Unterschied, dass in der Privatwirtschaft Menschen, die lange krank sind, wahrscheinlich nicht lange in einem Betrieb weiter beschäftigt werden.

Und wenn der Vorwurf kommt, dass das Arbeiten in dieser Stadt krank macht, dann muss ich das ganz massiv zurückweisen. Nein! Arbeiten in dieser Stadt macht nicht krank. Aber wir haben sehr viele Berufsgruppen, die in der Daseinsvorsorge aktiv sind und für die Wienerinnen und Wiener Unglaubliches

leisten, und die dort beschäftigten Menschen können natürlich aus diesem Grund häufig früher ihren Dienst nicht mehr versehen. Wenn man dann aber alle in einen Topf wirft und nicht differenziert, dann wirft das ein Bild auf unsere Gemeindebediensteten, auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das sie sich einfach nicht verdient haben!

Dem wirken wir insofern entgegen, als wir ein ganz tolles betriebliches Gesundheitsförderungsprogramm organisiert haben, das unsere Leute unterstützt und ganz gezielt Maßnahmen gerade in den Bereichen Stress und Burn-out setzt. Auch Depression wurde heute, allerdings mit einer anderen Motivation, schon angesprochen. Es kommt zu Motivationsverlust und sozusagen zu einer inneren Einkehr, weil man die eigene Situation unter Umständen nicht bewältigen kann. All das berücksichtigen wir mit unseren Gesundheitsförderungsmaßnahmen, und das ist gut so.

Weiters kommt immer noch die Forderung: Weg mit dem Nebengebührenkatalog! – Ich wiederhole: Wir haben 75 000 Beschäftigte in 250 verschiedenen Berufsgruppen, und das ist unsere Möglichkeit, in Besoldungsfragen im Sinne einer Feinabstimmung die einzelnen Bedienstetengruppen entsprechend zu belohnen. Ich meine aber, dass das System überarbeitet werden muss, und genau aus diesem Grund haben wir im letzten Jahr in der Landesregierung beschlossen, eine Stärken- und Schwächenanalyse unserer Besoldung in Auftrag zu geben, damit wir dieses Modell entsprechend reformieren können, und diese Studie wird für uns auch der Leitfaden für nächste Schritte sein.

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Stadt für ihr engagiertes Arbeiten ganz herzlich bedanken. Ich möchte ihnen gerade aus diesem Haus zurufen, dass wir ihren Einsatz absolut zu schätzen wissen und dass wir wissen, dass diese Stadt nicht so gut funktionieren würde, wenn nicht jede Einzelne und jeder Einzelne ihren oder seinen Beitrag dazu leisten würde. Das kann nicht genug honoriert werden. Das verdient sich in jedem Fall einen ganz großen Applaus! – Ich sage ein Dankeschön und bitte um Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Wir kommen nun zur Beratung der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport. Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Ing Leeb. Ich erteile es ihr.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Stadtrat! Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Erlauben Sie mir, bevor ich auf das eigentliche Ressort eingehe, noch ein kurzes Wort zu Kollegin Hebein, die jetzt gerade am Hinausgehen ist. Jetzt kommt Sie wieder. – Frau Kollegin Hebein! Sie haben sich bemüßt gefühlt, auf eine Diskrepanz bei der Armutsbekämpfung bei der ÖVP hinzuweisen. Frau Kollegin! Es gibt keine Diskrepanz bei den Aussagen von Frau Feldmann, aber es gibt einen fundamentalen Unterschied, was Sie darunter verstehen und was wir darunter verstehen! Wir werden sicherlich nicht mit Ihnen

in eine Umverteilungsdebatte eintreten. Uns ist es nämlich wichtig, dass diejenigen Leute entsprechend unterstützt werden, die dazu in der Lage sind, selbst Fuß zu fassen und ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Das haben wir bereits am Vormittag besprochen: Deswegen sind wir auch nicht dafür, dass die Mindestsicherung für Kinder erhöht wird. Und wenn sich der Klubobmann der GRÜNEN nicht mehr erinnert, warum wir das abgelehnt haben, dann erinnere ich ihn heute daran, dass wir damals einen Antrag eingebracht haben. Wir gönnen den Kindern alles, aber wir wollen, dass das Geld bei den Kindern ankommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn wir eine Umverteilungsdebatte mit Ihnen führen wollen, dann werden wir irgendwann einmal in dieser Stadt nur mehr Sozialhilfeempfänger haben und keine Menschen, die in das System einzahlen. Das System braucht aber Geld, und besonders bei der Bildung wäre es nötig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich durfte im vergangenen Herbst für die ÖVP in den Bildungsausschuss gehen, und darüber habe ich mich sehr gefreut, weil mir persönlich der Bildungsbereich sehr am Herzen liegt. Wie Sie wissen, komme ich selbst aus einem Unternehmen, bilde aus und habe viel mit jungen Menschen zu tun. Und ich musste feststellen, dass in diesem Bildungsausschuss durchaus ambitionierte Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedensten Fraktionen sitzen, die Grundstimmung aber manchmal unterschiedlich ist.

Rosig schaut es in diesem Ressort nicht aus. Jetzt weiß ich nicht, ob das daran liegt, dass dieses Ressort so groß ist, weil es ja nicht nur um Bildung, sondern auch um Jugend, Sport und Information geht. Es wird da ein wahnsinnig breiter Bogen gespannt, und ich meine, man sollte sich irgendwann, möglichst in Bälde, auch darüber den Kopf zerbrechen, ob es Sinn macht, so viele wichtige Themen in einem Megaressort zusammenzufassen.

Ich habe nämlich sehr bald gemerkt, dass dieses Ressort ein Ressort der offenen Baustellen ist, in dem man wie die Feuerwehr von einem Eck ins andere huscht und dafür sorgt, dass man die größten Flächenbrände löscht. In diesem Ressort fließt wahnsinnig viel Geld in die Reparatur, und das nimmt uns natürlich auch die Kraft, aktiv an Themen heranzugehen. Man ist nur damit beschäftigt, dort, wo die Flammen am lichtesten lodern, zu löschen. Vielleicht liegt es auch daran, dass das Ressort von der Vorgängerin nicht in einem – wie ich jetzt sagen möchte – besonders guten Zustand übergeben wurde.

Herr StR Oxonitsch! Sie sind durchaus ambitioniert an die Arbeit gegangen, aber ich glaube, auf Grund der Fülle der offenen Baustellen ist auch der Ambitionierteste hie und da überfordert! Man versucht hier im Haus seitens der Regierungsverantwortlichen dann gerne, alle möglichen Schuldigen auszumachen, vom Bund angefangen bis zum Papstbesuch und sonstige mögliche Umstände werden hier angeführt. Klar ist aber: Es hat niemals in diesem Haus einen anderen Verantwortlichen gegeben als jemanden, der aus der SPÖ gekommen ist!

Wie schaut nun die grüne Regierungsbeteiligung aus? Welche tollen Neuerungen und ambitionierte Änderungen im Ressort nehmen wir da wahr? – Nicht viel gehört! In einem einzigen Punkt ist Kollegin Wurzer aufgefallen, und das machen die GRÜNEN wirklich gut: Hut ab, wenn es um Lobbying für die eigene Klientel geht! Das einzige Mal, dass ich seit Herbst von Frau Wurzer etwas gehört habe, war, als es ums Amerlinghaus ging. Das Amerlinghaus ist ein höchst erstaunliches Projekt in dieser Stadt. In dieses – ich weiß nicht recht, wie ich es nennen soll – antikapitalistische Projekt sind seit 1974 mehr als 20 Millionen EUR geflossen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Die Summe ist falsch!)* In dieses Theater-, Spaß- und Unterhaltungszentrum sind auf jeden Fall speziell für Ihre Klientel 20 Millionen geflossen. Da haben Sie sich ins Zeug gelegt. Da waren Sie da. Da haben wir von Ihnen gehört. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist unglaublich!)*

Das ist nicht unglaublich! Wir können das gern nachher nachrechnen! Die Summe ist nicht falsch! Es gibt monatliche und jährliche Subventionen, und das ist ein Fass ohne Boden! *(GR Mag Dietbert Kowarik: Herr Kollege Margulies! Haben Sie die Kontrollamtsberichte nicht gelesen? Die können dort doch so gut wirtschaften!)*

Wir werden das aber sicherlich nächstes Jahr wieder im Ausschuss haben. *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)* Natürlich! Aber ich werde mich jetzt mit Ihnen nicht über Zahlen streiten! Und wenn es 17 Millionen sind, dann ist es auch zu viel, denn um 17 Millionen kann man eine Schule bauen.

Dann gibt es noch das Projekt, das sowohl der Herr Stadtrat und als auch Herr Chorherr ... *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.)* Melden Sie sich zu Wort! Stören Sie mich nicht bei meinen Ausführungen! Sie können sich gerne nachmelden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dann gibt es noch das Projekt: Die Schule der Zukunft. – Wahnsinnig toll! Der Herr Stadtrat und Herr Chorherr sind beide urstolz, weil das angeblich ein super zukunftssträchtiges Projekt ist. Die Schule der Zukunft hilft aber den Kindern, die jetzt in der Schule sind, gar nichts. Und wenn man ganz genau hinschaut, ist das nichts Neues. So etwas gibt es an vielen Standorten in dieser Stadt von privaten Betreibern längst. Und wer, bitte, hat Sie daran gehindert, das schon in den letzten Jahren einzusetzen?

Über die Zusammensetzung des Ressorts habe ich schon gesprochen und auch darüber, dass man leicht die Übersicht verlieren kann. Was aber wirklich wunderbar funktioniert – und das war auch gleich ein Anfangserlebnis, das mir fast den Atem geraubt hat, aber man gewöhnt sich daran, weil es ja immer wieder kommt –, das sind die Inseratenkampagnen. Nicht genug damit, dass der PID mit mittlerweile ein bisschen mehr als 50 Millionen angesiedelt wurde. Nein! Jetzt werden noch Sonderinserate geschaltet, um den WienerInnen zum Beispiel mitzuteilen, dass Weihnachten kommt und was man zu Silvester nicht alles in Wien tun kann, und das alles zusätzlich zum PID!

Aber, meine Damen und Herren, interessanterweise nutzen mittlerweile diese Millionen nicht mehr, denn kaum ein Ressort und kaum ein Stadtrat kommt mehr aus den Negativschlagzeilen heraus, insbesondere auch Herr Oxonitsch. Vom Amerlinghaus bis zur Jugendwohlfahrt gibt es Kritik, es gibt zu wenige Lehrer, die Schulsozialarbeit ist mangelhaft, in den Kindergärten gibt es zu wenig Raum, zu wenig Ressourcen und zu wenige PädagogInnen, die Bildungserfolge sind ein Desaster, der Lesetest ist bestenfalls ein hilfloser Versuch,

Das Gleiche gilt für Schulneubauten. Sehr schön! Im März erfolgt die große Ankündigung des Bildungsstadtrates, dass Wien in den nächsten Jahren um 700 Millionen mit PPP-Modellen neue Schulen bauen wird. – Als gelernter Oppositionspolitiker denkt man sich: Super! PPP-Modell klingt modern. Man fragt sich aber: Wer ist der Private, der da mitmacht? Wie soll das funktionieren? Man stellt eine schriftliche Anfrage. Antwort aus dem Stadtratsbüro: Okay, das war einmal eine Absichtserklärung, wir wissen es eigentlich noch nicht so genau. – Unlängst haben wir jetzt – und das finde ich ganz besonders schmackhaft – 11 Millionen im Bildungsausschuss für Beraterhonorare beschlossen, um überhaupt herauszufinden, ob es möglich ist, im Bildungsbereich PPP-Modelle in Wien umzusetzen. 11 Millionen! – Um 11 Millionen baue ich eine Schule.

Bauen und die Bauten sind ein eigenes Kapitel. Ich habe nicht damit gerechnet, dass ich so viel mit dem Bauen zu tun haben werde. Aber das Erste, was mir gleich einmal entgegengesprungen ist, war die Art und Weise, wie man mit dem Geld umgeht, das in Schulneubauten und -renovierungen investiert wird. Da kommt dann zum Beispiel ein Akt daher, gemäß welchem Brandschutzmaßnahmen gleich einmal das Doppelte kosten, obwohl es ein Brandschutzgutachten gegeben hat. – Verzeihen Sie mir daher den despektierlichen Ausdruck, aber wie in diesem Ressort mit dem Geld umgegangen wird, das kann man wirklich nur mehr als „Wurstpudelmentalität“ nach dem Motto bezeichnen: Darf's ein bisserl mehr sein?!

Und das hat ja auch keine Konsequenzen. Seit Jahr und Tag wird nach dem gleichen Muster agiert, bestenfalls springen hie und da ein Stadtrat oder eine Stadträtin über die Klinge. Meist muss dann in der zweiten Reihe jemand den Platz räumen. Aber am System ändert sich nichts, und wenn man das hinterfragt, dann heißt es erstens, irgendetwas muss man ja beschließen. Und zweitens – und das habe ich besonders gern – wird gesagt, das haben wir immer schon so gemacht. – Wie man sieht, haben Sie damit offensichtlich durchschlagenden Erfolg! Manfred Juraczka hat es am Vormittag aufgezählt: Prater-Vorplatz, Zentralfeuerwache, Ronacher. All das funktioniert nach dem gleichen „erfolgreichen“ Muster.

Wir reden heute übers Geld, und da sage ich Ihnen eines: Sparen bedeutet nicht, dass man sich gewisse Dinge nicht mehr leistet, sondern Sparen und Reformieren bedeuten auch, dass man eingefahrene, nicht funktionierende Strukturen hinterfragt und

überhaupt einmal schaut, warum es eigentlich nicht funktioniert.

Es wird Sie nicht wundern, dass ich gerade in diesem Zusammenhang auf das Thema Stadthallenbad zu sprechen komme, wobei ich diesbezüglich eigentlich gar nicht in die Tiefe gehen möchte, denn ich denke, es ist schade, das Pulver hier heute zu verschießen, weil wir ja noch Gelegenheit haben werden, das Ganze einmal ganz genau zu beleuchten. Aber an diesem Beispiel sieht man ganz genau, dass man sich in dieser Stadt niemals die Mühe nimmt, sich genau anzuschauen, wie es besser gehen kann. Nein! Wenn es dann brennt, stellt man sich hin und sagt, damit haben wir nichts zu tun gehabt! Man kümmert sich eineinhalb Jahre lang nicht darum, und dann geht man her und stellt den Bau ein, als wäre das das Allheilmittel. Es ändert sich aber noch immer nichts! Abgesehen davon war das ganze Theater um die Besetzung und Nachbesetzung der Magistratsdienststelle im Sportamt ein unwürdiges Schauspiel. Den sportlichen Aspekt wirst, glaube ich, du, Ines, dann noch beleuchten!

Jetzt nur so viel: Es wird nicht funktionieren, solange wir uns nicht mit Projektplanungen, Claim Management und wirklich anständiger Projektkontrolle auseinandersetzen. Und das muss man nicht einmal zukaufen, denn ich weiß, dass es die Expertise auch im Rathaus gibt. Es gibt hier durchaus Beamte, die wissen, was zu tun wäre, und Ihnen diesbezüglich gute Tipps geben könnten. Aber solange das nicht geschieht, werden wir Geld beim Fenster hinausschmeißen, das wir auf der anderen Seite wirklich dringend brauchen.

Herr Kollege Vettermann ist vorhin zu mir gekommen, weil ich einen Antrag betreffend Schulsozialarbeit in Wien einbringen möchte. Ich glaube, das ist ein Thema, das wir uns wirklich ernsthaft anschauen müssen. Es gibt sehr viele Ansätze dazu, aber es gibt kein System, das wirklich funktioniert. Und ich nehme Sie beim Wort, Herr Kollege! Ich habe Ihre Bitte gerne angenommen. Wir beantragen nicht sofortige Abstimmung, sondern Zuweisung an den zuständigen Ausschuss, und ich würde mich freuen, wenn wir uns mal wirklich parteiübergreifend zusammensetzen und das System durchleuchten könnten. Der Einsatz von Schulschwänzbeauftragten beziehungsweise 20 Schulsozialarbeitern für 599 Schulstandorte bedeutet nämlich wirklich nur einen Tropfen auf den heißen Stein! Vielleicht schaffen wir es wirklich, ein System auf die Beine zu stellen, von dem alle profitieren, die Kinder, die Lehrer, die auch überfordert sind und unsere Unterstützung brauchen, und die Eltern. Deswegen bringen wir heute den Antrag ein:

„Der amtsführende Stadtrat für Bildung, Jugend, Information und Sport wird aufgefordert, rasch ein inhaltliches und organisatorisches Modell für Wien zu entwickeln, das sich am Konzept der Stadt Bern orientiert und dem Gemeinderat vorgelegt wird.

In formeller Hinsicht, wird die Zuweisung an den zuständigen Ausschuss beantragt.“ (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bringe jetzt gleich noch einen Antrag ein. Ich habe es vorhin schon gesagt: Geworben wird in der

Stadt gerne. Für 50 Millionen erklären wir den Wienerinnen und Wienern, dass alles klass und leiwand ist. – Ich sage Ihnen aber ganz ehrlich: Schön langsam kommt auch der – wie ich jetzt einmal sagen möchte – Schlichteste drauf, dass es nicht reicht, wenn man Tag für Tag über die Zeitungen ausgerichtet bekommt, dass alles super ist. Die Leute, die hier leben, die Wienerinnen und Wiener und wir alle merken nämlich, was nicht funktioniert. Dabei wollen wir jetzt gar nichts schlechtreden. Ich meine aber, man kann man sich etwas Besseres einfallen lassen, als in Zeiten, in denen wir das Geld dringend brauchen, 50 Millionen, abgesehen von allen anderen zusätzlichen Kampagnen, in Werbung zu investieren. Wir können dieses Geld anderswo wirklich besser brauchen, und deswegen stellen wir den Beschlussantrag:

„Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die ersatzlose Streichung der Mittel für Inserate und Werbung in den einzelnen Geschäftsgruppen aus, sowie für die Zentralisierung der diesbezüglichen Ausgaben im Budget des PID. Das Budget des PID soll überdies signifikant gekürzt werden.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Herrn Bürgermeister verlangt.“ *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die GRÜNEN waren sehr frech, als sie in die Regierung gekommen sind. Das Einzige, was sich inzwischen geändert hat, ist aber, dass die Inserate jetzt grün und nicht mehr rot sind. Ob sie deswegen besser sind, bleibt aber dahin gestellt.

Zum Schluss möchte ich noch auf etwas eingehen, was mir persönlich heute am Vormittag ein bisschen weh getan hat, und zwar hat es mir deswegen weh getan, weil ich weiß, dass gerade Herr Klubobmann Schicker ausgezeichnete Kontakte zur Wirtschaft hat, und ich ihn so eigentlich nicht kenne.

Wolfi Aigner hat in seiner Rede angesprochen, dass die Wirtschaft Unterstützung bräuchte. Herr Klubobmann Schicker hat gemeint, dass gerade in der Wiener Wirtschaft Ausbildungsplätze für Lehrlinge nur mehr funktionieren, wenn es auch Förderungen gibt, aber nicht einmal dann ausreichend Arbeitsplätze für Lehrlinge zur Verfügung gestellt werden. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Das ist falsch! Das ist inhaltlich falsch!)* Ich habe mir das Protokoll ausdrucken lassen! *(Zwischenruf von GRin Mag (FH) Tanja Wehsely.)* Ja, ich sage Ihnen das! *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Rudi Schicker.)* Hier habe ich es! Das ist Ihr Wortprotokoll. Das haben Sie gesagt. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Ich stehe dazu!)*

Ich sage Ihnen jetzt, wie es in Wien aussieht. Ich sage Ihnen, dass wir zum Stichtag 19.3.2012 in Wien 19 267 Lehrlinge haben und sich 3 508 davon in überbetrieblicher Lehrlingsausbildung befinden. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Ja!)*

Herr Schicker! Das Beste, was es für uns gibt, ist, dass die Betriebe ausbilden! Viele Betriebe bilden aus. Viele Betriebe können aber nicht mehr ausbilden – und ich habe es selbst erst vor einem Monat wieder erlebt –, weil der Bildungserfolg der Pflichtschulabgänger in Wien schlichtweg eine Katastrophe ist. Diejenigen, die besser sind, drängen in die höheren Schulen. Und die armen

Schweine – ich sage das jetzt ganz bewusst so –, die in Ihrer Zwei-Klassen-Gesellschaft, die sie in der Bildung geschaffen haben, durch den Rost gefallen sind, drängen auf den Arbeitsmarkt, sind aber nicht ausbildungsfähig. *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Menschen fallen nicht durch den Rost! „Durch den Rost Fallen“ ist ein Nazi-Ausdruck!)*

Die nicht Ausbildungsfähigen können nicht sinnerfassend lesen, sie können nicht rechnen und nicht schreiben. Und ich nenne Ihnen jetzt noch drei Zahlen: Die öffentlichen Mittel für einen Schulplatz pro Kind betragen 8 900 EUR, in einer Lehrwerkstätte kostet der junge Mensch 17 046 EUR, und ein Lehrplatz kostet 5 647 EUR. Daher sollten wir alle miteinander danach trachten, dass wir die Jugend ... *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Frau Leeb! Wo habe ich dann nicht recht? Ich habe gesagt, dass es in Wien keine Ausbildungsplätze gibt, die nicht gefördert werden!)* Sie haben nicht recht! Lassen Sie mich ausreden!

Es gibt 19 267 Unternehmensausbildungsplätze, und diese bekommen eine Förderung. *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Rudi Schicker.)* Ja! Aber hören Sie mir zu! Ich wiederhole: Ein Lehrplatz kostet 5 647 EUR, ein überbetrieblicher Ausbildungsplatz kostet 17 046 EUR. Wieso schauen wir nicht, dass die Bildung in Wien funktioniert? Wieso haben Sie eine Zwei-Klassen-Bildung zugelassen? Wieso gibt es hier keine Gerechtigkeit für die Kinder? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wieso können sich die, die es sich leisten können, gute Bildung in Privatschulen kaufen, und wieso sind die anderen auf das öffentliche System angewiesen? *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Rudi Schicker. – Weitere Zwischenrufe und ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Herr Schicker! Noch einmal: Ein Lehrplatz in einem Betrieb kostet 5 647 EUR, ein überbetrieblicher Ausbildungsplatz kostet 17 046 EUR. *(Zwischenruf von GR Dipl-Ing Rudi Schicker.)* Ja, und die überbetriebliche Ausbildung ist voll öffentlich bezahlt, in jedem Betrieb, und das ist gut so, weil wir auch Bildungsaufgaben übernehmen! *(GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Nichts anderes habe ich gesagt! Sie bestätigen meine Aussage! Danke, dass Sie mich bestätigen!)* Ich zeige Ihnen aber auf, dass wir alle danach trachten müssen, die Unternehmen zu stärken und nicht die überbetriebliche Ausbildung! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt komme ich noch einmal zurück zur Zwei-Klassen-Gesellschaft in der Bildung. Ihr Parteivorsitzender im Bund hat vor zwei Jahren inseriert: „Es ist Zeit für Gerechtigkeit.“ – Ich sage Ihnen jetzt aber, wie die Gerechtigkeit in der Bildung aussieht: Einige können sich in Wien gute Schulen leisten, nämlich private Schulen. Diejenigen aber, die sich das nicht leisten können, sind auf das öffentliche Bildungssystem angewiesen. Und das ist nicht Gerechtigkeit, sondern das ist traurig. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Wir werden dem Rechnungsabschluss nicht zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Wurzer. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geschätzte Vorsitzende! Lieber Herr Stadtrat! Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Jede Diskussion über Bildung ist mehr oder weniger ein offenes Selbstgespräch der Gesellschaft darüber, wo sie steht, woher sie kommt und wohin sie will. – Unser Bildungssystem teilt Zehnjährige in Privilegierte und Chancenlose ein. An diesem Punkt stehen wir. Sämtliche Studien und Expertisen weisen darauf hin, dass durch die frühe Selektion im österreichischen Schulwesen die Begabungsreserven bei Weitem nicht ausgeschöpft werden und Kinder aus bildungsfernen Schichten benachteiligt werden. Hier müsste es eine bessere Ausstattung mit ausgebildeten PädagogInnen, SozialpädagogInnen, mit SchulpsychologInnen und so weiter geben. Und vor allem müsste ein architektonisches Umfeld geboten werden, in dem es für Lernen und Spielen geeignete Räume gibt.

Doch statt einen dringend notwendigen Gesamtentwurf für ein komplett neues Bildungssystem in Österreich vorzulegen, setzt die Bundesregierung weiterhin auf Placebos, etwa auf neue Türschilder an Hauptschulen und erhöhte Strafen fürs Schulschwänzen. Sehr viel weiter kommen wir allerdings nicht mit diesen kleinsten Schritten, über deren Sinnhaftigkeit man außerdem auch diskutieren könnte.

Wir plädieren in jeder Debatte, die wir über Bildung führen, dafür – das ist immer wichtig zu betonen –, dass Bildung möglichst früh beginnt, dass wir mit Bildung ab dem frühen Kindesalter ansetzen müssen, dass also der Kindergarten eine Bildungseinrichtung und keine bloße Betreuungseinrichtung ist.

Wir haben das im Jahre 2011 in der rot-grünen Regierung auch in Zahlen gegossen, dass nämlich 590 Millionen EUR für die Erneuerung und den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen ausgegeben werden. Damit wurden in den letzten Jahren – die Frau Finanzstadträtin hat es heute schon betont – an die 6 500 neue Plätze im Kindergartenbereich geschaffen. Vor allem liegt uns aber an dem Ausbau der Betreuung für Null- bis Dreijährige. Der Stadtrat verweist in diesem Zusammenhang immer wieder auf das Barcelona-Ziel, laut welchem 33 Prozent Abdeckung bei den Null- bis Dreijährigen ein gutes Ziel ist, und davon sind wir nicht mehr allzu weit entfernt: Wir liegen derzeit bei 30 Prozent.

Ganz wichtig zu betonen ist das möglichst frühe Ansetzen von Sprachförderung im Kindergarten. Auch diesbezüglich haben wir mit der Bundesregierung schwer gerungen, vor allem hat der Herr Stadtrat mit der Bundesregierung schwer gerungen, diese 15a-Vereinbarung weiter laufen zu lassen beziehungsweise diese 15a-Vereinbarung auf jeden Fall zu verlängern, weil der Schritt zum verpflichtenden Kindergartenjahr ein sehr wichtiger war und auch von Bund und Ländern gemeinsam mit 15a-Vereinbarungen beschlossen wurde und weiter vorangetrieben wird. Das kann aber nicht der einzige Schritt bleiben. Wenn man diesen Schritt schon setzt, dann muss selbstverständlich auch der Ausbau von Sprachförderung möglichst früh sichergestellt werden, und genau das ist mit dem erneuten Aufleben –

wie ich es jetzt einmal ausdrücken möchte – der 15a-Vereinbarung über die frühe Sprachförderung dann auch gelungen. Wir hätten und haben das in Wien eh immer zur Verfügung gestellt, das heißt, auch 2011 wurden die Finanzen für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und auch für die sprachliche Frühförderung sichergestellt. Wir waren aber vom budgettechnischen Standpunkt sehr froh, dass der Bund dann doch noch zu seinen Zusagen gestanden ist.

Wir GRÜNE setzen auf und arbeiten an einer Kultur von Individualisierung und Zusammenarbeit. Diese ist in Österreich aber leider noch etwas schwach entwickelt, und das darf uns auch nicht wundern, denn ein Schultag läuft ungefähr so ab, dass kurz vor acht die Klassenräume geöffnet werden und dann in 50-minütigen Einheiten vor allem Frontalvorträge gehalten werden. Alle Kinder und Jugendlichen sollen im gleichen Tempo den gleichen Weg in den gleichen Schritten zurücklegen. Alle haben recht wenig Zeit, dennoch herrscht sehr viel Langeweile an österreichischen Schulen.

Diesbezüglich soll es eigentlich – wie ich sagen möchte – eine völlige Trendumkehr geben. Wir müssen zu der Einsicht gelangen, dass die Pfade des Verstehens etwas verschlungener sind, als das ein Frontalunterricht sozusagen widerspiegeln kann, und dass Frontalunterricht dem nicht gerecht werden kann. Es muss vorbei sein mit der sogenannten Osterhasenpädagogik, bei welcher die PädagogInnen das Wissen verstecken und die Kinder und Jugendlichen das Wissen suchen sollen. Damit soll Schluss sein!

Jedes Kind hat seinen eigenen Rhythmus. Die Verschiedenheit von Menschen ist ein Vorteil. Das darf keinesfalls als Nachteil gesehen werden. Deshalb setzen wir in Wien auf das Modell der Mehrstufenklassen, auf Lernen in altersgemischten Gruppen, auf viel Platz zum gemeinsamen Austauschen und zum Voneinander- und Miteinander-Lernen. Wir GRÜNE wollen Schulen, die Lebensorte sind, in denen man sich Zeit nimmt, in denen Kinder und Jugendliche sich wohlfühlen und mit Freude lernen.

Der bittere Ernst des Lebens fängt an: Davon ist häufig die Rede, wenn Kinder in die Schule kommen oder eingeschult werden. – Das ist ein Zugang, der mir sehr leid tut. Dieser muss wohl – wie ich glaube, ich kann es mir nicht anders erklären – auf den eigenen Erfahrungen beruhen, die wir alle in der Schule mitgenommen haben. Die Mär hält sich recht konstant, dass das Lernen mit Versagensängsten verbunden sein muss, dass es spaßfrei vor sich gehen und weh tun muss. Diese Mär hält sich leider extrem hartnäckig, was, wie gesagt, meiner Meinung nach damit zu tun hat, dass wir alle selbst mehr oder weniger gute Erfahrungen in der Schule gemacht haben und daraus diese Erkenntnisse ableiten.

In Wirklichkeit geht es aber darum, Kindern Platz und Zeit zu verschaffen, um zu forschen, zu entdecken, zu spielen, und das abwechselnd über den ganzen Tag verteilt, Stichwort ganztägige Schulen und verschränkter ganztägiger Unterricht. Die SchülerInnen sollen über den

ganzen Tag forschen, entdecken und sich selbst entdecken. Das Lernen soll vielmehr als Tätigkeit des gesamten Menschen begriffen werden, und dem soll genug Platz und Zeit gegeben werden. Das ist uns wichtig, und das ist uns ein großes Anliegen.

Ich habe die Stichworte schon aufzählt, wie wir das umsetzen zu können glauben, nämlich durch den Ausbau von Mehrstufenklassen und den Ausbau von ganztägigen Schulformen, die tatsächlich einen verschränkten Unterricht bieten. Selbstverständlich – das muss hier immer wieder betont werden – muss es einen Ausbau und ein erweitertes Angebot von Schulplätzen überhaupt geben. Das ist uns ein riesengroßes Anliegen, und das ist vor allem eine riesige budgetäre Herausforderung. Das heißt, es muss auch in Zeiten der Krise wirklich viele große Investitionen in Schulausbauten und Schulneubauten geben. Dabei wird vor allem auf eine Architektur Wert gelegt, die Klassenzimmer eigentlich verschwinden lässt und aus Klassenzimmern endlich Lernwerkstätten und aus Schulen Lebensorte macht, wo sich sowohl LehrerInnen als auch SchülerInnen gerne aufhalten, wo sie mit Freude lernen, mit Freude unterrichten, mit Freude tätig sind, wo sie sich mit Freude aufhalten und von wo sie nicht möglichst schnell schreiend wieder davonlaufen wollen.

Zur Ausbildung der PädagogInnen möchte ich auf jeden Fall auch noch einige Worte verlieren, weil diese ein Schlüssel dafür ist, dass wir in Wien einiges verbessern können. Die Rahmenbedingungen dafür werden aber im Bund gesetzt, und insofern ist das eigentlich nicht speziell unsere Materie. Mir ist aber ganz wichtig, dazu einige Worte zu verlieren. Österreich ist europaweit das einzige Land, das seine KindergartenpädagogInnen nicht akademisch ausbildet. Das kann uns allen miteinander nicht recht sein. Es stellt sich mir leider aber so dar, dass zuerst bundesweit eine Lösung gefunden muss, die vorsieht, dass HauptschullehrerInnen, PflichtschullehrerInnen und AHS- und BHS-LehrerInnen eine gemeinsame akademische Ausbildung haben, bevor wir offenbar auch nur darüber nachdenken können, dass auch KindergartenpädagogInnen eine akademische Ausbildung haben müssen.

Ich hoffe, auch dazu wird es kommen, wie erfreulicherweise auch das Thema Kindergarten als erste Bildungseinrichtung in die Köpfe und in die bildungspolitischen Debatten Eingang gefunden hat. Ich hoffe, dass in den nächsten paar Jahren tatsächlich wertvolle Schritte getan werden, die uns einerseits eine entsprechende Qualifikation der PädagogInnen und andererseits natürlich das Vorhandensein von PädagogInnen überhaupt ermöglichen.

Das heißt, der PädagogInnenmangel ist ein weiteres wichtiges Stichwort. Entsprechende Maßnahmen werden überhaupt erst ermöglichen, neue Schritte in der Bildungspolitik zu gehen und moderne Pädagogik überhaupt erst umzusetzen. Für all diese Ideen brauchen wir im rot-grünen Wien mehr und besser ausgebildete PädagogInnen.

Wir fangen mit dem räumlichen und pädagogischen Umbau an. Wir schaffen in Wien die Voraussetzungen dafür, dass Schulbauten entsprechend den Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und PädagogInnen adaptiert werden, dass innovative neue Schulen gebaut werden, die auch moderne pädagogische Ansprüche erfüllen. Vorige Woche gab es den Spatenstich für den Bildungscampus Hauptbahnhof, der ein sehr gutes Beispiel und ein Leuchtturmprojekt dafür sein wird, wie wir uns Schule in Zukunft vorstellen.

Wir wenden uns also den Schulen zu. Wir kämpfen für Schulen, die Lebensorte sind. Sie werden verblüfft sein, wie sehr es dem Lernen bekommt, wenn Schulen Lebensorte sind, in denen mit Freude ans Werk gegangen werden kann! Und ich möchte auch ganz deutlich sagen: Es gibt auch in Österreich und in Wien Schulen, Schulprojekte und Schulversuche, wo sich Lust und Leistung überhaupt nicht beißen und ein gutes Paar miteinander bilden. Es sind die Schulen, die Kinder und Jugendliche hungrig machen und nicht satt, und dafür kämpfen wir, nämlich für Schulen, die anziehende Orte sind und nicht müde oder überdrüssig machen. – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr. Sigrid **Pilz**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Nepp. Ich erteile es ihm.

GR Dominik **Nepp** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mir vorher die Mühe gemacht zu googeln. *(GR Mag. Jürgen Wutzlhofer: Toll!)* Ich habe die größte Baustelle Wiens gesucht, und wenn man nach der größten Baustelle Wiens googelt, kommt der Hauptbahnhof heraus. Das ist eine riesengroße Baustelle, wie Sie alle wissen! *(GR Heinz Hufnagl: Das ist aber keine brüllende Überraschung!)*

Wenn man dann aber näher darüber nachdenkt, stellt man fest, dass Google irrt, denn die größte Baustelle in Wien ist das Ressort Jugend, Bildung, Information und Sport, und der Baustellenkoordinator heißt Oxonitsch und ist maßlos überfordert, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Egal, wohin man schaut: Baustellen, Baustellen, Baustellen, sei es im Kindergartenbereich oder in den Schulen. Es gibt die Heimskandale. Es gibt Subventionsskandale. Das Stadthallenbad ist eine richtige Baustelle, von dem es jetzt überhaupt heißt, dass auf Grund des Wassereintritts die gesamte Statik irgendwie kaputt ist und vielleicht sogar das ganze Stadthallenbad abgerissen und neu aufgebaut werden muss. – All das sind riesengroße Baustellen ohne Sicht auf ein Ende.

Aber bevor ich auf diese Baustellen zu sprechen komme, möchte ich noch kurz darauf eingehen, dass gerade in Wien junge Familien enorm belastet werden. Allein durch die Erhöhung der Nebenkosten etwa im Bereich Wohnen haben Sie schon einmal ordentlich in die Taschen der Wiener gegriffen. Ich darf hier nur einige Beispiele erwähnen: Sie erhöhen den Strompreis im Durchschnitt um 20 Prozent. Sie haben den Gaspreis von 2006 bis 2011 um sage und schreibe 42 Prozent erhöht, und bei den Kanalgebühren sind es 35 Prozent.

Außerdem müssen gerade junge Familien mobil sein, weil sie zum Beispiel mit den Kindern zum Sportunterricht, zum Musikunterricht und so weiter fahren müssen, und das meist mit dem Auto. Aber auch hier schrecken Sie nicht zurück und erhöhen drastisch die Kosten für das Autofahren, und zwar mit dem Parkpickerl oder ebenfalls durch erhöhte Gebühren.

Wenn man all das zusammenzählt, dann kommt man auf sage und schreibe 1 200 EUR im Jahr an Mehrbelastungen, womit Sie gerade junge Menschen und junge Familien in die Armut treiben. Viele Statistiken und vor allem auch die Statistik Austria belegen, dass viele Jungfamilien an der Armutsgrenze kratzen und am Ende jedes Monats wirklich zittern müssen, ob sie am Ende des Monats genug Geld haben, um für den nächsten Monat Strom und Gas bezahlen zu können, weil sie schon einen Monat hinten sind. – Das ist Ihre soziale Politik, die Sie verantworten müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie treiben aber nicht nur junge Menschen durch Mehrbelastungen in die Armut, sondern Sie versagen auch auf dem Arbeitsmarkt. Es gibt eine enorm hohe Jugendarbeitslosigkeit in Wien, und in diesem Zusammenhang muss man hervorheben, dass gerade bei den Zuwanderern die Jugendarbeitslosigkeit am höchsten ist. Die OECD bestätigt das: Die Beschäftigungsquote bei Männern unter 34 mit türkischen Eltern ist um 20 Prozentpunkte niedriger als bei Einheimischen, bei Frauen beträgt der Unterschied 35 Prozent. Somit lag die Jugendarbeitslosigkeit unter türkischen Jugendlichen 2007 bei 18,4 Prozent, während sie bei österreichischen Jugendlichen bei 7,4 Prozent lag.

Das belegt, was wir schon seit Jahren sagen, dass Ihre Behauptung, dass die Wienerinnen und Wiener von der Zuwanderung profitieren, nichts ist als ein billiger Schmäh, der hiermit widerlegt wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GR Mag Jürgen Wutzlhofer.)*

Wien ist auch Schlusslicht bei den Lehrstellen. Und wenn Herr Peschek immer mehr kritisiert, dass nur die bösen Unternehmer dafür verantwortlich sind, dass die Lehrlinge mehr oder weniger keinen Job bekommen, möchte ich entgegnen: Gerade in Wien ist die Situation drastisch, denn auf eine offene Lehrstelle kommen bereits zwei Lehrstellensuchende. Diesbezüglich ist Wien absolutes Schlusslicht. In Salzburg lag sogar die Diskrepanz zwischen Nachfragen nach Lehrstellen und dem Angebot bei 486 und in Tirol bei 381. Also auch hier sind Sie Schlusslicht!

Wir bringen tagaus, tagein bei jeder Lehrlings- oder Bildungsdebatte Anträge ein, wie wir unser Lehrlingskonzept durchgesetzt wissen wollen. Wir verlangen endlich wiederum eine Bonuszahlung und eine Erleichterung für Unternehmer, wenn diese Lehrlinge einstellen. Das wurde unter Gusenbauer gestrichen, das war der berühmte Blum-Bonus.

Wir sagen, Unternehmen dürfen nicht den Arbeitsmarkt als Selbstbedienungsladen empfinden, billige ausländische Fachkräfte anstellen und somit die

heimischen Lehrlinge nicht mehr ausbilden. Wir verlangen, dass pro sieben ausländische Fachkräfte ein einheimischer Lehrling verpflichtend ausgebildet werden muss. All das wollen Sie aber nicht wahrhaben, und darum stehen wir jetzt vor dem Scherbenhaufen Ihrer Lehrlingspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die nächste Baustelle ist beim Kindergarten anzufinden. Dort muss der Ausbau viel stärker gefördert werden, aber nicht nur das, was Sie wollen, wie etwa türkische Kindergärten oder – was fördern Sie noch so gerne? – Gender-Kindergärten. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Das ist dasselbe!)* Das ist nicht dasselbe. Vielleicht bei Ihnen, Herr Margulies, aber für uns ist das nicht das Gleiche!

Im Internet haben wir eine Förderung für den Kindergarten Fun & Care gefunden. Das ist ein Gender-Kindergarten, der von Frau Brauner mehr oder weniger ins Leben gerufen wurde. Nachdem wir diese Homepage entdeckt haben, war sie aber sofort vom Netz. Anscheinend war es Ihnen in der Öffentlichkeit peinlich, dass Sie so etwas mit hohen Subventionen fördern!

Schauen wir uns einmal an, worauf hier das Hauptaugenmerk gelegt wird. – Da steht zum Beispiel bei Mädchen: „Ermutigung, sich den Platz zu nehmen, offensiv auf etwas zugehen, Zwicken in der Krippe, Verdrängen vom Platz in der Garderobe, Wegnehmen der Autos, Schreien.“ – Was Sie hier fordern, ist also sehr gewaltverherrlichend! Das wird anscheinend sehr gefördert, anscheinend wollen Sie das so haben!

Währenddessen ist es bei Buben ganz anders, denn da geht es um positive Körperwahrnehmung, Kosmetikkorb und Pflege des eigenen Körpers. – Gut. Körperpflege ist sicherlich wichtig, aber vielleicht nicht das für Buben: „Prinzessinnenkleid, Nägellackieren, Schlüpfen in weibliche Rollen, Herstellen von weiblichem Verkleidungsmaterial.“ – Das wollen Sie anscheinend fördern! Für Sie ist ein Kindergarten anscheinend erst dann perfekt, wenn Buben nicht mit einem Jausenpaket in den Kindergarten gehen, sondern mit einem Schminkköfferchen, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. – GR Mag Jürgen Wutzlhofer: Ha, ha, ha!)*

Herr Margulies hat es vorher auch erwähnt: Er hat gemeint, dass Kindergärtner oder Kindergartenpädagogen, wie es jetzt heißt, viel zu wenig Geld bekommen. – Das sehe ich auch so! Nachdem Sie auch dieser Meinung sind und das jetzt vor ein paar Stunden gesagt haben, werden wir das nächste Mal auch einen Antrag einbringen, dass Kindergärtner viel besser bezahlt werden sollen. Aber ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie dann nicht mehr zustimmen werden, wenn wir auf einmal einen solchen Antrag einbringen. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Ich stimme Ihren Anträgen prinzipiell nicht zu!)* So ist es, auch wenn die Anträge vernünftig sind! Sie handeln also wider alle Vernunft, Herr Margulies! Aber das tun Sie ohnedies öfters, sonst wären Sie nicht mit der SPÖ in eine Regierung gegangen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich glaube nicht, dass Sie zustimmen werden, denn

Sie wurden durch Ämtchen und Pöstchen ja mehr oder weniger ruhiggestellt. Sie bekamen Posten von der SPÖ, sei es, dass Frau Pilz jetzt PatientInnenanwältin wird oder Herr Van der Bellen zwar nicht hoch dotiert ist – weil er ja nichts bekommt, denn das bekommen nur Ihre grünen Freunde und Sekretäre –, aber jedenfalls 210 000 EUR für Ihr Klientel abstaubt. Und jetzt kommt er doch nach Wien, weil ihn das jetzt, wie er in einer Zeitung gesagt hat, 18 Monate lang beschäftigt hat. Er hatte also eine Nachdenkphase von 18 Monaten, und jetzt kommt er nach Wien. *(GR Mag Jürgen Wutzlhofer: Wo ist Strache? Wo ist Ihr Spitzenkandidat?)*

Lustigerweise fand am gleichen Tag, als Herr Van der Bellen verkündet hat, dass er wechselt, im Arkadenhof des Rathauses eine interessante Veranstaltung der Wiener Tafel statt. – Die Wiener Tafel ist grundsätzlich etwas sehr Vernünftiges. Und anscheinend haben Sie jetzt diesen Leitspruch beziehungsweise diesen Werbeslogan der Wiener Tafel eins zu eins für Ihre grüne Partei übernommen, der da lautet: „Versorgen statt entsorgen.“

Sie versorgen also Ihre alten Politdinosaurier, anstatt dass Sie sie in Pension schicken, um eventuell neuen jungen Leuten eine Chance zu geben. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Alle haben zugehört, aber niemand hat gelacht!)* Dass Sie humorlos sind, das wissen wir eh schon lange! *(Ironische Heiterkeit bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Jedenfalls müssen Kindergartenpädagogen besser bezahlt werden, und Herr Margulies wird dem sicherlich zustimmen! – Bei meiner letzten Anfrage an Stadtrat Oxonitsch habe ich auch gefragt, wann die Kindergartenpädagogen endlich mehr bekommen. – Darauf kam nur die saloppe Antwort: Das hat es eh 2010 gegeben. – Das stimmt! 2010 gab es eine Erhöhung um 6 Prozent, da hat man sich selbst gelobt, wieder einmal selbst auf die Schulter geklopft und gesagt, 6 Prozent Lohnerhöhung ist sehr toll! Wenn man allerdings davon ausgeht, dass 6 Prozent mehr zu wenig zum Leben sind, dann bleibt am Schluss genauso wenig zum Leben übrig.

Darum sagen wir, dass die Arbeit der Kindergartenpädagogen von Grund auf besser bezahlt werden soll, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Aber was tun Sie? – Ihnen ist das wurscht! Sie freuen sich, dass Sie selbst den Arbeitsmarkt in den Osten geöffnet haben. Sie holen sich von dort billige Kindergartenpädagogen. Auch eine Zeitung hat einmal titulierte: „Die Osttanten“. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Das sind KindergärtnerInnen!)* Sie betreiben auf diese Weise Lohndumping, was Herr Peschek immer zu bekämpfen versucht. *(GRin Martina Ludwig-Faymann: Wie viele sind denn gekommen?)*

Und was Sie bei den Männern machen, ist überhaupt skurril! Betreffend männliche Kindergartenpädagogen ist anscheinend die Empfehlung oder Dienstanweisung hinausgegangen, dass männliche Kindergartenpädagogen nicht mehr mit Kindern aufs WC und in Waschräume gehen dürfen. – Das halte ich persönlich wirklich für einen Skandal! Damit stellen Sie nämlich ein gesamtes Geschlecht unter

Generalverdacht, an Pädophilie zu leiden, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist wirklich eine Frechheit! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Männer dürfen im Kindergarten nicht mehr mit aufs WC gehen. Andererseits wollen Sie Kinder zu Homopflegeeltern stecken. Anscheinend Sie sich auch nicht ganz sicher, was Sie wollen!

Die nächste Baustelle in diesem Ressort ist die Baustelle Schule. Nicht nur, dass viele Schulen wirklich eine Baustelle sind. Auf Grund des Schulsanierungspakets werden, glaube ich, in Döbling manche Schulen erst 2040 saniert. Bis dahin müssen die Kinder dort irgendwo in morschen Räumen sitzen. Nichtsdestotrotz kürzen Sie auch im Bildungsbereich. Um 160 Lehrer haben Sie mitten im Schuljahr gekürzt. Auch diesfalls mussten Unterrichtspläne und Klassen zusammengelegt werden, und im kommenden Schuljahr sollen es weitere Posten sein. Wien ist wirklich das einzige Bundesland, das die Lehrer, die vom Bund gestrichen wurden, nicht mehr finanziert hat. Deren Finanzierung wurde nicht übernommen, aber dafür wird Ihnen eh die Rechnung präsentiert: Infolge des gesamten Personal Mangels rutschen wir im PISA-Test und im Lesetest noch weiter ab. Es geht kaum mehr weiter, hinter uns sind nur noch die Türkei, Chile und Mexiko. Aber all das ist eben der Erfolg Ihrer roten Bildungspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Beim Lesetest hat man auch wieder gesehen, wie man abschneidet, nämlich ganz schlecht: Jeder vierte Schüler in den Wiener Volksschulen kann nicht sinnerfassend erlesen. – Das war Ihr eigener Test! Und das ist grundsätzlich kein Versagen der Kinder, sondern ein Versagen Ihrer roten Bildungspolitik! Jährlich rutschen 16 000 Schüler in die Bildungsunfähigkeit ab, und Sie zerstören mit Ihrer Bildungspolitik wahrlich Existenzen!

Dass an Schulen nicht mehr Deutsch gesprochen wird, kann ich auch jedes Mal wieder erwähnen, Sie werden das anscheinend trotzdem nicht ändern wollen. Die Statistik Austria – sicherlich nicht ein uns nahestehendes Institut – hat eine Umfrage gemacht beziehungsweise eine Statistik erhoben, die besagt, dass in Wien an den Schulen zu zirka 50 bis 86 Prozent nicht mehr Deutsch gesprochen wird. Auf Seite 27 heißt es – ich darf zitieren –, dass die höchsten Anteile auf Volksschulen im 5. Wiener Gemeindebezirk mit 86 Prozent entfallen, gefolgt vom 16. Bezirk mit 78 Prozent und 15. Bezirk mit 77 Prozent.

Da denke ich mir schon: Jedes Mal preisen Sie, wie wichtig Integration ist und wie wichtig es ist, Deutsch zu lernen. Unlängst hat das auch der Herr Bürgermeister in einem Zeitungsinterview gesagt. Anscheinend waren da die Umfragewerte schon wieder so schlecht, dass man unsere Forderungen kopieren muss! Aber Sie lehnen ja jeden sinnvollen Vorschlag, den wir machen, ab!

Wir haben, wie Sie wissen, mehrere Konzepte, etwa: Deutsch vor Schule. – Das heißt, man schaut zuerst, ob ein Schüler Deutsch kann, bevor er in den Regelunterricht in der 1. Klasse Volksschule kommt. Wenn das nicht der Fall ist, geht er in eine

Deutschlernklasse, wo er dann so lange Deutsch lernt, bis er dem Regelunterricht folgen kann. Und das ist für beide Seiten fair! Das bedeutet Fairness für beide Seiten: Einerseits wird der Schüler nicht bis zur 3., 4. Klasse mitgenommen, obwohl er überhaupt kein Deutsch kann, weil er als außerordentlicher Schüler geführt wird und dann an den einfachsten Voraussetzungen scheitert. Andererseits ist das auch für die österreichischen Schüler fair, weil sich die Lehrer dann nicht mit den einzelnen Schülern beschäftigen und ihnen jedes Wort erklären müssen. Aber auch dagegen stimmen Sie beinhardt!

Eine weitere Variante ist Deutsch als Pausensprache, dass nämlich während der unterrichtsfreien Zeit, aber noch während der Schulzeit, verpflichtend Deutsch gesprochen werden muss. Auch gegen diese sinnvolle Maßnahme wehren Sie sich mit Händen und Füßen. All das haben sie eiskalt niedergestimmt!

Dafür gibt es Homo-Kurse für Lehrer um 500 000 EUR. Das haben Sie gemacht, weil Sie meinen, dass ein Grund dafür, warum wir bei PISA so schlecht abschneiden, die Homophobie der Lehrer ist. Weiters verlangt Bgm Häupl wieder einmal die Türkisch-Matura. Und dann kommt wieder einmal irgendein neuer Beauftragter wie der Schulschwänzbeauftragte. Eigentlich wäre dafür laut Verfassung Häupl zuständig. Dieser gibt jedoch die Verantwortung an Frau Brandsteidl weiter, diese schafft das aber anscheinend auch nicht und gibt die Verantwortung wiederum weiter.

Und nur auf Grund des medialen Drucks, den die Opposition aufgebaut hat, ist es uns geglückt, dass dieser Job nicht wieder ein hochdotierter Job wird, denn sonst hätte diesen vielleicht wieder ein Grüner bekommen, der dann ein paar 100 000 EUR mehr oder weniger eingestreift hätte. Auf Grund unseres medialen Drucks ist es dann aber ein Interner aus dem Stadtschulrat geworden. Dieser nimmt jedoch anscheinend die Aufgabe nicht ernst, denn unser Stadtschulrats-Vizepräsident Dr Helmut Günther versucht seit Wochen, ihn zu erreichen und um einen Termin zu bitten, aber es kommt nichts zurück. Anscheinend sitzt er im Kaffeehaus und wartet dort auf Schulschwänzer, die er auf frischer Tat ertappen kann!

Die gesamte Jugendwohlfahrt in Wien und die Heimkommission sind die nächste Baustelle. Man versucht jetzt anscheinend, der Opposition gewisse Berichte – wie ich jetzt, schön formuliert, sagen möchte – vorzuenthalten. Vielleicht wollen Sie nicht, dass wir rechtzeitig darauf reagieren können. Der erste Bericht der Helige-Kommission wurde einfach unter dem Punkt „Allfälliges“ durchgedrückt, ohne dass uns vorher gesagt wurde, dass Frau Dr Helige kommt, und ohne uns vorher den Bericht zu geben, damit wir uns darauf vorbereiten können.

Im Zusammenhang mit dem zweiten Bericht haben Sie im Rahmen einer Pressekonferenz den Pressevertretern eine Chronologie Ihrer Tätigkeit gegeben. Darin stand, dass der zweite Bericht der Helige-Kommission dem Gemeinderatsausschuss

präsentiert wurde. – Auch das ist die Unwahrheit! Dem Gemeinderatsausschuss wurde gar nichts präsentiert! Wir haben davon wieder nur aus den Medien erfahren. Sie haben dann probiert, irgendwie zurückzurudern, indem Sie gesagt haben, dass ein Fehler passiert ist und es eigentlich heißen sollte, dass Frau Dr Helige einen zweiten Zwischenbericht vorlegt, und zwar nicht im Gemeinderatsausschuss.

Dazu möchte ich feststellen: Immerhin sollte sich das politische Gremium, nämlich der Gemeinderatsausschuss, damit befassen und sollten nicht wir von der Opposition ständig nur über die Medien erfahren, wie hier vorgegangen wird!

Der dritte Bericht war dann jener der Historikerkommission. Dieser war 533 Seiten stark, und wir haben überhaupt erst 10 oder 12 Stunden, bevor das besprochen wurde, so ein Mapperl bekommen. Daher konnten wir von der Opposition uns darauf nicht wirklich vorbereiten, und wir werden auch diesbezüglich noch einen zweiten Anlauf probieren, wenn Sie das nicht von sich aus tun und den Ausschuss ansetzen, in dem dieses Thema besprochen wird, indem wir einen außerordentlichen Ausschuss erzwingen. – Das ist anscheinend die Umgangsweise mit der Opposition im Ressort Oxonitsch: Es gibt keine Informationen, es gibt überhaupt nichts! Man erfährt alles nur aus den Medien.

Weiters gibt es die vielen Subventionen an die Vereine in Wien. Ich habe mir aufgeschrieben, was leider doch beschlossen wurde, obwohl wir dagegen waren: Auf diese Weise wurden knapp 16 Millionen EUR für dubiose Vereine ausgegeben, sei es jetzt das Kulturzentrum Spittelberg, sei es die Arena in Wien, sei es das Zentrum Aichholzgasse des Kollegen Baxant, sei es der Zeit!Raum Fun & Care-Kindergarten, dieser berühmt-berüchtigte Gender-Kindergarten. Das kostet pro Jahr auch 350 000 EUR, und weil es Ihnen unangenehm ist, darüber zu diskutieren, beschließt man das gleich auf zwei Jahre im Voraus.

Weiters gibt es den Verein ICE-Vienna. Das ist einer meiner Lieblingsvereine! Dort wird eigentlich offenbart, wie die Roten mit Steuergeldern umgehen, und zwar nur für ihre Leute. Ich habe hier schon mehrmals zitiert, dass Bezirksvorsteher-Stellvertreter Mandl aus Döbling, ein SPÖ-Mann, von diesem Verein neben seinem hochdotierten Posten als Bezirksvorsteher-Stellvertreter noch 100 000 EUR im Jahr für seine Geschäftsführung erhält. Das heißt: 4 000 EUR im Monat sind nicht genug. Dazu bekommt Herr Mandl auch noch einen Ferrari pro Monat geschenkt!

Aber wiewohl er dort so viel kassiert, zeigt er sich beim Aufmarsch zum 1. Mai wiederum im klassischen Che Guevara-Dress und trägt einen Massenmörder auf der Brust. Ich habe hier ein Bild, darauf ist er zu sehen, schauen Sie her! Der Bezirksvorsteher-Stellvertreter verehrt einen Massenmörder! (*GR Dr Kurt Stürzenbecher: Das hat Strache auch getragen!*) Nein! Nein! Moment! Herr Strache hat nicht Che Guevara getragen, sondern er war das Gegenteil von Che Guevara und wollte einmal zeigen, dass diese linken Helden mehr oder weniger ausgedient haben und es

neue Volkshelden gibt, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ. – Lebhaftes Zwischenrufe und ironische Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Weiters werden Jugendvereine gefördert, angefangen von der Sozialistischen Jugend bis zur Grünalternativen Jugend, von der sich die Bundesorganisation ja schon distanziert hat. Die Wiener GRÜNEN halten aber noch immer daran fest und bringen auch immer wieder so nette Pamphlete heraus, in denen dann zum Beispiel steht: „Die Polizei wird immer deppada! – Ja, voll zum Kotzen!“

Entschuldigung! Das steht so da! Anscheinend haben Sie hier Anleihe für Ihre neue Kampagne mit „Tschuldigung! und „Passt schon!“ genommen.

Dann steht hier: „Bilde dich, bilde andere, bildet Banden!“ und „Ärgert die Polizei!“ – Was haben wir noch? – Ach ja: „Tipps zum Umgang mit Polizei und Security“. *(GR Mag Dietbert Kowarik: All das wird gefördert!)* Natürlich wird das gefördert! Hoch gefördert – Da steht: „Du hast das Recht auf Aussageverweigerung! Nütze es!“ – Was haben denn Ihre jungen Leute zu verstecken, dass sie anscheinend die Aussageverweigerung unbedingt nutzen sollen? Das hört man eigentlich nur, wenn jemand eine schwere Straftat begangen hat. Dann wird dazu geraten.

Weiters lese ich hier: „Legalize Heroin!“ – Das ist auch sehr nett! – Wörtlich: „Wird es in reiner Form konsumiert und richtig dosiert, sind die gesundheitlichen Beeinträchtigungen aber verhältnismäßig gering: Bauchschmerzen und Menstruationsbeschwerden.“ Also meiner Meinung nach hat Heroinmissbrauch auch ordentliche Hirnschäden zur Folge, aber anscheinend fehlt diese organische Voraussetzung bei den jungen Grünen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein weiterer Slogan: „Nimm dein Flaggerl für dein Gaggerl!“ – Auch das ist aktuell, ebenso wie: „Heimat im Herzen, Scheiße im Hirn!“ Unlängst ist auch die Sozialistische Jugend so herumgelaufen. Anscheinend wird da gegenseitig kopiert. Aber die Sozialistische Jugend ist überhaupt ein ganz komischer, dubioser Verein. Jetzt stehen sie vor den Schulen, was ja nicht verwerflich ist, sofern die Schutzzonen eingehalten werden. Daran hält sich die Sozialistische Jugend aber nicht. Sie werfen uns in einem Folder vor, dass die FPÖ eine reine Nazi-Partei sei. *(GR Dipl-Ing Martin Margulies: Nicht alle! – GRin Birgit Hebein: Aber fast alle!)*

Die FPÖ muss diesen Vorwurf wirklich zurückweisen! Die Einzigen, die da wirklich ein Problem und einen Nazi-Skandal in den eignen Reihen haben, stammen nämlich aus einer Vorfeldorganisation der Roten, der Sozialistischen Jugend. Dort hat ein Funktionär im Rahmen des Innsbrucker Wahlkampfes Hakenkreuze ins eigene Vereinslokal geschmiert, hat dort auch noch die Fenster eingeschossen und die Couch angezündet, sodass fast jemand in diesem Brand ums Leben gekommen wäre.

Dahinter stand Agitation. Der Täter ist dann zurückgeflüchtet und hat gemeint, dass er eigentlich kein Nazi ist, sondern dass er das der FPÖ im Wahlkampf

anhängen wollte. – Mit solchen Schmähs und Tricks arbeiten Sie und Ihre Vorfeldorganisationen! Darum wendet sich die Jugend auch ab. In den neuesten Umfragen ist wiederum die FPÖ stimmenstärkste Partei. Die Jugend will mit Ihnen nichts mehr zu tun haben, das müssen Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen! In Zukunft wird die FPÖ nicht nur bei den Jungwählern Platz 1 haben, sondern generell in Wien und Österreich Platz 1 bei den Wahlen erreichen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Sigrid **Pilz**: Zu Wort gemeldet ist GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm. *(GR David Ellensohn: Wird es jetzt noch schlimmer? – GR Dipl-Ing Martin Margulies: Es geht nicht mehr schlimmer!)*

GR Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich möchte an die Wortmeldung von Kollegin Leeb anknüpfen. Mir ist auch bei den Ausführungen von Kollegin Wurzer vorgekommen, dass wir in eine Tendenz hineinkommen, dass wir die gesamte Erziehungstätigkeit und Beschäftigung mit Kindern zur Gänze verstaatlichen wollen. – Ich glaube aber, dass Verstaatlichung weder in der Wirtschaft noch in der Kinder- und Jugendarbeit ein gangbarer Weg ist! Ich glaube, es ist wichtig, dass es ordentliche Angebote von null Jahren bis zum Alter von 15, 16, 17, 18 Jahren gibt. Es kann auch ganztägige Angebote geben, aber es müssen eben Angebote sein, und es darf keine verpflichtende Verstaatlichung aller Lebensbereiche geben!

Wenn ich jetzt noch einmal auf die Lehrlingsausbildung zurückkomme, dann muss ich auch sagen: Um unser duales Berufsausbildungssystem, dass man zugleich in die Schule geht und in einem Betrieb arbeitet, beneiden uns sehr viele andere Länder. Das ist eigentlich der ideale Zustand, und vom Staat betriebene überbetriebliche Ausbildungsstätten sollen nur dort ein Auffangnetz sein, wo es notwendig ist, aber der erste Ansatzpunkt muss der Betrieb, das wirkliche Leben, die echte Wirtschaft sein.

Und es machen natürlich auch sehr viele Äußerungen den Unternehmer sehr große Schwierigkeiten. Man muss sich nur anhören, was da immer wieder gesagt wird, etwa von Kollegen Peschek, der behauptet, dass jedes Unternehmen ein Ausnutzer ist, wo Jugendliche ausgebeutet werden. – Das wird es wohl auch geben! Das gibt es! Aber es gibt auch ein Arbeitsrecht, ein Arbeitsinspektorat, einen Betriebsrat und eine Gewerkschaft, welche das verhindern sollen. Und das ist nicht der Regelzustand. Man darf sich aber auch nicht wundern, wenn sehr viele Unternehmer sagen, das tu ich mir gar nicht mehr an! – Mit dieser schlechten Propaganda verbaut man den jungen Menschen jedenfalls sehr viel.

Unabhängig von der Frage, wie die Schule organisiert ist, muss man allerdings sagen: Nach acht oder neun Jahren Pflichtschule soll und muss man – darauf hat die Gesellschaft einen Anspruch! – lesen und schreiben können und die Grundrechnungsarten beherrschen, damit man sich dann entweder tiefergehend bilden oder einen Beruf ergreifen kann. Ein

Schulsystem, das nach acht oder neun Jahren funktionale Analphabeten hervorbringt, hat schlichtweg versagt. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Diesen Vorwurf kann man Ihnen nicht ersparen. Und wenn Sie hier immer so tun, als ob die Gesamtschule die Lösung aller Probleme ist, dann sage ich Ihnen, diese löst überhaupt kein Problem! Es gibt gut gemachte Gesamtschulen, aber die Gesamtschule als solche bringt im Prinzip überhaupt nichts! Das sieht man an der Volksschule. Nach vier Jahren sollte man eigentlich schon lesen und schreiben können. Wenn man aber nach vier Jahren Volksschule nicht lesen und schreiben kann, dann ist das überhaupt kein Erfolgsbeweis! Und man wird doch ein erfolgloses System nicht weitere Jahre fort betreiben, um dann festzustellen, dass die Schüler auch nach zehn oder zwölf Jahren nicht lesen und schreiben können!

Wichtig ist, dass es um die Inhalte geht. Wichtig ist, was ein System leistet und welche Voraussetzungen vorliegen. Wenn man mehr Erziehungsarbeit in die Schule hineinlegen muss, weil diese vielleicht in vielen Familien nicht mehr geleistet werden kann, dann kann die Antwort nicht sein: All das müssen dieselben Lehrer machen! Vielmehr muss dann die Schule organisatorisch, gebäudemäßig, aber auch von der gesamten Personalsituation in die Lage versetzt werden, das zu tun.

Auch die Verhandlungen um das neue Dienstrecht gehen nur in die Richtung, dass man sagt, die Leute, die eh schon hier sind, sollen halt mehr arbeiten, länger bleiben und das erledigen. In Wirklichkeit braucht man dann aber Erzieher im weitesten Sinn. Es sind Menschen vonnöten, die die Freizeit gestalten können. All das kann nicht der Physiklehrer machen. Im Hinblick auf diese Einsicht wäre auch die Stadt Wien als Pflichtschulerhalter gefordert. Es werden gar nicht wenige Lehrerposten nicht mit Lehrern besetzt, weil diese teilweise in die Verwaltung und teilweise in die Sozialarbeit abwandern. Das hätten sie aber eigentlich vor Ort in Ihren eigenen Schulen längst tun können!

Ein weiterer Punkt ist natürlich auch die Gebäudekomponente. – Es ist nichts dagegen zu sagen, dass es einige neue tolle Campusschulen gibt, die viel kosten beziehungsweise extrem teuer sind. Tatsache ist aber auf der anderen Seite auch, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler in Wien auf Dauer in einen Container gesteckt werden und im Container landen.

In Anbetracht dessen passt das ganze System irgendwo nicht zusammen! In einigen ausgewählten Neubaugebieten gibt es tolle, architektonisch hochinteressante Campusschulen, andererseits müssen immer mehr Kinder im Container ihre Schullaufbahn verbringen.

Das kann man auch für die Kindergärten weiter fort spielen: Teilweise wird wirklich viel getan. Es werden viele Gruppen gefördert. Es gibt natürlich auch immer wieder ein paar skurrile Dinge, aber – mein Gott! – ich glaube, dass der Pluralismus es gebietet, dass es auch skurrile Dinge gibt. Im Hinblick darauf muss man der Stadt Wien und auch dem Herrn Stadtrat zugestehen,

dass viele Vereine in diesem Zusammenhang gefördert und Gruppen neu geschaffen werden. Das ist eine tolle Aufgabe, und das wird – wie man wirklich sagen muss – in einer sehr guten Weise weitergebracht.

Wenn dann aber in den Kindergärten den Gruppen teilweise das Bastelgeld gestrichen wird, dann meine ich doch, dass man besser die eine oder andere Medienkampagne zurückfahren sollte! Dass eine Stadt Werbung betreiben muss, ist gar keine Frage, aber dass man das alljährlich wiederkehrende Weihnachtsfest und den Silvester jedes Jahr wieder bewirbt und informiert, dass es den Silvesterpfad gibt, ist meines Erachtens nicht nötig, denn das hat sich nicht nur Wien, sondern bereits europaweit herumgesprochen. Da wäre mir persönlich das Bastelgeld für die Kindergruppen lieber als die eine oder andere Medienkampagne! *(Beifall von GRin Mag Barbara Feldmann.)*

Auch im Bereich Jugendvereinsförderungen gibt es natürlich die üblichen Verdächtigen. Man sollte auch da sicherlich darauf dringen, dass die Grundrechnungsarten beherrscht werden und nicht ein Verein dafür belohnt wird, dass er einen Konkurs oder eine Beinahepleite hingelegt hat und daraufhin die Subventionen aufgestockt werden, um die Schulden abzudecken. Ich finde es sehr gut, wenn man sich dem Antikapitalismus verschreibt. Aber wenn man antikapitalistisch ist, dann sollte man sich nicht von den kapitalistischen Steuerzahlern seinen Antikapitalismus finanzieren lassen! Wenn schon, dann muss man konsequenterweise nachhaltig antikapitalistisch sein und schauen, wie man zu seinem Geld kommt, man darf das aber nicht von den bösen Kapitalisten finanzieren lassen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das läuft dann so ähnlich wie im Café Rosa: Man lässt sich etwas von anderen bezahlen und verwendet das dann als Mitgliedsbeiträge. Ich glaube, wenn man antikapitalistisch ist, muss man konsequent sein und einen alternativen Lebensstil ohne Inanspruchnahme des Kapitalismus finden. Dazu wünsche ich sehr viel Spaß! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zum Bereich Sport bringe ich noch einmal die Kritik, die ich schon ein paar Mal als einsamer Rufer in der Wüste geäußert habe: Ich habe ein bisschen Bauchweh dabei, wenn öffentliche Gelder im namhaften Ausmaß auch an Profivereine gegeben werden, auch wenn das für die Jugend- und Nachwuchsarbeit ist. Ich meine, Profifußballvereine sollten zumindest den eigenen Nachwuchs weitgehend selbst finanzieren können, denn im Profibereich werden ja auf der anderen Seite dann auch entsprechend hohe Gehälter gezahlt. Deshalb bin ich mir nicht sicher, ob das wirklich der Weisheit letzter Schluss ist.

Die offene Baustelle Stadthallenbad ist schon angesprochen worden. Und auch die Frage, was mit dem Sportklubplatz geschieht, wäre eine intensive Debatte wert.

Insgesamt ist das also ein sehr schwieriges Ressort. Es geschieht dort sehr viel Gutes, aber grundsätzlich muss man auch einiges hinterfragen. Noch einmal: Ich glaube, man muss in der Bildungsdebatte einmal die

Ideologie beiseiteschieben und sagen, dass ein Schulsystem gewisse Dinge so oder so leisten muss. Man darf nicht glauben, dass man mit einer rein organisatorischen Umänderung per se schon eine Verbesserung herbeiführt.

Natürlich ist auch das Schuleschwänzen wirklich ein großes Problem. Das haben wir beziehungsweise das habe ich schon vor längerer Zeit einmal angezogen, und das ist dann über Staatssekretär Kurz in den Mittelpunkt der Debatte gerutscht. – Ich glaube, auch da gilt es, den Schulen Hilfestellungen zu geben, und es muss auch irgendwelche Sanktionsmöglichkeiten geben, und zwar vor allem dann, wenn Kinder ganz bewusst dem Schulbetrieb entzogen werden. Strafverfahren sind aber immer aufwändig und kostspielig, daher sollte man sich durchaus auch überlegen, ob man nicht einfach familienbezogene Leistungen entsprechend kürzt oder einstellt. Diese Leistungen werden eh vom Staat gegeben, ich meine daher, man muss da nicht noch extra ein Verfahren machen. Meiner Meinung nach sollte man das nicht so sehen, dass all das auf Freiwilligkeit beruht und man eben in die Schule geht oder nicht. Vielmehr muss man den Menschen klar machen, dass jemand, der sich dem Bildungswesen entzieht, auch sich selbst Chancen nimmt und letztlich die anderen und auch die Allgemeinheit belastet.

Ich komme jetzt zum Schluss: Ein ganz wesentlicher Baustein für eine erfolgreiche Schulkarriere ist natürlich, dass man sich in der Unterrichtssprache verständigen kann. Ohne das funktioniert es einfach nicht! Und je schneller man die Unterrichtssprache, und diese ist bei uns Deutsch, beherrscht, desto leichter kann man dem Unterricht folgen. Ich glaube, jeder Cent beziehungsweise Euro, der in die möglichst rasche Erlernung unserer Umgangs- und Unterrichtssprache gesteckt wird, ist ein doppelt und dreifach gut investierter Euro. Die Beherrschung der Sprache ist die wichtigste Voraussetzung, und Kinder, die die Sprache nicht beherrschen, können keinen Erfolg haben. Das kann einfach nicht funktionieren, und darunter leidet auch das Klima in der Klasse. Es wäre gut, wenn es in diesem Zusammenhang wie auf der Autobahn einen Beschleunigungsstreifen gäbe. Und dieser Beschleunigungsstreifen wird auch teilweise gebaut. Die Sprachstandsfeststellung ist ganz wichtig. Wenn man nämlich die Sprache kann, dann tut man sich ganz einfach viel leichter.

Jetzt noch ein Letztes: Man kann das eigene Elternhaus vom jeweiligen Schulerfolg nicht ganz ausblenden. Natürlich kann für eine Bildungskarriere nicht nur die Institution verantwortlich sein, das würde jede Institution auch überfordern. Vielmehr muss auch das Elternhaus einbezogen werden. Selbstverständlich kann man versuchen, gewisse Unterschiede auszugleichen oder einzuebnen. Ich glaube aber, es wäre auch gar nicht gut, die Eltern bei der Bildungskarriere ihrer Kinder völlig außen vor zu lassen. Es ist das einfach ein Geben und Nehmen, und je besser das Umfeld ist, desto erfolgreicher sind die jungen Menschen.

Ich meine, der eigene Erfolg im schulischen, im beruflichen und im privaten Bereich ist auch ein ganz wesentlicher Baustein für eigenes Glück und eigene Zufriedenheit. Der schulische Erfolg ist ein wichtiger Aspekt im Leben der Kinder, und würde man ihnen diesen nicht ermöglichen, dann würde man den Kindern sehr viel nehmen. Zu diesem Zweck muss man meiner Meinung nach auch die Eltern in die Pflicht nehmen und ihnen Hilfestellung geben. Ansonsten ist jede Schule, egal, mit wie viel Personal Sie sie ausstatten, schlichtweg überfordert. – Ich danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Wutzlhofer. Ich erteile es ihm.

GR Mag Jürgen **Wutzlhofer** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Alle meine Vorredner haben sich auf Bildung spezialisiert. Das freut mich! Daher kann ich das auch tun, es wird insgesamt kürzer, und wir können früher nach Hause gehen und über wichtige Dinge nachdenken, zum Beispiel über Bildung. *(Ironische Heiterkeit und Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Es ist ohnehin eine der wichtigsten Fragen oder überhaupt die wichtigste Frage, die sich eine Gesellschaft stellen kann, in der Wissen und Information zur relevanten Ressource geworden sind. Wie kann man, wie kann ein Kind, wie kann ein Mensch sich dieses Wissen aneignen? Ich sage jetzt bewusst, sich aneignen, weil ich der Meinung bin, dass es uns allen gut tut, wenn wir Bildung von der Person aus betrachten, die sich Wissen verschafft. Die ganze Frage geht also vom Kind aus und nicht vom Lehrerdienstrecht, nicht von Standesdünkeln, nicht von Besitzstandswahrung, nicht von Unternehmensförderung, nicht von verqueren Männer- und Frauenrollenbildern, wie es Kollege Nepp jetzt gerade wieder zum Besten gegeben hat.

All das geht von Kindern aus: Kinder wollen lernen, Lernen ist die Arbeit von Kindern, und Kinder arbeiten ziemlich viel, Kinder stellen Fragen, und zwar von Anfang an, sie suchen nach Antworten. Dafür brauchen sie nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein Umfeld, das sie genau darin unterstützt. Es müssen ihnen Antworten auf die Fragen gegeben werden, die sie stellen, man muss sich mit den Fragen, die sie stellen, individuell auseinandersetzen und sie auch als Individuen fördern und nicht irgendwelche Antworten geben, die man selber halt im Kopf hat.

Ein Bildungssystem, das Kinder individuell abholt und fördert, sie nicht als Großgruppe behandelt, sondern ihre Interessen und Stärken forciert und ihnen dort hilft, wo sie Schwächen haben, macht einen großen Traum möglich. Ein solches System ermöglicht nämlich, dass man durch Bildung letztlich frei, stark und emanzipiert wird. Man kann den Traum haben, dass man mit seinem Kopf eine Welt erschafft und mit seinem Kopf alles schaffen kann, und das Bildungssystem soll dabei helfen.

Leider entspricht das jetzt nicht ganz der Realität. Viele haben schon von der Baustelle Bildung gesprochen. Ich möchte jetzt auch überhaupt nichts beschönigen. Auch ich bin der Meinung, dass es eine große Baustelle gibt, nämlich das österreichische Bildungssystem. Leider ist unser Bildungssystem nicht darauf ausgelegt, diesen Traum, von dem ich gesprochen habe, zu erfüllen, Chancen zu geben und umzuverteilen, Leuten Chancen zu geben, die sie sonst nicht haben. Oft geschieht genau das Gegenteil: Bildung wird nicht vermittelt, sondern Bildung wird vererbt. Ich glaube, das ist einer der zentralen Missstände unserer Gesellschaft überhaupt. Es ist das nämlich eine Festschreibung einer himmelschreienden Ungerechtigkeit, und dagegen müssen wir auftreten! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Manchmal wird gesagt, dass das so ist, weil individuelle Leistungen halt den Meister oder die Meisterin machen. – Meiner Meinung nach kann das aber mit individueller Leistung total wenig zu tun haben. Man muss sich nur die Statistiken anschauen. Da kann man zum Beispiel lesen, dass ein Mädchen, das auf dem Land in einer Gemeinde, die unter 3 000 Einwohner hat, aufwächst und deren Eltern beide Pflichtschulabschluss haben, nur eine 2-prozentige Chance hat, dass sie jemals eine Uni oder eine Fachhochschule abschließt. 2 Prozent! Hingegen beträgt die Chance für ein Mädchen, das in Wien oder in einer anderen großen Stadt in Österreich aufwächst und deren Eltern Akademiker sind, ebenfalls Akademikerin zu werden, 63 Prozent.

Ich meine überhaupt nicht, dass es das oberste Ziel eines jeden Menschen ist, AkademikerIn zu werden: Aber zwischen den 2 Prozent und den 63 Prozent muss mehr liegen als individuelle Leistung! Zwischen den 2 Prozent und den 63 Prozent steht ein Schulsystem, mit welchem soziale Ungleichheit vererbt wird. Auf diese Weise gibt es nicht nur Ungerechtigkeit, sondern es geht ein riesengroßes Potenzial verloren. *(GR Mag Dietbert Kowarik: Warum tun Sie nichts dagegen?)*

Eine gute Frage ist: Woran liegt das? – Dafür gibt es unterschiedliche Gründe, und ich komme auch noch darauf zurück, was das für Wien bedeutet. Ein Grund ist: Es gibt viel zu wenig elementare Bildungseinrichtungen in Österreich. Ich habe mir gerade vorher eine Statistik vom Österreichischen Institut für Familienforschung angeschaut: Daraus ist ersichtlich, dass von allen Kindern unter 3 in Österreich 72 Prozent ausschließlich außerinstitutionell, also nicht in einer Kinderbetreuungseinrichtung oder einer Krippe betreut werden. Es wurden nicht alle Länder aufgezählt, aber jedenfalls Norwegen, Finnland, Schweden, Frankreich und Großbritannien, und ich habe kein anderes Land gefunden, in dem dieser Prozentsatz so hoch ist. Der Grund dafür ist, dass es schlicht und einfach zu wenige institutionelle Kinderbetreuungsplätze gibt.

Ich sage das jetzt im Zusammenhang mit Bildung, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass jene Kinderbetreuungsplätze elementare Bildungseinrichtungen sind. Das zeigt jede Studie. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Danke für den

Zwischenapplaus!

Wenn man sich zum Beispiel die PISA-Ergebnisse anschaut, dann sieht man, dass diese signifikant nach oben variieren, je nachdem, ob ein Kind einen Kindergarten durchgehend besucht hat. Das weiß man, und daher kann ich mir durchaus den Schluss erlauben, dass Kindergärten und Krippen elementare Bildungseinrichtungen sind. Und Frau Kollegin Wurzer hat es schon erwähnt: Wir sind in diesem Zusammenhang mit 30 Prozent ganz knapp davor, das Barcelona-Ziel von 33 Prozent zu erreichen, wobei es Spielraum nach oben gibt, überhaupt keine Frage! Jedenfalls gibt es aber kein anderes Bundesland, in dem mehr als die Hälfte davon erfüllt wird. Im Gegenteil! In manchen Bundesländern gibt es überhaupt keine Krippen.

Bei Kindergärten schaut es natürlich viel besser aus. Immer dann, wenn die ÖVP Zahlen betreffend Kinderbetreuungsquoten in anderen Bundesländern nennt, schaut es diesbezüglich natürlich besser aus. Allerdings ist Kindergarten nicht Kindergarten. Die Arbeiterkammer hat einmal Kriterien für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie entwickelt, sogenannte VIF-Kriterien: Darunter befinden sich Punkte, wie dass ein Kindergarten zu Mittag offen haben muss. Das ist eigentlich ziemlich logisch, weil man sonst nicht richtig gut arbeiten kann! Außerdem darf er nicht vor drei Uhr zusperren und sollte weniger als zwölf Wochen beziehungsweise eigentlich weniger als fünf Wochen geschlossen haben et cetera.

Österreichweit entsprechen im Durchschnitt weniger als 30 Prozent aller Kindergärten diesen Kriterien, in Wien sind es aber über 90 Prozent. Es gibt Bundesländer wie Tirol, Vorarlberg, Kärnten, wo der Halbtagesanteil, also der Anteil jener Kindergärten, die vor 12 oder 1 zusperren, jenseits der 15 Prozent liegt. Und von jenen, die ganztägig geöffnet haben, haben zum Beispiel in Vorarlberg 38 Prozent zu Mittag zu.

Frau Kollegin Leeb! Sie sagen, Sparen bedeutet an sich nicht, dass man sich irgendetwas nicht leistet. – Nun ja: Wenn das eh nicht so ist, dann würde ich einmal empfehlen, dass in allen Bundesländern, wo die ÖVP eine relevante Rolle einnimmt, zumindest die elementare Bildung einmal auf Stand gebracht wird! Es kann doch nicht sein, dass 38 Prozent der Kindergärten zum Beispiel in Vorarlberg zu Mittag geschlossen haben! Dann brauchen wir doch mit elementarer Bildung gar nicht anfangen! *(Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.)* Den Gemeinderat geht an, wie es in Wien ist! Darauf komme ich gerne zurück.

Ich mache noch zwei weitere Gründe fest, warum das Bildungssystem in Österreich so himmelschreiend ungerecht ist, nämlich auch deswegen, weil es so viele Zäsuren im Bildungssystem gibt. Es gibt in ganz Europa zwei Länder, in denen die erste Bildungszäsur, das heißt, die erste Entscheidung, was man weiter tun will, im Alter von zehn Jahren vorgenommen wird. In ganz Europa gibt es nur zwei Länder, in denen das so ist! Bei der Vielzahl aller Länder wird die erste Bildungsentscheidung erst mit 16 getroffen. Das kann

man sich als gelernter Österreicher gar nicht vorstellen! Unter diesen Staaten befinden sich Finnland – also eine gute bildungspolitische Benchmark – Norwegen, Spanien und auch die USA und Kanada. Dort liegt die Zäsur bei 16 Jahren. Es gibt einige Länder, in denen diese Entscheidung mit 15 Jahren gefällt werden muss, und in vielen Ländern mit 14. Außer in Österreich muss nur in Deutschland diese Entscheidung bereits mit 10 Jahren getroffen werden.

Was geschieht bei diesen Zäsuren? – Bei all diesen Zäsuren wird ausgesiebt, und zufälligerweise werden bei all diesen Zäsuren immer genau die ausgesiebt, deren Eltern nicht Akademiker sind oder deren Eltern keine Matura haben. Ich bin Soziologe, lieber Kollege Aichinger, und ich kann Ihnen sagen: Dafür gibt es sogar einen Begriff, das heißt Bildungstrichter. Das heißt, dass zum Beispiel bei Kindern von Akademikern im Durchschnitt bei jeder Zäsur zwischen 2 Prozent und 10 Prozent ausgesiebt werden; höchstens 10 Prozent, das kommt aufs Bildungssystem an. Bei Kindern von Pflichtschulabgängern beträgt dieser Anteil hingegen pro Zäsur, an der ausgesiebt wird, zwischen 30 und 50 Prozent.

Nun kann man sich das überlegen: Im österreichischen Bildungssystem gibt es eine, zwei, drei, vier Zäsuren. Das ist himmelschreiend ungerecht! Das ist das Gegenteil von individueller Förderung! Das sind zwei Gruppen. Wie heißt es da: Ins Kröpfchen und ins Töpfchen!? Das sind Gruppen, die als leistungshomogen bezeichnet werden – wirklich toll! –, und in diesen Gruppen geschieht genau was nicht? – Es wird nicht individuell gefördert.

Frau Kollegin Leeb! Sie reden von Zwei-Klassen-Bildung in Wien: Diese Art von Zwei-Klassen-Bildung haben Sie erfunden, diese verteidigen Sie und dagegen kämpfen wir an! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Jetzt zu Wien und zu uns: Was wollen wir genau, und was wollen wir nicht? – Wir wollen einen massiven Aufbau von elementaren Bildungseinrichtungen. Wir wollen einen massiven Ausbau auch von ganztägiger Betreuung am Nachmittag. Übrigens beträgt die Quote der ganztägigen Betreuung am Nachmittag in Wien 50 Prozent und im Österreichdurchschnitt 24 Prozent. Da dürfte sich in Wien auch etwas verändert haben, nachdem wir ja schon seit Jahren Zeit haben!

Das wollen wir: Wir wollen gemeinsame Schulmodelle, wir wollen Ganztagschulen, wir wollen einen massiven Ausbau an elementaren Bildungseinrichtungen und individueller Förderung. Die FPÖ will diese Schritte nach vorne nicht mitgehen. Im Gegenteil: Sie will zurück. Der Parteivorsitzende der Freiheitlichen Partei Kärnten fordert die Wiedereinführung der Tätschen im Unterricht. Wirklich toll! Das ist ein Rückschritt der Pädagogik vor das 19. Jahrhundert! – So viel zur Bildungspolitik nach vorne.

Die ÖVP will ungefähr das, wie es auf Stand ist. Das finde ich auch schade! Kollege Spindelegger hat gestern in der „Kronen Zeitung“ gesagt, wir zahlen nur noch für Kinder, wenn man das so macht wie die SPÖ. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie wollen die Wahrheit nicht hören! In*

Ihren Kinderheimen hat es Tätschen gegeben! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Ich wollte es kurz machen, Herr Kollege Jung! Jetzt muss ich warten, bis Sie fertig sind. Dann bringe ich das Spindelegger-Zitat. Interessiert Sie das auch? – Herr Kollege Spindelegger sagt im Zusammenhang mit der SPÖ-Forderung zum Bildungssystem, dass wir „nur noch für Kinder zahlen, und die Eltern ihre Kinder so früh wie möglich den ganzen Tag in einer staatlichen Einrichtung abgeben, sie in eine Ganztagschule schicken und auf diese Weise nicht mehr Eltern sein“ sollen. – Wissen Sie, das ist ein kollektives Verunglimpfen von Eltern, nämlich von zig Tausend Eltern, die ihre Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen haben, und das als Stadtpartei! Na, viel Glück! *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Ich wollte zehn Minuten reden, aber das habe ich nicht geschafft!

Was tun wir in Wien? – Es gibt Rekordinvestitionen in den Kindergarten. Wir sagen es nicht nur, wir tun es. Wir investieren 590 Millionen EUR in den Kindergarten! Kein anderes Bundesland ist auch nur prozentweise so nahe dran! Wir hatten im Jahr 2011 89 000 Kindergarten- und Hortplätze. Wir haben also allein in den letzten 2 Jahren 6 500 Kindergartenplätze geschaffen. Das geht auch, obwohl es einen Mangel an PädagogInnen gibt. Das wurde gesagt, und das stimmt auch. Wir bilden aber auch als einziges Bundesland mit einzelnen Lehrgängen PädagogInnen aus. 2011 sind 67 Studierende nicht als Osttanten, sondern als AbgängerInnen des Lehrgangs „Change“ gekommen, und im März werden 4 neue Lehrgänge gestartet.

Wir ziehen das Schulsanierungspaket durch, und zwar massiv mit 142 Schulen, an denen zum gegenwärtigen Zeitpunkt gearbeitet wird. Bis 2017 werden 570 Millionen EUR in 242 Schulen investiert worden sein. Und natürlich betreiben wir auch Schulsozialarbeit, und zwar nicht nur mit 20 Schulsozialarbeitern, sondern mit 27 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern. Dazu gibt es 149 BeratungslehrerInnen und 48 psychologische BetreuerInnen. Es kann mehr sein, überhaupt keine Frage! Deswegen ist Zuweisung gut, wir diskutieren gerne darüber. Frau Kollegin Schmied beziehungsweise Frau Ministerin Schmied diskutiert ja auch gerade darüber, ob man diese im Rahmen des Dienstrechts auch zu den Lehrern dazunehmen kann: Das ist eine spannende Idee!

36 Ganztageschulen mit verschränktem Unterricht zeigen auch, dass wir nicht von Wien nicht reden wollen, sondern dass sich das bei zu kurzen Redezeiten manchmal einfach nicht ausgeht.

Zum Thema Lesen: Jetzt hätte ich noch eine ganze Seite! Wir tun ziemlich viel. Der Lesetest war zum ersten Mal eine wirklich großartige Sache. Zugleich gibt es einen Intensivkurs Lesen für jene, die es brauchen. Das ist ein Crashkurs für jene, die neu dazu kommen und geringe Deutschkenntnisse besitzen.

Zum Thema Deutsch nur eine Bemerkung: Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir meinen, dass es nicht relevant

ist, ob man Deutsch kann oder nicht, möchte ich sagen, natürlich ist das total zentral! Das möchte ich jetzt nur für den Fall, dass irgendjemand das Gegenteil behauptet, zum Besten geben. Das ist ja völlig klar. Allerdings ist Ghettoisierung und Wegsperrungen, damit man dann erst in die Schule gehen kann, kein Zugang zur Bildung! Der Zugang zur Bildung ist, dass man durchgängige Bildungskarrieren statt Ghettos schafft. Und durchgängige Bildungskarrieren schafft in Österreich momentan nur ein Bundesland annähernd, nämlich jenes mit elementaren Bildungseinrichtungen in ausgeglichener Zahl. (GR Dominik Nepp: *Annähernd schaffen ist aber noch nicht wirklich schaffen!*) Es gibt immer Spielraum nach oben, überhaupt keine Frage! Auf diese Weise könnte man auch funktionalen Analphabetismus beheben.

Wenn man zum Beispiel zum Schulschwänzbeauftragten gehen will, dann geht man am besten in den Stadtschulrat und klopft an dessen Tür. Das hilft total, er ist dort jeden Tag!

Ich werde jetzt einfach aufhören. Ich hätte noch viel zu sagen, aber es gibt vielleicht übermorgen noch einmal Gelegenheit dazu.

Die Maßnahmen wirken nicht zufällig, sondern sie haben nur deswegen Erfolg, weil dahinter ein starker politischer Wille steht, und zwar ist das ein Wille, nach vorne zu gehen und nicht auf dem Stand zu treten, liebe ÖVP, und nicht zurückzugehen ins 19. Jahrhundert, liebe FPÖ! Bildungspolitisch schaut Wien nach vorne, und das ist natürlich nur möglich, weil es einen starken politischen Willen gibt, nicht nur nach vorne zu schauen, sondern auch etwas zu tun. Und das funktioniert vor allem auch nur deshalb, weil es hunderte beziehungsweise tausende engagierte MitarbeiterInnen, hunderte beziehungsweise tausende Pädagoginnen und Pädagogen und hunderte beziehungsweise tausende engagierte Eltern in dieser Stadt gibt, die uns dabei helfen, und denen gebührt ein riesengroßes Dankeschön! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Anger-Koch. Ich erteile es ihr, wobei ich nunmehr auf die maximale Redezeit von 15 Minuten hinweise.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen und Herren.

Ich werde mich jetzt wirklich kurz halten, möchte zu Herrn Wutzlhofer nur Folgendes sagen: Sie erzählen uns eine einzige Erfolgs-Story. Trotzdem haben wir Probleme, und wir machen Sie immer wieder darauf aufmerksam, dass einiges trotzdem besser gemacht werden könnte.

Betreffend Jugendwohlfahrt sind wir schon lange Bittsteller, dass der Personalengpass, den es dort gibt, endlich behoben wird. Wir wissen, dass nur noch Akutfälle angenommen werden. Minderjährige müssen sechs Monate warten und nicht, was eigentlich die Maximaldauer wäre, sechs Wochen, wie immer zugesagt wird.

Aus den Krisenzentren laufen Sozialpädagogen davon, weil sie Burn-outs haben und es sozusagen einfach nicht mehr aushalten. Dann werden junge Universitätsabsolventen oder Absolventen von Fachhochschulen, also Pädagogen beziehungsweise Sozialpädagogen, aufgenommen, die nicht wissen, wie sie mit diesen Jugendlichen umgehen sollen. – Auch da wird am falschen Platz gespart.

Warum sage ich Ihnen das jetzt noch einmal so eindringlich? – Es hat nämlich diese Woche einen Zeitungsartikel gegeben, in dem zu lesen war, dass selbst die Polizei massive Schwierigkeiten hat, und ich darf Ihnen das Anliegen der Polizei kurz vorlesen. In dem Polizeibericht geht es um straffällige Jugendliche. Die Polizei ist verzweifelt, weil keiner weiß, was mit den Jugendlichen getan werden soll. Die MA 11 lehnt diese Jugendlichen ab, sie tut nichts für diese Jugendlichen. Die Jugendlichen besuchen eine Schule, sind aber im Grunde genommen eigentlich nie dort. – So kann man Jugendliche doch nicht in ihr Leben hinauslassen!

Ich möchte Ihnen das nur zitieren, um zu zeigen, dass selbst die Polizei verzweifelt ist: „Rücksprachen mit dem Jugendamt ergaben, dass die Burschen zwar bekannt seien und auch immer wieder zu Gesprächen eingeladen werden, aber diese nicht wirklich erscheinen beziehungsweise beratungsresistent sind. Für Auslandsaufenthalte, Outdoor-Pädagogik oder Ähnliches für solche unmündigen Intensivtäter sind die Mittel gestrichen worden und somit nicht mehr durchführbar.“ – Das schreibt die Polizei.

Ich zitiere weiter: „Tatsache ist aber, dass dadurch den augenscheinlich überforderten Eltern und eben auch diesen unmündigen Burschen nicht jene Hilfe zukommt, um zu verhindern, dass einer dieser Burschen demnächst mal eine Tat begeht, bei dem Personen schwer verletzt werden. Das Aggressionspotenzial ist bei beiden vorhanden.“

Ich ersuche Sie also wirklich: Nehmen Sie sich entweder dieser Fälle an – damit sind mehrere Kinder gemeint –, oder kooperieren Sie besser mit der Polizei oder geben Sie der MA 11 die Mittel, damit sie diese Probleme beheben kann!

Mein zweites Anliegen ist der Sport. Aber das ist ja nichts Neues, weil ich immer wieder für den Sport kämpfe. Meine Kollegin Isabella Leeb hat schon angesprochen, wo es bautechnisch bei uns hapert: Wir haben im Grunde genommen keine Hallen, wo die Sportler und Sportlerinnen ihre Trainingseinheiten absolvieren können, und somit können auch die Spitzensportler ihre Trainingszeiten nicht einhalten.

Ich rede hier jetzt natürlich einerseits vom Stadthallenbad, wo wir das Debakel mit dem Schwimmen hatten. (GR Dominik Nepp: *Es bleibt im Stadthallenbad beim Trockentraining!*) Ja genau: Trockentraining! Andererseits erwähne ich aber auch die Umbauarbeiten beim Hanappi-Stadion, die wir natürlich begrüßen. Trotzdem hat uns die Geschichte gezeigt, dass es bei großen Bauvorhaben über ein paar Millionen Euro letztlich nie gut ausgeht, wie man sich das eigentlich denkt, und daher haben wir die Befürchtung,

dass auch beim Umbau des Hanappi-Stadions, der 17 Millionen kosten soll, Probleme auftauchen werden.

Die nächste Baustelle, die jetzt angegangen wird, ist das Happel-Stadion, das wir 2008 für die EM um wirklich sehr viel Geld, nämlich um knappe 40 Millionen, umgebaut haben. Jetzt ist es schon wieder baufällig, und es besteht Handlungsbedarf. Sie dürfen aber nicht vergessen, dass Sie durch solche Umbauarbeiten auch den Sportlern und Sportlerinnen immer wieder Trainingseinheiten nehmen. Im Hinblick darauf habe ich schon oft Anfragen gemacht und Anträge gestellt, dass wir in Wien ein ordentliches Sportstättenkonzept erstellen sollten, damit eben Trainingseinheiten ordnungsgemäß abgehalten werden können. In diesem Zusammenhang habe ich auch entsprechende Öffnungszeiten in den Schulturnsälen während der Ferienzeit angeregt. Ich weiß, dass Sie das voriges Jahr gemacht haben, und ich möchte, dass das dieses Jahr wieder geschieht, damit mehr Vereine dort ihre Trainingseinheiten durchführen können.

Ich meine, dass Sport immer wichtiger wird. Wir haben dieses Thema heute im Zusammenhang mit Integration besprochen. Aber Sport ist auch Bestandteil einer umfassenden Bildung. Wir wissen ganz genau: Je mehr Sport die Kinder betreiben, desto eher können sie sich dann auch im Unterricht konzentrieren. Eigentlich sollte ich anregen, dass wir alle jetzt ein bisschen Sport machen, denn es ist halb zehn, und dann würden Sie vielleicht wieder aufmerksam zuhören! – Danke.

Weiters legen Kinder dann auch weniger aggressives Verhalten an den Tag. – Wir wissen, dass Sport die Gesundheit fördert. Im Grunde genommen brauchen wir das im Sinne der Nachhaltigkeit. Wie wir heute gehört haben, wird gerade auch im Gesundheitsbereich wieder sehr viel Geld investiert, und ich denke, dass auch in diesem Bereich nachhaltige Konzepte gefordert sind.

Jetzt halte ich Sie nicht mehr länger auf, denn ich will dann auch nach Hause gehen. – Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kops. Ich erteile es ihm.

GR Dietrich **Kops** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Mein Fraktionskollege Dominik Nepp hat schon viele Missstände und Verfehlungen der rot-grünen Stadtregerung und des Ressorts von StR Oxonitsch unter die Lupe genommen. Ich möchte jetzt noch einen kurzen Rückblick auf die vergangenen Jahre der Misswirtschaft des Ressorts Oxonitsch geben.

Das Ressort des Herrn Stadtrat ist gekennzeichnet von Pleiten, Pannen und Skandalen. Wir haben auch heute schon davon gehört, etwa betreffend das Stadthallenbad. Dort wurde monatelang ohne Kontrolle herumgewerkelt. Dann ist man kurz vor der Eröffnung draufgekommen, dass die Becken undicht sind und die Fliesen herunterfallen. Es gab also keine Kontrolle.

Das nächste Kapitel ist der Kindermissbrauchskandal auf dem Wilhelminenberg. Diesfalls wird einseitig

recherchiert, es wird nicht nach der politischen Verantwortung gesucht, und man redet sich immer auf den Datenschutz aus. Dabei weiß man, dass ohnedies nicht nur das Jugendheim auf dem Wilhelminenberg betroffen ist, sondern dass es viele Heime der Stadt Wien gibt, die Skandale aufzuweisen haben.

Wie ging es dann weiter? – Mein Vorredner hat es schon erwähnt. Kurz vor dem Ausschuss bekommen wir von der Historikerkommission 533 Seiten übermittelt. Wie sollen wir da vernünftig diskutieren? – Das ist auch eine Frechheit beziehungsweise eigentlich eine Schande.

Ein weiterer Punkt ist der Skandal – vielleicht wissen es einige noch, die meisten haben es aber sicherlich schon verdrängt – um die Bastelbeiträge in den Kindergärten: Den Kindergärten, die brav gespart haben, wurden die Bastelbeiträge kurz vor Jahresende entzogen.

Nun komme ich zum hochgelobten Gratiskindergartenjahr. Das war im Jahr 2010 ein Wahlkampfschlager der SPÖ. Was ist daraus geworden? – Es gibt viel zu wenig Personal, kaum Plätze, das Ganze ist ein Chaos.

Meine Damen und Herren! Ich könnte jetzt noch viele Pleiten, Pannen und Skandale aufzählen. Dann würden wir aber wahrscheinlich noch bis Mitternacht hier sitzen, und das will ich Ihnen nicht antun.

Etwas möchte ich aber noch erwähnen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Stadtrat! Sie haben die letzten zwei Jahre zigtausende Euro für unsinnige Inserate ausgegeben und somit Steuergelder verschwendet. Diese Steuergelder wurden verschwendet, nur damit Sie, Herr Stadtrat, eine gute Presse haben. Sinnvoller wäre es gewesen, wenn Sie gute Arbeit geleistet hätten! Dann würden Sie den Steuerzahlern viel Geld ersparen, und Sie hätten gleichzeitig eine gute Presse, Herr Stadtrat!

Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen jetzt einige Inseratenkampagnen der vergangenen zwei Jahre wieder in Erinnerung rufen, denn das vergisst man leider auch viel zu schnell. – Ich nenne jetzt zum Beispiel die Werbung im Homobereich für Pflegeeltern. Auf der anderen Seite gibt es aber eine Warteliste bei Heteropaaren, und unter diesem Aspekt ist Werbung im Homobereich für Pflegeeltern, abgesehen vom moralischen Standpunkt, unsinnig und eine Geldverschwendung!

Ein weiteres Beispiel ist die Werbung gegen Gewalt auf dem Fußballplatz. Diese Kampagne hat rund 1 Million EUR gekostet und ist auch vollkommen unsinnig, denn mit Inseraten kann man keine Gewalt verhindern.

Außerdem gibt es auch Werbung für die Nachmittagsbetreuung: Diesfalls wird Werbung für einen privaten Verein gemacht, bei dem ganz zufällig die SPÖ-Gemeinderätin Straubinger stellvertretende Vorsitzende ist. Das ist ebenso unsinnig! Wen soll diese Werbung ansprechen? – Den Pensionisten, der in der Früh seinen Kaffee trinkt? Die Eltern, deren Kinder keine Nachmittagsbetreuung haben, werden sich jedenfalls gefrotzelt fühlen, meine Damen und Herren!

Meine Damen und Herren! Weiters gibt es eine weitere Inseratenschaltung für den Tag der offenen Tür. Das ist auch eine Verschwendung von Steuergeldern, weil die Schulen intern dafür bestens Werbung machen. Dafür brauchen Sie keine Werbung machen, Herr Stadtrat!

Meine Damen und Herren! Das war nur eine kurze, unvollständige Aufzählung der Inseratenschaltungen des Ressorts Oxonitsch. Hier werden einerseits Steuergelder verschwendet, nur um indirekt Eigenwerbung für den Herrn Stadtrat zu machen. Und auf der anderen Seite wurde den Kindergärten, wie gesagt, der Bastelbeitrag gestrichen. Außerdem gibt es zu wenige gut ausgebildete KindergärtnerInnen und viel zu wenige Kindergartenplätze. Die Kindergärten platzen aus allen Nähten, teilweise sind 25 bis 30 Kinder in einer Gruppe. HelferInnen müssen zum Teil die Arbeit von KindergärtnerInnen übernehmen, weil es viel zu wenig ausgebildete Kindergärtnerinnen und Kindergärtner gibt.

Und was tun Sie, meine Damen und Herren von der Stadtregierung? – Sie verschleudern das dringend benötigte Steuergeld für unsinnige Inserate und Förderungen für dubiose Vereine und Projekte! – Ich nenne Ihnen jetzt einige Beispiele.

So gehen etwa 100 000 EUR an den Verein s2Arch für das Projekt Errichtung von Schulgebäuden in Townships von Johannesburg und Port Edward/Südafrika. – Ganz zufällig ist in diesem Verein Mag Christoph Chorherr von den GRÜNEN Obmann.

Dann geht es weiter: 20 000 EUR gehen an den Verein Jugend Eine Welt – Don Bosco Aktion Österreich für das Projekt Schülerinnen haben Recht auf Erziehung und Schutz in Sri Lanka.

Weitere 20 000 EUR gehen an die Österreichisch-Ugandische Freundschaftsgesellschaft für das Projekt Schulische Infrastruktur für Rusekere in Uganda.

Dann geht es weiter: 20 000 EUR an Hope 87 Österreich für das Projekt Nachtschule für Straßenkinder in Dhaka in Bangladesh.

Wenn ich jetzt noch weiter aufzähle, würden wir bis Mitternacht hier sitzen. Hier ein letzter Punkt: 20 000 EUR gehen an den Verein Sonne International für das Projekt Tagesbetreuungsstätte für Straßenkinder in Yangon in Myanmar. (*Zwischenruf von GR Dipl-Ing Martin Margulies.*)

Auf der anderen Seite stellt sich die Vizebürgermeisterin hierher und sagt, dass sie auf das Geld der Wienerinnen und Wiener schaut und dieses Geld für Projekte in Wien einsetzt. – All das waren aber keine Projekte, die Wien betreffen!

Das war nur ein kurzer Auszug aus den Förderungen, die leider am Donnerstag beschlossen werden, meine Damen und Herren. – Wir meinen: Solange unsere Kinder in Containerklassen gehen und dort unterrichtet werden, und so lange es zu wenig gut ausgebildete KindergärtnerInnen und zu wenig Kindergartenplätze gibt, meine Damen und Herren, darf kein müder Cent mehr ins Ausland gehen! – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu

Wort gemeldet ist Frau GRin Gaal. Ich erteile es ihr.

GRin Kathrin **Gaal** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich muss zugeben, dass viele der Wortmeldungen meiner Vorrednerinnen und Vorredner in mir ein wirklich sehr ungutes Gefühl hervorrufen. Es zeigt sich durch solche Debattenbeiträge aber auch wieder einmal genau, wie unterschiedlich unsere Zugänge zur Politik sind und wie unterschiedlicher vor allem unser Niveau ist, wenn wir Politik machen! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich kann und will nicht im Einzelnen auf viele dieser absurden Wortmeldungen eingehen, aber ein paar inhaltliche Punkte möchte ich Ihnen trotzdem nicht ersparen.

Wir sind in dieser Stadt und vor allem auch in dieser Geschäftsgruppe wirklich sehr stolz auf unser gut ausgebildetes und sehr gut motiviertes Personal. Im Falle der MA 11, dem Amt für Jugend und Familie, sprechen wir von sehr gut ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die tagtäglich eine wirklich schwierige Aufgabe bewältigen, und dafür sage ich ihnen jetzt einmal ein herzliches Dankeschön! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Die Aufgaben der MA 11 sind vielschichtig. Sie umfassen Eltern-Kind-Zentren und Elternschulen, die im Erziehungsalltag helfen und die so wichtigen Pflegefamilien unterstützen, weil ja zirka 1 600 Kinder in dieser Stadt bei Pflegefamilien leben. Weiters gibt es finanzielle Überprüfungs-hilfen oder Urlaubs- und Erholungsangebote für Familien mit geringem Einkommen.

Derzeit beschäftigen die MA 11, die Stadt als Ganzes und somit auch uns in der Politik Übergriffe auf und Misshandlungen von Kindern und Jugendlichen in Wiener Heimen in den 50er, 60er und 70er Jahren. Nach Bekanntwerden erster Vorwürfe hat die Stadt unverzüglich reagiert. (*Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.*) Nein, nein! Das ist gar nicht wahr! Die Historikerkommission hat sogar begonnen, und die Wilhelminenberg-Kommission war die Zweite!

Nichtsdestotrotz übernimmt mittlerweile die anerkannte Opferschutz-einrichtung Weisser Ring ... (*Zwischenruf von GR Mag Dietbert Kowarik.*) Hören Sie mir zu, Kollege Kowarik! Sie wissen genau, dass das, was Sie sagen, nicht wahr ist! Sie wissen es ganz genau! Der Bericht wurde seinerzeit von der MA 11 in Auftrag gegeben. (*GR Mag Wolfgang Jung: Und abgelegt!*) Folglich hat man schon damals reagiert!

Der Weisse Ring hat jetzt die Betreuung der Opfer übernommen, betreut sie in jeglicher Art und Weise und hilft ihnen bei der Abwicklung von Entschädigungsleistungen aller Art.

Vor Kurzem wurde uns auch der Bericht der Historikerkommission unter Univ-Prof Dr Sieder präsentiert, und natürlich – das hat Herr StR Oxonitsch schon im Ausschuss gesagt – kann über diesen Bericht jederzeit und auch gemeinsam mit Herrn Prof Sieder wieder gesprochen werden! – Es ist dies ein Bericht, mit

dem vielen Opfern endlich Gehör verschafft wurde, der ihr Leid dokumentiert und anerkennt und der wirklich zutiefst schockiert und berührt.

Mit den besonderen Vorfällen auf dem Wilhelminenberg beschäftigt sich eine eigene Kommission, und auch diese wird den Opfern, die dort gelebt haben, eine entsprechende Stimme geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung. Wir fordern eine lückenlose Aufklärung, und damit setzen wir auch das entsprechende Zeichen. Wir können jedoch Geschehenes leider nicht ungeschehen machen. *(GR Mag Wolfgang Jung; Und was werden die Konsequenzen sein?)*

Die heutige Wiener Jugendwohlfahrt, Herr Kollege Nepp, hat österreichweit höchste Standards, und sie ist auch immer wieder bereit, sich weiterzuentwickeln und zu verbessern. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das haben Sie damals auch schon gesagt!)* Ich rede von der heutigen Wiener Jugendwohlfahrt. Das war eine ganz andere Zeit, Herr Kollege Jung! Sie müssen es wissen!

Deshalb werden die letzten größeren Einrichtungen, die jetzt noch in den Bundesländern vorherrschen, geschlossen. Die Kinder werden in die entsprechenden sozialpädagogischen WGs in Wien ziehen und somit in ihrem gewohnten Lebensumfeld leben können.

Vergangene Woche hat eine Enquete in diesem Zusammenhang stattgefunden, bei der StR Oxonitsch und die verantwortlichen Abteilungsleiter sich für die wichtige und zukünftig verstärkte Kooperation zwischen den zuständigen Abteilungen, nämlich zwischen der Abteilung MA 11 und MA 13, ausgesprochen und festgestellt haben, dass das voll im Interesse der Kinder und Jugendlichen liegt.

Damit komme ich auch schon zur MA 13, die in ihrem Bereich ebenso hervorragende Arbeit leistet. Als beispielhaft möchte ich die Fairplay-Teams bezeichnen, die in den Bezirken unterwegs sind und sich dort um gegenseitiges Verständnis und um gegenseitige Rücksichtnahme im öffentlichen Raum bemühen. Das ist ein voller Erfolg! Der 15. Bezirk hat bereits auf ganzjährige Betreuung umgestellt, und auch in Favoriten wurde bereits saisonal erweitert. Eine wichtige arbeitsmarktpolitische Maßnahme der MA 13 ist das Projekt „spacellab“, welches Unterstützung für Jugendliche bei der Bildungs- und Berufsplanung bietet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus Zeitgründen ist es mir nicht möglich, auf alle Abteilungen dieser Geschäftsgruppe einzugehen. Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, mich bei den Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für die ausgezeichnete Arbeit zu bedanken. Ebenso danke ich StR Oxonitsch und seinem Team für die hervorragende Zusammenarbeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kowarik. Ich erteile es ihm.

GR Mag Dietbert **Kowarik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine

Damen und Herren!

Frau Kollegin Gaal hat mich jetzt doch noch zu einer Wortmeldung – wie soll ich sagen? – ermuntert beziehungsweise – sagen wir es positiv! – aktiviert und animiert.

Frau Kollegin! Ich sage das jetzt aber im vollen Ernst: Wenn hier von Ihnen suggeriert wird, dass in Hinblick auf diese Skandale, die uns schon länger beschäftigen, wie Sie gesagt haben, immer rechtzeitig und sofort gehandelt wird, dann muss ich Ihnen sagen, dass ich das doch für eine ziemlich kuriose Aussage halte! Das möchte ich hier schon sagen.

Ich habe darauf hingewiesen: Der Bericht der ehemaligen Abgeordneten, Frau Karlsson, der, glaube ich, 1971 herausgekommen ist, wurde vom Magistrat beauftragt. Und jetzt werden die Mittel zur Verfügung gestellt, jetzt! Da liegt doch schon eine gewisse Zeit dazwischen, in der dieses Thema nicht korrekt behandelt und sicherlich nicht richtig aufgearbeitet wurde, und zwar mit allen Konsequenzen! *(Zwischenruf von GRin Kathrin Gaal.)* Das hat das rote Wien vollkommen verabsäumt! *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Und auch die jetzige Vorgangsweise ist kurios, wie Kollege Nepp in seiner Rede schon angemerkt hat, nämlich vor allem auch der Umgang mit den Ausschussmitgliedern: Man bekommt dabei fast den Eindruck, dass man bemüht ist, dass die Ausschussmitglieder die Berichte, die über die Untersuchungen erstellt und von den Kommissionen ausgearbeitet werden, möglichst spät oder gar nicht bekommen.

Wir haben das schon gehört, und Herr StR Oxonitsch hat sich dann auch bemüßt gefühlt, tatsächlich eine Berichtigung zu seinem eigenen Pressepapier per OTS zu schicken. Das ist schon bezeichnend, das möchte ich auch sagen!

Die Forderung nach einer U-Kommission bleibt selbstverständlich weiterhin aufrecht, und ich fordere abermals alle Fraktionen in diesem Haus auf, hier auch dafür zu stimmen und eine wirkliche Erarbeitung im Hinblick auf die politische Verantwortlichkeit für die Skandale zu ermöglichen. Diese hat es bis jetzt noch nicht gegeben, das haben wir auch gehört.

Ich habe mit dem Herrn Professor nachträglich noch gesprochen, und er hat gesagt, das war nicht meine Aufgabe! – Und das stimmt auch! Wenn man sich den Vertrag durchliest, dann sieht man, dass es nicht seine Aufgabe war, diese politische Verantwortung herauszufiltern. Das ist im Wesentlichen auch nicht die Aufgabe der Helige-Kommission, die sowieso nur auf einen Bereich fokussiert ist.

Vielmehr ist es unsere Aufgabe, die politische Verantwortung herauszufiltern und entsprechende Schlüsse daraus zu ziehen, und zu diesem Zweck ist natürlich zweifellos eine Untersuchungskommission das beste Instrument. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt noch zu zwei Aussagen kurz Stellung nehmen, die Kollege Wutzlhofer zum Besten gegeben hat, wobei ich dazusagen möchte, dass es teilweise schwierig war, ihm

zu folgen, weil er wirklich sehr schnell gesprochen hat. Kollege Wutzlhofer! Sie haben uns Ghettoisierung vorgeworfen. Herr Kollege! Diesen Vorwurf kann ich eins zu eins per Ping Pong zurückgeben: Das haben schon Sie zusammengebracht! Diese Zwei-Klassen-Gesellschaft bei der Bildung in Wien ist von der SPÖ hausgemacht. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf von GR Dipl.-Ing Rudi Schicker.)* Ich weiß, wovon ich rede, Herr Kollege Schicker! *(GR Dipl.-Ing Rudi Schicker: Sie sind für eine Teilung!)*

Herr Kollege! Ich weiß, wovon ich rede: Ich persönlich – ich glaube, ich habe es eh schon einmal gesagt – bin in eine öffentliche Volksschule im 15. Bezirk gegangen. Meine Eltern haben darauf Wert gelegt, dass ich in keine konfessionelle, sondern in eine öffentliche Schule gehe, und ich möchte das auch bei meinen Kindern so halten. Ich bin in die Oskar-Spiel-Schule in die Friesgasse gegangen. Wer den 15. Bezirk kennt, der weiß, wo diese Gasse und diese Schule sind. Daneben befindet sich eine riesengroße kirchliche Schuleinrichtung. Und ich sage Ihnen jetzt eines, und alle, die da sitzen, werden genauso denken, wenn es um ihre eigenen Kinder geht: Sie würden ihre Kinder sicherlich nicht mehr in die Schule schicken, in die ich gegangen bin! Der Ausländeranteil in dieser Schule ist sehr hoch, er ist viel höher als in der privaten Schule, und es ist Tatsache – das können Sie nicht ableugnen! – , dass jeder, der es sich leisten kann, seine Kinder nicht in diese öffentliche Volksschule, sondern in die Privatschule daneben schickt. Sie können sich das sogar vor Ort in der Früh anschauen, wenn Sie sich dorthin stellen! Diese Ghettoisierung, Herr Kollege Wutzlhofer, ist also SPÖ-hausgemacht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Darauf könnte man natürlich reagieren, nur sollte man das Problem halt ohne Scheuklappen wirklich offensiv und entsprechend ehrlich angehen. Das vermisste ich aber leider Gottes bei Ihnen!

Noch etwas ist mir ein Anliegen: Jung bin ich nicht mehr, aber als frischer Vater – wie ich es ausdrücken möchte – bin ich fest überzeugt davon, meine Damen und Herren, dass die elementarste Bildungseinrichtung nicht staatliche Einrichtungen, sondern verantwortungsvolle Eltern sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wichtig sind zu diesem Zeitpunkt vor allem verantwortungsvolle Eltern, die das Beste für ihre Kinder wollen. Und ich glaube, es ist unbedingt notwendig – damit sind wir mitten in einer Diskussion, die interessant wäre und die wir vielleicht zu einer anderen Stunde einmal führen –, dass man den Eltern Wahlmöglichkeiten gibt. Es muss nicht alles staatlich organisiert sein. Ich sehe das vielleicht anders, aber jedenfalls muss man die Wahl geben. Es muss nicht jeder so denken wie ich, aber es muss auch für Frauen und Männer, die ihre Kinder möglichst lang zu Hause erziehen wollen, eine entsprechende Möglichkeit geschaffen werden, und diese Variante muss genauso unterstützt werden wie alle anderen. Und das vermisste ich sehr! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt auch noch ganz kurz: Frau Kollegin Leeb hat in ihrem Redebeitrag gemeint, Frau Kollegin Wurzer habe

sich im Ausschuss nur ein einziges Mal in Szene gesetzt. – Das stimmt nicht, Frau Kollegin Leeb! Sie hat sich zwei Mal in Szene gesetzt. Ich glaube, beim zweiten Mal ging es um die Förderung für Landesmeister: Vereine bekommen jetzt für weibliche Landesmeister mehr Geld als für männliche. – So viel zur Diskriminierung.

Das Amerlinghaus war auch schon Thema. – Wir wissen inzwischen spätestens nach der Geschichte, die wir auch schon gehört haben, wie man beim Herrn Stadtrat zu einem Termin kommt, wenn man Geldnöte hat: Man stellt sich vor das Rathaus und schreit: „Ox-Ox-Oxonitsch, kumm auß, wir wollen mit dir reden!“ – Das ist ein Zitat, das auf irgendeiner Homepage war. Sie können es googeln, Sie werden es finden. Und das ist – sagen wir es einmal so – keine liberale Homepage.

Das kann man lustig finden. Tatsache ist aber: Dort werden Millionen Euro verspekuliert, wobei es darüber einen Streit gab, ob es 20 Millionen EUR waren. Ich weiß es nicht, ob es 20 Millionen EUR waren, Herr Kollege! Tatsache ist jedenfalls: Dort wurde Geld verspekuliert. Sie werden den Kontrollamtsbericht vielleicht auch gelesen haben, und wenn man sich diesen durchliest, dann stellt man fest, dass das Ganze schon kurios ist! Man muss sich nur die Homepage dieser ganzen Organisationen durchlesen, die sich bemüßigt fühlen, ihren Ideen nachzugehen, was ihnen unbenommen ist. Aber diese verspekulieren – um diesen Jargon zu verwenden – auf schlimmste kapitalistische Art und Weise Fördergelder, die nicht ihnen gehören. Das ist meines Erachtens in Wirklichkeit auch strafrechtlich relevant. Und interessanterweise hat es dazu dann noch einen Folgebericht gegeben. *(Zwischenruf von GRin Kathrin Gaal.)* Frau Kollegin! Das ist so! Schauen Sie einmal im StGB nach, worum es sich handelt, wenn Sie Geld nehmen, das nicht Ihnen gehört, und auftragswidrig verwenden! Dazu braucht man kein Jurist zu sein!

Es hat dann noch einen Folgebericht dazu gegeben, in dem festgestellt wurde – ich habe extra beim Kontrollamt nachgefragt –, dass die noch einmal Geld genommen und verspekuliert haben! – Also das ist schon eine starke Leistung für linksextremistische Politik! Man weiß, was man davon halten kann.

Und ich habe Ihnen auch schon öfters gesagt, meine Damen und Herren, dass es auch bezeichnend für diese Stadt ist, dass Organisationen, die sich selbst als linksextremistisch beschreiben und die krusesten Ideen im Internet vertreten – schauen Sie sich das an, das ist teilweise amüsant! –, nicht mit wenig Geld, sondern mit hunderttausenden Steuermitteln unterstützt werden. Es soll jeder seine Meinung und auch das Recht haben, diese darzulegen, allerdings ist man da halt seitens der Stadt Wien – wie soll ich sagen? – auf einem Auge blind beziehungsweise geht hinsichtlich Förderung sehr einseitig vor.

Meine Damen und Herren! Ich möchte das Ganze jetzt nicht noch verlängern, obwohl ich mir noch einige Sachen aufgeschrieben hätte. – Über die Stadthalle haben wir schon gehört. Es wird wohl noch länger dauern, bis diese tatsächlich eröffnet wird. Ich bin schon

neugierig, wann es wirklich so weit sein wird! Und es wird noch interessant sein, herauszufinden, wo die Verantwortung dafür tatsächlich angesiedelt ist. Ich meine, ein bisschen Bauaufsicht sollte man schon machen!

Subventionen sind generell ein interessantes Thema. Das haben wir von Kollegen Nepp auch schon gehört.

Die MA 13 und außerschulische Jugendbetreuung hat Frau Kollegin Gaal zuletzt noch angeführt. – Da fällt mir aber noch etwas ein: Als ich mit dem Kinderwagen durch den 15. Bezirk spazieren gegangen bin, habe ich den Werbeslogan der Wiener Linien gesehen. Er lautet „Die Stadt gehört dir!“ oder so ähnlich. Die SPÖ macht das umgekehrt. Sie sagt: Die Stadt gehört mir! (*GRin Ing Isabella Leeb: „Wir sind Wien!“*) Ja! „Wir sind Wien!“ – Die Übergänge zwischen der SPÖ und der Stadt Wien sind fließend. Das kennen wir ja. Interessant war – wir haben uns das im Internet angeschaut –, dass bei den mindestens 30 Pensionistenklubs der Stadt Wien zufällig im gleichen Lokal auch die SPÖ angesiedelt ist. Das ist sehr praktisch! Da kann man die Herrschaften gleich abholen!

Jetzt kommen wir wieder zur außerschulischen Jugendbetreuung. Sie werden den Verein Zeit!Raum kennen. Ich kenne diesen im 15. Bezirk sehr gut, und ich kenne auch die Protagonisten dieses Vereins, eine kenne ich sogar persönlich, sie war Bezirksrätin der SPÖ in meinem Bezirk, der andere ist auch schon vom Euroteam-Skandal bekannt und hat natürlich auch eine rote Vergangenheit und Gegenwart. – Dieser Verein Zeit!Raum hat im 15. Bezirk ein Lokal. Und wer ist zufälligerweise da drinnen? Sie werden es sicherlich erraten können! Herr Kollege Deutsch! Sie werden es vielleicht sogar wissen: Es ist eine SPÖ-Sektion! Das ist aber auch praktisch. Man teilt sich das Lokal und holt sozusagen die Wienerinnen und Wiener von der Wiege bis zur Bahre gleich ab.

Der Verein Zeit!Raum – das ist auch nichts Neues – ist in unserem Bereich angesiedelt und bekommt hunderttausende Euro an Förderungen. Wir sind das ja gewohnt! Aber idealistische Vereinsarbeit im ursprünglichen Sinne ist meiner Meinung nach in Ihrem Bereich nicht vorhanden! – Das ist eine interessante Vorgangsweise und auch nicht ganz das, was man sich unter Trennung von Parteipolitik und Aufgabenbereichen der Stadt Wien vorstellt! Sagen wir es einmal vorsichtig: Diese Trennung ist nicht ganz schlüssig.

Ich erspare es Ihnen, dass ich jetzt meine restliche 3 Minuten und 36 Sekunden auch noch nütze. – Wir werden diesem Rechnungsabschluss selbstverständlich nicht zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet, mit Ausnahme des Amtsf StR Oxonitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich zunächst einmal gleich zu Beginn meiner kurzen Ausführungen schon auch das herzliche Dankeschön an jene Abteilungen, die zu meiner Geschäftsgruppe

gehören, und vor allem an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aussprechen. Ich denke, man könnte sehr rasch hier den Eindruck gewinnen – aber ich stelle das jetzt einmal außer Streit, dass das von allen ja so nicht zu verstehen ist –, dass viel von der Arbeit, die Sie und ihr tagtäglich hier für die Wienerinnen und Wiener leistet, durchaus nicht jenen Stellenwert inne hat, der ihr zweifellos zukommt, und zwar nicht zuletzt auf Grund der Tatsache, dass wir wissen, dass sich die Wienerinnen und Wiener in dieser Stadt sehr wohl fühlen und auch Wien international keinen Vergleich zu scheuen braucht. Dahinter steckt eure Arbeit, dahinter steckt ihr und euer Engagement, und dafür an dieser Stelle gleich eingangs ein herzliches Dankeschön! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Es soll ja – ich stelle auch das außer Streit – keine Geringschätzung der Arbeit sein, wenn hier über die Leistungen der städtischen Büchereien, der Bäder, der Musikschulen, der Jugendzentren und vieler anderer Bereiche nicht so diskutiert wird, dass diese Arbeit sehr wohl gesehen wird und letztendlich einen sehr, sehr wichtigen und wesentlichen Beitrag, gerade für die jungen Menschen dieser Stadt, darstellt. In vielen dieser Bereiche ist natürlich einerseits der Freizeitaspekt, auf der anderen Seite aber natürlich der bildungspolitische Aspekt quer über viele Bereiche dieser Geschäftsgruppe ein ganz wesentlicher.

Daher begrüße ich selbstverständlich das ausgesprochene Interesse, eine etwas intensivere bildungspolitische Debatte zu führen. Ich glaube, wer mich kennt, weiß, es gibt hier keine Bereiche, über die man nicht entsprechende Debatten führen kann. Ich ersuche nur darum, dass man, wenn diese Debatte ernst gemeint ist, tatsächlich all das, was so in Nebensätzen gesagt wurde – man muss die Ideologie beiseite lassen, wir brauchen eine Reform des Bildungssystems, wir brauchen auch letztendlich im Bereich der Analyse durchaus ein Bekenntnis dazu, dass unser Bildungssystem Defizite hat, und zweifelsohne hat es die –, ernst nimmt und ich ersuche letztendlich auch darum, diese Debatte immer im Rahmen der entsprechenden Zuständigkeiten zu führen.

Da geht es nicht um die Frage, schiebt man Verantwortung ab oder übernimmt man sie, sondern welchen bildungspolitischen Anspruch formuliert man und welchen kann man in welchen Bereichen letztendlich auch umsetzen. Und da ist natürlich das, was Kollege Wutzlhofer gesagt hat, schon ein ganz entscheidender Punkt. Wenn man sich die Kompetenzen der Bundesländer ansieht im bildungspolitischen Bereich – und ich glaube, da sind wir uns alle einig, der Kindergarten ist eine Bildungsinstitution –, dann kann man sagen, okay, es ist völlig außer Streit, für diesen Bereich sind die Bundesländer autonom verantwortlich. Hier hat jedes der neun Bundesländer dieselben Aufgaben, dieselben Rahmenbedingungen. In dem Bereich kann man sich durchaus einmal vergleichen.

Und dann, glaube ich, kommt man schon zu dem Schluss, dass das tatsächlich ein Bereich ist – danke auch an den Kollegen Aigner für das ausgesprochene

Lob in dem Bereich –, wo man sehr deutlich sehen kann, wo liegen auch sozialdemokratische Schwerpunktsetzungen und wo wird die Kinderbetreuung immer noch nur unter dem Betreuungsaspekt gesehen und nicht unter dem bildungspolitischen Aspekt.

Aber selbst wenn man es unter dem Betreuungsaspekt sieht, dann kann man schon sagen, nimmt man den auch nicht sonderlich ernst, wenn man zu Mittag 2 Stunden zusperrt oder wenn man um 15 Uhr zusperrt. Für uns war es immer klar: Der Kindergarten hat einen bildungspolitischen Auftrag, und er muss letztendlich einen wertvollen Beitrag für die Vereinbarkeit von Kind und Beruf darstellen. Deshalb ist es halt einfach so, dass bei uns der Kindergarten ganztägig geöffnet hat, dass der Kindergarten auch im Interesse und im Bewusstsein, dass er eine Bildungsinstitution ist, entsprechend gefördert wird, und zwar gefördert wird in einer Vielfalt, mit der wir auch, glaube ich, österreichweit wirklich Vorbildwirkung haben.

Also wenn hier von einer Verstaatlichung der Erziehung gesprochen wird, dann ist das, muss ich sagen, angesichts der Tatsache, dass mehr als die Hälfte der Leistung in diesem Bereich von privaten Trägern, auch in ihrer Vielfalt, in ihrer Methodenvielfalt erbracht wird, ein völlig unangebrachter Vorwurf. Und man muss schon auch sehen, dass diese Einrichtungen seitens der Stadt sehr fair behandelt und alle gleichmäßig beteiligt werden.

Da hilft es auch nichts, wenn man zum dreißigsten Mal den Vorwurf gegen einen entsprechenden Träger vorbringt. Auch dieser Träger wird, wie jede andere Einrichtung, gefördert. Aber nachdem ich diese Diskussion schön langsam aufgabe – wir haben es immer wieder versucht, das auch inhaltlich klarzumachen –, in aller Kürze angesichts der fortgeschrittenen Zeit: Es gibt den Nikolo, es gibt Schweinefleisch, es gibt kein Nägellackiergebot in den Kindergärten, und es gibt auch nicht die Zwickungslehrgänge, oder wie immer das heißen soll.

Wir bekennen uns zur Vielfalt bei den Kindergärten und zu qualitätsvoller Kinderbetreuung. Ich lade jeden ein: Besuchen wir diese Einrichtungen – vielleicht kommt auch der Kollege Nepp einmal –, gehen wir hin, und Sie werden sich überzeugen können, welche gute Arbeit in dieser Einrichtung wie auch in der überwiegenden Zahl der Wiener Kindergärten oder in allen Kindergärten geleistet wird. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Natürlich haben wir auch im Pflichtschulbereich unsere Ansprüche, aber auch unsere Zuständigkeiten. Und auch da ist es ganz klar, in welchen Bereichen Wien die unmittelbare Zuständigkeit hat, in welchen anderen Bereichen wir aber letztendlich Reformschritte nicht allein setzen können. Wenn Sie diese Reformschritte, Kollegin Leeb, ernst nehmen – und ich glaube Ihnen, dass Sie das ernst nehmen –, dann müssen wir uns letztendlich zu vielen bildungspolitischen Reformmaßnahmen auch auf der Bundesebene klar bekennen. Da geht es nicht um das Abschieben von Verantwortung, sondern das Schulorganisationsgesetz ist ganz klar ein Gesetz, das auf der Bundesebene den

Rahmen für die Länder festlegt.

Für welche Bereiche wir im Pflichtschulbereich zuständig sind, ist ganz klar, nämlich in erster Linie in der Schulerhalterfunktion – zu der komme ich noch –, aber natürlich auch in jenen Bereichen, in denen wir die Möglichkeit haben. Und da, glaube ich, brauchen wir uns in Wien auch nicht zu verstecken. Wenn ich mir nur den Ausbau im Bereich der ganztägigen Betreuung an den Schulen ansehe oder die räumlichen Ressourcen für diesen Bereich, dann, glaube ich, sind wir auf einem richtigen Weg.

Weil hier von 11 Millionen Beraterkosten gesprochen wurde, möchte ich dazu schon auch sehr klar etwas sagen: Wir haben uns bis zum Jahr 2023 ein Schulbauprogramm vorgenommen, das durchaus ein sehr ambitioniertes ist mit zehn großen Campusstandorten, teilweise mehrere Schulen an einem Standort, mit den entsprechenden Kindergärten.

Hier pro Schulstandort einen Betrag vorzusehen für die Bauvorbereitung, für die Einreichung beziehungsweise für die Einleitung der entsprechenden Wettbewerbsverfahren, letztendlich auch für die Ausschreibungsmodelle, die wir auf Grund von veränderten Rahmenbedingungen – Stichwort Eurostat, aber auch Stichwort Östat – brauchen, ist, glaube ich, durchaus etwas, wo wir sagen können, ja, dazu bekenne ich mich, und deshalb gibt es auch diesen Beschluss. Denn wir wollen das, wie viele andere Bereiche auch, seriös vorbereiten. Wir tun das, wir werden das tun, wir haben das beim Campus getan, beim Campus am Hauptbahnhof getan, wo vor wenigen Tagen der Spatenstich war, wir haben das auch beim Campus Donauefeld gemacht, den wir vor wenigen Tagen präsentieren konnten als solches, und wir werden das auch bei diesen Projekten tun, denn es sind ambitionierte Bauprojekte, die durchaus auch entsprechende vergaberechtliche Bedingungen haben.

Wir machen das, wo wir es brauchen, denn hier so zu tun, als könnte man mit einem Schulbau einfach anfangen, ist genau etwas, was Sie auf der anderen Seite bei anderen Bauvorhaben ja immer wieder kritisieren. Man muss diese vorbereiten, und dafür gibt es auch den Beschluss. Da geht es nicht um Beraterhonorare, sondern um seriöse Vorbereitung von wichtigen Bildungseinrichtungen in dieser Stadt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Es ist auch einiges gesagt worden zum Bereich der Jugendwohlfahrt. Dazu nur ganz kurz: Weder die Mittel für die Outdoor-Pädagogik noch für sonst etwas wurden gekürzt. Kollegin Koch – ich sehe sie nicht mehr – hat das gesagt. However! Es sind die Mittel nicht gekürzt worden.

Ich möchte aber schon auch, auch im Sinne einer seriösen Diskussion, einmal hier festhalten: Ja, es gibt auch Jugendliche, die sich den Maßnahmen der Jugendwohlfahrt entziehen. Es gibt auch Jugendliche, bei denen der Jugendwohlfahrt klare Grenzen gesetzt worden sind, und klaren Grenzen gibt es auch für die Jugendwohlfahrt. Das muss man auf der einen Seite zur Kenntnis nehmen, und trotz alledem ist es für uns in der

Stadt wichtig: Wir geben keinen Jugendlichen auf! Es gibt die Wiener Jugendwohlfahrt mit ihren Angeboten. Sie steht jedem Jugendlichen offen, und wir bekennen uns auch dazu. Ich erinnere daran, da haben wir auch schon andere Diskussionen hier in diesem Haus geführt über Outdoor-Pädagogik-Maßnahmen, über erlebnispädagogische Ansätze im Bereich der Jugendwohlfahrt. Dazu bekennen wir uns auch, da gibt es keine Kürzungen, aber ich würde mir dieses Bekenntnis nicht nur in Budgetdebatten wünschen, sondern auch dann, wenn sie durchgeführt werden, weil sie ein wichtiges Angebot für Jugendliche sind.

Wir errichten Angebote an alle Jugendliche, wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, es gibt gewisse Grenzen für Angebote, wenn sie Jugendliche nicht annehmen wollen. Und da greift jetzt mein konkreter Vorwurf schon auch, den ich Ihnen nicht ersparen kann. Wir haben massive Kritik durchaus auch daran geübt, dass der Jugendgerichtshof aufgelöst wurde, nicht nur als Straferichtbarkeit, sondern mit seinen entsprechenden Unterstützungsmaßnahmen für Jugendliche unter einem gewissen Zwangskontext für Jugendliche. Das ist durchaus etwas, was heftig diskutiert wurde.

Es war Schwarz-Blau, die das abgeschafft haben und damit einen wichtigen Bereich von Support für Jugendliche. Und noch einmal: Mir geht es da nicht um den Strafbereich, sondern um jene Maßnahmen, wo es um Ausbildung gegangen ist, um Lehre, um das Gewöhnen von Jugendlichen an geregelte Tagesabläufe und vieles mehr. Da waren die ersten Kürzungsmaßnahmen in diesem Bereich, und das ist durchaus etwas, was von der Jugendwohlfahrt in vielen Bereichen und in vielen Bundesländern auch kritisiert wird. Es gibt Grenzen, es liegt nicht an den Kürzungsmaßnahmen, sondern es liegt letztendlich an Grenzen.

Und einmal mehr noch – man kann es ohnehin machen, wenn man es in der ewigen Zeit als Opposition so zur Kenntnis nehmen will –: Ich bekenne mich auf der einen Seite zur Übermittlung des Historikerkommissionsberichtes an alle Ausschussmitglieder noch am selben Tag, als er uns übergeben wurde, ich bekenne mich dazu, am nächsten Tag sofort die Möglichkeit geboten zu haben, mit Prof Sieder persönlich über diesen Historikerbericht zu reden, ich bekenne mich aber auch dazu, dass Prof Sieder mit

seiner wissenschaftlichen Arbeit die Möglichkeit haben muss, diese der Öffentlichkeit zu präsentieren, bevor sie letztendlich von allen Parteien – und da nehme ich keine aus dem Haus aus – Journalisten zugespielt wird und er nicht einmal die Möglichkeit hat, ihn authentifiziert der Öffentlichkeit zu übermitteln.

Mir ist es um eine zeitnahe Information der Gemeinderatsmitglieder gegangen, aber auch darum, die Möglichkeit für die Wissenschaft zu bieten, ihre Arbeit authentisch der Öffentlichkeit zu präsentieren, und ich glaube, das ist der Ansatz. Wenn es gewünscht wird, wird es in Ausschüssen diskutiert, auch fünf Mal in Ausschüssen diskutiert, ganz egal. Vielleicht sollten Sie die Geschäftsordnung kennen, Kollege Nepp. Es wird nicht immer der Punkt Allfälliges sein, denn auf der Tagesordnung stehen Geschäftsstücke. Da gibt es eine Stadtverfassung und eine Geschäftsordnung, und es gibt einen Punkt Allfälliges, in dem all diese Bereiche, wenn sie keine Geschäftsstücke sind, diskutiert werden.

Und wenn Sie die Praxis in meinem Ausschuss kennen, dann zählt für mich im Fall der Historikerkommission, im Fall der Helige-Kommission maximale Transparenz sowohl für den Gemeinderat als auch für die Öffentlichkeit, und deshalb ist auch jeder Bericht sofort auf der Homepage abrufbar, und zwar sowohl der gesamte Bereich der Frau Dr Helige wie viele andere Bereiche auch. Und ich glaube, das ist der richtige Weg.

Ansonsten würde ich mich freuen, wenn diese bildungspolitische Debatte – es gäbe noch viel zu sagen – und dieses Angebot im Ausschuss tatsächlich richtig geführt würde. Darum freue ich mich auf viele Debatten.

Und noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsgruppe für ihre hervorragende Arbeit. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zur Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Ich unterbreche nun die öffentliche Sitzung des Gemeinderates und setze sie morgen um 9 Uhr mit der Spezialdebatte über die Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung fort. Ich wünsche Ihnen eine gute Nacht.

(Sitzungsunterbrechung um 22.13 Uhr)